

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell

Von der Philosophischen Fakultät
der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
genehmigte Dissertation von

Björn Brennecke M. A.
geboren am 17.07.1981 in Peine

2018

Referent: Prof. Dr. Heiko Geiling
Korreferent: Prof. Dr. Michael Buckmiller
Tag der mündlichen Prüfung: 24.02.2016

Schlagwörter:

Schweden • Gewerkschaftsbewegung • Schwedisches Modell • Arbeitskampf
Sweden • Trade Union Movement • Swedish Model • Industrial Dispute

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Einleitung	11
Erkenntnisinteresse	11
Arbeitsweise und Forschungsüberblick	12
Das Schwedische Modell bei Esping-Andersen	13
Zur schwedischen Forschungslandschaft	16
„Schwedisches Modell“ und „svenska folkhem“	18
Das Schwedische Modell in der deutschen Forschung	22
Das Macht-Relations-Modell Korpis	23
Forschungsansatz der Arbeit	27
Zum Aufbau	30
Behandelte Konflikte	30
Zur Notationsweise	32
Zum geografischen und politischen Hintergrund	32
Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung vor 1909	35
Vom Feudalismus zum Beginn der Industrialisierung	35
Entstehung der Arbeiterklasse	39
Entwicklung der Arbeiterorganisationen	41
Erste Kampferfahrungen	43
Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei	44
Gründung der LO	47
Die Arbeiterbewegung als Volksbewegung	48
1 Kampfzeit der schwedischen Gewerkschaftsbewegung	51
1.1 Verschärfung des Klassenkonfliktes	52
Erschwerte Arbeitskämpfe in der Wirtschaftskrise	53
Ausbau der Arbeitgeberorgansiation	55
Eskalation des Klassenkampfes durch die Arbeitgeber	57

Inhaltsverzeichnis

	LO setzt auf Verhandlungen	59
	Syndikalisten fordern einen Generalstreik	61
1.2	Storstrejk 1909	63
	Streik oder Kapitulation der Gewerkschaft?	63
	Kontrollverlust der LO-Führung	64
	Kontrollverlust der sozialdemokratischen Führung	65
	Konservative Regierung lehnt Vermittlerrolle ab	66
	Es wird gestreikt	67
	Storstrejk oder Generalstreik?	69
	Arbeitgeber beenden den Konflikt	71
1.3	Katastrophale Folgen der Niederlage	72
	Dramatischer Mitgliederverlust	72
	Abspaltung der SAC	72
	Storstrejk als Schreckgespenst der LO	74
1.4	Klassenkampf statt Korporatismus	76
2	Ådalen 1931 – Eine Tragödie begründet das Schwedische Modell	79
	Zur Entwicklung nach 1909	79
	Zum Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht	81
2.1	Eskalation der 1920er Jahre	82
	Radikalisierung von LO und Sozialdemokratie	82
	Neue Stärke einer selbstbewussten Gewerkschaftsbewegung	84
	Radikalisierung des Arbeitgeberlagers	87
	Zuspitzung der Konflikte	89
	Svenska folkhem als Vision	91
2.2	Die Tragödie von Ådalen 1931	92
	Zur Quellenlage	93
	Streikbrecher und Rauchgranaten des Militär	94
	Die Toten von Ådalen	96
	Die Sozialdemokratie versucht die Lage zu beruhigen	98
	Ein politischer Streik beginnt: Das Militär muss fort!	100
	Reaktionen links der Sozialdemokratie	102
	Reaktion der bürgerlichen Presse	103
	Das Begräbnis – eine politische Demonstration	104

2.3	Die Folgen der Tragödie	105
	Die bürgerliche Sichtweise	105
	Die kommunistische Sichtweise	108
	Die staatsmännisch-integrative Sichtweise	109
	Die linkssozialdemokratische Sichtweise	110
2.4	Die Verschiebung der politischen Ordnung Schwedens	112
	Vom obrigkeitsstaatlichen Gefahrenabwehrstaat zum fürsorgen-	
	den Wohlfahrtsstaat	112
	Ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis entsteht	114
	Zusammenfassung der politischen Folgen der Tragödie	116
2.5	Ådalen als Gründungsmythos des Schwedischen Modells	117
	Historische Einordnung der Tragödie von Ådalen nach Johansson	117
	Ådalen als eigentlicher Pfadbeginn des Schwedischen Modells	118
3	Die neue Konfliktordnung und das Schwedische Modell	123
3.1	Entstehung der neuen Konfliktordnung	123
3.1.1	Sozialdemokratische Regierung droht mit Erzwingung des Ar-	
	beitsfriedens	124
	Ausgangslage für das svenska folkhem	124
	Ein Kuhhandel gegen den Faschismus	126
	Drohkulisse der Regierung	129
	Wirkung der Drohkulisse	131
	Weg für Verhandlungen ist geebnet	132
3.1.2	Das Abkommen von Saltsjöbaden 1938	133
	LO und SAF begründen die staatliche Neutralitätspolitik	134
	Die Verhandlungen	135
	Inhalt des Abkommens – Die neue Konfliktordnung	137
	Folge: Es herrscht Arbeitsfrieden	141
3.1.3	Korporatistische Ausrichtung des Schwedischen Modells	141
	Eine korporatistische Gewerkschaftsstrategie	141
	Erfolge des Abkommens	144
	Der „Geist von Saltsjöbaden“	145
	Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung und Neutralitätspo-	
	litik des Staates	146
	Weitere historische Entwicklung	147
3.1.4	Saltsjöbaden – Kodifizierung des Schwedischen Modells	148

Inhaltsverzeichnis

3.2	Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945	148
3.2.1	Ein unvermeidbarer Konflikt	149
	Ökonomische Ausgangslage	149
	Kommunistische Gewerkschaftsopposition	150
	Arbeitgeber provozieren einen Konflikt	152
3.2.2	Verhandlungsablauf des verkstadsstrejk 1945	153
	Gewerkschaftliche Standpunkte im verkstadsstrejk	155
	Strategien im Arbeitgeberlager	156
	Streik unter der Konfliktordnung von Saltsjöbaden	156
	Verhandlungsstillstand intensiviert den Konflikt	157
	Beendigungsversuch der Gewerkschaftsführung	161
3.2.3	Erfolg oder Niederlage?	165
3.2.4	Bedeutung des verkstadsstrejk für das Schwedische Modell . .	166
3.3	Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells . . .	169
	Umsetzung und Probleme keynesianistischer Wirtschaftspolitik	170
3.3.1	Das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik . .	171
	Umsetzung des Rehn-Meidner-Modells	174
3.3.2	Das Schwedische Modell	175
3.3.3	Schweden – Das modernste Land der Welt	177
3.3.4	Das Macht-Relations-Modell und die Konfliktordnung	181
4	Wilde Streiks – Risse im Schwedischen Modell und Restau- ration	183
	Politischer Hintergrund der wilden Streiks in den 1970er Jahren	185
	Definition: Wilder Streik	188
4.1	Hafenarbeiterstreik 1969	189
	Der Ablauf des Hafenarbeiterstreiks	190
	Folgen des Hafenarbeiterstreiks	192
4.2	LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung . .	193
	Das technisch-ökonomische System LKAB	194
	Interne Konflikte im gruvindustriarbetareförbund	196
	Der LKAB-Konflikt beginnt	199
	Vom Streik zum Abkommen	202
	Kritik am Schwedischen Modell ausgehend vom LKAB-Konflikt	204
4.3	Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende .	211
4.3.1	Borlänge – Voller Erfolg mit Duldung der Gewerkschaft	213

4.3.2	Putzfrauen bei der LKAB – Teilerfolg mit Hilfe der Stammbelegschaft	214
4.3.3	Skövde – Erfolglos gegen die Gewerkschaftsführung	216
4.4	Das Mitbestimmungsgesetz (MBL)	218
	Ein Gesetz, sie zu knechten?	219
	Die Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes	222
	Mehr Demokratie durch Mitbestimmung	223
	Mitbestimmungsrechte zur Verhinderung von Streiks	224
	Gesetzliche Bewahrung des gewerkschaftlichen Einflusses	227
4.5	Bedeutung der wilden Streiks sowie des Mitbestimmungsgesetzes	228
5	LO stellt die Machtfrage: löntagarfonderna und storkonflikt 1980	233
5.1	Löntagarfonder: Weiterentwicklung des Schwedischen Modells	234
	Das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik	234
	Das Meidner-Modell der löntagarfonder	236
	LO stellt die Machtfrage: Wirtschaftsdemokratie?	239
5.2	Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten	240
5.2.1	Ökonomische Unsicherheiten und zentrale Verhandlungen	241
5.2.2	Storkonflikt 1980	246
	Beginn der Verhandlungen	248
	Streiks und Aussperrungen im öffentlichen wie privaten Sektor	252
5.2.3	Sieger und Verlierer im storkonflikt 1980	255
5.2.4	Bedeutung des storkonflikt 1980 für die Konfliktordnung	262
5.3	Die Umsetzung der löntagarfonder	265
	Entschärfung der löntagarfonderna	266
	Ein verlorener Kampf	269
5.4	Überleitung: Die neoliberalen Jahre	271
	Der Neoliberalismus trifft auf das Schwedische Modell	272
	Abwehrkampf und Rosenkrieg	273
	Die 1990er-Jahre-Krise: Resignation und „einziger Weg“	276
	EU-Mitgliedschaft und Reorientierung: zurück zum dritten Weg	280
	Die Rolle der schwedischen Gewerkschaftsbewegung und das „Schwedische Modell 2.0“	283
	Ökonomische und politische Rahmenbedingungen des „Schwedischen Modells 2.0“	285

	Bestandsaufnahme des Schwedischen Modells	287
6	Schlussbetrachtung: Das Schwedische Modell heute	291
6.1	Das politische Umfeld der Reichstagswahl 2014	291
	Neue Bewegungen	291
	Rechtsradikalismus	292
	Folgen der Regierungsjahre Reinfeldt	293
	Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie	298
	Linksruck im Wahlkampf	299
	Schwedendemokraten	301
	Regierungskrise Dezember 2014	303
6.2	Resümee / Schlussbetrachtung	306
	Der Aufbau des Schwedischen Modells als Konfliktordnung	307
	Die weitere Entwicklung des Schwedischen Modells	311
	Das Schwedische Modell in Zeiten des Neoliberalismus	313
	Gedankliche Voraussetzungen der Erneuerung des Schwedischen Modells	315
6.3	Back to the roots: Ådalen als Schlüssel	316
6.4	Ausblick: Erneuerung des Schwedischen Modells?	318
	Abkürzungsverzeichnis	323
	Glossar schwedischer Begriffe	325
	Literaturverzeichnis	333
	Zeitschriften	353
	Sonstige Publikationen	354
	Internetseiten	355
	Abstract	359
	Die schwedische Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell	359
	The Swedish Trade Union Movement and the Swedish Model	360
	Svenska fackföreningsrörelsen och den svenska modellen	361
	Wissenschaftlicher Werdegang	363

Vorwort

Die Disputation der vorliegenden Arbeit fand im Februar 2016 statt. Die Veröffentlichung wurde ohne Auflagen genehmigt. Die Forschungen zur vorliegenden Arbeit endeten im Dezember 2014; spätere Entwicklungen wurden bis zur Drucklegung nicht berücksichtigt.

Ich danke meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Heiko Geiling für die Betreuung und aufmerksame Begleitung meines Dissertationsprojektes und die Möglichkeit, den Fortgang der Arbeit im Rahmen seines Promotionskolloquiums vorzustellen und diskutieren zu können. Herrn Prof. Dr. Michael Buckmiller danke ich für seine Begeisterung für die Arbeiterbewegungsforschung, die letztlich den Anstoß für die Arbeit gab. Ferner danke ich ihm für die Ermutigung, mich auf eine Promotion einzulassen, sowie für die Übernahme des Zweitgutachtens.

Der Hans-Böckler-Stiftung danke ich für die Förderung im Rahmen eines Promotionsstipendiums, für die Möglichkeit, im Archiv der Arbeiterbewegung in Stockholm recherchieren zu können und für die finanzielle Unterstützung eines Praktikums in der Abteilung Forschung und Dokumentation im Museum der Arbeit in Norrköping.

Ohne folgende Personen, ihre Hinweise und ihre Bereitschaft zur Diskussion wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ich danke den MitarbeiterInnen des Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm und der Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften der Universität Hannover, Torsten Nilsson und dem Team des Arbetets Museum Norrköping für die herzliche Aufnahme und freundschaftliche Zusammenarbeit. Besonders danke ich Marina Carenius, die mich für die schwedische Sprache und Kultur begeistert hat, sowie den TeilnehmerInnen des Konversationskurses Schwedisch beim Bildungsverein Hannover. Des Weiteren danke ich Rüdiger Mackenthun, Gudrun Kannenberg, Gregor Kritidis, Robin Singbeil, Jan Schwarz und Per Holderberg für die unzähligen Ratschläge und Impulse und Sebastian Peters für den Satz der Arbeit. Vor allem danke ich

Vorwort

Gabi Kannenberg – ohne deine Unterstützung hätte ich diese Arbeit weder beginnen noch durchführen und erst recht niemals beenden können.

Einleitung

<i>Här vilar</i>	Hier ruht
<i>en svensk arbetare.</i>	ein schwedischer Arbeiter.
<i>Stupad i fredstid.</i>	Gefallen in Friedenszeiten.
<i>Vapenlös, värnlös.</i>	Waffenlos, wehrlos.
<i>Arkebuserad</i>	Erschossen
<i>av okända kulor.</i>	von unbekannten Kugeln.
<i>Brottet var hunger.</i>	Das Verbrechen war Hunger.
<i>Glöm honom aldrig.</i>	Vergesst ihn nie.

*(Gedicht von Erik Blomberg, Inschrift auf dem Grabstein der
Opfer der Tragödie von Ådalen 1931)*

Erkenntnisinteresse

Anhand der zentralen Arbeitskonflikte untersucht die vorliegende Arbeit die Bedeutung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung für das Schwedische Modell als Konfliktordnung.

Während in der Forschung allgemein das Schwedische Modell in engem Zusammenhang mit der Rolle der Sozialdemokratie diskutiert und analysiert wird, wird in der vorliegenden Arbeit die Entwicklung des Schwedischen Modells anhand der zentralen Konflikte der Gewerkschaftsbewegung nachvollzogen. Letztere erscheinen in dieser Betrachtungsweise als entscheidende Impulse für das Schwedische Modell. Dies führt zu einer dynamischen, kontextuellen Darstellung des Schwedischen Modells, welches so nicht mehr als idealisiertes, gleichsam monolithisches Modell beschrieben wird.

Basierend auf der Analyse der Konfliktordnung entsteht so ein neuer Zugang zum Schwedischen Modell: anhand der Konflikte und der damit einhergehenden Konfliktordnung wird der Entwicklungsverlauf des Schwedischen Modells beleuchtet. Somit kann der Beginn eines Pfades bis hin zum

sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus, der sich in den Arbeitskonflikten lokalisieren lässt, neu bestimmt werden.

Die Konflikte dienen hier als Ausgangspunkt und Mittel der Darstellung. Es handelt sich nicht um eine geschichtswissenschaftliche Erforschung einzelner Streiks i.S.e. Aufarbeitung historischer Quellen, sondern um die Neuerzählung des Schwedischen Modells als Geschichte von Arbeitskonflikten.

Arbeitsweise und Forschungsüberblick

Ländervergleichende Studien, in denen verschiedene Länder quantitativ, anhand statistischer Indikatoren verglichen werden, stellen einen Großteil der nicht-schwedischsprachigen Forschungsbeiträge über Schweden dar. Der historisch vergleichende Zweig dieser Forschungen stellt sich häufig als Gegenüberstellung verschiedener Länderberichte dar; beim institutionellen Vergleich werden ausgewählte Politikbereiche einem systematischen Vergleich unterzogen und historische mit quantitativen Methoden kombiniert.¹

Jenseits der ländervergleichenden Studien finden sich historische Gesamtüberblicke, welche die allgemeine – insbesondere die politische – Entwicklung Schwedens darstellen.² Die Geschichte der schwedischen Ge-

¹ Zur quantitativen Wohlfahrtsforschung vgl. Harold L. Wilensky, *The Welfare State and Equality: Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*, Berkeley u. a. 1975; Thomas Janoski / Alexander M. Hicks, *The Comparative Political Economy of the Welfare State*, Cambridge 1994. Zur historisch vergleichenden Forschung vgl.: Heinz-Gerhard Haupt / Jürgen Kocka, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme, Eine Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich: Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/Main u. a. 1996, S. 9ff. Für eine historisch vergleichende Studie mit Schwedenbezug, siehe: Hugh Hecló, *Modern Social Politics in Britain and Sweden: From Relief to Income Maintenance*, New Haven u. a. 1974; eine vergleichende Studie Schweden–BRD: Tim Guldemann, *Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates, Am Beispiel Schwedens und der Bundesrepublik*, München 1976; sowie mit Blick auf Skandinavien: Andreas Oppacher, *Deutschland und das Skandinavische Modell, Der Sozialstaat als Wohlstandsmotor*, Bonn 2010. Institutionelle Vergleiche, die auch Schweden berücksichtigen vgl. statt vieler: Josef Schmid, *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*, Wiesbaden 2010; Franz-Xaver Kaufmann, *Varianten des Wohlfahrtsstaats, Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*, Frankfurt/Main 2003.

² Siehe bspw. Jörg-Peter Findeisen, *Schweden, Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Regensburg 2003²; Ralph Tuchtenhagen, *Kleine Geschichte Schwedens*, München 2008.

werkschaftsbewegung bleibt in diesen Darstellungen wenn überhaupt ein Randthema. Aus den deutschsprachigen Quellen ist die Geschichte der schwedischen Gewerkschaftsbewegung nur ungenügend erfassbar.³

Dieser Arbeit zu Grunde liegt deshalb eine Auswertung schwedischsprachiger Quellen im Unterschied zur Forschung bzw. wissenschaftlichen Betrachtung des Schwedischen Modells „von außen“, d. h. hauptsächlich auf Basis englischer und statistischer Quellen sowie englisch- bzw. deutschsprachiger Überblicksliteratur zu verwandten Oberthemen, wie sie in Deutschland verbreitet ist.⁴

Die Betrachtung der Geschichte der Arbeitskonflikte auf Basis von schwedischen Quellen, der „Blick von innen“ auf das Schwedische Modell, erschließt dabei zugleich den kulturellen Kontext des Schwedischen Modells. Die vorliegende Auswertung und Analyse liefert eine *thick description*⁵ des Entwicklungsverlaufs des Schwedischen Modells, eine komprimierte Beschreibung der schwedischen politischen Kultur, die fortwährend durch das Schwedische Modell wiedererzeugt wird.

Das Schwedische Modell bei Esping-Andersen

Als eine erste Annäherung an das Schwedische Modell kann die typologische Methode dienen. Dabei werden Länder, die bestimmte Gemein-

³ Vgl. bspw. Gerhard Kulig, *Gewerkschaften in Skandinavien – das Beispiel Schweden*, in: Werner Olle (Hrsg.), *Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik*, Band 2: Nationale Besonderheiten gewerkschaftlicher Politik in Frankreich, Italien, England, Schweden, USA, Lateinamerika, Berlin 1978, S. 116ff. Kulig erwähnt in seiner Einführung in die Gewerkschaftsgeschichte Schwedens bspw. weder den Generalstreik 1909 noch das Abkommen von Saltsjöbaden. Eine Sammlung übersetzter Aufsätze schwedischer Wissenschaftler findet sich in: *Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Schweden*, Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA), Heft 10. Über die schwedischen Syndikalisten findet sich auf Deutsch ebenfalls wenig; Ausnahme hier sind Übersetzungen der Texte von Helmut Rüdiger: *Helmut Rüdiger, Sozialismus in Freiheit, Beiträge zum freiheitlichen Sozialismus*, Münster u. a. 1978; sowie Übersetzungen syndikalistischer Broschüren: Evert Arvidsson, *Der Freiheitliche Syndikalismus im Wohlfahrtsstaat*, Darmstadt 1960; Ingemar Sjöö, *Syndikalismus in Schweden*, Hamburg 1999; Ahto Uisk, *Syndikalismus: Eine Ideenskizze*, Schriften des libertären Forums Berlin Nr. 2, Berlin 1985.

⁴ Vgl. diesbezüglich die Aufsätze in: Peter Brödner / Friedrich Carl u. a. (Hrsg.), *Das nordische Modell – eine Alternative?*, Hamburg 2009.

⁵ Clifford Geertz, *Thick description, Toward an interpretive theory of culture*, in: *The Interpretation of Culture. Selected Essays*, New York 1973, S. 3ff.

Einleitung

samkeiten aufweisen, zu Typen zusammengefasst. In den Arbeiten von Gøsta Esping-Andersen werden drei Typen (auch „Regime“ genannt) von Wohlfahrtsstaaten unterschieden:

- (1) „*liberal welfare state*“⁶, bspw. die USA und Kanada;
- (2) „*conservative and strongly ‚corporatist‘ welfare state*“⁷, bspw. Deutschland und Italien;
- (3) „*social democratic regime type*“⁸, bspw. Schweden.

Die vorliegende Arbeit greift diese Begriffsbildung Esping-Andersens auf und bezieht sich auf Typ (3), den sozialdemokratischen Wohlfahrts-typus. Die Typologisierung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten – vor allem des schwedischen Wohlfahrtsstaates – als sozialdemokratischer Wohlfahrtstypus ist in dieser Debatte unstrittig. Die kritischen Debatten, die sich an dieser Typologisierung Esping-Andersens entzündet haben, drehen sich hauptsächlich um die Typologisierung der ersten beiden (oder weiterer) Wohlfahrtstypen und werden deshalb an dieser Stelle nicht weiter verfolgt.⁹ Den sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus charakterisiert Esping-Andersen folgendermaßen:

*„This model crowds out the market, and consequently constructs an essentially universal solidarity in favour of the welfare state. All benefit; all are dependent; and all will presumably feel obliged to pay. [...] It is at once genuinely committed to a full-employment guarantee, and entirely dependent on its attainment.“*¹⁰

Die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ verdient dieser Typus nach Esping-Andersen:

6 Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990, S. 26.

7 Ebd. S. 27.

8 Ebd. S. 27.

9 Zur weiteren Debatte um die Typologisierung der Wohlfahrtsstaaten: vgl. Christopher Pierson, *Beyond the Welfare State, The New Political Economy of Welfare*, Cambridge 2006³, S. 171ff.

10 Esping-Andersen 1990 a. a. O. S. 28.

„the Scandinavian model relied almost entirely on social democracy's capacity to incorporate them [the middle classes] into a new kind of welfare state: one that provided benefits tailored to the tastes and expectations of the middle classes, but nonetheless retained universalism of rights. Indeed, by expanding social services and public employment, the welfare state participated directly in manufacturing a middle class instrumentally devoted to social democracy.“¹¹

Die Effektivität des Wohlfahrtsstaates bezeichnet Esping-Andersen als „*de-commodification*“¹² und beschreibt damit, inwieweit ein Wohlfahrtsstaat alternative, nicht marktförmige Mittel der Wohlfahrtsproduktion und -umverteilung bereitstellt.¹³ Die historische Entstehung des Wohlfahrtsstaates verknüpft Esping-Andersen mit der Einbindung der Mittelklassen in den sozialdemokratisch regierten Staat und geht deshalb davon aus, dass:

„the construction of welfare states in this period [until after World War II] was, therefore, dictated by whichever force captured the farmers.“¹⁴

Bezieht man dies auf die Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates, so erscheint die Koalition von Sozialdemokraten und Bauernpartei 1932 als entscheidendes Ereignis, das eine „*historical legacy of regime institutionalization*“¹⁵ einleitete, durch die Schweden begann einen Pfad des sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus zu beschreiten.

Die vorliegende Arbeit schließt sich sowohl an die Analyse Schwedens als sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus und der damit zusammenhängenden Annahme der Pfadabhängigkeit der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten, als auch an die Feststellung, die *de-commodification* sei der Gradmesser die Charakterisierung des Schwedischen Modells als sozialdemokratischen Typus. Darüber hinaus wird bzgl. der Pfadabhängigkeit der Frage nachgegangen werden, wo der „Pfad“ des Schwedischen Modells beginnt. Im Lichte einer historischen Analyse soll geklärt werden, ob wirklich die Einbindung der Bauern und die Integration der Mittelklasse

¹¹ Ebd. S. 31.

¹² Ebd. S. 35.

¹³ Vgl. ebd. S. 35ff.

¹⁴ Ebd., S. 30f.

¹⁵ Ebd. S. 29.

Einleitung

die entscheidenden Schritte waren, um den Pfad des sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus zu betreten, also der sog. politische „Kuhhandel“ zwischen Sozialdemokratie und Bauernpartei, oder ob der Beginn des Pfades hin zum Schwedischen Modell in den Arbeitskonflikten, konkret in der Tragödie von Ådalen, zu finden ist.

Betrachtet man Ådalen als den Gründungsmythos des Schwedischen Modells und die Entwicklung vor 1931 als hinführende Entwicklung, erschließt sich die Entwicklungsgeschichte des Schwedischen Modells auf neue Weise. Ausgehend von der Analyse der Arbeitskonflikte wird sowohl der genaue Pfadverlauf des sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus mit seinen Wendungen als auch die Hegemonie der Sozialdemokratie erklärbar.

Die allgemein als Ausgangspunkt des Schwedischen Modells gesehene Regierungsübernahme der Sozialdemokratie 1932 wurde durch die Geschehnisse von Ådalen erst ermöglicht, das Abkommen von Saltsjöbaden 1938 ist in diesem Zusammenhang als Spätfolge des Geschehens von 1931, als Antwort auf die Frage des offenen Klassenkampfes, zu qualifizieren.

Zur schwedischen Forschungslandschaft

Die Forschungslandschaft in Schweden ist vom Erkenntnisinteresse her funktionalistisch ausgerichtet; der politikwissenschaftliche Mainstream beschäftigt sich mit aus dem *social engineering* abgeleiteten Fragen.¹⁶ Das Forschungsfeld der Arbeiterbewegungs- und Gewerkschaftsforschung stellt demgegenüber ein Randgebiet dar. Auch bzgl. der historischen Forschung ist ein großer Praxisbezug feststellbar. Neben der klassischen Universitätswissenschaft hat in Schweden die „*gräv där du står*“ („grabe, wo du stehst“)-Bewegung eine große Bedeutung.¹⁷ Diese verlief in zwei Wellen:

16 Dieses Phänomen ist nicht allein ein schwedisches; es prägt die gesamte „skandinavische“, durch große sprachliche Ähnlichkeit (mit Ausnahme des Finnischen) zusammengehaltene Forschungslandschaft. Als typisches Beispiel der Betonung quantitativer Forschungsansätze mit engem Praxisbezug als Ausprägung des Funktionalismus kann die in Dänemark (Universität Aarhus) herausgegebene Zeitschrift *Scandinavian Political Studies* dienen, in der schwerpunktmäßig Forscher aus dem skandinavischen Sprachraum auf Englisch publizieren.

17 Die „grabe, wo du stehst“-Bewegung weist strukturelle Ähnlichkeiten zu den übrigen schwedischen Volksbewegungen auf. Sie besteht darin, dass Leute ohne geschichtswissenschaftliche Ausbildung an Orten ihres täglichen Lebens, sei es der Wohnort oder der Arbeitsplatz, geschichtliche Zusammenhänge erforschen und dokumentieren, und die

die erste Welle organisierte sich in sog. *hembygdsföreningar* (Heimatvereinigungen) und beschäftigte sich thematisch mit der Erhaltung des kulturellen Erbes Schwedens als Agrargesellschaft;¹⁸ die zweite Welle beschäftigt sich thematisch mit dem Erhalt des kulturellen Erbes der Industriegesellschaft. Sie findet ihre praktische Ausprägung sowohl in der Dokumentation des typischen Arbeitslebens in Industrie- und Manufakturbetrieben durch Erhalt der Produktionsstätten, als auch in der Erforschung der Lebensrealität der arbeitenden Menschen bis heute.¹⁹ Bindeglied zwischen der zweiten Welle der „grabe, wo du stehst“-Bewegung und der universitären Forschung ist die Zeitschrift *Arbetarhistoria* (Arbeitergeschichte).²⁰

Auf Grund der starken Verwurzelung der Arbeitslebensforschung in einer Volksbewegung ist der Unterschied zwischen Fachwissenschaft und Populärwissenschaft²¹ auf der einen sowie zwischen universitärer und Laienforschung auf der anderen Seite nicht so ausgeprägt wie bspw. in Deutschland.²²

gegenständlichen Teile des kulturellen Erbes bewahren und erhalten.

18 Die *hembygdsföreningar* (Heimatvereinigungen) bestehen bis heute. Sie betreiben sog. *hembygdsgrård* („Heimatgärten“ i. S. v. Freilichtmuseen), in denen sie das kulturelle Erbe sichtbar machen und erhalten, um späteren Generationen einen Blick in die Vergangenheit der Gesellschaft zu ermöglichen. (Diese dahinter stehende Geisteshaltung ist nicht vergleichbar mit der „Traditionspflege“ deutscher Heimatvereine und Heimatmuseen; eine wie auch immer geartete Idealisierung vergangener Zeiten fehlt in der schwedischen Variante völlig.) Die über 2.000 *hembygdsföreningar* Schwedens sind bis heute lebendige Orte der Dokumentation bäuerlichen Lebens im vorindustriellen Schweden. Ihr Dachverband *Sveriges hembygdsförbund* (www.hembygd.se) ist mit 450.000 Mitgliedern eine der größten Vereinigungen Schwedens.

19 Die zweite Welle der „grabe, wo du stehst“-Bewegung ist in über 1.450 *arbetslivsmuseer* (Arbeitslebensmuseen) organisiert. Das größte Arbeitslebensmuseum ist das *arbetets museum* (Museum der Arbeit) in Norrköping, welches zugleich Sitz des Dachverbandes *arbetslivsmuseernas samarbetsråd* (www.arbetsam.com), dem größten Museumsdachverband Schwedens, ist.

20 Die Zeitschrift *Arbetarhistoria* widmet sich der Dokumentation der Arbeiterbewegungsforschung Schwedens und ihrer systematischen Erschließung, vgl. bspw. zur Forschungslandschaft der 1980er Jahre: Klas Åmark, *Från kaos till ordning. Forskning på 80-talet*, in: *Arbetarhistoria*, Nr. 31-32 1984, S. 47ff.

21 Idealtypisches Beispiel ist hier das Werk von Göran Greider, welches sich durch eine Kombination von wissenschaftlichem und journalistischem Arbeiten, sowie literarischem Schaffen auszeichnet und darüber hinaus von aktivem politischen Engagement begleitet wird. Alle vier Aspekte kombiniert finden sich in: Göran Greider, *Ingen kommer undan Olof Palme*, Stockholm 2012.

22 Letzteres wird insbesondere bei dem Umgang mit universitären Qualifikationsarbeiten

Einleitung

Bei der Forschung zur vorliegenden Arbeit ergibt sich typischerweise folgendes Bild: bzgl. der wissenschaftlichen Literatur im engeren Sinne lässt sich zu jedem der untersuchten Konflikte eine einzige Hauptquelle, oft eine Dissertation, ausmachen, die somit quasi automatisch die maßgebliche wissenschaftliche Sicht in Schweden repräsentiert. Ergänzt, kritisiert bzw. untermauert werden kann die so entstandene Darstellung – neben der Berücksichtigung von studentischen Arbeiten – sowohl durch das Heranziehen von Beiträgen der politischen Presse der Gewerkschaftsbewegung im Kontext des Konflikts, als auch durch zeitgenössische sowie rückblickende schriftliche Äußerungen der jeweiligen Hauptakteure. Letztere sind oft zugleich wissenschaftliche und politische Äußerungen.²³

Die konkrete Quellenlage bzgl. der einzelnen Konflikte wird jeweils am Anfang des entsprechenden Kapitelabschnitts dargelegt.²⁴

„Schwedisches Modell“ und „svenska folkhem“

Wird in Forschungsarbeiten vom „Schwedischen Modell“ gesprochen, so werden in der Begriffsbildung verschiedene Elemente der schwedischen Gesellschaft herausgehoben.²⁵ Hauptsächlich werden drei verschiedene

deutlich. Auch Haus- und Seminararbeiten noch nicht examinierter Studenten werden systematisch erfasst und als eigenständige wissenschaftliche Quelle anerkannt, bspw. durch das *arbetarrörelsens arkiv och bibliotek* (Arbeiterbewegungsarchiv und -bibliothek), vgl. deren Katalog: <http://kata.arbark.se> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).

23 Paradebeispiel für eine Kombination von wissenschaftlicher und politischer Arbeit ist der Ökonom Rudolf Meidner, Erfinder des Schwedischen Modells (zusammen mit dem Universitätsprofessor Gösta Rehn, „Rehn-Meidner-Modell“) und des ursprünglichen Entwurfs der *löntagarfonder*, der beide theoretisch-wissenschaftlich fundierten Modelle zugleich in der politischen Praxis umsetzte bzw. verteidigte. Dieses Ineinandergreifen von Wissenschaft und Politik findet sich auch bei den Eltern des *social engineering*, Alva und Gunnar Myrdal. – Was in Deutschland die Ausnahme ist (ein forschender Wissenschaftler, der zugleich politischer Aktivist ist), ist in Schweden auf Grund der Dominanz und Akzeptanz des *social engineering*-Ansatzes Idealbild und Regel. Im Unterschied zur deutschen Theoretisierung der Gesellschaft als Kommunikation zwischen ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsystemen ergibt sich so in Schweden eine gleichsam natürliche Durchdringung und Überlappung von Wissenschaft, Politik, Journalismus und Literatur.

24 Dies wird durch „Zur Quellenlage:“ gekennzeichnet.

25 Zum Begriff des Schwedischen Modells siehe: Anders L. Johansson, *Das Modell Schweden: Analyse einer umfassenden Konzeption*, in: Claudius H. Riegler / Olaf Schneider (Hrsg.), *Schweden im Wandel – Entwicklungen, Probleme Perspektiven* Berlin 1999, S. 23ff.

Themenkomplexe²⁶ bezeichnet:

- (1) Das Schwedische Modell als Verhandlungsmodell, bei dem die friedliche Zusammenarbeit der Tarifparteien im Mittelpunkt steht und Konflikte ohne direkte Einmischung und Mitwirkung des Staates durch Abkommen zwischen den Tarifparteien gelöst werden. Bezugspunkt dieses Themenkomplexes ist der Arbeitsmarkt mit seinen Konflikten.
- (2) Das Schwedische Modell gleichbedeutend mit dem schwedischen Wohlfahrtsstaat, der ab den 1960er Jahren zu den am weitesten ausgebauten Wohlfahrtsstaaten der Welt gehört; – in Schweden selbst wird dieser Aspekt des Schwedischen Modells meist als *svenska folkhem*²⁷ (schwedisches Volksheim) bezeichnet.
- (3) Das Schwedische Modell als Bezeichnung für ein politisches System, konkret für die korporatistisch ausgerichtete Verhandlungsordnung der schwedischen Demokratie, in der Entscheidungen auf Grundlage ausgiebiger Vorberatungen und Verhandlungen sowie einer ausgeprägten Kompromissbereitschaft getroffen werden; ein Prozess, in dem idealerweise alle in Frage kommenden Interessengruppen zusammenwirken.²⁸

Die Bezeichnung *svenska folkhem* geht zurück auf eine Rede des sozialdemokratischen Vorsitzenden Per Albin Hansson von 1928. Der Begriff des *folkhem* unterscheidet sich dabei grundlegend von der nationalistischen oder nationalsozialistischen Begriffsbildung der „Volksgemeinschaft“. ²⁹ Er

²⁶ Diese Einteilung des Schwedischen Modells in drei Komplexe folgt der Darstellung von: Klas Åmark, *Das Schwedische Modell, Die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und die Zusammenarbeit zwischen den Tarifpartnern auf dem schwedischen Arbeitsmarkt*, in: Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Schweden, Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA), Heft 10, Bochum 1990, S. 58ff.

²⁷ In der schwedischen Forschung wird meist nur die Bezeichnung *folkhem* verwendet. Da sich die vorliegende Arbeit nur mit der schwedischen Variante des *folkhem* beschäftigt, wird es im Folgenden als *svenska folkhem* bezeichnet. Zur Konzeption des „Volksheim“ im europäischen Vergleich siehe: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa, Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938*, Köln 2013.

²⁸ Vgl. Åmark 1990 a. a. O. S. 58.

²⁹ Zur Unterscheidung von *svenska folkhem* und Volksgemeinschaft siehe: Norbert Götz, *Ungleiche Geschwister: Die Konstruktion von nationalistischer Volksgemeinschaft und schwedischem*

Einleitung

beschreibt die Vision einer gerechten Gesellschaft, durch die die bürgerliche Klassengesellschaft abgelöst werden soll. Das *svenska folkhem* beschreibt eine Gesellschaft, in der jeder – unabhängig von Klasse, Stand, Status etc. – in einem „*goda hemmet*“³⁰ (guten Heim) aufgehoben wird.

„In dem guten Heim herrscht Gleichheit, Fürsorge, Zusammenarbeit, Hilfsbereitschaft. Bezogen auf das große *folkhem* und Staatsbürgerheim würde das bedeuten, alle sozialen und ökonomischen Schranken abzubauen, die nun die Staatsbürger in privilegierte und zurückgesetzte, in herrschende und abhängige, in reiche und arme, begüterte und verarmte, plündernde und geplünderte unterscheiden.“³¹ [BB]

Fast zeitgleich, mit der Stockholmer Architektur- und Designausstellung 1930, entwickelte sich die Stilrichtung des Funktionalismus, die architektonisch dieser Geisteshaltung Ausdruck verlieh.³² Sie verband funktionales Design mit dem Anspruch einen hohen Wohnstandard für jeden zu ermöglichen; dieser Durchbruch der Moderne prägt bis heute das „Schwedische Design“.

Die Vision des *svenska folkhem* ist in Schweden zum Synonym für den schwedischen Wohlfahrtsstaat geworden, der dann – als Fremdbezeichnung, die erst später in den schwedischen Sprachgebrauch Einzug fand – zum Schwedischen Modell (*svenska modell*) wurde. Auf Grundlage dieser Vision

Volksheim, Baden-Baden 2001, S. 14ff, 168ff, 271ff. Das schwedische Verhältnis zum Dritten Reich wird behandelt im Standardwerk: Klas Åmark, *Att bo granne med ondskan, Sveriges förhållande till nazismen, Nazityskland och Förintelsen*, Stockholm 2011; auf deutsch siehe auch: Sven Radowitz, *Schweden und das „Dritte Reich“ 1939-1945, Die deutsch-schwedischen Beziehungen im Schatten des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg 2005.

30 Per Albin Hansson in seiner Rede vor der II. Kammer des schwedischen Reichstages am 18.01.1928.

31 Per Albin Hansson in seiner Rede vor der II. Kammer des schwedischen Reichstages am 18.01.1928. Ins Deutsche übersetzt von Björn Brennecke [BB], im Original: „*I det goda hemmet råder likhet, omtanke, samarbete, hjälpsamhet. Tillämpat på det stora folk- och medborgarhemmet skulle detta betyda nedbrytandet av alla sociala och ekonomiska skrankor, som nu skilja medborgarna i privilegierade och tillbakasatta, i härskande och beroende, i rika och fattiga, besuttna och utarmade, plundrare och plundrade.*“

32 Eine Beschreibung des Funktionalismus in der Architektur und seiner Beziehung zum Schwedischen Modell findet sich in Helena Mattsson / Sven-Olov Wallenstein (Hrsg.), *Swedish Modernism, Architecture, Consumption and the Welfare State*, London 2010.

gelang es den schwedischen Sozialdemokraten alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten in den Aufbau des schwedischen Wohlfahrtsstaates zu integrieren. Nach dem II. Weltkrieg wurde das *svenska folkhem* weiterentwickelt, bspw. durch das *social engineering*³³, wie es vom Ehepaar Myrdal für Schweden adaptiert wurde:

„Nur in Schweden spricht man recht unbefangen von der ‚sozialen Ingenieurskunst‘ und meint damit die Vorstellung, man könne durch rationale Gesellschaftsplanung das größtmögliche Glück schaffen, die ‚gute Gesellschaft‘.“³⁴

Auf dieser Grundlage entstand der schwedische Wohlfahrtsstaat, den Esping-Andersen dann später als sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus kennzeichnete.

Das spezifisch **Schwedische** am Schwedischen Modell – das, was seinen Modellcharakter ausmacht – ist nach Rudolf Meidner und Anna Hedborg³⁵ nicht isoliert in einem einzelnen der drei oben beschriebenen Themenkomplexe zu finden; einzeln betrachtet kommen diese Themenkomplexe auch in anderen Ländern vor. Das besondere am Schwedischen Modell läge darin, dass diese drei Themenkomplexe in Schweden zeitweise gleichzeitig verwirklicht werden konnten. In der vorliegenden Arbeit wird nicht versucht, alle Aspekte des Schwedischen Modells darzustellen und zu erklären,³⁶ sondern die historische Genese des Schwedischen Modells anhand des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung auf das Schwedische Modell und der Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Entwicklung Schwedens darzustellen.

33 Zum *social engineering* vgl: Thomas Etzemüller, *Die Romantik der Rationalität, Alva & Gunnar Myrdal, Social Engineering in Schweden*, Bielefeld 2010.

34 Ebd. S. 17. Auch ein aktueller Bericht an die schwedische Gewerkschaftsführung: Claes-Mikael Jonsson / Ingemar Lindberg, *Modellen som blev ut genom ett fönster, om globaliseringen och den svenska modellens framtid*, Stockholm 2014, ist in diesem Sinne – gesamtgesellschaftliche Steuerung – gehalten.

35 Rudolf Meidner / Anna Hedborg, *Modell Schweden, Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft*, Frankfurt/Main u. a. 1984, S. 11ff.

36 Die Forschungsarbeit von Meidner und Hedborg ist einer der wenigen guten auf deutsch erschienen Forschungsbeiträge, der eine differenzierte Gesamtübersicht über das Schwedische Modell bereitstellt. Der Schwerpunkt ihrer Analyse stellt das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik dar: Meidner / Hedborg 1984 a. a. O.

Einleitung

Konkret untersucht die vorliegende Arbeit, welche Bedeutung die Verhandlungsordnung des schwedischen Arbeitsmarktes für die Entstehung und Weiterentwicklung des *svenska folkhem* hatte; die Wechselwirkungen der Verhandlungsordnung mit den beiden anderen Themenkomplexen des *svenska folkhem* und der korporatistischen Demokratie werden untersucht, soweit sie zur Analyse der Verhandlungsordnung notwendig sind.

Das Schwedische Modell in der deutschen Forschung

Die deutsche Forschung über das Schwedische Modell ist eng verbunden mit dem Schwedenbild der gesellschaftlichen Linken. Thematisch dominieren heute Arbeiten mit erweitertem Fokus, d. h. über das skandinavische oder nordische Modell,³⁷ sowie Darstellungen, die das Schwedische Modell anhand der Politik der Sozialdemokratie betrachten.³⁸ Darüber hinaus ist das deutsche Bild des Schwedischen Modells traditionell zweigeteilt. Die Debatte bewegt sich zwischen einer teils unkritischen Idealisierung des Schwedischen Modells, bei der die Situation im Schweden der 1950er/60er Jahre und die Sicht Schwedens als „modernstes Land der Welt“ Bezugspunkt ist, und einer periodisch wiederkehrenden Kritik bestimmter Aspekte des Schwedischen Modells, konkret von „Gleichmacherei“, Anpassungszwang und der sog. Normpolitik.³⁹ Während die erste Sichtweise die Debatte der 1970er Jahren bestimmte, dominierte letztere in den 1980er Jahren.

37 Statt vieler: Stein Kuhnle, *The Nordic Model: Ambiguous, but useful concept*, in: Herbert Ovinger / Elmar Rieger (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien, Herausforderungen, Reformen und Perspektiven*, Frankfurt u. a. 2009, S. 275ff. Siehe auch Mary Hilson, *The Nordic Model, Scandinavia Since 1945*, London 2008; sowie Christian Förster / Josef Schmid / Nicolas Trick, *Die Nordischen Länder, Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*, Wiesbaden 2014. Vgl. auch – die Besonderheit Skandinaviens verneinend aus konservativer Perspektive: Nima Sanandaji, *Scandinavian Unexceptionalism, Culture, Markets and the Failure of Third-Way Socialism*, London 2015.

38 Statt vieler: Christoph Hoeft, *Narration in der Krise, Zum Wandel des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdiskurses in Schweden*, Stuttgart 2014.

39 Zur Idealisierung des Schwedischen Modells vgl. Ulrich Otto / Roland Otto, „... daß alle Schranken niedergedrückt werden, die zu einer Aufteilung unseres Volkes führen.“ „Modell Schweden“: ein Lehrstück in Sachen Sozialstaat, Konstanz 1988. Kritisch bzgl. der „Gleichmacherei“ vgl. Roland Huntford, *Wohlfahrtsdiktatur, Das schwedische Modell*, Frankfurt/Main u. a. 1973. Bernd Henningsen charakterisiert die Darstellung Huntfords zutreffend: „Mit Roland Huntfords journalistischer Interpretation der schwedischen Neuzeit als sozialdemokratischer Tyrannis wird dagegen jenes ganz andere Bild gezeichnet, das Schweden, die Sozialdemokratie und den Wohlfahrtsstaat als modernen Totalitarismus denunziert“

Zwischen diesen beiden eher ideologisch geprägten Perspektiven lässt sich die Forschungsarbeit von Bernd Henningsen verorten, der die Darstellung schwedischer Politik und Gesellschaft mit einem Beitrag zur Wohlfahrtsstaatsforschung verbindet.⁴⁰ Henningsens Habilitationsschrift stellt die umfangreichste, auf schwedischem Quellenstudium basierende Beschreibung der Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates bis zum Anfang der 1980er Jahre dar; die Entwicklung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung wird von ihm jedoch lediglich am Rande gestreift.

Das Macht-Relations-Modell Korpi

Der Mainstream der schwedischen Forschung nimmt, beeinflusst von den funktionalistischen Ideen von Eingriff und staatlicher Steuerung, die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft in den Blick; als Ausdeutung des Ansatzes des *social engineering* sind die Methoden vorwiegend empirisch geprägt.

Abseits dieses Mainstreams finden sich sowohl der historisch-politische Ansatz Walter Korpi, als auch der marxistische Ansatz Harry Bravermans,⁴¹ die beide in den 1970er Jahren entstanden. Bravermans Beschreibung der Situation setzt direkt an der Analyse des Kapitalismus an und betrachtet dabei die Arbeit abstrakt. Er beleuchtet den einzelnen Arbeiter und seine Situation/Stellung im Produktionsprozess. Seine Analyse liefert

(Bernd Henningsen, *Der Wohlfahrtsstaat Schweden*, Baden-Baden, 1986, S. 43.). Auch Betrachtungen, die diese Extrempositionen selbst nicht vertreten, sind auf diese beiden Pole hin ausgerichtet, vgl. dazu Ralf Launer (Hrsg.), *Das Schwedische Modell – Zukunfts- oder Auslaufmodell?* Marburg 1994; sowie Karl Hinrichs / Wolfgang Merkel, *Der Wohlfahrtsstaat Schweden: Was bleibt vom Modell?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51, 1987, S. 23ff.; Ursula Schmiederer, *Schweden – „Sozialkapitalismus“ und Neue Linke*, in: Neue Kritik, Nr. 36/37 Frankfurt/Main 1966, S. 17ff.

⁴⁰ Schweden wird von ihm konsequenterweise als „Beispiel“ und nicht als „Modell“ behandelt, vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 9.

⁴¹ Zu Korpi vgl. Walter Korpi, *The Power Resources Model*, in: Christopher Pierson/Francis G. Castles (Hrsg.), *The Welfare State, A Reader*, Cambridge 2000, S. 77ff. Zu Braverman vgl. Harry Braverman, *Labor and monopoly capital: The degradation of work in the 20th century*, New York 1998 (Erstausgabe von 1974), deutsche Übersetzung: ders., *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/Main 1977. Obwohl Braverman Amerikaner war und seine Analyse auf der Betrachtung der amerikanischen Ökonomie fußte, wurde er in Schweden breit rezipiert, vgl. Thomas Sandberg (Hrsg.), *Arbetsorganisation och medbestämmande, En forskningsöversikt*, Stockholm 1982, S. 17.

Einleitung

dabei Anknüpfungspunkte sowohl an das *social engineering* als auch an die Aktionsformen der wilden Streiks der 1970er Jahre.

Im Mittelpunkt von Korpi's Betrachtung hingegen steht die organisierte Arbeiterschaft mit ihren Handlungsformen. Diese institutionelle Darstellung hat eine größere Nähe zum Schwedischen Modell und zum *svenska folkhem* mit seinen Assoziationen von Gruppe und Kollektiv. Bzgl. der Analyse einzelner Konflikte ist Korpi's Ansatz besser geeignet, nicht zuletzt, da das Arbeitskampfrecht in Schweden, insb. das Streikrecht traditionell als kollektives Recht, nicht als individuelle Freiheit, konzipiert ist. Zudem liegt Walter Korpi's Betrachtung des konkreten Kontextes der Arbeitskämpfe (Macht-Relations-Modell) der hier angestrebten Pfadbetrachtung in Anlehnung an Esping-Andersen näher als Bravermans systematisierte Darstellung der Veränderung der Arbeit (*degradation of work*) als Auslöser gesellschaftlicher Entwicklung.

Darüber hinaus muss die hier angestrebte Darstellung der historischen Entwicklung der Konfliktordnung des Schwedischen Modells – eine politikwissenschaftliche Untersuchung mit historischer Perspektive – historische Ereignisse gleichermaßen darstellen und interpretieren. Die Schwierigkeit in Bezug auf die Darstellung historischer Ereignisse liegt dabei darin, sich nicht in Details zu verlieren, um Entwicklungslinien darstellbar zu machen. Die Interpretation historischer Ereignisse tendiert demgegenüber dazu, historische Ereignisse von ihrem Ergebnis her zu denken mit der Gefahr, eine deterministische Entwicklungsgeschichte zu präsentieren, die alternative Entwicklungen und widersprüchliche Ereignisse ausblendet.

Die vorliegende Untersuchung versucht dieser doppelten Problematik zu begegnen, indem sie sich auf historische Gruppen von Akteuren⁴² und deren Handlungsmöglichkeiten konzentriert. Die Arbeit baut dafür auf das „*Power Resources Model*“⁴³ (Macht-Relations-Modell) von Walter Korpi auf:

Korpi analysiert ein sich beständig veränderndes Verhältnis von Machtressourcen.

„Power resources are characteristics which provide actors – individuals

42 Die Darstellung soll auf Gruppen von Akteuren bezogen werden, um einer Überbetonung der Rolle einzelner Akteure entgegenzuwirken. Eine Untersuchung einzelner Akteure tendiert dazu, die Rolle historischer Persönlichkeiten (vor allem der Männer) überzubewerten.

43 Korpi 2000 a. a. O. S. 77.

or collectives – with the ability to punish or reward other actors.“⁴⁴

Aufgrund der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess tendieren sie in kapitalistischen Gesellschaften dazu, sich mit anderen Individuen mit gleichartigen Interessen zusammen zu schließen, um die individuellen Machtressourcen in einer kollektiven Organisation zu bündeln. Die ArbeiterInnen besitzen in den Verteilungskonflikten kapitalistischer Gesellschaften nur ihre Arbeitskraft, die ihre Machtressource bestimmt. Die Machtrelation zwischen Arbeit und Kapital in einer kapitalistischen Demokratie beruht demnach auf dem Grad der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse auf der einen und der Kapitalkonzentration und Produktionsweise auf der anderen Seite. Diese Machtrelation verändert sich ständig; sie ist sowohl zu verschiedenen Zeitpunkten als auch in verschiedenen Ländern unterschiedlich. Offene Konflikte (Streiks und Aussperrungen) können sowohl Ausdruck der Machtrelation der Konfliktparteien sein als auch ein Mittel, die Verteilung der Machtressourcen zu beeinflussen. Korpi's Analyse der Machtrelation geht von einem sich historisch verändernden Relationsverhältnis aus und stellt sich damit gegen alle Ansätze (liberale wie klassentheoretische), die die Verteilung der Machtressourcen als stabil annehmen:⁴⁵

„The approach outlined here comes close to the perspective of Marx, according to which structural change is the result of people, through cooperation or conflict, seeking solutions to what they define as important social problems. The definitions of social problems are, however, not objectively given but depend largely on the distribution of power resources in society. The alternative solutions considered and ultimately chosen are also affected by the power distribution.“⁴⁶

Mit dem Macht-Relations-Modell untersucht Korpi die Konflikthanfälligkeit des Arbeitsmarktes zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen industrialisierten Ländern. Er analysiert dabei die Auswirkungen von sich verändernden Machtressourcen der Tarifparteien anhand deren Handlungsmöglichkeiten: die Handlungsmöglichkeiten einer Tarifpartei spiegelt

44 Ebd. S. 78.

45 Vgl. Walter Korpi, *Sverige – arbetsfredens land?* in: Anders Broström (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 229ff.

46 Korpi 2000 a. a. O. S. 82.

Einleitung

ihre Machtrelation zur anderen wieder; eine Veränderung der Machtrelation kann somit zu mehr oder weniger Handlungsmöglichkeiten führen.⁴⁷

Konflikte auf dem Arbeitsmarkt entstehen nach dem Modell von Korpi vornehmlich dann, wenn beide Parteien über hohe Machtressourcen verfügen und beide ihre Handlungsmöglichkeiten hoch einschätzen. Arbeitsfrieden kann demgegenüber dann herrschen, wenn:

- (1) die Machtrelation so ungleich ist, dass eine Partei die andere dominieren und ihr die Bedingungen für den Arbeitsfrieden diktieren kann;
- (2) beide Parteien hohe Machtressourcen haben und gleichzeitig der Verteilungskonflikt auf die politische Ebene verschoben wird und dort gelöst werden kann; – in Europa gelang diese Verschiebung nach Korpi meistens dann, wenn eine sozialdemokratische Partei die Regierungsmacht über einen längeren Zeitraum halten konnte und sozialdemokratische Verteilungspolitik umgesetzt hat.⁴⁸

Die zentrale Bedeutung, die Korpi der Rolle der sozialdemokratischen Parteien für die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten zuschreibt, führt dazu, dass die Bedeutung anderer Akteure (Gewerkschaftsbewegung, Arbeitgeberorganisationen) vernachlässigt wird.⁴⁹ Dies gilt besonders für Schweden, wo auf Grund der 40-jährigen Regierungszeit der sozialdemokratischen Partei ab 1932 diese Bedeutungszuschreibung besonders naheliegend erschien.

⁴⁷ Vgl. Korpi, Sverige, 1981 a. a. O. S. 232.

⁴⁸ In Deutschland wird das Macht-Relations-Modell von Walter Korpi nur selten angewandt, weil es als Erklärungsmodell auf Deutschland in der Nachkriegszeit nicht passt. In der Nachkriegszeit hatten Sozialdemokratie und Gewerkschaften nur einen geringen Einfluss auf die Regierung, dennoch gab es – entgegen dem Macht-Relations-Modell – nur wenige Arbeitskonflikte. Mit Verweis auf die Teilung in Ost und West gelang es den Regierungen Adenauer und Erhardt in gewissem Umfang – unter den besonderen Verhältnissen der Wiederaufbauphase Deutschlands – eine Politik zu machen, die von den unteren Schichten als integrierend wahrgenommen wurde. Vgl. Korpi, Sverige, 1981 a. a. O. S. 242ff.

⁴⁹ In Bezug auf das Schwedische Modell als Konfliktordnung ist Korpis Macht-Relations-Modell deshalb zu ergänzen. Siehe dazu Kap. 3.3.4.

Forschungsansatz der Arbeit

Die vorliegende Arbeit untersucht den Einfluss der schwedischen Gewerkschaftsbewegung auf das Schwedische Modell anhand der zentralen Konflikte, durch die die Gewerkschaftsbewegung prägend auf das Schwedische Modell eingewirkt hat. Die zentrale Bedeutung der schwedischen Sozialdemokratie, wie sie sowohl Esping-Andersen als auch Walter Korpi herausstellen, wird dabei nicht in Frage gestellt sondern ergänzt. Es geht darum, den historischen Kontext darzustellen, in dem die Sozialdemokratie den schwedischen Wohlfahrtsstaat in den jeweiligen Zeitabschnitten auf-, um- oder abbauen konnte.

Walter Korpi beschreibt bspw. die Verschiebung von Verteilungskonflikten auf die politische Ebene. Diese Verschiebung ist in Schweden eng mit dem Aufbau des Schwedischen Modells verbunden, wodurch die Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt aus dem Blickfeld geraten. Die vorliegende Arbeit ist insofern als Erweiterung der Analyse Korpis anzusehen, die die Verschiebung auf die politische Ebene nicht bloß feststellt, sondern aufzeigt, wie sie in gewerkschaftlichen Kämpfen vorbereitet wurde, bevor sie politisch umgesetzt werden konnte.

Die Forschungen zum schwedischen Wohlfahrtsstaat – oder zum Schwedischen/Skandinavischen/Nordischen Modell – beruhen häufig auf zwei Prämissen. Zum Einen wird die Stärke der Gewerkschaftsbewegung (vor allem ihr hoher Organisationsgrad) genannt sowie der Arbeitsfrieden hervorgehoben, die beide entscheidend für den Erfolg des Schwedischen Modells gewesen seien. – Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitsfrieden werden dabei als gegeben vorausgesetzt, ohne ihre Ursachen zu untersuchen. Im Vergleich zu den Konfliktordnungen anderer Industriestaaten erscheint dies jedoch als Ausnahme und damit erklärungsbedürftig.

Zum Anderen wird für die Entwicklung Schwedens zum Schwedischen Modell häufig auf eine Kompromiss- und Konsensorientierung verwiesen, die tief im schwedischen Bewusstsein verankert sei.⁵⁰ Das Schwedische

⁵⁰ Belege dafür werden in der historischen Entwicklung Schwedens gefunden: Die liberale Modernisierung Schwedens sowie der Wandel hin zu einem bürgerlichen Staat wurde bspw. von den feudalen Eliten selbst eingeleitet; die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts sowie der bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie vollzogen sich in Schweden zwar unter dem Druck großer Volksbewegungen (vor allem der Gewerkschaftsbewegung und der Wahlrechtsbewegung), verliefen aber friedlich, ohne revolutionäre Ereignisse.

Einleitung

Modell begann – nach dieser Lesart – mit der Regierungsübernahme der Sozialdemokraten 1932 durch eine Koalition mit der Bauernpartei, dem sog. „*kohandeln*“ (Kuhhandel). Eine solche Herangehensweise läuft Gefahr, die Geschichte als von anthropologischen Grundkonstanten bestimmt zu denken: von der Vorliebe der Schweden für Kompromisse (*kohandeln* 1932) sowie Konstanten (die 40-jährige Regierungszeit der Sozialdemokratie ab 1932) und der Neigung hin zu großen Organisationen (die Volksbewegungen, vor allem die Stärke der schwedischen Gewerkschaftsbewegung), von einer allgemeinen Friedensliebe (die schwedische Neutralitätspolitik) hin zur relativen Konfliktfreiheit des schwedischen Arbeitsmarktes.

In dieses Bild passt nicht, dass die schwedischen Gewerkschaftsorganisationen 1909 einen Generalstreik – den *storstrejk* 1909⁵¹ – ausriefen, an dem sich fast 300.000 Arbeiter beteiligten, und dass es in Folge der Tragödie von Ådalen 1931 überall in Schweden zu Streiks und Protesten kam, bei denen Polizei sowie Militär die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung teilweise den Organisationen der Gewerkschaftsbewegung bzw. der Kommunisten überlassen mussten. Ebenso wenig passt in dieses Bild, dass Schweden noch Mitte der 1930er Jahre zu den Ländern mit den meisten Konflikten auf dem Arbeitsmarkt gehörte.

Die vorliegende Arbeit will die Vorliebe der Schweden für Kompromisse und Konsensfindung nicht in Frage stellen. Es wird auch nicht beabsichtigt, der bisherigen Forschung zum schwedischen Wohlfahrtsstaat einen Glauben an anthropologische Grundkonstanten nachzuweisen. Eine konflikttheoretische Analyse soll vielmehr die Lücke schließen, die entsteht, wenn die Bedeutung einer starken Gewerkschaftsbewegung für das Schwedische Modell vorausgesetzt, jedoch nicht historisch erklärt wird.

In den Mittelpunkt der Analyse rücken deshalb Konflikte, anhand derer untersucht wird, wie in ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit, Kapital und Staat das entsteht, was im Nachhinein wie eine schon immer vorhandene Vorliebe für Kompromisse erscheint. –

⁵¹ *Stor strejk* bedeutet großer Streik und wird in weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung (auch der Literatur) als Synonym für einen Generalstreik verwendet. LO und Sozialdemokratie haben den Streik 1909 als *storstrejk* (Großstreik) bezeichnet, um sich von der Propaganda der Syndikalisten für einen *generalstrejk* (Generalstreik) abzugrenzen. Die syndikalistische Vorstellung eines Generalstreikes geht dabei über die Vorstellung eines großen Streiks hinaus, vgl. Valter Åman, *Svensk syndikalism*, Stockholm 1938, S. 120ff.

„Sverige var aldrig en konsenskultur utan en konfliktkultur som blev en kompromisskultur“.⁵²

Ansatz der vorliegenden Arbeit ist somit die Frage nach den historischen Bedingungen, in denen der Arbeitsfrieden unter Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden konnte. In Bezug auf die beiden Tarifparteien, die im Dreieck mit dem Staat die Akteure des Schwedischen Modells darstellen, lässt sich aus der Abwesenheit von Konflikten (Arbeitsfrieden) zwar auf eine **effektive** Konfliktordnung schließen, nicht aber auf die konkrete Ausgestaltung dieser Ordnung. Die Frage nach den historischen Bedingungen des Arbeitsfriedens konkretisiert sich damit in Richtung der Bedingungen einzelner Konflikte.

Die historische Entwicklung der Konfliktordnung auf dem schwedischen Arbeitsmarkt wird im Folgenden analysiert, indem zentrale Arbeitskonflikte untersucht werden, an denen die Entstehung und Entwicklung der Konfliktordnung des Schwedischen Modells dargestellt werden kann.⁵³ Beschrieben wird, wie es von der Voraussetzung (bspw. Etablierung einer Konfliktordnung) zum Ergebnis (bspw. Arbeitsfrieden) kam, bzw. worin die historischen Ursachen und Grundlagen für dieses Ergebnis bestehen.

So entsteht eine Beschreibung der Entwicklung des Schwedischen Modells anhand einer historisch-politischen Analyse der Konfliktordnung des schwedischen Arbeitsmarktes.⁵⁴ Das Handeln der Akteursgruppen in den einzelnen Konflikten bildet die Grundlage, auf der die Bedeutung der Kon-

52 Bo Stråth, *Sveriges Historia 1830-1920*, Stockholm 2012, S. 656.

53 Der Forschungsansatz, gesellschaftliche Entwicklungen aus der Betrachtung von Arbeitskämpfen heraus zu analysieren, findet sich auch bei: Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt/Main 2007 und Jim Phillips, *Collieries, communities and the miners' strike in Scotland, 1984-85*, Manchester 2012.

54 Eine vollständige, im Sinne einer umfassenden Beschreibung des Schwedischen Modells hingegen ist nicht Gegenstand der Arbeit. Esping-Anderson hat in seiner Typologie der Wohlfahrtsstaaten Schweden als **das** Beispiel für den sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus identifiziert und die Pfadabhängigkeit sozialstaatlicher Entwicklung aufgezeigt. Walter Korpi hat die Verschiebung des Verteilungskonfliktes auf die politische Ebene als Meilenstein des Schwedischen Modells identifiziert. Diesen beiden Analysen ist – bezogen auf die Voraussetzung und das Ergebnis der historischen Entwicklung – nichts hinzuzufügen. Aus diesem Grund wird auf eine detaillierte Darstellung des Komplexes Parlament-Partei-Staat und der einzelnen Entwicklungsschritte des Schwedischen Modells als Wohlfahrtsstaat, sowie der politischen Ränkespiele im parlamentarischen Prozess verzichtet.

flikte für das Schwedische Modell herausgearbeitet wird. Ihr Einfluss auf die Entwicklung des Schwedischen Modells wird nachgezeichnet; schließlich die gestaltende Rolle der schwedischen Gewerkschaftsbewegung analysiert.

Zum Aufbau

Behandelte Konflikte

Ausgehend vom *storstrejk 1909*, dem offenen Klassenkampf (Kap. 1), entwickelt sich eine Gegenerzählung mit dem entscheidenden Schlüsselereignis Ådalen 1931; letzteres prägte das Schwedische Modell als Konfliktordnung und beinhaltet Aktualisierungsmöglichkeiten des Schwedischen Modells bis heute (Kap. 2).

Die Konfliktordnung wird 1938 im Abkommen von Saltsjöbaden kodifiziert (Kap. 3.1). Während der *verkstadsstrejk 1945* den normalen / idealen Konfliktablauf des Schwedischen Modells als Arbeitsfriedensmodell (Dreieck LO-SAF-SAP, Abkommen und passiver, nicht regelnder Staat) illustriert (Kap. 3.2), zeigen sich nach der goldenen Zeit der 1950er/60er Jahre (Kap. 3.3) Risse im Schwedischen Modell, die sich in einer Welle wilder Streiks äußern (Kap. 4).

Exemplarisch für diese Phase sind der Hafendarbeiterstreik 1969 als Beginn der Welle wilder Streiks (Kap. 4.1) sowie der LKAB-Konflikt als deren Höhepunkt (Kap. 4.2) und als Auslöser für eine bis dahin in Schweden beispiellose gesetzliche Regelung der Arbeitsbeziehungen. Die Auswirkungen der getroffenen Regelungen auf einzelne Streikende illustrieren die Putzfrauenstreiks (Kap. 4.3).

Die Regelungsabsicht und die Motivation hinter den gesetzlichen Regelungen (u. a. Mitbestimmungsgesetz) zusammen gelesen mit der Positionierung der LO im Kontext der wilden Streiks beleuchten die Rolle der LO, welche unterstützt von der Sozialdemokratie ihre Machtposition innerhalb des Schwedischen Modells auch gegenüber ihren Mitgliedern eisern verteidigte (Kap. 4.4).

Nach dieser Phase der Restauration entwickelte die LO, auf eine Initiative aus den Reihen der Mitglieder hin, das Modell der *löntagarfonderna* (Arbeitnehmerfonds), verstanden als Fortentwicklung des Schwedischen Modells hin zur Wirtschaftsdemokratie: die LO stellte erstmals die Machtfrage (Kap.

5.1). Dies fiel zusammen mit dem Reichstagswahlkampf Olof Palmes 1976, der mit dem ersten Wahlverlust der Sozialdemokratie nach 1932 endet.

Der *storkonflikt 1980* stellte alle bisherigen Streiks unter dem Schwedischen Modell in den Schatten. Geführt unter einer bürgerlichen Regierung erinnerte er an 1909/1931. Er erschien als Wiederaufflammen eines offenen Klassenkampfes, was für Zeitgenossen sowohl die Zukunft des nach den wilden Streiks der 1970er Jahre restaurierten Schwedischen Modells, als auch im historischen Rückblick dessen Existenz überhaupt in Frage stellte. Der politisch mit harten Bandagen geführte Großkonflikt, der quer über alle Sektoren verlief, endete mit einem Sieg der Gewerkschaftsbewegung (Kap. 5.2).

Die Antwort auf die mit den *löntagarfonderna* gestellte Machtfrage jedoch war eine negative: das von den wieder regierenden Sozialdemokraten letztlich beschlossene Gesetz hatte den Ausgangsentwurf bis zur Unkenntlichkeit entstellt (Kap. 5.3).

In der Folge erhielt sich das Schwedische Modell in seiner restaurierten Fassung. Erst die neoliberale Wende, die in den 1980er Jahren zunehmend an Boden gewinnt und mit der 1990er-Jahre-Krise ihren Durchbruch erlebte, veränderte dessen ökonomische und politische Rahmenbedingungen grundlegend; der Abwehrkampf der Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit wird nicht im Detail beleuchtet (Kap. 5.4).

Abschließend wird der Blick auf die aktuelle politische Situation gerichtet (Kap. 6.1), um unter Einbeziehung der Ergebnisse der Arbeit die Möglichkeit einer Erneuerung des Schwedischen Modells zu beurteilen (Kap. 6).

Die Darstellung richtet sich bzgl. der zentralen Konflikte grob nach folgendem Muster:

- (1) die historischen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen des jeweiligen Konflikts werden untersucht; die zentralen Akteursgruppen werden dargestellt;
- (2) es folgt der Ablauf des Konfliktes. Dabei werden die historischen Abläufe so weit wie möglich zusammengefasst; eine erklärende Darstellung der Konflikte ist jedoch notwendig, um die Thematik auch denjenigen zugänglich zu machen, die auf schwedische Quellen nicht zurückgreifen können, da sowohl die historischen Rahmendaten als

Einleitung

auch die Berichterstattung der „politischen Presse“ bzgl. der meisten Konflikte auf deutsch oder englisch nicht zugänglich sind;

- (3) abschließend wird die Bedeutung des Konfliktes für die Entwicklung des Schwedischen Modells dargestellt.

Zur Notationsweise

Zitate aus dem Schwedischen werden ausnahmslos ins Deutsche übersetzt; die schwedische Sprachfassung findet sich mitsamt der Quellenangabe in der jeweiligen Fußnote.

Alle Übersetzungen aus dem Schwedischen sowie die übersetzten Begrifflichkeiten inklusive begrifflicher Neuschöpfungen stammen, soweit nicht anders angegeben, vom Verfasser selbst.

Ein Glossar führt – zur besseren Orientierung und Verständlichkeit – sämtliche schwedische Begriffe auf; ein Abkürzungsverzeichnis schwedischer Begriffe liegt der Arbeit bei.

Eine gesonderte Übersetzung einzelner Buchtitel, von Untertiteln bzw. von Artikelüberschriften erfolgt, wenn die Übersetzung für die Einordnung der Quelle hilfreich ist und weitere Erläuterungen erspart.

Zum geografischen und politischen Hintergrund

Am nördlichen Rande Europas gelegen erstreckt sich Schweden über eine Fläche, die mit heute ca. 450.000 km² größer ist als die Bundesrepublik Deutschland (ca. 350.000 km²). In Schweden wohnten zu Beginn des 19. Jahrhunderts gerade einmal 2,3 Millionen Menschen, Mitte des 19. Jahrhunderts 3,5 Millionen, die meisten davon in Süd- und Mittelschweden, was gerade einmal zwei Fünftel der Landesfläche ausmacht. Bis 1900 hatte sich die Einwohnerzahl Schwedens auf 5,1 Millionen gesteigert und liegt heute bei 9,8 Millionen.⁵⁵

⁵⁵ Da es in Schweden kein gedrucktes statistisches Jahrbuch mehr gibt, werden die offiziellen Zahlen vom *statistiska centralbyrån* (Statistisches Zentralbüro – SCB) nur noch online veröffentlicht. Angaben stammen aus: Population and Population Changes 1749–2014, http://www.scb.se/en_/Finding-statistics/Statistics-by-subject-area/Population/Population-composition/Population-statistics/Aktuell-

Die Regierungsform Schwedens war im 18./19. Jahrhundert geprägt vom abnehmenden Einfluss der Monarchie auf die Politik; auf diese Weise verwandelte sich die Herrschaft der „Krone“ ohne Revolution in eine parlamentarische Monarchie. Die Auseinandersetzung zwischen den monarchistischen und liberalen Strömungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kreiste um die Fragen, wer als das Volk anzusehen sei (Adlige/wohlhabende Männer/Arme und Frauen) und wer das Volk repräsentiere (König oder Reichstag). Die Nation – zunächst als homogene Einheit verstanden – differenzierte sich schrittweise und veränderte ab 1830 die Machtstrukturen in der Gesellschaft: Königsmacht-Herrenmacht-Volksmacht waren die Begriffe, um die sich die Debatten über eine Modernisierung der Monarchie drehten; Nation-Klasse-Geschlecht waren die neuen Perspektiven, anhand derer sich die neuen Machtstrukturen entwickelten.⁵⁶

Mit der Verfassungsreform von 1809 (diese neue Verfassung galt formell bis 1975) wurde die alleinige Herrschaft des Königs beendet; in den zwei Kammern des Reichstags behielten aber zunächst die Stände das Sagen. Erst 1865 wurde diese Ständeordnung durch einen Reichstag ersetzt, dessen Wahlrecht auf Vermögen basierte. Zwar ist Schweden noch heute eine konstitutionelle Monarchie, die „Krone“ besitzt aber keine politischen Rechte mehr.⁵⁷ Der König ist formell Staatsoberhaupt einer parlamentarischen und repräsentativen Demokratie. Seine politische Rolle ist rein symbolischer Natur (Eröffnung des Reichstages, Rede am Nationalfeiertag, öffentliches Leben der „first family“⁵⁸); die „präsidialen“ Aufgaben wie Staatsbesuche und die Erteilung des Auftrages zur Regierungsbildung übernimmt der *riksdagens talman* (Sprecher des Reichstages).⁵⁹

Pong/25795/Yearly-statistics--The-whole-country/26046/ (zuletzt abgerufen am 18.09.2015) sowie den aktuellen Zahlen von <http://www.scb.se>.

56 Vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 25f.

57 Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 185ff; Lars Olsson, „*Det är ingen skam att vara socialist.*“ *Arbetarrörelsen före det politiska makttillträdet*, in: *Arbetarhistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 26 Nr. 1-2 Stockholm 2002, S. 8ff; Detlef Jahn, *Das politische System Schwedens*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Wiesbaden 2006³, S. 93ff. Zur Entwicklung des liberalen Bürgertums in Schweden sowie dessen Einfluss auf die Rolle des Staates in Schweden vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 67ff.

58 Im Kontrast zum Glamour der königlichen Hofhaltung gilt als **das** Modellehepaar Schwedens seit den 1950er Jahren das Ehepaar Alva und Gunnar Myrdal, die als soziale Ingenieure den schwedischen Wohlfahrtsstaat konzipiert und „vorgelebt“ haben.

59 Vgl. Kjell Östberg / Jenny Andersson, *Sveriges historia 1965-2012*, Stockholm 2013, S. 430ff.

Heute hat Schweden ein Ein-Kammern-Parlament – *sveriges riksdag* (schwedischer Reichstag) –, das alle vier Jahre gewählt wird und den *statsminister* (Regierungschef) bestimmt. Der unitaristischen Gliederung Schwedens und der Entwicklung des politischen Systems aus den Landschaften heraus folgend, ist die Sitzordnung der Abgeordneten im Reichstag nicht nach politischen Fraktionen sondern nach Regionen geordnet.⁶⁰ Typisch für das schwedische Regierungssystem ist zudem die „politische Verwaltung“. Diese beinhaltet ein unabhängiges Handeln der Verwaltung als eigenständiger politischer Akteur; der Fachminister steht allein dem Ministerium vor und ist nicht befugt, Weisungen an die Verwaltung zu geben.⁶¹

Für die Entwicklung Schwedens war entscheidend, dass in Schweden seit 1809 Frieden herrschte. Die Loslösung Norwegens von Schweden (1905), der letzte große außenpolitische Zwischenfall, verlief zwar querelenreich, blieb aber friedlich und sowohl im 1. als auch im 2. Weltkrieg schaffte es Schweden, seine Neutralität zu wahren.⁶² Dieser Tradition folgend ist Schweden bis heute kein Mitglied der NATO (im Gegensatz zu Norwegen). Trotz historischer skandinavischer Einigungsbestrebungen beschränkt sich „Skandinavien“ heute auf die Koordinierung von Vorhaben im Nordischen Rat (bspw. nicht bindende Gesetzesvereinheitlichungen) und die Nordische Passunion, ist aber in der sozialen Realität kein Anknüpfungspunkt für eine

60 Die *landskapen* (Landschaften) haben heute keine direkte Entsprechung in der Verwaltungsgliederung mehr. Schweden ist heute in 21 *läns* aufgeteilt, die eigene Parlamente (*landsting*) haben. Kleinste Verwaltungseinheit ist die Kommune.

61 Das schwedische politische System interpretiert die Gewaltenteilung somit anders als die klassische liberal-rechtsstaatliche Staatstheorie, die die Gewaltenteilung zum strukturgebenden Element erhoben hat und dabei der Verwaltung („Exekutive“) eine apolitisch-ausführende Rolle zuschreibt, die lediglich durch Zweckmäßigkeitserwägungen zu ergänzen ist und deren Verlassen – insbesondere in der postfaschistischen BRD – Anlass zur Sorge um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bietet. Zur Darstellung der Gewaltenteilung nach der o. g. Denkschule vgl. Reinhold Zippelius, *Allgemeine Staatslehre*, München 2007¹⁵, §31 (S. 238ff.). Zur schwedischen Verfassung insgesamt siehe: Olle Nyman, Some Basic features of Swedish constitutional law, in: Stig Strömholm (Hrsg.), *An Introduction to Swedish Law*, Stockholm 1988², S. 47ff. Zum schwedischen Verfassungsrecht im europäischen Kontext siehe: Ulf Bernitz, Schweden, in: Jürgen Schwarze (Hrsg.), *Die Entstehung einer europäischen Verfassungsordnung, Das Ineinandergreifen von deutschem und europäischem Verfassungsrecht*, Baden-Baden 2000, S. 389ff.

62 Vgl. Bernd Henningsen, *Die Linke in Schweden: Geschichte, Programme, Politik*, in: Hans Rühle / Hans-Joachim Vein (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa: Band II: Nordländer*, Opladen 1979, S. 124.

Selbstbeschreibung. Schweden ist seit 1995 Mitglied der EU, nicht jedoch der europäischen Währungsunion.

Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung vor 1909

Vom Feudalismus zum Beginn der Industrialisierung

In der Gesellschaft Schwedens herrschte schon im Feudalismus, anders als in großen Teilen Kontinentaleuropas, ein gewisses Maß an Selbstständigkeit und individueller Freiheit. Die Bauern in Schweden spürten weniger eine Unterdrückung durch die Feudalherren als die Bauern in vielen anderen europäischen Ländern. Als die neuen Arbeitgeber im Zuge der Industrialisierung Arbeiter auf dem Land rekrutierten, waren dies zwar mittellose Bauern, aber sie waren die Söhne und Töchter von Bauern, die selbstbewusst und nicht vorwiegend geknechtet ihren Herren gegenüber standen. Aus den Reihen dieses selbstbewussten Bauernstandes rekrutierte sich das aufstrebende Industrieproletariat.⁶³

Kulturell wird den Schweden immer wieder eine hohe Akzeptanz von Gleichheit – eine „Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit“⁶⁴ – attestiert. Ein Indiz für diese kulturelle Verbundenheit ist bspw. der Begriff „*jämlikhet*“, der sowohl „Gleichheit“ als auch „Gerechtigkeit“ bedeutet und schon 70 Jahre vor der französischen Revolution Eingang in den schwedischen Sprachgebrauch fand.⁶⁵ Ein weiteres Beispiel ist die in den kleinen Dörfern und Gemeinschaften Schwedens traditionell vorherrschende Vorstellung von Glück,

„daß eine vorbestimmte, fixe Menge an Glück in der Gemeinschaft vorhanden sei. Das Glück des Einen bedeute demnach

63 Vgl. Bernt Schiller, *En skandinavisk demokratimodell inför framtiden*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år: Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 225ff.

64 Stephan R. Graubard (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988, S. 7ff.

65 Christian Fenner, *Parteiensystem und Politische Kultur, Schweden in vergleichender Perspektive*, Berlin 1998, S. 212.

stets das Unglück eines anderen.“⁶⁶

Entsprechend dieser Vorstellung war nicht nur ein zuwenig an Glück ein Unglück für den Einzelnen, sondern auch ein zuviel an Glück, da dies impliziert, dass für einen Anderen kein Glück mehr übrig ist. Wenn sich ein einzelnes Mitglied einer Gemeinschaft gegen die Gerechtigkeit, die für die Gemeinschaft angestrebt wurde, aussprach, so konnte es dementsprechend aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, da es dem Glück der Gemeinschaft im Wege stand. Diese Glücksvorstellung war somit sowohl eine moralische Stütze für die Armen als auch eine Richtlinie für gemeinschaftliches Gerechtigkeitsstreben, das „sich in aller Regel auf einem kollektiv formulierten, aber individualistisch getragenen Wunsch nach Gleichheit gründet.“⁶⁷ Entscheidend in einer solchen Gemeinschaft war es, das richtige Maß an individuellem Glück zu finden. Die schwedische Sprache hat dafür einen eigenen Begriff: *lagom*, den man mit „gerade richtig“ wiedergeben kann und der mehr widerspiegelt, als ein einfaches Mittelmaß, als was er häufig beschrieben wird.⁶⁸

Die Agrarrevolution in Schweden war 1870, also vor der Industrialisierung, weitgehend abgeschlossen und hatte dazu geführt, dass die Bauern meistens auf kleinen Höfen außerhalb der Dörfer wohnten. Eine Konzentration der Landwirtschaft hat es – anders als etwa in England – nicht gegeben.

Unabhängiger von Nahrungsmittelimporten zu werden, wurde im 18. Jahrhundert als Doktrin angesehen. Um dies zu erreichen, wurde ein ganzes Bündel an Maßnahmen durchgesetzt, zu denen auch die Neuparzellierung vorher kollektiven, dörflichen Ackerlandes und die Aufhebung von Restriktionen (u. a. Ältestenerbrecht) gehörte, die vorher verhindert hatten, dass im Erbschaftsfall das Land geteilt wurde. Die Vereinzelung der Bauern wurde

66 Henry Werner, *Geld und Gemeinschaft: Deutscher Mark-Nationalismus und schwedischer Geldpragmatismus*, Baden-Baden 2003, S. 172.

67 Ebd. S. 173.

68 Vgl. ebd. S. 174ff. Zum Begriff *lagom* und dessen Bedeutung siehe auch: Arne Ruth, *Die zweite „Neue Nation“: Der Mythos vom modernen Schweden*, in: Stephan R. Graubard (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988, S. 254f. Angeführt wird, dass *lagom* so viel wie „ausreichend“, „angemessen“, „passend“ bedeuten kann und häufig auch als „goldene Mitte“ beschrieben wird, über deren Verwendungs- und Bedeutungszusammenhang aber noch hinausgeht.

somit – auch auf Kosten der Ertragsfähigkeit für den Einzelnen – immer weiter vorangetrieben. Die Bauern blieben so relativ frei und gerieten weniger in die Abhängigkeit von Großgrundbesitzern; allerdings blieben sie dabei arm. Diese Tatsache führte ab 1840 zu einer massiven Auswanderung von Kleinbauern nach Amerika. Eine massive Abwanderung in die Städte, wie in England, gab es nicht, da in Schweden die industriellen Zentren fehlten. Die schwedische Industrie entwickelte sich auf dem Land und so blieben die verarmten Bauern und das sich entwickelnde Proletariat auch auf dem Lande.⁶⁹ Dies führte insbesondere im 19. Jh. zu einer Idealisierung und Überbewertung des Bauernstandes:

„Weder der Städter noch seine Großstädte und Industrien wurden für das nationale Bewußtsein jemals so wichtig, wie es der Bauer war, insbesondere der arme Kleinbauer, der sich am Rande der Wildnis mühsam durchschlug.“⁷⁰

Diese besondere Lage der schwedischen Bauern führte dazu, dass sie politisch nicht in die Arme der Konservativen liefen, sondern einen eigenen Bauernverband und schließlich eine eigene Partei gründeten, die als einzige mit allen Parteien – bürgerlichen und nicht-bürgerlichen – Koalitionen eingegangen ist.⁷¹ So entstand in Schweden nicht nur die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit sondern aus der Idealisierung eines freien Kleinbauernstandes entwickelte sich auch ein ausgeprägtes Gespür für die Bewahrung der Individualität.⁷² Diese hohe Wertschätzung der Individualität in Schweden kann nach Heberle⁷³ sowohl auf die Liebe zur Natur

69 Fenner 1998 a. a. O. S. 237ff.

70 Matti Klinge, *Aspekte nordischer Individualität*, in: Stephan R. Graubard (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988, S. 44.

71 Fenner 1998 a. a. O. S. 237ff. Dabei ist aber immer zu beachten, dass ein großer Teil der Bauern – auch bei den größten Wahlerfolgen der Bauernpartei – immer noch SAP und Liberale wählten.

72 Vgl. Klinge 1988 a. a. O. S. 41ff.

73 Vgl. Rudolf Heberle, *Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schweden*, Jena 1925, S. 9ff. Weitere Erklärungen von Heberle, die auf das „germanische Wesen“ (ebd. S. 11) und die „Reinrassigkeit“ (ebd. S. 6) der Schweden abzielen, entsprechen zwar dem Zeitgeist der 20er Jahre, sollen hier aber bewusst unberücksichtigt bleiben, da diese Arbeit sich nicht mit der Rassentheorie innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung auseinandersetzt. Zu Nationalismus und Rassentheorie innerhalb der schwedischen Arbeiterbewegung vgl.:

Einleitung

und die Weite des Landes zurückgeführt werden, als auch darauf, dass in Schweden schon früh Teile des Volkes an den Angelegenheiten des Staates beteiligt wurden, große Teile frei von Leibeigenschaft und Fremdherrschaft leben konnten und sich in Schweden früh ein vergleichsweise hoher Bildungsstandard herausgebildet hatte.

Ab 1811 wurde in Schweden die Konfirmation zur Pflicht, wodurch auch Kinder aus den Unterschichten einen ersten Bildungsprozess als Konfirmanden durchliefen. Durch eine Ausweitung der Volksschulen ab 1842 gab es neue Bildungsmöglichkeiten für die unteren Schichten und die danach folgende Gründung von Kleinschulen zielte darauf ab, allen Kindern elementare Lese- und Schreibfertigkeiten zu vermitteln. Als die Industrialisierung sich in Schweden durchsetzte, wollten Kirche und Staat dann durch eine gezielte Förderung der Arbeiterkinder die angeblich fehlende Fürsorge der Arbeiterfrauen, die tagsüber im Erwerbsleben standen, ausgleichen.⁷⁴

Ab 1850 begann die Industrialisierung die schwedische Gesellschaft zu verändern und entscheidenden Einfluss zu gewinnen; die Dampfkraft war dafür der entscheidende Motor und die Dampfsäge das entscheidende Werkzeug. Hinzu kam die Eisenbahn, die zwischen 1854 und 1914 das Land erschloss und weite Teile Schwedens in „Stationsgemeinschaften“ verwandelte. An den Eisenbahnlinien entlang entstanden neue kleine Städte, in denen sich die zahlreichen neuen Fabriken ansiedelten.⁷⁵

1870 waren in Schweden noch drei Viertel der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt und nur 9% in Manufakturen und dem Handwerk. In England dagegen, dem Land, in dem die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten war, waren zu dieser Zeit nur noch 15% der Bevölkerung im primären Sektor und 43% im sekundären Sektor beschäftigt.⁷⁶

Die Dampfsäge – und mit ihr die Holz- und Papierindustrie – markierte zwar den Beginn der Industrialisierung, den Durchbruch brachte aber erst

Håkan Blomqvist, *Socialdemokrati och svenskhet: Om den andra fosterländskhetens dubbla sidor*, in: *Arbetshistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 30 Nr. 2-3 Stockholm 2006, S. 10ff.

⁷⁴ Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 202.

⁷⁵ Vgl. ebd. S. 196ff. 1851 wird die erste Dampfsägemühle in Schweden in Betrieb genommen. Vgl. Heberle 1925 a. a. O. S. 14.

⁷⁶ Vgl. Walter Korpi, *The working class in welfare capitalism: Work, unions and politics in Sweden*, London u. a. 1978, S. 55f.

die eisenverarbeitende Industrie ab den 1880er Jahren.⁷⁷ Die zersplitterte Eisenindustrie konzentrierte sich nun und dehnte sich weiter aus; die Großindustrie wurde in den 1890er Jahren zum bestimmenden Faktor.⁷⁸ Die Elektrifizierung leistete ab 1881 einen weiteren wichtigen Entwicklungsbeitrag. Im Zuge der Elektrifizierung sorgte das elektrische Licht in Arbeitsstätten und Wohnungen – besonders wegen der langen, dunklen Winter – für eine Produktivitätssteigerung. Im Gegensatz zum Leben in den Bauernhäusern, in denen man zuvor in den langen Wintermonaten zum Nichtstun gezwungen war, eröffnete die Elektrifizierung ganz neue Möglichkeiten. Bereits 1885 wurde in Härnösand ein kommunales Elektrizitätswerk errichtet, das zum Vorbild für ganz Schweden wurde.

Die Urbanisierungstendenz stieg, trotz einer hohen Zahl an Auswanderern, durch die Zunahme der Gesamtbevölkerung: Während 1850 noch 90% der Bevölkerung auf dem Land lebten, waren es 1910 nur noch 71% der Bevölkerung.⁷⁹ Diese sich bewegenden Menschenmassen bildeten die Grundlage für die Herausbildung einer organisierten Arbeiterklasse.

Entstehung der Arbeiterklasse

In Folge der Industrialisierung und der Modernisierung der schwedischen Gesellschaft entstand eine neue Bevölkerungsgruppe. Begleitet durch Veränderungen in der Produktion wurde die bäuerlich geprägte Familie zunehmend durch die proletarische Familie abgelöst. Mit den ersten Industriebetrieben wurde das patriarchalische Familienunternehmen häufig durch unpersönlichere Aktiengesellschaften abgelöst. Durch den Einsatz von Maschinen wurde auch im Handwerk der Einsatz von halb- und ungelerten Arbeitern möglich. Die verarmten Bauern und Handwerker, die sich in den

⁷⁷ Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 138ff.

⁷⁸ Vgl. Nils Elvander, *Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden: Geschichte, Programm, politische Beziehungen*, in: Hans Rühle, Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Gewerkschaften in den Demokratien Westeuropas*, Band 2: Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark, Paderborn u. a. 1983, S. 329ff. Rolf Torstendahl, *Socialdemokratinns roll i industrikapitalismens utveckling*, in: *Arbetarhistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 10 Nr. 1-2 Stockholm 1986, S. 6ff unterscheidet diesbezüglich die Entwicklung des klassischen Industriekapitalismus (1830-1890) und des organisierten Kapitalismus (1890-1935/45) ausgehend von der Rolle der Sozialdemokratie.

⁷⁹ Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 196ff.

Einleitung

1870/80er Jahren auf der Suche nach Arbeit in den kleinen Städten sammelten, bildeten die Grundlage für die Entstehung von Arbeitersiedlungen, in denen das Klassenbewusstsein zu wachsen begann.⁸⁰ Die sich entwickelnde Gruppe der Lohnarbeiter empfand sich häufig noch als Handwerker; sie hatten keine sozialen Aufstiegschancen und waren völlig von der Konjunktur sowie der Willkür des Arbeitgebers abhängig. Meistens waren sie sogar einzelnen Unternehmern ausgeliefert, da diese in den kleinen Städten und erst recht in den Fabriken auf dem Land oft die einzige Arbeitsmöglichkeit boten.⁸¹

Schweden exportierte seit 1850 hauptsächlich Eisen und Holz, welche dezentral – nicht in großen Städten sondern auf dem Land – hergestellt wurden. Dies war entscheidend für die Entwicklung Schwedens als die Industrialisierung massiv expandierte. Die Exportorientierung machte Schwedens Wirtschaft anfällig für Krisen in anderen Ländern: besonders die Wirtschaftskrise vor dem 1. Weltkrieg traf Schweden hart.

Die Zahl der Arbeiter im Baugewerbe und in der Industrie wuchs rasch, zwischen 1870 und 1900 beständig um etwa 30%. Der wirtschaftliche Aufschwung Schwedens zwischen 1890 und 1908 beruhte insbesondere auf der *verkstadsindustri* (Werkstattindustrie, bspw. Fabriken für Eisenwaren, Maschinen- und Anlagenbau) und der neuen Papierindustrie. Aus den ehemals freien Bauern wurden nun lohnabhängig beschäftigte Arbeiter; die Interessengegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitern verschärften sich und traten in den Fabriken deutlicher zu Tage, als dies in der zersplitterten Landwirtschaft mit ihren direkten Abhängigkeits- und Fürsorgeverhältnissen der Fall gewesen war; eine neue Klasse mit einer eigenen Identität entstand: das Proletariat, das nun nach eigenen Organisations- und Repräsentationsformen suchte und sich insbesondere in den turbulenten Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs zwischen 1890 und 1910 organisierte und radikalisierte.⁸²

80 Eine literarische Beschreibung der Situation von Arbeiterfrauen im Stockholm der 1880er Jahre findet sich bei: Lena Kallenberg, *Apelsinflickan, En berättelse från åren 1882-1883*, Stockholm 1997.

81 Vgl. ebd. S. 198ff; Heberle 1925 a. a. O. S. 13ff.

82 Vgl. Korpi 1978 a. a. O. S. 55ff; Kjell Östberg, *Radikaliseringssvågor i Sverige: Rytmen och allianser i den sociala kampen*, in: *Arbetarhistoria*, Jg. 29 Nr. 1-2, Stockholm 2005, S. 17ff.; Stråth 2012 a. a. O. S. 417f.

Entwicklung der Arbeiterorganisationen

Die ersten Arbeiterbildungsvereine, die um das Jahr 1848 entstanden, waren von den französischen utopischen Sozialisten und von Karl Marx inspiriert. Per Götrek, ein Stockholmer Buchhändler und Gründer des Bildungszirkels *skandinaviska sällskapet* (skandinavische Gesellschaft), gab Schriften über den Kommunismus und 1848 eine Übersetzung des Kommunistischen Manifestes heraus. 1850 entwickelte sich dieser Bildungszirkel weiter zu *stockholms arbetareförening* (Stockholmer Arbeitervereinigung)⁸³, deren Aufgabe es war, die Arbeiter im Land zur Gründung eigener Arbeitervereinigungen zu motivieren. Das geschah dann auch in Göteborg, Malmö und Lund. Ziel war es, die Arbeiter zu bilden und sie durch kooperative Zusammenarbeit zur Selbsthilfe zu befähigen.⁸⁴

Die ersten Vereinigungen in Schweden, in denen sich die Arbeiter selbst gegenüber den Unternehmern vertraten – wie die Stockholmer Typographenvereinigung – waren ein Ersatz für die 1846 abgeschafften Zünfte und Gesellenverbände. Erst später erhielten diese Vereinigungen einen gewerkschaftlichen Charakter. Aus den Gesellenverbänden heraus entwickelten sich auch erste Formen von Kranken-, Begräbnis- und Reisehilfskassen. Besonders den Reisehilfskassen kam bei den ersten größeren Streiks eine zentrale Funktion zu, weil diejenigen, die diese Kassen kontrollierten, Arbeiter an Streikorte schicken konnten.

In den 1860er Jahren bildeten sich – beginnend in Lund und Norrköping – neue Arbeitervereine, die insbesondere die Diskussionen um die so genannte *arbetarfråga* (Arbeiterfrage), geführt im Reichstag und in den Zeitungen, aufgriffen: Wie begegnet man dieser neu aufkommenden Bewegung? Welche Bedeutung kommt dieser Bewegung zu?⁸⁵

Viele Mitglieder dieser Arbeitervereine hatten sich schon in der *nykterhets- och frikyrkorörelse* (Abstinenzler- und Freikirchenbewegung) engagiert und besaßen dementsprechend bereits Erfahrung in Organisationsfragen. Aus den Arbeitervereinen heraus wurden die ersten Produktionsgenossenschaften in Stockholm und Norrköping gegründet. Mit der Entwicklung moder-

83 Das schwedische Wort „*förening*“ kann sowohl mit „Vereinigung“ als auch mit „Gewerkschaft“ übersetzt werden. Dies gibt einen Hinweis darauf, dass die ersten Vereinigungen als historische Grundlage der Gewerkschaften gesehen werden.

84 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 14f.

85 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 14f.; Heberle 1925 a. a. O. S. 18f.

Einleitung

ner kapitalistischer Produktionsformen radikalisierten sich die Arbeiter und ihre Organisationsformen: Die häufig nach spontanen Streiks gegründeten Vereinigungen entsprachen nun eher den späteren Gewerkschaftsorganisationen. Die Gewerkschaften, die vor 1880 gegründet worden waren, waren in der Mehrzahl noch handwerklich geprägt und als reine Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter konzipiert; sie besaßen weder eine einheitliche Weltanschauung noch eine gemeinsame Taktik. Es gab noch kein gemeinsames Klassenbewusstsein, da sich zu dieser Zeit die Industrie in Schweden erst entwickelte. Als es zu den ersten Streiks kam, waren es dann vor allem die Abstinenzler, die für Disziplin unter den Arbeitern sorgten.⁸⁶

Mit der Entwicklung der Großindustrie – besonders im eisenverarbeitenden Gewerbe – wuchs auch das Klassenbewusstsein unter den Arbeitern.⁸⁷ Vorbild für die Arbeiter in Schweden und für die Bildung der ersten Gewerkschaftsorganisationen war Dänemark, wo gewerkschaftliche Arbeit schon weiter verbreitet war. Die ersten Arbeitergewerkschaften Schwedens wurden in Skåne in den 1870er Jahren mit Unterstützung von Gewerkschaftlern aus Kopenhagen gegründet. Schwedische und dänische Tabakarbeiter, Handschuhmacher und Korkenmacher waren die ersten, die einen regen Erfahrungsaustausch betrieben. Dänische Gewerkschafter wollten die schwedischen Arbeiter unterstützen, um mit der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen in Schweden das Risiko schwedischer Arbeiter als Streikbrecher in Dänemark zu verringern. Daraus entwickelten sich eine enge Zusammenarbeit und ein intensiver Austausch zwischen den Arbeitern in Kopenhagen und Malmö.⁸⁸ Die meisten Organisationen, die zwischen 1880 und der Jahrhundertwende gebildet wurden, waren nach dem Berufsprinzip organisiert,

„weil die berufliche Zusammengehörigkeit in einer Zeit des Umbruchs zwischen handwerklicher Arbeitsweise und moderner

86 Vgl. ebd. S. 18ff; Olsson 2002 a. a. O. S. 14f; Östberg 2005 a. a. O. S. 15ff. Zur Bedeutung der Abstinenzler und Freikirchler für die ersten Streiks vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 424ff. Die Rolle der Gesellenverbände in Malmö untersucht: Lars Edgren, *Schenk och skymfning, Från gesällskap till fackförening, Malmögesällers yrkesorganisationer efter 1847*, in: *Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 8 Nr. 3-4, Stockholm 1984, S. 2ff.

87 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 138ff.

88 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 16ff; Heberle 1925 a. a. O. S. 23ff; Tage Lindbom, *Den svenska fackföreningsrörelsens uppkomst, Och tidigare historia 1872-1900*, Stockholm 1938, S. 94ff.

Industrieproduktion stärker empfunden wurde als die Gemeinschaft am gleichen Arbeitsplatz.“⁸⁹

Erste Kampferfahrungen

Zu Beginn waren es Hungeraufstände, in denen sich die Arbeiter als eine eigene Gruppe manifestierten. Diese Aufstände begannen immer häufiger in Unternehmen. Waren es zu Beginn noch oft die Bauarbeiter, die einen Streik initiiert hatten, gingen die Aufstände nun vermehrt von der Schwerindustrie, den Schiffswerften, aus. Der Streik wurde das entscheidende Kampfmittel der beginnenden Gewerkschaftsbewegung. Maschinenstürmer-Bewegungen oder andere gegen die kapitalistische Produktionsweise gerichtete Protestformen, wie es sie insbesondere im England des 18. und 19. Jahrhunderts gegeben hatte, spielten indes in Schweden keine bedeutende Rolle.

Bis Ende der 1860er Jahre blieben die Streiks meistens auf die wenigen großen Städte beschränkt, brachen spontan aus und waren wenig organisiert (die einzige Ausnahme bildeten hier die Handwerker, die schon Erfahrungen mit Organisationen besaßen). Erst in den 1870er Jahren weiteten sich die Streiks aufs Land aus und nahmen in ihrer Häufigkeit zu.

Der größte und bekannteste Streik dieser Zeit wurde 1879 in Sundsvall durchgeführt, wo auf Grund sinkender Preise für Holzprodukte die Sägewerke ihre Löhne um 15-20% senkten. Als die Sägewerksbetreiber großzügige staatliche Unterstützung bekamen (was sie mit einem großen Fest feierten), die Löhne der Arbeiter jedoch nicht wieder erhöht werden sollten, kam es zum Streik, dem sich 5.000 der 6.000 bei Sägewerken und Holzhandlungen Beschäftigten anschlossen. Die Sägewerkseigentümer vertrieben die Familien der Streikenden aus ihren Wohnungen; die Obrigkeit lies das Militär aufmarschieren, drohte damit, die Streikenden zu Aufrührern zu erklären und festzunehmen um den Streik zu beenden. So wurden die Arbeiter zurück unter die Willkür der Unternehmer gezwungen. Der Streik ging zwar verloren, doch war es das erste Mal, dass die Obrigkeit die Arbeiter als Gruppe bei einem Streik bekämpft hatte und sie somit auch als Gegner anerkannte. Diejenigen Arbeiter, die sich nicht zurück an die

⁸⁹ Lennart Forseback, *Sozialpartner und Arbeitsmarkt in Schweden*, Stockholm 1977, S. 11.

Arbeitsplätze zwingen lassen wollten und deswegen Repressalien fürchten mussten, wanderten nach Amerika aus.⁹⁰

Nach diesem Streik wurde den ökonomischen und politischen Machthabern die potenzielle Macht organisierter Arbeiter bewusst und mehrere sozialkonservative Reformen, nach deutschem Vorbild, bildeten in den folgenden Jahren den Versuch, die Gefahr von Arbeiteraufständen aufzufangen.⁹¹ Vor allem das *åkarpslag* (Åkarp-Gesetz, benannt nach dem Initiator Pehr Pehrsson aus Åkarp) aus dem Jahre 1893 wurde zum Symbol für die Klassengesetzgebung einer arbeiterfeindlichen bürgerlichen Gesellschaft.⁹²

1894 gelang es einer Gewerkschaftsabteilung von Metallarbeitern in Malmö erstmals einen Arbeitskonflikt durch Verhandlungen erfolgreich zu beenden und somit *de facto* als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. 1897 gelang es Metallarbeitern in Malmö dann auch, das Verhandlungsrecht ihrer Gewerkschaftsorganisation *de jure* anerkannt zu bekommen.⁹³

Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Die *sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens – SAP) wurde 1889 als landesweite Organisation gebildet. Die SAP war zunächst eine reine außerparlamentarische Partei, ein erstes Reichstagsmandat konnte sie erst 1896 erringen.⁹⁴

Die entstehende Sozialdemokratie war anfangs sowohl eine radikale als auch eine revolutionäre Partei, die sich dem proletarischen Klassenkampf und der Vorbereitung der Revolution verpflichtete. Das Engagement für ein

90 Ausführliche Darstellung des Streiks in Sundsvall bei: Lindbom 1938 a. a. O. S. 21ff.; Stråth 2012 a. a. O. S. 426f.

91 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 13f. Zu den konservativen Sozialreformen seit den 1880er-Jahren, die darauf gerichtet waren der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung die soziale Grundlage zu nehmen und alle Teile des Volkes in den konservativen Nationalstaat zu integrieren: vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 72ff.

92 Das *åkarpslag* stellte erstmals Streikbruch unter Strafe und wurde 1899 noch einmal dahingehend verschärft, dass nun auch der Versuch, Streikbruch zu verhindern, strafbar war. Siehe dazu: Birger Simonson, *Den långa vägen till Saltsjöbaden*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 38f. Erst in Folge des Abkommens von Saltsjöbaden verschwand das *åkarpslag* aus dem schwedischen Recht. Vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 439f.

93 Vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 434f.

94 Vgl. ebd. S. 185ff.

allgemeines Wahlrecht und den Parlamentarismus wurde dementsprechend zunächst nur als Propagandatrick angewendet, der aus strategischen Gründen notwendig war. Das Ziel der Sozialdemokratie war die proletarische Revolution.

Vorbild für die Gründung der SAP waren, wie bei der Gründung der ersten Gewerkschaften, die dänische Arbeiterbewegung und das Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie. Der Schneider August Palm hatte seine Lehrjahre in Dänemark und Deutschland verbracht und dort die sozialistische und die sozialdemokratische Bewegung in Theorie und Praxis kennen gelernt. Mit dänischer Unterstützung wurde er Agitationsredner in Malmö. Seine erste Veröffentlichung war 1882 eine Übersetzung des ersten dänischen sozialdemokratischen Programms von 1876, das weitgehend dem Gothaer Programm der SPD entsprach. Auf diesem Weg gelangte der Marxismus nach Schweden und bekam in dem Schneider August Palm eine Leitfigur für die verschiedenen linken Gruppen in der Partei.⁹⁵

1885 ging Palm nach Stockholm, wo es seit 1884 einen sozialdemokratischen Club um mehrere Intellektuelle, darunter Branting und Danielsson, gab. Mit ihrer Hilfe gründete Palm die Zeitung *Social-Demokraten* (Der Sozialdemokrat), die vom Denken Karl Marx' beeinflusst war. Die Leitung der Zeitung gab Palm schon 1886 an Hjalmar Branting ab, der 1889 der erste Vorsitzende der Sozialdemokratie wurde.⁹⁶ Außer Branting war Axel Danielsson in der theoretischen Auseinandersetzung führend: Er gab ab 1887 die Zeitung *Arbetet* (Die Arbeit) in Malmö heraus und war radikaler als Branting. Ein eigenes Programm beschloss die Partei zunächst nicht, was damit zusammenhing, dass der Gründungskongress nicht nur von roten Fahnen und Portraits von Karl Marx und Ferdinand Lassalle eingerahmt wurde, sondern auch die Stockholmer Polizei den Gründungskongress verfolgte.

Zur Agitation benutzte man zunächst das Gothaer Programm, auf dessen Grundlage auch der Gründungskongress der SAP diskutiert hatte, sowie

⁹⁵ Vgl. ebd. S. 138ff; Fenner 1998 a. a. O. S. 245ff. Die Rolle von August Palm und insbesondere seiner Agitationsreisen, werden häufig überbewertet, worauf zu Recht Olsson 2002 a. a. O. S. 18f hinweist. Darum ist es sinnvoll, Palm als Symbol, aber nicht als Auslöser zu betrachten.

⁹⁶ Eine wohlwollende Darstellung des Einflusses von Hjalmar Branting und seines Sohnes Georg auf die schwedische Sozialdemokratie ist zu finden bei: Jan Peters, *Branting und die schwedische Sozialdemokratie*, Berlin 1975.

Broschüren, die aus dem Deutschen übersetzt waren. Dazu gehörte auch das Kommunistische Manifest, das im September 1886 im *Social-Demokraten* veröffentlicht worden war.⁹⁷ In einem Programmvorschlag (*Program för det svenska socialdemokratiska arbetarepartiet*), den der sozialdemokratische Club Brantings 1885 herausgab, bekannte man sich noch offen zur Abschaffung des Lohnsystems, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Abschaffung aller Klassen. Man bekannte sich allerdings auch dazu, dass der Sozialismus nicht auf einen Schlag durchzuführen sei, sondern vielmehr, dass ständige Arbeit und Reformen die Lage der Arbeiter verbessern sollten. Die ersten Schritte dorthin stellten in jenem Programm die Bildung von Gewerkschaftsorganisationen, die Durchsetzung der vollständigen politischen Demokratie und die Bildung von Produktionsgenossenschaften dar.⁹⁸

Der Professorensohn und Akademiker Hjalmar Branting verkörpert den Gegenpart zum Schneider August Palm. Branting leitete als erster Vorsitzender der SAP die Hinwendung der Sozialdemokratie zum Parlament ein. Er war der erste Sozialdemokrat, der 1896 – zunächst auf einer Wahlliste der Liberalen – in den Reichstag einzog. Die von Palm übernommene Zeitschrift *Social-Demokraten* blieb auch unter seiner Leitung auf die Revolution und den proletarischen Klassenkampf orientiert. Im Laufe der Zeit entfernte er sich – und mit ihm weite Teile der SAP – aber immer weiter von diesen Positionen. Branting wurde zusammen mit Danielsson zum theoretischen Gegenspieler von Palm, der in der Partei immer mehr isoliert wurde.⁹⁹

Die Positionen Brantings und Danielssons stießen insbesondere bei den Anarchisten und Syndikalisten in der Partei auf Kritik. Viele der Kritiker sammelten sich im *socialistiska ungdomsförbundet* (sozialistischen Jugendverband), der sich in den folgenden Jahren immer weiter radikalisierte, was dann 1903 zu einer Spaltung des Jugendverbands und zur Gründung eines zweiten, eher parteifreundlichen, i. S. v. linientreuen Jugendverbandes, dem

97 Die erste Übersetzung des Kommunistischen Manifestes von 1848 war in Schweden weitgehend unbeachtet geblieben.

98 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 138ff; Fenner 1998 a. a. O. S. 245ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 18ff; Heberle 1925 a. a. O. S. 21ff. Zur Programmgeschichte der SAP siehe: Kent Lindkvist, *Spjutspets mot framtiden? Socialdemokratins principprogram*, in: *Arbetshistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 14 Nr. 1-2, Stockholm 1990, S. 10ff.

99 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 138ff; Fenner 1998 a. a. O. S. 245ff; Olsson 2002 a. a. O. S. 18ff; Heberle 1925 a. a. O. S. 21ff.

socialdemokratiska ungdomsförbundet (sozialdemokratischer Jugendverband – SUF) führte. 1908 trennte sich schließlich der sozialistische Jugendverband von der Partei.¹⁰⁰

Gründung der LO

Eine Unterscheidung zwischen politischer (im Falle Schwedens sozialdemokratischer) und gewerkschaftlicher Bewegung fand zunächst noch nicht statt. Die 1889 gegründete SAP übernahm zunächst auch die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Zentralorganisation,¹⁰¹ bis 1898 die *Landsorganisationen i Sverige* (Landesorganisation in Schweden – LO), der schwedische Gewerkschaftsbund der Arbeiter, gegründet wurde.¹⁰² Die LO war zunächst defensiv darauf ausgerichtet, lokalen Gewerkschaftsorganisationen im Falle von Aussperrungen beizustehen. Das höchste Organ der LO ist das *landssekreteriat* (Landessekretariat), es wird vom Kongress gewählt.¹⁰³ Die Zusammenarbeit von Partei und LO war in dieser Zeit so intensiv, dass sowohl ihre Anhänger als auch ihre Gegner die Gewerkschaftsbewegung und die politische Bewegung als identisch ansahen. Eine Teilung der Aufgaben zwischen SAP und LO in politische und gewerkschaftliche Aufgaben bildete sich erst mit der Zeit heraus. Noch heute umfasst der Begriff „*arbetarrörelse*“ (Arbeiterbewegung) die Kombination aus Gewerkschaftsbewegung (hauptsächlich die LO) und Sozialdemokratie. Seit 1900 hatten regionale Gewerkschaftsorganisationen die Möglichkeit, sich kollektiv der SAP anzuschließen.¹⁰⁴

100 Vgl. ebd. S. 63ff; Henningsen 1979 a. a. O. S. 146ff.

101 Zur Rolle der Partei für die Einzelgewerkschaften zwischen 1889 und 1898 vgl.: Lindbom 1938 a. a. O. S. 228ff.

102 1944 wurde dann die TCO, die *Tjänstemannens centralorganisation* (Zentralorganisation der Angestellten und Beamten) und 1947 die SACO, *Sveriges akademikers centralorganisation* (die Zentralorganisation Schwedischer Akademiker) gebildet.

103 Vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 437f. Die Bezeichnung Sekretariat täuscht leicht darüber hinweg, dass es sich beim *landssekreteriat* um den Vorstand der LO handelt. Die Machtstruktur der Sozialdemokratie ist vergleichbar zentralisiert; in der SAP ist der *verkställande utskott* (geschäftsführende Ausschuss – VU) das Machtzentrum der Partei.

104 Vgl. Forseback 1977 a. a. O. S. 10f; Henningsen 1979 a. a. O. S. 144f; Elvander 1983 a. a. O. S. 331ff; Heberle 1925 a. a. O. S. 26, 34ff. 1898 hatte die LO den zwangsweisen Kollektivanschluss an die Partei bis 1901 beschlossen; dieser Beschluss wurde dann 1900 aber aufgehoben. Außerdem bekamen 1908 und 1914 einzelne Mitglieder die Möglichkeit, sich vom Kollektivanschluss auszunehmen.

Um 1900 arbeiteten in Schweden 34 Gewerkschaftsverbände, die zusammen 65.800 Mitglieder in 1.071 lokalen Gewerkschaftsabteilungen vertraten. Damit waren zu dieser Zeit 12 % aller Arbeiter (16 % der Arbeiter ohne den Landwirtschaftssektor) organisiert.¹⁰⁵ Ein Grund sich nicht offen als Mitglied der Gewerkschaft einzutragen ist in den Problemen zu sehen, die ein Arbeiter durch seine Gewerkschaftsmitgliedschaft bekommen konnte. Wenn es in Schweden auch nur wenige Gesetze der Obrigkeit gegen die neu entstehende Gewerkschaftsbewegung gab, so war man ihr gegenüber doch skeptisch bis feindselig eingestellt. So führten Arbeitgeber schwarze Listen über Gewerkschaftsmitglieder, die es aktiven Gewerkschaftern schwer machten, eine Arbeitsstelle zu finden.¹⁰⁶

Zwischen 1900 und 1907 wuchs die Gewerkschaftsbewegung kontinuierlich. 1907 gab es schon 40 Gewerkschaftsverbände mit 2.604 lokalen Gewerkschaftsabteilungen und 230.700 Mitgliedern. Damit waren insgesamt 48% der Industriearbeiter und 62% der öffentlich angestellten Arbeiter organisiert. Die meisten Gewerkschaftsorganisationen schlossen sich der LO an. Jeder Gewerkschaftsverband verfügte über eine eigene Mitgliederzeitung, die der Mitgliederwerbung, der politischen Schulung und der Allgemeinbildung diente.¹⁰⁷ Jetzt war die Gewerkschaftsbewegung zu einem gut organisierten Machtfaktor geworden.

Die Arbeiterbewegung als Volksbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie bildeten als Arbeiterbewegung eine der Volksbewegungen. Um 1900 hatten sich noch weitere Volksbewegungen in Schweden etabliert, die alle darauf zielten, Einfluss auf die Politik und die Entwicklung der Gesellschaft zu nehmen. Diese politische Zielsetzung prägt noch heute das Vereinswesen Schwedens und unterscheidet schwedische Vereine von der unpolitischen „Vereinsmeierei“ deutscher Prägung. Die größten und erfolgreichsten Volksbewegungen

105 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 21ff. Somit waren in Schweden weniger rund 1,4% der Gesamtbevölkerung in Gewerkschaften organisiert; im Vereinigten Königreich – dem zu dieser Zeit am weitesten entwickelten kapitalistischen Land – waren 1900 mit 12,7% der Organisationsgrad fast zehn mal so hoch. Vgl. für das UK: Chris Wrigley, *A Companion to early Twentieth Century Britain*, Oxford 2003, S. 320.

106 Vgl. ebd.; Elvander 1983 a. a. O. S. 332ff.

107 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 30ff.

in Schweden um die Jahrhundertwende waren: die *väckelserörelse* (Erweckungsbewegung, aus der später die freikirchliche Bewegung hervorging), die sich gegen die konservative Staatskirche richtete; die Frauenbewegung, die sich um die Jahrhundertwende nicht nur mit der Gleichstellung der Geschlechter auseinandersetzte sondern auch zunehmend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit; die *nykterhetsrörelse* (Nüchternheitsbewegung) gegen den Alkoholmissbrauch, die zusammen mit der Arbeiterbewegung zu den radikalsten Volksbewegungen zählte. Die Volksbewegungen entwickelten sich zunehmend zu einflussreichen politischen Akteuren und ermöglichten eine gesellschaftliche Integration aller Schichten durch Selbstorganisation und Solidarität „von unten“.¹⁰⁸ 1920 hatten die Volksbewegungen etwa 830.000 Mitglieder, die sich zu etwa gleichen Teilen auf die drei großen Bewegungen (*väckelse-*, *nykterhets-*, *arbetarrörelse*) verteilten.¹⁰⁹ Der politische Einfluss dieser Bewegungen zeigt sich u. a. darin, dass 1917 in der II. Kammer des Reichstages 64% aller Abgeordneten in der *nykterhetsrörelse* aktiv waren.¹¹⁰ Zusammen mit dem liberalen Bürgertum – 1896 wurde die *folkparti* (Volkspartei) gegründet, deren Hauptziel eine Wahlrechtsreform war – bildeten die Volksbewegungen jene Wahlrechtsbewegung, die bis 1921 für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts kämpfte.¹¹¹

¹⁰⁸ Vgl. Stråth 2012 a. a. O. S. 72ff.

¹⁰⁹ Nach Stråth wiesen sie darüber hinaus eine Basis von ungefähr einem Drittel der Gesamtbevölkerung Schwedens auf, vgl. ebd. S. 76.

¹¹⁰ Vgl. ebd. Der Erfolg dieser Bewegung zeigt sich bis heute in der Limitierung des Verkaufs hochprozentiger Alkoholika auf staatliche Läden (*systembolaget*), strengen Regelungen für den Alkoholverkauf in Kneipen und Restaurants, sowie allgemein hohen Steuersätzen auf alkoholische Getränke, die im Verhältnis zur enthaltenen Alkoholmenge überproportional ansteigen.

¹¹¹ Vgl. ebd. S. 171ff. Zum Wahlrechtskampf vgl. Kap. 2.

Kapitel 1

Kampfzeit der schwedischen Gewerkschaftsbewegung

Eine Analyse der Kampfzeit der schwedischen Gewerkschaftsbewegung bis zu ihrem größten Konflikt, dem *storstrejk 1909* (Großstreik 1909), zeigt, dass zu dieser Zeit eine Abwendung vom Klassenkampf, bzw. eine Hinwendung zum Korporatismus noch nicht stattgefunden hat. Dennoch markiert der *storstrejk 1909* einen entscheidenden Wendepunkt im Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung. In der Forschung zum schwedischen Wohlfahrtsstaat wird diesem Beginn des Wandels des Selbstverständnisses der Gewerkschaftsbewegung Schwedens von einer Klassenkampforganisation zu einem eigenständigen Akteur im schwedischen Korporatismus im Allgemeinen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Darin liegt wohl auch die Ursache, warum ein so bedeutender Streik wie der *storstrejk 1909* nur selten wissenschaftliche Beachtung fand.¹¹² Diesen Streik und seine Vorgeschichte

¹¹² **Zur Quellenlage:** Abgesehen von Aufsätzen zu Einzelfragen des *storstrejk 1909* war Bernt Schillers Dissertation *Storstrejken 1909, Förhistoria och orsaker*, Göteborg 1967 die einzige, die sich mit der Vorgeschichte, den Ursachen und den Folgen des *Storstrejck 1909* beschäftigt. Dies ist bis heute so; auf seiner Sonderseite zum *storstrejk 1909* (<http://www.arbark.se/2009/07/storstrejken-1909/> zuletzt abgerufen am 23.09.2015) stellt auch das *Arbetarrörelsen Arkiv och Bibliotek* (Stockholm) fest, dass Schillers Buch die einzige umfassende Arbeit zu diesem Thema ist. Daneben beschäftigt sich Lars Wolf, *Tigande Diktare? En studie kring literära reaktioner på 1909 års storstrejk*, Uppsala 1975 in einer literaturhistorischen Forschungsarbeit mit der Verarbeitung des *storstrejk 1909* in der schwedischen Literatur; sein einführender historischer Teil basiert jedoch wiederum auf Schillers Monographie. Zugang zu den entscheidenden Dokumenten des *storstrejk 1909* verschafft die von Hans Haste / Axel Strand (Hrsg.), *Dokument från storstrejken 1909*, Stockholm 1979 herausgegebene kommentierte Sammlung. Darüber hinaus finden sich einzelne Aufsätze, die den *storstrejk 1909* im Kontext der Vorgeschichte zum Abkommen von Saltsjöbaden

behandelt das folgende Kapitel.

1.1 Verschärfung des Klassenkonfliktes

Als Folge der Finanzkrise in den USA brach 1907 in Schweden die Konjunktur ein. Insbesondere die exportabhängige Industrie Schwedens, die große Überkapazitäten angehäuft hatte, war betroffen, als 1909 neue Abkommen mit den Gewerkschaftsorganisationen verhandelt werden mussten. Politisch wurde Schweden seit August 1905 von wechselnden bürgerlichen Regierungen regiert.¹¹³

Zwischen 1900 und 1907 hatte die Gewerkschaftsbewegung es geschafft, durch Streiks und Abkommen den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern.¹¹⁴ Die Arbeitgeber drängten mit Verweis auf die Finanzkrise 1907 jetzt aber darauf, die Löhne zu senken. Sie wollten die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung zurückdrehen und fürchteten einen eventuellen Streik nicht, da sie ihn dazu nutzen wollten, die Gewerkschaftsorganisationen

1938 betrachten, in einer von Sten Edlund u. a. verfassten Jubiläumsschrift zu 50 Jahren Saltsjöbaden: vgl. Anders L. Johansson, *Saltsjöbadpolitikens förhistoria*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 19ff.; Simonson 1989 a. a. O. S. 37ff. sowie Schiller 1989 a. a. O. S. 217ff. Die historische Entwicklungslinie von den Bauernaufständen des 18. Jahrhunderts bis hin zum *storstrejk 1909* ziehen Jan af Geijerstam u. a. (Hrsg.), *Från bondeuppror till storstrejk, Dokument om folkets kamp 1720-1920*, Stockholm 1987. Neben Schillers schwedischer Forschungsarbeit zum *storstrejk 1909* gibt es eine zeitgenössische deutschsprachige Monographie: Fritz Tänzler, *Der Generalstreik in Schweden 1909*, Heft 4, Berlin 1909, die im Jahr des Streiks im Auftrag der deutschen Arbeitgeber erstellt wurde und den Generalstreik zwar literarisch ansprechend beschreibt, für die jedoch die Bezeichnung als tendenziöse Darstellung im Sinne der Arbeitgeber noch eine Untertreibung darstellt.

113 Im August 1905 bildete sich, nach der Auflösung der Union mit Norwegen, zum ersten Mal unter Berücksichtigung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse eine Koalitionsregierung aus Konservativen und Liberalen unter *statsminister* (Staatsminister) Christian Lundeberg, die – wiederum ein Novum – nicht aus *ämbetsmän* (hohen Verwaltungsbeamten) bestand. Ihr folgten eine liberale Minderheitsregierung (November 1905 - Mai 1906), sowie eine konservative Minderheitsregierung (Mai 1906 - Oktober 1911).

114 Von 1900 bis 1904 stiegen die Reallöhne jeweils um 7%, bis 1907 fielen zwar die Lohnsteigerungen höher aus, die Reallöhne jedoch wuchsen wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten nur noch um jeweils 5%. 1907 bis 1908 kletterten die Lebenshaltungskosten, bei stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen, weiter. Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 114ff; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

zu schwächen und gleichzeitig ihre Überkapazitäten abzubauen. Obwohl die Gewerkschaftsführung strikt gegen jede Form eines Generalstreiks war, folgten immer mehr Arbeiter dem Aufruf der syndikalistischen Strömung in der LO¹¹⁵ zu wilden Streiks, sodass die Gewerkschaftsführung schließlich nachgeben und gegen ihren Willen auf die Aussperrungen der Arbeitgeber mit einem Generalstreik reagieren musste. Als Folge des *storstrejk 1909* verloren die Gewerkschaftsorganisationen die Hälfte ihrer Mitglieder und konnten erst in den 1920er Jahren wieder zu alter Stärke gelangen.

Erschwerte Arbeitskämpfe in der Wirtschaftskrise

Nach dem Depressionsjahr 1901 entwickelte sich die schwedische Industrie zwischen 1902 und 1907 positiv, d. h. sowohl Produktion als auch Export und Import wurden gesteigert. 1908 gab es erneut eine Depression, die vor allem die Importe betraf; allerdings gingen auch Produktion und Exporte zurück; gleiches geschah 1909.

Arbeitskonflikte häuften sich und nahmen an Schärfe zu.¹¹⁶ Einen ersten Höhepunkt erreichten die Streiks beim so genannten *verkstadskonflikt 1905* (Werkstattkonflikt 1905), von dem mehr als 32.000 Arbeiter in über 800 Betrieben betroffen waren: ca. 2,4 Million Arbeitstage gingen verloren. 1906 halbierte sich zwar die Zahl der bei Streiks involvierten Arbeiter, jedoch nahmen die Konflikte von 1906 bis 1909 zu. Bei weniger Streiks in den Jahren zwischen 1908 und 1909 intensivierte sich die Streikfront: während 1906 durch Arbeitskonflikte noch rund 480.000 Arbeitstage verloren gingen,

¹¹⁵ Ideologisch wurde die syndikalistische Strömung von den *ungsocialisterna* (Jungsozialisten) geprägt, welche innerhalb der SAP und der LO die linke Opposition bildeten (vgl. Dan Collberg, *Hur SAC bildades I, Ungsocialisterna söker alternativ*, in: Ahto Uisk (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 32f.); geographisch befand sich ihre Hochburg in Skåne, wo es viele jungsozialistische Klubs gab (vgl. ders., *Hur SAC bildades II, Ett initiativ från Skåne*, in: Uisk 1981 a. a. O. S. 34f.). 1908 trennten sich die *ungsocialisterna* von der SAP; gewerkschaftlich blieben sie bis 1910 in der LO organisiert, bis sie 1910 eine eigene syndikalistische Gewerkschaft, die SAC, gründeten (vgl. ders., *Hur SAC bildades III, En ny organisation*, in: Uisk 1981 a. a. O. S. 36f.).

¹¹⁶ Bernt Schiller liefert einen guten Überblick über die Anzahl und den Umfang von Arbeitseinstellungen nach 1902: Schiller 1967 a. a. O. S. 117. Schiller weist dabei darauf hin, dass nicht alle Streiks in den Statistiken erfasst sein dürften, weil gerade kleine Konflikte weder in den Statistiken der Gewerkschaften oder Arbeitgeber noch in den Zeitungen auftauchten. Die Zahlen liefern aber dennoch einen ausreichenden Entwicklungsüberblick.

waren es 1908 schon 1.800.000 Arbeitstage und im Generalstreikjahr 1909 sogar rund 11.800.000.¹¹⁷

Als Folge des *verkstadskonflikt* 1905 hatten die Arbeitgeber begonnen ihre Organisationen auszubauen, um bei zukünftigen Konflikten die Gewerkschaft noch weiter zurückdrängen zu können. Die hohe Zahl an Aussperrungen zwischen 1905 und 1909 zeigt, wie sicher und stark sich die Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaftsorganisationen empfanden, so dass sie glaubten, die Auseinandersetzungen immer weiter verschärfen zu können.¹¹⁸

Ökonomisch gesehen war der Einbruch der Konjunktur in Schweden ab Ende 1907 eine Folge der exportabhängigen Industrie Schwedens. Verursacht wurde dieser Konjunkturerinbruch durch das Ende des Goldenen Zeitalters in den USA mit dem Zusammenbruch großer amerikanischer Banken, die dadurch Krisen in England und Deutschland auslösten, welche insbesondere auf die schwedischen exportabhängigen Industriezweige (Erzgewinnende, Eisen verarbeitende, Holz- und Textilindustrie) durchschlugen.

In der Erzgewinnenden und Eisen verarbeitenden Industrie stieg zwar von 1907 auf 1908 der Abbau von Eisenerz, die Produktion von Roheisen dagegen ging massiv zurück, da der Exportpreis von Roheisen, von Eisenprodukten sowie Stahl eingebrochen war. Ein Überangebot an Eisenerz ließ im Laufe des Jahres 1908 die Preise so stark sinken, dass infolgedessen 1909 sowohl der Abbau von Eisenerz als auch die Produktion aller anderen Eisenprodukte heruntergefahren wurde. Die Ursache hierfür lag in der ersten Hälfte des Jahres 1909 in der gesunkenen Nachfrage auf den internationalen Märkten; in der zweiten Jahreshälfte erholten sich zwar die Märkte, in Schweden jedoch sorgten Aussperrungen und der *storstrejk* 1909 dafür, dass die Produktionskapazitäten nicht wieder anstiegen.

Ebenso kämpfte der Industriezweig der Sägewerke mit einer Krise in Folge der Überproduktion. Der Export hatte seit 1903 stagniert, ab 1906 ging er sogar zurück, und somit fiel der Preis für Holzexporte. 1908 gingen die Holzexporte noch stärker zurück. Die Arbeitgeber reagierten hierauf mit der Forderung, die Löhne, die in der „Sägewerksindustrie“ seit 1900 ohnehin kaum gestiegen waren, massiv zu senken. In einem landesweiten Abkommen von Anfang 1909 wurde keine Einigung über die Lohnhöhe

¹¹⁷ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 117ff.

¹¹⁸ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

getroffen und somit dieses zentrale Thema regionalen Abkommen überlassen. Die Exportpreise für Holz waren 1909 hingegen stark gestiegen und lagen damit über dem Preis von 1907. Während des *storstrejk 1909* konnten so Überkapazitäten gewinnbringend abgebaut werden.¹¹⁹

Ausbau der Arbeitgeberorganisation

Als Reaktion auf die Erfolge der schwedischen Gewerkschaftsbewegung in den ersten Jahren ihres Bestehens, um die Jahrhundertwende, reagierten die Arbeitgeber 1902 mit der Gründung einer eigenen Arbeitgeberorganisation, der *svenska arbetsgivareförening* (schwedische Arbeitgebervereinigung) – SAF.¹²⁰ Dies war eine direkte Antwort auf die erste große Machtdemonstration der Gewerkschaftsbewegung 1902 gewesen, als die LO, zur Unterstützung der Wahlrechtsbewegung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das erste Mal einen Generalstreik durchführte. Den Arbeitgebern war es nicht gelungen den Vormarsch der Gewerkschaftsbewegung zu stoppen. In der Folge des *verkstadskonflikt 1905* intervenierte die liberale Regierung,¹²¹ so dass LO-Einzelgewerkschaft sowie Arbeitgeber gezwungen waren, den Tarifkonflikt beizulegen und im Dezember 1906 einen Kompromiss zu schließen. In diesem „Dezemberkompromiss“, dem ersten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossenen Kollektivabkommen, erreichten die Arbeitgeber die Anerkennung des §23 der Satzung der SAF durch die LO-Einzelgewerkschaften, der den Arbeitgebern das alleinige Recht zusicherte, die Arbeit zu leiten und verteilen zu dürfen. Der Preis dafür war allerdings die Anerkennung vom Verhandlungsrecht der LO und ihrer Einzelgewerkschaften. Dieser Kompromiss zwischen LO und SAF beinhaltet somit die erste formelle Anerkennung der LO als Verhandlungspartner

¹¹⁹ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 119ff.

¹²⁰ Die ersten Formen von Arbeitgeberorganisationen entstanden in Malmö und Göteborg in der Werftindustrie. Aus diesen Organisationen entwickelte sich dann – als Reaktion auf Lohnforderungen von Arbeitern – 1896 die *verkstadsförening*, die als landesweite Arbeitgeberorganisation für den gesamten Werkstattbereich fungierte. Zur Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen siehe: Stråth 2012 a. a. O. S. 432ff.

¹²¹ November 1905 bis Mai 1906 regierte eine liberale Minderheitsregierung der *liberala samlingsparti* (liberale Sammlungspartei) unter *statsminister* Karl Staaff, dessen erste Regierung an der Frage der Einführung eines Mehrheitswahlrechts gescheitert war. Zur Rolle von Karl Staaff im Zusammenhang mit dem *storstrejk 1909* siehe zudem vertiefend: Sven Ulric Palme, *Karl Staaff och storstrejken 1909*, Stockholm 1959.

durch die Arbeitgeberseite.¹²²

In Folge des *verkstadskonflikt* 1905 sowie des Dezemberkompromisses 1906 hatten die Arbeitgeber den Aufbau einer schlagkräftigen Arbeitgeberorganisation vorangetrieben. 1907/08 meinte man, nun stark genug geworden zu sein, um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitregelungen, die von den Gewerkschaftsorganisationen erkämpft worden waren, zurückdrehen zu können. Die Arbeitgeber richteten ihre Strategie darauf aus, Arbeitskonflikte zu verschärfen, um dann durch den Einsatz von Streikbrechern die Gewerkschaftsbewegung in die Knie zu zwingen.

Der Ausbau der eigenen Machtressourcen auf Seiten der Arbeitgeber zeigte in den Jahren 1906-1909 erste Erfolge. Den Arbeitgebern gelang es zunehmend, die Stärke der Gewerkschaftsbewegung zu egalisieren (zwischen 1895 und 1902 hatten die Arbeitgeber nur einen kleinen Teil der Arbeitskonflikte für sich entscheiden können¹²³).

Die wirtschaftliche Krise ab 1907 wurde zu einem Vorteil für die Strategie der Arbeitgeber; die steigende Arbeitslosigkeit als Folge der Wirtschaftskrise machte es ihnen einfacher, unter den verarmten Arbeitern Streikbrecher (Streikbrecher wurden nicht allein in Schweden rekrutiert; auch aus anderen Ländern, bspw. England, wurden Streikbrecher gedungen) zu finden, die bereit waren, sich der Willkür der Arbeitgeber auszuliefern, um überhaupt eine Arbeit zu bekommen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung um den Einsatz von Streikbrechern im Jahre 1908, als drei Jungsozialisten im Hafen von Malmö einen Bombenanschlag auf ein Schiff verübten, das englische Streikbrecher nach Schweden gebracht hatte. Unbeabsichtigt wurde dabei ein englischer Arbeiter getötet. Die bürgerliche Presse machte dafür die gesamte Gewerkschaftsbewegung verantwortlich, obwohl man auf Seiten der Presse auch immer wieder Verständnis dafür äußerte, dass die Arbeiter sich gegen ausländische Streikbrecher wehren müssen. Immer öfter waren nun, je mehr sich die Debatte um ausländische Streikbrecher zuspitzte, auch nationalis-

122 Die Anerkennung des Verhandlungsrechts der LO ist ein Element, welches sich auch in der späteren Konfliktordnung nach dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 wiederfindet.

123 Vgl. dazu Heberle 1925 a. a. O. S. 40: „In den Jahren 1895 bis 1902 wurden von 490 bekanntgewordenen Arbeitseinstellungen 243 durch einen vollständigen Sieg der Arbeitnehmer, 184 durch gegenseitige Zugeständnisse beigelegt, und nur 63 endeten mit glattem Sieg der Arbeitgeber.“

tische Argumentationen in den Einzelgewerkschaften zu vernehmen. Das Anwerben von Streikbrechern aus dem Ausland wurde nach dem Vorfall von Malmö eingestellt.¹²⁴

In Folge der intensiven Debatten nach dem Anschlag von Malmö 1908 waren die Arbeitgeber gezwungen, ihre Strategie anzupassen; der massenhafte Einsatz von Streikbrechern, um Konflikte für sich entscheiden zu können, war den politischen Entscheidungsträgern zunehmend schwieriger zu vermitteln. Eine Neuausrichtung der Arbeitgeberstrategie war nötig.

Eskalation des Klassenkampfes durch die Arbeitgeber

Die Arbeitgeber konzentrierten daraufhin die Konflikte zunehmend auf genau die Betriebe, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen waren. Der praktische Anlass für diese Konflikte war die Forderung der Arbeitgeber, die Löhne massiv zu senken. Vor allem ging es ihnen auch darum, den Einzelgewerkschaften zur nachhaltigen Schwächung schmerzhaft Niederlagen beizubringen. Für die LO und die Arbeiter, denen dieser Zusammenhang nicht entging, war dies nicht weniger als eine „*legitim krigföring*“¹²⁵ (legitime Kriegsführung), die von den Arbeitgebern bewusst betrieben wurde. Die Arbeiter, die unter der Krise am meisten litten, wurden nun auch noch Angriffsziel der Arbeitgeber.

Die Unternehmer machten ihren Einfluss bei der ihnen nahestehenden konservativen Regierung¹²⁶ geltend. Man wollte dafür sorgen, dass die Regierung – jenseits der obligatorischen Schlichtungsversuche – keine größeren Anstrengungen unternahm, um Aussperrungen und Streiks zu verhindern.¹²⁷

Im Juli 1908 ließ die SAF einen Arbeitskampf eskalieren und drohte, 200.000 Arbeiter auszusperrten. Die LO war von der Drohung derart beeindruckt, dass sie sich gegen eine Ausweitung des Konfliktes entschied. Entgegen der Strategie der Arbeitgeber intervenierte die konservative Regierung dennoch und zwang beide Seiten zu einem tragbaren Kompromiss

¹²⁴ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 128ff; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

¹²⁵ Schiller 1967 a. a. O. S. 136.

¹²⁶ Es handelte sich um die konservative Minderheitsregierung des *allmänna valmansförbund* (allgemeiner Wahlmännerverband) unter *statsminister* Arvid Lindman, der ab Mai 1906 – über den *storstrejk 1909* hinweg – bis zum Oktober 1911 regierte.

¹²⁷ Vgl. ebd. S. 239ff.

(Unterzeichnung eines Tarifabkommens).¹²⁸

Dieser erste Versuch der Arbeitgeber, die Arbeitskämpfe eskalieren zu lassen, war zwar gescheitert, doch schon Anfang 1909 unternahmen sie einen erneuten Versuch: Die Holz-, Textil- und Eisenbranche hatte im ersten Halbjahr 1909 hohe Überkapazitäten angehäuft. Wenn es den Arbeitgebern gelingen würde, die anstehenden Lohnverhandlungen eskalieren zu lassen, würde sich die Möglichkeit bieten, gleichzeitig sowohl die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen als auch die Überkapazitäten abzubauen. Diese Strategie der Arbeitgeber ging voll auf: Der Export von Eisen- und Holzprodukten erfolgte auch während des *storstrejk 1909*, reduzierte sich aber auf nur die Hälfte der Exportmenge von vor diesem Streik. Die negativen wirtschaftlichen Folgen des Streiks konnten somit dadurch ausgeglichen werden, dass die Arbeitgeber ihre Überkapazitäten abbauten und gleichzeitig die Preise stabilisierten.

Auch in der Textilindustrie war dies der Fall, was Bernt Schiller mit einem anonymen Brief eines Baumwollproduzenten belegt: dieser schreibt an die SAF, dass auf Grund der überfüllten Läger und der relativ niedrigen Exportpreise ihm ein Generalstreik im Sommer 1909 gar nicht ungelegen käme und mit nur geringen Verlusten von Seiten des Unternehmens geführt werden könne. Eine günstigere Gelegenheit, um die Gewerkschaftsbewegung in einem Konflikt zu schwächen, hätte für die Arbeitgeber kaum bestehen können.¹²⁹

Siegesgewiss drohten die schwedischen Arbeitgeber im Frühjahr 1909 mit Aussperrungen, sollten die Gewerkschaftsorganisationen der Lohnsenkung für zahlreiche Arbeitergruppierungen nicht zustimmen. Die Arbeitgeber versuchten eine Lohnangleichung durchzusetzen, bei der die Durchschnittslöhne als bindend betrachtet werden sollten. Die Gewerkschaftsorganisationen hingegen kämpften für die allgemeine Anerkennung der Höchstlöhne. Die Arbeitgeber erwarteten keinen nennenswerten Widerstand von Seiten der LO und ihrer Einzelgewerkschaften, da der Vorsitzende der LO während des Konfliktes 1908 öffentlich geäußert hatte, dass ein Generalstreik ein Selbstmordversuch der Gewerkschaftsbewegung wäre.¹³⁰

¹²⁸ Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 12ff.; Schiller 1967 a. a. O. S. 226ff.

¹²⁹ Vgl. Schiller a. a. O. 1967 S. 128ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

¹³⁰ Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 207ff.

LO setzt auf Verhandlungen

Die Situation schien auf den ersten Blick nicht so viel anders zu sein als ein Jahr zuvor, als sich die LO-Führung auf Grund der Aussperrungsdrohung der Arbeitgeber gegen einen Generalstreik entschieden hatte, und die Regierung beide Seiten zu einem tragbaren Kompromiss zwang; noch immer hatte die LO die Möglichkeit, auf die Forderungen der SAF einzugehen oder aber ihre Kräfte auf die schon ausgebrochenen Konflikte zu konzentrieren und die dort ausgesperrten Arbeiter zu unterstützen.¹³¹

Im Zuge der Wirtschaftskrise hatte sich die Lage der schwedischen Arbeiter bis zum Jahr 1909 allerdings weiter verschlechtert. In den Arbeitskonflikten der Jahre 1908/09 waren die Gewerkschaftsführungen beständig darum bemüht gewesen, Streiks zu verhindern und die Arbeitgeber (teilweise mit Hilfe der Regierung) zu Kompromissen zu bewegen. Die Gewerkschaftsführung hatte dabei zunehmend Schwierigkeiten, ihre Mitglieder zur Unterstützung ihrer eigenen Politik zu gewinnen.

In einem Sägewerk in Kastet ging es sogar so weit, dass die Gewerkschaftsführung die Mehrheit ihrer Mitglieder von einem Kompromiss überzeugt hatte, unorganisierte Arbeiter aber dennoch den Streik begannen. Immer mehr Arbeiter folgten dem Aufruf der Syndikalisten in der LO, die sich für wilde Streiks ausgesprochen hatten. Die Gewerkschaftsführung lief Gefahr, die Kontrolle über die Arbeiter zu verlieren, was ihr Verhandlungsmandat in Frage gestellt hätte. Die LO hatte als Dachorganisation der Einzelgewerkschaften lediglich einen geringen Verhandlungsspielraum. Auf Grund der dezentralen Organisation der LO konnten – im Gegensatz zu den Arbeitgebern – nur die Einzelgewerkschaften über Abkommen entscheiden. Wenn sich LO und entsprechende Einzelgewerkschaften nicht einigten, bestand die einzige Entscheidungsmöglichkeit der LO darin, den ausgesperrten Arbeitern Unterstützung zu zahlen oder nicht.¹³²

Die Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern von Arbeitskämpfen und der LO-Führung nahmen zu, sodass nur mit Mühe lokale Spaltungen der Einzelgewerkschaften verhindert werden konnten.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurden die Handlungsmöglichkeiten unterschiedlich eingeschätzt. Vor allem die LO-Führung war der

¹³¹ Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 12ff ; Schiller 1967 a. a. O. S. 226ff.

¹³² Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 226ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 332ff.

Überzeugung, dass man in einem Großkonflikt – in dem sich die beiden Dachorganisationen (LO und SAF) gegenüberstehen würden – nur verlieren könnte. Die LO-Führung wollte an der Strategie festhalten, die Macht der Organisation zu nutzen, um einzelne, begrenzte Konflikte zu unterstützen und im Falle der Eskalation eines Konfliktes, die Regierung zum Eingreifen zu bewegen. Diese Strategie war den Mitgliedern immer schwieriger zu vermitteln; die Kritik am zurückhaltenden Agieren der LO-Führung wurde in den Einzelgewerkschaften immer lauter. Die Kritiker waren der Überzeugung, dass die Gewerkschaftsbewegung stark genug sei, um es mit der SAF in einem offenen Konflikt aufzunehmen; sie wollten die aufgebaute Stärke der Organisation aktiv einsetzen und den Klassenkampf forcieren.

Die LO-Führung war der Überzeugung, den *storkstrejk* verhindern zu können. Obwohl die Arbeitgeber nicht mit Aussperrungsdrohungen sparten, hatte die LO im Unterschied zu 1902 (als die LO den Generalstreik für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts ausgerufen hatte) keine besonderen Anstrengungen unternommen, um die Streikkasse für den drohenden Arbeitskampf zu füllen. Stattdessen wurden sogar in großem Umfang Grundstücke aus den Mitteln für Arbeitskämpfe gekauft und darüber hinaus die sozialdemokratische Presse mit Gewerkschaftsgeldern unterstützt. Dementsprechend entschied die LO-Führung bereits im November 1908, dass man allerhöchstens einen Streik ohne Unterstützungszahlungen, wenn dieser schon nicht zu verhindern sei, billigen wollte. Man war der Überzeugung, dass der Konflikt nicht eskalieren würde. Trotz dieser schlechten Ausgangslage beteiligten sich, als der *storstrejk 1909* seine größte Ausdehnung erreicht hatte, fast 300.000 Arbeiter an diesem Streik und die Streikfront stand, obwohl Unterstützungen erst zwei Wochen nach Streikbeginn und nur nach Bedürftigkeitsprüfung in geringen Beträgen ausgezahlt wurden – umfangreiche Unterstützungen hätte die LO ohnehin nicht auszahlen können.¹³³ Selbst mit den internationalen Unterstützungsgeldern aus Dänemark, Norwegen, Finnland sowie Deutschland hätte das Geld der LO – den Großteil des Fonds für einen *storstrejk* hatte man zudem verliehen – nur für wenige Wochen gereicht. Die Kampfkasse der Arbeitgeber hingegen war prall gefüllt und hätte grundsätzlich mehrere Monate vorgehalten.¹³⁴

¹³³ Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 207ff.; Forsebäck 1977 a. a. O. S. 11f.

¹³⁴ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 221ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff. Laut Tänzler 1909 a. a. O. S. 15 besaß die SAF einen Garantiefonds in Höhe von 13,5 Millionen Kronen und hatte

Syndikalisten fordern einen Generalstreik

Die Mitglieder der LO, denen die Gewerkschaftsstrategie zu zahm war, wurden insbesondere von den Syndikalisten in der LO – den maßgeblichen Teil der organisierten Syndikalisten in der LO bildeten die *ungsocialisterna* (Jungsozialisten) – angesprochen.

Die *ungsocialisterna* waren bis 1908 eine Jugendorganisation der Sozialdemokratie, hatten sich jedoch 1908 von der SAP getrennt. Gewerkschaftlich blieben sie in der LO und ihren Einzelgewerkschaften organisiert, traten dort aber für eine veränderte Strategie ein. Die *ungsocialisterna* hatten es geschafft, dass sich die meisten Syndikalisten – auch nach der Trennung von der SAP – bei ihnen sammelten. Grundsätzlich standen die Syndikalisten hinter der LO, welche den Grundstein für einen Generalstreik und den Aufbau einer sozialistischen Ökonomie bilden sollte.

Kritisiert wurden von den *ungsocialisterna* nachfolgende drei Punkte:

- (1) Die Gewerkschaftsführung ließ bei regionalen Konflikten in den meisten Fällen nur die betroffenen Gewerkschaftsverbände streiken. Die *ungsocialisterna* dagegen vertraten die Strategie, in einem solchen Falle alle regionalen Arbeiter streiken zu lassen mit dem Ziel, nicht mehr die höchstmöglichen Löhne zu erstreiten, sondern Klassenbewusstsein und Solidarität zwischen den Arbeitern im gemeinsamen Kampf herzustellen.
- (2) Darüber hinaus meinten die *ungsocialisterna*, dass es keinen Sinn mehr mache, einen einzelnen Industriebetrieb zu bestreiken, sondern stattdessen besser die gesamte Industriebranche, die das betreffende Produkt herstellt, damit die Produktion nicht einfach verlagert werden kann. Die Konsequenz daraus wäre ein Generalstreik. Diese Entwicklung wurde als unvermeidbar angesehen.
- (3) Die *ungsocialisterna* kritisierten die Anerkennung des §23 (Anerkennung des Verfügungsrechts des Arbeitgebers über die Arbeitskraft)

Zugriff auf einen Bankkredit in Höhe von 8 Millionen. Während des *storstrejk* zahlte die SAF täglich etwa 160.000 Kronen aus, so dass die Geldreserve der SAF für ca. 150 Tage gereicht hätte. Die Arbeit Tänzlers bezieht sich auf dessen Nachforschungen in Schweden 1909, als er für die deutschen Arbeitgeber den Generalstreik beobachtet hat. Im Ergebnis ist seine tendenziöse Darstellung in Bezug auf die Finanzreserve der Arbeitgeber aber gut informiert.

der Satzung der SAF an der Strategie der LO stark. Die *ungsocialisterna* sahen in der Anerkennung des §23 eine Selbstaufgabe der Gewerkschaftsbewegung; ihr Hauptziel bestand nicht mehr allein darin, für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter und höhere Löhne zu kämpfen, sondern sie zielten auf die Erlangung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Für die *ungsocialisterna* war die Auseinandersetzung um den §23 die entscheidende Auseinandersetzung um Sozialismus oder Kapitalismus. Für einen Großteil der LO und der Sozialdemokratie war diese Frage nicht wichtig genug, um dafür alles aufs Spiel zu setzen.

Bei einem Streik von Hafenarbeitern 1908 ging es den *ungsocialisterna* um genau diese Auseinandersetzung. Der §23 verminderte den Einfluss, den die Transportarbeiter im Hafen auf ihre Arbeitsbedingungen besaßen. Die *ungsocialisterna* traten dafür ein, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, aber die LO-Führung blieb dabei, den §23 zu respektieren.

Schon bei einem wilden Streik von Kommunalarbeitern in Malmö 1908 gingen die *ungsocialisterna* auf Konfliktkurs zur Gewerkschaftsführung. Die LO sowie die regionalen Gewerkschaftsverbände wollten den wilden Streik nicht unterstützen, die *ungsocialisterna* aber stellten sich klar hinter die streikenden Arbeiter.¹³⁵

Nach einem Beschluss der *ungsocialisterna* von 1908, sich vollständig von der SAP zu trennen, initiierten erstere eine Kampagne, um Gewerkschaftsverbände zum Austritt aus der SAP (also zur Rücknahme des Kollektivanschlusses an die sozialdemokratische Partei) zu bringen. Bernt Schiller hat 32 Gewerkschaftsabteilungen mit 4.705 Mitgliedern¹³⁶ ausgemacht, die auf Grund der Kampagne der *ungsocialisterna* aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind.¹³⁷

135 Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 138ff.

136 Die Gesamtanzahl der Mitglieder der LO belief sich 1908 auf 162.391 Mitglieder in 2.172 Abteilungen, Quelle: Homepage der LO, [http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_1393851241172_medlemssiffror_1898_2013.pdf/\\$File/Medlemssiffror_1898_2013.pdf](http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_1393851241172_medlemssiffror_1898_2013.pdf/$File/Medlemssiffror_1898_2013.pdf) (zuletzt abgerufen am 23.09.2015).

137 Viele dieser Gewerkschaftsverbände wurden dann 1910 auch Mitglied der neugegründeten syndikalistischen Gewerkschaft SAC. Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 150ff.

1.2 **Storstrejk 1909**

Streik oder Kapitulation der Gewerkschaft?

Obwohl die LO-Führung gegen die Ausrufung eines *storstrejk* war, entschied sie sich schließlich dennoch dafür. Die Lage hatte sich immer weiter zugespitzt und der LO-Führung war klar geworden, dass ein Kompromiss mit den Arbeitgebern mehrere negative Folgen haben würde:

- (1) die SAF hätte ihre Politik, die Löhne weiter zu drücken, mit Sicherheit fortgesetzt;
- (2) die Anzahl der Aussperrungen hätte weiter zugenommen, wenn die LO immer nur nachgegeben hätte;
- (3) die LO-Führung befürchtete, dass sich die Gewerkschaftsorganisationen spalten würden, wenn die LO nicht handeln würde.¹³⁸

Die SAF setzte der LO am 14. Juli 1909 ein Ultimatum: sie kündigte an, alle einzelnen Konflikte nun als einen großen zu behandeln und drohte, mindestens 80.000 Arbeiter auszusperrn, wenn der Konflikt nicht bis zum 26. Juli gelöst sei.¹³⁹

Da die Arbeitgeber den Konflikt im Vorfeld des *storstrejk 1909* immer weiter verschärft hatten, wurde der Gewerkschaftsführung bewusst, dass es nicht mehr nur um einen Arbeitskampf ging. Ziel der Arbeitgeber war es, ihre starke Position von vor der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen, indem die Lohnerhöhungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden sollten. Außerdem wollten die Arbeitgeber die alleinige Entscheidungsgewalt in den Betrieben zurückgewinnen. Die Gewerkschaftsorganisationen sollten zwar nicht völlig zerschlagen werden – die Arbeitgeber benötigten einen Verhandlungspartner, mit dem sie Abkommen schließen und wilde Streiks verhindern konnten – aber die Gewerkschaftsbewegung sollte so weit geschwächt werden, dass die Arbeitgeber ihr die Bedingungen der Abkommen diktieren konnten. Die LO-Führung musste einsehen, dass ihre Strategie, die darauf ausgerichtet war, einen Großkonflikt mit allen Mitteln zu verhindern, gescheitert war. Die

¹³⁸ Vgl. ebd. S. 226ff.; Wolf 1975 a. a. O. S. 21ff.

¹³⁹ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 226ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

Arbeitgeber hatten den Konflikt derart verschärft, dass ein Nachgeben der LO einer Kapitulation der Gewerkschaftsbewegung vor den Arbeitgebern gleichgekommen wäre.¹⁴⁰

Die LO-Führung konnte nicht mehr zwischen Streik und Frieden wählen: entweder entschied sie sich für den Streik oder sie hätte die Unabhängigkeit der eigenen Organisation aufgegeben und sich der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert.¹⁴¹

Kontrollverlust der LO-Führung

Nicht allein die Verschärfung des Konfliktes durch die Arbeitgeber zwang die LO-Führung zum Handeln, sondern auch innergewerkschaftlich war der Kurs der LO-Führung auf Dauer unhaltbar. Die Propaganda der *ungsocialisterna* für direkte Aktionen der Arbeiter, wilde Streiks sowie eine syndikalistische Organisationsform hatte unter den Arbeitern immer häufiger Zuspruch erhalten und der Syndikalismus war somit zu einer Alternative für diejenigen geworden, die mit der Gewerkschaftsführung und deren Politik nicht einverstanden waren.¹⁴²

Indem sich die LO-Führung für einen *storstrejk* ausgesprochen hatte, konnte sie das stärkste Argument der *ungsocialisterna*, die LO-Führung würde den Arbeitgebern in letzter Konsequenz auch gegen den Willen der eigenen Mitglieder immer nachgeben, entkräften. Die LO-Führung wurde zudem in die Enge getrieben, denn je näher das Ende des Ultimatums rückte, das die Arbeitgeber ihr gestellt hatten, desto mehr Gewerkschaftsverbände sprachen sich gegenüber der LO-Führung für einen Streik aus. Die Verbände spürten immer stärker die Streikforderung ihrer Mitglieder.

Noch am 17. Juli hatte sich die LO-Führung gegen einen *storstrejk* ausgesprochen, doch am 18. Juli, beim Treffen mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, wurde genau dieser – diesmal auch von der LO-Führung mitgetragen – beschlossen: der Streik war unabwendbar geworden. Selbst

¹⁴⁰ Vgl. Findeisen 2003 a.a.O. S. 207ff.; Olsson 2002 a.a.O. S. 38ff.; Schiller 1967 a.a.O. S. 135ff. Olsson ist dabei strenger in der Bewertung der Absichten der Arbeitgeber, die Gewerkschaft zu zerschlagen, wohingegen Schiller den Standpunkt der Arbeitgeber weniger radikal darstellt.

¹⁴¹ Vgl. Wolf 1975 a.a.O. S. 22.

¹⁴² Vgl. Schiller 1967 a.a.O. S. 226ff.; Wolf 1975 a.a.O. S. 19ff.

wenn die LO dem Streik nicht zugestimmt hätte, wäre die Antwort der größten Einzelgewerkschaften auf das Ultimatum der SAF negativ ausgefallen. Durch einen *storstrejk* glaubte die Gewerkschaftsführung, höheren Druck auf die Regierung und die Arbeitgeber ausüben und so den Konflikt schnell beenden zu können. Der Nachteil leerer Streikkassen sollte durch einen kurzen Konflikt ausgeglichen werden und gleichzeitig wollte die LO-Führung gegenüber den *ungsocialisterna* die Handlungsfähigkeit wiedererlangen.¹⁴³ Beim Streikbeschluss ging es also nicht nur um einen Arbeitskampf, sondern auch um einen Machtkampf innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Als die Gewerkschaftsführung sich schließlich am 19. Juli traf, um formell den *storstrejk* zu beschließen, ging es nur noch um den Streikbeginn und die beteiligten Einzelgewerkschaften. Eine Diskussion pro und contra fand nicht mehr statt. Der Streikbeginn wurde auf den 4. August festgelegt.¹⁴⁴

Kontrollverlust der sozialdemokratischen Führung

Die Parteiführung der Sozialdemokratie positionierte sich ebenfalls klar gegen einen *storstrejk*. Ihr Vorsitzender erklärte seine Ablehnung immer wieder öffentlich und die sozialdemokratische Presse polemisierte gegen die Befürworter des *storstrejk*.¹⁴⁵

1909 jedoch geriet auch die Sozialdemokratie unter Zugzwang. Der Mitgliederverlust hatte vor dem *storstrejk* 1909 deutlich zugenommen: schon 1908 und 1909 hatte die Sozialdemokratie insgesamt ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Dieser starke Rückgang kann nicht ausschließlich auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden. Entgegen der klassenkämpferischen Rhetorik war die Politik der Sozialdemokratie zurückhaltend, auf Verhandlung und Zusammenarbeit ausgerichtet. Die defensive Ausrichtung der Parteiführung traf auf eine sich zunehmend radikalisierende Mitgliedschaft, die ihre Interessen immer weniger durch die Parteiführung vertreten sah.¹⁴⁶

Ein weiterer Grund der Parteiführung dem Wunsch ihrer Mitglieder nach Radikalisierung nicht zu folgen, war, nicht erneut die Allianz mit den

143 Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 226ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.

144 Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 236ff.

145 Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 207ff.

146 Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 157ff.

Liberalen im Reichstag zu gefährden, weil sich die Wahlrechtsbewegung in den 1890er Jahren an genau diesem Punkt gespalten hatte.¹⁴⁷

Wie die LO-Führung so war auch die Parteiführung der Überzeugung, der Streik müsse möglichst schnell beendet werden, was der Vorsitzende der Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, auch immer wieder öffentlich äußerte. Kurz nach dem Streikbeschluss war er nach Deutschland gereist, um dort von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Hilfgelder zu erbitten. Er machte klar, dass es darum ging, den Streik auf nur einige Tage zu begrenzen. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ begleitete den gesamten Generalstreik mit Artikeln¹⁴⁸ und veröffentlichte auch einen Unterstützungsaufruf, in dem es hieß:

„Die Landeszentrale der Gewerkschaften Schwedens ist sich vollständig klar darüber, dass ein Kampf von solcher Ausdehnung in kürzester Zeit entschieden sein muß und daß selbst die größten verfügbaren Mittel nicht ausreichen würden, alle Kämpfer genügend unterstützen zu können.“¹⁴⁹

Wie das Correspondenzblatt berichtete, kamen 2,66 Millionen Kronen an internationalen Unterstützungsgeldern zusammen, wovon 1,16 Millionen in Deutschland gesammelt wurden.¹⁵⁰

Konservative Regierung lehnt Vermittlerrolle ab

Die konservative Regierung griff, anders als von der LO-Führung erwartet und erhofft, nicht in den Konflikt ein. Die Regierung meinte, dass ihr

¹⁴⁷ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 8ff.; Hans Peter Mensing, *Erscheinungsformen schwedischer Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert*, Adolf Hedin, *das Arbeiterversicherungs Komitee und die Gewerbeaufsicht nach 1890*, Kiel 1979, S. 36ff.

¹⁴⁸ Vgl. Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 19. Jg. Nr. 31, Hamburg vom 31.07.1909, S. 469f.; ebd. Nr. 33 vom 14.08.1909, S. 513f.; ebd. Nr. 34 vom 21.08.1909, S. 524ff.; ebd. Nr. 36 vom 04.09.1909, S. 556ff.; ebd. Nr. 37 vom 11.09.1909, S. 571f.; ebd. Nr. 38 vom 18.09.1909, S. 590f., online einsehbar unter: <http://library.fes.de/gewerkschaftszeitschrift/correspondenzblatt%20der%20generalkommission%20der%20gewerkschaften%20deutschlands.php> (zuletzt abgerufen am 22.09.2015).

¹⁴⁹ Ebd. Nr. 32 vom 07.08.1909, S. 500. Ein weiterer Aufruf wurde veröffentlicht in: ebd. Nr. 36 vom 04.09.1909, S. 576.

¹⁵⁰ Vgl. Ebd. 20. Jg. Nr. 30 vom 30.07.1910, S. 481ff.

Eingreifen 1908, als sie die Vermittlerrolle, wie von der LO gefordert, eingenommen hatte, auch keinen längerfristigen Frieden gebracht habe und sie sich nur den Ärger der ihr nahestehenden Presse sowie der Arbeitgeber eingehandelt hatte. Um die Gefahr einer Revolution einzugrenzen, verstärkte man die Sicherheitskräfte in den Städten durch zusätzliche Polizisten und das Militär. Die Propaganda der *ungsocialisterna*, dass aus einem Generalstreik eine Revolution entstehen könnte, wurde von der Regierung scheinbar ernst genommen.¹⁵¹

Es wird gestreikt ...

Der Beginn des *storstrejken 1909* verlief für die Gewerkschaftsbewegung erfolgreich. Die Fabriken standen, wie vorhergesagt, still. Nicht nur die in den LO-Einzelgewerkschaften organisierten Arbeiter folgten dem Streikaufruf, sondern auch die unorganisierten Arbeiter beteiligten sich. Lars Wolf gibt in seiner Studie¹⁵² über den *storstrejken 1909* für den 4. August 268.000 Streikende an, für den 11. August dann mit 290.000 Streikenden die höchste Streikbeteiligung überhaupt. Von den insgesamt 334.000 Arbeitnehmern beteiligten sich somit 87% am Streik. Dies war ein großer Erfolg der Gewerkschaftsbewegung.

Ein weiterer Erfolg der LO war, den Typographenverband zur Unterstützung des Streiks gewonnen zu haben. Der Typographenverband gab 28 Tage lang seine Zeitung *Svaret* (Die Antwort) als Streikzeitung heraus;¹⁵³ häufig war sie damit die einzige Verbindung zwischen der Streikleitung und den Streikenden.¹⁵⁴

¹⁵¹ Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 23ff.

¹⁵² Lars Wolf, *Tigande Diktare? En studie kring literära reaktioner på 1909 årsorstrejken*, Uppsala 1975.

¹⁵³ Die 28 Ausgaben der Streikzeitung erschienen sowohl 1959, zum 50-jährigen Jubiläum auf Initiative der Kommunistischen Partei, als auch 1970 als Faksimile-Ausgaben. Sie sind heute als Volltext im Internet abrufbar unter: <http://www.arbark.se/2009/07/storstrejken-1909/> (zuletzt abgerufen am 23.09.2015).

¹⁵⁴ Obwohl der *storstrejken 1909* zumeist als ein einziger großer Streik betrachtet wird, der seine Wirkung durch die Masse der Streikende entfaltete, unterteilte er sich regional und lokal in einzelne Streikzusammenhänge. Siehe statt vieler, hier in Bezug auf Stockholm: Jane Cederqvist, *Arbetare i strejk. Studier rörande arbetarnas politiska mobilisering under industrialismens genombrott*, Stockholm 1850-1909, Stockholm 1980.

Der Streik von 290.000 Arbeitern legte zwar einen Großteil der schwedischen Industrie lahm, doch die öffentliche Ordnung blieb davon weitgehend unberührt.¹⁵⁵ Auf Wunsch der gewerkschaftlichen Streikleitung sollte die *renhållningsarbetare* (Müllabfuhr) nicht am Streik teilnehmen, um erstens der nicht am Streik beteiligten Bevölkerung so wenig Unannehmlichkeiten wie möglich zu bereiten, und zweitens, um zu verhindern, sich die Ablehnung breiterer Bevölkerungsschichten zuziehen. Gegenteilige Forderungen anderer Gewerkschaftsteile wurden zwar immer lauter, aber in diesem Punkt konnte sich die Streikleitung durchsetzen.

Weniger erfolgreich war die Streikleitung bei den *spårvägsmännen* (Straßenbahnarbeitern). Auch diese sollten sich eigentlich nicht am Streik beteiligen, weil es ihnen nach einem Abkommen mit den Arbeitgebern verboten war, zu streiken. Dennoch beschloss deren Gewerkschaftsführung, den lokalen Verbänden frei zu stellen, über einen Streik zu entscheiden. In Göteborg und Stockholm streikten daraufhin 1.100 der 2.100 Gewerkschaftsmitglieder.¹⁵⁶

Während des Streiks wurde immer deutlicher, dass die LO-Führung vorrangig die Regierung zum Eingreifen bewegen und nicht den Arbeitgebern möglichst große Schäden zufügen wollte. Sichtbar trat dies schließlich zu Tage, als es um eine Streikbeteiligung der *svenska järnvägsmannaförbundet* (schwedische Eisenbahnergewerkschaft – SJ) ging. Die LO-Führung selbst war gegen eine Beteiligung der Eisenbahner. Viele Eisenbahner dagegen wollten streiken und taten dies auch gegen den Beschluss ihrer eigenen Gewerkschaftsführung.¹⁵⁷ Ein Streik von 25.000 Mitgliedern der SJ und damit die Stilllegung des öffentlichen Verkehrs hätte den Druck auf die Arbeitgeber massiv gesteigert. Viele Unternehmen konnten zwar nicht weiter produzieren, konnten jedoch den Abverkauf ihrer vollen Läger ungehindert fortsetzen. Die LO-Führung sprach sich gegen eine Streikbeteiligung der Eisenbahner aus, denn ihr alleiniges Ziel war es inzwischen, die Regierung dazu zu veranlassen, schlichtend in den Streik einzugreifen. Der Kampf

¹⁵⁵ Für eine genaue Aufschlüsselung der ökonomischen Folgen des *storstrejk 1909* siehe den Bericht des *kommerskollegium*, welcher auch als offizielle Mitteilung des *kungl. civildepartement* (königlichen Zivilministeriums) adaptiert wurde: *Kommerskollegii afdelning för arbetsstatistik, Redogörelse för lockouterna och storstrejken i Sverige år 1909*, Stockholm 1910.

¹⁵⁶ Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 23ff.

¹⁵⁷ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 242ff.

gegen die Arbeitgeber stand nicht mehr im Zentrum der LO-Strategie.¹⁵⁸

Die Gewerkschaftsführer sahen den *storstrejk* 1909 somit als Arbeitskampf an, der zwar gegen die Arbeitgeber gerichtet, aber an die Regierung adressiert war, und nicht – wie die *ungsocialisterna* forderten – als Klassenkampf.¹⁵⁹

Je länger der Streik dauerte, desto schwieriger wurde die Situation der streikenden Arbeiter. Die LO-Führung hatte keine Unterstützungszahlungen bewilligt und so wuchs die Armut unter den Streikenden. Immer mehr Arbeiterfamilien konnten weder ihre Nahrungsmittel noch ihre Wohnung bezahlen. Die Kritik daran (und die Wut darüber), dass die LO-Führung auch die internationalen Unterstützungsgelder zurückbehielt, wurde immer größer. Unter diesen Umständen beschloss die LO-Führung einen Teil der Solidaritätsgelder aus dem Ausland an bedürftige Arbeiter auszuzahlen. Die mangelnde Unterstützung und die fehlenden finanziellen Mittel der Gewerkschafts- und Parteiführung für den *storstrejk* 1909 sowie deren pessimistische Äußerungen bzgl. der Erfolgsaussichten des Streiks, die die Streikfront immer wieder durchbrachen, sahen viele Arbeiter als Verrat an.¹⁶⁰

Storstrejkk oder Generalstreikk?

Als es zum *storstrejk* kam, riefen die *ungsocialisterna* ihre Mitglieder selbstverständlich auf, am Streik teilzunehmen. Dennoch wollte man nur Teilnehmer und nicht Organisator des Streiks sein, um sich hinterher nicht für Fehlentscheidungen der LO-Führung mitverantworten zu müssen. In der Diskussion um eine Beteiligung am *storstrejk* 1909 hatte es heftige Debatten gegeben, inwieweit die Vorstellungen der *ungsocialisterna* von einem Generalstreikk mit denen eines *storstrejk* identisch seien. Für einen Teil der *ungsocialisterna*, die dem Parlamentarismus gegenüber positiv eingestellt waren, traf diese Gleichsetzung zu, für diejenigen aber, die den Parlamentarismus ablehnten, ging die Vorstellung von einem Generalstreikk weit über die eines *storstrejk* hinaus. Für sie sollte ein Generalstreikk der Beginn einer

158 Vgl. ebd. S. 256ff.; Wolf 1975 a. a. O. S. 9ff.

159 Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 242ff.

160 Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 23ff.; Findeisen 2003 a. a. O. S. 207ff.; Forseäck 1977 a. a. O. S. 11f.; Henningsen 1979 a. a. O. S. 144f.

Revolution sein und die Sabotage von Produktionsmitteln genauso beinhalten, wie die Zerschlagung von Organisationsformen der bürgerlichen Elite, die Störung ihrer Kommunikation, die Demoralisierung und Entwaffnung des Militärs und vor allem die Übernahme von Produktionsmitteln durch das Volk, mit dem Ziel eine syndikalistische Produktion aufzubauen.¹⁶¹

Die syndikalistische Bewegung unterschied dementsprechend drei Formen des Generalstreiks:

- (1) Der *generaliserade storstrejk* (generalisierender Großstreik) war ein politischer Generalstreik, um Regierung und Parlament von einer Reform zu überzeugen oder abzuhalten, so bspw. der Streik zur Unterstützung der Forderung nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahr 1902.
- (2) Der *ekonomiska storstrejk* (ökonomischer Großstreik) richtete sich gegen die Arbeitgeber, um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen oder eine Verschlechterung derselben zu verhindern, war also vergleichbar mit dem *storstrejk* 1909.
- (3) Der *sociala generalstrejk* (soziale Generalstreik) hingegen stellte den Beginn einer vollständigen Umgestaltung der Produktion und der Gesellschaft dar. Der *sociala generalstrejk* zielte als Beginn der proletarischen Revolution darauf, die kapitalistische Produktionsweise zu zerschlagen, die Produktion zu übernehmen und die bestehende Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft umzugestalten.

Den Syndikalisten war bewusst, dass auch unter dem Eindruck eines Generalstreiks die Gegenseite nicht einfach kapitulieren würde; Militär und Polizei würden bereit stehen, um den Zusammenbruch der Gesellschaft sowie die Übernahme der Produktionsmittel zu verhindern. Darum gehörte zu der Generalstreikstrategie der *ungsocialisterna* einerseits die Volksbewaffnung, andererseits die Ablehnung des Militarismus. Die Bewaffnung der Arbeiter war für die *ungsocialisterna* deshalb unausweichlich, weil die Arbeiter außer sich selbst niemanden hatten, der sie hätte schützen können. Die Ablehnung des Militarismus sollte den Arbeitern verdeutlichen, dass

¹⁶¹ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 138ff.

Kriege gegen äußere Feinde nur dazu dienen, die Arbeiter gegen gleichgestellte in anderen Ländern auszuspielen und damit für die Interessen der Bürgerlichen zu opfern. Die *ungsocialisterna* waren strikt gegen jede Form einer Burgfriedenpolitik; jedes Mittel sollte angewandt werden, um Kriege zu verhindern. Die antimilitaristische Propaganda sollte die Arbeiter davon überzeugen, nicht dem Kriegsgeschrei der Mächtigen zu folgen, sondern stattdessen ihren Blick auf den Klassenkampf zu richten. Die Arbeiter sollten ihre Waffen nicht gegen Fremde, sondern gegen die Klassenfeinde im eigenen Land richten.¹⁶²

Außerhalb der *ungsocialisterna* wurde diese Unterscheidung zwischen Generalstreik und *storstrejkk* wohl nicht gesehen, und so mobilisierte die Propaganda für einen Generalstreik automatisch für den *storstrejkk* 1909.¹⁶³

Arbeitgeber beenden den Konflikt

Einen Monat nach Streikbeginn – am 9. September – reduzierte die LO-Führung schließlich den Umfang des Streiks. Alle Unternehmen, die nicht in der SAF organisiert waren, sollten auch nicht mehr bestreikt werden. Ende September musste die Streikleitung dann feststellen, dass die Streiklinien sich mehr und mehr aufzulösen begannen. Zur Fortsetzung des Streiks forderten immer mehr Einzelgewerkschaften finanzielle Unterstützung von der LO-Führung.

Der Streik konzentrierte sich daraufhin auf die Hauptauseinandersetzungen in der Eisen-, Sägewerks-, Gruben- und Textilindustrie. Man hoffte, diese reduzierte Streikfront besser stabilisieren zu können. Der Streik war jetzt nicht mehr so umfassend wie zu Beginn; zusätzlich minderten viele lokale Abkommen, die in der Zwischenzeit geschlossen worden waren, das öffentliche Interesse am Streik. Am 12. November schließlich erklärte die SAF überraschend die Aussperrungen für beendet und fragte bei der LO-Führung an, ob sie zu neuen Verhandlungen bereit sei. Die LO-Führung stimmte dem zu und beendete alle Streiks, die SAF im Gegenzug alle Aussperrungen. Einen offiziellen Friedensschluss gab es nicht.¹⁶⁴

¹⁶² Vgl. Åman 1938 a. a. O. S. 76ff.

¹⁶³ Vgl. Schiller 1967 a. a. O. S. 138ff.

¹⁶⁴ Vgl. Wolf 1975 a. a. O. S. 23ff.

1.3 Katastrophale Folgen der Niederlage

Dramatischer Mitgliederverlust

Die Folgen der Niederlage im *storstrejk 1909* waren für die LO, ihre Einzelgewerkschaften und die schwedischen Arbeiter verheerend. Die LO hatte nach dem Streik 50% Mitgliederverluste und erst im Jahr 1917 erreichten die LO-Gewerkschaftsorganisationen insgesamt wieder den Mitgliederstand von 1909. Viele Arbeiterfamilien verloren während des Streiks ihre Wohnungen, und Arbeiter, die am Streik beteiligt waren, wurden in schwarzen Listen der Arbeitgeber geführt. Betroffene Arbeiter fanden entweder keine Anstellung oder mussten versichern, dass sie keiner Gewerkschaftsorganisation oder sonstigen Arbeiterorganisation angehörten: sie waren damit der völligen Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt. Die Enttäuschung über den Ausgang des Streiks war riesig und ein großer Teil der Arbeiter war der Meinung, dass die Gewerkschaftsführung Verrat begangen und durch Kollaboration mit den Arbeitgebern der Gewerkschaftsbewegung geschadet habe. Notgedrungen verließen viele Arbeiterfamilien Schweden und emigrierten (vor allem nach Nordamerika, Brasilien sowie Argentinien).¹⁶⁵

Abspaltung der SAC

In der LO-Führung hatte man gehofft, ein verlorener *storstrejk 1909* würde die syndikalistische Opposition zurückdrängen; die Interpretation der Niederlage fiel jedoch auf Seiten der *ungsocialisterna* anders aus, als die LO-Führung geglaubt hatte. Der Großstreik hatte – nach Meinung der *ungsocialisterna* – gezeigt, dass die „alten“ Gewerkschaftsorganisationen nicht in der Lage waren, den revolutionären Klassenkampf zu organisieren. Sie sahen die Zeit für eine neue, revolutionäre Gewerkschaftsorganisation gekommen. Vergeblich versuchten die *ungsocialisterna* auf dem Kongress der LO 1909 ein letztes Mal, eine Mehrheit für eine syndikalistische Organisationsreform der LO zu bekommen. In der Debatte um eine neue Organisationsform – dabei wurde eine Organisation als Industriegewerkschaft gegen eine Organisation als *lokala samorganisation* (lokale Gemeinschaftsorganisation – LS) diskutiert

¹⁶⁵ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 38ff.; Findeisen 2003 a. a. O. S. 207ff.; Forseback 1977 a. a. O. S. 11f.; Henningsen 1979 a. a. O. S. 144f.

– vertraten auch die *ungsocialisterna* keine einheitliche Meinung.¹⁶⁶ Bei der Entscheidung zwischen einer zentralen bzw. dezentralen Organisationsform votierten die *ungsocialisterna* jedoch geschlossen für die dezentrale Organisationsform, da sie am besten dazu geeignet sei, die Mitgliederverluste des *storstrejk 1909* auszugleichen und eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Beide Seiten reklamierten jetzt das Ergebnis des *storstrejk 1909* als Beweis für ihre eigene Position. Darüber hinaus traten die *ungsocialisterna* dafür ein, die Bindung der LO an die Sozialdemokratie sowie die Kollektivmitgliedschaften aufzulösen. Durchgesetzt wurde dies aber nicht.¹⁶⁷

1910 verließen viele *ungsocialisterna* die LO und gründeten eine syndikalistische Gewerkschaftsorganisation – die *sveriges arbetares centralorganisation* (Schwedische Zentralorganisation der Arbeiter – SAC). Erste Erfolge wurden dort erzielt, wo auch die *ungsocialisterna* stark waren und so schlossen sich die Steinhauer von Bohuslän und Blekinge zu großen Teilen als Erste der SAC an. Die *ungsocialisterna* hatten darauf gezählt, dass die Niederlage der LO im *storstrejk 1909* der SAC viele Mitglieder von der LO bringen würde; eine massenhafte Übertrittswelle blieb aber aus.¹⁶⁸ Bis Ende 1910 hatten sich 20 LS gebildet, die rund 700 Mitglieder vertraten.¹⁶⁹ Langfristig musste

166 Vgl. Åman 1938 a. a. O. S. 41ff.; Collberg, *Hur SAC bildades II*, 1981 a. a. O. S. 34f.; Arvidsson 1960 a. a. O. S. 16ff.

167 Vgl. Åman 1938 a. a. O. S. 29ff.; Lennart K. Persson, *Syndikalismen i Sverige 1903-1922*, Stockholm 1975, S. 55ff.

168 Die Syndikalisten richteten ihre Strategie hauptsächlich darauf aus, Mitglieder der LO zum Übertritt in die SAC zu bewegen; aber auch vorher unorganisierte Arbeiter sollten zum Eintritt und zur Gründung von LS's motiviert werden (vgl. Collberg, *Hur SAC bildades III*, 1981 a. a. O. S. 36f.). Siehe ergänzend dazu auch den 1910 verabschiedeten Appell an Schwedens Arbeiter, sich an der Bildung einer syndikalistischen Gewerkschaft zu beteiligen, abgedruckt in: Åman 1938 a. a. O. S. 31f.

169 In der Folge wuchsen die Mitgliederzahlen weiter. Insbesondere in den Jahren 1917-1920 hatte die SAC starke Zuwächse (bis auf 32.299 Mitglieder im Jahre 1920) im Zusammenhang mit dem Kampf um den 8-Stunden-Tag sowie den Hungerdemonstrationen zu verzeichnen. Ähnliches wiederholte sich nach einem zwischenzeitlichen Rückgang der Mitgliederzahlen in den 1930er Jahren (Zuwächse auf 36.583 Mitglieder im Jahre 1933) im Zusammenhang mit dem Kampf gegen staatliche Notstandsarbeiten sowie dem Engagement der Syndikalisten für den als Freiheitskampf empfundenen spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). Für alles vgl. Evert Arvidsson, *SAC under de hårda åren 1923-1953*, in: Ahto Uisk (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 48f. sowie Arvidsson 1960 a. a. O. S. 19.

sich die SAC damit abfinden, neben der LO nur eine Minderheitenrolle einnehmen zu können. Die LO hingegen musste feststellen, dass sich die SAC als kleine syndikalistische Gewerkschaftsorganisation neben der LO etablierte.¹⁷⁰

Storstrejkk als Schreckgespenst der LO

Die Hoffnung bei Teilen der LO-Führung, dass sich durch den verlorenen Streik das Thema *storstrejk* erledigt habe und die LO-Führung samt aller Einzelgewerkschaften einen kooperativen Kurs ungehindert umsetzen könnte, erfüllte sich nicht automatisch. Wenn es zu Konflikten kam, wurde immer wieder, vor allem an der gewerkschaftlichen Basis sowie in den unteren Funktionärssebenen, auch ein *storstrejk* diskutiert.

Anfang 1920 startete der *metallindustriarbetareförbundet* (Metallindustriearbeitergewerkschaft) – mit 70.000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft innerhalb der LO – einen Streik zum Ausgleich von Lohneinbußen, die mit der Einführung des 8-Stunden-Tages einhergegangen waren. Die Arbeitgeber versuchten die Löhne zu drücken, indem sie Essens-, Wasch- und Stempelzeiten aus der Arbeitszeit herausrechneten. Dieser Streik weitete sich immer mehr aus und umfasste schließlich mehr als 100 Betriebe und 30.000 Arbeiter. Diskussionen über einen *storstrejk* kamen auf, aber die Gewerkschaftsführung war bemüht, derartige Diskussionen entschieden zu unterbinden, indem sie auf die Erfahrungen von 1909 verwies.¹⁷¹

Forderungen nach einem *storstrejk* kamen auch 1923 bei einem Konflikt der Metallarbeiter auf. Die LO-Führung lehnte jetzt einen *storstrejk* kategorisch ab und setzte sich statt dessen für eine Sammlung zugunsten der Streikkasse der Metallarbeiter ein. Auf diese Weise konnte der Konflikt auf die Metallarbeiter begrenzt bleiben und die einsetzende konjunkturelle Verbesserung ermöglichte die Erkämpfung der geforderten Lohnerhöhungen. Die LO-Führung verfolgte solche *storstrejk*-Diskussionen mit Sorge und begann, immer stärker gegen radikale Forderungen und Generalstreiklosungen vorzugehen und schloss auch Gewerkschaftsmitglieder, die für einen Generalstreik eintraten, aus. In den folgenden Jahren verfestigte sich in vielen Bereichen der Widerspruch zwischen denjenigen, die jegliche radikalen

170 Vgl. Collberg, *Hur SAC bildades III*, 1981 a. a. O. S. 36f.

171 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 52f.

1.3 Katastrophale Folgen der Niederlage

Forderungen ablehnten und somit klar für eine Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern eintraten, und denjenigen, die sich zunehmend radikalisierten und auch wieder einen Generalstreik anstrebten.¹⁷²

Der *storstrejk 1909* sowie die *ungsocialisterna* blieben für die LO-Gewerkschafter Schreckgespenster, auf die es zu verweisen galt, sobald von Arbeitern die Entscheidungshoheit der Gewerkschaftsführung zugunsten von Eigeninitiative angezweifelt wurde. So verwies der LO-Vorsitzende Gunnar Nilsson¹⁷³ noch 1982 in einem Interview über die wilden Streiks der 1960er und 1970er,¹⁷⁴ als er gefragt wurde, was Arbeiter tun können, die für ihre Anliegen ohne Erfolg alle Verhandlungswege ausgeschöpft haben, darauf, dass sie auf keinen Fall einen wilden Streik beginnen sollten:

„Dann würden wir zur der Situation zurückkommen, die wir zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten. Nach dem *storstrejk* [1909] und dem Krieg kamen wir dahinter, dass wir, wenn wir eine starke Gewerkschaftsbewegung in diesem Land aufbauen wollen, dies in Verbänden tun müssen und dass sich die Mitglieder diesen diszipliniert unterwerfen müssen. Wir sind in der Tat kein Volk mit einer spontanen Lebensphilosophie. Wir wollen es für uns sehr geordnet haben und das ist es, was unsere Stärke war. Die Alternative, den Syndikalismus, hat es immer gegeben, aber er hat den schwedischen Arbeiter nicht angezogen.“¹⁷⁵ [BB]

Auf den *storstrejk 1909* wurde forthin immer dann verwiesen, wenn es um Konflikte ging, die gegen den Willen der Gewerkschaftsführung geführt wurden. In diesem Sinne ist auch eine Zusammenfassung des *storstrejk 1909* zu verstehen, wie sie in einer Studie über die wilden Streiks der 1970er

172 Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 226ff.

173 Gunnar Nilsson, geb. 1922 war von 1973 bis 1983 Vorsitzender der LO. Außerdem war er seit 1976 für die Sozialdemokraten Abgeordneter im Reichstag.

174 Vgl. Ragnar Järhult, *Nu eller aldrig, En bok om „den nya strejkrörelsen“*, Stockholm 1982, S. 241ff.

175 Järhult 1982 a.aO., S. 245f. „Det vore att återgå till den situation som vi hade i början av 1900-talet. Efter storstrejken och kriget kom vi underfund med att ska vi bygga upp en stark fackföreningsrörelse i det här landet så måste det ske i förbund och under den disciplin som medlemmarna måste underkasta sig. Vi är faktiskt inget folk med spontan levnadsfilosofi. Vi vill ha det ganska ordnat för oss och det som har varit styrkan. Alternativet, syndikalismen, har alltid funnits men det har inte attraherat den svenska arbetaren.“

nachzulesen ist.¹⁷⁶

1.4 Klassenkampf statt Korporatismus

Weder die allgemeine historische Entwicklung Schwedens noch das Agieren der schwedischen Gewerkschaftsbewegung bis Ende 1909 lassen darauf schließen, dass Schweden einmal in der Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates eine Sonderrolle einnehmen sollte, die dann als Musterbeispiel für Esping-Andersens sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus dienen könnte. Die Kompromissorientierung zur Vermeidung von Großkonflikten, wie sie die LO-Führung in jener Zeit praktizierte, entsprach der Entwicklung, die auch andere europäische Gewerkschaftsbewegungen genommen haben. So liegt nach Theo Pirker die Ursache für die Kapitulation der deutschen Gewerkschaftsbewegung am 1. Mai 1933 darin, dass deren Organisation einen Selbsterhaltungstrieb entwickelt hatte, der Generalstreikforderungen aus den Reihen der Mitglieder entgegen stand:

„Die Gewerkschaften wollten unter allen Umständen ihre Organisation retten, und sonst nichts!“¹⁷⁷

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung lag mit ihrer strategischen Ausrichtung also mitten im Zeitgeist einer modernen, reformerisch orientierten Gewerkschaftsbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

176 Vgl. Per Owe Johansson / Ann-Britt Hellmark, *Från LKAB till ASAB, Strejker och lockouter på den svenska arbetsmarknaden 1970-74*, Stockholm 1981, S. 15.

177 Theo Pirker / Rainer Weinert (Hrsg.), *Soziologie als Politik: Schriften von 1949 bis 1990*, Berlin 1991, S. 21. Wolfgang Abendroth trennt hierbei analytisch die inhärente Funktion der Gewerkschaftsorganisation als „Schule demokratischer Selbstverwaltung“ von der später entstehenden „Entfremdung zwischen Funktionärsschicht und Massen“ im Zuge der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen in der modernen industriellen Massengesellschaft (vgl. Wolfgang Abendroth, *Die deutschen Gewerkschaften, Weg demokratischer Integration*, in: Michael Buckmiller u. a. (Hrsg.), Wolfgang Abendroth: *Gesammelte Schriften Band 2*, Hannover 2008, S. 448). Eine solche Diskrepanz zwischen der Strategie der deutschen Gewerkschaftsführung und radikaleren Ansichten auf Seiten der Mitglieder ist in ihren Ansätzen auch im Bezug auf das Agieren der LO-Führung im *storstrejk 1909* zu erkennen. Eine detaillierte historische Erforschung der Entfremdungs- und Bürokratisierungstendenzen moderner Massenorganisationen in Schweden und deren Auswirkung im Verhältnis vom einfachen Mitglied zur Gesamtorganisation ist nicht Gegenstand dieser Arbeit und bleibt zukünftiger Forschung vorbehalten.

Das Agieren der politischen Interessenvertretung der schwedischen Arbeiter – der Sozialdemokratie – im Umfeld des *storstrejk 1909* lässt ebenso nicht darauf schließen, dass mit dem Schwedischen Modell einmal ein umfassender Wohlfahrtsstaat aufgebaut werden würde, der Schweden zum „modernsten Land der Welt“ machen sollte. Die Kombination einer revolutionären Klassenkampfrhetorik mit dem gleichzeitigen Bemühen um Integration in den bestehenden Staat sowie um Anerkennung durch die bürgerlichen Schichten hatte seine Entsprechung im Agieren anderer sozialdemokratischer Parteien Europas in dieser Zeit. Das Handeln der schwedischen Sozialdemokratie war schlicht auf eine Zusammenarbeit mit liberalen Kräften zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und der Schaffung einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie gerichtet. Ein schwedischer Sonderweg lässt sich zu dieser Zeit noch nicht erahnen.

Der Wandel der schwedischen Gewerkschaftsbewegung von einer Klassenkampforganisation zur Einbindung in den Korporatismus war 1909 noch nicht vollzogen, jedoch war der *storstrejk 1909* für die LO und ihre Einzelgewerkschaften ein einschneidendes Ereignis. Lange Zeit nagte es am Selbstbewusstsein der Gewerkschaftsführungen, dass man sich von den *ungsocialisterna* hatte treiben lassen müssen.

In Folge des *storstrejk 1909* änderte sich das Selbstverständnis der LO. Diese war als reine Kampforganisation in den Konflikt gegangen, aber derart geschwächt aus ihm hervor gegangen (Halbierung der Organisation), dass sie zur Konzentration auf Neuaufbau und Neuausrichtung gezwungen war. Darüber hinaus bildete die Erinnerung an das gemeinsame Versagen im *storstrejk 1909* die Grundlage für die enge Bindung zwischen LO und Sozialdemokratie, die in Schweden länger als in anderen europäischen Ländern halten sollte.

Der *storstrejk 1909* kann somit zwar nicht als Beginn des Schwedischen Modells angesehen werden, die Einbindung von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie in den Korporatismus deutete sich hier aber schon an.

Kapitel 2

Ådalen 1931 – Eine Tragödie begründet das Schwedische Modell

Bis zum Anfang der 1930er Jahre war ein „schwedischer Sonderweg“ noch nicht beschritten. Die Abwendung vom Klassenkampf, die endgültige Hinwendung zum Korporatismus sowie die Einsicht in die Notwendigkeit einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen, müssen als Ergebnis der Konflikte und Kämpfe dieser Zeit, konkret der Tragödie von Ådalen 1931, verstanden werden.

Im Folgenden wird dargelegt, inwiefern sich in der Tragödie von Ådalen 1931 der Beginn eines Pfades hin zum Schwedischen Modell identifizieren lässt. Geistig angeknüpft wird bei diesem Bild an die Arbeiten Esping-Andersens über die Pfadabhängigkeit der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten, die das Schwedische Modell als **das** Beispiel für einen sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus analysieren.¹⁷⁸

Zur Entwicklung nach 1909

Die Entwicklung im Vorfeld der Tragödie von Ådalen 1931 war von einer Steigerung des Lebensstandards und einer Modernisierung der Produktionsmittel geprägt. Die rasche Industrialisierung ermöglichte es, den Lebensstandard in Schweden immens zu erhöhen: zwischen 1870 und 1913 nahm das Bruttosozialprodukt um 250% zu – vor allem der Agrarsektor boomte;

¹⁷⁸ Vgl. Esping-Andersen 1990 a. a. O. S. 26ff., siehe auch in der Einleitung der vorliegenden Arbeit: Das Schwedische Modell bei Esping-Andersen.

nach dem I. Weltkrieg erhöhte sich zusätzlich dann die Produktivität in den Industriesektoren.¹⁷⁹ So schloss das arme Schweden zu den führenden Industrieländern auf. Auch bzgl. der Arbeitskonflikte wird für diese Zeit bis heute ein Bild der Harmonie und Konfliktfreiheit gezeichnet. Findeisen führt diese Entwicklung schlicht auf das Rationalisierungsstreben innerhalb der Wirtschaft und die Akzeptanz der Modernisierung von Betrieben durch die Gewerkschaftsbewegung zurück;¹⁸⁰ – 1913 wurde im Auftrag des Unternehmerverbandes Taylors Arbeit über die Steigerung der Produktion und das Akkordsystem ins Schwedische übersetzt.¹⁸¹ Die Gewerkschaftsbewegung lehnte die darin beschriebenen Rationalisierungstechniken zunächst ab, weil sie eine Teilung der Verdienste in höhere und niedrigere Löhne fürchtete. In den 20er Jahren setzte sich, laut Findeisen, in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung dann aber die Überzeugung durch, dass nur durch Produktivitätssteigerungen auch Lohnsteigerungen erreicht werden könnten. Durch Rationalisierung der Produktion und Modernisierung der Produktionsmittel sollte der Lebensstandard gesteigert und eine Arbeitszeitverkürzung ermöglicht werden. Diese von Findeisen betonte Einigkeit zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeitgebern wurde demnach allein durch „äußere Einflüsse“ (Hungerdemonstrationen, Weltwirtschaftskrise etc.), die die angestrebte Harmonie durchbrachen, getrübt.¹⁸²

Ein partnerschaftliches Verhältnis von LO und Arbeitgebern schien die Kampfzeit der LO abgelöst zu haben. Auf ihrem Kongress 1912 beschloss die LO als Reaktion auf eine voranschreitende Industrialisierung ihre Einzelgewerkschaften zu Industriegewerkschaften umzuorganisieren. Die jeweils größte Einzelgewerkschaft sollte alle Arbeiter eines Betriebes vertreten. Die Umsetzung dieser neuen Organisationsdoktrin ging allerdings nur schleppend voran, sodass auch weiterhin viele Fachverbände existierten, die jetzt aber enger zusammenarbeiteten.¹⁸³

Nach dem verlorenen *storstrejk* 1909 hatte die LO ihre Politik zunächst

179 Vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 147ff.

180 Vgl. dazu Findeisen 2003 a. a. O. S. 228ff. Findeisen bezieht sich dafür auf Anders L. Johansson 1989 a. a. O. S. 20.

181 Frederick Winslow Taylor, *Rationell arbetsledning, Taylor-systemet*, Stockholm 1913; engl. Originalausgabe: ders., *The Principles of Scientific Management*, New York 1911; auf deutsch zuerst: ders., *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*, München 1913.

182 So der Duktus in Findeisen 2003 a. a. O. S. 226ff.

183 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 8ff.; Mensing 1979 a. a. O. S. 43ff.

defensiv ausgerichtet, um hauptsächlich ihre Mitgliederzahl zu stabilisieren und das bisher Erreichte durch Abkommen mit den Arbeitgebern zu verteidigen. Darüber hinaus intensivierte man die Zusammenarbeit mit verschiedenen Volksbewegungen, insbesondere mit der Konsumgenossenschaftsbewegung – sie breitete sich in dieser Zeit schnell aus – sowie der Wahlrechtsbewegung.¹⁸⁴

Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie hatten sich nach dem *storstrejk 1909* dazu entschieden, ihren Fokus auf Reformen zu legen, sodass der Kampf um rechtliche Gleichstellung, konkret um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, immer mehr ins Zentrum rückte. Mit dieser Annäherung an den Parlamentarismus schien die radikale Kampfzeit der Gewerkschaftsbewegung beendet zu sein.

Zum Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht

Das Wahlrecht für die II. Kammer des Reichstages war seit 1866 an Einkommen und Vermögen gebunden. Ein Jahreseinkommen von mindestens 800 Kronen war Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts; große Teile der Bevölkerung waren somit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Als Folge davon konnte noch 1896 der Vorsitzende der Sozialdemokraten nicht auf einer eigenen, sondern nur auf der Wahlliste der Liberalen in den Reichstag einziehen.

Die Industrialisierung ließ die Arbeiterklasse immer weiter anwachsen. Da die Gewerkschaftsbewegung es geschafft hatte, durch Arbeitskämpfe den durchschnittlichen Industriearbeiterlohn in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts auf ca. 1000 Kronen zu heben, erlangten nun immer mehr Arbeiter das Wahlrecht und übten es auch aus. Das Wahlrecht und die Stimmenanteile jedes Wählers blieben allerdings ans Einkommen gekoppelt und auch Unternehmen hatten, als juristische Personen, ein eigenes Wahlrecht entsprechend ihres Vermögens. Damit entschieden immer noch ökonomische Macht und Einkommen über die Zusammensetzung des Parlaments und nicht demokratische Mehrheiten. Bei den Wahlen von 1905 zur II. Kammer des Reichstages erreichte die Sozialdemokratie mit ihrer eigenen Liste 9,5% also 13 Mandate. Die Liberalen (106 Mandate) erhielten

184 Vgl. Forsebäck 1977 a. a. O. S. 12f.; Elvander 1983 a. a. O. S. 333ff.

den Auftrag zur Regierungsbildung, der erstmals auf Grundlage der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse gegeben wurde. Die SAP konnte in den folgenden Wahlen ihre Ergebnisse kontinuierlich steigern.¹⁸⁵ 1917 gab es schließlich die erste Regierungsbeteiligung der SAP mit vier Ministern und 1920 den ersten sozialdemokratischen Regierungschef: Hjalmar Branting. Er stellte seine Minderheitenregierung 1920 auf, in der Erwartung bei der Wahl 1921, bei der zum ersten Mal das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer galt, eine parlamentarische Mehrheit zu erlangen. Dies misslang; mit der Erkämpfung des Wahlrechts hatte die Allianz aus Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Liberalen und Volksbewegungen ihr damaliges politisches Hauptziel jedoch erreicht. Ihr Fokus verschob sich: war die Sozialgesetzgebung vor 1906 noch eine reine Armenfürsorge gewesen, wurden nun immer mehr soziale Rechte erkämpft.¹⁸⁶

2.1 Eskalation der 1920er Jahre

Trotz der oberflächlichen Harmonie von LO und Arbeitgebern und der Erfolge im Kampf um rechtliche Gleichstellung der ArbeiterInnen, begann in den 1920er Jahren eine erneute Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie.

Radikalisierung von LO und Sozialdemokratie

Schweden blieb zwar im I. Weltkrieg neutral und trieb durchgehend mit beiden Kriegsparteien Handel, aber dennoch verbesserte sich die Situation der Not leidenden Bevölkerung nicht. Zug um Zug politisierten sich die Menschen und trugen zu einem starken Anwachsen der Arbeiterorganisationen bei. Die großen Hungerdemonstrationen 1917 radikalisierten Arbeiter und einfache Leute, die mit ansehen mussten, wie die *gulaschbaronerna* (Gulaschbarone) am Hunger verdienten und die Preise in die Höhe trieben. In Folge dieser Entwicklungen ging auch die Gewerkschaftsbewegung wieder mehr in die Offensive.

¹⁸⁵ Sie erreichte 1908 14,6% (34 Mandate), 1911 mit 28,5% 64 Mandate und 1914 36,4% (87 Mandate); ab diesem Zeitpunkt war die SAP stärkste Partei und blieb es bis heute.

¹⁸⁶ Vgl. Mensing 1979 a. a. O. S. 18f. Zur Wahlrechtsbewegung und der Umsetzung des Wahlrechts siehe: Heberle 1925 a. a. O. S. 48ff.

In der Metallindustriearbeitergewerkschaft entstand eine Opposition, die sich dem Anschluss an die Sozialdemokratie widersetzte und ihren eigenen Verband radikalisieren wollte. Der Typographenverband tauschte seine bisherige Gewerkschaftsführung sogar gegen eine linkssozialistisch ausgerichtete aus. Auch syndikalistische Ideen fanden wieder mehr Anklang in der LO und der Sozialdemokratie.¹⁸⁷

Als Folge des verlorenen *storstrejk* 1909 hatten die Befürworter einer reformorientierten Strategie geglaubt, die radikaleren Teile der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie unter Kontrolle zu haben; entgegen dieser Annahme vertraten immer größere Teile der Gewerkschaftsbewegung erneut Forderungen wie die einer Sozialisierung der Großindustrie. Dies verschreckte die Liberalen, bisher enge Verbündete der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Keine Partei oder politische Richtung konnte sich in dieser Zeit eindeutig durchsetzen; die Wählerpotenziale blieben meistens an die eigene soziale Gruppe oder Klasse gebunden. Der reformerische Teil der Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie hoffte, durch politische Erfolge den revolutionären Strömungen ihr Potenzial zu nehmen. Das ursprüngliche Misstrauen in Bezug auf den bürgerlichen Staat wich aber nur langsam einer pragmatischen Haltung gegenüber parlamentarischen Reformen.

Zunächst eskalierte die Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie:¹⁸⁸ Auseinandersetzungen um Militarismus, um die Einbindung in den bürgerlichen Parlamentarismus sowie um die Rolle der Zweiten Internationalen hatten in Schweden in Folge des ersten Weltkrieges – wie in fast allen europäischen Ländern – zur Spaltung der Sozialdemokratie geführt. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hatte 1916 abgelehnt, sich mit der linken Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einigen; sie ging weder auf den Vorschlag ein, der Opposition mehr Eigenständigkeit zuzugestehen, noch darauf, sich gemeinsam auf eine gütliche Trennung zu einigen. Auf dem 10. Parteikongress der SAP im Februar 1917 gelang es der linken Opposition nicht, die Mehrheit in der eigenen Partei zu gewinnen. Der Kongress verlangte die Unterordnung der linken Opposition unter die Politik der Parteiführung. Noch im Februar sammelte sich die linke Opposition innerhalb der Partei zu einem Kongress,

¹⁸⁷ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 49ff.; Östberg 2005 a. a. O. S. 19ff.

¹⁸⁸ Vgl. Findeisen 2003 a. a. O. S. 226ff.; Forsebäck 1977 a. a. O. S. 12f.

der nach zwei Tagen Beratung die Gründung einer eigenständigen Partei – der *Sveriges socialdemokratiska vänsterparti* (Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens – SSV) – beschloss. 1919 trat die SSV der Kommunistischen Internationalen bei.

Nach dem Kongress der Kommunistischen Internationalen in Moskau 1920 zerstritt sich die SSV an der Frage von Moskaus Einfluss auf ihre Politik. Die moskautreue Parteiströmung gründete daraufhin die *Sveriges kommunistiska parti* (Schwedische Kommunistische Partei – SKP), die Minderheit der Partei sowie eine Mehrheit ihrer Reichstagsfraktion behielt den Namen SSV bei und schloss sich später mehrheitlich wieder der Sozialdemokratie an.

Die Spaltung der Arbeiterpartei(en) hatte auf die LO zunächst nur geringe Auswirkungen. Zwar spaltete sich auch die Gewerkschaftsinternationale in Schweden, aber in die lokalen Gewerkschaftsverbände schlug dieses kaum durch. Die schwedische Gewerkschaftsbewegung hielt sich aus den Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, Linksozialisten und Kommunisten zunächst überwiegend heraus.¹⁸⁹

Neue Stärke einer selbstbewussten Gewerkschaftsbewegung

Nachdem die Gewerkschaftsbewegung ab 1917 wieder zu alter Stärke zurückgefunden hatte und gemeinsam mit der Sozialdemokratie erste politische Erfolge verzeichnen konnte, trat sie auch wieder selbstbewusster auf.

Die Bauarbeiter hatten es 1918 geschafft, die 48-Stunden-Woche und die Einführung von Akkordlöhnen zu erkämpfen. Ein Streik der Typographen 1919 verhinderte hingegen die Einführung von Akkordlöhnen für ihre Sparte. Die Einstellung zu Akkordlöhnen war innerhalb der Einzelgewerkschaften politisch höchst umstritten.¹⁹⁰

Die Einführung des gesetzlichen 8-Stunden-Tages für Industriearbeiter (1919) war der wohl größte Erfolg von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie vor der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Der 8-Stunden-Tag war eine ihrer der ältesten und zentralen Forderungen

¹⁸⁹ Vgl. Lars Björlin, *Vänstersocialistiska riksdagsgruppen*, in: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 24-25, 1982/83, S. 6ff.; Olsson 2002 a. a. O. S. 46ff.; Elvander 1983 a. a. O. S. 333; Mensing a. a. O. S. 49ff.; Forsebäck a. a. O. S. 12f.

¹⁹⁰ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 51f.

gewesen. Indem Sozialdemokratie und LO geschickt auf revolutionäre Strömungen innerhalb Schwedens und auf Klassenauseinandersetzungen in Russland, Finnland und Deutschland verwiesen, konnten sie die Liberalen und Bürgerlichen zur Umsetzung des 8-Stunden-Tages bewegen. Außerdem wurde 1919 die Nachtarbeit in Bäckereien abgeschafft sowie die Errichtung von Herbergen für Waldarbeiter durchgesetzt.¹⁹¹

Der Gewerkschaftsbewegung war es inzwischen gelungen ihre Machtressourcen kontinuierlich auszubauen. Die LO hatte es 1920 geschafft, ihren Organisationsgrad wieder über das Niveau von vor dem *storstrejk 1909* zu heben. Im privaten Sektor waren 41% aller Industriearbeiter in Gewerkschaftsorganisationen organisiert. Die LO war somit bis 1920 auf 47 Einzelgewerkschaften mit fast 400.000 Mitgliedern angewachsen.¹⁹²

Die politischen Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien an die Sozialdemokratie (8-Stunden-Tag) wären ohne die neugewonnene Stärke der Gewerkschaftsbewegung und das Drohpotential, das Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam darstellten, nicht erreichbar gewesen. Folglich erweiterten sich sowohl die Handlungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie auf der parlamentarischen Ebene als auch die der Gewerkschaftsbewegung in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern.¹⁹³

Rechtzeitig, vor neuerlichen Konflikten mit den Arbeitgebern, hatte die Gewerkschaftsbewegung ihr Selbstbewusstsein wieder gefunden. Die Metallindustriearbeitergewerkschaft mobilisierte Anfang 1920 in einem Streik 30.000 Arbeiter in mehr als 100 Betrieben gegen Versuche der Arbeitgeber, die Löhne nach der Einführung des 8-Stunden-Tages zu drücken. Die Gewerkschaftsbewegung war nicht bereit, sich die politisch erkämpften Erfolge durch die Hintertür wieder abnehmen zu lassen. Bei einem Konflikt im Baugewerbe dauerten die Aussperrungen 6 Monate und der Beschluss der Arbeitgeber, keinerlei Baumaterial mehr verkaufen zu lassen, verschlechterte die ohnehin angespannte Wohnsituation der Arbeiter und einfachen Leute in den Städten weiter. Die Gewerkschaftsführung weigerte sich dennoch, gegenüber den Arbeitgebern nachzugeben, woraufhin die sozialdemokratische Regierung eingriff, große Mengen Zement beschlagnahmte und so

191 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 49ff.; Mensing a. a. O. S. 49ff.

192 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 49ff.; Östberg 2005 a. a. O. S. 19ff.

193 Zur Theoretisierung dieses Befundes siehe: Korpi 2000 a. a. O. S. 77ff.; ders. 1981 a. a. O. S. 242ff.

die Arbeitgeber zur Annahme eines Kompromisses zwang. Die Einzelgewerkschaften lehnten diesen Kompromiss allerdings ab, weil er für sie zu viele Eingeständnisse an die Arbeitgeber enthielt. Dies war das erste Mal, dass die Gewerkschaftsbewegung sich einem Kompromiss der sozialdemokratischen Regierung widersetzte: sie war sich ihrer Stärke bewusst, und wollte diese sich auch von einer sozialdemokratisch geführten Regierung nicht abkaufen lassen.¹⁹⁴

Erst die einsetzende Depression zu Beginn der 1920er Jahre, als die Arbeitslosigkeit massiv anstieg, zwang die Gewerkschaftsbewegung wieder in die Defensive; man konzentrierte sich nun darauf, die von den Arbeitgebern anvisierten Lohnsenkungen abzuwehren.

Die Radikalisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung schlug sich auch in der Sozialdemokratie – ein Generationswechsel hatte die Führung Anfang der 20er Jahre verändert – nieder. Die neue Parteiführung bestand mit Arthur Engberg, Per Albin Hansson, Gustav Möller und Rickard Sandler aus marxistisch geschulten Persönlichkeiten.¹⁹⁵ Das 1920 verabschiedete neue Parteiprogramm war dementsprechend direkter als bisher auf den Klassenkampf und die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ausgerichtet, vermied aber, alte Vorurteile gegenüber den Kleinbauern aufzugreifen.¹⁹⁶ Alle unterdrückten Klassen sollten sich in der Sozialdemokratie sammeln. Die Sozialdemokratie glaubte, ihren Durchbruch im Parlamentarismus geschafft zu haben, und so hatte Hjalmar Branting 1920 seine Minderheitenregierung geformt.¹⁹⁷

Entsprechend des neuen Parteiprogramms wurde ein Komitee mit der Aufgabe betraut, die Sozialisierung wichtiger Teile des Wirtschaftslebens vorzubereiten. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie machte damit

¹⁹⁴ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 52ff.

¹⁹⁵ Engberg, Hansson, Möller und Sandler stammen aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Engberg und Sandler studierten in Uppsala und engagierten sich in der sozialdemokratischen Studentenvereinigung *Laboremus*. Engberg studierte auch in Jena und Strasbourg; der Philosophiestudent Sandler schloss sich dem SSU an, wurde 1917 zum Chefredakteur von *Ny Tid* (Neue Zeit) und übersetzte später die drei Bände von Marx' *Kapital* ins Schwedische. Möller und Hansson stammen ebenfalls aus dem SSU und gehörten zur Redaktion der gewerkschaftsnahen Tageszeitung *Arbetet* (Die Arbeit).

¹⁹⁶ Zum Parteiprogramm von 1920 vgl. Enn Kokk, 1920 års pratiprogramm, in: *Arbetarrörelsens Arkiv och bibliotek* (Hrsg.), *Socialdemokratins program, 1897 till 1990*, Stockholm 2001, S. 31. Das Parteiprogramm selbst ist abgedruckt in: ebd. S. 32ff.

¹⁹⁷ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 54ff.

das erste Mal einen Vorstoß, den Kern der privatkapitalistischen Ordnung – das Eigentum an Produktionsmitteln – anzugreifen, was letztendlich nicht umgesetzt wurde.

Ein zweites Komitee beschäftigte sich damit, wie Demokratie in der Wirtschaft umgesetzt werden könnte. Dieses Komitee wurde von Ernst Wigforss, der vom Syndikalismus beeinflusst war, geleitet.¹⁹⁸ Mit Hermann Lindqvist war auch die LO-Führung darin vertreten. Obwohl die LO beteiligt war, opponierte die LO-Führung gegen das Vorhaben Gesetzesvorschläge zur Mitbestimmung zu erlassen: Die Gewerkschaftsbewegung sah in einer formellen Einbindung in die Betriebspolitik mehrheitlich die Gefahr, dass ihr Handlungsspielraum als Kampforganisation eingeschränkt worden wäre; die Arbeitgeber lehnten die Vorschläge ebenfalls ab, weil ihr Recht, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, beschnitten worden wäre. Aus der Vorarbeit des Komitees heraus wurden daher keine konkreten Gesetze beschlossen.¹⁹⁹

Radikalisierung des Arbeitgeberlagers

Die wiedererstarke Gewerkschaftsbewegung traf in den 1920er Jahren auf selbstbewusst und aggressiv agierende Arbeitgeber, die ihre Machtressourcen – und damit ihre Handlungsmöglichkeiten – ebenfalls hoch einschätzten und auch einsetzen wollten.²⁰⁰ Die 1920er Jahre waren durch eine allgemein schlechte wirtschaftliche Lage und durch hohe Arbeitslosigkeit geprägt. Die Depression ließ die Arbeitslosigkeit auf 30% der Gewerkschaftsmitglieder ansteigen.²⁰¹ Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung durch die

198 Zu den Erinnerungen Wigforss' aus dieser Zeit vgl. Ernst Wigforss, *Minnen II, 1914-1932*, Stockholm 1951, S. 160ff.

199 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 54ff. Gustafsson benennt die Zeit bis 1920 als „Aufstieg der Sozialdemokratie zur Macht“, die Zeit von 1920-1932 als „Verteidigungskampf und gesellschaftliche Blockade“ (auf Grund der unklaren Machtverhältnisse im Reichstag) und die Zeit von 1932-1945 als die „Zeit der neuen Politik“ mittels der Politik eines *svenska folkhem* und des Abkommens von Saltsjöbaden, vgl. Bo Gustafsson, *Mellan socialistiskt ideal och kapitalistisk verklighet*, in: *Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 10 Nr. 1-2, Stockholm 1986, S. 16ff.

200 Nach dem Macht-Relations-Modell Korpis bedeuten beiderseitige hohe Handlungsmöglichkeiten eine Verschärfung des Konflikts und eine Zunahme von Arbeitskämpfen, siehe dazu in der Einleitung der vorliegenden Arbeit: Das Macht-Relations-Modell Korpis.

201 Für diese Zeit gibt es noch keine offiziellen Arbeitslosenstatistiken; die einzigen verlässlichen Zahlen sind daher die Arbeitslosenzahlen unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

Einzelgewerkschaften wurde immer schwieriger und blieb ein Dauerthema bis in die Wirtschaftskrise der 30er Jahre. Viele Arbeitslose standen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung und wurden so bei Streiks zwangsläufig zu Streikbrechern.

Die Arbeitgeber nutzen diese Tatsache aus und setzten bei Arbeitskonflikten allein 1924 fast 5.000 Streikbrecher ein. Sie bauten Mitte der 20er Jahre ihren Einfluss auf die bürgerlichen Regierungen kontinuierlich aus und forderten selbstsicher Lohnsenkungen. Die Anzahl ausgesperrter Arbeiter nahm weiter zu: 1925 waren bei Arbeitskonflikten 117.000 Arbeiter ausgesperrt worden, während nur 20.000 Arbeiter gestreikt hatten. Trotzdem konnten die Arbeitgeber ihre angestrebten Lohnsenkungen nicht durchsetzen.

Die bürgerlichen Regierungen sekundierten das aggressive Auftreten der Arbeitgeber und zwangen die Gewerkschaftsbewegung in die Defensive. Trotzdem konnten letztere vereinzelt konkrete Erfolge zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Arbeitern vorweisen. 1926 wurde auf Druck der Gewerkschaftsbewegung ein Gesetz von 1833 aufgehoben, welches Arbeitsverträge von Landarbeitern auf Jahresverträge begrenzt hatte. Zusätzlich wurde dabei das Recht von Hausherrn, Minderjährige zu beschäftigen, abgeschafft.²⁰²

Forderungen der Mitglieder, angesichts der aggressiven Strategie der Arbeitgeber in den 1920er Jahren, einen Generalstreik zu diskutieren, wurden von der Gewerkschaftsführung strikt abgelehnt, so dass der alte Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung, die klar für eine Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern eintrat, und Mitgliedern, die einen Generalstreik anstrebten, wieder häufiger offen zu Tage trat.

1926 versuchte die bürgerliche Regierung die soziale Lage zu beruhigen. Ihr Ziel war es, von oben herab – per Gesetz – für mehr Arbeitsfrieden zu sorgen. Da die Arbeitgeber einen weit größeren Einfluss auf die Regierung hatten als die Gewerkschaftsbewegung, war der bürgerliche Gesetzesvorschlag dementsprechend ausgestaltet. Die Debatte über dieses Gesetz wurde von beiden Seiten verbissen geführt und war eines der Hauptthemen des Reichstagswahlkampfes 1928. Drei Tage vor der Abstimmung im Reichstag hatten aus Protest gegen das Gesetz 365.000 Menschen ihre Arbeit nie-

202 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 58ff.

dergelegt; die bürgerliche Mehrheit stimmte das Gesetz dennoch durch: während der Laufzeit des Tarifvertrags waren die Tarifpartner verpflichtet, die Friedenspflicht einzuhalten und keine Streiks oder sonstigen Kampfmaßnahmen zu organisieren. Darüber hinaus wurde ein Arbeitsgerichtshof geschaffen, der bei Streitigkeiten über Vertragsauslegungen angerufen werden musste. Damit waren die zentralen Fragen im Verhältnis zwischen Kapital, Arbeit und Staat neu festgeschrieben.²⁰³

Zuspitzung der Konflikte

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Friedenspflicht verschärfte sich auch die Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten, die noch an Schärfe zunahm, nachdem sich die Kommunisten nach einigen Teilungen²⁰⁴ schließlich 1929 in die *sillénkommunisterna* und die *kilbomskommunisterna* (benannt nach ihren bekanntesten Persönlichkeiten) gespalten hatten. Den Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterparteien konnte die LO bis 1928 im Wesentlichen ausweichen. 1928 jedoch hatte die Kommunistische Gewerkschaftsinternationale die schwedischen Kommunisten aufgefordert, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, die entsprechend der Sozialfaschismustheorie der neue Hauptgegner sein sollten, zu intensivieren.²⁰⁵ Die LO stellte daraufhin den *gruvindustriarbetareförbundet* (Grubenindustriearbeitergewerkschaft) vor die Wahl, seine praktizierte Zusammenarbeit mit einer sowjetischen Grubenarbeitergewerkschaft zu beenden oder die LO zu verlassen.²⁰⁶ Eine knappe Mehrheit der Gewerkschaftsführung sowie die

203 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 58ff; Forsebäck a. a. O. S. 12ff; Simonson a. a. O. S. 43ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 334ff.

204 Zur Spaltung 1924 siehe: Bernt Kennerström, *SKP 1924: Hur man förbereder en partisprängning*, in: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, Nr 9-10, Lund 1976, S. 68ff., Lars Björnin, *Röd skandinavism i Komintern, SKPs kris och splittring 1924*, in: Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 69, Stockholm 1994, S. 18ff.

205 Zu Kommunismus und Antikommunismus in Schweden ab 1929 siehe: Yvonne Hirdman, „Sovjetunionen fortsätter sin fasta fredspolitik“, *SKP under andra världskriget första fas 1939/40, Kommunismen och antikommunismen 1929-1945*, in: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 24-25, Stockholm 1982/83, S. 59ff.

206 Eine Darstellung der Ereignisse vom kommunistischen Standpunkt aus findet sich bei: Ursula Schmiederer, *Spontanität und Massenaktion im „Wohlfahrtsstaat“*, *Die schwedischen Streiks im Winter 1969/70*, Frankfurt/Main 1970, S. 45ff. Es handelt sich hierbei um eine

klare Mehrheit der Mitglieder beschloss in der LO zu bleiben.²⁰⁷

Nach den intensiven Auseinandersetzungen im Sommer 1928 um die Einrichtung eines Arbeitsgerichtshofes war – das erkannte auch die bürgerliche Regierung unter Arvid Lindmann – das Problem des sozialen Friedens noch immer ungelöst. Die Regierung lud daraufhin zu einer *arbetsfredskonferens* (Arbeitsfriedenskonferenz) Ende November ein, um das Verhältnis der Tarifparteien untereinander zu verbessern und den Fokus der Auseinandersetzung auf nötige Rationalisierungen, Gewinnbeteiligung und industrielle Demokratie zu richten. Zur Überraschung vieler sagten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführung zu, an der Konferenz, auf der ein Arbeitsfriedenskomitee eingerichtet wurde, teilzunehmen. Die Einrichtung des Komitees blieb allerdings folgenlos: Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Einzelgewerkschaften hatten sich in Folge der Weltwirtschaftskrise weiter verschärft; die Tragödie von Ådalen sollte später das Ende des Arbeitsfriedenskomitees endgültig besiegeln.²⁰⁸

Konnte sich Anfang der 1920er Jahre die Gewerkschaftsführung mit ihrer auf Verhandlung setzenden Strategie noch durchsetzen, gelang dies im Laufe der konfliktreichen zweiten Hälfte der 20er Jahre immer weniger. Die Wirtschaftskrisen verschärften die Klassenauseinandersetzungen immer weiter und destabilisierten auch die bürgerliche Regierung, als die Folgen des Zusammenbruchs des Welthandels nach dem großen Crash an der Wall Street (1929) auch Schweden erreichte. In Schweden war eines der prominentesten Opfer das Finanzimperium Kreuger und Toll. Der Zusammenbruch des Finanzimperiums führte u. a. zum Selbstmord von dessen Eigentümer Ivar Kreuger in Paris 1932 sowie zum Rücktritt der Regierung Carl Gustav Ekman im selben Jahr, nachdem bekannt geworden war, dass Ekman von Ivar Kreuger Geld angenommen hatte.²⁰⁹

Die ideologische Auseinandersetzung um die Ursache der Wirtschaftskrise zwischen Regierung und Arbeitgebern auf der einen und Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie auf der anderen Seite hatte sich immer weiter zugespitzt. Die Regierung setzte zusammen mit den Arbeitgebern

Übersetzung einer schwedischen Broschüre zum LKAB-Konflikt von 1970.

207 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 62ff.

208 Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 64ff.

209 Vgl. Roger Johansson, *Kampen om historien. Ådalen 1931. Sociala konflikter, historiemedvetande och historiebruk 1931-2000*, Stockholm 2001, S. 23.

auf Lohnsenkungen, um die Folgen der Wirtschaftskrise durch eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit zu bekämpfen. Die Fokussierung auf Lohnsenkungen und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sollte die aggressive Vorgehensweise der Arbeitgeber (durch Aussperrungen und den Einsatz von Streikbrechern) und der Regierung (Gesetze zur Friedenspflicht sowie Einsatz der Polizei und des Militärs gegen die Arbeiter) rechtfertigen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften analysierten die Wirtschaftskrise als eine Unterkonsumtionskrise und konnten ihren Kampf gegen Lohnsenkungen somit als eine gesamtgesellschaftliche Alternative zum Sparprogramm der Gegenseite darstellen.

Der Rücktritt Ekmans war der Schlusspunkt einer ganzen Reihe von chaotischen bürgerlichen Regierungen in den 1920er Jahren. Die große Bedeutung, die den Schüssen von Ådalen später zugewiesen wurde, liegt nicht zuletzt in der Gegenüberstellung dieser chaotischen Jahre bürgerlicher Regierungen – die Tragödie von Ådalen wird dabei als Tiefpunkt bürgerlichen Regierungshandelns dargestellt – mit der Ruhe und Geborgenheit des schwedischen Volksheims, dessen Beginn auf die Regierungsbildung Per Albin Hanssons 1932 datiert wird.²¹⁰

Svenska folkhem als Vision

Nach der verheerenden Niederlage im *storstrejk 1909* mussten sich Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie neu orientieren. Zunächst war der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht das bestimmende Thema, doch je mehr Erfolge die Gewerkschaftsbewegung vorweisen konnte und je mehr Mitglieder sie hinzugewann, desto aggressiver führten die Arbeitgeber – flankiert von bürgerlichen Regierungen – die Klassenauseinandersetzung. Die sozialdemokratische Parteiführung und die Gewerkschaftsführung setzten angesichts dieser auf Konfrontation, Konflikt und Provokation ausgerichteten Strategie der Arbeitgeber dennoch weiter auf Verhandlungen und Reformen. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterparteien wurden durch die Spaltung der Sozialdemokratie und die Gründung der Kommunisten zusätzlich angeheizt. In dieser politisch spannungsreichen Situation war die sozialdemokratische Vision eines *svenska folkhem* (schwedischen Volksheims), für das die Sozialdemokratie ab 1928

²¹⁰ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 23f.

warb und hinter dem sich weite Teile der Gesellschaft vereinen sollten, nicht umsetzbar. Zudem erhöhten die Folgen der Wirtschaftskrise die sozialen Spannungen in der Gesellschaft weiter.

Die Ereignisse der 1920er Jahre zeigen, dass die Kampfzeit der schwedischen Gewerkschaftsbewegung mitnichten vorbei war: weder konnte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts die politischen Auseinandersetzungen beruhigen, noch konnte die Einführung der gesetzlichen Friedenspflicht sowie die Einrichtung eines Arbeitsgerichtshofes den Arbeitsfrieden erzwingen.

2.2 Die Tragödie von Ådalen 1931

Die Geschehnisse in Ådalen²¹¹ im Mai 1931 – die Tragödie von Ådalen – sollten prägend für die Entwicklung der schwedischen Gesellschaft werden. Ausgehend von der Tragödie von Ådalen 1931 entwickelte sich „Ådalen 1931“²¹² zu einem wiederkehrenden Motiv, dessen Bedeutung über eine bloße Gedenkkultur²¹³ hinausgeht.

Die Tragödie von Ådalen 1931 markiert den Übergang von der alten zur neuen Ordnung: sie lässt die Zeit vor der Tragödie als Zeit des Chaos,

211 Ådalen ist keine Stadt, sondern ein Gebiet in der schwedischen Region Västernorrland.

Zur besseren Verständlichkeit wurde, soweit möglich, auf eine genaue Benennung der einzelnen Städte und Dörfer wie Kramfors, Frånö etc., verzichtet.

212 Ausgangspunkt hierfür ist der Film *Ådalen 31* von Bo Widerberg von 1969, welcher zu einer kulturellen und gesellschaftlichen Wiederbelebung der Ådalen-Thematik in den 1970ern führte. Zur Analyse des Films siehe Roger Johansson, *Ådalen 31, Folkhemsromantik eller revolutionär film?* in: *Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Nr. 98-99, Stockholm 2001, S. 44ff., sowie ders., *Dokumentärfilmen som politiskt vapen, Tre filmer – tre bilder av Ådalen 1931*, in: *Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Nr. 93-94, Stockholm 2000, S. 10ff., zur reformistischen Tradition der *svenska folkhem*-Filme siehe auch Eva Blomberg, *Samhällets fiender*, Stockholm 1993, S. 34ff.

213 Anlässlich des 50. Jahrestages der Tragödie von Ådalen wurde, zusätzlich zum bereits bestehenden Denkmal am Grab der Opfer auf dem Friedhof in Kramfors, am Ort der Todesschüsse ein weiteres Denkmal errichtet; vgl. weiterführend die dazu erschienene Aufsatzsammlung: o. A., *Ådalen – 31, Bilderna som berättar hur fem arbetare skjöts ihjäl*, Nya Norrland, Minnesnummer, maj 1981. Die Linkspartei gab ebenfalls eine Aufsatzsammlung dazu heraus, siehe: o. A., *Ådalen – 50 år efteråt, Vänsterpartiet kommunisterna maj 1981*. Der 50. Jahrestag markierte zudem das erste gemeinsame Gedenken von Sozialdemokraten und Kommunisten an die Tragödie. Vertiefend dazu siehe: Philip Johnsson, *„Svart 50-årsminne i röd bygd: Ådalen 31“*, in: *Aktuellt i politiken*, Nr. 9, Stockholm 1981.

der Gesetzlosigkeit („Anarchie“) der Arbeitskonflikte und eines gewalttätigen Staates erscheinen und verbindet mit der Zeit nach der Tragödie die Mahnung und das Versprechen die materiellen und politischen Umstände, die zur Tragödie geführt hatten, für immer hinter sich zu lassen. Damit ist die Tragödie von Ådalen 1931 das Schlüsselereignis für das Verständnis der schwedischen politischen Kultur und zugleich der Pfadbeginn des Schwedischen Modells.

Zur Quellenlage

Das heutige Standardwerk zur Tragödie von Ådalen 1931 ist die Dissertation von Roger Johansson.²¹⁴ Wegen der grundlegenden politischen Bedeutung der Geschehnisse in Ådalen 1931 prägten konkurrierende Sichtweisen von Anfang an die Dokumentation der Ereignisse, wie sie in der politischen Presse der Zeit wiedergegeben wurden.²¹⁵ Daneben sind insbesondere die ebenfalls konkurrierenden Berichte der Untersuchungskommissionen von Bedeutung.²¹⁶ Auf Grund dieser hoch politisierten Ausgangslage wurde die Ådalen-Forschung lange Zeit von der Suche nach den Fakten bestimmt. Die Vorgeschichte zu Ådalen wurde erforscht von Eric Sjöqvist.²¹⁷ Die erste systematische Darstellung, die dem kommunistischen Lager zuzurechnen ist, findet sich bei Fritjof Lager.²¹⁸ 1968 schrieb Birger Norman ein Reportagebuch,²¹⁹ welches auf investigativjournalistischen Befragungen mit Beteiligten beruht, die er auf Grundlage von und kontrastierend zu den Angaben in den Berichten der Untersuchungskommissionen aufarbeitet.

214 Roger Johansson, *Kampen om historien. Ådalen 1931. Sociala konflikter, historiemedvetande och historiebuk 1931-2000*, Stockholm 2001.

215 Zu den verschiedenen Sichtweisen, wie sie sich in den politischen Presseorganen, insb. fackföreningsrörelsen (LO), social-demokraten (SAP) und ny dag (SKP) abbilden, s. u. Kap. 2.2/Ein politischer Streik... und Kap. 2.4/Ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis...; für eine Analyse der Sichtweisen siehe Kap. 2.3.

216 Der Bericht der staatlichen Untersuchungskommission ist veröffentlicht unter dem Titel: *Berättelse avgiven av den av Kungl. Maj:t tillsatta kommissionen för undersökning rörande oroligheterna i Gudmundrå m.fl. kommuner av Västernorrlands län, maj 1931, Ådalskommissionens berättelse*, Stockholm 1931. Der Bericht der sozialdemokratischen Untersuchungskommission findet sich in: Sveriges socialdemokratiska arbetarparti, *Verksamhetsberättelse för 1931*, Stockholm 1932.

217 Eric Sjöqvist, *Det Röda Ådalen växer fram*, Härnösand 1996.

218 Fritjof Lager, *Ådalen 1931*, Stockholm 1969².

219 Birger Norman, *Ådalen 31, En berättelse*, Stockholm 1968.

Normans Buch war lange Zeit das Standardwerk zur Tragödie von Ådalen 1931; auch Bo Widerbergs Film Ådalen 31 basiert auf diesem Buch.

In der deutschen Wohlfahrtsstaatsforschung wird die Bedeutung der Tragödie von Ådalen dramatisch unterbewertet. Als Beispiel kann hier die Habilitationsschrift von Bernd Henningsen dienen,²²⁰ der das Stichwort Ådalen lediglich an zwei Stellen kurz erwähnt. Dabei verbindet er Ådalen zum einen mit dem sozialstaatlichen Sicherheitsgedanken,²²¹ zum anderen beschreibt er Ådalen als „mythisch verklärtes Ereignis im schwedischen Selbstverständnis“, welches „zum Begriff“²²² geworden sei. Er stellt Ådalen in eine Reihe mit dem storstrejk 1909 und dem storkonflikt 1980,²²³ ohne jedoch weiter darauf einzugehen.

Streikbrecher und Rauchgranaten des Militär

Seit dem 4. Oktober 1930 hatten die Arbeiter des *pappersindustriarbetareförbund* (Papierindustriarbeitergewerkschaft) in der Sulfat-Fabrik *Marmaverk* im Hafen von Vallvik gestreikt. Um die durch den Streik blockierten Papiermassen zu verladen, engagierte die *Söderhamns Stuveriaktiebolag* (Söderhamns Verladefirma AG) im Januar 1931 Streikbrecher. Daraufhin beschloss der *pappersindustriarbetareförbund* Sympathiestreiks: zunächst am 13. Januar beim Graninge-Konzern in Sandviken und Utansjö, am 19. Januar auf Beschluss des *pappers- och sågverksindustriarbetareförbund* (Papier- und Sägewerksindustriarbeitergewerkschaft) auch an allen übrigen Standorten des Marma-Langrör-Konzerns (in beiden Konzernen besaß dieselbe Familie die Aktienmehrheit).²²⁴

Obwohl ein örtlicher Fabrikdirektor vor der Reaktion der Arbeiter gewarnt hatte, beschloss am 18. Februar das *Sûrtaxkommittén* (Sûrtax-Komitee) – ein Komitee, das vom Arbeitgeberverband SAF zur Verteilung von Streikbrechern eingesetzt worden war²²⁵ – den Einsatz weiterer Streikbrecher in

220 Bernd Henningsen, *Der Wohlfahrtsstaat Schweden*, Baden-Baden, 1986.

221 Vgl. ebd. S. 94.

222 Ebd. S. 318.

223 Vgl. ebd. S. 318.

224 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 63.

225 Zum *Sûrtaxkommitté* und seiner Verbindung zur SAF siehe: Ingvar Flink, *Strejkbryteriet och arbetets frihet, En studie av svensk arbetsmarknad fram till 1938*, Uppsala 1978, S. 140ff.

Ådalen.²²⁶

Die Streikbrecher kamen am 12. Mai an und wurden am 13. Mai zum Hafen in Ådalen gebracht, um dort den Dampfer Milos zu beladen. Nach Angabe des *landsfogde*²²⁷ Pählman waren die Streikbrecher teilweise unter falschem Namen angemeldet, bewaffnet und ließen sich ihre Waffen – mit Verweis auf die SAF als ihren Auftraggeber – auch nicht abnehmen.²²⁸ Die Arbeiten der Streikbrecher wurden kurz darauf von zwei Demonstrationszügen gestoppt. Drei Streikbrecher wurden am Kran des Dampfers in die Höhe gezogen, die anderen verjagt. Auf einem der beiden Demonstrationzüge hat der allseits bekannte Sillénkommunist Axel Nordström gesprochen.²²⁹

Als Reaktion auf die Vertreibung der Streikbrecher vom Dampfer Milos wurden 40 Infanteristen vom Västernorrlands Regiment aus Sollefteå unter dem Befehl von Hauptmann Mesterton und 20 berittene Soldaten nach Ådalen beordert; sie kamen am Abend des 13. Mai 1931 am Bahnhof an.

Als die neu angekommenen Militärs bei der Verladefirma einquartiert wurden, sammelte sich die lokale Bevölkerung und demonstrierte mit Steinwürfen gegen die Stationierung des Militärs. Der *landsfogde* Pählman ließ die Soldaten mit Rauchgranaten gegen die Demonstranten vorgehen. Durch herumfliegende Phosphorflammen erlitten einige Demonstranten Brandwunden und das nächstgelegene Haus fing Feuer. Zwei der verwundeten Demonstranten traten am nächsten Tag bei der Versammlung im *Frånö folkets park* (Volkspark Frånö) auf; hier wurde die Demonstration, die zur Tragödie von Ådalen geführt hat, beschlossen.²³⁰

Das Vorgehen der Demonstranten gegen die Streikbrecher auf dem Dampfer Milos sowie das gewaltsame Vorgehen gegen die lokale Bevölkerung,

226 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 64.

227 Der *landsfogde* war der Chef der Polizei und zugleich der Staatsanwalt eines *län* (Provinz/Verwaltungsbezirk).

228 Zur Aussage des *landsfogde* über die Bewaffnung der Streikbrecher siehe: *Veckans perspektiv*, in: Fackföreningsrörelsen Nr. 34, 1931.

229 Mehrere Kommunisten, darunter auch Nordström, wurden im Nachgang der Geschehnisse verurteilt, vgl. dazu bspw. den Bericht in *Arbetet* über die Verurteilung Nordströms: *Arbetet* 25. Juli 1931. Allgemein zu den Urteilen gegen die Kommunisten siehe: Ragnar Casparsson, *LO under fem årtionden, andra delen*, Stockholm 1948, S. 248f. Die Forschungen Normans ergaben, dass Nordström in Wirklichkeit verhinderte, dass noch Schlimmeres passiert, anstatt die Menge anzuheizen, vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 64.

230 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 67.

die gegen die Stationierung der Soldaten protestiert hatte, bekamen – sowohl für die unmittelbare Lage vor Ort, als auch für den späteren Verlauf – eine wichtige Bedeutung. Als unmittelbare Folge dieser beiden Ereignisse heizte sich die Stimmung auf beiden Seiten auf. Die Soldaten glaubten, systematisch bekämpft zu werden, und gingen zudem davon aus, dass nach den Ereignissen auf dem Dampfer Milos die lokalen Ordnungsmächte nicht mehr in der Lage wären, die Bevölkerung (insbesondere die Streikbrecher) zu schützen. In der späteren politischen Auseinandersetzung wurde von der bürgerlichen Presse stets auf die Vorkommnisse auf dem Dampfer verwiesen, um die Gewaltbereitschaft der Demonstranten zu belegen. Die Kommunisten wiederum verwiesen auf das Vorgehen des Militärs, um zu belegen, dass das Militär nach Ådalen geschickt worden war, um von vornherein mit Gewalt gegen die Arbeiter vorzugehen; somit sei die Tragödie des nächsten Tages kein Versehen gewesen.

Die Toten von Ådalen

Die Führung des *hamnarbetareförbund* (Hafenarbeitergewerkschaft) hatte durch Annoncen in den Zeitungen *nya norrland* (Neues Norrland) sowie *västernorrlands allehanda* (Västernorrlands Allerlei) alle Arbeiter Ådalens ins *Frånö folks hus* (Haus des Volkes Frånö) am 14. Mai 1931 geladen.²³¹ Dieser Tag, Christi Himmelfahrt, war ein arbeitsfreier Feiertag und wohl auch deswegen war die Resonanz auf den Aufruf so groß.²³² Dem Aufruf der kleinen Hafenarbeitergewerkschaft folgten so viele Arbeiter, dass man in den nahegelegenen *folkets park* ausweichen musste. Die Gewerkschaftsführung hatte eigentlich beabsichtigt, eine Demonstration für den nachfolgenden Sonntag zu beschließen, doch direkt nachdem der Vorsitzende des *hamnarbetareförbundet* die Anwesenden begrüßt und den Anlaß des Treffens erläutert hatte, bat Axel Nordström sprechen zu dürfen. Nordström schlug vor, als Reaktion auf das Vorgehen des Militärs einen ganz Ådalen umfassenden Streik zu beginnen. Aus den Reihen der Teilnehmer war daraufhin der Vorschlag zu vernehmen, man solle jetzt sofort in einem Demonstrationszug zum Hafen ziehen, was dann auch beschlossen wurde.²³³

²³¹ Vgl. ebd.

²³² Vgl. ebd. S. 64.

²³³ Vgl. ebd. S. 68.

Kurz vor 14 Uhr setzte sich der zwei Kilometer lange Demonstrationszug – begleitet von einer Fahne des *pappersindustriarbetareförbund*, dem *socialdemokratiska ungdomsklubben* (Sozialdemokratischer Jugendklub) sowie einem Blasorchester – in Bewegung. Der Demonstrationszug sollte hinunter bis zu den Dampfbootbrücken am Hafen gehen und denselben Weg zurück nehmen.

Als der Demonstrationszug den Hafen erreicht hatte, stand der *landsfogde* gerade am Telefon und bekam von seinem Vorgesetzten die Anweisung, den Demonstranten mitzuteilen, alle Arbeiten von Streikbrechern würden für die nächsten zwei Tage eingestellt (obwohl der liberale Staatsminister Ekman sowie von Sydow, der Geschäftsführende Direktor der SAF, die Einstellung der Arbeiten der Streikbrecher abgelehnt hatte). Diese Nachricht erreichte die Demonstranten nicht.

Kurz vor 15 Uhr stoppte eine Reiterpatrouille – angeführt von Leutnant Beckman und Sergeant Rask – den Demonstrationszug. Die Demonstranten bestanden auf ihr Recht, die Straße benutzen zu dürfen. Bei einem daraufhin entstandenen Handgemenge und einigen Steinwürfen auf die berittenen Soldaten fiel Sergeant Rask vom Pferd, woraufhin der Sergeant und der Leutnant insgesamt 12-13 Pistolenschüsse auf die Demonstranten abgaben und sich zurückzogen. Kapitän Mesterton, der dahinter stand, warnte die Demonstranten, dass scharf geschossen werde, sollte die Demonstration nicht anhalten, und feuerte vier Schüsse mit seiner Pistole ab; drei Demonstranten gingen verletzt zu Boden.²³⁴

Das darauf entstandene Chaos lässt sich nicht vollständig rekonstruieren. Die Demonstranten hatten wohl geglaubt, es handle sich um Warnschüsse und waren weitergegangen. Kapitän Mesterton glaubte, sie wollten seine Stellung überrennen und gab daraufhin den Schießbefehl. Das Orchester spielte noch als die Gewehrsalven losgingen. Die Soldaten schossen nicht nur auf die Demonstranten, sondern auch auf die umliegenden Häuser. Viktor Eriksson hatte etwa 500 Personen vor sich im Demonstrationszug, als er tödlich getroffen wurde. Erst als Tore Andersson – einer der Arbeiter im Orchester, das den Demonstrationszug begleitete – daraufhin instinktiv das Signal „Feuer einstellen“ blies, hörte der Kugelhagel auf. Tore Andersson hatte damit wohl weiteres Blutvergießen verhindert. Als die Gewehre

²³⁴ Vgl. ebd. S. 68f.

verstummt, waren fünf Personen tot; darunter auch Eira Söderberg, die ihre Verwandten besucht hatte und vor das Haus getreten war, um besser sehen zu können.²³⁵

Am nächsten Tag forderte der *landsfogde* – mit Verweis auf eine revolutionäre Stimmung unter den Arbeitern – Verstärkung an und befahl, die Streikbrecher heimlich nach Stockholm zu bringen. Später tauchte der Wortführer des Kommunalparlamentes, der Sozialdemokrat Enar Berglund, beim *landsfogde* auf und forderte ebenso, dass die Streikbrecher fortgeschickt werden sollten. Außerdem teilte er dem *landsfogde* mit, auf dem Weg zu einem Treffen aller lokalen Gewerkschaftsorganisationen zu sein, wo beschlossen werden würde, das Militär fortzuschicken und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung selbst in die Hand zu nehmen.²³⁶

Die Sozialdemokratie versucht die Lage zu beruhigen

Eine polizeiliche Untersuchung der Schüsse vom 14. Mai hat es nie gegeben. Stattdessen wurde von der Regierung Ekman eine Kommission eingesetzt, deren Bericht die offizielle Darstellung der Tragödie von Ådalen wurde.²³⁷

Am Tag nach den Schüssen fanden mehrere gemeinsame Treffen vom geschäftsführenden Ausschuss des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dem Vertrauensrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und – für die Gewerkschaftsorganisationen – dem geschäftsführenden Ausschuss der LO statt. Eine eigene Untersuchungskommission zur Tragödie in Ådalen, bestehend aus drei Linkssozialisten, wurde eingesetzt. Die Kommission bestand aus dem Anwalt Georg Branting²³⁸ sowie den Reichstagsmitgliedern

235 Vgl. ebd. S. 69f. Eine Karte des Dorfes Lunde, in dem die Schüsse fielen, mit Markierungen, wo sich die Militärs und die getöteten Demonstranten befanden, ist abgedruckt in: ebd. S. 80. Am Ort des Geschehens markieren heute verschiedene Gedenktafeln mit Erläuterungen die genauen Stellen am Hafen von Lunde.

236 Vgl. ebd. S. 70.

237 Vgl. zusammenfassend zum Bericht: ebd. S. 72ff. Eine kritische Besprechung des Berichts der Regierungskommission durch die Gewerkschaftspresse findet sich in: Fackföreningsrörelsen Nr. 31, vom 31. Juni 1931; die kommunistische Presse zum Bericht: Ny Dag, Huvudorgan för Sveriges Kommunistiska Parti, vom 22. Juni 1931.

238 Auch in späterer Zeit wurde dem aufklärenden Wirken Brantings im Zusammenhang mit der Tragödie von Ådalen politische Bedeutung beigemessen, als Beispiel vgl. Peters 1975 a. a. O. S. 108ff., der schreibt, dass Georg Branting (Sohn des „SAP-Parteigründers“ Hjalmar Branting) die „Wahrheit“ über Ådalen verbreitet habe.

Ivar Vennerström und Helmer Molander.²³⁹

Neben dem Einsetzen ihrer eigenen Untersuchungskommission verständigten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung auch auf eine gemeinsame Strategie, die Ivar Vennerström dann in der I. Kammer und Per Albin Hansson in der II. Kammer des Parlaments vertraten. Die Debatte in der I. Kammer verlief ruhig. Vennerström forderte den sofortigen Abzug des Militärs, aller Polizisten und Streikbrecher aus Ådalen und unterrichtete die Kammer von der Einsetzung der sozialdemokratischen Untersuchungskommission. Staatsminister Ekman antwortete, dass die Regierung beschlossen habe, ebenfalls eine Kommission einzusetzen und das Militär aus Ådalen abzuziehen, sobald sich die Lage dort beruhigt habe. In der II. Kammer, in der Per Albin Hansson die Position von LO und SAP vortrug, gab es eine intensive Debatte, in der neben Hansson auch die Kommunisten das Wort ergriffen. Letztere verurteilten das Vorgehen des Militärs und der Regierung als geplanten Anschlag auf die Arbeiter. Per Albin Hansson hingegen sah davon ab, eine klare Schuldzuweisung an die Regierung Ekman auszusprechen, forderte nicht den sofortigen Rücktritt der Regierung und verwies stattdessen auf die von Sozialdemokraten und LO beauftragte eigene Untersuchungskommission.²⁴⁰

Sozialdemokratie und LO inszenierten sich als diejenigen, die für Ruhe und Ordnung sowie eine gerechte Behandlung der Arbeiter in Ådalen eintraten.²⁴¹

²³⁹ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 56f.

²⁴⁰ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 88f. Zum Bericht über die Debatten in der I. und II. Kammer des Reichstages siehe: *Ådalsskotten ge eko i riksdagens kamrar, Upprörda debatter, Klok myndighet hade ej skickat militär* (Schüsse von Ådalen rufen ein Echo in den Kammern des Reichstages hervor, Aufgeregte Debatten, Ein kluge (Staats)macht hätte kein Militär geschickt), in: Social-Demokraten 16. Mai 1931, S. 6-7.

²⁴¹ Vgl. dazu die gemeinsame Stellungnahme von LO und SAP: Edvard Johanson / Per Albin Hansson / Gustav Möller, *Opartistisk undersökning kräves av arbetarpartiet och landsorganisationen, Mot militärt oförstånd och kommunistisk provokation, för lugn avveckling, Blodsskulden bör klarläggas och onutlig bestraffning ske* (Unparteiische Untersuchung verlangt von Arbeiterpartei und LO, Gegen militärischen Unverstand und kommunistische Provokation, für eine ruhige Abwicklung, Die Blutschuld muss offengelegt werden und unbestechliche Bestrafung stattfinden), in: Social-Demokraten 16. Mai 1931, S. 4; sowie – als *Händelserna i Ådalen, Till arbetarorganisationerna och deras medlemmar* (Geschehnisse in Ådalen, An die Arbeiterorganisationen und deren Mitglieder), in: Fackföreningsrörelsen Nr. 21, 1931. Die Stellungnahme wird dort ergänzt durch eine Aufforderung des LO-Vorsitzenden Edvard Johanson an die Mitglieder der LO, sich an den von mehreren Einzelgewerkschaften

Ein politischer Streik beginnt: Das Militär muss fort!

Mehrere hunderttausend Personen nahmen als Reaktion auf die tödlichen Schüsse des Militärs in Ådalen an Streiks und Protesten im ganzen Land teil.²⁴² Alle Arbeiter Ådalens hatten die Arbeit niedergelegt; erst am 26. Mai wurde in Ådalen wieder regulär gearbeitet.

Die Zeitung *ny dag* veröffentlichte schon am 15. Mai 1931, dem Tag nach der Tragödie von Ådalen, ein Manifest, das zu Proteststreiks im ganzen Land gegen die Arbeitermorde von Ådalen aufrief.²⁴³ Die Bauarbeiter Stockholms gehörten zu den ersten, die schon am Morgen des 15. Mai streikten.²⁴⁴ Die Hauptforderung der meisten Streiks und Demonstrationen am Tag nach den Schüssen bestand im Abzug des Militärs und der Streikbrecher. In einigen Gebieten – bspw. in Söderhamn – legten für diese Forderung alle Arbeiter die Arbeit nieder, und in Kiruna blieben sogar die Schulen geschlossen.²⁴⁵

Am Abend des 15. Mai willigte der *landshövding*²⁴⁶ Stenström schließlich in die Hauptforderung der Streikenden ein: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden das Militär und alle Polizisten aus Ådalen verlegt.²⁴⁷ Daraufhin wurden viele Streiks beendet. Allerdings folgten nicht alle der Aufforderung ihrer Gewerkschaftsführung, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Führung des Typographenverbandes wollte bspw. den Streik der Typographen in Hudiksvall beenden, die Arbeiter folgten dieser Aufforderung jedoch nicht. Das Problem für die lokale Gewerkschaftsführung des Typographenverbandes bestand nun darin, dass sie sich einerseits offiziell gegen einen Streik aussprechen musste, um nicht des Typographenverbandes verwiesen zu werden und keine Abkommen zu brechen, andererseits

geforderten ganztägigen Arbeitsniederlegungen am Tag des Begräbnisses der Opfer von Ådalen nicht zu beteiligen, sondern stattdessen um 12 Uhr die Arbeit für fünf Minuten niederzulegen; siehe Edvard Johanson, *Till landsorganisationens medlemmar* (An die Mitglieder der LO), in: Fackföreningsrörelsen Nr. 21, 1931.

242 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 24.

243 *Till Sverges arbetare*, (An Schwedens Arbeiter) in: *Ny Dag*, Huvudorgan för Sverges Kommunistiska Parti, 15. Mai 1931, S. 2.

244 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 91.

245 Vgl. ebd. S. 87.

246 Der *landshövding* war der Repräsentant eines *län*; seine Aufgaben waren zugleich hoheitlich und präsidial.

247 Vgl. ebd. S. 70ff.

ihre Mitglieder aber auch nicht zurück zur Arbeit zwingen wollte oder konnte. Um diesem Dilemma zu entgehen, überließ man die Streikleitung in Hudiksvall Sympathisanten der Kommunisten sowie Parteilosern.²⁴⁸

Als die ersten Mitteilungen über Arbeitsniederlegungen in den Gewerkschaftszentralen eintrafen, wurde beschlossen, keine finanzielle Unterstützung für die Streikenden bereitzustellen. Die lokalen Gewerkschaftsorganisationen wurden daraufhin aufgefordert, die Streiks zu beenden. Dennoch wurde vielerorts – wie in Hudiksvall – auch weiterhin gegen den Willen der Gewerkschaftsführung gestreikt.²⁴⁹ Die sozialdemokratische Parteiführung und die LO-Führung hatten sich klar gegen jegliche Generalstreiksforforderungen positioniert, doch die Veröffentlichung des Manifestes in *ny dag* und die gegen den Willen der Gewerkschaftsführung stattfindenden Streiks zeigten, dass es auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine zweite Fraktion gab, die für politische Streiks eintrat und so ein anderes Bild der Tragödie von Ådalen zeichnete. Dieses andere Bild lässt sich anhand der Berichterstattung der Zeitung *social-demokraten* darstellen:

Auf Seiten der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Presseorgane war die Redaktion des *social-demokraten* wohl am besten informiert. Augenzeugen wurden wiedergegeben und so das Bild geprägt, der unzeitgemäße Einsatz des Militärs zum Schutze von Streikbrechern sowie die Konfrontationspolitik der Arbeitgeber habe zur Tragödie von Ådalen geführt. Die Darstellung im *social-demokraten* griff die Arbeitgeber und das Militär schärfer an, als es die Partei- und Gewerkschaftsführung taten. Zu direkten Aktionen gegen die Regierung Ekman – insbesondere die Kommunisten forderten deren sofortigen Rücktritt – hat die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Presse indes nicht aufgerufen. Im Gegensatz zur Auseinandersetzung um die Friedenspflicht und den Arbeitsgerichtshof 1928 wurde die Regierung nicht direkt angegangen. In diesem Punkt folgte man der Strategie, die LO- und Partei-Führung am Tag nach der Tragödie vereinbart hatten: die Kritik richtete sich vor allem gegen das Militär und die Arbeitgeber.²⁵⁰

248 Vgl. ebd. S. 105f.

249 Vgl. ebd. S. 91.

250 Siehe dazu: *Utskickad militär beskjuet fredligt demonstrationståg, Gasbomber mot massan öka dramats ohygglighet, Ansvarret måste utkrävas* (Ausgeschicktes Militär beschießt friedlichen Demonstrationszug, Gasbomben gegen die Masse erhöht die Gräuel des Dramas, Verant-

Die Berichterstattung des *social-demokraten* war somit mehr auf Konflikt ausgerichtet als die der Gewerkschafts- und Parteiführung (wenn auch weniger radikal als die Position der Kommunisten). Diese mittlere Position ermöglichte, dass die – maßgeblich vom *social-demokraten* einberufene – Demonstration in Stockholm am 15. Mai gegen den Einsatz von Streikbrechern und das Vorgehen des Militärs zur größten Kundgebung anlässlich der Tragödie von Ådalen wurde. Insbesondere die Rede des Linksozialdemokraten Arthur Engberg, am Tag darauf auch im *social-demokraten* wiedergegeben,²⁵¹ wurde nachfolgend im gesamten Land aufgegriffen. Engberg griff – deutlicher als die Führungen von LO und Partei – das Militär an, das versuche die Arbeiterklasse zurückzudrängen sowie die Organisationen der Arbeiter zu zerschlagen, weil diese das kapitalistische System in Frage stellten.²⁵² Durch die Rede Engbergs, flankiert von einer Resolution im *social-demokraten*,²⁵³ entstand so eine zweite Deutung der Tragödie von Ådalen – konkurrierend zu der, die SAP- und LO-Führung verbreitet hatten. In dieser Version wurden die Vorkommnisse auf dem Dampfer Milos, das Vorgehen des Militärs mit Rauchgranaten gegen die Anwohner nach Ankunft des Militärs in Ådalen, die den Schüssen auf den Demonstrationszug am 14. Mai vorausgegangen waren, nicht länger verschwiegen. Die Schuld für die Tragödie wurde der Regierung sowie den Arbeitgebern zugewiesen. Der Angriffspunkt der Kritik bestand hauptsächlich darin, dass die Ursache der Tragödie im kapitalistischen und militaristischen System zu finden sei.²⁵⁴

Reaktionen links der Sozialdemokratie

Die syndikalistische SAC hatte in einer ersten Reaktion auf die Schüsse, neben dem Abzug des Militärs und der Streikbrecher, auch einen Generalstreik gefordert. Nachdem die ersten beiden Forderungen erfüllt waren,

wortlichkeit muss herausgefordert werden), in: *Social-Demokraten* 15. Mai 1931, S. 1, 14; vgl. auch Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 89f.

251 *Demokratin skall krossa våldets brutala system, Tre talare i elden vid protestdemonstrationen* (Die Demokratie wird das brutale System der Gewalt durchkreuzen, Drei flammende Redner auf der Protestdemonstration), in: *Social-Demokraten* 16. Mai 1931, S. 10-11.

252 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 93.

253 *Stockholmsdemonstrationens resolution*, in: *Social-Demokraten* 16. Mai 1931, S. 2.

254 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 93f.

gab die SAC die Forderung nach einem unmittelbaren Generalstreik sofort am 16. Mai wieder auf.²⁵⁵

Die *kilbomskommunisterna* haben sich zu Ådalen inhaltlich wie die Syndikalisten und die Redaktion des *social-demokraten* positioniert, auch wenn sie in ihren Veröffentlichungen den Anschein erweckten, die Lage vor Ort in Ådalen zu kontrollieren. Ansonsten unterschieden sich ihre Stellungnahmen von denen des *social-demokraten* in erster Linie durch ihre scharfe Abgrenzung von und ihre Angriffe auf die *sillénkommunisterna*.²⁵⁶

Die *sillénkommunisterna* – sie hatten nach der Spaltung der Kommunistischen Partei 1929 die Kontrolle über die Kommunistische Partei SKP behalten – versuchten die Kontrolle über die Protestbewegung zu erlangen. Wo sie Einfluss hatten, wurde neben dem Abzug des Militärs und der Streikbrecher auch der sofortige Rücktritt der Regierung Ekman gefordert. Für die SKP waren die Schüsse auf die Arbeiter kein Versehen gewesen, es handelte sich ihrer Ansicht nach um ein geplantes Mordkomplott des Militärs und der Regierung – um einen Angriff auf die Arbeiterklasse – auf das nur mit einem politischen Generalstreik geantwortet werden könne. Da die SKP – als Teil der Kommunistischen Internationalen – nicht mit der Sozialdemokratie und der LO zusammenarbeiten wollte, organisierte man – parallel zu den Demonstrationen der LO und der Sozialdemokratie – eigene Demonstrationen. So rief die SKP dazu auf, nicht an der Demonstration am 15. Mai in Stockholm teilzunehmen, die vom *social-demokraten* initiiert worden war, sondern stattdessen zu einer eigenen Demonstration am 15. Mai am Norra Bantorget in Stockholm zu kommen.²⁵⁷

Reaktion der bürgerlichen Presse

Auch wenn es eine breite Unterstützung gab, sympathisierten nicht alle Bereiche der Gesellschaft mit den Arbeitern. In der bürgerlichen Zeitung *svenska dagbladet* (Schwedisches Tageblatt) wurde den Arbeitern selbst, die das Militär zu den Schüssen provoziert hätten, die Schuld an den Todesfällen gegeben. Um die Notwendigkeit darzulegen, dass das Militär sich verteidigen musste, wurde immer wieder auch die unzutreffende

255 Vgl. ebd. S. 94f.

256 Vgl. ebd. S. 96ff.

257 Vgl. ebd. S. 97ff.

Behauptung lanciert, die Arbeiter hätten zuerst geschossen.²⁵⁸

In die gleiche Kerbe schlugen zunächst alle bürgerlichen Zeitungen, auch *dagens nyheter* (Neuheiten vom Tage), die der Regierung am nächsten stand. Die Schuld wurde auch hier den Arbeitern gegeben, die – von den Kommunisten planmäßig aufgewiegelt – die ersten Schüsse abgegeben hätten. Daraus abgeleitet wurde die Forderung, die Sozialdemokraten müssten sich nun vom Terror der Kommunisten distanzieren, weil auch die Sozialdemokraten sonst eine Mitschuld an den Ereignissen tragen würden. Darüber hinaus wurde verbreitet, die Tragödie und in deren Folge die Streiks seien von Sowjet-Russland aus gesteuert worden.²⁵⁹

Das Begräbnis – eine politische Demonstration

Am 22. Mai, dem Tag der Beerdigung, wurden die Fahnen an allen offiziellen Gebäuden auf Halbmast gesetzt. Zusammen mit einer fünfminütigen Arbeitspause im ganzen Land ruhte auch der öffentliche Verkehr für fünf Minuten.²⁶⁰ Sture Larsson wurde als einziger der fünf Todesopfer nicht in Ådalen begraben, da er aus Västervik kam. Sein Begräbnis fand zur selben Zeit wie die Zeremonie in Ådalen statt und wurde von 2000 Arbeitern begleitet. An dem Begräbnis der vier anderen in Ådalen nahmen sowohl die Kommunisten als auch die LO und die Sozialdemokratie teil (drei der Opfer waren Mitglieder in kommunistischen Organisationen gewesen, das vierte in der Sozialdemokratie). Die Organisation des Begräbnisses hatten sich die Kommunisten nicht aus der Hand nehmen lassen: erst nach Axel Nordström, Hugo Sillén und Harry Vinlöv für die Kommunisten durfte Richard Sandler für die Sozialdemokratie sprechen. Auch die LO war unter den Rednern durch Per Bergman vertreten.²⁶¹

25.000 Menschen begleiteten den Trauermarsch: u. a. zwei Musikkorps, 147 Fahnen- und Standartenträger, 216 Kranzträger. Über zwei Stunden lang passierte der gesamte Trauerzug die Gräber.²⁶²

258 Vgl. ebd. S. 24.

259 Vgl. ebd. S. 100ff.

260 Vgl. ebd. S. 24.

261 Vgl. ebd. S. 168ff.

262 Vgl. ebd. S. 173f.

2.3 Die Folgen der Tragödie

Schon während der Geschehnisse in Ådalen begann ein politischer Meinungskampf, der sich unmittelbar nach der Tragödie noch verschärfte. Analysiert man die Fülle der politischen Äußerungen und Berichte, lassen sich mehrere Sichtweisen unterscheiden. Johansson, der die Geschehnisse von Ådalen mittels historischer Quellenforschung aufbereitet hat, differenzierte für unmittelbar nach der Tragödie zunächst sechs verschiedene sog. „Ådalenbilder“, die von verschiedenen politischen Strömungen vertreten wurden.²⁶³ Diese reduzierten sich Johansson zufolge später auf vier Bilder: ein kommunistisches, ein links-sozialdemokratisches, ein sozialdemokratisches und ein liberales Ådalenbild.²⁶⁴ Aus seinem historischen Erkenntnisinteresse heraus verzichtet Johansson dabei auf die Analyse der Bedeutung dieser Bilder für das Schwedische Modell.

Um die Bedeutung des Mythos von Ådalen für die Begründung einer sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung zu illustrieren, und die Verschiebung des politischen Spektrums in Schweden auf Grund der Tragödie von Ådalen 1931 sichtbar zu machen, erfolgt hier eine von Johansson abweichende Beschreibung der politischen Interpretationen von Ådalen als bürgerliche, kommunistische, staatsmännisch-integrative und linkssozialdemokratische Sichtweise. Dabei wird der Fokus der Darstellung weg von den zentralen Figuren hin zur jeweiligen Funktion der Sichtweisen verschoben. Angelagert an eine Kombination der staatsmännisch-integrativen Sichtweise mit der linkssozialdemokratischen Sichtweise lässt sich dabei sowohl das neue Selbstverständnis der LO nach 1931, als auch die erfolgreiche Regierungsübernahme der Sozialdemokratie 1932 als in der Tragödie von Ådalen wurzelnd erklären.

Die bürgerliche Sichtweise

Die unmittelbare bürgerliche Reaktion – vertreten insbesondere durch die Regierung, die bürgerlichen Parteien sowie die bürgerlichen Zeitungen

²⁶³ Johansson unterscheidet hier das Per-Albinsche Ådalenbild (nach Per Albin Hansson), das linkssozialdemokratisch-kilmbomskommunistische, das kommunistisch-syndikalistische, das freisinnige (*frisinnad*), das rechtsgerichtete und das extrem-rechte Ådalenbild, vgl. ebd. S. 117.

²⁶⁴ Vgl. ebd.

– diente der Rechtfertigung und Verteidigung der Handlungsweise des Militärs. Die Schüsse auf die Demonstration wurden als angemessene und notwendige Reaktion auf die kommunistische Provokation dargestellt. Das Militär hatte demnach den Staat gegen die Gefahr eines von Sowjet-Russland aus initiierten Umsturzversuches geschützt.

Von den zwei Untersuchungskommissionen stützte der Bericht der Regierungskommission²⁶⁵ diese bürgerliche Sichtweise auf die Ereignisse:

Die offizielle *ådalskommission* (Ådalenkommission) sah die Vertreibung der Streikbrecher vom Dampfer Milos am 13. Mai durch die Demonstranten als Ursache für die Tragödie von Ådalen an: die Polizei konnte die Streikbrecher nicht schützen und war somit nicht länger in der Lage, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten; die Notwendigkeit, das Militär hinzuzuziehen, war damit gegeben; die Steinwürfe der örtlichen Bevölkerung gegen das Militär verdeutlichten dies. Das Militär habe nur auf die Gewalt reagiert, sie selbst aber nicht verursacht. Das Militär musste glauben, vor Ort gebe es eine militante „Rote Armee“, die sie angreifen würde, was erkläre, weshalb es die friedliche und unbewaffnete Demonstration wie eine feindliche, angreifende Armee behandelte. Aus diesem Grunde könnten keine Einzelpersonen angeklagt und für die Schüsse auf Demonstranten und Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden.²⁶⁶

265 Die *ådalskommission* bestand aus dem Justizrat Arthur Lindhagen, dem *förbundsordföranden i metallindustriarbetareförbundet* (Wortführer der Metallindustriearbeitergewerkschaft) Fritjof Ekman, dem Disponenten Fredrik Göransson, dem Anwalt Eliel Löfgren und dem Professor Östen Undén. Sie stellte ihre Ergebnisse am 22. Juli – zwei Monate später als die sozialdemokratische Untersuchungskommission – vor, vgl. ebd. S. 75. Der offizielle Bericht der Regierungskommission ist veröffentlicht unter dem Titel: *Berättelse avgiven av den av Kungl. Maj:t tillsatta kommissionen för undersökning rörande oroligheterna i Gudmundrå m.fl. kommuner av Västernorrlands län, maj 1931, Ådalskommissionens berättelse*, Stockholm 1931.

266 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 76f. Die Militärgerichtsbarkeit folgte schließlich dieser Sichtweise, die schon der Bericht der *ådalskommission* vorgezeichnet hatte und sprach Kapitän Mesterton, Leutnant Beckman und Sergeant Rask in zweiter Instanz frei, vgl. dazu: Caparsson 1948 a. a. O. S. 252. – Die Gerichtsurteile gegen Demonstranten, streikende Arbeiter sowie Journalisten, die mit den Streikenden sympathisierten, verletzten das Gerechtigkeitsempfinden vieler Schweden (dazu siehe *Ådalskommissionens rapport*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 31, 1931), was sich vor dem Hintergrund der Freisprüche noch intensivierte. Dies führte 1932 schließlich zu einer umfassenden Debatte über die Abschaffung der Militärgerichte in Friedenszeiten und einem Verbot der Übernahme polizeilicher Arbeit durch das Militär. Letztere wurde als Folge der Debatte dann auch weitgehend eingeschränkt, vgl. Casparsson 1948 a. a. O. S. 252ff.

Die Frage, ob das Militär gezielt auf den Demonstrationszug geschossen hat, um Menschen zu töten, ist bis heute nicht sicher zu beantworten. Das Militär hatte laut eigenen Angaben eine tatsächliche Trefferquote von bis zu 30% und hätte bei gezielten Schüssen eine höhere Trefferquote (30-50%) erlangt. Die Zeugenaussagen der Militärs lassen dies jedoch unwahrscheinlich erscheinen: alle Zeugen waren bemüht darzulegen, sie glaubten, der „Roten Armee“ gegenüberzustehen, die im Begriff sei, sie zu überrennen. Dementsprechend ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Soldaten nicht treffen wollten, waren sie doch in Lebensgefahr. Auch Behauptungen einzelner Soldaten, die in der Presse sofort aufgegriffen worden waren, die Demonstranten hätten zuerst geschossen, verdeutlichen dies.²⁶⁷

Der Bericht der Regierungskommission wurde von weiten Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit zunächst als offizielle Darstellung der Geschehnisse anerkannt. Teilen des bürgerlichen Lagers war diese Positionierung der Regierung aber nicht radikal genug; für die bürgerliche Rechte – insbesondere für ihr Sprachrohr Arvid Lindman und ihr Organ *industria* (Industrie) – waren die Schüsse in Ådalen nötig gewesen, um Ruhe und Ordnung herzustellen, die Tyrannei der Gewerkschaftsbewegung zu beenden, den wachsenden Einfluss der Sozialdemokraten zurückzudrängen und die Kommunisten an der Machtübernahme zu hindern.²⁶⁸

Diese Sichtweise vertritt: an der Tragödie von Ådalen könne man erkennen, wie Schweden aussehen würde, wenn die Kommunisten zu viel Einfluss hätten.²⁶⁹

Die Regierung Ekman hatte – zusammen mit ihrem Sprachrohr *dagens nyheter* – die Arbeiter zunächst als sowjetische Agenten und Aufrührer dargestellt. Am 18. Mai schließlich modifizierte *dagens nyheter* jedoch seine Darstellung und griff von nun an auch die Arbeitgeber an und ermahnte sie an ihre Pflicht, für Arbeitsfrieden zu sorgen und durch ihr Handeln und insbesondere den Einsatz von Streikbrechern, Konflikte nicht weiter eskalieren zu lassen.²⁷⁰

Grund für diesen Wandel war wohl die bevorstehende Reichstagswahl 1932. Die bürgerliche Regierung schien erkannt zu haben, wie sehr der

267 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 81ff.

268 Vgl. ebd. S. 116f.

269 Vgl. ebd. S. 32.

270 Vgl. ebd. S. 113ff.

Verweis auf die Tragödie von Ådalen zur Mobilisierung von Wählern führen würde, wenn sich die Sozialdemokratie als die alleinige Partei darstellen könnte, die für Frieden auf dem Arbeitsmarkt eintritt. Hinzu kam, dass auch ein indirektes Friedensangebot von Seiten der Sozialdemokraten an die Regierung vorlag, indem Per Albin Hansson von Anfang an darauf verzichtet hatte, die Regierung direkt anzugreifen. Diese Konstellation wird dazu geführt haben, dass Regierung und *dagens nyheter* sich genötigt sahen, sich schnell der Position der Sozialdemokratie anzunähern.

Die kommunistische Sichtweise

Die unmittelbare kommunistische Reaktion – vertreten zu vorderst durch die *sillénkommunisterna* – bestand darin, den so empfundenen Angriff auf die Arbeiterklasse mit einem Generalstreik, der sich gegen die Arbeitgeber, das Militär und die Regierung richten sollte, zu beantworten. Durch ihre scharfe Abgrenzung zur Sozialdemokratie und der LO versuchten sie die Auseinandersetzung zu radikalisieren und eine breite Basis für den Generalstreik zu mobilisieren.

Die kommunistische und die bürgerliche Reaktion auf die Tragödie bildeten die diametral entgegen gesetzten Ränder von Reaktionen und Interpretationen der Tragödie von Ådalen: Die kommunistische Partei sah sich selbst als Motor der Protestbewegung. Es gelang ihr aber – laut eigener Darstellung – nicht, diese Stärke auszuspielen, weil Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen die revolutionären Tendenzen unterdrückt hätten. Als Folge der Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über Ådalen und den Einfluss auf die streikwilligen Arbeiter sind diese beiden Lager zu immer schärferen Konkurrenten geworden. Nachdem im März 1933 in Göteborg bei einem Streik der Seetransportarbeiter 5 Streikbrecher misshandelt worden waren, wurden mit Verweis auf die Vorkommnisse in Ådalen 120 Kommunisten aus der Seetransportarbeitergewerkschaft ausgeschlossen, um die kommunistische Opposition zu zerschlagen.²⁷¹

Die kommunistische Partei ging – im Einklang mit der Sozialfaschismustheorie – auch so weit, die Schuld für die Schüsse in Ådalen nicht nur der Regierung, dem Militär und den Arbeitgebern zu geben, sondern auch den

271 Vgl. ebd. S. 109f. Zum Ausschluss der Kommunisten aus der Gewerkschaft in Göteborg siehe: Casparsson 1948 a. a. O. S. 315ff.

sozialdemokratischen Vorsitzenden Per Albin Hansson für die Tragödie von Ådalen verantwortlich zu machen, weil die Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokraten den Sozialfaschismus der bürgerlichen Klasse unterstütze und die Sozialdemokraten nur noch ein Agent des Kapitals seien, der auf derselben Seite wie die Arbeitgeber stünde. Die Haltung der Sozialdemokraten – so der Tenor der Kommunistischen Partei – habe das politische Klima geschaffen, das die Schüsse von Ådalen erst ermöglicht habe.²⁷²

Die radikale Positionierung der Kommunistischen Partei machte eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie fortan schwieriger und isolierte die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung immer mehr. Ihre Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen blieb somit weitestgehend auf die eigene Bewegung beschränkt;²⁷³ in der schwedischen politischen Realität wurden die Kommunisten nach 1931 zunehmend ausgegrenzt.²⁷⁴

Entscheidend für die Deutung der Geschehnisse um die Tragödie von Ådalen wurden andere Sichtweisen.

Die staatsmännisch-integrative Sichtweise

Johansson knüpft in seiner Darstellung „*Kampen om historien, Ådalen 1931*“²⁷⁵ an die zentrale Rolle Per Albin Hanssons als Vorsitzendem der SAP an und beschreibt sie als „Per Albins“ Ådalsbild.²⁷⁶ Eine derartige Personifizierung

272 Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 97ff.

273 Vgl. Casparsson 1948 a. a. O. S. 248. In der russischen *Pravda* und in Mitteilungen der Komintern wurden die schwedischen Kommunisten für den praktischen Beweis gefeiert, dass auch in einem vergleichsweise wohlhabenden bürgerlichen Land wie Schweden der Weg zur Revolution über einen politischen Streik – als Intensivierung eines vorhergehenden ökonomischen Streiks – erfolgen könne und so die Massen unter Führung der Kommunistischen Partei zum Aufstand geführt werden könnten. Außerdem sei der Beweis erbracht, die schwedischen Kommunisten seien nun – nach der Trennung von den die Bewegung schwächenden *kilbomskommunisterna* – kampfbereit für weitere Konflikte (vgl. ebd.).

274 Der einsetzende Antikommunismus gipfelte 1940 im Attentat auf die Redaktion der kommunistischen Zeitung *Norrskensflamman* (Flamme des Nordlichts) in Luleå, dem mit fünf Toten und fünf Verletzten größten politischen Attentat im Schweden des 20. Jahrhunderts, welches aus der Mitte des bürgerlichen Lagers heraus initiiert wurde.

275 Roger Johansson 2001 a. a. O.

276 Vgl. ebd. S. 116f. Schon im *storstrejk* 1909 war eine Verbindung zwischen dem Kampf um das allgemeine Wahlrecht und dem Antimilitarismus in Per-Albin Hanssons politischer Einstellung sichtbar, vgl. dazu: John Lindgren, *Per Albin Hansson i svensk demokrati, första*

verdeckt allerdings, dass nicht nur Per Albin Hansson, sondern die gesamte LO- und SAP-Führung diese Position gemeinsam vereinbart und vertreten hatten. Diese offizielle Position von Partei- und Gewerkschaftsführung wird deshalb im Folgenden als „staatsmännisch-integrative Sichtweise“ zusammengefasst.

Am Tag nach der Tragödie hatten sich SAP- und LO-Führung in gemeinsamen Besprechungen darauf verständigt, sich als die vernünftige – für Ruhe und Ordnung sorgende – Alternative zum provokativen Handeln der Arbeitgeber, der Regierung sowie der Kommunisten darzustellen. Indem sie sich für eine gerechte Behandlung der Arbeiter einsetzten, zeigten sie, dass sie als einzige in der Lage waren, gesellschaftlich integrativ und politisch verantwortungsvoll zu handeln. Indem sich die LO gegen Generalstreikforderungen stellte und die SAP die Regierung nicht direkt angriff, dokumentierten beide zugleich ihre Bereitschaft, mit der anderen Seite – für die LO die Arbeitgeber, für die SAP die bürgerlichen Parteien, die die Regierung stellten – zusammenzuarbeiten.

Die linkssozialdemokratische Sichtweise

Die antikapitalistisch und antimilitaristisch ausgerichteten Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung, vertreten durch die Redaktion des *social-demokraten* sowie den linken Flügel in Partei und Gewerkschaftsorganisationen, repräsentieren die linkssozialdemokratische Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen. Nach dieser Sichtweise trug zwar die Regierung eine Mitschuld an der Tragödie, weil sie das provokative Handeln der Arbeitgeber und des Militärs ermöglicht hatte, Hauptgegner blieben aber ganz klar die Arbeitgeber und das Militär. Die Demonstrationen, die auf Initiative des *social-demokraten* stattgefunden hatten, sowie die Streiks, die es auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen gab, zeigen, dass die linkssozialdemokratische Sichtweise von großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung geteilt wurde und die staatsmännisch-integrative Sichtweise der Partei- und Gewerkschaftsführung als alleinige Politik im eigenen Lager nicht durchzusetzen war.

Das Ergebnis der sozialdemokratischen Untersuchungskommission²⁷⁷

delen 1892-1920, Stockholm 1950, S. 117ff, 128.

277 Der Bericht der sozialdemokratischen Untersuchungskommission, die „Gegendarstellung“

stellt insofern einen Kompromiss dieser beiden Sichtweisen unmittelbar nach der Tragödie von Ådalen dar: zivile und militärische Befehlshaber werden für die Tragödie von Ådalen verantwortlich gemacht und müssten wegen Massenmordes angeklagt werden; das rücksichtslose Vorgehen des Militärs wird als geplant angesehen. Der Bericht stellte heraus: die zivilen Ordnungskräfte hatten sich vollständig zurückgezogen, von Seiten des Militärs waren weder die Demonstranten noch die umliegende Zivilbevölkerung gewarnt worden, dass scharf geschossen werden würde. Auch betonte er, dass anwesende Militärsanitäter den verletzten Arbeitern nicht zu Hilfe gekommen waren und bewegt sich so im Rahmen der linkssozialdemokratischen Sichtweise.²⁷⁸ Direkte Angriffe auf die bürgerliche Regierung finden sich jedoch nicht im Bericht, was den Einfluss der staatsmännisch-integrativen Sichtweise widerspiegelt.

Eine solche Kombination dieser beider Sichtweisen war die Voraussetzung, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung in der Folgezeit eine hohe Integrationskraft entfalten konnten: LO- und SAP-Führung agierten staatsmännisch-integrativ und bildeten dadurch einen Anknüpfungspunkt für das bürgerliche Lager; die linkssozialdemokratische Sichtweise hingegen bildete einen Anknüpfungspunkt für die radikaleren Teile in Partei und Gewerkschaftsbewegung. In Verbindung mit den Generalstreikforderungen der Kommunisten ergab sich durch eine glaubwürdige Kombination beider Aspekte die Möglichkeit, das bürgerliche Lager und die Arbeitgeber, die sich nie sicher sein konnten, ob die radikaleren Positionen in der Lage wären, sich gegenüber den gemäßigeren Positionen der Partei und Gewerkschaftsführung durchzusetzen, zu Kompromissen zwingen.

Obwohl die Kommunisten und die Bürgerlichen die Extreme in dieser Auseinandersetzung darstellten, waren die staatsmännisch-integrative Sichtweise (SAP- und LO-Führung) sowie die linkssozialdemokratische Sichtweise diskursprägend.

von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung zur später veröffentlichten offiziellen Version der Regierung, ist im Jahresbericht der SAP 1931 veröffentlicht: Sveriges socialdemokratiska arbetarparti, *Verksamhetsberättelse för 1931*, Stockholm 1932. Vgl. auch Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 74f.

²⁷⁸ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 74f.

2.4 Die Verschiebung der politischen Ordnung Schwedens

Die Tragödie von Ådalen 1931 zeitigte unmittelbare Folgen für die politische Landschaft Schwedens und die Entstehung des Schwedischen Modells.

Vom obrigkeitsstaatlichen Gefahrenabwehrstaat zum fürsorgenden Wohlfahrtsstaat

Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts gewannen die Sozialdemokraten zunehmend an Stimmen, wenn auch nicht so viele, wie die Bürgerlichen befürchtet hatten. Die Wahlbeteiligung von Arbeitern stieg nur allmählich. Erst die Tragödie von Ådalen gab letztendlich den Ausschlag für den großen Wahlerfolg 1932, bei dem die Sozialdemokratie 104 von 230 Mandaten gewinnen und zusammen mit der Bauernpartei die Regierung übernehmen konnte. Dieser *kohandel* zwischen Sozialdemokratie und Bauernpartei markierte den Beginn der sozialdemokratischen Epoche unter Per Albin Hansson. Die Sozialdemokraten regierten von nun an, mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer 1936, bis ins Jahr 1976.²⁷⁹

Die Politik der Sozialdemokratie in den 1930er Jahren war – unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise – auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Stabilisierung der Agrarpreise sowie soziale und wirtschaftliche Sicherheit ausgerichtet. Für diese Geisteshaltung prägte Per Albin Hansson den Ausdruck *svenska folkhem*,²⁸⁰ der zu einem Synonym für einen schwedischen Wohlfahrtsstaat, das Schwedische Modell und die Sicherheit, die der Sozialstaat garantieren sollte, geworden ist.²⁸¹

Die Absage Brantings an eine revolutionäre Politik hatte den Boden dafür bereitet, dass mit Hanssons Politik des *svenska folkhem* die Sozialdemokratie zu einer Partei wurde, die auch jenseits des Arbeitermilieus breite

279 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 146ff.

280 Zum *svenska folkhem* und einer Unterscheidung von Volksheim und Volksgemeinschaft siehe: Götz 2001 a. a. O. S. 14ff, 168ff, 271ff.

281 Zum „Schwedischen Modell“ siehe: Meidner / Hedborg 1984 a. a. O. Eine kritische Darstellung der schwedischen Verhältnisse aus konservativer Sicht findet sich bei Huntford 1973 a. a. O., der Schweden und die es beherrschende Sozialdemokratie mit George Orwells „1984“ und Aldous Huxleys „Brave New World“ vergleicht.

2.4 Die Verschiebung der politischen Ordnung Schwedens

Wählerschichten ansprach.²⁸² Die Vision des *svenska folkhem* erschien in diesem Zusammenhang als praktische Antwort auf die gesellschaftlichen Umstände, die erst zur Tragödie von Ådalen 1931 führen können. Das Versprechen einer neuen sozialen Ordnung wurde dadurch eng mit der Sozialdemokratie verknüpft und bildete sowohl den Auftrag als auch die Legitimationsgrundlage für den Aufbau eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, für eine sozialdemokratische Hegemonie, die sich in einer mehr als 40-jährigen Regierungszeit der Sozialdemokratie niederschlug und derart stabil war, dass erst 1991 eine bürgerliche Regierung an die Macht kam, die keine sozialdemokratische Programmatik mehr vertrat. Die *folkhem*-Ideologie – für die Hansson seit 1928 öffentlich geworden hatten – markiert dabei ideologisch die Wandlung der sozialdemokratischen Partei zu einer großen Volkspartei und die Hinwendung zum Modell Schweden.²⁸³

Auf Grundlage der staatsmännisch-integrativen Sichtweise wurde der Verweis auf die Tragödie von Ådalen in der Folge zu einem der zentralen Bausteine, um der Sozialdemokratie die nötige Legitimation für den Aufbau des *svenska folkhem* zu geben. Die Ursache der Tragödie von Ådalen wird danach in der krisenhaften Entwicklung Schwedens und der Unsicherheit, die durch das einseitige Eintreten der Regierung für die Seite der Arbeitgeber entstanden war, verortet; keine bürgerliche Regierung sei in der Lage gewesen, mit ihrer Strategie den sozialen Frieden herzustellen. Ein klassenübergreifender Konsens, um soziale Reformen voranzutreiben und die krisenanfälligen Aspekte des Arbeitsmarktes zu entschärfen, sollte die Lösung sein. Die zur Regierungsmacht strebenden Sozialdemokraten waren der Überzeugung, der Staat müsse sich mehr engagieren und aktiv Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernehmen; Arbeitsfrieden könne nicht länger mit Hilfe des Militärs und der Polizei hergestellt werden.

Die staatsmännisch-integrative Sichtweise bildet zudem die Grundlage für den historischen Rückverweis, dass man an Ådalen sehen könne, wie es

282 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 146ff; Östberg 2005 a. a. O. S. 19ff. Zur Bedeutung der Organisation der SAP für die Machtübernahme der Sozialdemokratie vgl. Lotta Gröning, *Vägen till makten: SAPs organisation och dess betydelse för den politiska verksamheten 1900-1933*, Stockholm 1988.

283 Vgl. dazu auch Bengt Schüllerqvist, *Från kosackval till kohandel, SAP:s väg till makten (1928-33)*, Kristianstad 1992.

in Schweden aussah, als die Bürgerlichen Schweden regierten, bevor es das *svenska folkhem* gegeben hatte.²⁸⁴ Als Gegenbild zur sozialdemokratischen Hegemonie wird dabei die chaotische und gesetzlose Zeit vor der Tragödie von Ådalen 1931 geschickt mit bürgerlicher Regierungsverantwortung und bürgerlicher Ordnung assoziiert.

Die nachfolgenden Ereignisse – *kohandeln*, die Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Bauernpartei, das Abkommen von Saltsjöbaden 1938 – sind nur vor dem Hintergrund dieses neuen Verständnisses staatlichen Engagements zu verstehen:²⁸⁵ weg vom obrigkeitsstaatlichen Gefahrenabwehrstaat, hin zum fürsorgenden Wohlfahrtsstaat, den Esping-Andersen später als sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstypus kennzeichnete.

Ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis entsteht

Die Gewerkschaftsbewegung wurde sowohl von der staatsmännisch-integrativen Sichtweise als auch von der linkssozialdemokratischen Sichtweise – die die Tragödie von Ådalen als militärischen Angriff auf die Arbeiterklasse interpretiert hat – geprägt. Die LO-Führung versuchte vergeblich eine Integration der links-sozialdemokratischen Lesart in das entstehende Bild der Tragödie von Ådalen zu verhindern, indem sie den Kommunisten die Schuld für die Tragödie gab und Angriffe auf die bürgerliche Regierung sowie die Arbeitgeber abschwächte; – die Rhetorik der Gewerkschaftsführung hatte sich insofern der Linie Per Albin Hanssons angepasst. Die LO-Führung konnte sich damit aber nicht durchsetzen; immer mehr LO-Einzelgewerkschaften forderten die LO auf, einen Generalstreik auszurufen, was die LO-Führung energisch ablehnte.²⁸⁶

²⁸⁴ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 32.

²⁸⁵ So auch Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 25ff.

²⁸⁶ Vgl. ebd. S. 106ff. Als Beispiel für radikale Angriffe der Gewerkschaftspresse auf die Arbeitgeber, das Militär sowie die Regierung siehe: Fackföreningsrörelsen Nr. 21, 22.5.1931, in der u. a. der Vorsitzende der SAF mit Mussolini verglichen wird. Demgegenüber gibt Henning Thylin (ebenfalls in *fackföreningsrörelsen*) bspw. die Schuld eindeutig den Kommunisten und folgt der Darstellung der Ådalenkommission darin, dass die Vorkommnisse auf dem Dampfer *Milos* die Ursache der ganzen Tragödie darstellen: Vgl. Henning Thylin, *Lärdomar för framtiden, Några reflexioner med anledning av ådalskommissionens rapport* (Lehren für die Zukunft, Einige Reflexionen anknüpfend an den Bericht der Ådalenkommission), in: Fackföreningsrörelsen Nr. 34, 1931.

2.4 Die Verschiebung der politischen Ordnung Schwedens

Die Entscheidung der LO-Führung, nach der Tragödie von Ådalen die sich formierende Streikbewegung nicht zu unterstützen, kann in historischer Perspektive als Unterordnung unter die Ziele der Sozialdemokratie – den Aufbau des *svenska folkhem* – gesehen werden. Die besonnene Haltung der LO-Führung hatte aber noch andere Gründe. Mehrere Abkommen standen demnächst neu zur Verhandlung an und gleichzeitig waren die Konjunkturaussichten für Schweden schlecht. Die LO-Führung bezweifelte, die Lohnsenkungsstrategie der Arbeitgeber allein mit Streiks bezwingen zu können. Stattdessen setzte man auf einen Wahlsieg der Sozialdemokratie bei der anstehenden Reichstagswahl. Die LO-Führung glaubte sich in einer besseren Verhandlungsposition, wenn sie von einer sozialdemokratischen Regierung flankiert werden würde.²⁸⁷

Viele Mitglieder und auch einige Einzelgewerkschaften folgten dieser Strategie allerdings nicht; sie forderten im Vorfeld des LO-Kongresses im August 1931 den Vorsitzenden der LO – Fritjof Ekman – auf, jegliche institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen LO und SAF zu beenden. Der *svenska murareförbund* (schwedische Maurergewerkschaft) stellte auf dem Kongress einen entsprechenden Antrag, der gegen den erklärten Willen der LO-Führung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die Versuche der LO-Führung das Thema Ådalen vom Kongress fernzuhalten, weil man die radikale Sichtweise der Mitgliedschaft nicht teilte, ging nicht auf. Die radikale Verurteilung der Vorkommnisse in Ådalen – die linkssozialdemokratische Sichtweise – konnte auf diesem Kongress niemand in Frage stellen.²⁸⁸

Die Gewerkschaftsbewegung wurde so in doppelter Weise von der Tragödie von Ådalen beeinflusst. Zum ersten nahm der Anspruch der Gewerkschaftsbewegung, gestaltend Einfluss auf die schwedische Gesellschaft insgesamt nehmen zu wollen, in der staatsmännisch-integrativen Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen seinen Ausgangspunkt. Die Gewerkschaftsbewegung gab die Orientierung auf den Klassenkampf und eine proletarische Revolution auf, ohne sich jedoch darauf zu beschränken, zu einer reinen Interessenvertretung der Arbeiterklasse zu werden.

Zum Zweiten war der Anspruch der Gewerkschaftsbewegung, zukünftig eine eigenständige politische Rolle zu spielen, ebenfalls eine direkte Folge

²⁸⁷ Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 123f.

²⁸⁸ Vgl. ebd. S. 124f.

der Tragödie von Ådalen. Sozialdemokratie und LO arbeiteten weiterhin eng zusammen, doch die Gewerkschaftsbewegung war nun zu der Einsicht gekommen, sich bei politischen Entscheidungen nicht allein auf die Sozialdemokratie verlassen zu können; diese Erkenntnis war die Grundvoraussetzung für die Einbindung der Gewerkschaftsbewegung in den Korporatismus. Das Besondere an der schwedischen Variante des Korporatismus als Teil der Konfliktordnung des Schwedischen Modells besteht in der politischen Eigenständigkeit aller drei Akteure im Verhältnis Arbeit-Kapital-Staat (LO-SAF-SAP). Die Tragödie von Ådalen markiert die Ausdifferenzierung von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie in zwei unabhängig voneinander handelnde Akteure und steht somit auch am Anfang der Entwicklung hin zum zukünftig prägenden Dreiecksverhältnis.

Zusammenfassung der politischen Folgen der Tragödie

Aus der Analyse der verschiedenen Reaktionen auf die Tragödie von Ådalen wird deutlich:

- (1) die Kommunisten wurden – obwohl sie versuchten, der Motor der Protestbewegung zu sein – immer weiter in die Defensive gedrängt und isoliert. Sie wurden zunehmend in der Rolle eines Schreckgespenstes gesehen, auf das Sozialdemokratie, LO und die Bürgerlichen immer dann verwiesen, wenn die jeweils andere Seite zu Zugeständnissen bewegt werden sollte. Im Bericht der Regierungskommission zu Ådalen, der die Kommunisten scharf verurteilt, wird dies sehr deutlich; im Bericht von SAP und LO hingegen weniger, weil in der sozialdemokratischen Kommission die Linkssozialdemokraten mehr Einfluss hatten;
- (2) die staatsmännisch-integrative Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen gab der Sozialdemokratie die nötige Legitimität für ihr Projekt eines *svenska folkhem*. Die Sozialdemokratie konnte sich als integrativer und verantwortungsbewusster Gegenpol zu einem bürgerlichen Lager darstellen, das nicht in der Lage war, der krisenhaften Entwicklung der Ökonomie sowie dem aggressiven Vorgehen der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten. Mit der von Hjalmar Branting eingeleiteten Absage an eine revolutionäre Politik hatte sich die Sozialdemokratie neuen

2.5 Ådalen als Gründungsmythos des Schwedischen Modells

Wählergruppen gegenüber geöffnet, die sie mit dem Verweis auf die Tragödie von Ådalen zugleich vom bürgerlichen Lager fernhalten und an das sozialdemokratische Lager binden konnte. Mit ihrem Konzept des *svenska folkhem* konnte die Sozialdemokratie die hinzugewonnene Legitimität in ein konkretes politisches Projekt ummünzen;

- (3) die radikaleren Positionen der Linkssozialdemokraten in Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung verhinderten eine vorbehaltlose Annäherung der Sozialdemokratie an liberale Teile des Bürgertums, durch die die Sozialdemokratie sicherlich einen Teil ihres Kernklientels an die Kommunisten verloren hätte. Ermöglicht wurde diese Konstellation dadurch, dass die LO-Führung von ihren Einzelgewerkschaften gezwungen wurde, sich radikaler zur Tragödie von Ådalen zu positionieren, als sie es eigentlich vorgehabt hatte.
- (4) eine starke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung hat auch dazu geführt, die Regierung und *dagens nyheter* dazu zu nötigen, auf die Position der Sozialdemokratie zuzugehen und das Vorgehen der Arbeitgeber zu kritisieren. Den Wahlsieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1932 konnte das bürgerliche Lager durch diese Zugeständnisse allerdings nicht mehr verhindern.

2.5 Ådalen als Gründungsmythos des Schwedischen Modells

Historische Einordnung der Tragödie von Ådalen nach Johansson

Die Bedeutung der Tragödie von Ådalen für die gesamte schwedische Gesellschaft im Allgemeinen und das Schwedische Modell im Besonderen skizziert Roger Johansson in seiner Arbeit „*Kampen om historien, Ådalen 1931, Sociala konflikter, historiemedvetande och historiebruk 1931-2000*“²⁸⁹:

- (1) anhand der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung wird der Wandel der gewerkschaftlichen Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen darge-

²⁸⁹ Roger Johansson 2001 a. a. O.

stellt: in den 1940er Jahren bildete sich eine eigene gewerkschaftliche Sichtweise, die sich von der parteipolitischen Instrumentalisierung der Tragödie von Ådalen durch Kommunisten und Sozialdemokraten abgrenzt, heraus;²⁹⁰ in den 1950er/60er Jahren wird der Aufbau des *svenska folkhem* ins Zentrum der Geschichtsschreibung gerückt; die Erinnerung an die Tragödie von Ådalen tritt in den Hintergrund.²⁹¹ Ab der zweiten Hälfte der 1970er wird die Erinnerung an die Tragödie, im Kampf um den Erhalt des Wohlfahrtsstaates, wiederbelebt;²⁹²

- (2) die Erinnerung an die Tragödie von Ådalen führte dazu, staatliche Gewaltanwendung als Mittel der Konfliktlösung nachhaltig zu delegitimieren;²⁹³
- (3) durch den Film *Ådalen 31* von Bo Widerberg ging die Tragödie von Ådalen ab dem Ende der 1960er Jahre in die Erinnerungswelt einer neuen Generation ein und beeinflusste die Radikalisierung des politischen Klimas und die Studentenproteste der 1970er Jahre;²⁹⁴
- (4) anhand der Gedenkveranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages der Tragödie von Ådalen wird die Normalisierung des Verhältnisses von Sozialdemokraten und Kommunisten in den 1980er Jahren dargestellt;
- (5) anhand einer populären schwedischen Fernsehsendung zeigt Johansson zudem, wie präsent die Tragödie von Ådalen noch heute im Geschichtsbild Schwedens ist.²⁹⁵

Ådalen als eigentlicher Pfadbeginn des Schwedischen Modells

Die Darstellung von Johansson zeigt, dass die Tragödie von Ådalen in der weiteren Entwicklung der schwedischen Geschichte immer wieder eine wichtige Rolle spielte. Der entscheidende Punkt für die politische Bedeutung von Ådalen ist jedoch ein anderer: Die damaligen Ereignisse

290 Vgl. ebd. S. 235ff., 251ff.

291 Vgl. ebd. S. 268f.

292 Vgl. ebd. S. 270ff.

293 Vgl. ebd. S. 31ff.

294 Vgl. ebd. S.28, 375ff., 381ff., 400ff.

295 Vgl. ebd. S. 28, 53f.

2.5 Ådalen als Gründungsmythos des Schwedischen Modells

sind in der Vorstellung der Menschen bis heute lebendig, sie wurden mit jeder Generation in ihrer Bedeutung immer wieder aktualisiert und dienen noch heute als emotionaler Anknüpfungspunkt in der politischen Debatte.²⁹⁶

Die entscheidende Bedeutung der Tragödie von Ådalen 1931 für das Schwedische Modell liegt in der Verschiebung der gesamten politischen Landschaft; die Geschehnisse von Ådalen trugen die Vorahnung einer neuen Ordnung in sich: nach Ådalen war die politische Landschaft Schwedens geprägt vom Rückblick auf die bürgerliche Zeit als Zeit des Chaos, vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus betrachtet als Zeit der Anarchie. Damit einher ging die ideologische Vorformung der neuen Ordnung als sozialdemokratische Ordnung, wobei „sozialdemokratisch“ hier zunächst lediglich als Gegenbegriff zu „bürgerlich“ fungierte.²⁹⁷

Darüber hinaus diente die soziale Ausgangslage der Tragödie von Ådalen, die große Armut breiter Schichten der Bevölkerung – „*brottet var hunger*“ (Das Verbrechen war Hunger), formuliert in der Inschrift auf dem Grabmahl der Opfer von Ådalen – zukünftig nicht nur als Anknüpfungspunkt für den Wunsch und das gemeinsame Streben nach materieller Abgesicherheit mit

²⁹⁶ Siehe bspw. Mats Jonsson, „*Ådalen reser sig igen*“ (Ådalen erhebt sich wieder), in: Aftonbladet vom 15.10.2015, S. 5. Anlässlich einer Demonstration in Kramfors gegen die Schließung des Krankenhauses in Sollefteå (in Ådalen), bei der 14.000 Menschen gegen das Vorhaben des mehrheitlich sozialdemokratischen *läns landsting* auf die Straße gingen, schreibt Jonsson von „*den största manifestationen sedan ådalshändelserna 1931*“ (der größten Manifestation seit den Geschehnissen von Ådalen 1931), „*det största sveket sedan 1931*“ (der größte Verrat seit 1931); siehe auch: Jenny Bengtsson, *Siktet är fortfarande inställt på våra rättigheter*, in: Dagens Arena, publiziert am 14.05.2015, <http://www.dagensarena.se/opinion/siktetar-fortfarande-installt-pa-vara-rattigheter/> (zuletzt abgerufen am 10.09.2015), die ohne weitere Erläuterung von „unseren Freunden in Ådalen“ sprechen kann: „*Frågan är bara hur långt tillbaka utvecklingen måste gå för att vi ska vakna upp och inse att det vi fått efter att våra vänner dog i Ådalen inte kan tas för givet.*“ (Die Frage ist nur, wie weit die Rückentwicklung noch gehen muss, damit wir aufwachen und einsehen, dass das, was wir bekommen haben, nachdem unsere Freunde in Ådalen starben, nicht für gegeben genommen werden kann.) Ein derart selbstverständlicher Bezug auf Ådalen 1931 findet sich bspw. auch in: Göte Brink, *Fönster åt Gården*, Stockholm 1981, S. 23. In einer Schilderung der politischen Debatten in Göteborg 1932 schreibt Brink lediglich: „*Ådalshändelserna året innan satte ännu känslorna i svallning.*“ (Die Geschehnisse von Ådalen im Jahre zuvor brachten nach wie vor die Gefühle in Wallung.)

²⁹⁷ Vgl. dazu auch die Erinnerungen von Ernst Wigforss: Wigforss, *Minnen II*, 1951 a. a. O., S. 284ff., für den in der Reichstagsdebatte nach der Tragödie von Ådalen zwei grundverschiedene Ordnungen (sozialdemokratisch und bürgerlich) sichtbar wurden.

besonderer Wichtigkeit der sozialen Frage, sondern auch als ideologische Weichenstellung, die der sozialen Frage eine ungleich größere politische Bedeutung und damit einen klaren Vorrang vor der nationalen Frage einräumte: die Arbeiter, die diesem Verbrechen zum Opfer fielen, sollten nie vergessen werden.

Die Analyse des *storstrejk 1909* hat gezeigt, dass die schwedische Gewerkschaftsbewegung den Wandel von einer Klassenkampforganisation hin zur Einbindung in den Korporatismus 1909 noch nicht vollzogen hatte. Auch die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung bis 1930 pendelte immer wieder zwischen diesen beiden Alternativen (Klassenkampf oder Korporatismus) hin und her.

Mit der Vision eines *svenska folkhem* gab sich die schwedische Sozialdemokratie 1928 ein politisches Programm, das auf die Integration aller gesellschaftlichen Schichten und den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates ausgerichtet war, welches sich aber auf Grund der sozialen Spaltung der Gesellschaft sowie der umfangreichen Konflikte auf dem Arbeitsmarkt zunächst als nicht umsetzbar erwies.

Erst die Schüsse des Militärs auf einen friedlichen Demonstrationszug in Ådalen 1931 konnten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die auf Konfrontation, Konflikt und Provokation ausgerichtete Strategie der Arbeitgeber nachhaltig diskreditieren und so das *svenska folkhem* möglich machen. Die Tragödie von Ådalen schaffte die gesellschaftliche Ausgangslage, in der der Aufbau eines Wohlfahrtsstaates und die Hegemonie der Sozialdemokratie im doppelten Sinne des Wortes als notwendig erschienen.

Heute ist die immer wieder aktualisierte Tragödie von Ådalen als Gründungsmythos eines modernen Schweden zu betrachten und markiert den eigentlichen Beginn des Pfades hin zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und dem Schwedischen Modell.²⁹⁸

298 Der Kuhhandel weist in keiner Weise eine solche emotionale Identifikation bzw. kulturelle Reichhaltigkeit auf, wie sie der Tragödie von Ådalen eigen sind. Dessen einzige Symbolik liegt in einem Schulterschluss von Sozialdemokratie und Bauernpartei, der heute – wenn überhaupt – eine untergeordnete politische Bedeutung besitzt. Er hat den ideologischen Vorteil, dem Bild eines liberalen Staatsvertrags näher zu kommen als die Tragödie von Ådalen, die mit ihrer Gewalt, der durch sie ausgelösten politischen Entrüstung, der Verschiebung der politischen Ordnung sowie dem Totengedenken sich dem Muster einer Revolution deutlich annähert. – Die Tragödie von Ådalen, die die Krise der 1930er Jahre als soziale Frage interpretierte (und das im Gegensatz zum Rest Europas), ist insofern

2.5 Ådalen als Gründungsmythos des Schwedischen Modells

Die Kombination von staatsmännisch-integrativer und linkssozialdemokratischer Sichtweise auf die Tragödie von Ådalen schaffte zudem die Grundlage für die Hegemonie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung in den folgenden Jahrzehnten. Dies war verbunden mit einer nachhaltigen Delegitimierung bürgerlicher Politik. Ebenfalls angelegt in der Tragödie von Ådalen 1931 war der spätere schwedische „Anti-Faschismus“, der sich aus der Ausdeutung der Tragödie von Ådalen speiste, dass die soziale Frage die entscheidende gesellschaftliche Frage sei und somit unter der Betonung der Klasse als trennendem Element die Frage der Nation zurücktreten ließ. Der Anteil der antikapitalistisch ausgerichteten linkssozialdemokratischen Sichtweise der radikalen Teile von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung mit ihrem Antimilitarismus prägte die Neutralitätspolitik Schwedens während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Gewerkschaftsbewegung verstand sich als Folge der Tragödie von Ådalen immer mehr als eigenständiger politischer Akteur (unabhängig von der Sozialdemokratie), der sich nicht auf den Staat verlassen wollte (selbst wenn dieser sozialdemokratisch regiert würde); die Gewerkschaftsbewegung war auf dem Weg zu einem eigenständigen Akteur im Verhältnis von Arbeit-Kapital-Staat zu werden.

Der Gründungsmythos für den schwedischen Sonderweg – mit seinem gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung – liegt in der Tragödie von Ådalen 1931. Der Pfad zum Schwedischen Modell ist damit beschritten, der Aufbau des *svenska folkhem* stand aber noch aus.

Die Idee des *svenska folkhem* entstand zu einer Zeit, als Europa von den Wirtschaftskrisen der 1930er Jahre, dem Vormarsch des Faschismus und einem drohenden Krieg geprägt war. Zudem war das entscheidende Problem im Dreiecksverhältnis von Arbeit-Kapital-Staat noch immer ungelöst: der Arbeitsfrieden. Von Frieden auf dem Arbeitsmarkt konnte im Schweden der 1930er Jahre keine Rede sein. Schweden gehörte noch immer zu den Ländern mit den meisten Konflikten auf dem Arbeitsmarkt – die Grundmauern des *svenska folkhem* standen Anfang der 1930er Jahren noch auf einem wackeligen Fundament.

als sozialer Legitimationsmythos ein Gegenstück zum nationalen Legitimationsmythos des modernen Nationalstaates, der in Schweden – nicht zuletzt mangels bürgerlicher Revolution – eine untergeordnete Rolle spielt.

Kapitel 3

Die neue Konfliktordnung und das Schwedische Modell

Das Abkommen von Saltsjöbaden 1938 zwischen LO und Arbeitgebern war die Grundlage für die Etablierung einer neuen Konfliktordnung, mit deren Hilfe sozialer Frieden hergestellt und die aus den sozialen Verwerfungen entstandenen faschistischen Tendenzen eingefangen werden konnten.

Die im Abkommen von Saltsjöbaden kodifizierte neue Konfliktordnung wurde dann im *verkstadsstrejk 1945* (Streik der Werkstattarbeiter) angewendet, als die Kommunisten²⁹⁹ die Gewerkschaftsmitglieder von der Notwendigkeit eines Streiks überzeugen konnten, den die Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln verhindern wollte; damit erlebte sie ihren ersten Belastungstest.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

Mit der Tragödie von Ådalen 1931 hat sich das gewerkschaftliche Selbstverständnis verändert. Die Gewerkschaftsbewegung hatte den Anspruch entwickelt, ein eigenständiger politischer Akteur zu sein, und das für den schwedischen Sonderweg entscheidende Dreiecksverhältnis von eigenständigen, gleichberechtigten Akteuren im Verhältnis Arbeit-Kapital-Staat komplettiert. Hinzu kam, dass mit der Tragödie von Ådalen Gewalt als Mittel der Konfliktlösung delegitimiert worden war.

²⁹⁹ Parteipolitisch waren die Kommunisten in der Kommunistischen Partei, gewerkschaftlich hingegen als Minderheit in den LO-Einzelgewerkschaften organisiert.

Dieses neue Verhältnis von Arbeit-Kapital-Staat hat die Konflikte auf dem Arbeitsmarkt aber zunächst nicht reduziert. Eine Annäherung der Tarifparteien erfolgte erst 1936 mit der Aufnahme von Verhandlungen zwischen LO und SAF, die schließlich in einem Hauptabkommen mündeten, auf das sich die Tarifparteien 1938 im Grand Hotel des Badeortes Saltsjöbaden in der Nähe von Stockholm einigen sollten. Die Zeit ab 1936 wird deshalb auch als *saltsjöbadsepoken*³⁰⁰ (Epoche von Saltsjöbaden) bezeichnet.³⁰¹

Erst mit dem Abkommen von Saltsjöbaden³⁰² wurde das Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung endgültig mit der Frage des Arbeitsfriedens verbunden. – Bevor das Abkommen von Saltsjöbaden selbst untersucht werden kann, muss analysiert werden, welche Veränderungen im Verhältnis Arbeit-Kapital-Staat sich zwischen Ådalen 1931 und Saltsjöbaden 1938 noch ereigneten, die das Abkommen erst möglich machten.

3.1.1 Sozialdemokratische Regierung droht mit Erzwingung des Arbeitsfriedens

Ausgangslage für das svenska folkhem

Anfang der 1930er Jahre stand die Sozialdemokratie vor der Herausforderung, ihre gesellschaftlichen Konzepte nun endgültig in Regierungshandeln umsetzen zu müssen. Die Grundlage dafür sollte das Konzept eines *svenska folkhem* bilden, durch welches alle gesellschaftlichen Schichten integriert werden sollten.

Zunächst waren die Rahmenbedingungen für den Aufbau eines *svenska folkem* jedoch weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich gegeben. Für die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie war insbesondere die

300 Anders L. Johansson 1989 a. a. O. S. 19.

301 Vgl. ebd. S. 19ff; Maths Isacson, *Från strid till samarbete, Samförståndets framväxt under mellankrigstiden*, in: Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Jg. 11 Nr. 3, Stockholm 1987, S. 4ff.

302 Das Abkommen ist vollständig abgedruckt in: Arnold Sölvén, *Huvudavtalet mellan Svenska Arbetsgivareföreningen och Landsorganisationen i Sverige*, Stockholm 1939, S. 7-25; eine kommentierte Fassung findet sich in: Gösta Kempe, *Saltsjöbadsavtalet med kommentarer*, Stockholm 1939. Für eine Zusammenfassung der Inhalte siehe: Arnold Sölvén, *Huvudavtalet*, in: Fackföreningsrörelsen Nr. 51-52, 1938, S. 597-603; eine geschichtliche Betrachtung des Abkommens von Saltsjöbaden siehe: Ragnar Casparsson, *Saltsjöbadsavtalet i historisk belysning*, Stockholm 1966.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

hohe Arbeitslosigkeit ein Problem,³⁰³ das die Integration der Arbeiter und der unteren Schichten in das neue *svenska folkhem* erschwerte. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren in allen gesellschaftlichen Gruppen zu spüren und führten zunehmend zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. In der Folge intensivierten sich die Konflikte auf dem schwedischen Arbeitsmarkt im Laufe der 1930er Jahre immer weiter. Die schwedische Industrie steckte inmitten der Wirtschaftskrise darüber hinaus in einem beschleunigten Umwandlungsprozess. Die Elektrifizierung der Industrie wurde durch den Ausbau der Wasserkraft forciert und brachte so einen neuen Entwicklungs- und Rationalisierungsschub mit sich. Dieser ergriff zuerst die Werftindustrie; auch die Papierindustrie entwickelte sich sprunghaft und dementsprechend gab es eine erhöhte Nachfrage nach Holz. Die erhöhte Nachfrage ließ zwar die Arbeitslosigkeit sinken, die Rationalisierung der Industrie durch die Anwendung tayloristischer Produktionsweisen schürte jedoch neue Konflikte.

In der gleichen Zeit entwickelte sich auch ein Massenkonsum von elektronischen Waren: Staubsauger, Kühlschränke, Waschmaschinen und Radios begannen sich in den Haushalten auszubreiten.

Die Arbeitgeber reagierten auf die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre mit den immer gleichen Forderungen nach Marktliberalisierung und vor allem Lohnsenkungen. Hauptursache dieser Krise war für sie der zu hohe Preis der Arbeitskraft. Radikale Lohnsenkungen stellten deshalb für sie den

303 Neben der allgemeinen Arbeitslosigkeit wurde auch die Jugendarbeitslosigkeit in den 1930er Jahren immer wieder als ein zentrales Problem identifiziert. Vielen Jugendlichen war es in den 1930er Jahren nicht möglich, einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden. Die von Jugendarbeitslosigkeit Betroffenen fanden somit auch keinen Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung, da die einzelnen Gewerkschaftsverbände nur die in ihrem Bereich tätigen Arbeiter umfassten. Die LO war sich dieses Problems bewusst und hatte es schon auf ihren Kongressen 1926 und 1931 diskutiert. 1934 wurde dann eine neue Form der Mitgliedschaft (ohne Mitgliedsbeiträge) in einer Gewerkschaft speziell für arbeitslose Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren eingeführt. Darüber hinaus befasste sich auch die Zeitschrift der LO, *Fackföreningsrörelsen* (Die Gewerkschaftsbewegung), eingehend mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und stellte heraus, dass dies eines der wichtigsten sozialpolitischen Probleme sei. Vgl. zu den Regelungen der LO bzgl. der Mitgliedschaft arbeitsloser Jugendlicher: *Fackföreningsrörelsen*, (Sammelband Bd. 1) Stockholm 1934, S. 596ff; sowie die Artikel: ebd., (Sammelband Bd. 1) Stockholm 1933, S. 531f; Sven G. Strand, *Ungdomsarbetslösheten*, in: *Fackföreningsrörelsen*, (Sammelband Bd. 2) Stockholm 1933, S. 395ff.; Herman Stolpe, *Ungdomsarbetslösheten*, in: *Fackföreningsrörelsen*, (Sammelband Bd. 1) Stockholm 1935, S. 711ff.

einzigem Weg aus der Krise dar. Die Gewerkschaftsbewegung versuchte diese Lohnsenkungen zu verhindern.³⁰⁴

Ein Kuhhandel gegen den Faschismus

Im Zuge der Wirtschaftskrise war die Sozialdemokratie zu der Überzeugung gelangt, dass eine sozialistische Revolution nicht möglich sei. Um dennoch die soziale Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, sollte ein dritter Weg zwischen Marktradikalismus und Sozialismus innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus gefunden werden. Inspiriert von den Theorien John Maynard Keynes' und der Stockholmer Schule um Gunnar Myrdal³⁰⁵ richtete Ernst Wigforss³⁰⁶ als Finanzminister die Politik der SAP auf Nachfrageorientierung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit politischen Mitteln aus. Wigforss „war der anerkannte, wenn auch nicht ernannte Cheftheoretiker der Partei“³⁰⁷ geworden.

Um die Politik des *svenska folkhem* umsetzen zu können, benötigte die SAP politische Mehrheiten. Bei der Reichstagswahl 1932 bekam die SAP 42%, die beiden kommunistischen Parteien erhielten zusammen 8%. An eine gemeinsame Regierung der drei Arbeiterparteien war aber nicht zu denken; die Sozialdemokraten bildeten zunächst eine Minderheitsregierung.

Kurz nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland und der damit einhergehenden Zerschlagung der freien Gewerkschaften sowie der deutschen Arbeiterparteien, konnte demgegenüber in Schweden die SAP eine stabile Regierung zusammen mit der Bauernpartei bilden. Dieser *kohandel* (Kuhhandel) von Sozialdemokraten und Bauernpartei wurde durch viele

304 Vgl. Lars Ekdahl, *Mot en ny värld? Rörelse mellan kriser*, in: *Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 26 Nr. 1-2, Stockholm 2002, S. 74ff.

305 Zu Gunnar Myrdal und dem Ansatz des social engineering vgl. Etzemüller 2010 a. a. O.

306 Ernst Wigforss – nordischer Sprachforscher an der Universität von Lund, Finanzminister unter Branting (1925-26) und Hansson (1932-49) – hatte großen Einfluss auf viele Persönlichkeiten in der Partei und darüber hinaus. Er war stark beeinflusst von den Ideen Karl Marx', aber auch von liberalen skandinavischen Intellektuellen, etwa dem Dichter und Schriftsteller Viktor Rydberg. Zu Ernst Wigforss vgl. Paul Lindblom, *Ernst Wigforss, Socialistisk idépolitiker*, Kristianstad 1977; sowie seine Erinnerungen aus dieser Zeit vgl. Ernst Wigforss, *Minnen III (1932-49)*, Stockholm 1954⁵. Zur Ausstrahlungswirkung von Wigforss' Ideen siehe: Winton Higgins / Geoff Dow, *Politics against pessimism, social democratic possibilities since Ernst Wigforss*, Bern 2013.

307 Henningsen 1979 a. a. O. S. 149.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

schwierige Kompromisse ermöglicht: Die Sozialdemokraten nahmen Abstand von ihrer bisherigen Landwirtschaftspolitik, indem sie dem Wunsch der Bauernpartei nach Schutz und Subventionierung der Bauern nachgaben; die Bauernpartei akzeptierte im Gegenzug die neue ökonomische Politik von Ernst Wigforss.

Ermöglicht wurde dieser Kompromiss, ohne den der Konflikt zwischen Bauern und Landarbeitern stärker eskaliert wäre, durch die Integration der Landarbeiter in die Gewerkschaftsbewegung. Die Nahrungsmittelproduktion wurde erhöht, was die sozialen Spannungen und die Anfälligkeit für faschistische Ideologien verminderte. Der *kohandel* war für Schweden von großer Bedeutung, denn durch diesen Kompromiss konnten sich der organisierte Nationalismus und der Faschismus dort nicht ausbreiten.

Die Einbindung der Bauernpartei hatte für die Sozialdemokraten nicht nur den Vorteil, nun eine stabile Regierung bilden zu können, sondern auch die politische Gruppe, die am anfälligsten für faschistische Tendenzen war, nun selbst in eine Regierung mit den Sozialdemokraten einzubinden. Im Parteiprogramm der Bauernpartei dieser Zeit waren noch klar nationalistische und rassistische Elemente enthalten, doch waren diese nach Meinung der Sozialdemokraten nicht so gefestigt, dass die Bauernpartei als nationalsozialistische Partei eingestuft werden musste.

Der Regierung gelang es, die Arbeitslosigkeit von 25% Anfang der 30er Jahre auf gerade einmal 10% Ende des Jahrzehnts zu senken. Die Kriegsvorbereitungen der übrigen europäischen Länder ließen außerdem die schwedische Eisen- und Stahlindustrie expandieren, und auch andere Industriezweige profitierten von den auf Grund der Kriegsvorbereitungen steigenden Exportzahlen.³⁰⁸

Ein Problem, das die sozialdemokratische Regierung in dieser Zeit trotz vieler Bemühungen nicht per Gesetz hat lösen können, war der soziale Frieden.

Die regierenden Sozialdemokraten sahen zwei Möglichkeiten, um für mehr Arbeitsfrieden zu sorgen: entweder griff man durch Gesetze – durch Zwang – in den Arbeitsmarkt ein oder man bewegte LO sowie Arbeitgeber zu Verhandlungen.

Wenn die Sozialdemokratie bereit gewesen wäre, die Macht der Gewerk-

³⁰⁸ Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 66f.; Ekdahl 2002 a. a. O. S. 74ff.

schaftsbewegung bei einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsfriedens zu beschneiden, wäre allen Anzeichen nach eine parlamentarische Mehrheit für diese gesetzliche Regelung möglich gewesen.

Schon Anfang der 1930er Jahre hatte die bürgerliche Opposition das Problem des Arbeitsfriedens im Reichstag mit dem Ziel thematisiert, die hohe Anzahl an Streiks und Aussperrungen zu senken. Dabei beabsichtigten die bürgerlichen Parteien, Streiks in Wirtschaftszweigen, die für die Gesellschaftsordnung wichtig sind (Kommunikation, Gesundheitsversorgung, Müllabfuhr, Strom- und Wasserversorgung), ausnahmslos zu verbieten. Die *folkparti* (Volkspartei) äußerte sich immer wieder öffentlich darüber, dass die Macht der Gewerkschaftsbewegung im Wirtschaftsleben eingeschränkt oder sogar gebrochen werden müsse.³⁰⁹ Die Bauernpartei ging nicht ganz so weit, wollte aber die Tarifparteien gesetzlich dazu zwingen, Schlichtungen in diesen Zweigen annehmen zu müssen.³¹⁰ Die bürgerlichen Parteien versuchten somit ihre Politik der 1920er Jahre fortzusetzen, als sie gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie die Friedenspflicht eingeführt und einen Arbeitsgerichtshof eingerichtet hatten. Diese Versuche, den Arbeitsfrieden gesetzlich zu erzwingen, scheiterten ebenso, wie die Versuche, das Problem auf dem Verhandlungswege zu lösen: Das Arbeitsfriedenskomitee der bürgerlichen Regierung war nach der Tragödie von Ådalen aufgelöst worden.

Die Erfahrungen aus der Tragödie von Ådalen waren somit für die Sozialdemokratie ein Grund, der dagegen sprach, per Gesetz einzugreifen; ein weiterer Grund, nicht durch Zwang und gegen den Willen von LO und SAF zu versuchen, Gesetze für einen Arbeitsfrieden zu erlassen, lag

309 Die bürgerlichen Parteien jenseits der Bauernpartei waren in den 1930er/40er Jahren immer wieder in Skandale verstrickt, gespalten und zerstritten; den Arbeitgebern fehlte dadurch eine parlamentarische Interessenvertretung. Die bürgerlichen Parteien können somit für die weitere Analyse der 1930er/40er Jahre weitgehend außen vor gelassen werden. Vgl. Olsson 2002 a. a. O. S. 66f; Ekdahl 2002 a. a. O. S. 74ff.

310 Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 27ff. Arnold Sölvén gibt in seinem Buch einen guten Überblick über die verschiedenen Forderungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Auch eine Kommentierung zu einzelnen Paragraphen des Abkommens ist dort zu finden. Als Jurist der LO war Sölvén direkt in die Ausarbeitung des Abkommens und den damit einhergehenden politischen Prozess eingebunden. Eine weitere Zusammenfassung vom Inhalt des Abkommens: Sten Edlund, *Saltsjöbadsavtalet i närbild*, in: ders. u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 53ff.

darin, dass mit dem Faschismus in Deutschland und Italien sich gerade undemokratische Kräfte in Europa ausbreiteten. Die Regierung wollte nicht riskieren, auch in Schweden undemokratische Tendenzen zu entfachen, indem sie gegen den Willen der zwei einflussreichsten gesellschaftlichen Gruppen agierte.³¹¹

Drohkulisse der Regierung

Die Sozialdemokratie entschied sich schließlich dafür, nicht sofort mit Gesetzen in den Arbeitsmarkt einzugreifen, aber dennoch eine Drohkulisse aufzubauen, die keinen Zweifel daran ließ, dass man das Problem des Arbeitsfriedens lösen wollte und bereit war, dazu notfalls seine politische Macht auch einzusetzen.

Dafür bildete die Regierung 1934 ein Komitee, bestehend aus zwei einflussreichen Sozialdemokraten, Torsten Nothin und Frans Severin, sowie einem Vertreter der bürgerlichen Parlamentshälfte, Elof Ericsson. Das „Nothinkomitee“ sollte einen Reichstagsausschuss darüber vorbereiten, wie zukünftig in das ökonomische Leben eingegriffen werden könne, um Frieden auf dem Arbeitsmarkt herzustellen.³¹² Aus dem Komitee heraus entstanden zwar keine konkreten Gesetzesinitiativen, aber die Ergebnisse des Komitees bildeten 1936 die Grundlage für die Verhandlungen um das Abkommen von Saltsjöbaden.

Das „Nothinkomitee“ schlug vor, die Regierung solle in Verhandlungen eingreifen, um zwischen den Tarifparteien zu vermitteln. Des Weiteren sollte die Regierung zur Not gesetzgeberisch eingreifen, wenn durch einen Konflikt gesamtgesellschaftliche Interessen bedroht seien. Damit das Eingreifen des Staates auch effektiv funktionieren könne, sollten die Entscheidungen über Abkommen in der Gewerkschaftsorganisation zentralisiert werden: Abkommen sollten auch ohne eine Mitgliederbefragung geschlossen werden können und die LO sollte zur entscheidenden Verhandlungsinstanz werden, wenn mehr als ein Gewerkschaftsverband betroffen sei.³¹³ Eine Zentralisierung der Gewerkschaftsentscheidungen konnte – das war auch dem Komitee bewusst – nicht vom Gesetzgeber beschlossen werden, aber

³¹¹ Vgl. Anders L. Johansson 1989 a. a. O. S. 30f; Elvander 1983 a. a. O. S. 335ff.

³¹² Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 46.

³¹³ Vgl. ebd.

die erarbeiteten Vorschläge sollten nicht nur Gesetzesinitiativen vorbereiten, sondern auch Ideen dafür entwickeln, was darüber hinaus verändert werden müsse.³¹⁴ Im Komitee glaubte man, bei Verhandlungen auf höchster Ebene könne man mehr Einfluss ausüben, als wenn sich die Regierung in Verhandlungen von Einzelgewerkschaften einschalten würde. Zentrale Verhandlungen sollten außerdem verhindern, dass Minderheiten Arbeitskämpfe auslösten – eine Forderung, die sich klar gegen Aktionsformen syndikalistischer Gewerkschaften richtete.

Eine solche Zentralisierung der Tarifverhandlungen hatte auch die SAF seit langem gefordert.³¹⁵ Nicht einverstanden war die SAF dagegen mit der Forderung des Komitees, der Gewerkschaftsorganisation mehr Mitsprache zuzugestehen, wenn es um Kündigungen und Rationalisierungen ging, da dies dem Anspruch der Arbeitgeber entgegenstand, über diese Bereiche ohne Einmischung der Gewerkschaftsorganisation entscheiden zu können. Das Komitee allerdings legte großen Wert darauf, vorher zu klären, ob LO und SAF sich nicht doch auf ein Abkommen einigen könnten, um ein Eingreifen des Gesetzgebers überflüssig zu machen. Genau das wurde in Saltsjöbaden 1938 erreicht.³¹⁶

Weitere Überlegungen des Komitees gingen dahin, dass es sinnvoll wäre, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaftsorganisation zur Pflicht zu machen, damit bei Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeitgebern auch wirklich alle Arbeiter repräsentiert werden würden. Es wurde auch debattiert, die Gültigkeitsdauer von Abkommen zu verlängern und für die Zeit zwischen den Abkommen eine Friedenspflicht einzuführen.³¹⁷ Das Komitee entschied dann, dass derartige Regelungen nur zwischen den Tarifparteien getroffen werden könnten und eine gesetzliche Regelung in diesem Bereich nicht sinnvoll wäre.³¹⁸ Die Regierung sollte deswegen Verhandlungen mit der LO und den Arbeitgebern aufnehmen, um Gespräche über eine einvernehmliche Lösung des Problems zu beginnen. Trotzdem mahnte die Kommission auch gesetzgeberischen Handlungsbedarf in diesem Bereich an, um nicht auf eine Einigung der Ta-

³¹⁴ Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 71.

³¹⁵ Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 46.

³¹⁶ Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 70ff.

³¹⁷ Vgl. ebd. S. 74ff.

³¹⁸ Vgl. ebd. S. 71.

rifparteien warten zu müssen und trotzdem für mehr Arbeitsfrieden sorgen zu können. Der Reichstag sollte deshalb beschließen, dass Abkommen nicht einfach ausliefen, wenn die Tarifparteien keine neue Einigung erzielten, sondern sich in diesem Falle automatisch verlängerten. Der Reichstag sollte die Regierung außerdem ermächtigen, in Arbeitskonflikte, die den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohten, einzugreifen ohne jedes Mal eine erneute Einzelerlaubnis beim Reichstag einholen zu müssen.³¹⁹

Wirkung der Drohkulisse

Die durch das „Nothinkomitee“ aufgebaute Drohkulisse beeindruckte LO wie SAF gleichermaßen. Für die Arbeitgeberseite kam noch hinzu, dass die Gewerkschaftsbewegung in Schweden in den 1930er Jahren kontinuierlich gewachsen war und dadurch eine Machtstellung erreicht hatte, die den Arbeitgebern nicht behagte. (Von 1929 bis 1939 verdoppelte die LO ihre Mitgliederzahl auf annähernd 1.000.000.) Dementsprechend selbstsicher trat die LO gegenüber den Arbeitgebern auf. Den Arbeitgebern bereitete zusätzlich Sorgen, dass einige Einzelgewerkschaften – allen voran die Metallindustriearbeitergewerkschaft – den gewachsenen politischen Einfluss der Gewerkschaftsbewegung dazu nutzen wollten, um eine sozialistische Lohnpolitik zu erzwingen.³²⁰

Man fürchtete, die Gewerkschaft würde sich weiter radikalisieren, weil sie durch die starke Stellung der SAP im Parlament nicht mehr die Klassengesetzgebung einer bürgerlichen Regierung bekämpfen musste. Auch einen weiteren Aufstieg der Sozialdemokratie fürchtete man, weil die Sozialdemokratie durch die *svenska folkhem*-Politik von Per Albin Hansson

319 Alf Johansson, *Arbetarklassen och Saltsjöbaden 1938: perspektiv ovan- och underifrån*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år*, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988, Stockholm 1989, S. 75ff; Sölvén 1939 a. a. O. S. 70ff; Casparsson 1948 a. a. O. S. 437ff.

320 Die Drohung der Regierung gesetzlich einzugreifen um den Arbeitsmarkt zu befrieden, motivierte LO und SAF gleichermaßen zu Verhandlungen. Vgl. dazu: Olle Gunnarsson, *Trettiotalets krav på lagstiftning på arbetsmarknadsparternas frihet drev fram Saltsjöbadsavtalet*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 3 1967 (Sammelband 1967), S. 100ff. Zum historischen Hintergrund der Drohkulisse vgl. Ragnar Casparsson, *Vägen till Saltsjöbaden*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 14-15, 1973, S. 22f.; auch 40 Jahre nach Beginn der Verhandlungen wurde das Abkommen von Saltsjöbaden noch als Rettung vor gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen gesehen, vgl. dazu Jan Axelsson, *Huvudavtalet räddade LO från anti-fackliga lager*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 22 1976, S. 10f.

auch jenseits des Arbeitermilieus breite Schichten ansprach. Die positive konjunkturelle Entwicklung – maßgeblich durch die Aufrüstung der anderen Industrienationen ermöglicht – gab den regierenden Sozialdemokraten durch wachsende Steuereinnahmen die nötigen Haushaltsmittel, um einen dritten Weg zwischen kommunistischer Planwirtschaft und freiem, krisenanfälligem Markt zu finanzieren.

Hinzu kam, dass innerhalb des Arbeitgeberlagers die Frage über eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie höchst umstritten war. Einige Arbeitgeber meinten, die SAF müsse beide bekämpfen, um den eigenen Machtanspruch aufrechterhalten zu können. Andere Teile der Arbeitgeber fanden, dass man beide als etablierte Kräfte der Gesellschaft akzeptieren und mit ihnen verhandeln müsse.³²¹ Wie sich zeigen sollte, setzten sich Letztere im Arbeitgeberlager durch.

Weg für Verhandlungen ist geebnet

Oberflächlich gesehen erscheint es Mitte der 1930er Jahre so, als würde die Politik der 1920er Jahre fortgesetzt: Der Gesetzgeber versucht den Arbeitsfrieden von oben herab zu erzwingen. Die Situation Mitte der 1930er Jahre ist jedoch eine andere, denn sie unterscheidet sich vor allem in vier Punkten von der in den 1920er Jahren:

- (1) Es ist eine sozialdemokratische Regierung, die mit einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsfriedens droht, wodurch erstmals die Arbeitgeberseite in dieser Frage politisch unter Druck gerät.
- (2) Die Drohung der Regierung richtet sich an beide Tarifparteien, weil die Ergebnisse des „Nothinkomitees“ – anders als die Ansätze der bürgerlichen Regierungen vorher – nicht darauf abzielen, einer Tarifpartei die einseitige Vorherrschaft auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen.
- (3) Die Drohung der Regierung lässt eine Hintertür offen, indem sie betont, dass vorher versucht werden solle, ob LO und SAF sich nicht doch selbständig einigen könnten.
- (4) Im Vergleich zum *New Deal*, den Präsident Roosevelt in den USA umsetzte, musste den schwedischen Arbeitgebern die ökonomische

³²¹ Vgl. Ekdahl 2002 a. a. O. S. 83ff, 92ff.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

Politik der Sozialdemokratie noch als das kleinere Übel erscheinen³²² und der drohende Faschismus vom Kontinent erhöhte die Verhandlungsbereitschaft der LO.

Mit der Tragödie von Ådalen 1931 und dem daraus entstandenen neuen gewerkschaftlichen Selbstverständnis verstanden sich alle drei Akteure des Arbeitsmarktes – Arbeit-Kapital-Staat – als jeweils eigenständige politische Akteure. Dies war der entscheidende Schritt, um die Voraussetzungen für den Aufbau des Schwedischen Modells zu schaffen. Es dauerte aber noch bis Mitte der 1930er Jahre, bis diese Ansprüche auf politische Eigenständigkeit wechselseitig anerkannt wurden; die Drohkulisse der sozialdemokratischen Regierung war Anstoß für diese gegenseitige Anerkennung gewesen.

3.1.2 Das Abkommen von Saltsjöbaden 1938

Im Gegensatz zum *storstrejk 1909* und den Auseinandersetzungen um die Tragödie von Ådalen 1931 ging den Verhandlungen zum Abkommen von Saltsjöbaden 1938 kein Konflikt im eigentlichen Sinne voraus: es wurde weder gestreikt noch ausgesperrt. Dennoch kann das Verhandlungsprozedere konflikt-theoretisch untersucht werden, weil allein die Drohkulisse der Regierung, ein Gesetz zur Regelung des Arbeitsfriedens zu erlassen, verbunden mit dem Aufwerfen der Frage nach den zukünftigen Konfliktregeln, wie die gezielte Entfachung eines Arbeitskonflikts durch den Staat wirkt, der beide Seite dazu bringt, ihre Interessen gegenüber der jeweiligen Gegenseite zur Geltung zu bringen.³²³ Damit sind spezifische Merkmale eines Konfliktes auf dem Arbeitsmarkt gegeben; beide Seiten sind sich bewusst, letztendlich zu einer Einigung kommen zu müssen, damit im Anschluss an den Konflikt weitergearbeitet werden kann.

322 Vgl. Henningsen 1979 a. a. O. S. 146ff.; Ekdahl 2002 a. a. O. S. 74ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 335ff. Den Einfluss des *New Deal* auf Schweden zeigen bspw. Artikel in Fackföreningsrörelsen: Al Vanner, *En ny giv – Roosevelts krisprogram*, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) Stockholm 1934, S. 8ff; Al Vanner, *Mera om Roosevelts aktion mot arbetslösheten*, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) Stockholm 1934, S. 213ff. Zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik: Michael Take, *Die Arbeitnehmer-Fonds in Schweden*, Frankfurt/Main u. a. 1988, S. 15ff.

323 Genauer betrachtet handelt es sich bei dieser Auseinandersetzung über die zukünftigen Konfliktregeln um einen Metakonflikt, vergleichbar mit dem Prozess der Verfassungsgebung im Staat.

LO und SAF begründen die staatliche Neutralitätspolitik

An einem Treffen der LO-Führung im Januar 1936 nahmen der sozialdemokratische Regierungschef Per Albin Hansson und der Sozialminister Gustav Möller teil. Hansson und Möller schlugen der LO vor, eine Regierungsinitiative zu starten, um Regierung, LO und SAF an den Verhandlungstisch zu holen und über den Arbeitsfrieden zu verhandeln. Die Sozialdemokraten wollten die Arbeitsfriedensdelegation und das Arbeitsfriedenskomitee der Jahre 1928-1931 als Vorbild für eine neue Initiative nehmen.³²⁴

Die LO stimmte dem Vorhaben zu, die SAF dagegen lehnte den Vorschlag ab. Die Arbeitgeber wollten keine Verhandlungen führen, bei denen die sozialdemokratische Regierung eine leitende Rolle einnahm. Bei den Verhandlungen ab 1928 hatte die SAF eine Verhandlungsleitung der bürgerlichen Regierung noch akzeptiert. Jetzt schlug die SAF dagegen vor, direkt mit der LO zu verhandeln. Diese Unstimmigkeiten zwischen LO, SAF und der Regierung zeigen, dass die staatliche Neutralitätspolitik in Bezug auf den Arbeitsmarkt erst eine Folge des Abkommens von Saltsjöbaden war und nicht schon vorher bestanden hatte. „*Saltsjöbadsandan och den nya statliga neutralitetspolitiken tillhörde framtiden.*“³²⁵ (Dem Geist von Saltsjöbaden und der neuen staatliche Neutralitätspolitik gehörte die Zukunft.)

Die LO musste entscheiden, ob sie sich mit der sozialdemokratischen Regierung gegen die Arbeitgeber verbünden wollte, oder sie alleine versuchen sollte, Verhandlungen mit der SAF zu führen. Neben der Erinnerung an die Tragödie von Ådalen werden die Mehrheitsverhältnisse im Parlament der LO die Entscheidung zu Gunsten direkter Verhandlungen erleichtert haben, da die Sozialdemokraten keine eigene Mehrheit im Reichstag hatten. Ein Gesetz zur Regelung des Arbeitsfriedens benötigte daher auch die Zustimmung eines Teils der bürgerlichen Parteien und würde deshalb keine rein sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Handschrift tragen. Im Falle eines bürgerlichen Wahlsieges bei der anstehenden Reichstagswahl 1936 wäre jeglicher Einfluss der LO auf die Gesetzesinitiative unterbunden worden und deshalb schlug sie den Weg der Verhandlungsebene ein. Ein weiterer Vorteil direkter Verhandlungen war das faktische Vetorecht für LO und SAF. Beim Gesetzgebungsprozess hingegen, wo sich beide Seiten auf

324 Siehe Kap. 2.1/Zuspitzung der Konflikte.

325 Anders L. Johansson 1989 a. a. O. S. 31.

ihre Verbündeten verlassen mussten, hätten sie keinen direkten Einfluss ausüben können.³²⁶

Am 17. Mai 1936 meldeten LO und SAF der Regierung, sich für die Bildung eines *arbetsmarknadskommittén* (Arbeitsmarktkomitees) und für Verhandlungen unter Ausschluss der Regierung entschieden zu haben, indem sie auf den Vorschlag des Nothinkomitees verwiesen, das für einen Verhandlungsversuch zwischen den Tarifparteien plädiert hatte. Insbesondere Gustav Möller³²⁷ protestierte dagegen, dass LO und SAF die Regierung nicht einbinden wollten. Die Regierung akzeptierte aber die Entscheidung der Tarifparteien, Fragen der Produktion, der Arbeitsleitung sowie der Lohnpolitik ohne staatlichen Eingriff lösen zu wollen. Der 17. Mai 1936 markiert den Beginn der Epoche von Saltsjöbaden; auch die staatliche Neutralitätspolitik beginnt hier und bleibt die maßgebliche Doktrin für die Regierung bis in die 70er Jahre hinein.³²⁸

Die Verhandlungen

Im Sommer 1936 trafen sich dann zum ersten Mal die jeweils fünf Personen umfassenden Verhandlungsgruppen von LO und SAF. Als erstes vereinbarten sie Stillschweigen und Vertraulichkeit, damit öffentliche Diskussionen über halb fertige Ergebnisse die Verhandlungen nicht gefährdeten.³²⁹

Diskutiert wurde ausgehend von den Ergebnissen des „Nothinkomitees“:

- (1) die Arbeitsmarktparteien sollten verantwortungsbewusst, stark und selbstbewusst bleiben;
- (2) Entscheidungen über den Abschluss von Kollektivabkommen sollten auf höchster Ebene getroffen werden;

³²⁶ Vgl. ebd. S. 31ff.

³²⁷ Gustav Möller war ein einflussreicher sozialdemokratischer Politiker und zu dieser Zeit *socialminister* (Sozialminister) im Kabinett von Per Albin Hansson.

³²⁸ Vgl. ebd. S. 31ff.; Sölvén 1939 a. a. O. S. 102ff.; Casparsson 1948 a. a. O. S. 442ff. Die Reaktionen der bürgerlichen Presse zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen LO und SAF bei: Casparsson 1948 a. a. O. S. 446ff.

³²⁹ Ein Bericht des damals als LO-Jurist an den Verhandlungen beteiligten Arnold Sölvén über den konkreten Verhandlungsablauf und die Ergebnisse wurde 20 Jahre später veröffentlicht: Arnold Sölvén, „*Saltsjöbaden*“ 20 år, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) 1956, S. 388-392 sowie S. 412-419.

- (3) Aufgabe von LO und SAF sollte auch sein, Schlichtungsvorschläge zu prüfen, über Streik, Aussperrungen, Blockaden, Boykotte usw. zu entscheiden;
- (4) bei grundsätzlichen Veränderungen der Arbeitsbedingungen zum Nachteil der Arbeiter sollte ebenfalls auf höchster Ebene verhandelt werden.³³⁰

Ein Streitpunkt innerhalb der LO war, dass in den Verhandlungen der §23 der Satzung der SAF unverändert bleiben sollte. Wichtige Bereiche der Unternehmens- und Betriebspolitik waren seit dem Dezemberkompromiss 1906 außerhalb des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung geblieben. Insbesondere die Einzelgewerkschaften, die ihre Wurzeln im Handwerk hatten, wollten mehr Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsabläufe und die Betriebspolitik erhalten. Auf dem Gewerkschaftskongress 1936 wurde beschlossen, dass eine Streichung des §23 in der Satzung der SAF³³¹ eines der wichtigsten Ziele der LO sein sollte. Für die LO-Führung war es daraufhin unmöglich, ein Hauptabkommen zu beschließen, in dem der §23 unangetastet geblieben wäre. Im Kapitel III des Abkommens wurde daraufhin auch zum ersten Mal eine Aufweichung des §23 beschlossen.

Das Arbeitsmarktkomitee begann seine Arbeit zunächst mit einer umfassenden Bestandsaufnahme: Welche Abkommen gelten derzeit? Wann laufen diese Abkommen aus? Wie sind LO und SAF momentan organisiert? Welche Regularien besitzen die Organisationen? Wie werden Entscheidungen über Blockaden und Boykotte getroffen? Alle Bereiche, die den Arbeitsfrieden betreffen konnten, sollten offen gelegt werden.³³²

In den regelmäßigen Verhandlungen des Arbeitsmarktkomitees hatten sich die vier nachfolgend genannten Bereiche ergeben, die im Zusammenspiel von LO und SAF verändert werden sollten, um durch effektivere Formen von Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien den Arbeitsfrieden herzustellen und ein Eingreifen des Staates durch gesetzliche Regelungen in denselben zu verhindern:

- (1) Regeln für erlaubte Formen des Arbeitskampfes,

³³⁰ Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 47f.

³³¹ §23 (später §32) der Satzung der SAF besagt, dass es das alleinige Recht des Arbeitgebers sei, die Arbeit zu leiten und zu verteilen.

³³² Vgl. Ekdahl 2002 a. a. O. S. 83ff.; Edlund 1989 a. a. O. S. 55f.; Simonson 1989 a. a. O. S. 47f.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

- (2) der Umgang mit Konflikten, die den Zusammenhalt der gesellschaftlichen Ordnung bedrohten,
- (3) Mitspracherechte der Gewerkschaften für den Umgang mit Entlassungen und Beurlaubungen,
- (4) die Abdeckung von sowohl Rechts- als auch Interessenkonflikten.³³³

Verhandlungen auf höchster Ebene – zwischen LO und SAF – zu führen, waren ein lang gehegter Wunsch sowohl der Arbeitgeber als auch der Regierung gewesen. Durch zentrale Verhandlungen, so glaubte man, würden Sonderinteressen weniger zur Geltung kommen und der Arbeitsfrieden eher eingehalten werden. Für die LO bedeutete dies aber auch, dass demokratische Entscheidungsprozesse bei Lohnverhandlungen etc. nun durch eine Steuerung von oben ersetzt wurden.³³⁴

Die Einzelgewerkschaften waren wenig erfreut über dieses Ergebnis der Verhandlungen. Insbesondere der Bauarbeiterverband und der Typographenverband votierten gegen eine Zentralisierung. Für sie bestand das Ziel der Verhandlungen weniger darin, ein konkretes Ergebnis zu erzielen. Sie hatten sich 1936 vielmehr dafür eingesetzt, Verhandlungen nur aufzunehmen, um Zeit zu gewinnen, bis die Drohung einer gesetzlichen Regelung nicht mehr aktuell war und die LO die Verhandlungen abbrechen könnte, ohne eine gesetzliche Regelung zu provozieren. Ein entsprechender Antrag auf dem Gewerkschaftskongress Ende 1936 erhielt aber keine Mehrheit, und so konnte die LO die Verhandlungen fortsetzen.³³⁵

Inhalt des Abkommens – Die neue Konfliktordnung

Das Abkommen von Saltsjöbaden hat mehr den Charakter eines Rahmengesetzes als den eines Tarifabkommens.³³⁶ Der Text des Abkommens besteht in seiner endgültigen Fassung aus 5 Kapiteln:

Kapitel I beinhaltet den Beschluss zur Bildung einer ständigen Arbeitsmarktkommission, die paritätisch mit je drei Vertretern der Gewerkschaften

333 Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 106; Simonson 1989 a. a. O. S. 47.

334 Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 48.

335 Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 47ff.; Sölvén 1939 a. a. O. S. 102ff.

336 Für einen Texteingdruck siehe: Sölvén 1939 a. a. O. S. 7ff.

und der Arbeitgeber besetzt wird. Diese Kommission war bei Arbeitskonflikten dann zuständig, wenn von einem Arbeitskonflikt mehrere Gewerkschaften betroffen waren oder der Arbeitskonflikt von größerem, d. h. von allgemeinem Interesse war. Außerdem sollte die Kommission Gesetzesvorschläge für den Bereich des Arbeitsrechts erarbeiten. Beschlüsse wurden in der Kommission mit einfacher Mehrheit gefasst. Die Arbeitsmarktkommission war somit die von den Parteien des Abkommens gefundene Lösung für die Aufgabenstellung, Probleme auf dem Arbeitsmarkt in zentralen Verhandlungen zu lösen.

Die Möglichkeit eine Angelegenheit vor dieser Arbeitsmarktkommission zu verhandeln, wurde von beiden Seiten nur sparsam eingesetzt. Zwischen 1940 und 1984 hat die Arbeitsmarktkommission nur etwa 100 Beschlüsse gefasst; zwei Drittel davon befassten sich mit den Kündigungen von Arbeitnehmern.³³⁷

Kapitel II regelt das Verhandlungsverfahren bei Streitigkeiten, die konkrete Arbeitsbedingungen betreffen (Lohnverhandlungen sind hierbei ausgenommen, Streitigkeiten über Akkordlöhne fallen aber unter diese Bestimmungen). Rechtsstreitigkeiten sowie Interessenkonflikte um die Bedingungen am Arbeitsplatz sollten zunächst auf lokaler Ebene einer Lösung zugeführt werden. Blieb dies erfolglos, sollten zeitnah zentrale Verhandlungen folgen, die mit der zuständigen Einzelgewerkschaft zu führen seien. Das Recht vor dem Arbeitsgerichtshof zu klagen, blieb zwar unangetastet, in der Praxis wurde jedoch zunehmend weniger Gebrauch von diesem streitigen Verfahren gemacht, da auf dem vom Abkommen vorgezeichneten Verhandlungsweg Streitigkeiten, die das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern belasteten, schnell und effektiv beigelegt werden konnten.³³⁸

Kapitel III des Abkommens von Saltsjöbaden betrifft die Vorgehensweise bei Kündigungen oder Beurlaubungen von Arbeitern, was bisher häufig ein Grund für die vorzeitige Aufkündigung von Abkommen gewesen war. Damit Streitigkeiten im Voraus geregelt werden konnten, musste der Arbeitgeber drei Wochen vor der Aktion die zuständige Gewerkschaft über die

³³⁷ Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 7ff. und 109ff.; Edlund 1989 a. a. O. S. 56f.

³³⁸ Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 10ff. und 109ff.; Edlund 1989 a. a. O. S. 57ff. Diese Regelungen von Kapitel II wurden in den 1970er Jahren im Mitbestimmungsgesetz zur gesetzlichen Pflicht gemacht.

Kündigung oder Beurlaubung informieren. Wenn dies nach Meinung der Gewerkschaft gegen ein geschlossenes Abkommen verstieß, dann musste die in Kapitel I gebildete Arbeitsmarktkommission diesen Fall untersuchen und entscheiden, ob eine Verletzung des Abkommens vorlag. Die Entscheidung der Kommission war in diesem Fall für beide Seiten bindend.³³⁹

Die Bestimmungen in Kapitel II und III waren seit 1906 die ersten, die eine Aufweichung der Bestimmungen des §23 der Satzung der SAF aufwiesen.³⁴⁰ Einzelgewerkschaften erhielten bei Kündigungen zwar nicht so viel Einfluss, wie sie gefordert hatten, doch eine der Hauptforderungen der Gegner des Abkommens, die insbesondere die Akzeptanz des §23 durch die LO kritisiert hatten, war aufgegriffen worden.

Kapitel IV regelte die Einschränkung der erlaubten Kampfmittel bei Arbeitskonflikten. Dafür wird der LO und der SAF (sowie deren Unterorganisationen) die Verantwortung übertragen, darauf zu achten, dass keine unerlaubten Kampfmittel eingesetzt werden.

In diesem Kapitel werden zwei Arten von Kampfmaßnahmen beschrieben:

- (1) Kampfmaßnahmen, die auf den Zweck gerichtet sind, einen Konflikt zu lösen und auf Personen zielen, die Teil des Konfliktes sind oder mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Diese Kampfmaßnahmen sind Teil des normalen Arbeitskampfes.
- (2) Kampfmaßnahmen, die gegen Dritte gerichtet sind, die nicht Teil des

339 Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 14ff. und 109ff.; Edlund 1989 a. a. O. S. 59ff.

340 §23 der Satzung der SAF war ein zentraler Streitpunkt in den Verhandlungen. Für eine detaillierte Darstellung der Diskussion um §23 in den Verhandlungen siehe: Casparsson 1966 a. a. O. S. 157ff. Inwieweit die Bestimmungen des Abkommens von Saltsjöbaden die Regelungen des §23 der Satzung der SAF letztendlich grundlegend veränderten, wurde zwischen den Juristen der LO und der SAF unterschiedlich gesehen. Arnold Sölvén – der Jurist der LO – sieht in Kapitel III des Abkommens eine deutliche Einschränkung des §23. Sten Edlund beschreibt aber, dass Nils Holmström, der Jurist der SAF, darin keine bedeutende Einschränkung des §23 sieht; zu den Positionen Sölvéns und Holmströms vgl. Edlund 1989 a. a. O. S. 61. Insbesondere letztere Aussage ist, da die meisten Verhandlungen vor der Arbeitsmarktkommission schließlich um die nicht unbedeutende Frage von Kündigungen gingen, wohl eher eine Beruhigung der Mitglieder der SAF. Der Einschätzung von Michael Take, dass §23 nur marginal eingeschränkt wurde, weil es ja „nur“ um Kündigungen ginge, sowie seiner Einschätzung, das Abkommen insgesamt sei nicht so wichtig gewesen, kann ich nicht folgen; siehe dazu: Take 1988 a. a. O. S. 30ff.

Kapitel 3 Die neue Konfliktordnung und das Schwedische Modell

Konfliktes sind, und dazu dienen, einen Vorteil für die eigene Seite zu erlangen, indem diese Dritten mit in den Konflikt einbezogen werden. Das Anwenden derartiger Kampfmaßnahmen stellt dann einen Bruch des Abkommens dar.

Das Abkommen von Saltsjöbaden benennt keine einzelnen, konkreten Maßnahmen, die nicht angewendet werden dürfen. LO und SAF vereinbarten lediglich Grundsätze, die bei Arbeitskämpfen eingehalten werden müssen. Dazu gehört auch, dass niemand auf Grund von religiösen oder politischen Ansichten besonders verfolgt werden darf.³⁴¹

Kapitel V des Abkommens – lange umstritten – regelt den Umgang mit Konflikten, die gesellschaftsrelevante Funktionen berühren. Hiermit sollte verhindert werden, dass Arbeitskonflikte lebenswichtige Bereiche der Gesellschaft (Gesundheit, Kommunikation, etc.) beeinträchtigen.

In den Verhandlungen stellten LO und SAF fest, dass es nicht möglich war, sich auf eine für beide Seiten akzeptable Definition von gesellschaftsrelevanten Funktionen zu einigen. Im Abkommen wurde deshalb die Entscheidung, ob eine gesellschaftsrelevante Funktion berührt ist, der Arbeitsmarktkommission übertragen, die jeden Konflikt daraufhin individuell überprüfen sollte.³⁴²

Das Abkommen von Saltsjöbaden berührt fast keine materiellen Fragen, welche direkt Konflikte in Betrieben betreffen oder sich mit dem eigentlichen Lohnfindungsprozess beschäftigen. So ist zu erklären, dass „der Geist von Saltsjöbaden“ in Schweden zwar häufig als Synonym für das Schwedische Modell und den schwedischen Wohlfahrtsstaat gebraucht wird und das Abkommen auch international viel Beachtung fand, die konkreten Regelungen des Abkommens aber häufig recht unbekannt, also „geheimnisvoll“ blieben, weshalb Sten Edlund das Abkommen von Saltsjöbaden auch „*ett avtalens Greta Garbo*“³⁴³ (die Greta Garbo der Abkommen) nennt.

Regelungstechnisch haben die Tarifparteien im Abkommen von Saltsjöbaden zwar vor allem die bestehenden Verhandlungsformen bei Konflikten auf dem Arbeitsmarkt effektiver gestaltet, in der Summe entsteht aber durch diese Anpassungen eine neue Konfliktordnung, in der das alte Leitbild des

³⁴¹ Vgl. Sölvén 1939 a. a. O. S. 18ff. und 109ff.

³⁴² Vgl. ebd. S. 24f und 109ff.

³⁴³ Edlund 1989 a. a. O. S. 53.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

Konflikts durch das neue Leitbild der konsensualen Verhandlung ersetzt wird.

Mit 65 zu 23 Stimmen sprach sich die LO Ende Oktober 1938 für das Abkommen von Saltsjöbaden aus. Die Gegenstimmen beruhten dabei mehr auf einer generellen Ablehnung eines Hauptabkommens zwischen LO und SAF sowie der Favorisierung eines Konfliktmodells gegenüber einem Konsensmodell, als auf den speziellen Inhalten dieses Abkommens.³⁴⁴

Folge: Es herrscht Arbeitsfrieden

Das Abkommen von Saltsjöbaden war ein großer Erfolg für beide Tarifparteien, wie Bernd Henningsen noch 1979 feststellt:

„Auf der Grundlage dieses Vertrages hat kaum ein Land eine geregeltere und ungestörtere Arbeitswelt vorzuweisen als Schweden, und das obwohl es bis heute keine Institution vergleichbar etwa dem deutschen Betriebsrat kennt und obwohl ‚Mitbestimmung‘ über Jahrzehnte ein Fremdwort war: Auf der Tabelle der durch Arbeitsniederlegungen verlorenen Tage rangiert(e) Schweden an unterster Stelle.“³⁴⁵

In den Jahren zwischen 1938 und 1974 wurde das Abkommen von Saltsjöbaden dreimal angepasst: 1947 gab es nur kleine Veränderungen, um das Hauptabkommen anderen Abkommen zwischen LO und SAF anzugleichen; 1964 und 1974 wurden die Bestimmungen in Kapitel III bezüglich Kündigung bzw. Beurlaubung überarbeitet.³⁴⁶

3.1.3 Korporatistische Ausrichtung des Schwedischen Modells

Eine korporatistische Gewerkschaftsstrategie

Mit dem Abkommen von Saltsjöbaden hat sich die LO in den Korporatismus einbinden lassen. Diese Entwicklung war die Folge des neuen

³⁴⁴ Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 47ff.

³⁴⁵ Henningsen 1979 a. a. O. S. 152f.

³⁴⁶ Vgl. Edlund 1989 a. a. O. S. 53ff.

Selbstverständnisses der LO als eigenständiger Akteur sowie einer daraus abgeleiteten strategischen Neuausrichtung seit Mitte der 1930er Jahre. Auf Initiative der Metallindustriearbeitergewerkschaft hatte die LO 1936 ihre wirtschaftspolitische Strategie neu ausgerichtet. Die Metallindustriearbeitergewerkschaft hatte eine „*socialistisk (solidaritetsbetonad) lönepolitik*“³⁴⁷ (sozialistische (solidaritätsbetonte) Lohnpolitik) gefordert, die vor allem den unteren Lohngruppen zu Gute kommen sollte. Die LO sollte nicht mehr nur Kampf- und Interessenorganisation für ihre Mitglieder sein, sondern eine aktive Rolle im schwedischen Wirtschaftsleben spielen. Die Gewerkschaftsbewegung hat – so der Beschluss des LO-Kongresses 1936 – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb dafür sorgen, dass durch eine effektivere Wirtschaft die Voraussetzungen für soziale Verbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen geschaffen werden. Dies hatte mehrere Folgen für die Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung:

- (1) die vorrangigen Ziele waren nicht mehr die Verhinderung von Arbeitslosigkeit oder möglichst hohe Lohnsteigerungen;
- (2) Arbeitskämpfe spielten keine zentrale Rolle zur Erreichung der Ziele – nun wurde ein gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsanspruch verfolgt;
- (3) Rationalisierungen und Modernisierungen der Wirtschaft wurden nicht nur akzeptiert, sondern wurden sogar zum strategischen Ziel erhoben; es wurde zudem der Anspruch ausgedrückt, diese Modernisierungen aktiv gestalten zu wollen.³⁴⁸

Die Verantwortung für die Durchsetzung der neuen Gewerkschaftsstrategie wurde schrittweise von den Einzelgewerkschaften auf die LO übertragen, was die Zentralisierung von Entscheidungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung forcierte.

Auf dem LO-Kongress 1941 wurde die starke Stellung der LO gegenüber den Einzelgewerkschaften weiter ausgebaut; u. a. wurde die Kontrolle der gewerkschaftlichen Streikgelder durch die LO ausgedehnt. Auch innerhalb der Einzelgewerkschaften wurden die Entscheidungen zentralisiert: Die Gewerkschaftsführung bekam das alleinige Recht über Abkommen

³⁴⁷ Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 72.

³⁴⁸ Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 49f.

3.1 Entstehung der neuen Konfliktordnung

zu entscheiden. Dieses Recht galt auch, wenn es um lokale Abkommen ging, und ermöglichte der Gewerkschaftsführung, gegen den Willen lokaler Gewerkschaftsabteilungen oder einzelner Streikleitungen Abkommen zu schließen und Streiks zu beenden. Zum Ausgleich dafür sprach man den lokalen Abteilungen ein Vetorecht zu, damit die Mitgliederentscheide über Abkommen weiterhin ihre Berechtigung behalten konnten und auch diejenigen dem Hauptabkommen zustimmten, die sich gegen eine Zentralisierung der Entscheidungen ausgesprochen hatten. Faktisch wurden die Entscheidungen in der Gewerkschaftsbewegung damit aber weiter zentralisiert, und Abkommen wurden meistens nur von der Gewerkschaftsführung und dem LO-Sekretariat ausgehandelt. Man befürwortete eine Zentralisierung, weil man glaubte, dies sei nötig, um mit dem starken Mitgliederzuwachs (auf annähernd 1.000.000 Mitglieder im Jahre 1939) und dem gestiegenen Organisationsgrad (in der Metallindustrie betrug er im Jahre 1939 ca. 80%) umgehen zu können sowie die Struktur der LO und ihrer Einzelgewerkschaften den Erfordernissen einer Massenorganisation anpassen zu können.³⁴⁹

Das Abkommen von Saltsjöbaden ist die logische Fortführung dieser strategischen Neuausrichtung. Die Gewerkschaftsbewegung konnte einen gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Gestaltungsanspruch nur dann effektiv umsetzen, wenn es ihr gelang, offene Arbeitsmarktkonflikte zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Behauptung, der Reichstag und allen voran die sozialdemokratische Regierung durch das „Nothinkomitee“ hätten die LO zu dem Abkommen gezwungen,³⁵⁰ nur in Teilen zutrifft und als Erklärung nicht ausreicht. Die Regierung hatte durch ihre Drohkulisse die Voraussetzung für einen Verhandlungsbeginn geschaffen. Eine erfolgreiche Durchführung gelang aber erst, als sich die Gewerkschaftsstrategie verändert hatte, und sowohl LO als auch Arbeitgeber der Einschätzung waren, ohne Regierungsbeteiligung ein günstigeres Ergeb-

349 Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 49f.; Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 72ff.; Elvander 1983 a. a. O. S. 338ff.

350 Eine derartige Darstellung findet sich bei: Thomas Cleff, *Industrielle Beziehungen im kulturellen Zusammenhang: Eine theoretische und empirische Untersuchung kultureller Einflüsse auf die Einstellungen zu Regelungen industrieller Beziehungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Spanien, Türkei und den USA*, München 1997, S. 108f.; Max Koch, *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa: Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland*, Wiesbaden 2003, S. 119f.

nis aushandeln zu können, als wenn das Problem des Arbeitsfriedens auf gesetzlichem Wege angegangen worden wäre.

Erfolge des Abkommens

Die Kapitel II und III des Abkommens von Saltsjöbaden, die eine Aufweichung des §23 der Satzung der SAF beinhalten, waren für die Einzelgewerkschaften das wichtigste Ergebnis dieses Abkommens. Zum ersten Mal seit 1906 ließen die Arbeitgeber zu, dass die Gewerkschaftsorganisationen diesbezüglich erweiterte Verhandlungsbefugnisse erhielten. Durch die Bestimmungen in Kapitel IV wurde außerdem die Praxis der Arbeitgeber unterbunden, nach größeren Auseinandersetzungen streikende Arbeiter zu verfolgen und durch schwarze Listen von der Aufnahme einer neuen Tätigkeit auszuschließen. Vorher war es nach größeren Konflikten immer wieder zu Auswanderungswellen schwedischer Arbeiter gekommen; diesem Procedere setzte das Abkommen von Saltsjöbaden ein Ende.

Der größte Erfolg für die LO-Führung, die Arbeitgeber sowie die Regierung war, durch das Abkommen Arbeitsfrieden herstellen zu können. Dem Text des Abkommens selbst ist dies jedoch kaum zu entnehmen. Auf Grund seines allgemeinen Charakters enthält das Abkommen wenig verpflichtende Elemente, und die am ehesten verbindlichen Teile – die Regelungen über Verhandlungsführungen – galten schon vorher in den meisten größeren Einzelgewerkschaften; auch existierten schon vorher ähnliche lokale Abkommen.³⁵¹ Der Erfolg des Abkommens von Saltsjöbaden stellt für Alf Johansson daher so etwas wie ein Paradoxon dar,³⁵² oder wie es Klas Åmark formuliert: „*Texten är anmärkningsvärt inhållslös, särskilt då det gäller arbetsfredsproblematiken.*“³⁵³ (Der Text [des Abkommens von Saltsjöbaden] ist bemerkenswert inhaltslos, insbesondere wenn es um die Arbeitsfriedensproblematik geht.)

Verstehen kann man den Erfolg des Abkommens nur, wenn man die in der Zwischenkriegszeit veränderte ökonomische Struktur Schwedens in die Betrachtung einbezieht. Nicht mehr das Handwerk und die Manufakturen waren die entscheidenden Produktionsformen, sondern die industrielle

351 Isacson 1987 a. a. O. S. 4ff.

352 Vgl. Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 71

353 Klas Åmark in der Diskussion zum Artikel von Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 111.

Fertigung. Mit dem Modernisierungsprozess hatte sich auch die Struktur der LO verändert. Waren 1923 nur 46% aller Gewerkschaftsmitglieder in einer Industriegewerkschaft organisiert, so waren es 1943 schon 70%. Die Neuausrichtung der Gewerkschaftsstrategie – der Anspruch eine gestaltende Funktion innerhalb des Wirtschaftslebens einzunehmen – ist auch als Reaktion auf diese veränderte Mitgliederzusammensetzung zu sehen. Immer mehr Gewerkschaftsmitglieder arbeiteten in arbeitsteilig organisierten Industriebetrieben und waren mit Rationalisierungen auf Grund von Mechanisierung vertraut; sie waren dadurch positiv eingestellt zu ökonomischem Wachstum, und immer mehr waren zusätzlich der Überzeugung, dass Rationalisierungen langfristig gesehen positive Auswirkungen haben können, wenn es der Gewerkschaftsbewegung gelang, diese Rationalisierungen im Interesse ihrer Mitglieder zu gestalten.³⁵⁴ Fortan wurden von der Gewerkschaftsbewegung Arbeitskämpfe nicht mehr als das zentrale Mittel angesehen, um sich für gesellschaftlichen Fortschritt zu engagieren.³⁵⁵

Der „Geist von Saltsjöbaden“

Mit seiner friedensstiftenden Wirkung für den schwedischen Arbeitsmarkt wurde das Abkommen von Saltsjöbaden zum Ausgangsdokument für den erfolgreichen Aufbau des schwedischen Wohlfahrtsstaates: zentrale Verhandlungen legten von nun an die meisten Konflikte bei. Die Tarifpartner gaben der Regierung die Freiheit, eine langfristige Reformpolitik zu betreiben, indem sie die Probleme des Arbeitsmarktes selbstständig verhandelten und mit Rücksicht auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und ökonomisches Wachstum gestalteten. Der oft beschworene „Geist von Saltsjöbaden“, „daß Arbeitsmarktkonflikte [...] möglichst auf dem Verhandlungswege und letztlich auf zentraler Ebene zwischen LO und SAF ausgeräumt werden sollten“³⁵⁶, legte somit den Grundstein für das Schwedische Modell. Formell endete das Abkommen von Saltsjöbaden 1976, doch der „Geist von Saltsjöbaden“ blieb prägend für die schwedische Politik.³⁵⁷ Noch 1994 führte

354 Vgl. Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 78ff.

355 Vgl. ebd. S. 85ff.

356 Hans-Michael Trautwein, *Arbenehmerfonds in Schweden – der dritte Weg? Entwicklung und Kritik eines aktuellen Modells zur Demokratisierung der Wirtschaft*, Frankfurt/Main 1986, S. 48.

357 Vgl. Alf Johansson 1989 a. a. O. S. 78ff.

die SAP erfolgreich einen Reichstagswahlkampf mit dem Versprechen, zum Schwedischen Modell und dem Geist von Saltsjöbaden zurückzukehren.³⁵⁸

Kollektivabkommen³⁵⁹ zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsorganisationen sind in Schweden seit dem Abkommen von Saltsjöbaden zum zentralen Element im Verhältnis von Arbeit-Kapital-Staat geworden und bildeten von da an einen Gegenentwurf zur Sozialgesetzgebung anderer Länder, die auf soziale Kontrolle ausgerichtet war.³⁶⁰

Das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und Arbeitgebern war in den 1930er Jahren nahezu ausgeglichen gewesen; keine Seite besaß die Stärke, die andere zu bezwingen. Demzufolge richteten LO und SAP ihre Strategie darauf aus, eine Modernisierung der schwedischen Gesellschaft mit einer Akzeptanz des Strebens der Wirtschaft nach höherer Produktivität und mehr ökonomischem Wachstum zu verbinden. Die Orientierung auf den Klassenkampf wurde durch eine Strategie abgelöst, die die soziale und politische Basis der Sozialdemokratie erweitern sollte und in einem Regierungsbündnis mit der Bauernpartei ihre parlamentarische Umsetzung erhalten hatte.³⁶¹

Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung und Neutralitätspolitik des Staates

In Folge des Abkommens von Saltsjöbaden wurde die Gewerkschaftsbewegung auch von der Sozialdemokratie als eigenständiger Akteur anerkannt. Dies drückte sich vor allem in der staatlichen Neutralitätspolitik in Bezug auf das Wirtschaftsleben aus. Zu Verhandlungsbeginn des Abkommens von Saltsjöbaden hatten die sozialdemokratischen Minister noch dagegen protestiert, dass die Tarifparteien die Regierung ausschließen wollten. Die sozialdemokratischen Regierungen hielten sich fortan aus den arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen der Tarifparteien heraus. Im Gegenzug unterstützte die Gewerkschaftsbewegung den Aufbau des schwedischen

358 Vgl. Bernd Henningsen / Bo Stråth, *Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates, Ende des „Modells“?* In: Jahrbuch für Politik, Jg. 5 Bd. 2 Baden-Baden 1995, S. 222ff, 234f.

359 Zur Geschichte von Kollektivabkommen in Schweden siehe: Britta Malmgren, *Kampen om kollektivavtal*, in: *Arbetshistoria*, Jg. 8 Nr. 3-4 Stockholm 1984, S. 90ff.

360 Vgl. Schiller 1989 a. a. O. S. 225ff.

361 Vgl. Simonson 1989 a. a. O. S. 50f.; Edlund 1989 a. a. O. S. 66ff.; Elvander 1983 a. a. O. S. 335; Gustafsson 1986 a. a. O. S. 22f.

Wohlfahrtsstaates sowie die Burgfriedenspolitik während des II. Weltkrieges. Um einem Auseinanderdriften von Partei und Gewerkschaftsbewegung als Folge dieser Aufgabenverteilung vorzubeugen, wurde die Zusammenarbeit zwischen LO und SAP intensiviert. Die LO bekam so etwas wie ein Vetorecht innerhalb der SAP, damit die Politik der SAP sich nicht von der Gewerkschaftsbewegung entfremdete und die Arbeiter sich weiterhin in LO und SAP sammelten.³⁶²

Weitere historische Entwicklung

Åke Olsson stellt in seinem Beitrag zu den wilden Streiks der 1960er/70er Jahre das Abkommen von Saltsjöbaden als den Grundstein des Arbeitsfriedens dar. Mit diesem Abkommen beginnt für Olsson die Konzentration der Gewerkschaftsführung auf den Arbeitsfrieden. Diese Konzentration stellte einerseits die Grundlage für die Umverteilungserfolge der gewerkschaftlichen Politik im Rahmen des Schwedischen Modells in den 1950er/60er Jahren dar, andererseits sei sie aber auch dafür verantwortlich, dass bspw. die Arbeitsbedingungen immer weniger Beachtung finden und sogar in den Hintergrund treten.³⁶³

Mit dem Abkommen von Saltsjöbaden wird in der Folgezeit immer das Ziel verknüpft, Konflikte auf dem Arbeitsmarkt durch Verhandlungen anstatt durch offene Konflikte zu lösen. Diese Weiterentwicklung des Streitbeilegungsmechanismus zwischen Arbeit und Kapital drückt sich im viel beschworenen *saltsjöbadsandan* (Geist von Saltsjöbaden) genau so aus, wie im späteren *samförståndsandan* (Geist des Einvernehmens), auf den immer dann verwiesen wird, wenn Arbeitskonflikte den Frieden auf dem schwedischen Arbeitsmarkt bedrohen.

³⁶² Vgl. Walter Korpi, *Den svenska arbetarrörelsens förutsättningar och strategier*, in: *Arbetarhistoria*, Jg. 10 Nr. 1-2 Stockholm 1986, S. 40f.

³⁶³ Vgl. Åke Olsson, *Den fördömda strejken*, in: Ragnar Järhult, *Nu eller aldrig, En bok om „den nya strejkrörelsen“*, Stockholm 1982, S. 13ff.

3.1.4 Saltsjöbaden – Kodifizierung des Schwedischen Modells

Die drei Akteure (SAP-SAF-LO) hatten sich als eigenständige politische Akteure **konstituiert** (Tragödie von Ådalen), ihre gegenseitige Eigenständigkeit sowie die Zuständigkeitsbereiche im Verhältnis untereinander **geklärt** (staatliche Neutralitätspolitik in Bezug auf den Arbeitsmarkt) und auch **kodifiziert** (Abkommen von Saltsjöbaden). Dadurch wurde das Schwedische Modell ermöglicht, welches auf der Voraussetzung einer konsensorientierten Zusammenarbeit von Arbeit-Kapital-Staat fußte.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

Die im Abkommen von Saltsjöbaden kodifizierte Konfliktordnung wird im Folgenden am *verkstadsstrejken* (Werkstattstreik) oder auch *metallstrejken* (Metallstreik), wie er teilweise genannt wird, analysiert.³⁶⁴ Der *verkstadsstrejk 1945* war auf der einen Seite geprägt vom für die Beteiligten absehbaren Ende des II. Weltkrieges,³⁶⁵ auf der anderen Seite vom Abflauen einer Welle des Antikommunismus in Schweden bis 1944.³⁶⁶ Aus diesem histo-

³⁶⁴ **Zur Quellenlage:** Die Quellenlage ist widersprüchlich, insbesondere auf Grund der Rolle der Kommunisten im *verkstadsstrejk* erfolgte eine politisch neutrale, wissenschaftliche Aufbereitung des Konflikts des Streiks erst später. Die maßgebliche Arbeit hierzu ist die Abschlussarbeit Treslows: Kjell Treslow, *Verkstadsstrejken 1945, En Studie av arbetsmarknadens förhandlingssystem vid konflikt*, Stockholm 1972, die den genauen Ablauf des Streiks darstellt und analysiert. Daneben ist die Streikzeitung *Strejken, Tidning för de strejkande metallarbetarna i Göteborg* mit 20 Ausgaben eine detaillierte und bzgl. der verschiedenen Positionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung differenzierte Quelle.

³⁶⁵ Vgl. die Analyse der LO Zeitschrift aufgegriffen in: *Kommer krigets slut göra arbetsgivarna mjukare, Interessant analys i LO:s tidskrift*, in: *Strejken*, Nr. 10 Göteborg 1945, S. 4.

³⁶⁶ Vgl. Axel Uhlén, *Kommunisterna och verkstadskonflikten*, Stockholm 1945, eine Wiederveröffentlichung eines despektierlichen Artikels aus *Arbetet* über die Kommunisten. Auch die spätere Forschung konzentrierte sich weitgehend auf diesen einen Aspekt des Konflikts: siehe Tomas Edqvist / Björn Forsberg, *En studie i kommunistisk startegi och taktik, Sverges Kommunistiska Partis utveckling åren fram till Verkstadsstrejken 1945 och partiets agerande i denna*, Uppsala 1975, über die Entwicklung und Strategie der SKP im Vorlauf und Nachspiel des *verkstadsstrejk*. Ferner zur SKP unter dem Blickwinkel des Kommunismus/Antikommunismus: Hirdman 1982/83 a. a. O., Per Francke, *Då kommunisterna gjordes*

rischen Kontext heraus wird der *verkstadsstrejk* als größter Arbeitskonflikt nach 1909 in schwedischer Sicht traditionell einerseits als Beispiel für das Nichtfunktionieren des Schwedischen Modells, sowie andererseits als Ergebnis kommunistischer „Verführung“ angesehen.³⁶⁷ Demgegenüber dient der *verkstadsstrejk 1945* im Folgenden, aufbauend auf der Analyse von Treslow und der Streikdokumentation in der Streikzeitung, der Illustration eines typischen Konfliktablaufs nach der im Abkommen von Saltsjöbaden kodifizierten Konfliktordnung des Schwedischen Modells und somit als erfolgreiches Beispiel für die Etablierung der neuen Konfliktordnung.

3.2.1 Ein unvermeidbarer Konflikt

Ökonomische Ausgangslage

Der II. Weltkrieg hatte in Schweden – insbesondere ab 1941 – eine rasante Steigerung der Lebenshaltungskosten zur Folge. Aus diesem Grunde führte die *samlingsregering* (Allparteienregierung)³⁶⁸ einen Preisstopp und 1943 zusätzlich einen Lohnstopp ein. Dadurch konnte dieser rasante Anstieg der Lebenshaltungskosten abgebremst werden, die Reallöhne (u. a. bei den Arbeitern im Werkstattbereich) sanken. Der staatliche Lohnstopp hatte die Löhne nicht vollständig eingefroren: solange Abkommen dem generellen Ziel des Gesetzes entsprachen, konnten die Tarifparteien auch in dieser Zeit Abkommen schließen. Trotz dieser Maßnahmen stiegen die realen Lebenshaltungskosten, weil Mangelprodukte durch teurere ersetzt werden

fredlös, Den politiska interneringens tid, Kommunismus och antikommunismus 1929-1945, in: *Arbetshistoria*, Nr. 24-25 Stockholm 1982/83, S. 52ff., sowie Karl Molin, *Den svenska antikommunismen, Attityder och motiv 1929-1941, Kommunismus och antikommunismus 1929-1945*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 24-25 1982/83, S. 44ff.

³⁶⁷ Die Einschätzung, dass es gerade der kommunistische Einfluss ist, der das besondere Merkmal des *verkstadsstrejk* darstellt, scheint sich bis heute so erhalten zu haben: vgl. Ekdahl, *Mot en ny värld?* 2002 a. a. O. S. 100. Vgl. auch Anders Kjellberg, *Storkonflikten 1980 och andra stora arbetskonflikter i Sverige*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 35f., der eine strukturelle Parallele zwischen dem *storstrejk 1909* und dem *verkstadsstrejk 1945* erkennt und dabei die Geschehnisse 1909 mit den Syndikalistinnen, 1945 hingegen mit den Kommunisten verbindet.

³⁶⁸ Die sozialdemokratisch geführte Allparteienregierung (1939-1945) wurde als Reaktion auf den II. Weltkrieg gebildet; sie umfasste alle im Reichstag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten.

mussten. Demgegenüber blieb die Entwicklung der Unternehmensgewinne insgesamt konstant.³⁶⁹

Kommunistische Gewerkschaftsopposition

Für den Ablauf sowie den Ausbruch des *verkstadsstrejken* waren die Auseinandersetzungen zwischen der Gewerkschaftsführung und den Befürwortern einer Einbindung in den Korporatismus auf der einen Seite und den Kommunisten in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung auf der anderen Seite entscheidend.

Zu Beginn der 1940er Jahre bildeten im Reichstag die Kommunisten die alleinige Opposition. In der Metallindustriearbeitergewerkschaft hatten die Kommunisten teilweise sogar die Mehrheit (bspw. auf dem Kongress 1919) bzw. immer noch großen Einfluß. Fritjof Ekman und Oscar Westerland, beide waren Vorsitzende des Metallindustriearbeitergewerkschaft und Kommunisten gewesen, waren in den 1930er Jahren zu den Sozialdemokraten übergetreten (Ekman war u. a. in der Regierung Per Albin Hanssons vertreten). Die *röda fackopposition* (die rote Gewerkschaftsopposition) der Kommunisten hatte innerhalb der Metallindustriearbeitergewerkschaft in den 1920er/30er Jahren an Einfluss gewinnen können, wurde jedoch Ende der 1930er Jahre aktiv von der Gewerkschaftsführung bekämpft und ausgeschlossen. Auf dem Kongress der Metaller 1938 schien sich dieses Kapitel erledigt zu haben. Von der kommunistischen Opposition war nichts mehr zu bemerken – die sogenannten Reformer, die für eine Einbindung der Gewerkschaftsbewegung in den Korporatismus waren, hatten scheinbar gesiegt.³⁷⁰

Die 1939 zusammengetretene *samlingsregering* ging gegen national-sozialistische Bewegungen in Schweden, aber in noch stärkerem Maße gegen die Kommunisten vor. Kommunisten und andere politisch radikal auftretende Personen wurden in Arbeitslagern ruhig gestellt und kommunistische sowie syndikalistische Zeitungen teilweise eingezogen. Erst zur Reichstagswahl 1944 normalisierte sich die Haltung der Regierung gegenüber den Kommunisten, so daß sie unter ähnlichen Bedingungen wie alle anderen Parteien antreten konnten. Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

³⁶⁹ Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 12ff.

³⁷⁰ Vgl. ebd. S. 17ff.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

wurden die Kommunisten ausgegrenzt; sie durften keine Vertrauensposten bekleiden, wurden teilweise ausgeschlossen; in vielen Gewerkschaftsabteilungen wurde Mitgliedern der Kommunistischen Partei sogar das passive Wahlrecht aberkannt. Erst 1944 konnten die Kommunisten wieder offen in der Gewerkschaftsbewegung agieren.³⁷¹

Im Zuge dessen verschärfte sich der Konflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Kommunisten kritisierten die Lohnstopp-Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung und forderten die Gewerkschaftsführung auf, alle Abkommen mit den Arbeitgebern in der nächsten Tarifrunde zu kündigen, neu zu verhandeln und somit der Lohnstopp-Politik ein Ende zu bereiten. Die Kommunisten konnten sowohl bei den Reichstagswahlen 1944 (sie verbuchten einen Zuwachs von 200.000 Stimmen auf 10,3%) als auch bei den Wahlen innerhalb der Einzelgewerkschaften, bei denen sie viele Vertrauensposten gewinnen konnten, Zuwächse erzielen; in den größten Abteilungen der Metallindustriearbeitergewerkschaft (in Stockholm und Göteborg) erlangten sie sogar die Mehrheit.

Die Kommunisten forcierten eine aktivere und aggressivere Rolle gewerkschaftlicher Forderungen: mit Verweis auf gesunkene Reallöhne wollten sie eine kräftigere Erhöhung der Minimallöhne (unter diesem Begriff wurden die Löhne der untersten Lohngruppierungen zusammengefasst) sowie eine Anhebung der allgemeinen Löhne erlangen, um einen Ausgleich für die in den Kriegsjahren gestiegenen Gewinne der Unternehmen zu bewirken.

Die LO dagegen unterstützte mehrheitlich die Politik, die von der Sozialdemokratie in der *samlingsregering* umgesetzt worden war. Zwar forderte auch sie eine leichte Erhöhung der Minimallöhne, war ansonsten aber für die Beibehaltung der Preiskontrollen sowie die Fortführung der Krisenpolitik.

Der Konflikt zwischen Kommunisten und LO in der bevorstehenden Tarifrunde 1945 war damit vorprogrammiert, insbesondere in den Abteilungen, in denen die Mehrheitsverhältnisse unklar waren oder die Kommunisten die Mehrheit besaßen. Die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Metallindustriearbeitergewerkschaft waren um den *verkstadsstrejken 1945* herum schwer einzuschätzen: In der gesamten Metallindustriearbeitergewerkschaft hatten die Kommunisten keine Mehrheit, in der Abteilung der

³⁷¹ Vgl. ebd. S. 20ff.

Werkstatarbeiter waren die Kommunisten zwar in der Minderheit, konnten aber zeitweise die Mehrheit der Kongressdelegierten der Abteilung stellen, wodurch die *frifackliga* (Freigewerkschafter), wie die Kommunisten trotz ihrer Mitgliedschaft in den LO-Einzelgewerkschaften genannt wurden, dort die Mehrheit hatten, obwohl die Führung der Abteilung nicht mehrheitlich zu den Kommunisten zählte.³⁷²

Arbeitgeber provozieren einen Konflikt

Dem Arbeitgeberverband waren die internen Streitigkeiten und die wechselnden Machtverhältnisse in der Metallindustriearbeitergewerkschaft bekannt und er rechnete damit, dass die Metallindustriearbeitergewerkschaft die Tarifabkommen in der kommenden Tarifrunde kündigen würde. Im Interesse der Arbeitgeber lag ein früher Beginn des Konflikts, damit Streiks und Aussperrungen noch während der Kriegszeit stattfänden, sodass der Arbeitskonflikt beendet sein würde, bevor die ausländische Konkurrenz ihre Produktion wieder auf Friedenswirtschaft umstellte. Die Arbeitgeber machten deshalb zu Verhandlungsbeginn im Dezember 1944 einen Vorschlag, von dem klar war, dass die meisten Einzelgewerkschaften ihn nicht akzeptieren konnten. Obwohl die LO gegen eine Aufkündigung der Abkommen war, wurden von den Einzelgewerkschaften, insbesondere im eisenverarbeitenden Gewerbe und dem Werkstattbereich, zahlreiche Abkommen aufgekündigt. Die gekündigten Abkommen galten für 200.000 Arbeiter, weitere 130.000 Arbeiter, deren Abkommen Ende 1944 automatisch ausliefen, kamen hinzu. Dazu gehörten auch die Arbeiter in den Schlachtereibetrieben, mit ihren durch den *livsmedelsarbetareförbund* (Lebensmittelarbeitergewerkschaft) verhandelten Abkommen.

Nachdem sich die Arbeitgeber und der *livsmedelsarbetareförbund* in einer ersten Verhandlungsrunde nicht einigen konnten, riefen die Arbeitgeber – entsprechend der Verhandlungsordnung des Abkommens von Saltsjöbaden – die *arbetsmarknadsnämnd* (Arbeitsmarktkommission) an, damit die Verhandlungen auf der höchsten Ebene von LO und SAF geführt werden konnten. Den Arbeitgebern war bewusst, dass die Streikbereitschaft in den Schlachtereibetrieben groß war und deshalb war ihnen nicht daran gelegen, die

³⁷² Vgl. ebd. S. 23ff.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

Verhandlungsrunde 1944/45 mit einem Konflikt mit dem *livsmedelsarbetareförbund* zu beginnen. Allen Versuchen von Seiten der LO ein Abkommen zu schließen, widersetzte sich der *livsmedelsarbetareförbund*. Daraufhin kam es am 22. November 1944 zum ersten lokalen Streik dieser Verhandlungsrunde; der Streik dauerte 2,5 Monate. Auch Vermittlungsversuche der Regierung konnten diesen Streik nicht beenden, weil die Gewerkschaftsführung sich weigerte, ohne ein klares Abstimmungs-votum der Mitglieder einen Kompromiss zu schließen. Die Führung der Lebensmittelarbeitergewerkschaft sowie die LO-Führung waren sich einig, diesen Streik nicht gegen den Willen der Streikenden beenden zu können, ohne den Kommunisten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zusätzlichen Rückenwind zu verschaffen. Nach Zugeständnissen von Seiten der Arbeitgeber sprach sich dann eine Mehrheit der Arbeiter für ein Ende des Streiks aus und die Arbeit wurde am 5. Februar 1945 wieder aufgenommen.³⁷³

3.2.2 Verhandlungsablauf des verkstadsstrejk 1945

Am 5. Dezember 1944 hatten die Verhandlungen für den Werkstattbereich unter Vorsitz des unparteiischen Olle Ekblom begonnen. Die SAF hatte den Arbeitgebermitgliedern in der Verhandlungskommission aufgetragen, dass sie zwar Zugeständnisse, auch im Bereich der Minimallöhne, machen könnten, dabei aber darauf zu achten sei, unter keinen Umständen den Kommunisten zu viele Zugeständnisse zu machen. Der Verhandlungsvorschlag, den die Arbeitgeber im Werkstattbereich daraufhin vorlegten, war für die Arbeiter noch schlechter, als das, was die SAF ihren Kommissionsmitgliedern als Rahmen vorgegeben hatte. Er beinhaltete eine Verschlechterung der Arbeitslöhne im Vergleich zum vorherigen Abkommen. Die Arbeitgeber waren sich darüber im Klaren, dass dieser Vorschlag für die Werkstattarbeiter inakzeptabel sein musste.

Die Verhandlungsdelegation der Werkstattarbeiterabteilung bestand zur Mehrheit aus Kommunisten, deren erklärtes Ziel es war, den staatlichen Lohnstopp zu beenden. Sämtliche Gewerkschaftsvertreter weigerten sich, einen eigenen Vorschlag einzubringen, bevor die Arbeitgeber ihrerseits nicht einen verhandelbaren Vorschlag auf den Tisch gelegt hatten. Damit war die erste Verhandlungsrunde gescheitert.

³⁷³ Vgl. ebd. S. 40ff.

Auch eine zweite Verhandlungsrunde blieb ohne Ergebnis. Die Gewerkschaftsführung widersetzte sich dem Wunsch der kommunistisch dominierten Verhandlungsdelegation, die Mitglieder sofort über den Streikbeginn abstimmen zu lassen und beschloss stattdessen, zunächst eine staatliche Vermittlungskommission zu beantragen. Gegenüber der eigenen Verhandlungsdelegation argumentierte die Gewerkschaftsführung, dass man wenigstens zum Schein auf den Vorschlag, eine staatliche Vermittlungskommission einzusetzen, eingehen müsse. Die Arbeitgeber blieben bei ihrem Vorschlag und waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit, so dass die Verhandlungspartner sich noch kein bisschen näher gekommen waren, als die von der Regierung eingesetzte Vermittlungskommission am 8. Januar 1945 zusammentrat.

Die ungleichen Positionen innerhalb der Gewerkschaftsdelegation zwischen den Kommunisten – die eine allgemeine Lohnerhöhung und eine Erhöhung der Minimallöhne forderten – und den Reformern – denen eine Erhöhung der Minimallöhne gereicht hätte – wurden im Verlauf der Verhandlungen immer deutlicher. Aber auch die Arbeitgeber waren zu keinen substantziellen Zugeständnissen außer einer geringen Erhöhung der Minimallöhne, die den Reformern in der Gewerkschaftsdelegation in die Hände gespielt hätte, bereit. Der Vermittlungsversuch endete ohne Ergebnis und die Gewerkschaftsführung leitete die Urabstimmung über den Streik ein.

Laut Gewerkschaftsstatuten mussten für einen Streik sowohl $2/3$ der von einem eventuellen Streik betroffenen Arbeiter stimmen, als auch die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zu dem Streik, den sie auch allein hätte beschließen können, eingeholt werden. 71,6% der abgegebenen Stimmen votierten für den Streik, dies entsprach allerdings nur 55,2% der betroffenen Arbeiter. Somit war die für einen Streik erforderliche $2/3$ -Mehrheit nicht erreicht worden. Nach einem weiteren Verhandlungsversuch, der aber ebenso misslang, teilte die Gewerkschaftsführung daraufhin am 27. Januar 1945 den Arbeitgebern mit, dass ab dem 5. Februar 1945 sämtliche Werkstattarbeiter streiken werden.³⁷⁴ Die Arbeitgeber hatten demgegenüber nur damit gerechnet, dass zu einem partiellen Streik aufgerufen werden würde.³⁷⁵

374 Eine Auflistung aller beteiligten Betriebe in Göteborg findet sich in: *Följande arbetsplatser i Göteborg äro indragna i metallkonflikten*, in: Strejken, Tidning för de strejkande metallarbetarna i Göteborg, Nr. 1, Göteborg 1945, S. 4.

375 Zum bisher skizzierten Verhandlungsablauf insgesamt vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 49ff.

Gewerkschaftliche Standpunkte im verkstadsstrejk

Auf Seiten der Werkstatarbeiterabteilung hatte es eine umfangreiche Debatte um den Streikbeschluss gegeben. Teile der Abteilung waren der Ansicht, ein Streikbeschluss wäre sinnlos, weil man davon ausging, die LO-Führung würde den Streik – sobald sie die Möglichkeit dazu erhielt – sofort beenden.³⁷⁶ Diese Möglichkeit hätte die LO gehabt, sobald die Arbeitgeber umfangreiche Aussperrungen vornehmen würden. Von den Streikgegnern wurde vorgebracht, die Kosten eines Streiks würden dessen ökonomischen Nutzen für die Mitglieder übersteigen. Die Kommunisten hielten dem entgegen, selbst ein verlorener Streik würde einen Sieg darstellen, wenn er dazu führte, dass die Arbeitgeber die Arbeiter selbst endlich ernst nehmen würden. Diese Auseinandersetzungen blieben aber intern; öffentlich wurde sich einhellig für einen Streik ausgesprochen.³⁷⁷ Auch die LO- und SAP-Führung sprachen sich öffentlich für einen Streik aus. Beide waren mit der Gewerkschaftsführung der Meinung, dass eine Streikabsage und weitere Verhandlungen den Kommunisten in die Hände gespielt und schlimmstenfalls die Metallindustriearbeitergewerkschaft gespalten hätten.³⁷⁸ Ein verlorener Streik, so meinten sie, würde erstens den Mitgliedern zeigen, dass die kommunistische Strategie zu nichts führe sowie zweitens die kommunistische Opposition innerhalb der Gewerkschaft diskreditieren. Am 5. Februar legten dann 123.000 Metallarbeiter und Gießer die Arbeit nieder. Dies war die umfangreichste Arbeitsniederlegung in Schweden seit dem *storstrejk 1909*.³⁷⁹

376 Die Streikenden waren über die Hintergründe des Streiks – sowohl bzgl. der Seite der Arbeitgeber als auch bzgl. der LO-Führung – informiert, vgl. *Strejkstämningen är prima, Glimtar från strejkmötena*, in: Strejken Nr. 1, Göteborg 1945, S. 1f., ein zusammenfassender Artikel über die erste Streikwoche.

377 Vgl. dazu den Abdruck eines Artikels aus der LO-Zeitung *fackföreningsrörelsen*, ein Aufruf zur Solidarität mit den Streikenden: *Tidskriften Fackföreningsrörelsen skriver*, in: Strejken Nr. 1, Göteborg 1945, S. 3.

378 Trotz des Beschlusses der Gewerkschaftsführung den Streik auszurufen, erklärte der LO-Vorsitzende auch während des laufenden Streiks wiederholt, dass dieser vermeidbar gewesen wäre, vgl. *Hade konflikten kunnat undvikas?* In: Strejken Nr. 5, Göteborg 1945, S. 2.

379 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 49ff.; für die Streikzahlen vgl. *Strejken i siffror: Metallkonflikten slår storstrejksrekordet i förlorade arbetsdagar*, in: Strejken Nr. 16, Göteborg 1945, S. 2.

Strategien im Arbeitgeberlager

Die Linie des Arbeitgeberverbandes SAF für die Lohnrunde 1945 bestand darin, mit allen Mitteln die Politik des Lohnstopps zu verteidigen und so nur geringe Lohnerhöhungen zuzulassen. Anfang 1945 gelang dies aber nicht in allen Branchen und so stiegen die Löhne in einzelnen Branchen (bspw. Textilbranche) mehr, als es den Vorstellungen der Arbeitgeber entsprach. Die Arbeitgeber stimmten in diesen Branchen einer Erhöhung auch der mittleren Löhne zu, weil sie einen größeren Konflikt und vor allem ein Eingreifen des Staates verhindern wollten. Sie wollten nicht riskieren, dass die Regierung sich gegen die Beibehaltung des Lohnstopps aussprach. In der Werkstattbranche sah die Situation jedoch anders aus, weil hier die Arbeitgeber, auch wenn die SAF dies mitgetragen hätte, zu keinerlei Eingeständnissen bereit waren.

Streik unter der Konfliktordnung von Saltsjöbaden

Der *verkstadsstrejk 1945* wurde als Arbeitskonflikt unter der Konfliktordnung von Saltsjöbaden unter anderen Rahmenbindungen als der *storstrejk 1909* geführt.³⁸⁰ Das Abkommen von Saltsjöbaden war von den Tarifparteien im Werkstattbereich 1944 übernommen worden und beide Seiten hielten sich auch an dieses Abkommen. Die Arbeitgeber verzichteten auf den Einsatz von Streikbrechern und die Gewerkschaftsabteilung organisierte die für die Funktionstüchtigkeit der Produktionsmaschinen notwendigen Schutzarbeiten sowie die Aufrechterhaltung der für die Gesellschaft elementaren Funktionen.³⁸¹ Um letztere gab es innerhalb der Gewerkschaftsabteilung einige Auseinandersetzungen, weil die Kommunisten der Meinung waren, die Gewerkschaftsführung hätte zu viele Zugeständnisse an die Arbeitgeber gemacht und dadurch die Effektivität des Streiks beeinträchtigt.

Im Folgenden wird der Verhandlungsablauf der *verkstadsstrejk 1945* nach-

380 Vgl. dazu auch *Strejkerna äro sig lika i stort sett. . . , Men förr ställde vi inte ultimatum första dagen. . .*, in: Strejken Nr. 8, Göteborg 1945, S. 2, ein Bericht eines Streikveteranen, der einen generellen Vergleich zwischen Streiks „früher“ (von 1902-1920) und „heute“ (1945) zieht.

381 Vgl. auch *Fronten obruten: Blott fåtal dispenser beviljade*, in: Strejken Nr. 3, Göteborg 1945, S. 1 für Beispiele notwendiger Schutzarbeiten und deren Rechtfertigung am Beispiel eines Lebensrettungsbootes, sowie *Sparsamt med dispenser*, in: Strejken Nr. 6, Göteborg 1945, S. 3, einer weiteren Rechtfertigung der wenigen Streikausnahmen.

gezeichnet, wobei nicht jeder einzelne Verhandlungsschritt auf jeder der verschiedenen Ebenen abgebildet wird, sondern vielmehr die Hauptelemente des Konfliktbeilegungsmechanismus nach der neuen Konfliktordnung von Saltsjöbaden herausgehoben werden.³⁸²

Verhandlungstillstand intensiviert den Konflikt

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern im Werkstattbereich und der gewerkschaftlichen Verhandlungsdelegation waren festgefahren. Keine Seite war zu Zugeständnissen bereit. Auseinandersetzungen gab es hauptsächlich um Fragen, die am Rande des eigentlichen Konfliktes stattfanden. Eine dieser Auseinandersetzungen betraf die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz. Viele streikende Arbeiter suchten sich während des Streiks andere Beschäftigungen und fanden diese u. a. bei Waldarbeiterbetrieben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoff war auf Grund des Krieges eingebrochen.³⁸³ Die Gewerkschaftsführung ermunterte die streikenden Arbeiter, während des Streiks, bspw. als Waldarbeiter, zu arbeiten, weil dadurch die Finanzierungskosten des Streiks gemindert wurden.³⁸⁴ Die Arbeitgeber versuchten dies jedoch zu verhindern, konnten eine Blockade der Betriebe für Arbeiter aus dem Werkstattbereich allerdings nur in denje-

382 Die folgende Darstellung basiert auf einer Analyse der Streikzeitung *Strejken, Tidning för de strejkande metallarbetarna i Göteborg*, Stockholm 1945 sowie auf der Arbeit von Treslow 1972 a. a. O. Sämtliche Details des Verhandlungsverlaufs sind enthalten in: Treslow, 1972 a. a. O.

383 Auf Grund der Kriegssituation war der Streik von Anfang an durch generelle Entbehrenungen und Mangel gekennzeichnet, vgl. dazu folgende Artikel in *Strejken* (Auswahl): bzgl. einer Rabattkarte für Milch und Fett *Kan de strejkande få rabattkort?* in: *Strejken* Nr. 2, Göteborg 1945, S. 2; über die schwierige Lage der Familien mit Kindern *Barnfamiljerna har det svårast under strejken*, in: *Strejken* Nr. 3, Göteborg 1945, S. 1+3. Naturgemäß waren die Probleme an den Brennpunkten des Streiks besonders groß, vgl. *Konflikten skapar svårigheter för de typiska metallstäderna*, in: *Strejken* Nr. 10, Göteborg 1945, S. 2. Die Gewerkschaft versuchte dem Problem durch die Organisation von Kartoffelanbau inkl. der zur Verfügungstellung von Anbauflächen (*Bra strejkjobb, Potatisodlarna äro redan igång med förberedelserna*, in: *Strejken* Nr. 8, Göteborg 1945, S. 1) und Kostensenkungen durch eigene Verkaufsstände für Grundnahrungsmittel (*Verkstadsklubb klarar biffen: Medlemmarna på Sigurd Smith få billig mat*, in: *Strejken* Nr. 10, Göteborg 1945, S. 1f.) zu begegnen.

384 Vgl. *Sök arbete!* in: *Strejken* Nr. 1, Göteborg 1945, S. 3, ein Aufruf Arbeit zu suchen um die Streikkasse zu entlasten. Vgl. auch *Understöd arbete*, in: ebd. S. 2, eine Erläuterung der Streikunterstützung und der Regelung für Zuverdienste. Neben der Arbeit im Wald arbeiteten Streikende auch bei der Luftraumüberwachung (*Strejkande tittar efter flygplan*, in: *Strejken* Nr. 9, Göteborg 1945, S. 1+3).

nigen Forstbetrieben durchsetzen, die im Arbeitgeberverband organisiert waren.³⁸⁵ Die Gewerkschaftsführung versuchte daraufhin, die Regierung zum Eingreifen zu bewegen; sie sollte die Arbeitgeber zur Beendigung der Blockade zwingen. Die Regierung suchte zwar das Gespräch mit den Arbeitgebern, konnte diese aber nicht zu einem Ende der Blockade motivieren. Dies lies man sich auch schriftlich von den Arbeitgebern bestätigen und veröffentlichte diese Absage der Arbeitgeber.

Um dennoch etwas für die Verbesserung der Brennstoffversorgung der Bevölkerung zu tun, erhöhte man die staatlichen Zuschüsse für Waldarbeiter, um somit die abgebaute Holzmenge zu erhöhen.³⁸⁶ Weder auf Seiten der Regierung noch in der Gewerkschaftsführung hatte man geglaubt, die Arbeitgeber auf diesem Wege zur Beendigung der Blockade bewegen zu können, man wollte aber demonstrieren, dass man nichts unversucht ließ, um den Streik zu unterstützen. Hauptsächlich war dies politische Propaganda, um die Behauptung der Kommunisten, die sozialdemokratische Regierung sowie die Gewerkschaftsführung würden den Streik sabotieren, zu widerlegen.³⁸⁷

Weil die Verhandlungen keinen Millimeter vorankamen, intensivierten sich die Auseinandersetzungen innerhalb des Gewerkschaftslagers: jede Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse, die sich für Verhandlungen und für Kompromisse mit Arbeitgebern aussprach, wurde von den Kommunisten als Beweis dafür gewertet, dass die Regierung auf Seiten der Arbeitgeber agierte. Jede Stellungnahme der Kommunisten wurde von der Sozialdemokratie im Gegenzug als Beweis für deren Unfähigkeit, einen Streik zu führen, aufgegriffen.³⁸⁸

385 Vgl. den Abdruck der Aufforderung der SAF, nach §23 der Satzung der SAF, keine Streikenden in anderen Betrieben anzustellen in: §23 *spökar*, in: Strejken Nr. 1, Göteborg 1945, S. 2.

386 Diese Zuschüsse waren auch auf ansonsten streikende Arbeiter anwendbar, vgl. zum Ganzen in: *Metallkonflikten och bränslefrågan*, in: Strejken Nr. 3, Göteborg 1945, S. 3f., siehe dazu auch die begleitende positive Schilderung der Waldarbeit an sich in *Skogsbrev*, in: ebd. S. 3, *Skogsarbetet är hårt men friskt och fritt*, in: Strejken Nr. 8, Göteborg 1945, S. 2 sowie eine Erfolgsmeldung über die Verteilung neuwertiger Werkzeuge für Waldarbeiter *Skogshuggarna få nu nya verktyg*, in: Strejken Nr. 4, Göteborg 1945, S. 1.

387 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 61ff.

388 Zu den Auseinandersetzungen und den voneinander abweichenden Berichten der politischen Presse, vgl. die Richtigstellungen und Kommentare in *Strejken: Tillrättalagt*, in: Strejken Nr. 7, Göteborg 1945, S. 2, *Pressklipp om konflikten*, in: ebd. S. 2, *Vår mening*, in: ebd.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

Den Arbeitgebern waren diese Auseinandersetzungen im Gewerkschaftslager bekannt. Ein Eingreifen der Regierung wollten sie unbedingt vermeiden und schlossen möglichst viele Abkommen in den Branchen ab, in denen der Widerstand der Arbeiter gering war, um auf diese Weise die Regierung milde zu stimmen und die innergewerkschaftliche Position der Kommunisten zu schwächen.³⁸⁹ Dabei war man auch bereit, Zugeständnisse in Lohnfragen zu machen, die man kommunistisch dominierten Verhandlungsdelegationen vorenthielt. Diese Taktik kam auch bei den Verhandlungen mit den *järnbruksarbetarna* (Eisenhüttenarbeiter) zur Anwendung. Die Metallarbeitergewerkschaft hatte ein Angebot unterbreitet, dass von der Verhandlungsdelegation der *järnbruksarbetarna* noch einmal verschärft worden war. Im Vorlauf der Verhandlungen machte die Gewerkschaftsseite klar, dass sie zu keinem Abkommen bereit war, durch welches der Eindruck entstünde, man würde den Werkstattarbeitern in den Rücken fallen. Die Arbeitgeber gingen deshalb vom Scheitern der Verhandlungen aus. Überraschenderweise war die Gewerkschaftsdelegation aber dennoch bereit, mit den Arbeitgebern zu verhandeln, und so einigte man sich auf ein Abkommen, welches an der oberen Grenze der sonst abgeschlossenen Abkommen angesiedelt war.³⁹⁰ Die Kommunisten der Werkstattarbeiter kritisierten die Gewerkschaftsführung scharf für den Abschluss dieses Abkommens; teilweise handelte es sich um dieselben Arbeitgeber wie im Werkstattkonflikt. Die Gewerkschaftsführung verteidigte sich damit, dass sie durch das Abkommen und die in dessen Folge steigenden Gewerkschaftsbeiträge, die Streikkasse der Werkstattarbeiter entlaste und somit den Streik der Werkstattarbeiter unterstützt habe, indem sie das Abkommen unterzeichnet hatte.³⁹¹

S. 4, *Livlig polemik om vår konflikt*, in: ebd. S. 4.

389 Vgl. dazu die zusammenfassende Übersicht über geschlossene Abkommen und deren Höhe in *Klart i många fack, Översikt över uppgjorda avtal*, in: *Strejken* Nr. 5, Göteborg 1945, S. 4.

390 Für eine Zusammenfassung des Abkommensinhalts siehe *Klart i järnbruken, Minnilönerna höjda med 6 öre, Väsentliga förbättringar i bestämmelserna om arbetstiden*, in: *Strejken* Nr. 3, Göteborg 1945, S. 4.

391 Vgl. dazu den Bericht in *Strejken: Uppgörelse i järnbruken stöd för de strejkande*, in: ebd. S. 2. Trotz der politisch geprägten Auseinandersetzungen war der Zusammenhalt zwischen den Streikenden spürbar; bzgl. der Streikaktivitäten ließ sich kein Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ausmachen (vgl. dazu *Sammanhållningen är det viktigaste*, in: *Strejken* Nr. 4, Göteborg 1945, S. 1+3 sowie *Våra mening*, in: *Strejken* Nr. 6, Göteborg

Auf Seiten der Arbeitgeber sorgte das Abkommen mit den *järnbruksarbetarna* ebenfalls für Konflikte; diese Konflikte waren allerdings nicht öffentlich bekannt. Die *verkstadsförening* (Werkstattvereinigung) beklagte, dass die Unternehmen des *järnbruksförbund* (Eisenhüttenverband) durch das Abkommen Gewinne auf ihre Kosten mache. Schon länger war es immer wieder zu Streitigkeiten zwischen beiden gekommen, zu welcher Arbeitgeberorganisation ein Betrieb gehöre. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Arbeitgeberverbänden hatte seinen Ursprung in der unterschiedlichen politischen sowie strategischen Ausrichtung der beiden Verbände. Der *järnbruksförbund* verfolgte eine liberale Abkommenspolitik, in der auch neue Wege ausprobiert wurden. Die *verkstadsförening* hingegen verfolgte eine konservative Abkommenspolitik, die darauf abzielte, jegliche Zugeständnisse bei Tarifverhandlungen zu vermeiden. Schon in den Jahren zuvor hatte es deswegen immer wieder Konflikte zwischen beiden Organisationen gegeben. Die *verkstadsförening* hatte sich dafür eingesetzt, dass die SAF den *järnbruksförbund* dazu veranlasst, in Zukunft keinerlei Abkommen abzuschließen, bevor nicht auch Verhandlungen im Werkstattbereich abgeschlossen seien. Die SAF war diesem Wunsch nicht gefolgt, sie hatte 1945 das Abkommen des *järnbruksförbund* gebilligt, obwohl der Konflikt im Werkstattbereich noch lief. Die SAF hatte gehofft, durch das Abkommen des *järnbruksförbund* die Verhandlungen im Werkstattbereich wieder in Gang zu setzen. Diese Hoffnung war aber enttäuscht worden. Auch der Verweis der *verkstadsförening* auf ein Abkommen zwischen beiden Arbeitgeberverbänden aus dem Jahre 1923, das eine Pflicht zu gegenseitigen Sympathieaussperrungen beinhaltete, wurde von Seiten des *järnbruksförbund* im April und noch einmal im Mai abgelehnt. Im *verkstadsstrejk 1945* standen sich auf beiden Seiten jeweils die Hardliner gegenüber, die jeweils den Konflikt verschärfen wollten, auch gegen die Position ihrer eigenen Zentralorganisationen. Die SAF war – wie die LO – ebenfalls gegen eine Verschärfung des Konfliktes. Die SAF befürchtete, dass ein Eingreifen der Regierung die Position der Kommunisten in der Gesellschaft stärken würde.³⁹²

1945, S. 4). Explizit zur Beteiligung der Sozialdemokraten vgl. *Metalls Socialdemokratiska förening är aktiv under strejken*, in: Strejken Nr. 9, Göteborg 1945, S. 2. Zum Ganzen siehe auch Treslow 1972 a. a. O. S. 71ff.

392 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 74ff.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

Die Kommunisten ihrerseits dagegen forderten, die LO solle sich – auch finanziell – mehr engagieren, was von der LO, mit Verweis darauf abgelehnt wurde, dass eine höhere Unterstützung nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffende Einzelgewerkschaft, in diesem Fall also die Metallindustriearbeitergewerkschaft, den Streik nicht mehr alleine finanzieren könne.³⁹³ Der Metallindustriearbeitergewerkschaft gelang es aber, auch wenn die Streikkasse am Ende des Konfliktes völlig leer war, die gesamten 5 Monate zu finanzieren. Die LO stellte sich auf den Standpunkt, dass sie den *verkstadsstrejk* nicht anders behandeln könne als andere Konflikte, und deshalb keine weiteren Finanzhilfen möglich seien. Insgesamt zahlte die Metallarbeitergewerkschaft in dem Konflikt 42 Millionen Kronen an Streikunterstützung aus, wovon 8,3 Millionen von der LO beglichen wurden.³⁹⁴

An die Arbeitgeber wurden von der SAF während des Konfliktes etwa 24 Millionen ausbezahlt. Im Gegensatz zur Metallindustriearbeitergewerkschaft, die die Streikunterstützung an die Arbeiter Ende April um 33% verminderte,³⁹⁵ erhöhte die SAF die Zahlungen an die Arbeitgeber im Laufe des Konfliktes. Der Werkstattbereich war ein sehr lohnintensiver Bereich, was den Arbeitgebern bei einem Streik entgegen kam; sie sparten etwa 200 Millionen an Lohnzahlungen ein. Finanziell waren die Arbeitgeber der Metallindustriearbeitergewerkschaft somit weit überlegen.³⁹⁶

Beendigungsversuch der Gewerkschaftsführung

Im Mai unternahm die Gewerkschaftsführung einen neuen Anlauf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und den Konflikt zu beenden.³⁹⁷ Gegen

393 Vgl. *L.O. stödjar Metall*, in: *Strejken* Nr. 5, Göteborg 1945, S. 1.

394 Vgl. *8 milj. från LO: Inget förbund har tidigare erhållit så kraftig hjälp*, in: *Strejken* Nr. 17, Göteborg 1945, S. 1; zu den Gesamtkosten der Gewerkschaft von über 40 Millionen siehe *Över 40 milj. kr. har strejken kostat*, in: ebd. S. 3.

395 Vgl. *Understöden sänkes redan denna vecka*, in: *Strejken* Nr. 11, Göteborg 1945, S. 3.

396 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 79ff.

397 Vgl. *Nya förhandlingar upptagas under den närmaste tiden, Troligen i början av nästa vecka*, in: *Strejken* Nr. 12, Göteborg 1945, S. 2; *Avtalskonferens i dag! Förhandlingar på söndag*, in: *Strejken* Nr. 13, Göteborg 1945, S. 1. Zwischenzeitliche Versuche waren gescheitert; zur Berichterstattung für die Streikenden siehe *Inga förhandlingar i sikte, Nejmajoritet vid omröstningen*, in: *Strejken* Nr. 8, Göteborg 1945, S. 1; sowie *Klarare sikt i förhandlingsläget, Avtalsituationen klarlägges i presspolemik*, in: *Strejken* Nr. 9, Göteborg 1945, S. 1f., ein

den Willen der kommunistischen Mehrheit in der Verhandlungsdelegation stellte man den Mitgliedern einen Vorschlag zur Abstimmung, der eine Erhöhung der Minimallöhne um 8 Öre (die Arbeitgeber boten 6 Öre an) sowie eine geringe Erhöhung der Stundenlöhne vorsah. Dieser Vorschlag sollte danach den Arbeitgebern unterbreitet werden. Die Kommunisten lehnten diesen Vorschlag ab, auch die Arbeiter stimmten mehrheitlich dagegen.³⁹⁸ Die Initiative der Gewerkschaftsführung war damit fehlgeschlagen, führte aber zumindest dazu, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden.³⁹⁹

Immer mehr Gewerkschaftsabteilungen wollten sich nicht länger mit der festgefahrenen Situation abfinden und äußerten ihren Unmut darüber in der gewerkschaftsinternen Verhandlungskommission. Weder die Kommunisten noch die Vertreter in der Verhandlungsdelegation, die die Linie der Gewerkschaftsführung vertraten, konnten die Mehrheitsverhältnisse unter den Gewerkschaftsmitgliedern einschätzen. Die gewerkschaftsinterne Verhandlungskommission einigte sich deshalb darauf, erneut eine Abkommenskonferenz einzuberufen, damit die Abteilungen selber über die Verhandlungslinie der Gewerkschaftsvertreter entscheiden könnten. Alle versicherten, dass sie sich der Entscheidung der Konferenz beugen würden. Die Führung der Metallarbeitergewerkschaft sowie der LO verwiesen auf der Konferenz darauf, dass die Finanzmittel in 6 Wochen erschöpft seien und man nicht darauf hoffen könne, einen besseren Abschluss als vergleichbare Branchen zu bekommen. Mit 57 zu 56 Stimmen konnten die Kommunisten die Mehrheit für ihren Vorschlag – keine weiteren Zugeständnisse zu machen, bevor die Arbeitgeber ein besseres Angebot vorlegten – knapp verteidigen.⁴⁰⁰

Auf Grund des knappen Abstimmungsergebnisses auf der gewerkschaft-

Bericht über die Vorbereitung der Wiederaufnahme von Verhandlungen nebst Wiedergabe eines Beitrags des Direktors der Arbeitgebervereinigung. Zu einer zwischenzeitlichen Wiederaufnahme der Verhandlungen siehe *Förhandlingarna i full gång*, in: Strejken Nr. 10, Göteborg 1945, S. 1.

398 Zum Vorschlag vgl. *Medlingsförslag prövas, Medlemmarna får rösta på kommissionens förslag nästa vecka*, in: Strejken Nr. 14, Göteborg 1945, S. 1 und *Förbundsstyrelsen säger nej? Medlingskommissionens förslag förkastas*, in: Strejken Nr. 15, Göteborg 1945, S. 1; zur Abstimmung und deren Folgen vgl. *Konflikten kör tomgång i väntan på vad?* in: Strejken Nr. 16, Göteborg 1945, S. 1 und *77 procent av förbundets medlemmar röstade nej*, in: ebd. S. 1.

399 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 88ff.

400 Vgl. ebd. S. 95ff.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

lichen Abkommenskonferenz wählten sich die Arbeitgeber nun im Vorteil. Dennoch war die Verhandlungsdelegation der Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls unter Zugzwang geraten, da man den Konflikt beigelegt haben wollte, bevor die anderen europäischen Länder wieder von einer Kriegsauf eine Friedenswirtschaft umgestellt hatten.⁴⁰¹ Hintergrund war die Kapitulation Deutschlands am 7./8. Mai 1945. Die Vertreter der Linie der Gewerkschaftsführung konnten sich innerhalb der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission damit durchsetzen, den Arbeitern einen Vorschlag der Arbeitgeber zur Urabstimmung vorzulegen. Dieser Vorschlag enthielt keinerlei Zugeständnisse von Seiten der Arbeitgeber.

Die Antwort der Gewerkschaftsmitglieder entsprach nicht der Erwartung der Arbeitgeber: mit deutlicher Mehrheit, deutlicher als bei den vorangegangenen Abstimmungen, wurde der Vorschlag abgelehnt. Die Arbeitgeber beeindruckte das derart, dass eine intensive Debatte auf Seiten der Arbeitgeber begann, ob man nun weitere Zugeständnisse machen solle. Die Mehrheit war der Ansicht, dass die sog. 6-Öre-Linie nun nicht mehr haltbar sei.⁴⁰² Die einzige Alternative zu einem besseren Angebot an die Arbeiter war die Überlegung, durch Aussperrungen den Druck weiter zu erhöhen.⁴⁰³

Am 18. Juni trat die gewerkschaftliche Abkommenskonferenz erneut zusammen. Diesmal gelang es der Gewerkschaftsführung eine knappe Mehrheit für ein 8-Öre-Angebot an die Arbeitgeber zu bekommen. Nach einigem Hin und Her in Detailfragen gelang die Einigung mit den Arbeitgebern auf einen Vorschlag, der innerhalb dieser 8-Öre-Linie lag.⁴⁰⁴ Auch die Forderung der Gewerkschaft nach einer Änderung des Akkordparagrafen, der das Prozedere zur Berechnung der Akkordlöhne regelte, sowie die Einrichtung eines *arbetsstudienämnd* (Arbeitsstudienausschuss), wurden – mit gewissen Einschränkungen – von den Arbeitgebern akzeptiert. Zusätzlich hatte man sich auf eine vorgezogene Auszahlung der Urlaubsgehälter geeinigt, weil sich davon sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschafts-

401 Vgl. *Kommer krigets slut göra arbetsgivarna mjukare, Interessant analys i LO:s tidskrift*, in: Strejken Nr. 10, Göteborg 1945, S. 4.

402 Zur 6-Öre-Linie vgl. auch *Arbetsgivarna bjöd 6 öre, Skulle möjligen ha gått till 7*, in: Strejken Nr. 11, Göteborg 1945, S. 1f. sowie *Presskommentarer om medlingsförsöket*, in: ebd. S. 2.

403 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 98ff.

404 Zum Vorschlag vgl. *Uppgörelse möjlig, Det nya avtalet ger 8 öre upp till 1:50 som gräns*, in: Strejken Nr. 19, Göteborg 1945, S. 1, *Uttalandet: 3 öre med 15 öres högre tak anledning till fortsatt strid*, in: ebd. S. 1.

führung einen positiven Effekt auf das Abstimmungsergebnis erhofften.

In der Urabstimmung fand jedoch auch dieser Vorschlag keine Mehrheit. Die Streikbereitschaft der Arbeiter war noch immer ungebrochen. Die Gewerkschaftsführung lastete die Abstimmungsniederlage öffentlich der kommunistischen Propaganda an; insbesondere in Göteborg hatten die Kommunisten gegen den Vorschlag mobilisiert.⁴⁰⁵

Die Arbeitgeber teilten mit, dass der durch die Arbeiter abgelehnte Vorschlag für sie nun akzeptabel sei, darüber hinaus aber keine weiteren Zugeständnissen gemacht würden. Sollte jetzt allerdings kein Abkommen geschlossen werden, kündigten die Arbeitgeber umfangreiche Aussperrungen an.

Die Kommunisten wollten unter keinen Umständen vor der Aussperrungsdrohung der Arbeitgeber einknicken. Die Gefahr, dass der Konflikt über den Werkstattbereich hinaus ausgeweitet würde, war damit gegenwärtig. In der Nacht zum 6. Juli entschloss sich die Gewerkschaftsführung der Metallindustriearbeitergewerkschaft, von ihrem satzungsgemäßen Recht, über den Kopf der gewerkschaftlichen Verhandlungsdelegation hinweg und ohne eine erneute Urabstimmung, allein zu entscheiden, Gebrauch zu machen und den Vorschlag anzunehmen. Um drei Uhr nachts unterzeichneten Arbeitgeber und Gewerkschaftsführung das Abkommen und der *verkstadsstrejk* war damit am Morgen des 6. Juli beendet.

In der Begründung gegenüber ihren Mitgliedern verwies die Gewerkschaftsführung insbesondere auf die angekündigte Aussperrungsdrohung der Arbeitgeber, die ein sofortiges Handeln der Gewerkschaftsführung notwendig gemacht habe. Die Kommunisten hingegen griffen die Gewerkschaftsführung für ihr Vorgehen scharf an, plädierten für eine Fortsetzung und Ausweitung des Streiks und bezweifelten grundsätzlich, dass die Aussperrungsdrohung der Arbeitgeber ernst gemeint gewesen sei.⁴⁰⁶

405 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 101ff.; für die unterschiedlichen Positionen zum Vorschlag siehe Klipp *ur Morgon-Tidningen* 23/6, *Kommunisterna försöka smita ifrån ansvaret*, in: *Strejken* Nr. 19, Göteborg 1945, S. 2, *Ur Morgontidningen klipper vi: Arbetarna*, in: ebd. S. 4.

406 Vgl. Treslow 1972 a. a. O. S. 107ff.

3.2.3 Erfolg oder Niederlage?

Betrachtet man das Streikergebnis allein auf die Lohnerhöhungen bezogen, so hat man sich etwa in der Mitte dessen getroffen, was am Anfang der Verhandlungen vorgeschlagen worden war. Dieses Ergebnis kann nicht als besonderer Erfolg der Metallindustriearbeitergewerkschaft verbucht werden, denn auf Grund der leeren Streikkasse musste man zugestehen, dass das Abkommen bis zur Verhandlungsrunde 1946/47 gelten solle; zur turnusgemäßen Verhandlungsrunde Ende 1945 hätte die Metallindustriearbeitergewerkschaft keinen Arbeitskampf finanzieren können. Eine Lohnangleichung von Männern und Frauen – wie es vor allem die Kommunisten gefordert hatten – konnte nicht erreicht werden.⁴⁰⁷

Als Erfolg der Metallindustriearbeitergewerkschaft ist zu werten, dass es mit Hilfe des Streiks gelungen war, die Einrichtung des *arbetsstudienämnd*, sowie Änderungen zur Berechnung der Akkordlöhne durchzusetzen. Dies schränkte §23 (das Recht des Arbeitgebers, die Arbeit zu leiten und zu verteilen) der Satzung der SAF ein, den die Arbeitgeber im Werkstattbereich energisch verteidigten. Wieder einmal war es gelungen, diesen Paragraphen weiter aufzuweichen. Ein weiterer Erfolg – sowohl für die Gewerkschaftsführung als auch für die SAF – war die Begrenzung des Streiks auf den Werkstattbereich und somit die erfolgreiche Vermeidung einer Ausweitung des Konfliktes.

Für die Kommunisten sowie die Arbeiter, die weiter streiken wollten, war es eine Niederlage, weder die Regierung zum Eingreifen zu bewegen, noch den Konflikt ausweiten zu können.⁴⁰⁸ Insbesondere für diejenigen Teile der

407 Vgl. ebd. S. 111ff.; zur Lohnangleichung siehe auch *Fakta i debatten: Lika lön för lika arbete*, in: Strejken Nr. 20, Göteborg 1945, S. 2.

408 Zur Debatte um das Eingreifen der Regierung gegen die Arbeitgeber auf Grund des *förfogandelagen* („Verfügungsgesetz“, als Ermächtigungsgrundlage zu Dienstverpflichtung von Einzelnen und ganzer Kommunen in Kriegs- oder Krisenzuständen in etwa vergleichbar mit der Notstandsgesetzgebung in Deutschland), siehe die Berichte über die erfolglosen kommunistischen Vorstöße im Reichstag: *Kommunisterna och förfogandelagen*, in: Strejken Nr. 5, Göteborg 1945, S. 2, *Kommunisterna och förfogandelagen*, in: Strejken Nr. 10, Göteborg 1945, S. 2, *Sagt i riksdagen: Förfogandelagen under debatt*, in: Strejken Nr. 13, Göteborg 1945, S. 2. – Die LO hingegen war gegen ein Eingreifen des Staates, vgl. *Ur fackföreningsrörelsen: Staten och fackföreningarna*, in: ebd. S. 4; zum damit zusammenhängenden Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung vgl. Knut Larsson, *Fackföreningsrörelsens uppgifter*, in: Strejken Nr. 14, Göteborg 1945, S. 3.

Gewerkschaftsbewegung, die mit ihrer Einbindung in den Korporatismus nicht einverstanden waren, wurde der *verkstadsstrejk* zu einem Symbol dafür, dass sich nicht alle ihre Teile widerspruchlos in den Korporatismus einbinden ließen.⁴⁰⁹

Die Studie von Johansson/Hellmark „*Från LKAB till ASAB*“⁴¹⁰ (Von der LKAB zur ASAB) – über die wilden Streiks der 1970er Jahre – stellt die Bedeutung des *verkstadsstrejk* für den Korporatismus heraus: Der *verkstadsstrejk* 1945 wird in eine Reihe mit der Tragödie von Ådalen 1931 und dem *storstrejk* 1909 gestellt; Johansson/Hellmark sehen ihn als einen der wichtigsten Konflikte der schwedischen Geschichte. Seine Bedeutung bekommt er demnach vor allem durch den Einfluss, den die Kommunisten auf die Basis der Metallindustriearbeitergewerkschaft ausüben konnten, und den Umstand, dass sich die Mehrheit der Mitglieder gegen den Willen der Gewerkschaftsführung für einen Streik ausgesprochen hatte.⁴¹¹

Die Erinnerung an den *verkstadsstrejk* diene somit immer auch einer Selbstvergewisserung der radikaleren Teile der Bewegung; es war auch die Erinnerung daran, dass die Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung nicht völlig im Korporatismus untergegangen ist.⁴¹²

3.2.4 Bedeutung des *verkstadsstrejk* für das Schwedische Modell

Kjell Treslow untersucht in seiner Studie⁴¹³ den *verkstadsstrejk* als eine Abweichung vom „Normalfall“, nämlich der friedlichen Lösung eines Konfliktes in den gegebenen Verhandlungsformen. Die Abweichung von diesem Normalfall sieht Treslow hauptsächlich in der Spaltung der Gewerkschaftsmitglieder in Kommunisten und Reformer. Die Kommunisten wollten den Konflikt verschärfen und neben einer Lohnerhöhung auch das Ende der

409 Vgl. dazu die Nachbetrachtung des Streiks mit Fokus auf das Verhalten der Kommunisten *Slutskedet: Kommunisternas zick-zack reträtt*, in: Strejken Nr. 20, Göteborg 1945, S. 1f.

410 Per Owe Johansson / Ann-Britt Hellmark, *Från LKAB till ASAB, Strejker och lockouter på den svenska arbetsmarknaden 1970-74*, Stockholm 1981.

411 Vgl. ebd. S. 16.

412 Vgl. dazu auch die Schlußbetrachtung zum *verkstadsstrejk* 1945: *Vi är eniga om en sak* (Wir sind einig um eine Sache), in: Strejken Nr. 20, Göteborg 1945, S. 4.

413 Kjell Treslow, *Verkstadsstrejken 1945, En Studie av arbetsmarknadens förhandlingssystem vid konflikt*, Stockholm 1972.

3.2 Anwendung der neuen Konfliktordnung im verkstadsstrejk 1945

staatlichen Lohnstopp-Politik herbeiführen. Die Reformer wollten, dem Schwedischen Modell entsprechend, den Konflikt friedlich lösen.⁴¹⁴ Treslow untersucht deshalb diejenigen Faktoren, die das Konfliktrisiko erhöhen (u. a. Unzufriedenheit mit der staatlichen Lohn- und Preisstopp-Politik, Konjunkturentwicklung in den letzten Kriegsjahren) und sieht seiner Hypothese folgend auch in der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Akkordberechnung einen Faktor, der das Konfliktrisiko gesteigert hat. Da Treslow sich auf die Risiken konzentriert, wird bei ihm der eigentliche Gewinn des Streiks für die Arbeiter – die Einrichtung des *arbetsstudienämnd* – nur gering bewertet. Von diesem Standpunkt – Streik als Abweichung vom Schwedischen Modell – kommt Treslow dazu, den Kommunisten „*ett underkännande av vissa av ‚spelreglerna‘*“⁴¹⁵ (eine Nichtanerkennung gewisser ‚Spielregeln‘) vorzuhalten.

Das Problematische an Treslows Betrachtungsweise ist, dass die im Abkommen von Saltsjöbaden kodifizierten Verhandlungsformen (Spielregeln) automatisch ihre Akzeptanz und Anwendung auch durch den radikalen Teil der Gewerkschaftsbewegung implizieren. Deshalb übersieht er, dass eine allein auf friedliche Verhandlungen setzende Verhandlungstaktik nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn die Streikdrohung nicht nur taktisch begründet ist, sondern die Mitglieder auch bereit sind, diese real umzusetzen. Ein radikales Potential in der Mitgliedschaft mit seiner Drohkulisse ist somit indirekt Voraussetzung, d. h. fester Bestandteil einer im Ergebnis friedlichen Verhandlungsführung. Aus diesem Grund kann die Existenz und der Einfluss einer radikalen Opposition nicht automatisch auf eine pathologische Abweichung vom Normalfall einer friedlichen Verhandlungsführung reduziert werden.

Gerade der Umstand, dass der *verkstadsstrejk* nicht friedlich, d. h. nicht ohne die Drohung mit und den Einsatz von Arbeitskampfmaßnahmen, abgelaufen ist, ist für eine Analyse der Verhandlungsformen des Schwedischen Modells entscheidend: Erst ein eskalierender Konflikt offenbart die (fehlende) Wirkung einer Verhandlungsform. Für die meisten „friedlich“ ablaufenden Konflikte bedarf es ohnehin keiner komplizierten Verhandlungsordnung; bei letzteren ist zudem schwer auszumachen, ob sie sich nicht auch unter einer anderen weniger robusten Konfliktordnung genau-

⁴¹⁴ Vgl. ebd. S. 113ff.

⁴¹⁵ Ebd. S. 115.

so friedlich hätten lösen lassen. Erst ein „unvermeidbarer“ Konflikt, der „notwendig“ eskaliert, und bei dem somit alle Möglichkeiten der gegebenen Verhandlungsformen ausgeschöpft werden müssen, erlaubt es vom konflikttheoretischen Standpunkt aus, von einem „Normalfall“ zu sprechen.

Wie oben am *verkstadsstrejk* beispielhaft ausgeführt, bestand durch das Eingreifen der radikalen Teile der Gewerkschaftsbewegung die latente Gefahr, dass der Konflikt eskaliert wäre. Unter der Konfliktordnung, wie sie vor dem Abkommen von Saltsjöbaden bestand, hätte sich dieser vermutlich weiter ausgebreitet.

Den Einfluss und die Bedeutung der Konfliktordnung des Abkommens von Saltsjöbaden für den Ablauf des *verkstadsstrejk* im Besonderen und für das Schwedische Modell im Allgemeinen verdeutlichen nachfolgende drei Aspekte:

- (1) Sowohl die Gewerkschaftsführung als auch die SAF, als Dachverband der Arbeitgeber, taten alles, um den Streik auf die Werkstattarbeiter zu begrenzen. Diese Position behielten sie inne, obwohl vor Ort die betroffenen Gewerkschafter und Arbeitgeber den Konflikt eskalieren lassen wollten. In der Handlungsweise von Gewerkschaftsführung und SAF drückt sich der vielbeschworene Geist von Saltsjöbaden aus. Beide Seiten sind – zumindest auf den höheren Ebenen – der Überzeugung, dass ein Konflikt immer auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden kann. Einen auf dem Verhandlungswege unlösbaren Konflikt, der allein durch die Kapitulation oder die völlige Niederlage eines Konfliktpartners beendet werden kann, gibt es nach diesem Verständnis nicht. Dem Geist von Saltsjöbaden entsprechend sind beide Konfliktparteien davon ausgegangen, dass – auch am Ende des Konfliktes – die Eigenständigkeit und Stärke der jeweils anderen Seite erhalten bleibt.
- (2) Der *verkstadsstrejk* verdeutlicht zudem die Rolle der Zentralisierung von Entscheidungen für das Verhandlungsmodell: trotz aller Differenzen und gegenseitiger Anfeindungen waren sich die Kommunisten und die Gewerkschaftsführung der Metallindustriearbeitergewerkschaft darin einig, dass man den Konflikt selbst lösen wollte; beide wollten nicht riskieren, dass die LO den Konflikt auf höchster Ebene beendet. Die Arbeitgeber waren ständig darauf bedacht, ein Eingrei-

3.3 Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells

fen des Staates zu verhindern. Da beide Seiten verhindern wollten, von einer höheren Ebene (LO, SAF) bzw. von einem Dritten (Staat) eine Lösung für den Konflikt aufgezwungen zu bekommen und somit jegliche Kontrolle über das Ergebnis zu verlieren, waren die Eskalationsbestrebungen des Streiks durch diesen der Konfliktordnung innewohnenden Automatismus wirksam beschränkt worden.

- (3) Entsprechend der Konfliktordnung des Abkommens von Saltsjöbaden hielt sich der Staat aus dem Konflikt heraus. Die Regierung respektierte die Eigenständigkeit der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitgeber und vertraute darauf, dass es ihnen gelingen würde, diesen Konflikt selbsttätig zu lösen. Dieser Vertrauensvorschuss von Seiten des Staates beinhaltet gleichzeitig auch immer ein Drohpotenzial: eine Konfliktordnung mit drei eigenständigen und unabhängigen Akteuren (Arbeit-Kapital-Staat) hat aus staatlicher Sicht nur dann eine Existenzberechtigung, wenn Arbeit und Kapital eine Eskalation von Arbeitskonflikten wirksam vermeiden können.

Diese drei Aspekte – der Geist von Saltsjöbaden, das Verhandlungsmodell mit seiner Zentralisierung von Entscheidungen und die Abwesenheit des Staates – sind besonderes Kennzeichen der neuen Konfliktordnung: die mit dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 etablierte, den Arbeitsfrieden fördernde Konfliktordnung des Schwedischen Modells hat mit dem *verk-stadsstrejk 1945* ihren ersten Belastungstest bestanden. In ihrer Fähigkeit zur vorzeitigen friedlichen Beendigung von Konflikten liegt die grundlegende Bedeutung dieser neuen Konfliktordnung für das Schwedische Modell.

3.3 Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells

Zwar war mit dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 ein Mechanismus zur Schaffung von Arbeitsfrieden etabliert worden, die übrige Wirtschafts- und Sozialpolitik Schwedens unterschied sich jedoch nicht besonders von der anderer europäischer Länder. Ein Schwedisches Modell eigenen Charakters war noch nicht auszumachen: die wirtschaftspolitische Grundlage der Sozi-

aldemokratie sowie der ökonomischen Politik der LO zur Errichtung des *svenska folkhem* war bis Mitte der 1950er Jahre der Keynesianismus.

Umsetzung und Probleme keynesianistischer Wirtschaftspolitik

Die schwedische Variante des Keynesianismus beinhaltete eine expansive Finanzpolitik, um Vollbeschäftigung zu erreichen, und Preiskontrollen sowie Lohnzurückhaltung, um Inflation und Lebenshaltungskosten zu deckeln. Die gestiegene Produktivität sollte durch Preissenkungen (nicht durch Lohnerhöhungen) umverteilt werden und so – dem integrativen Ansatz des *svenska folkhem* entsprechend – den gesellschaftlichen Wohlstand aller (nicht ausschließlich der Lohnempfänger) steigern.

Mit der keynesianistischen Politik gelang es in Schweden in der direkten Nachkriegszeit Vollbeschäftigung zu erreichen; 1948 lag die Arbeitslosigkeit nur noch bei 1,6%. Das größte Problem bestand darin, die Inflation zu begrenzen. Die Koreakrise 1950-52 erhöhte den Inflationsdruck noch zusätzlich; 1951 lag die Inflation bei 20% und die Lohnforderungen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Abkommensrunde bei 22%.⁴¹⁶

Mit Erreichen der Vollbeschäftigung war das Hauptziel der keynesianistischen Wirtschaftspolitik erfüllt. Eine Fortsetzung der Lohnzurückhaltungspolitik hätte dazu geführt, dass die ohnehin geringen Lohnzuwächse in Folge der Inflation egalisiert worden wären; eine expansive Lohnpolitik dagegen hätte die Gefahr einer Inflationsspirale beinhaltet. Die Gewerkschaftsbewegung benötigte eine Alternative jenseits der in Europa vorherrschenden keynesianistischen und monetaristischen Wirtschaftsmodelle.⁴¹⁷ Auch die Theoretiker der Sozialdemokratie (Wigforss und Myrdal) gaben offen zu, der LO in diesem Dilemma nicht weiterhelfen zu können. Die LO benötigte eine neue Grundlage für ihre ökonomische Politik und sie schickte sich an, auch der ökonomischen Politik der Sozialdemokratie eine neue Grundlage zu geben.⁴¹⁸

⁴¹⁶ Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 17.

⁴¹⁷ Vgl. Lennart Erixon, *Den svenska modellens ekonomiska politik, Rehn-Meidnermodellens bakgrund, tillämpning och relevans i det 21:a århundradet*, Stockholm 2003, S. 7ff.; ders., *Den svenska modellens ekonomiska politik, En analys av Rehn-Meidnermodellens tillämpning i Sverige under efterkrigstiden*, in: ebd. S. 103ff.; Villy Bergström, *Pristabilitet i fullsysselsättningsamhället – Rehns och Meidners modell för lönebildning*, in: ebd. S. 33ff.

⁴¹⁸ Vgl. Lars Ekdahl, *Mellan fackligt och politiskt dilemma. En bakgrund till Rehn-Meidnermodellen*,

3.3.1 Das Rehn-Meidner-Modell und die solidarische Lohnpolitik

Der zum LO-Kongress 1951 in Auftrag gegebene Kongressbericht „*Fackföreningsrörelsen och den fulla sysselsättningarna*“⁴¹⁹ (die Gewerkschaftsbewegung und die Vollbeschäftigung) von Gösta Rehn und Rudolf Meidner bildete die Grundlage für das später nach ihnen benannte „Rehn-Meidner-Modell“⁴²⁰ und die damit einhergehende solidarische Lohnpolitik. Eine laut Meidner von Gösta Rehn autorisierte Definition dieses Modells benennt die vier Hauptkomponenten:

- (1) eine restriktive, ökonomische Politik der Gewerkschaften, die alle Unternehmen unabhängig von ihrer finanziellen Situation gleich stark belastet und Inflationsrisiken – resultierend aus einer großen Lohnspreizung sowie sich gegenseitig aufschaukelnder Lohn- und Preiserhöhungen – minimiert;
- (2) eine selektive Arbeitsmarktpolitik, die gezielt die Arbeitslosigkeit bekämpft, die durch die restriktive ökonomische Politik entsteht;
- (3) eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den schnellen Wechsel in eine neue Anstellung erleichtert, nicht allein eine finanzielle Kompensation der Arbeitslosigkeit darstellt und die Strukturumwandlung der schwedischen Wirtschaft unterstützt;
- (4) eine solidarische Lohnpolitik,⁴²¹ die eine egalitäre Lohnstruktur (glei-

in: ebd. S. 21ff. Siehe auch: Meidner / Hedborg 1984 a. a. O. S. 79ff., die das Modell als „Versuch, Vollbeschäftigung, Wirtschaftssabilität und Tarifautonomie vereinbar zu machen“ (ebd. S. 79), beschreiben.

419 Landsorganisationen i Sverige, Organisationskommittén, *Fackföreningsrörelsen och den fulla sysselsättningarna*, Stockholm 1951.

420 Rudolf Meidner selbst spricht in seinem 2005 erschienenen Buch – *Spelet om löntagafonder*, Stockholm 2005 – meist nur vom Rehn-Modell. Da sich in der Forschung jedoch die Bezeichnung Rehn-Meidner-Modell durchgesetzt hat, wird es im Folgenden als Rehn-Meidner-Modell bezeichnet. In den folgenden beschreibenden Ausführungen zum Rehn-Meidner-Modell werden die Arbeiten von Rehn und Meidner selbst als maßgebliche Grundlage herangezogen.

421 Zur Entwicklung der solidarischen Lohnpolitik siehe: Lars Magnusson, *En svensk modell? Bakgrund och framtidsutsikter för den solidariska lönepolitiken*, in: *Arbetarhistoria*, Nr. 4-1 Stockholm 1990/91, S. 31ff; Ingvar Ohlsson, *Lönepolitisk solidaritet: Debatten inom fackförbunden under 80 år*, in: ebd. S. 35ff; Trautwein 1986 a. a. O. S. 50ff.

che Löhne für gleichartige Arbeiten) unabhängig von der Produktivität eines einzelnen Unternehmens anstrebt und somit eine Besserstellung von Niedriglohngruppen im Vergleich zu und auf Kosten von Hochlohngruppen erreicht, wodurch gleichzeitig Unternehmen mit geringer Produktivität und in Folge dessen mangelnden finanziellen Ressourcen für die Zahlung hoher Löhne aus dem Markt gedrängt werden, um so die Stellung von hochproduktiven Unternehmen zu stärken.⁴²²

Während (2) und (3) dem Staat die Arbeitsmarktpolitik zuweisen, legt (1) die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der Gewerkschaften fest. Die solidarische Lohnpolitik (4) als Verbindung von ökonomischer und gesellschaftlicher Stabilität ist das programmatische Kernelement des Schwedischen Modells als Konfliktordnung.⁴²³

Darüber hinaus enthält das Rehn-Meidner-Modell Empfehlungen, die sowohl an die LO als auch die sozialdemokratische Regierung gerichtet waren, um eine krisen- und inflationsfreie Vollbeschäftigungsökonomie zu schaffen. Der LO-Kongress 1951 hat zu dem Kongressbericht nicht formell Stellung bezogen; in der Folge war es aber das Rehn-Meidner-Modell, auf das sich die LO fortwährend bezog, wenn sie von einer inflationsfreien Vollbeschäftigungspolitik sprach.⁴²⁴

Das Rehn-Meidner-Modell war – als Alternative zu den vorherrschenden keynesianistischen sowie monetaristischen Modellen konzipiert – darauf ausgerichtet, die Stärke und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung

422 Für eine detaillierte Darstellung der solidarischen Lohnpolitik in deutscher Sprache siehe: Meidner / Hedborg 1984 a. a. O. S. 66ff. Siehe auch: Meidner 2005 a. a. O. S. 17ff.; Erixon 2003 a. a. O. S. 7ff.

423 Zum Verhältnis von Rehn-Meidner-Modell bzw. solidarischer Lohnpolitik, *svenska folkhem* und Schwedischem Modell: Das Rehn-Meidner-Modell beschreibt die solidarische Lohnpolitik. Das *svenska folkhem* und das Schwedische Modell beinhalten diese, gehen aber darüber hinaus. Historisch gesehen war das *svenska folkhem* der Vorläufer des Rehn-Meidner-Modells, welches seinerseits die Voraussetzung für das Schwedische Modell war, wobei das Schwedische Modell als Konfliktordnung auf Teilen des Rehn-Meidner-Modells – der restriktiven ökonomischen Politik der Gewerkschaften und der solidarischen Lohnpolitik – basiert. Während die Vision des *svenska folkhem* von der SAP ausging, dessen Umsetzung aber erst durch die Tragödie von Ådalen 1931 und das Abkommen von Saltsjöbaden 1938 ermöglicht wurde, ging das Rehn-Meidner-Modell von der LO aus und wurde von der schlagkräftigen Kombination aus LO und SAP realisiert.

424 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 17ff.; Erixon 2003 a. a. O. S. 7ff

3.3 Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells

(sowohl gegenüber der Staatsmacht als auch in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern) auf Dauer zu sichern,⁴²⁵ um (1) ökonomische Stabilität mit (2) gesellschaftlicher Stabilität zu kombinieren und so (3) die Grundlage für eine kontinuierliche Erhöhung des Lebensstandards zu schaffen.

- (1) Ökonomische Stabilität: Das Rehn-Meidner-Modell war wirtschaftspolitisch deflationär und, im Unterschied zum expansiven Keynesianismus der Nachkriegszeit mit seinem Ziel der Erreichung der Vollbeschäftigung, auf **Bewahrung** der Vollbeschäftigung sowie Vermeidung von Inflation ausgerichtet. Die expansive, keynesianistische Politik seit den 1930er Jahren hatte es geschafft, in Schweden Vollbeschäftigung herzustellen. Das Rehn-Meidner-Modell sollte nun ermöglichen, diese Vollbeschäftigung zu erhalten sowie darüber hinaus, ökonomische Krisen und weitere Inflation zu verhindern.⁴²⁶
- (2) Gesellschaftliche Stabilität: Das Rehn-Meidner-Modell war integrativ, auf den Erhalt gesellschaftlicher Stabilität und eine Erneuerung der gewerkschaftlichen Legitimität, ausgerichtet. Das Eintreten für eine egalitäre Lohnstruktur sollte einerseits den Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung stärken, indem die solidarische Lohnpolitik über eine verteilungspolitisch ausgerichtete Lohnpolitik hinausging. Andererseits konnte die Gewerkschaftsbewegung ihren gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch ausfüllen und demonstrieren, dass sie für gesellschaftliche (nicht ausschließlich ökonomische) Stabilität kämpfte.⁴²⁷
- (3) Erhöhung des Lebensstandards: In anderen Ländern Europas (bspw. England) hatte man, um den Kreislauf aus steigenden Löhnen und Preisen zu durchbrechen, auf Lohnzurückhaltung aller Lohngruppen gesetzt; die sinkende Nachfrage sollte die Preise stabilisieren: die Gewerkschaftsbewegung wollte dort gesellschaftliche Stabilität durch weniger materiellen Wohlstand auf Seiten ihrer Mitglieder schaffen. Eine solche Strategie beinhaltet die Gefahr als fortschrittsfeindlich angesehen zu werden und die Gewerkschaftsbewegung von innen

425 Vgl. Erixon 2003 a. a. O. S. 7ff.

426 Vgl. ebd. S. 103ff.

427 Vgl. ebd. S. 7ff.

heraus zu marginalisieren. Das Rehn-Meidner-Modell setzte zur Erhöhung des Lebensstandards auf einen Ausbau des öffentlichen Sektors – mit Hilfe von höheren Steuern – um kontinuierlich die gesamtgesellschaftliche Nachfrage zu steigern. Eine gestiegene Nachfrage sollte Produktivitätssteigerungen ausgleichen,⁴²⁸ sowie die Profite der Unternehmen durch hohe Löhne und steigende Steuern auf ein angemessenes Maß begrenzen.⁴²⁹

Umsetzung des Rehn-Meidner-Modells

Die Sozialdemokratie hatte noch Anfang der 1950er Jahre eine Neuausrichtung ihrer Arbeitsmarktpolitik – wie es das Rehn-Meidner-Modell forderte – zunächst strikt abgelehnt. Im Verlauf der 1950er Jahre wurde immer deutlicher, dass die Sozialdemokratie keine langfristige Strategie besaß, mit der erreichten Vollbeschäftigung umzugehen; – sie begnügte sich damit, auf ökonomische Probleme kurzfristig zu reagieren. Schrittweise änderte die Sozialdemokratie ihre Einstellung zum Rehn-Meidner-Modell und begann damit die selektive und aktive Arbeitsmarktpolitik umzusetzen, wie es im Modell beschrieben worden war; ab Mitte der 1950er Jahre wurde so das Rehn-Meidner-Modell in praktische Politik umgesetzt. Auf dem LO-Kongress 1961 dankte schließlich der sozialdemokratische Regierungschef Tage Erlander der Gewerkschaftsbewegung dafür, mit dem Rehn-Meidner-Modell eine wegweisende Neuausrichtung der schwedischen Politik formuliert zu haben.⁴³⁰

Bei der Umsetzung des Rehn-Meidner-Modells in sozialdemokratische Politik hat die Sozialdemokratie sich nicht an alle Vorgaben des Modells gehalten: die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Regierungen der 1950er/60er/70er Jahre war nie so deflationär ausgerichtet, wie es das Modell vorgesehen hatte.⁴³¹

Das Modell wurde im Zuge seiner Umsetzung um eine weitere Komponente ergänzt: die Zentralisierung der Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber forderten immer energischer, die LO solle zu zentralen Lohnverhandlungen

428 Alleinige Lohnzuwächse der unteren Lohngruppen – auf Grund der solidarischen Lohnpolitik – hätten nicht ausgereicht um eine Überproduktionskrise zu verhindern.

429 Vgl. Bergström 2003 a. a. O. S. 33ff.

430 Vgl. Ekdahl 2003 a. a. O. S. 13ff.

431 Vgl. Erixon 2003 a. a. O. S. 103ff.

3.3 Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells

(bisher wurden die meisten Lohnverhandlungen noch mit den Einzelgewerkschaften geführt) übergehen; die Arbeitgeber wollten auf diesem Wege Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Lohnentwicklung nehmen. Dafür waren sie bereit, die solidarische Lohnpolitik zu akzeptieren. Vor allem der zunehmende Arbeitskräftemangel hatte die Arbeitgeber zu diesem Schritt veranlasst. Obwohl selbst nicht Teil des Rehn-Meidner-Modells, wurde die Zentralisierung für dessen praktische Umsetzung (insbesondere für die angestrebte restriktive ökonomische Politik sowie die solidarische Lohnpolitik insgesamt) unvermeidbar.⁴³²

Für die Gewerkschaftsbewegung war das Rehn-Meidner-Modell, allem voran die solidarische Lohnpolitik, ein wegweisender Erfolg. Es wurde zur ideologischen Grundausrichtung der Gewerkschaftspolitik und bleibt es bis heute. Durch das Rehn-Meidner-Modell erhöhte sich der Lebensstandard in Schweden, die Legitimität der Gewerkschaftsbewegung erneuerte sich. Die Solidarität zwischen Hoch- und Niedriglohngruppen wurde zur Grundlage der ständigen Mobilisierungsfähigkeit sowie des hohen Organisationsgrades der schwedischen Gewerkschaftsbewegung; ihr gelang es, insbesondere im Niedriglohnbereich Arbeitnehmer zu organisieren, die in den meisten anderen Ländern nicht durch eine Gewerkschaft mobilisiert werden konnten.⁴³³

1960 gelang es der LO ein zentrales Abkommen mit den Arbeitgebern zu schließen, das den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen abschaffte. Von nun an gab es in den Abkommen zwischen LO und SAF keine Sonderbehandlung von Frauen mehr und sie wurden in allen Lohngruppen den Männern gleichgestellt.⁴³⁴

3.3.2 Das Schwedische Modell

Die Sozialdemokratie hat das Rehn-Meidner-Modell mit dem *svenska folkhem* kombiniert und beide Konzepte zu dem erweitert, was dann als das Schwedische Modell der 1950er/60er Jahre beschrieben wurde. Die Vision

432 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 17ff.; Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 17f.; Erixon 2003 a. a. O. S. 7ff.

433 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 17ff. Der allgemeine Organisationsgrad ist in Schweden bis heute überdurchschnittlich; 2015 liegt er bei 71%, vgl. http://www.lo.se/start/lo_fakta/facklig_anslutning_efter_klass_ar_1990_2015 (zuletzt abgerufen am 01.10.2015).

434 Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 17f.

des *svenska folkhem* als „gutes Heim“ fand im Rehn-Meidner-Modell sein Fundament, die Grundlage für seine praktische Realisierung. Die Hauptcharakteristika des entstehenden Schwedischen Modells waren:

- (1) ein umfassender öffentlicher Sektor, der durch vergleichsweise hohe Steuern finanziert wird,
- (2) ein umfangreiches Sozialsystem,
- (3) eine egalitäre Lohnstruktur, die von starken Gewerkschaftsorganisationen durchgesetzt wird,
- (4) eine Unternehmensstruktur, die das Privateigentum an Produktionsmitteln beibehält,
- (5) eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein umfangreicher öffentlicher Sektor, die Vollbeschäftigung erhalten,
- (6) eine politische Dominanz der Sozialdemokratie, die dauerhaft die Regierung stellt.⁴³⁵

Höchste Priorität wurde im Schwedischen Modell (wie auch im Rehn-Meidner-Modell) dem Erhalt der Vollbeschäftigung zugewiesen. Zentraler Baustein dafür war die angestrebte egalitäre Lohnstruktur (die solidarische Lohnpolitik), wodurch es ermöglicht werden sollte, die Vollbeschäftigung konfliktfrei zu erhalten. Die Aufgaben zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie verteilten sich dahingehend, dass die Gewerkschaftsbewegung für die Lohnpolitik und die Partei für die Finanz- und Sozialpolitik zuständig war.

Das Schwedische Modell war ein Pakt, durch den sich Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gegenseitig stabilisierten: die Sozialdemokratie verlangte von der Gewerkschaftsbewegung, ihre auf ökonomische Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung ausgerichtete Politik zu unterstützen; im Gegenzug verlangte die Gewerkschaftsbewegung von der Sozialdemokratie, durch eine restriktive ökonomische Politik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik die negativen Folgen der solidarischen Lohnpolitik (Arbeitslosigkeit auf Grund der Hochlohnpolitik) aufzufangen. Dieser

⁴³⁵ Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 17ff.

gegenseitige Stabilisierungspakt hat dafür gesorgt, dass Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie ihre Macht nicht einseitig missbrauchen konnten.⁴³⁶

Die Erfolge des Schwedischen Modells in den 1950er/60er Jahren haben überdeckt, dass im Schwedischen Modell allein verteilungspolitische Folgen für die Lohnstruktur betrachtet wurden. Die Ursache für dieses über die Lohnstruktur der ArbeitnehmerInnen hinausgehende Desinteresse an verteilungspolitischen Folgen lag darin, dass das Rehn-Meidner-Modell geringe Unternehmensgewinne voraussetzt. Die Erfolge der solidarischen Lohnpolitik überdeckten in der Folge, dass diese Grundannahme nicht zutraf. Die Lohnzurückhaltung der Hochlohngruppen führte in der Folge zu einem Ungleichgewicht an Macht zwischen den Arbeitgebern und ihren politischen Organisationen auf der einen und der Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie auf der anderen Seite.⁴³⁷

3.3.3 Schweden – Das modernste Land der Welt

Auf Grundlage des Rehn-Meidner-Modells wurde das Schwedische Modell der 1950er/60er Jahre zu einem beispiellosen Erfolgsmodell:⁴³⁸ die Arbeitslosigkeit verschwand als gesellschaftliches Problem (die Arbeitslosigkeit lag in den 1960er Jahren kontinuierlich unter 2%), die Inflation konnte auf 3-4% jährlich begrenzt werden, die Reallöhne stiegen jährlich um 4% oder mehr (zwischen 1950 und 1975 verdreifachten sich die Reallöhne) und die Armut nahm drastisch ab.⁴³⁹

Das Schwedische Modell erlebte seine goldene Zeit: alle Aspekte des Schwedischen Modells – das Abkommen von Saltsjöbaden 1938 mit seiner Arbeitsfriedensordnung, das Rehn-Meidner-Modell mit seiner solidarischen Lohnpolitik und der Wohlfahrtsstaat mit seinem produktiven Element des *social engineering* – wirkten reibungslos zusammen. Die Vision des *svenska folkhem* schien Realität geworden zu sein.

436 Vgl. ebd. S. 17ff.

437 Vgl. ebd. S. 22f. Zu diesem sog. verteilungspolitischen Dilemma der solidarischen Lohnpolitik siehe Kap. 5.1.

438 Zur Höhe des Anteils des Rehn-Meidner-Modells am Erfolg des Schwedischen Modells siehe: Vgl. Erixon 2003 a. a. O. S. 103ff.

439 Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 11; Yvonne Hirdman u. a., *Sveriges Historia 1920-1965*, Stockholm 2012, S. 562ff.

Umfassender gesellschaftlicher und sozialer Fortschritt ließen die Abwendung vom bürgerlichen Schweden vor der Tragödie von Ådalen 1931 als richtig erscheinen, die tägliche Lebenserfahrung einer positiven Moderne führte zu einer Festigung der sozialdemokratischen Hegemonie. Die anfängliche Fremdwahrnehmung Schwedens durch internationale Beobachter als modernstes Land der Welt verwandelte sich allmählich in eine Selbstzuschreibung.

Die Ausstrahlungskraft dieses sozialen und politischen Projekts jenseits der üblichen politischen Verwerfungslinien ließ die Entwicklung Schwedens als dritten Weg im doppelten Sinne erscheinen: bzgl. des Wirtschaftssystems war die maßgeblich durch *social engineering* geprägte Wirtschaftsordnung Schwedens ein dritter Weg jenseits von freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft, Kapitalismus und Kommunismus, West und Ost;⁴⁴⁰ bzgl. der ökonomischen Leitlinien der Politik stand das Rehn-Meidner-Modell für den dritten Weg jenseits von Monetarismus und Keynesianismus.

Zusammen mit den sichtbaren Erfolgen der Wohlfahrtsstaatspolitik wirkten die Zustände in Schweden beispielgebend und vorbildhaft: die Bezeichnung „Schwedisches Modell“ etablierte sich als Folge der internationalen Anerkennung.⁴⁴¹

Die wirtschaftlichen Erfolge in diesen Jahren gründeten vor allem auf einer umfassenden Strukturumwandlung und Modernisierung der schwedischen Wirtschaft, die zu einer umfangreichen Erneuerung der Produktionsweise und Ersetzung ineffektiven Kapitals führte: Unternehmen, die auf Grund der solidarischen Lohnpolitik unrentabel wurden, waren gezwungen ihre Produktionsweise zu modernisieren oder zu schließen. Die solidarische Lohnpolitik bewirkte eine kontinuierliche Abnahme der Lohnspreizung sowie eine Erhöhung der Durchschnittslöhne. Produktivitätsgewinne konnten so in materiellen Wohlstandszuwachs überführt werden. Die Gewerkschaftsbewegung war überzeugt davon, mit der solidarischen Lohnpolitik das entscheidende Instrument für die Erreichung eines gerechten Lohns

440 Die dritte Variante des dritten Wegs Schwedens sollte später folgen: die Außenpolitik Palmes bewegte sich jenseits der Spaltung in Nord und Süd, in Industrie- und Entwicklungsländer.

441 Zum Modellcharakter Schwedens und zum Begriff des „Modells Schweden“ siehe: Meidner/Hedborg 1984 a. a. O. S. 11ff. Vgl. des Weiteren Rudolf Meidner, *The Rise and Fall of the Swedish Model*, in: Wallace Clement (Hrsg.) u. a., *Swedish Social Democracy, A Model in Transition*, Toronto 1994, S. 337ff.

3.3 Die goldene Zeit: Realisierung des Schwedischen Modells

gefunden zu haben.

Möglich wurde die umfassende Erneuerung der schwedischen Wirtschaft, indem sich die Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich positiv zu Innovationen, Technisierung und Mobilität stellte. Wachstum und technischer Fortschritt wurden als die treibenden Kräfte angesehen, die alle Probleme lösen sollten. Jedem, der durch Rationalisierung arbeitslos wurde, sollte ein neuer und besserer Arbeitsplatz garantiert sein. Aus diesem neuen Verständnis heraus trat die Gewerkschaftsbewegung aktiv für Rationalisierungen und eine Modernisierung der Produktionsweise ein, verteidigte sie auch gegenüber Belegschaften, die von Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau betroffen waren.⁴⁴²

Als Folge dieser Modernisierung nahm die Stadt-Land-Mobilität zu, eine teilweise Entindustrialisierung des schwedischen Nordens setzte ein. Bis in die 1970er Jahre hinein hielt dieses Wirtschaftswachstum an, bevor negative Folgen auch in den wirtschaftlichen Kennzahlen erkennbar wurden.⁴⁴³

Trotz aller Erfolge herrschten in den 1950er/60er Jahren nicht der paradiesische Zustand, zu dem die Lebensrealität im *svenska folkhem* in politischen Debatten über das Schwedische Modell gerne verklärt wird.⁴⁴⁴ Der schwedische Wohlfahrtsstaat war zweifelsfrei einer der umfassendsten Wohlfahrtsstaaten auf der Welt, aber es gab weiterhin Bevölkerungsschichten (dies betraf vor allem Frauen sowie gesellschaftliche Minderheiten wie bspw. die Roma), die weiterhin durch das soziale Netz des Wohlfahrtsstaates fielen und ausgegrenzt wurden. Insbesondere in Forschungsarbeiten aus den 1980er Jahren wurde dies hervorgehoben.⁴⁴⁵

442 Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 11; Olsson 1982 a. a. O. S. 16ff.; Henningsen 1986 a. a. O. S. 164ff.

443 Vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 164ff.; Bergström 2003 a. a. O. S. 52ff.

444 Die Sterilisationspolitik ist ein dunkles Kapitel der schwedischen Politik in dieser Zeit, auf das im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter eingegangen werden kann. Die Sterilisationspolitik betraf vor allem Frauen (die als „sexuell zu aktiv“ eingestuft wurden), also „nicht in die Gesellschaft passten“ und gesellschaftliche Minderheiten (bspw. Roma), deren Lebensweise ebenfalls nicht in einen modernen Wohlfahrtsstaat zu passen schien. Die Aufdeckung der schwedischen Sterilisationspolitik nach dem zweiten Weltkrieg hat auf Seiten der Linken dazu geführt, die sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsromantik in Frage zu stellen.

445 Im wissenschaftlichen Diskurs wurde der normalisierende Charakter des Wohlfahrtsstaates ins Zentrum der Kritik gerückt. Vgl. dazu statt vieler: Yvonne Hirdman, *Att lägga livet till rätta, studier i svensk folkhemspolitik*, Stockholm 2000², Erstauflage von 1989. Auch der von

Auf der politischen Ebene blieb die Hegemonie der Sozialdemokratie ungebrochen erhalten. In der Reichstagswahl 1968 bekam die Sozialdemokratie mehr als 50% der Stimmen und mit dem jungen und charismatischen Olof Palme, der 1969 als *statsminister* auf Tage Erlander folgte, schien der Siegeszug der schwedischen Sozialdemokratie als dominierende Kraft der schwedischen Politik unaufhaltsam.⁴⁴⁶

Das Schwedische Modell als inflationsfreie Vollbeschäftigungsökonomie,⁴⁴⁷ die mit marktwirtschaftlichen Mitteln modernisiert wurde, war zum Selbstverständnis eines modernen Schweden geworden, das die Konflikte der vergangenen Zeit endgültig gelöst hat.⁴⁴⁸

Der *saltsjöbadsandan* (Geist von Saltsjöbaden) – die Akzeptanz der neuen Konfliktordnung durch Gewerkschaften und Arbeitgeber – wurde im Laufe der erfolgreichen 1950er und 60er Jahre ergänzt durch den *samförståndsandan* (Geist des Einvernehmens). Die Gewerkschaftsbewegung sah ihre Aufgabe immer weniger darin, Konflikte zu lösen oder zu vermeiden (*saltsjöbadsandan*). Ihr ging es nun vor allem darum, die schwedische Gesellschaft im Einvernehmen mit den Arbeitgebern sowie der Politik – vor allem der sozialdemokratischen Partei – fortzuentwickeln (*samförståndsandan*). Die Zeit der Klassenkämpfe schien endgültig überwunden zu sein.⁴⁴⁹ Selbstbewusste Gewerkschaftsorganisationen wollten die Entwicklung Schwedens in ihrem Sinne gestalten: mit einem dritten Weg zwischen marktwirtschaftlichem Liberalismus und sozialistischer Planwirtschaft, um eine krisenfreie Vollbeschäftigungsökonomie auf Dauer erhalten zu können.

ihr mitverfasste Band von Sveriges historia 1920-1965, ist in diesem Sinne gehalten, vgl. dazu Hirdman 2012 a. a. O. S. 562ff.

446 Eine Darstellung der Bedeutung von Palmes Rolle findet sich in: Henrik Berggren, *Underbara dagar framför oss, En biografi över Olof Palme*, Stockholm 2010. Auch nach seiner Ermordung blieb Palme die Identifikationsfigur des modernen Schwedens, vgl. dazu Greider 2012 a. a. O.

447 Betrachtet man das Ziel der Inflationsfreiheit, so kann man feststellen, dass es in den 1950er (durchschnittlich 5% Inflation) und 1960er Jahren (durchschnittlich 3% Inflation) entsprechend dem Rehn-Meidner-Modell erfüllt werden konnte. In den 1970er/80er Jahren (10% bzw. 8% Inflation) konnte dieses Ziel nicht mehr erreicht werden. Vgl. dazu Bergström 2003 a. a. O. S. 52ff.

448 Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 16ff.

449 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 9.; Olsson 1982 a. a. O. S. 13ff.

3.3.4 Das Macht-Relations-Modell und die Konfliktordnung

Die Machtressourcen sowie die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitgeber waren in den 1950er/60er Jahren gleich stark. Eine solche Konstellation hatte noch in den 1930er Jahren zu einer Zunahme von Arbeitskämpfen geführt, in den 1950er/60er Jahren hingegen gelang es, gesellschaftliche Verteilungskonflikte vom Arbeitsmarkt auf die politische Ebene zu verschieben.

Diese Verschiebung auf die politische Ebene zur Lösung von Verteilungskonflikten hat Walter Korpi in seinem Macht-Relations-Modell beschrieben: die Verantwortung für die aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für die Sozialpolitik (allein die Kontrolle über die Arbeitslosenversicherungen verblieb bei den Einzelgewerkschaften) sowie für das Erreichen der Vollbeschäftigung wurde auf die politische Ebene verlagert. Die Sozialdemokratie übernahm die Aufgabe, verteilungspolitische Konflikte innerhalb der parlamentarischen Demokratie zu lösen.⁴⁵⁰

Im Zuge der vorliegenden Arbeit ist darüber hinaus eine ähnliche Verschiebung bzgl. der Arbeitskonflikte festzustellen. Grundlage hierfür bildete die Etablierung der politischen Eigenständigkeit der Akteure im Verhältnis Arbeit-Kapital-Staat in Folge der Tragödie von Ådalen 1931 kombiniert mit der Leitentscheidung des Abkommens von Saltsjöbaden, dass überregionale Konflikte fortan in zentralen Verhandlungen von Arbeitgebern und LO gelöst werden sollten. Dadurch wurden Konflikte auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls auf eine politische Ebene verlagert: weg von der eher personalisierten lokalen auf die überregionale politische Ebene von LO und SAF. Solcherart im „Innenverhältnis“ von Arbeit und Kapital politisiert, blieb die Arbeitsmarktpolitik zudem den parteipolitisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen entzogen. Diese Verschiebung, die den Staat „außen vor lässt“, ihm also bzgl. der Arbeitskonflikte keinerlei Rolle zuweist, ist für das Schwedische Modell als Konfliktordnung charakteristisch.

⁴⁵⁰ Zur Verschiebung der Verteilungskonflikte auf die politische Ebene vgl. Korpi, Sverige, 1981 a. a. O. S. 244f. sowie zusammenfassend die Einleitung der vorliegenden Arbeit: Das Macht-Relations-Modell Korpis.

Kapitel 4

Wilde Streiks – Risse im Schwedischen Modell und Restauration

Ende der 1960er Jahre wurden erste Risse in der Vollbeschäftigungsökonomie Schwedens sichtbar: die von Rationalisierungen Betroffenen in neue Arbeitsstellen zu vermitteln, wurde immer schwieriger – zusätzlich konstatierten die Vermittelten oft, dass ihr neuer Arbeitsplatz keinesfalls besser als der vorherige war. Parallel zu einem immer schnelleren Austausch von Arbeitskräften nahm die Anzahl an Krankschreibungen zu, stetig stieg die Anzahl der Frühpensionierungen. Die psychischen und physischen Probleme, die aus gestiegenen Arbeitsanforderungen und immer höheren Arbeitstakten in Folge von Produktivitätssteigerungen hervorgingen oder aus der Arbeitslosigkeit folgten, wurden individualisiert, da sie keine allgemeine gesellschaftliche Folge des Schwedischen Modells sein durften. Vielmehr sollte jeder Einzelne individuell auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden, falls er keine Anstellung mehr fand oder dem gestiegenen Stress nicht gewachsen war.⁴⁵¹

Die Unzufriedenheit vieler Menschen mit ihrer Arbeitssituation war offenkundig;⁴⁵² eine daraus resultierende Erhöhung des Konfliktpotentials

⁴⁵¹ Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 16ff.

⁴⁵² Ein Beispiel dafür ist das Buch *Gruva* (Grube) von Sara Lidman, das bereits 1968 – also vor den wilden Streiks bei der LKAB – in Stockholm erschien und die Zustände in der LKAB-Grube in Kiruna zum Gegenstand hat. Die vor Ort recherchierte Darstellung beschreibt eindringlich die Lebensrealität der Grubenarbeiter und die örtlichen Missstände, sodass sie beim Ausbruch des LKAB-Konflikts als exakte literarische Verarbeitung der Vorgeschichte,

auf dem Arbeitsmarkt wurde bereits Anfang der 1970er Jahre teils systematisch analysiert teils in den größeren Zusammenhang des Kampfes der ArbeiterInnen um Kontrolle über die Produktion eingeordnet.⁴⁵³ Daneben verschafften sich Ende der 1960er Jahre kritische Stimmen in Bezug auf den Erfolg des Schwedischen Modells und den Zustand des *svenska folkhem* zusehends Gehör. Positiv gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und dem Gleichheits- und Integrationsansatz des *svenska folkhem* eingestellt,⁴⁵⁴ konstatierten diese neuen Kritiker: Schweden mit den Errungenschaften des Schwedischen Modells unterscheide sich grundsätzlich nicht von anderen kapitalistischen Gesellschaften. Die Sozialdemokratie reagierte auf diese Kritik und gründete ein Komitee, bestehend aus Vertretern von Sozialdemokratie und LO, das unter dem Vorsitz von Alva Myrdal die Gleichheit in der schwedischen Gesellschaft untersuchte. Der Myrdal-Bericht, der 1969 vorgelegt wurde, zählte eine ganze Reihe von Problemfeldern auf, in denen gegen den angestrebten Gleichheitsgrundsatz verstoßen wurde, und kommt – wie es Henningsen zusammenfasst – letztendlich zu dem Schluss, dass „gravierende Kennzeichen einer Klassengesellschaft in Schweden nicht überwunden seien“⁴⁵⁵.⁴⁵⁶

In den Einzelgewerkschaften der LO tauchte immer häufiger die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie – einer Ausweitung der politischen Demokratie auf das Arbeitsleben – auf.⁴⁵⁷

ja sogar als den wilden Streik vorbereitend, erscheint. Lidman sprach auch auf der ersten Streikversammlung in Malmfälten und spendete ihr Buchhonorar als Grundstock für den Streikfonds, vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 78; zur Vorgeschichte in Kiruna siehe zudem Edmund Dahlström u. a., *LKAB och demokratin, Rapport om en strejk och ett forskningsprojekt*, Stockholm 1971, S. 116ff.

453 Vgl. bspw. Walter Korpi, *Varför strejkar arbetarna? En sociologisk betraktelse över konflikter, makt och rätt på arbetsmarknaden* (Warum streiken Arbeiter? Eine soziologische Betrachtung von Konflikten, Macht und Recht auf dem Arbeitsmarkt), Stockholm 1970; Claes Fredelius, *Om den svenska arbetarklassens politiska organisering för kontroll över produktionen, Del II: 1930-1972*, Stockholm 1974.

454 Auf Seiten der bürgerlichen Parteien und ihrer Sympathisanten sowie unter den Arbeitgebern gab es selbstverständlich immer Kritiker des Wohlfahrtsstaates, die den Wohlfahrtsstaat abbauen wollten.

455 Henningsen 1986 a. a. O. S. 333. Der gesamte Bericht in deutscher Übersetzung ist wiedergegeben in: Walter Menningen (Hrsg.), *Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten*, Hamburg 1971.

456 Vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 332ff.

457 Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 16ff.

Oberstes Ziel der Sozialdemokratie, sowie der LO und ihrer Einzelgewerkschaften, war in den 1970er Jahren weiterhin die Vollbeschäftigung; von einer krisenfreien Vollbeschäftigungsökonomie konnte jedoch keine Rede mehr sein. Die Probleme in der schwedischen Wirtschaft wurden immer offensichtlicher. Die politischen Maßnahmen zum Erhalt der Vollbeschäftigung wichen immer weiter von dem ab, was als Rehn-Meidner-Modell die 1950er/60er Jahre hindurch die Wirtschaftspolitik bestimmt hatte. Der Sozialdemokratie sowie den Tarifparteien gelang es nicht mehr, die Inflation niedrig zu halten, und so führten die hohen Inflationsraten dieser Jahre – damit überhaupt Reallohnsteigerungen erzielt werden konnten – zu Tarifabschlüssen mit einer Lohnsteigerung von bis zu 40%. Die privatwirtschaftlichen Investitionen nahmen kontinuierlich ab. Die Ölpreisexplosion und die Entwicklung der Weltwirtschaft hatten eine beschleunigende Wirkung auf die negative Wirtschaftsentwicklung, vor allem die exportorientierte Industrie. Im Unterschied zu den 1950er/60er Jahren setzten Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung alles daran, überflüssige Arbeitskräfte in den Unternehmen zu halten und keine Arbeitsplätze abzubauen. Diese politisch gewollte Priorität der Vollbeschäftigung führte zu einer sinkenden Kapazitätsauslastung der Industrie. Die Lohnsteigerungen überstiegen die erwirtschafteten Produktivitätszuwächse.⁴⁵⁸

Politischer Hintergrund der wilden Streiks in den 1970er Jahren

Die Hegemonie der Sozialdemokratie blieb bis zur Mitte der 1970er Jahre bestehen und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates wurde von ihr unvermindert fortgesetzt. Zu keiner Zeit wurde so viel und so umfassend reformiert wie in den 1970er Jahren. Immer mehr Bereiche der Gesellschaft und des Lebens wurden vom Wohlfahrtsstaat umfasst.⁴⁵⁹

Erstmals stellte die Auseinandersetzung um den Ausbau schwedischer Atomkraftwerke, in deren Folge die Umweltbewegung entstand, die Hegemonie der Sozialdemokratie in Frage. Neben der Linkspartei war es auch die liberale *centerparti* (Zentrumspartei), die entschieden gegen die Kernkraft votierte. Die Sozialdemokratie hingegen befürwortete den weiteren Ausbau der Atomkraftwerke. Die Kampagne der Industrie für einen

⁴⁵⁸ Vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 169ff.

⁴⁵⁹ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 218ff.

Ausbau der Kernenergie wurde in dieser Zeit eher halbherzig geführt. Die Industrie war zwar für einen weiteren Ausbau der Kernenergie; um einen bürgerlichen Wahlsieg nicht (durch eine Schwächung der *centerparti*) zu gefährden, hielt man sich in dieser Frage aber vergleichsweise bedeckt.⁴⁶⁰

Das zweite Problem für die sozialdemokratische Regierung unter Olof Palme wurde 1973 die IB-Affäre, die damit begann, dass Peter Bratt und Jan Guillou 1973 eine Artikelserie über den bis dahin unbekanntem militärischen Überwachungsdienst *informationsbyrå* (Informationsbüro – IB) veröffentlichten.⁴⁶¹ Die Brisanz dieser Enthüllungen lag darin, dass der IB neben Aktivitäten im Ausland (Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst) vor allem in Schweden selbst aktiv war und dort oppositionelle Gewerkschafter, linke politische Aktivisten und andere linke Bewegungen überwachte. Für die Sozialdemokratie wurde zum Problem, dass der IB nicht allein dem Militär sowie der Regierung unterstand, sondern enge Verbindungen zur Sozialdemokratie hatte und außerdem in Teilen als parteipolitische Geheimorganisation der Parteiführung diente.⁴⁶² Als Folge der IB-Affäre⁴⁶³ wandten sich immer mehr Intellektuelle und Kunstschaffende von der Sozialdemokratie und damit auch von Olof Palme ab.⁴⁶⁴

Die militärische Neutralitätspolitik nahm für die Ausrichtung der Sozialdemokratie in dieser Zeit eine zunehmend zentrale Rolle ein; anstatt

460 Vgl. ebd. S. 223ff.

461 Die ersten Artikel wurden am 3. Mai 1973 in der Zeitschrift *Folket i Bild / Kulturfront*, Nr. 9 Stockholm 1973 veröffentlicht. Alle Artikel zu finden auf: http://fib.se/fib_1/IB/index2.html (zuletzt abgerufen am 9.10.2015).

462 Der IB – ein Produkt des kalten Krieges – zielte offiziell auf die Minimierung von Sicherheitsrisiken für die Verteidigung Schwedens. Inoffiziell arbeitete der IB eng mit der Sozialdemokratie und der LO zusammen, welche die Namen von Kommunisten und anderen „Radikalen“ an den IB weitergaben. Auch bei Streiks wurde der IB (von Sozialdemokratie und LO) eingesetzt, um „radikale Gewerkschafter“ zu überwachen. Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 245.

463 Olof Palme leugnete beständig einen Zusammenhang zwischen dem IB und der Sozialdemokratie, doch die staatliche Untersuchungskommission kam – fast 30 Jahre später – zu dem Ergebnis, dass die Enthüllungen im Großen und Ganzen korrekt gewesen waren. Vgl. ebd. S. 246f. Der Bericht der staatlichen Untersuchungskommission *Rikets säkerhet och den personliga integriteten, De svenska säkerhetstjänsternas författningsskyddade verksamhet sedan år 1945* (ID-Nr. SOU 2002:87): <http://www.regeringen.se/rattsdokument/statens-offentliga-utredningar/2002/01/sou-200287/> (zuletzt abgerufen am 9.10.2015).

464 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 245ff.

sich dem politischen Weltgeschehen weiterhin zu entziehen,⁴⁶⁵ betrieb die Sozialdemokratie nun eine aktive Außenpolitik. Diese aktive Außenpolitik ist eng mit zwei Schlagwörtern verknüpft: Olof Palme und Vietnam.

Die Kritik Olof Palmes am Vietnamkrieg der USA veränderte die schwedische Außenpolitik grundlegend. Anstatt sich weiter einzuigeln wurde die Außenpolitik zu einer internationalen Solidaritätsarbeit weiterentwickelt. Die Vietnampolitik der Regierung Palme machte die Widersprüchlichkeit der schwedischen Außenpolitik deutlich. Nach dem amerikanischen Angriff auf Hanoi und Olof Palmes Vergleich dieses Angriffs mit Guernica und Treblinka in seiner Weihnachtsansprache 1972, beendete die USA zwar einerseits alle diplomatischen Kontakte zu Schweden, andererseits setzte sich die ökonomische und militärische Zusammenarbeit beider Staaten unvermindert fort: Schweden kaufte amerikanische Militärtechnologie, um – mit Verweis auf die eigene militärische Stärke – seinen Neutralitätsstatus zu untermauern. Amerika setzte die ökonomische und militärische Zusammenarbeit mit Schweden fort, um die nördliche Verteidigungsflanke gegen die Sowjetunion nicht zu schwächen.⁴⁶⁶

Diese Widersprüchlichkeit – außenpolitische Neutralität einerseits, aber ökonomische sowie militärische Zusammenarbeit mit den USA andererseits – prägte die aktive Außenpolitik der schwedischen Sozialdemokratie. Nach außen wurde vor allem der Nord-Süd-Konflikt (neben der Kritik am Vietnamkrieg) thematisiert, bei dem die schwedische Außenpolitik mit der amerikanischen Außenpolitik kollidierte; im Ost-West-Konflikt stand Schweden auf Seiten des Westens. So konnte man zeigen, dass Schweden nicht einseitig die USA unterstützte.⁴⁶⁷

Während die Außen- und Sicherheitspolitik Schwedens die Agenda der Sozialdemokratie bestimmte, verdichtete sich die Unzufriedenheit der Arbeitenden mit der Situation im Schwedischen Modell zu einer Welle wilder Streiks.

465 Vorher hatte die strategische Ausrichtung der Außenpolitik Schwedens in der sog. Igelstrategie bestanden: Schweden ist zu klein, um die großen Fragen der Weltpolitik beeinflussen zu können, daher sollte die Außenpolitik auf die Angelegenheiten beschränkt bleiben, die Schwedens Sicherheit erhöhen, was meistens gleichbedeutend war mit „*att ligga lågt och inte sticka ut hakan för långt*“ (flach auf dem Boden zu liegen und nie zu lange aufzublicken). Ebd. S. 271.

466 Vgl. ebd. S. 272ff.

467 Vgl. ebd. S. 281f.

Definition: Wilder Streik

Als wilde Streiks werden im Folgenden all jene Streiks beschrieben, die gegen Gesetze (u. a. das Gesetz zu Kollektivabkommen, das Gesetz zur Einrichtung des Arbeitsgerichtshofes von 1928), Kollektiv- und Hauptabkommen oder gegen die Statuten der jeweils zuständigen Gewerkschaftsorganisation verstoßen.⁴⁶⁸

Neben der Sorte wilder Streiks, die in der Regel gewerkschaftlich geführt waren und gegen ein Gesetz oder Abkommen verstießen,⁴⁶⁹ entwickelte sich diesbezüglich im Verlauf der 1970er Jahre ein weiteres Streikmuster: die Arbeitnehmer selbst inszenierten wilde Streiks ohne Einverständnis ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisation.⁴⁷⁰

Zur Darstellung der Konfliktverläufe wilder Streiks, die Schweden vom Ende der 1960er Jahre bis zur Mitte der 1970er Jahre erschütterten, wurden drei exemplarische Konflikte ausgewählt.⁴⁷¹ Sie betreffen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und illustrieren sowohl die Risse im Schwedischen Modell als Konfliktordnung als auch die Restaurierungsbemühungen durch Sozialdemokratie und LO. Der erste zu untersuchende Konflikt betrachtet die Hafendarbeiter in Göteborg, die den Startschuss für die wilden Streiks dieser Zeit gaben. Der Zweite, der LKAB-Konflikt in Kiruna und Umgebung ganz im Norden Schwedens, erhielt landesweit die größte Aufmerksamkeit. Der Dritte beschreibt die Putzfrauenstreiks 1974/75.⁴⁷²

468 Für eine detaillierte Definition wilder Streiks siehe: Johansson / Hellmark 1981 a. a. O. S. 7ff. Für eine Statistik sämtlicher wilden Streiks der 1970er Jahre siehe ebd. S. 28ff., eine systematische Klassifizierung der Streiks findet sich ebd., S. 34f., eine Aufschlüsselung nach Jahren ebd., S. 36ff.

469 Eine Darstellung der damals geltenden gesetzlichen Regelungen und des Bezuges zum Abkommen von Saltsjöbaden findet sich bei Johansson / Hellmark, a. a. O. S. 21ff.; eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kollektivabkommengesetz 1928 findet sich Anders Thunberg u. a., *Strejken*, Stockholm 1970, S. 231ff.

470 Dies führte zu einer Welle von Verfahren vor dem Arbeitsgerichtshof, vgl. Rolf Granstrand / Bodil Henriksson, *Arbetsdomstolen och de olagliga strejkarna 1969-1973*, in: *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia*, Nr 6 Lund 1974, S. 3ff.

471 Eine umfangreichere Übersicht von wilden Streiks, die auch auf den Waldarbeiterstreik 1975, den Auto- und Traktorenstreik 1978, sowie den Öjebystreik 1980 eingeht, findet sich in: Järhult 1982 a. a. O.

472 **Zur Quellenlage:** Bzgl. der wilden Streiks der 1970er existieren zwei Überblicksbücher aus den 1980ern: Ragnar Järhults Buch über „die neue Streikbewegung“, Järhult 1982 a. a. O.; Johansson / Hellmark 1981 a. a. O. Bzgl. der Dokumentation der einzelnen wilden Streiks

4.1 Hafenarbeiterstreik 1969: Gegen die Zentralisierung der Organisationsstruktur

Als Ende der 1960er Jahre die politische Landschaft in Schweden von den Studentenunruhen erreicht wurde, gelang es der Sozialdemokratie – insbesondere durch ihren Ausbildungsminister Olof Palme – die Proteste gegen den Vietnamkrieg als Teil des politischen Kampfes der Sozialdemokratie darzustellen und Teile der Bewegung zu integrieren.⁴⁷³ Die Kritik

ist die Quellenlage auch auf Grund der Illegalität der Streikaktivitäten sehr unterschiedlich. Der Hafenarbeiterstreik 1969 ist lediglich rudimentär dokumentiert, während die Geschehnisse der Putzfrauenstreiks in den anhängig gemachten Arbeitsgerichtsprozessen gleichsam indirekt dokumentiert wurden. Der LKAB-Konflikt stellt insofern eine glückliche Ausnahme dar, als zur Zeit des Ausbruchs des Streiks bereits seit einigen Monaten eine Forschergruppe vor Ort war, deren eigentliche Aufgabe die Untersuchung der Zusammenarbeitsgruppen zwischen Arbeitern und Betriebsführung war. Mit Ausbruch des wilden Streiks brachen sie diese Untersuchung ab und gingen dazu über, den wilden Streik vor Ort wissenschaftlich zu dokumentieren. Diese Studie über die LKAB und die Macht, Bericht über einen Streik und ein Forschungsprojekt von Dahlström / Eriksson / Gardell / Hammarström / Hammarström 1971 a. a. O., nimmt insofern eine Sonderstellung ein. Eine weitere Analyse des LKAB-Konflikts findet sich in: Thunberg 1970 a. a. O.; eine Nachbetrachtung liefern Jan Kronlund / Jan Carlsson / Inga-Lill Jensen / Carin Sundström-Frisk, *Demokrati utan makt, LKAB efter strejken*, (Demokratie ohne Macht, Die LKAB nach dem Streik) Stockholm 1973. Die Protokolle und Dokumente zum LKAB-Konflikt sind in zwei Bänden veröffentlicht in: *Strejkkommitten i Malmfälten, Pappren på bordet, del I och II, Protokoll och dokument från den stora gruvstrejken i Malmfälten 1969/70*, Eneyrda 1972. Der Streik fand landesweit Beachtung: eine Aufarbeitung der Berichterstattung im Auftrag der Leitung des Schwedischen Radios und des Arbeiterbewegungsarchivs findet sich bei Jörgen Westerståhl, *LKAB-konflikten i radio/TV och dagspress, Studier av nyhetsförmedlingen utförda på uppdrag av Sveriges Radios Styrelse och Arbetarrörelsens Arkiv*, Göteborg 1971; zum LKAB-Konflikt in der politischen Presse siehe Christer Thörnqvist, *LKAB-konflikten i politisk press*, C-uppsats vid Göteborgs Universitet, Göteborg 1986. – Auf deutsch ist eine Übersetzung einer kommunistischen Broschüre zu den wilden Streiks 1969/70 erschienen: Schmiederer (Übers.) 1970 a. a. O.

⁴⁷³ Die politische Radikalisierung der 1960er/70er Jahre verlief in Schweden bemerkenswert friedlich. Es gab zwar vereinzelte Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten (vor allem bei Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg), zu mehr als ein paar Verurteilungen wegen Eierwürfen reichte es aber nicht. (Östberg 2013 a. a. O. S. 240f.) Für eine Darstellung der Geschehnisse in Schweden um das Jahr 1968 herum siehe Sven-Olof Josefsson, *Året var 1968, Universitetskris och studentrevolt i Stockholm och Lund*, Göteborg 1996. Ein Vergleich der „68er“ in Deutschland und Schweden findet sich in: Thomas Etzemüller, 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005.

dieser radikalen außerparlamentarischen Opposition richtete sich aber zugleich gegen den Zentralismus und die patriarchalen Strukturen auch der Gewerkschaftsbewegung.⁴⁷⁴ Die LO-Führung wollte (gemeinsam mit den Führungen der Einzelgewerkschaften) die Gewerkschaftsarbeit rationalisieren und professionalisieren; dafür wurden die Entscheidungsbefugnisse der Gewerkschaftsführung – LO und Einzelgewerkschaften – ausgebaut und die Organisationsstruktur gestrafft. Diese Zentralisierung führte zu ständigen Konflikten der Gewerkschaftsführungen mit den untergeordneten Gewerkschaftsabteilungen sowie den Mitgliedern vor Ort.

Die Vorgeschichte zum Hafenarbeiterstreik 1969 begann früh. Schon 1954 waren die Hafenarbeiter, aus Protest gegen die autoritär auftretende Führung der Transportarbeitergewerkschaft, einmal in Streik getreten. Die Hafenarbeiter wollten damals ein Abkommen, das ihre eigene Gewerkschaft – gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Hafenarbeiter – geschlossen hatte, nicht akzeptieren. Die Gewerkschaftsführung stellte den Streikenden daraufhin ein Ultimatum, den Streik zu beenden oder ausgeschlossen zu werden. Drei Tage nach Ablauf des Ultimatums wurde der Streik beendet; dennoch schloss die Transportarbeitergewerkschaft die beteiligten Hafenarbeiter aus. Zur Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen war die Gewerkschaftsführung nur bereit, wenn eine Loyalitätserklärung gegenüber der Transportarbeitergewerkschaft unterschrieben wurde.⁴⁷⁵

Der Ablauf des Hafenarbeiterstreiks

Die Konfliktbereitschaft der Hafenarbeiter nahm, durch veränderte Produktionsweisen und ständige Rationalisierungen im Verlauf der 1960er Jahre kontinuierlich zu. Grundlegende Probleme waren steigender Stress am Arbeitsplatz, eine Zunahme von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingter Krankheiten; die Anzahl der Arbeitsunfälle war im Göteborger Hafen bspw. sechsmal so hoch wie im Rest der Wirtschaft. Infolgedessen stieg

474 Die Gewerkschaftsbewegung trat in den 1960er Jahren offensiv für Produktivitätssteigerungen in der Wirtschaft als alleinige Lösung aller gesellschaftlichen Probleme ein, vgl. dazu Kap. 3.3.1.

475 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 37ff.; siehe zum Streikablauf auch eine Kurzdarstellung in deutscher Sprache: Wilfried Großjohann, *Klassenkämpfe in Schweden heute*, Frankfurt/Main 1975, S. 51ff. Dort auch die Darstellung eines ähnlich gelagerten Hafenarbeiterstreiks in Ådalen 1970: ebd. 79ff.

auch die Unzufriedenheit mit der eigenen Gewerkschaftsführung, die Rationalisierungen befürwortete. Der Konflikt zwischen Hafenarbeitern und Gewerkschaftsführung eskalierte 1969, als die Mehrheit der Hafenarbeiter in Göteborg ein Abkommen ablehnte, welches die Transportarbeitergewerkschaft verhandelt hatte. Insbesondere die Ungleichbehandlung von ArbeiterInnen und Angestellten wurde von den Hafenarbeitern als Provokation empfunden.⁴⁷⁶ Die Ablehnung des Abkommens durch die ArbeiterInnen kam für die Transportarbeitergewerkschaft einem Gesichtsverlust gleich.

Anlass für den wilden Streik war, dass einige Arbeiter sich weigerten, ein Schiff für den gebotenen Preis zu entladen. Daraufhin wurden sie für zwei Wochen suspendiert und sollten eine hohe Strafzahlung leisten. Aus Protest gegen die Suspendierung und die Höhe der Strafzahlung streikten alle Hafenarbeiter. Die Streikforderungen beinhalteten u. a. einen festen Monatslohn und besseren Arbeitsschutz. Beide Punkte sollten im Laufe der nächsten 10 Jahre noch bei vielen wilden Streiks wieder auftauchen. Andere Forderungen der Hafenarbeiter waren Gleichstellung (mit den Angestellten), Wirtschaftsdemokratie und die Möglichkeit, Einsicht in die Finanzen des Unternehmens zu bekommen. Der Hafenbetreiber versuchte daraufhin mehrfach, Streikbrecher einzusetzen; alle Versuche diese auf das Hafengelände zu bringen, scheiterten. Nach fünf Tagen Streik lenkte der Hafenbetreiber ein, die suspendierten Arbeiter konnten zurückkehren und der Streik wurde beendet.⁴⁷⁷

Die Hafenarbeiter hatten gegen den Willen ihrer Gewerkschaft einen wilden Streik geführt und gewonnen. Sie hatten gezeigt, dass ein wilder Streik eine Alternative zum etablierten Verhandlungsprozedere des Schwedischen Modells sein kann und es sich lohnt, die zu Arbeitsfrieden mahnenden Appelle der Gewerkschaftsführung zu ignorieren. Der Arbeitsfrieden – das Aushängeschild des Schwedischen Modells – wurde damit aus der Mitte einer LO-Gewerkschaft heraus in Frage gestellt.⁴⁷⁸

476 So bekamen bspw. die Angestellten der Verwaltung subventionierte Mittagmahlzeiten, sodass die ArbeiterInnen im Essensaal für das gleiche Essen mehr bezahlen mussten. Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 43f.

477 Vgl. ebd. S. 43ff.

478 Vgl. ebd. S. 43ff.

Folgen des Hafenarbeiterstreiks

Das Ende des Hafenarbeiterstreiks 1969 war allerdings nicht das Ende des Konfliktes zwischen der Transportarbeitergewerkschaft und ihren Mitgliedern. Der Konflikt weitete sich im Folgenden vielmehr zu einem Konflikt über die Zentralisierung der Organisationsstruktur aus.

Scheinbar unbeeindruckt von der Niederlage, die die Gewerkschaftsführung der Hafenarbeiter 1969 hatte hinnehmen müssen, setzte die Transportarbeitergewerkschaft bereits 1972 ihre Zentralisierungsbestrebungen fort und forderte 19 kleinere Abteilungen von Hafenarbeitern in Norrland auf, sich zu Großabteilungen zusammenlegen zu lassen; andernfalls würde man die betroffenen Abteilungen ausschließen. Von den 19 betroffenen Abteilungen verweigerten 18 der Transportarbeitergewerkschaft die Gefolgschaft, wurden ausgeschlossen und bildeten daraufhin eine eigene Gewerkschaft: *hamnarbetarförbund* (Hafenarbeitergewerkschaft). Weitere Hafenarbeiterabteilungen verließen daraufhin die Transportarbeitergewerkschaft und schlossen sich dem neu gegründeten *hamnarbetarförbund* an.⁴⁷⁹ Nach den positiven Erfahrungen im wilden Streik 1969 wollten sie sich nicht länger dem autoritären Führungsstil der Transportarbeitergewerkschaft unterordnen.

In der Tarifrunde 1974 taten Transportarbeitergewerkschaft und LO alles dafür, um zu demonstrieren, dass allein sie Verbesserungen für die ArbeiterInnen erringen könnten und der *hamnarbetarförbund* unfähig sei, ein eigenes Abkommen zu erreichen. Die LO schloss zunächst ein allgemeines Abkommen für alle LO-Gewerkschaften und sämtliche angeschlossenen Arbeitergruppierungen ab; allein die Hafenarbeiter wurden von diesem Abkommen ausgenommen. In der Folge sorgte die Transportarbeitergewerkschaft dann dafür, dass der Konflikt bei den Hafenarbeitern eskalierte. Als der *hamnarbetarförbund* daraufhin den Streik begann und sich die Arbeitgeber allen Kompromissen verweigerten, schloss die Transportarbeitergewerkschaft ein eigenes Abkommen mit den Arbeitgebern. Das von der LO geschlossene Abkommen für alle Arbeitergruppierungen hätte den Hafenarbeitern eine Erhöhung um durchschnittlich 90 Kronen gebracht. Das Abkommen, das nun die Transportarbeitergewerkschaft mit den Arbeitgebern der Hafenarbeiter geschlossen hatte, lag mit durchschnittlich

479 Vgl. ebd. S. 37ff.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

600 Kronen Lohnerhöhung deutlich darüber – gleichsam um ein Exempel zu statuieren. Der *hamnarbetarförbund* versuchte zwar noch, den Streik eigenständig fortzusetzen, doch die Streikfront brach schnell zusammen und der *hamnarbetarförbund* blieb ohne eigenes Abkommen.⁴⁸⁰

Alle Versuche des *hamnarbetarförbund* in den folgenden Jahren eigene Abkommen mit den Arbeitgebern zu schließen, wurden von der Transportarbeitergewerkschaft aufs Schärfste bekämpft.⁴⁸¹

Das Agieren der Transportarbeitergewerkschaft zeigt, wie die LO und ihre Einzelgewerkschaften ihre Rolle in der Konfliktordnung des Schwedischen Modells der 1970er Jahre sehen:

- (1) die Gewerkschaftsführung wacht über den Arbeitsfrieden und sie allein entscheidet, wann ein Abkommen annehmbar ist oder gestreikt wird; den Gewerkschaftsabteilungen vor Ort fehle dazu der nötige gesamtgesellschaftliche Überblick;
- (2) die LO-Gewerkschaften sind die einzig legitime Vertretung der ArbeiterInnen; diesen Alleinvertretungsanspruch verteidigen sie – weit über den bloßen Ausschluss von Mitgliedern oder Gewerkschaftsabteilungen hinaus⁴⁸² – mit einer fortwährenden Machtdemonstration gegenüber den ArbeiterInnen.

Politisch gewollt und planmäßig durchgeführt wurde die Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen in die Hände der Gewerkschaftsführungen gelegt; unberücksichtigt blieb die demokratische Mitwirkung der Mitglieder.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Drei Wochen nachdem der Hafentarbeiterstreik 1969 erfolgreich beendet war, begann bei der *Luossavaara-Kiirunavaara Aktiebolag* (LKAB) der LKAB-

⁴⁸⁰ Vgl. ebd. S. 46ff.

⁴⁸¹ Vgl. ebd. S. 37ff.

⁴⁸² Der Ausschluss von Mitgliedern (bzw. schon allein die Drohung damit) stellte ein besonderes Druckmittel in den Händen der Gewerkschaftsorganisationen dar, da diese die Arbeitslosenkassen verwalteten, deren Leistungen allein den Gewerkschaftsmitgliedern zukamen.

Konflikt. Äußerer Anlass war ein als zu niedrig empfundenenes Angebot der LKAB am Ende einer langwierigen und ermüdenden Lohnverhandlungsrunde. Die dahinter liegenden Gründe sind vielschichtig und sowohl im allgemeinen Hintergrund des Unternehmens als auch im Innenverhältnis zwischen den ArbeiterInnen und ihrer Gewerkschaftsorganisation, dem *gruvinindustriarbetareförbund* (Grubenindustriarbeitergewerkschaft), zu finden:

Das technisch-ökonomische System LKAB

Die LKAB – Betreiberin der Eisenerzgruben, in denen sich der LKAB-Konflikt abspielte – war seit 1957 ein vollständig staatliches Unternehmen.⁴⁸³ Der Firmensitz der LKAB befand sich in Stockholm und neben den Eisenerzgruben in Kiruna und Malmberget betrieb die LKAB auch zwei Häfen: Narvik⁴⁸⁴ und Luleå. Eine weitere Grube eröffnete man 1964 in Svappavaara. Die Produktion der LKAB ging zu 95% in den Export; sie war allein für 8% des gesamten schwedischen Exports verantwortlich.⁴⁸⁵ Die LKAB galt als das staatliche Vorzeigunternehmen schlechthin.

Für die ArbeiterInnen hatte die Eigentümerfrage jedoch nur eine geringe Bedeutung; der Reichstag hatte nach der vollständigen staatlichen Übernahme beschlossen, die LKAB mit einer eigenen Unternehmensführung rein nach wirtschaftlichen Kriterien zu betreiben. Die LKAB wurde als rein technisch-ökonomisches System gesehen, das darauf ausgerichtet wurde, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Für den Staat zahlte sich diese

483 Der schwedische Staat hatte 1907 die Hälfte der 1890 gegründeten LKAB übernommen, mit der Garantie, nach 50 Jahren die andere Hälfte übernehmen zu können. Die Entwicklung der LKAB um die Jahrhundertwende ist ein Lehrstück für die zunehmende Kapitalkonzentration der schwedischen Wirtschaft in den Händen einiger weniger Banken und Familien sowie des Einflusses einzelner Bankhäuser auf den Industrialisierungsprozess der schwedischen Wirtschaft. Schon in diesem „Finanzkrimi“ der Jahrhundertwende traten alle noch heute maßgeblichen Finanzakteure Schwedens (darunter bspw. die Familie Wallenberg und die *Stockholms Enskilda Bank* – SEB) auf; auch die Deutsche Bank spielte schon mit. Vgl. Hirdman 2012 a. a. O. S. 344ff.

484 Eisenerz aus Kiruna wird mit dem Zug nach Narvik transportiert und dort verschifft. Die Hafenanlagen in Narvik – obwohl sie sich in Norwegen befinden – gehören vollständig der LKAB und werden von ihr selbständig betrieben. Auch die gesamte Zugstrecke zwischen Kiruna und Narvik wird von einem Tochterunternehmen der schwedischen Staatsbahn betrieben. Die Zugstrecke dient hauptsächlich dem Erztransport der LKAB und endet in Narvik. Es existiert keine Anbindung an das Zugnetz zum Süden Norwegens.

485 Vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 17; Järhult 1982 a. a. O. S. 75ff.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Entscheidung aus. Indem man die Produktion zwischen 1958 und 1968 um 100% steigerte, die Belegschaft um 1400 ArbeiterInnen reduzierte (im Jahr 1969 arbeiteten in allen Gruben der LKAB noch 5000 ArbeiterInnen) und die Kontrollmechanismen gegenüber den ArbeiterInnen sowie die Steuerungsinstrumente für den Arbeitsprozess ausbaute, waren in diesen Jahren Renditen zwischen 10% und 25% des Aktienkapitals möglich. Die Erzproduktion pro Angestelltem stieg von 1600 Tonnen im Jahr der Verstaatlichung (1957) auf 4000 Tonnen in 1969. Ende der 1960er Jahre waren in der Region Norrbotten insgesamt mehr als die Hälfte der Einwohner direkt oder indirekt von der Erzförderung abhängig.

Nach außen hin stellte sich die LKAB immer als technisch und organisatorisch fortschrittliches Unternehmen dar, das die eigene Arbeitsorganisation ständig weiterentwickelte und große Summen in Forschung und Entwicklung steckte. Die LKAB sah sich selbst als Muster für ein marktwirtschaftlich erfolgreiches und beispielhaftes staatliches Unternehmen, das eng mit der Region Norrbotten, in der es produziert, verbunden ist und dessen Bedeutung für den ganzen Norden Schwedens – insbesondere auf Grund der jährlichen Steuerzahlungen – weit über dem liege, was als normal gelten könne.⁴⁸⁶

Auch in großen Teilen der Öffentlichkeit war man der Überzeugung, die LKAB stelle als Staatsunternehmen mustergültige Arbeitsplätze zur Verfügung. Für die ArbeiterInnen resultierten die Produktivitätssteigerungen jedoch vor allem in einem engmaschigen Arbeitsbemessungssystem und einer Zentralisierung der Entscheidungen über den Arbeitsprozess – auch Versetzungen von unliebsamen oder aufrührerischen ArbeiterInnen waren die Folge. Was an der Oberfläche und für Außenstehende das technisch-ökonomische System eines Musterunternehmens war, erschien der Arbeitnehmerseite mit ihrem Blick auf die Tiefenstruktur als „*Det andra LKAB*“⁴⁸⁷ (Die andere LKAB): die Leitung der LKAB perfektionierte ein autoritäres Führungsprinzip, in dem Entscheidungen der Führungskräfte

⁴⁸⁶ Diese Selbstwahrnehmung ist bis heute ungebrochen. Aktuell zeichnet die LKAB für die Öffentlichkeit das Bild eines umweltfreundlichen, regional verwurzelten, aber doch interkulturellen Unternehmens inmitten der wilden, unbewohnten Natur; es werden auch dazu passende Produkte (grüne Pellets) und eine entsprechende Ausbildungsförderung angeboten (Quelle: Imagefilm der LKAB: LKAB koncernfilm <http://www.lkab.com/sv/Press/Bildarkiv/Film/Filmer-om-LKAB/> (zuletzt abgerufen am 9.10.2015)).

⁴⁸⁷ Dahlström 1971 a. a. O. S. 70.

ohne jegliche Widerworte durchgesetzt wurden.⁴⁸⁸ Zwar wurden eine ganze Reihe von *samrådsgrupper* (Zusammenarbeitsgruppen) geschaffen und Vertrauenspersonen gewählt, wirklicher Einfluss blieb den ArbeiterInnen jedoch verwehrt.⁴⁸⁹

Interne Konflikte im gruindustriarbetareförbund

Neben den Angriffspunkten, die die LKAB als Arbeitgeber bot, steigerte die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen mit ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisation ihre Konfliktbereitschaft. Die Auseinandersetzung zwischen den Abteilungen Nord- und Mittelschwedens hatte im *gruindustriarbetareförbund* eine lange Tradition; hinzu kamen die Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratisch und kommunistisch dominierten Abteilungen.⁴⁹⁰ Die Gewerkschaftsführung war mehrheitlich mit Vertretern der Gewerkschaftsabteilungen Mittelschwedens besetzt.⁴⁹¹ In den 1930er Jahren waren die Gewerkschaftsabteilungen in Kiruna und Malmberget zeitweise sogar ausgeschlossen worden.⁴⁹²

Kommunisten und Sozialdemokraten⁴⁹³ waren sich in den Gewerkschaftsabteilungen der LKAB-Gruben in ihrer Kritik an der Gewerkschaftsführung einig: die Gewerkschaftsführung fungiere allein als Erfüllungsgehilfe für die Leitlinien sozialdemokratischer Politik. Alle Forderungen, die im Laufe des

488 Vgl. auch: Großjohann 1975 a. a. O., S. 58ff., der den LKAB-Konflikt als Auseinandersetzung um das Verhandlungsrecht der Arbeiter interpretiert.

489 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 75ff.; Olsson 1982 a. a. O. S. 18ff; Dahlström 1971 a. a. O. S. 17ff. Zum technisch-ökonomischen System der LKAB sowie zur Einführung der neuen Arbeitsmethoden und der Zentralisierung der Entscheidungen über den Arbeitsprozess vgl. Dahlström. a. a. O. 1971, S. 68ff., 76ff. Zur geringen praktischen Bedeutung der *samrådsgrupper* vgl. ebd. S. 90ff.

490 Vgl. die Übersetzung von Schmiederer 1970 a. a. O. S. 45ff., für die kommunistische Sichtweise auf diese Konflikte.

491 Die Gewerkschaftsabteilungen Nordschwedens vertraten zwar die Mehrheit der Mitglieder, hatten auf dem Gewerkschaftskongress des *gruindustriarbetareförbund* aber keine Stimmenmehrheit, da große Abteilungen in der Berechnung der Mandate benachteiligt wurden.

492 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 75ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 38ff.

493 Sowohl die sozialdemokratische als auch die kommunistische Partei hatten im Umkreis der LKAB-Gruben überdurchschnittliche Wahlergebnisse, die 1964 und 1968 bei Reichstagswahlen Stimmenanteile von zusammen 70-80% ergaben. In den Gewerkschaftsabteilungen der LKAB-Gruben wechselten sich über die Jahre sozialdemokratische und kommunistische Mehrheiten ab.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

LKAB-Streiks gestellt wurden, hatten die Gewerkschaftsmitglieder schon vorher vergeblich innerhalb ihrer Gewerkschaftsorganisation thematisiert. Verbittert war man insbesondere darüber, dass sich die Gewerkschaftsführung (mit Unterstützung des Gewerkschaftskongresses) aktiv gegen alle Forderungen nach einer Senkung des Renteneintrittsalters stellte.⁴⁹⁴

Die schon bei den Hafendarstellern dargestellte Zentralisierung der Gewerkschaftsorganisation sowie ihrer innergewerkschaftlichen Entscheidungswege wurde auch vom *gruvindustriarbetareförbundet* vorangetrieben. In der Studie „LKAB och demokratin“ (LKAB und die Demokratie)⁴⁹⁵ werden zwei Folgen einer solchen Zentralisierung von Gewerkschaftsarbeit herausgehoben; Ende der 1960er Jahre traten sie bei der Belegschaft der LKAB zu Tage:

- (1) Konflikte, die nicht direkt Lohnfragen betrafen, wurden im Endeffekt allein von der Betriebsführung entschieden (die Gewerkschaftsabteilung vor Ort ließ sich auf Verhandlungen auf höheren Ebenen vertragen, wo Probleme dann häufig nur rudimentär behandelt wurden);
- (2) die Gewerkschaftsaktivitäten vor Ort und mit ihnen die Verhandlungserfahrung der Gewerkschafter und Vertrauensleute vor Ort nahm im Gegenzug stetig ab. In den lokalen Verhandlungen fehlten den ArbeiterInnen meistens die notwendigen Informationen, die ihnen erst während der laufenden Verhandlungen nach und nach durch die Betriebsführung mitgeteilt wurden; dadurch waren sie häufig schlecht vorbereitet und nicht in der Lage ihre Forderungen und Probleme strukturiert und verhandlungstaktisch sinnvoll vorzutragen.⁴⁹⁶

Ständige Misserfolge bei der Gewerkschaftsarbeit vor Ort führten dazu, dass der Frust unter den ArbeiterInnen stieg. Aus Sicht der ArbeiterInnen (vor allem der ArbeiterInnen der LKAB-Grube in Svappavaara) stellte sich ein typischer Konfliktverlauf folgendermaßen dar: die Gewerkschaftsabteilung vor Ort stellte eine Forderung, die von Unternehmensseite als abwegig zurückgewiesen wurde; daraufhin schaltete sich eine der höheren

494 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 75ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 38ff.

495 Dahlström 1971 a. a. O..

496 Vgl. ebd. S. 61ff.

Gewerkschaftsebenen ein und ließ sich von Unternehmensseite ein Abkommen diktieren. Diesem widersprach die Gewerkschaftsabteilung vor Ort zunächst formell, akzeptierte es später aber dennoch bereitwillig. Eine andere Variante bestand darin, dass die Betriebsleitung Veränderungen an bestehenden Abkommen ohne Absprache mit der örtlichen Gewerkschaftsabteilung einführte und diese dann, falls es Proteste der ArbeiterInnen dagegen gab, nachträglich von der Gewerkschaftsführung absegnen ließ. Dies war im Laufe der 1960er Jahre wiederholt vorgekommen und so hatte sich der Eindruck verfestigt, dass die Gewerkschaftsführung die Probleme der ArbeiterInnen nicht lösen könne, weil sie entweder zu schwach sei, oder sie gar nicht erst lösen wolle.⁴⁹⁷

Die solidarische Lohnpolitik war ein weiterer konfliktfördernder Punkt. Die ArbeiterInnen der LKAB-Gruben gehörten zu den bestbezahlten in Schweden und waren besonders davon betroffen, dass die solidarische Lohnpolitik auf eine nationale Angleichung der Löhne ausgerichtet war und die Lohnforderungen für die GrubenarbeiterInnen in den zentralisierten Tarifverhandlungen hinter den Möglichkeiten zurückblieben, die auf Grund der wirtschaftlichen Situation der LKAB gegeben waren.⁴⁹⁸

Die Ergebnisse der Abkommensrunde 1969 hatten dazu geführt, dass die Löhne vieler Lohngruppen bei der LKAB-Grube in Kiruna, auf Grund der Umrechnung der Löhne auf ein neues Arbeitsbemessungssystem – trotz einer vereinbarten Lohnerhöhung – im Endeffekt sanken. Die Gewerkschaftsführung hatte sich nach Ansicht vieler ArbeiterInnen bei den Verhandlungen über den Tisch ziehen lassen.⁴⁹⁹ Auch in Malmberget hatte die Abkommensrunde 1969 für Unmut gesorgt: zwar gab es keine Lohnsenkung wie in Kiruna, aber die Lohnerhöhung fiel geringer als vorausberechnet aus. Die ArbeiterInnen kritisierten insbesondere die Beibehaltung des unbeliebten UMS-Arbeitsbemessungssystems.⁵⁰⁰ Man warf den Ver-

497 Vgl. ebd. S. 107ff.

498 Vgl. Henningsen 1986 a. a. O. S. 334f.

499 Vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 116ff.

500 UMS steht für: *Universal Maintenance Standards*; UMS ist ein System, welches den Arbeitsaufwand von Instandhaltungsarbeiten in einzelne standardisierte Arbeitseinheiten aufgliedert, welche nach festgelegten Zielzeiten getaktet sind. In der Ausstellung über die Arbeitsbedingungen in den LKAB-Gruben unter Tage in Kiruna nimmt die dazugehörige Mess-/Stechuhr, begleitet von einer Erklärung der damaligen (Streik-)Problematik, noch heute einen zentralen Platz ein.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

handlungsführern der eigenen Gewerkschaftsabteilung vor, dass diese gar nicht erst versucht hätten, etwas zu ändern. Man hatte das Abkommen resigniert angenommen; die Unzufriedenheit sowohl mit dem UMS-System als auch mit der Gewerkschaftsführung stieg kontinuierlich an. Man war der Überzeugung, dass lokale Gewerkschaftsarbeit sinnlos geworden sei, weil in jedem Fall über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden würde.⁵⁰¹

Die steigende Unzufriedenheit der LKAB-ArbeiterInnen (sowohl mit der LKAB selbst als auch mit der Gewerkschaftsführung) zeigte sich auch darin, dass gegen Ende der 1960er Jahre die Zahl der Abgänge von ArbeiterInnen aus den Betrieben der LKAB stetig zunahm und es der LKAB zunehmend schwerer fiel, ihre angestrebten Einstellungszahlen zu erreichen.⁵⁰²

Der LKAB-Konflikt beginnt

Der LKAB-Konflikt begann damit, dass am 9. Dezember 1969 gerade einmal 35 Grubenarbeiter (von über 300) in Svappavaara entschieden, nicht zur Morgenschicht zu erscheinen.⁵⁰³ Die LKAB reagierte darauf mit der Androhung, die gesamte Grube vorläufig zu schließen, sollten die Arbeiter nicht an ihre Arbeit zurückkehren. Auch die Gewerkschaftsführung versuchte, die Streikenden mit dem Versprechen zentraler Verhandlungen zurück an die Arbeit zu holen. Der Versuch der Gewerkschaftsführung, den wilden Streik durch Versprechungen zu beenden, scheiterte: das Misstrauen gegenüber der Gewerkschaftsführung war zu groß. Die ArbeiterInnen glaubten nicht mehr an das etablierte Verhandlungssystem. Das Angebot der Gewerkschaftsführung, zentrale Verhandlungen zu führen, wurde als Bedrohung ihrer Forderungen und nicht als ein möglicher Lösungsweg angesehen.⁵⁰⁴ Noch am gleichen Abend umfasste der Streik mit 300 ArbeiterInnen fast die gesamte Belegschaft in Svappavaara. Am 11. Dezember

501 Vgl. ebd. S. 116ff.

502 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 75ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 38ff.

503 Der detaillierte Streikablauf wird im Folgenden dargestellt auf Grundlage der Angaben von Dahlström 1971 a. a. O. und Järhult 1982 a. a. O.. Für zusammenfassende Darstellungen siehe zudem Johansson / Hellmark 1981 a. a. O. S. 12ff., sowie Thunberg 1970 a. a. O. S. 18ff.

504 Dies ist deshalb ein zentraler Punkt, da gerade die Notwendigkeit von zentralen Verhandlungen das entscheidende Moment der Verhandlungsordnung seit Saltsjöbaden war und die Arbeiter, die dies ablehnten, sich dadurch außerhalb der Konfliktordnung des Schwedischen Modells stellten.

legten schließlich auch die ArbeiterInnen in Kiruna und Malmberget ihre Arbeit nieder. Somit standen alle LKAB-Gruben still und 5000 ArbeiterInnen waren in einen wilden Streik getreten.⁵⁰⁵ Noch am selben Abend mietete Harry Holmlund in Kiruna eigenständig (ohne Autorisierung der Gewerkschaftsführung) eine Sporthalle, in der das erste Streiktreffen stattfand und ein Streikkomitee gewählt wurde. Damit ging der bis dato spontane Streik nun in einen organisierten Streik über. Auch in Svappavaara und Malmberget wurden danach separate Streikkomitees, sowie für die gesamte LKAB ein gemeinsames Streikkomitee gebildet und ein Verhandlungsführer gewählt. Als Verhandlungsführer wurde gezielt kein Gewerkschaftsvertreter bestimmt. Der Streik sollte jenseits der etablierten Verhandlungswege geführt werden und unabhängig von den bis dahin erfolglosen Verhandlungsversuchen der Gewerkschaftsabteilung vor Ort sowie den zentralen Verhandlungen des *gruvindustrialbetareförbund* sein. Die Streikforderungen umfassten u. a.: eine Lohnerhöhung, insbesondere auch einen festen Monatslohn, die Abschaffung des unbeliebten Arbeitsbemessungssystems, eine bessere Personalpolitik, bessere Arbeitsbedingungen (darunter auch Forderungen, die die allgemeine Lebenssituation betrafen wie bezahlbarer Wohnraum, bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel und die Gesundheitsversorgung), mehr Einfluss auf die eigene Arbeit (ein Ende der diktatorischen Haltung der Betriebsleitung), offene Verhandlungen und die Absetzung des LKAB-Direktors.⁵⁰⁶

Während sich die Streikenden auf erste Verhandlungen vorbereiteten, begannen die LO und der *gruvindustrialbetareförbund* in Stockholm eigene Verhandlungen mit der LKAB. Mit Verweis auf diese Verhandlungen weigerte sich dann die LKAB auf lokalem Niveau mit den Streikenden zu verhandeln. Das in Stockholm verhandelte Abkommen wurde noch vor

505 Zur Vorgeschichte und den Ursachen des Streikausbruchs sowie den Konflikten zwischen Belegschaft und der Gewerkschaft in Svappavaara: vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 107ff.; für eine detaillierte Darstellung der Entwicklung vor dem Streik in Kiruna vgl. ebd. S. 116ff; für Malmberget vgl. ebd. S. 126ff.

506 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 77ff; Dahlström 1971 a. a. O. S. 130ff. – Für eine detaillierte Darstellung der Streikforderungen vgl. Thunberg 1970 a. a. O. S. 173ff. (Forderungen bzgl. UMS), S. 189ff. (Forderungen bzgl. der Lohngestaltung) und S. 221ff. (zur Ausgangs-problematik der solidarischen Lohnpolitik), sowie allgemein: Dahlström 1971 a. a. O. S. 134ff.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Weihnachten von den Streikenden mit großer Mehrheit abgelehnt.⁵⁰⁷

Die Streikenden und mit ihnen das Streikkomitee beharrten während des gesamten Konfliktes darauf, dass es lokale Verhandlungen mit dem Streikkomitee geben müsse, um weder der Gewerkschaftsabteilung vor Ort noch der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit zu geben, in zentralen Verhandlungen – über die Köpfe der ArbeiterInnen hinweg – Kompromisse mit der LKAB einzugehen. Wie sehr die ArbeiterInnen nicht nur der Gewerkschaft sondern auch der LKAB misstrauten, zeigt unter anderem die Streikforderung, Urlaubsgehälter monatlich auf ein Sperrkonto zu überweisen, auf das die LKAB dann keinen Zugriff mehr hat.⁵⁰⁸

Anfang Januar blieb die LKAB – mit Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung und der Gewerkschaftsführung – dabei, keine Verhandlungen mit den ArbeiterInnen führen zu wollen, solange sich diese im Streik befänden; der Streik sollte ausgehungert werden. Parallel dazu änderte sich die Presseberichterstattung, die bis dahin wohlwollend über den Streik berichtet hatte, drastisch: einzelne Abweichler aus der Streikfront wurden zu Helden hochstilisiert (in Kiruna hatten 3.000 Grubenarbeiter für eine Streikfortsetzung gestimmt, ein einziger dagegen) und Kommunisten im Streikkomitee wurden diffamiert, um einen Keil in die Streikfront zu treiben. In der Folge nahmen die Konflikte innerhalb der Streikkomitees zu, während sich die LKAB weiterhin allen Verhandlungen mit dem Verweis darauf verweigerte, dass die Streikleitung nicht von der Gewerkschaftsführung genehmigt und der Streik somit illegal sei. Die Auseinandersetzung zwischen Streikkomitee und Gewerkschaftsführung bezog sich in dieser Phase des Streiks hauptsächlich auf die Position des Verhandlungsführers. Das Streikkomitee wollte seinen eigenen Verhandlungsführer nicht durch einen Mann der Gewerkschaftsführung austauschen. Bis Ende Januar hatten LKAB- und Gewerkschaftsführung es geschafft, das Streikkomitee so weit zu zermürben, dass der von den Streikenden gewählte Verhandlungsführer durch einen Mann der Gewerkschaftsführung ersetzt wurde. In den Verhandlungen, die daraufhin mit der LKAB stattfanden, machte diese einige wenige Zugeständnisse, brach dann aber die Verhandlungen ab und forderte die Streikleitung auf, die bis dahin gewährten Zugeständnisse den Streikenden zur Abstimmung vorzulegen. Das Streikkomitee vertrat keine einheitliche

507 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 77ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 130ff.

508 Vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 139ff.

Meinung zu dem Abkommensvorschlag der LKAB und so argumentierten einige Mitglieder des Streikkomitees vor der Abstimmung für andere gegen den Vorschlag. Mit 1620 zu 1552 Stimmen sprach sich eine knappe Mehrheit der Streikenden gegen den Vorschlag und für eine Fortsetzung des Streiks aus. Die Vertreter der Gewerkschaftslinie im Streikkomitee setzten sich daraufhin mit ihrer Forderung durch, auch noch im Komitee abzustimmen. Das Ergebnis war 12 zu 12. Nach heftigen Diskussionen teilte dann der – von der Gewerkschaftsführung ausgesuchte – Verhandlungsführer mit, das Streikkomitee habe entschieden, den Streik abzublasen.⁵⁰⁹

Am Montag, dem 2. Februar, gingen die ArbeiterInnen dennoch nicht zur Arbeit und der Streik wurde fortgesetzt. Das Streikkomitee nahm seinen Beschluss noch am selben Abend zurück. Die Vertreter der Linie der Gewerkschaftsführung drohten im Anschluss, offen mit dem Streikkomitee zu brechen. Trotz der Gefahr, dass sich die LKAB in der Folge wieder allen Verhandlungsgesprächen verweigern würde, wurde der Streik fortgesetzt. Die Drohungen bewirkten dennoch, dass sich das Streikkomitee schon am nächsten Vormittag erneut traf und einstimmig, mit Verweis auf die finanzielle Lage der Gewerkschaft und die Spaltungsversuche durch Vertreter der Gewerkschaftslinie beschloss, den Streik zu beenden. Am 4. Februar kehrten die LKAB-ArbeiterInnen an ihre Arbeit zurück und der 57 Tage dauernde Streik war beendet.⁵¹⁰

Vom Streik zum Abkommen

Nach dem Ende des Streiks dauerten die Verhandlungen mit den Betriebsführungen in Kiruna, MalMBERGET und Svappavaara über ein Abkommen noch weitere 8 Monate. Das Abkommen, das schließlich zur letzten Urabstimmung gestellt wurde, beinhaltete die Einführung von Monatslöhnen auf Probe sowie eine Erhöhung der gesamten Lohnsumme für alle LKAB-Beschäftigten um ungefähr die Hälfte der Summe, die von den ArbeiterInnen gefordert worden war. Außerdem einigte man sich auf Verbesserungen bzgl. des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsfragen.⁵¹¹

509 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 77ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 130ff.

510 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 77ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 130ff.

511 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 85ff.; Dahlström 1971 a. a. O. S. 150ff.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Die Auseinandersetzungen innerhalb des Streikkomitees zwischen denjenigen, die den Konflikt im Einvernehmen mit der Gewerkschaftsführung lösen wollten, und denjenigen, die der Gewerkschaftsführung und der etablierten Konfliktordnung misstrauten, prägte den gesamten Verlauf des LKAB-Konfliktes. Eine Mehrheit im Streikkomitee verteidigte die Grundsatzentscheidung, das Abkommen allein als Ganzes zu verhandeln und sich nicht aufspalten zu lassen.⁵¹² Das Streikkomitee war in zwei Lager gespalten, die gegensätzliche Herangehensweisen an die Verhandlungen hatten:

- (1) diejenigen, denen es allein um das Resultat ging und die an den etablierten Verhandlungsformen festhalten wollten, da es ab und zu nötig sei, entscheidende Dinge im Hinterzimmer zu verhandeln;
- (2) diejenigen, die glaubten, dass eine offene und direkte Beteiligung aller notwendig sei, weil sie dem Wunsch der Mitglieder nach mehr direkter Mitsprache entsprach und sie den etablierten Verhandlungsformen und der Hinterzimmerdiplomatie misstrauten.⁵¹³

Auf die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes bezogen, kann man feststellen, dass sich hier ein ähnlicher Konflikt abspielte:

- (1) auf der einen Seite standen diejenigen, die bereit waren, Rücksicht auf die Konfliktordnung des Schwedischen Modells (und die Anforderungen einer solidarischen Lohnpolitik) zu nehmen, um – dem gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung folgend – das Schwedische Modell als Ganzes weiterzuentwickeln;

⁵¹² Es gab mehrere Versuche (von LKAB- und Gewerkschaftsführung), das Komitee in kleinere Gruppen aufzuteilen, um in diesen kleineren Verhandlungsgruppen Einzelfragen zu behandeln. Dies konnte jedoch verhindert werden. Diese auf Spaltung gerichtete Art der Konfliktführung setzte sich bis hin zur Schlussabstimmung durch die ArbeiterInnen fort: die Abstimmung wurde in Räumen abgehalten, zu denen nur die LO-Gewerkschaftsmitglieder Zugang hatten. Entgegen vorheriger Absprachen konnten so bspw. Syndikalisten und unorganisierte Belegschaftsmitglieder nicht abstimmen. – Zum Charakter und Ablauf der Verhandlungen sowie zu den jeweiligen Auffassungen der verschiedenen Fraktionen unter den Streikenden dazu vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 158ff.

⁵¹³ Vgl. ebd. S. 158ff

- (2) auf der anderen Seite standen diejenigen, die meinten, die Gewerkschaftsführung habe durch ihre Fixierung auf einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch die Situation der ArbeiterInnen aus den Augen verloren und könne die wirklichen Probleme gar nicht mehr sehen oder ignoriere sie absichtlich.

Nicht nur für den LKAB-Konflikt, auch für die wilden Streiks der 1970er Jahre allgemein ist fest zu stellen, dass es Konflikte waren, die sich vor allem an verschlechterten Arbeitsbedingungen sowie gestiegenen Arbeitsanforderungen im Zuge von Rationalisierungen und Produktivitätssteigerungen entzündet hatten. Insofern waren die Konflikte auch eine Kritik an einer als zu einseitig empfundenen Orientierung der LO und ihrer Einzelgewerkschaften an der Lohnentwicklung und der Ausrichtung auf eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung. Die wilden Streiks offenbarten eine entscheidende Schwäche der schwedischen Gewerkschaftsbewegung: Sie hatten auch nach dem Abkommen von Saltsjöbaden und trotz ihres großen Einflusses auf die sozialdemokratische Regierung weiterhin nur einen geringen Einfluss auf den Inhalt der Arbeit sowie die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse.⁵¹⁴

Kritik am Schwedischen Modell ausgehend vom LKAB-Konflikt

Seine große Wirkung konnte der LKAB-Konflikt entfalten, weil die Streikenden ihre Kritik an der LKAB und der Gewerkschaftsorganisation anhand konkreter Forderungen entwickelt und öffentlich geäußert hatten; erstmals bekamen konkrete Forderungen eine derart große Aufmerksamkeit und es wurde deutlich, dass Veränderungen, die für die ArbeiterInnen große Bedeutung haben, von ihnen selbst und nicht von ihrer Organisation erkämpft werden müssen. Dabei ging es vor allem um Fragen, die von der Gewerkschaftsorganisation nicht ernst genommen wurden, wie steigender Stress sowie die völlige Fremdbestimmung der Arbeitsinhalte.⁵¹⁵

⁵¹⁴ Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 18ff. Zur Kritik der reformierten Struktur der LKAB nach den wilden Streiks mit ihren Elementen von Arbeitsplatztreffen über Komiteearbeit bis hin zu Ombudsmännern für Zusammenarbeit und deren (fehlender) Bedeutung siehe: Kronlund 1973 a. a. O. S. 88ff. und 151ff.

⁵¹⁵ Der LKAB-Konflikt wird deshalb zurecht auch als allgemeine Gesellschaftskritik interpretiert, vgl. dazu: Lars Ekdahl, *Makten och människovärdet. Gruvstrejken 1969 som samhällskritik*,

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Als zentrales Beispiel für diese Fremdbestimmung wurde von den Streikenden immer wieder das UMS-Arbeitsbemessungssystem,⁵¹⁶ das in Malmberget im Laufe der 1960er Jahre eingeführt worden war, angeführt.⁵¹⁷ Die Betriebsleitung wollte mit dem UMS-System die Kontrolle über die bisher recht selbständig arbeitenden Techniker bekommen, um deren Arbeit nach rationalen Gesichtspunkten zu steuern.⁵¹⁸ Die Gewerkschaftsführung arrangierte sich mit dem UMS-System nachdem klar wurde, dass ausgehandelte Lohnerhöhungen dadurch nicht beeinträchtigt wurden. Der *samförståndsandan* (Geist des Einvernehmens) zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeitgebern hatte damit seine Pflicht erfüllt. Den ArbeiterInnen ging es bei ihrer Kritik am UMS-System jedoch vor allem darum, ihnen zu ermöglichen, ihre Arbeit gründlich auszuführen, da ihnen die Zeit dafür fehlte. Die Lohnhöhe war für sie in diesem Zusammenhang gar nicht der entscheidende Kritikpunkt.⁵¹⁹

Die Kritik an zunehmender technischer Kontrolle und Fremdbestimmung durch die Betriebsführung möglichst bis in jeden einzelnen Arbeitsschritt hinein kann anhand des LKAB-Konfliktes besonders gut dargestellt werden, traf aber nicht nur auf die LKAB zu. Die zunehmende Fremdbestimmung über den Arbeitsprozess und einzelner Arbeitsabläufe und der mit der damit einhergehenden Überwachung steigende Stress waren ein allgemeiner Trend. Die auf einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch ausgerichtete Gewerkschaftsbewegung schenkte der darauf bezogenen Kritik

in: Arbetarhistoria, Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 12ff.

516 Zum UMS-System siehe Kap. 4.2/Interne Konflikte...

517 Besonders ausgeprägt war die Kritik bei den ArbeiterInnen, die für den Unterhalt und die Reparatur der Anlagen zuständig waren. Die ArbeiterInnen bekamen für jede zu erledigende Aufgabe eine Stempelkarte und mussten nach Erledigung jeder einzelnen Aufgabe aus der Grube ausfahren und abstempeln bevor sie wieder einfahren und, an einer anderen Aufgabe, weiterarbeiten konnten. In der Folge kam es zu ständigen Auseinandersetzungen mit den Vorgesetzten über den genauen Inhalt einzelner Aufgaben und die dafür jeweils angesetzte Normarbeitszeit.

518 Vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 76ff.

519 Außerdem war es nicht mehr möglich, Reparaturen von bis dahin unentdeckt gebliebenen Fehlern, die während der Reparatur einer Maschine vor Ort festgestellt wurden und die man gleich hätte mit beheben können, durchzuführen, weil es Vorschrift war, für jeden zusätzlichen Reparaturschritt auszufahren und – mit einer neuen, dem entdeckten Fehler entsprechenden Karte – abzustempeln. Dahlström beschreibt in seiner Studie eingehend die Erleichterung der ArbeiterInnen, nachdem dieses System abgeschafft worden war, aber auch, wie es ihnen noch jahrelang „in den Knochen“ steckte. Vgl. ebd. S. 76ff.

der ArbeiterInnen wenig Aufmerksamkeit. Erst vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum der LKAB-Konflikt für die Kritik am Schwedischen Modell der 1970er Jahre wegweisend war.

Nicht nur die Gewerkschaftsführung hatte die Forderungen der Streikenden jenseits der Lohnforderungen nicht ernst genommen, sondern auch die Unternehmensseite war der Überzeugung, dass es den ArbeiterInnen allein um den Lohn ginge. Diese Annahme spiegelte sich u. a. in den Versuchen der LKAB-Führung wider, die gesamte Lohnsumme zu verhandeln, wohingegen das Streikkomitee alle Forderungen so gestellt hatte, dass sie auf das Resultat für den einzelnen Arbeiter abzielten. Die LKAB-Führung ließ sich nicht von ihrer Überzeugung, alle Forderungen, die über die reine Lohnsumme hinausgingen, seien allein agitatorischen Zwecks und würden keine ernsthaften Streikforderungen darstellen, abbringen.⁵²⁰

Die im LKAB-Konflikt ausgedrückte Kritik am Schwedischen Modell konnte von der Gewerkschaftsbewegung (und auch von Politik und Arbeitgebern) nicht widerlegt werden, weil die konkreten Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen in weiten Teilen der Gesellschaft ohne weitere Erklärung nachempfunden werden konnten. Solidaritätsaktionen der streikenden LKAB-ArbeiterInnen (es wurden Unterstützungsgelder in Höhe von 6 Millionen Kronen eingesammelt)⁵²¹ sowie die Berichterstattung in der Presse motivierten Belegschaften in ganz Schweden dazu, sich selbstbewusst für ihre Arbeitssituation einzusetzen,⁵²² was im Verlauf der 1970er

520 Vgl. ebd. S. 160ff.

521 Die Verwaltung des verbliebenen Streikfonds wurde auch nach dem Ende des LKAB-Konfliktes vom LKAB-Streikkomitee fortgeführt. Aus dem Streikfonds wurden im Verlauf der 1970er Jahre andere wilde Streiks unterstützt. Das Streikkomitee hatte beschlossen, auch nach dem Streik weiterhin parallel zur Gewerkschaftsarbeit tätig zu sein, um die Umsetzung der Versprechen zu überwachen. Es wurde aber nur die Verwaltung des Streikfonds fortgeführt. Nach dem Ende des Streiks nahm allerdings die Gewerkschaftsaktivität unter den LKAB-ArbeiterInnen merklich zu. Es wurden neue Gewerkschaftsklubs gebildet und sowohl die lokale Aktivität als auch die Teilnahme an Weiterbildungskursen des *gruvinindustriarbetareförbundet* nahm zeitweise deutlich zu. Vgl. ebd. S. 146ff.

522 Der Umgang der Presse mit der Arbeit des selbstorganisierten Unterstützungsfonds und dessen Hauptakteur Harry Isaksson sowie die Diffamierung seiner Person und der in Malmfälten im Umfeld der wilden Streiks gebildeten Organisation „Arbetarsolidaritet“ als kommunistisch, also gesellschaftszersetzend, ist dokumentiert in: Organisationskomitén för arbetarsolidaritet, *Fallet Harry Isaksson, eller Presskampanjen mot Stridsfonden och Arbetarsolidaritet* (Der Fall Harry Isaksson, oder die Pressekampagne gegen den Streikfonds und die „Arbetarsolidaritet“), Uppsala 1973. Die Hintergründe von Isakssons Engage-

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

Jahre zu einer ganzen Welle von weiteren wilden Streiks führte,⁵²³ die sowohl fordistisch organisierte Industriebetriebe betrafen,⁵²⁴ als auch von Arbeitern in Kleingruppen (bspw. die Waldarbeiter) geführt wurden.⁵²⁵ Es

ment während des und nach dem LKAB-Konflikt sind dargelegt in einem Interviewband: Anders Ehnmark / Annika Hagström / Harry Isaksson, „*Jag är jävligt optimistisk*“, Harry Isaksson, *gruvarbetare i Malmberget*, („Ich bin verteufelt optimistisch“, Harry Isaksson, Gruvarbeiter in Malmberget) samtalar med Anders Ehnmark och Annika Hagström, Samtal 2, Finland 1973.

523 Unmittelbar im Anschluss an den LKAB-Konflikt brach eine Welle weiterer wilder Streiks los (vgl. Granstrand 1974 a. a. O. S. 7). Die wilden Streiks der 1970er Jahre wurden in unterschiedlicher Intensität geführt und nahmen verschiedene Formen an.

524 In der fordistisch geprägten Arbeitsumgebung im VOLVO Werk in Göteborg bspw. erwähnt die Jubiläumsschrift des lokalen Gewerkschaftsklubs für 1971 lediglich ein namenloses Flugblatt, welches zu einer zeitlich befristeten Arbeitsniederlegung von 8-12.30 Uhr aufrief und von der örtlichen Gewerkschaftsführung gestammt haben soll (siehe dazu: Lennart Rosén, 1927-1977 *VOLVO verkstadsklubb, Jubileumsskrift*, Göteborg 1977, S. 35). Hier stellte der kurze Streik an sich bereits die Ausnahmesituation dar (vgl. Johansson / Hellmark 1981 a. a. O. S. 38f.). Für eine Analyse der wilden Streiks im Bereich der Metall- und Werkstattindustrie siehe: Walter Korpi, *Vilda strejker inom Metall- och verkstadsindustrin*, Stockholm 1981.

525 Sehr ausgeprägt und mit einer langen Vorgeschichte wurden die wilden Streiks der Waldarbeiter 1975 geführt, die sich letztendlich auf die Frage der Einführung eines Monatslohns zuspitzten. Ähnlich dem LKAB-Konflikt ist die Vorgeschichte eine Geschichte der Unzulänglichkeit der Konfliktlösungsmechanismen der Konfliktordnung. Nohrstedt beschreibt anschaulich die Entwicklung vom ersten Auftauchen der Frage der Arbeitsbedingungen und des Monatslohns 1962 über eine Anzahl von Darlegungs- und Überzeugungsversuchen innerhalb des Verhandlungsmodells, bis hin zu umfangreichen Gewerkschaftskongressdebatten 1969 und 1973 und dem Beginn des wilden Streiks in der Tarifrunde 1975 (Stig Arne Nohrstedt, *Bakgrunden till skogsarbetarestrejken 1975*, in: *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia*, Nr 11-12 Lund 1977, S. 3ff.). *Hugget* (Der Hieb), die Streikzeitung der Waldarbeiter, macht deutlich, dass sich in der Frage der Lohnhöhe und des Monatslohns der Wunsch nach gesunden Arbeitsbedingungen und Verlässlichkeit der Bezahlung kristallisierte (vgl. Gunnar Holmgren, *Skogsarbetares undesökning avslöjar: Idag tjänar vi mindre än för 15 år sedan!* In: *Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning*, Umeå 5/1975, S. 4f.; Bertil Wik, *Månadslön – det enda rimliga*, in: ebd. S. 8; *vi kräver månadslön*, in ebd. S. 10f.; *Skogsarbetare med månadslön: Förr hade jag problem med magen*, in: ebd. S. 14; Henrik Häggglund, „...jobba som en galning och du kan leva som andra“ in: ebd. S. 17). Die Beiträge in der Streikzeitung zeigen auch auf, dass sich die Streikenden gleichermaßen von Arbeitgebern (*Strejken också en kamp mot bolagens skövling*, in ebd. S. 15) und ihren Gewerkschaftsorganisationen (*Till landsorganisationen och skogsarbetarförbundet*, in: ebd. S. 20) abgrenzen; historisch-literarische Bezüge zum staatlichen Schutz der Streikbrecher in den 1930er Jahren verraten zudem eine Distanz zum Staat (Gunnar Kieris, *Så skyddades strejkbrytare för 40 år sedan*, in: ebd. S. 12f.). Die Erfahrungen der Waldarbeiter wurden zeitnah dokumentiert (vgl. die Eigenpublikation von Streikteilnehmern: *Förbundet Arbetarmarkt*,

war jedoch der LKAB-Konflikt, der die wichtige Aufgabe erfüllte, den Blick vieler Menschen auf die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse zu richten.⁵²⁶

Die ArbeiterInnen der LKAB hatten gezeigt, dass es eine Alternative zum vielbeschworenen und überall gelobten *samförståndsandan* des Schwedischen Modells gab und anhand welcher Forderungen diese Kritik deutlich zum Ausdruck gebracht werden konnte.

Der Streik bei der LKAB war an drei Adressaten gerichtet:

- (1) als Protest gegen schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse – gegen die autoritäre Betriebsführung der LKAB;
- (2) als Protest gegen Passivität und Ineffektivität der Gewerkschaftsorganisation – gegen die Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung, die Zentralisierung der Entscheidungsgewalt in Händen der Gewerkschaftsführung, den mangelnden Einfluss der einfachen Mitglieder sowie die erlebte Machtlosigkeit innerhalb der lokalen Gewerkschaftsabteilungen;
- (3) als Protest gegen die seit dem Abkommen von Saltsjöbaden etablierte Konfliktordnung – gegen das Dreieck von Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitgebern und Staat.

Der Streik stellte auch den gesamtgesellschaftlichen, an gesellschaftlicher Stabilität orientierten Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung in Frage.⁵²⁷ Hatte in den 1950er/60er Jahren der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch die Grundlage zur Legitimitätserneuerung der Gewerkschaftsbewegung geschaffen, war es nun die einseitige Konzentration

Skogsarbetarstrejken – våren 1975, Göteborg 1976; sowie: Georg Palmér, *Strejken i skogen seger för enheten*, Västermalm 1975; für eine kommunistische Sichtweise: Jan Frykholm (Hrsg.), *Skogsstrejken, Några erfarenheter från skogsarbetarnas strejkkamp 1975*, Stockholm 1975.) und ihr Bezug zur – hier kommunistischen – Linken analysiert (Per-Åke Lindblom, „Vänstern“ och skogsarbetarstrejken, in: ebd. S. 23ff.); die wilden Streiks der Waldarbeiter waren zudem Ausgangspunkt einer späteren literarischen Verarbeitung der Thematik der wilden Streiks (vgl. Göran Burén, *Vårflod* (Frühlingsflut), Stockholm 1981.).

526 Zur Berichterstattung über den LKAB-Konflikt in Radio, Fernsehen und politischer Presse siehe Westerståhl 1971 a. a. O., sowie Thörnqvist 1986 a. a. O.; vgl. des Weiteren Dahlström 1971 a. a. O. S. 129ff; Järhult 1982 a. a. O. S. 85; Johansson / Hellmark 1981 a. a. O. S. 12ff.

527 Vgl. Dahlström 1971 a. a. O. S. 130ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 350ff.

4.2 LKAB-Konflikt: Gegen die etablierte Verhandlungsordnung

der Gewerkschaftsbewegung auf diese gesamtgesellschaftliche Ausrichtung, die sie in den Augen ihrer Mitglieder delegitimierte. Der LKAB-Konflikt ist insofern als Reaktion auf eine Stagnation in der Entwicklung des Schwedischen Modells zu deuten. Die Errungenschaften der goldenen Zeit der 1950er/60er Jahre waren nicht an die veränderten Verhältnisse angepasst worden: Sowohl das Versprechen eines „guten Lebens“, welches Kernelement der neuen Ordnung nach der Tragödie von Ådalen 1931 war, als auch das Versprechen des Arbeitsfriedens im Sinne eines produktiven Konfliktlösungsmechanismus, welcher Grundlage des Abkommens von Saltsjöbaden 1938 war, wurden nicht mehr eingelöst. Der umfassende *saltsjöbadsandan* (Geist von Saltsjöbaden) war in dieser Phase der Stagnation zum *samförståndsandan* (Geist des Einvernehmens) erodiert; diese Überbetonung der konfliktfreien Partnerschaft von LO und SAF machte eine ernsthafte Erörterung von Problemen am Arbeitsplatz unmöglich.⁵²⁸

Im Verlauf des LKAB-Konfliktes wurde immer wieder auch die Organisationsform der Gewerkschaftsarbeit diskutiert, und eine Organisationsreform gefordert, bei der die Verhandlungsordnung mit Elementen direkter Demokratie ergänzt werden sollte. Noch am vorletzten Streiktag war auf einer großen Streikversammlung zu hören:

„Es ist der ökonomische Faktor, der uns nun zurück an die Arbeit bringt. Aber wir werden weiter kämpfen. Wir werden dafür sorgen, dass die LO und die einzelnen Gewerkschaften zu Kampforganisationen werden. Es ist schwer genug, den Kampf gegen die Arbeitgeber zu führen. Wir sollten ihn nicht nach zwei Seiten hin führen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewerkschaft arbeitsfähig wird. Es ist nicht euer Fehler, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht funktioniert. Es liegt an den Formen.“⁵²⁹ [BB]

528 Zudem rief auch die einseitige Fixierung auf ein Lohngleichgewicht in Folge der solidarischen Lohnpolitik nach einer Lösung. Siehe dazu auch Kap. 5.1 über die spätere Entwicklung um das „Dilemma der solidarischen Lohnpolitik“, dessen erste Anzeichen sich in der (mangelnden) Lohnentwicklung der LKAB-ArbeiterInnen zeigten.

529 Dahlström 1971 a. a. O. S. 145: „*Det är den ekonomiska faktorn som gör att vi nu går tillbaka till arbetena. Men vi skall kämpa vidare. Vi skall se till att LO och fackföreningarna skall bli en kamporganisation. Det är svårt nog att föra kampen mot arbetsgivarna. Vi bör inte föra den på två håll. Vi måste se till att fackföreningen blir arbetsduglig. Det är inte ert fel att fackföreningsrörelsen inte fungerar. Det beror på formerna.*“

Die LKAB-ArbeiterInnen hatten, indem sie unnachgiebig auf offene Verhandlungen drangen und jede Zersplitterung der Verhandlungen ablehnten, einen Hauptkritikpunkt am etablierten Verhandlungsmodell seit Saltsjöbaden offengelegt: die Forderung nach mehr demokratischer Mitsprache der ArbeiterInnen im Betrieb und der Mitglieder in der Gewerkschaftsbewegung sowie einem Ende der Hinterzimmerdiplomatie einzelner Funktionäre.⁵³⁰ An genau diesem Punkt – Ablehnung althergebrachter patriarchaler Strukturen und Notwendigkeit einer anderen Gesellschaftsorganisation – liefen die wilden Streiks mit der aus Protest gegen den Vietnamkrieg entstandenen radikalen außerparlamentarischen Opposition sowie den Studentenprotesten zusammen.

Die Bedeutung des LKAB-Konfliktes für eine Weiterentwicklung des Schwedischen Modells erschöpft sich nicht in den unmittelbaren Auswirkungen und Ideen, die in der isolierten Betrachtung des Konfliktes sichtbar werden. Anknüpfend an die Forschungen Beverly Silvers⁵³¹ entwickelt Peter Birke in seiner Studie „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark“⁵³² drei Faktoren, anhand derer nach Birke die gesellschaftliche Wirkung derartiger Konflikte beschrieben werden kann: (1) indirekte Verbindungen, (2) Solidarität, (3) Diffusion:⁵³³

- (1) indirekte Verbindungen kennzeichneten die Kritik an der ökonomisch-politischen Entwicklung, an Rationalisierungen und technologischen Innovationen, die durch den LKAB-Konflikt aufgeworfen worden waren und in den Putzfrauenstreiks 1974/75 wieder auftauchten. Sie bildeten gleichzeitig das Bindeglied zwischen wilden Streiks und Studentenprotesten;
- (2) Solidarität zeigte sich vor allem darin, neue Aktionsformen zu entwickeln, die Verbindungen zwischen ArbeiterInnen herstellten und wirksam werden ließen, ohne auf die klassische Form der etablierten Gewerkschaftsarbeit zurück zu greifen. Auch die umfangreiche Soli-

530 Vgl. ebd. S. 203ff.

531 Vgl. Beverly J. Silver, *Forces of Labour. Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge 2003.

532 Birke 2007 a. a. O.

533 Vgl. ebd. S. 30ff.

4.3 Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende

daritätsarbeit sowie die Sammlung für den Solidaritätsfonds zeigte die Unterstützung, die von den LKAB-ArbeiterInnen hervorgerufen wurde und ihnen dann zu Gute kam;

- (3) Diffusion als indirekte „Aneignung von aus Erzählungen bekannten Formen und Forderungen“⁵³⁴ zeigte sich unter anderem in den Forderungen, die während des LKAB-Konfliktes gestellt wurden: die Strategie, konkrete Festgeldforderungen und nicht mehr die gesamte Lohnsumme aller ArbeiterInnen zu verhandeln, wurde auch später bei wilden Streiks in Schweden wiederholt artikuliert und taucht so auch bei wilden Streiks in Dänemark⁵³⁵ auf.⁵³⁶

4.3 Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende

Im Verlauf der 1970er Jahre änderten sich die Konfliktlinien im Verhältnis zwischen wild streikenden ArbeiterInnen auf der einen Seite und ihrer Gewerkschaftsorganisation, den Arbeitgebern sowie dem Staat auf der anderen Seite. Insbesondere die *städerskestrejkerne* (Putzfrauenstreiks)⁵³⁷ 1974/75 zei-

534 Ebd. S. 32.

535 Zum Bezug der wilden Streiks zu Dänemark und den Sammlungen aus Dänemark für den LKAB-Konflikt vgl. ebd. S. 266, 269ff.

536 Die Diffusion bei den wilden Streiks in Schweden zieht sich zudem durch verschiedene Streikfelder. So stellte der hier zuerst behandelte Streik der Hafenarbeiter einen starken Bezugspunkt für die Streikenden in der LKAB dar (siehe Dahlström 1971 a. a. O. S. 183); – der LKAB-Konflikt wiederum fungierte als Bindeglied zu den wilden Streiks in der fordistischen Industrie (während des LKAB-Konfliktes gab es landesweit wilde Arbeitsniederlegungen u. a. bei Volvo in Göteborg, Saab-Scania in Trollhättan, Asea in Västerås, LM Ericsson in Karlskrona und Hudiksvall sowie bei Electrolux in Mariestad), vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 85: „*Gruvarbetar-strejken hade luckrat upp grunden för den ‚svenska modellen‘ och det gav många arbetargrupper ökat självförtroende.*“ (Der Grubenarbeiterstreik hatte den Boden des ‚Schwedischen Modells‘ aufgelockert und das gab vielen Arbeitergruppierungen gesteigertes Selbstvertrauen.) Für eine detaillierte Aufzeichnung der Entstehung und Dynamik der Streikwelle siehe Thunberg 1970 a. a. O. S. 116ff.

537 Ich habe mich bewusst dafür entschieden, den Begriff „Putzfrauenstreiks“ zu verwenden, auch weil die im Begriff „Putzfrau“ beinhaltete negative Konnotation dem realen Ansehen dieses Berufes in weiten Teilen der Gesellschaft entsprach. Die heute gebräuchliche Übersetzung von *städerska* = Raumpflegerin gibt diese negative Konnotation nicht wieder. Eine alternative Berufsbezeichnung wie „Reinigungsfachkraft“ wird der Realität nicht

gen, welche Auswirkungen die von der Sozialdemokratie durchgesetzten und von der LO forcierten Gesetze zum Arbeits- und Kündigungsschutz in Bezug auf eine kleine, schwer zu organisierende Berufsgruppe hatte, die es wagte, gegen alle Widerstände für ihre Interessen zu kämpfen.⁵³⁸ Die ergänzende Analyse dieser wilden Streiks im Dienstleistungsbereich und der darin ausgedrückten Kritik am *samförståndsandan* des Schwedischen Modells in den 1970er Jahren vermeidet es zudem, sich allein auf die klassischen Industriearbeiterstreiks (Hafenarbeiter und Grubenarbeiter) und damit auf die traditionell gut organisierten Arbeitergruppen zu konzentrieren.⁵³⁹

Die Ausgangssituation der Putzfrauenstreiks unterscheidet sich von den beiden vorigen Beispielen dadurch, dass diese Berufsgruppe einen geringen gesellschaftlichen Status besitzt. Da es als typischer „Frauenberuf“ angesehen wird, tritt die körperliche Beanspruchung durch die Arbeit in der öffentlichen Wahrnehmung in der Hintergrund. Folge der schlechten Arbeitsbedingungen sind jedoch häufig arbeitsbedingte Krankheiten, vor allem Schädigungen des Bewegungsapparates (Arme, Schultern und Rücken) sowie Hautkrankheiten, die durch starke Reinigungsmittel verursacht werden. Außerdem ist in dieser Berufsgruppe der Anteil an Einwanderinnen bedeutend höher als in anderen Berufsgruppen. – Dies alles führte dazu, dass die Frauen in der Regel schlecht untereinander vernetzt waren und der Mobilisierungsgrad besonders gering war.⁵⁴⁰ Die Putzfrauenstreiks waren – anders als die Streiks der Hafen- und Grubenarbeiter – auch Kämpfe

gerecht, indem unterstellt wird, die Beschäftigten besäßen eine fachliche Berufsausbildung, obwohl sie in der Regel in anderen Berufen ausgebildet wurden oder Ungelernte sind. Darüber hinaus wird durch die Bezeichnung „Reinigungsfachkraft“ verdeckt, dass es sich bei diesen Arbeiterinnen in der Regel allein um Frauen handelt. Die Bezeichnung „Putzfrauenstreiks“ soll somit den Anspruch unterstützen, dass es bei diesen Streiks gerade darum ging, dass Arbeiterinnen in einem schlecht angesehenen Beruf für ihre Rechte eintraten und dafür kämpften, die ihnen zustehende Anerkennung zu bekommen. Eine unhistorische Rückdatierung der heute politisch korrekten Bezeichnung würde diesen Aspekt der Kämpfe nicht wiedergeben.

538 Die Lage der Putzfrauen hat sich bis heute nicht entscheidend verändert. Die Situation von Putzfrauen im heutigen Schweden und England beschreibt eingehend: Rebecka Bohlin, *De osynliga, Om Europas fattiga arbetarklass*, Stockholm 2012, S. 17ff.

539 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 121ff.

540 Diese Schwierigkeiten bestehen noch heute. Zu den Herausforderung der gewerkschaftlichen Organisation in diesen Arbeitsbereichen siehe: Bohlin 2012 a. a. O. S. 97ff.

4.3 Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende

um Anerkennung, die von einer Berufsgruppe geführt wurden, die bisher schlechten Arbeitsbedingungen widerstandslos ausgesetzt war und einen besonders hohen Ausbeutungsgrad menschlicher Arbeitskraft hatte.⁵⁴¹

Die zusammengenommen ca. 350 Putzfrauen, die 1974 im ganzen Land in Streik traten (in Borlänge, Kiruna, Svappavaara, Malmberget, Skövde, Arlande, Umeå, um nur eine Auswahl zu nennen) waren alle bei demselben Arbeitgeber, der *Allmänna Svenska Städtning AB* (ASAB)⁵⁴² beschäftigt. Allein zwischen 1972 und 1975 konnte die ASAB ihre Umsätze verdoppeln und hatte eine Profitentwicklung vorzuweisen, die doppelt so hoch war wie beim Durchschnitt der 200 größten schwedischen Unternehmen. Die ASAB konnte ihre Dienstleistungen vor allem deshalb günstig anbieten, weil man kontinuierlich die Fläche ausweitete, die eine einzelne Arbeiterin zu bewältigen hatte. Außerdem wurden die Reinigungsintervalle stetig herabgesetzt. Offiziell warb die ASAB damit, ihre niedrigen Preise durch einen modernen Maschinenpark zu ermöglichen. Die Arbeiterinnen mussten allerdings feststellen: die einzigen Maschinen, die eingesetzt wurden, waren sie selbst.⁵⁴³

Im Folgenden werden drei der Putzfrauenstreiks mit verschiedenen Ergebnissen im Detail dargestellt: (a) in einer Eisenhütte in Borlänge, (b) bei der LKAB in Kiruna und Malmberget sowie (c) in einem Hotel in Skövde.

4.3.1 Borlänge – Voller Erfolg mit Duldung der Gewerkschaft

Die Welle von Putzfrauenstreiks begann am 19. November 1974 in einer Eisenhütte in Borlänge, in der die ASAB die Reinigungsarbeiten übernahm.

⁵⁴¹ In der Selbstwahrnehmung der Putzfrauen steht der Kampf um Anerkennung sogar im Vordergrund. Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 121ff. Eine umfassende Darstellung der Motivation, der Solidarität und der Mobilisierungsweise während der Putzfrauenstreiks findet sich bei: Eva Schmitz, „Kan de strejka i Norge kann vi väl också.“ ASAB-städerskornas strejker under 1974 och 1975, in: *Arbetarhistoria* Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 18ff.

⁵⁴² Die ASAB gehörte zur Hälfte dem dänischen Konzern International Service System (ISS) und zur anderen Hälfte der von der Familie Wallenberg dominierten Firma Electrolux. In den 1960er und 1970er Jahren hatte die ASAB in Schweden stark expandiert. Mitte der 1970er hatte die ASAB fast 8.000 Angestellte und einen Marktanteil von 40% bei Firmen, die die Reinigung ihrer Räumlichkeiten an externe Firmen vergeben hatten. Vgl. dazu ebd. S. 122f.

⁵⁴³ Vgl. ebd. S. 121ff.

men hatte. Auslöser des Streiks war der Versuch der ASAB, beim Übergang zu festen Stundenlöhnen die Arbeitszeit zu verkürzen und gleichzeitig die zu reinigenden Abschnitte auszuweiten. Der Streik war erfolgreich und für die Unternehmensführung mehr als unangenehm. Müll und Schmutz sammelten sich an, die Toiletten waren nicht mehr zu benutzen. Die Stammebelegschaft der Eisenhütte weigerte sich, die Reinigung der Toiletten selbst zu übernehmen und sammelte stattdessen Unterstützungsgelder für die Streikkasse der Putzfrauen.⁵⁴⁴ Die Leitung der Eisenhütte hatte zu befürchten, die Hütte werde vom Gesundheitsamt aus hygienischen Gründen geschlossen. Im Gegensatz zu den folgenden Streiks versuchte die Gewerkschaftsführung nicht, den Streik zu unterbinden. Nach einer Woche Streik bot die ASAB spontan an, die Löhne von 9,37 Kronen auf 15,30 Kronen zu erhöhen sowie die benötigte Reinigungszeit von den Putzfrauen selbst messen zu lassen; ein taktisches Zugeständnis, weil die ASAB von diesem Streik überrascht wurde und fürchtete, der bisher lokale Streik könne sich unkontrollierbar auf weitere Betriebe ausweiten.⁵⁴⁵

Dieser Auftakt der Putzfrauenstreiks war erfolgreich, weil es die Arbeiterinnen geschafft hatten, sich selbst zu organisieren und Gehör zu verschaffen; sie wurden von der Stammebelegschaft aktiv unterstützt und die Gewerkschaftsführung unternahm nichts, um den Streik zu verhindern. Die ASAB fürchtete auf Grund dieser positiven Begleitumstände die Bildung weiterer Konfliktherde. Erste Sympathiestreiks hatten bereits begonnen.

4.3.2 Putzfrauen bei der LKAB – Teilerfolg mit Hilfe der Stammebelegschaft

Einen Tag bevor die Arbeiterinnen in Borlänge an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, begannen die Putzfrauen der ASAB bei den LKAB-Gruben in Malmberget, Kiruna und Svappavaara (dem Schauplatz des LKAB-Konfliktes) einen Sympathiestreik. Nach dem Ende des Streiks in Borlänge setzten die dortigen Arbeiterinnen ihren Streik mit eigenen Forderungen fort, verlangten eine Lohnerhöhung und weigerten sich, Stundenlöhne einführen

⁵⁴⁴ Solche Solidaritätsaktionen, die hier entscheidend zum Erfolg des Streiks beitrugen, wurden später durch das Mitbestimmungsgesetz (MBL) verboten bzw. unter Strafe gestellt. Siehe dazu Kap 4.4./Die Regelungen...

⁵⁴⁵ Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 124f.

4.3 Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende

zu lassen. Diesmal stellte sich die Gewerkschaftsführung gegen den Streik und forderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Kiruna und Malmberget wurden daraufhin Streikkomitees gebildet; der Sympathiestreik wurde zu einem wilden Streik.⁵⁴⁶

Die Voraussetzungen waren zunächst die gleichen wie in Borlänge – auch der Betrieb der Grube wurde durch Müll, Schmutz und unbenutzbare Toiletten gefährdet – doch ASAB und LKAB waren jetzt nicht mehr bereit nachzugeben (die ASAB weigerte sich, mit den Streikenden zu verhandeln). Erst als Grubenarbeiter in den Konflikt hineingezogen wurden und ebenfalls streikten, kam Bewegung in den Konflikt. Nachdem die LKAB und die Gewerkschaftsführung der Grubenarbeiter den Konflikt mit den Grubenarbeitern beendet hatten, ordnete man, mit Verweis auf das Arbeitsschutzgesetz und die Auflagen der staatlichen Berufsinspektoren, eine sogenannte *skyddstädning* (Schutzreinigung) gegen die schlechten hygienischen Zustände an. Zum Ärger der weiterhin streikenden Putzfrauen gingen die Gewerkschaftsführungen der Putzfrauen und der Grubenarbeiter darauf ein und segneten den Einsatz von Streikbrecherinnen, den die Putzfrauen nicht verhindern konnten, ab.⁵⁴⁷ Die ASAB machte den Arbeiterinnen daraufhin ein neues Angebot, das diese notgedrungen annahmen. Nach einem Monat Streik war der Konflikt damit beendet.⁵⁴⁸

Der Streik bei der LKAB war somit nur teilweise erfolgreich. Zwar wurden die Putzfrauen auch hier von der Stammebelegschaft unterstützt, allerdings nicht von ihrer Gewerkschaftsführung, die nun aktiv darauf hinwirkte, den Streik mit allen Mitteln, inklusive des Einsatzes von Streikbrecherinnen,⁵⁴⁹ zu beenden.

546 Vgl. ebd. S. 125ff.

547 Zur Unterstützung der Streikenden durch die vorwiegend männliche Stammebelegschaft vgl. Schmitz 2011 a. a. O. S. 21ff.

548 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 125ff.

549 Obwohl der Einsatz von Streikbrechern der damalige Auslöser für die Tragödie von Ådalen 1931 war und deshalb als Kampfmittel der Arbeitgeberseite lange Zeit als verpönt galt, wurde der Konflikt hier offenbar als so entscheidend erachtet, dass dennoch mit diesem „verbotenen“ Mittel gearbeitet wurde.

4.3.3 Skövde – Erfolglos gegen die Gewerkschaftsführung

Die Putzfrauenstreiks in Borlänge und bei der LKAB betrafen Arbeiterinnen, die als Dienstleister innerhalb eines Industriebetriebes eingesetzt waren. Der dritte hier dargestellte Konflikt hingegen findet in einem reinen Dienstleistungsbetrieb statt; hier gab es noch schwierigere Voraussetzungen für die Führung eines Arbeitskampfes.

Noch während des Streiks bei der LKAB gingen die ASAB-Angestellten bei einer Hotel- und Ferienanlage in Skövde am 11. Dezember 1974 aus Protest gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen nach der Übernahme der Reinigung durch die ASAB und aus Sympathie mit den Arbeiterinnen bei der LKAB gegen den erklärten Willen ihrer Gewerkschaftsführung in Streik. Noch am ersten Streiktag wurden alle streikenden Arbeiterinnen mündlich entlassen und am vierten Streiktag dem Arbeitsgerichtshof gemeldet. Streikbrecherinnen übernahmen die Reinigung des Hotels und bewaffnete Sicherheitsdienste hielten die Streikenden von ihren Arbeitsplätzen fern. Am 19. Dezember wurden die Arbeiterinnen vom Arbeitsgerichtshof dazu verurteilt, ihre Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Als sie sich weigerten, weil zwei Arbeiterinnen weiterhin als angebliche Streikführerinnen gekündigt bleiben sollten, bekamen sie kurz darauf ihre schriftlichen Kündigungen von der ASAB zugestellt. Die Gewerkschaftsführung befürwortete die Kündigungen. Als jedoch weitere Sympathiestreiks auf dem Flugplatz in Arlanda sowie unter ASAB-Arbeiterinnen in Umeå ausbrachen, beendeten Gewerkschaftsführung und Arbeitgeberverband die Sympathiestreiks indem sie versicherten, dass es nun Verhandlungen in Skövde geben werde. Zunächst wurden jedoch die streikenden Arbeiterinnen in Skövde von Juristen der LO und des Arbeitgeberverbandes vier Tage und Nächte lang in Kreuzverhören unter Druck gesetzt, endlich nachzugeben und den wilden Streik zu beenden – jedoch abermals ohne Erfolg. Im April wurde der Streik erneut vor dem Arbeitsgerichtshof verhandelt. Zwei Arbeiterinnen waren dabei als Streikführerinnen anklagt, weil sie – laut Anklageschrift – übertrieben gewerkschaftlich aktiv waren und am Arbeitsplatz geflucht hatten. Die Kündigung der beiden als Streikführerinnen Angeklagten wurde vom Gericht zurückgenommen, die der anderen Arbeiterinnen blieb jedoch bestehen. Zwar war auch ihre erste Kündigung am ersten Streiktag unrechtmäßig gewesen, doch weil sie sich aus Sympathie mit den angeb-

4.3 Putzfrauenstreiks: Zunehmende Repression gegen Streikende

lichen Streikführerinnen geweigert hatten, ihre Arbeit nach dem ersten Arbeitsgerichtsurteil wieder aufzunehmen und die Gewerkschaftsführung dem Angebot der Arbeitgeber zu diesem Zeitpunkt schon zugestimmt hatte, war ihre zweite Kündigung rechtmäßig. Dieses Urteil war ein Meilenstein der Rechtsprechung des Arbeitsgerichtshofes: es war das erste Urteil, das zur Entlassung von Streikenden führte, welches auf Grundlage des neuen – erst 1974 verabschiedeten – *lagen om anställningsskydd* (Gesetz zum Anstellungsschutz – LAS) gefällt wurde; vorher wurden Kündigungen vor dem Arbeitsgerichtshof allein auf Grundlage von Abkommen zwischen LO/Einzelgewerkschaft und Arbeitgebern verhandelt.⁵⁵⁰

Der Streik in Skövde ging verloren, weil die Putzfrauen hier weder eine starke Stammebelegschaft noch die Gewerkschaftsführung hinter sich hatten. Der Druck durch vereinzelte Sympathiestreiks verhinderte nicht, dass Arbeitgeber und Gewerkschaftsführung mit Hilfe des Arbeitsgerichtshofes den Streik ohne Erfolg für die Arbeiterinnen beendeten und die Arbeiterinnen in Skövde so das erste „Opfer“ des neuen Gesetzes zum Anstellungsschutz (!) wurden. Der Streik war, auch wenn er verloren ging, ein Beispiel dafür, wie ein Streik auch in einer bis dahin weitgehend individualisierten und stigmatisierten Berufsgruppe Solidarität, Selbstvertrauen und Anerkennung schaffen kann, die ihnen Gesellschaft und Gewerkschaftsbewegung bis dahin verweigert hatten.⁵⁵¹

Die Konfliktordnung des Schwedischen Modells, in der sich zwei gleichermaßen starke Akteure – in der Gewerkschaftsbewegung organisierte ArbeiterInnen und Arbeitgeber – gegenüber stehen, lässt sich, das haben die Putzfrauenstreiks gezeigt, nicht problemlos auf die in viel größerem Maße dezentralisierten Dienstleistungsberufe übertragen. Nur, wo die (industrielle) Stammebelegschaft eine Rolle im Streik spielte, ließen sich durch einzelgewerkschaftlich organisierte Beschäftigte selbst Erfolge erzielen; im Umfeld eines Hotels steht und fällt deren Kampfkraft jedoch mit den externen Faktoren, bspw. Sympathiestreiks und Unterstützungsgelder.⁵⁵²

550 Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 128ff.

551 Järhult dokumentiert ausführlich die Erfolge dieses Kampfes um Anerkennung: vgl. ebd. S. 124, 132ff. Der genaue Streikablauf findet sich in: ebd. S. 128ff.

552 Auch diese externen Faktoren, die beim ersten Streik den Erfolg förderten und beim dritten Streik entscheidend waren, um überhaupt Bewegung in die Verhandlungen zu bringen, sollten dann später mit dem Mitbestimmungsgesetz (MBL) illegalisiert werden, s. u. Kap. 4.4/Mitbestimmungsrechte...

4.4 Das Mitbestimmungsgesetz (MBL) – Kodifizierung eines Verhandlungsmonopols

Die wilden Streiks im Verlauf der 1970er Jahre konnten auf die Erfahrungen der ersten wilden Streiks (vor allem des LKAB-Konfliktes) aufbauen und die dort erprobten Organisationsformen weiterentwickeln. Diese Form der Diffusion (indirekte Aneignung von Erfahrungen, Kampfformen etc.) zeigt sich auch in der Analyse der Putzfrauenstreiks. Im Gegensatz zum Streikkomitee im LKAB-Konflikt, das versucht hatte die Gewerkschaftsführung von außen vor sich herzutreiben (auf Grund der hohen Anzahl Streikender und der Bedeutung der LKAB für den schwedischen Export glaubten sie, Einfluss auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung nehmen zu können), ließen sich die Arbeiterinnen bei arbeitsgerichtlichen Verfahren während der Putzfrauenstreiks weiterhin vollständig von ihrer Gewerkschaft, dem *fastighetsanställdas förbund* (Gewerkschaft der Immobilienangestellten), und deren Juristen vertreten, obwohl sich diese auf allen Ebenen (sowohl vor Ort als auch in der Gewerkschaftsführung sowie bei der Vertretung der Arbeiterinnen vor dem Arbeitsgerichtshof) gegen den Streik positionierten. Dies weist darauf hin, dass den Arbeiterinnen klar war, dass sie gegen den umfassenden Alleinvertretungsanspruch der LO-Gewerkschaften, der keine Ausnahmen duldete, nichts ausrichten konnten.⁵⁵³

Den Arbeiterinnen war zudem bewusst, dass sie Druck auf die Arbeitgeber allein dann ausüben konnten, wenn sie auf die Solidarität der Stammbelgeschaften setzten oder versuchten, öffentlichkeitswirksam auf ihre Situation hinzuweisen (eine solche Strategie ähnelt der der ArbeiterInnen während des LKAB-Konfliktes).

Dort, wo die Putzfrauenstreiks erfolgreich waren, waren sie es **trotz** des Agierens der Gewerkschaftsführung, denn die eigene Gewerkschaftsorganisation unterstützte ihre Forderungen nicht.

Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes – verkörpert durch die LO – sah ihre vorrangige Aufgabe darin, für Frieden auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen (da sie ihre Verhandlungsmacht vor allem darin begründet sah, den

⁵⁵³ Vgl. Järhult 1982 a. a. O. S. 132ff. – Wie schon im Hafenarbeiterstreik war es Anspruch der LO-Gewerkschaft formell alle Arbeiterinnen, auch die vermeintlichen Abweichterinnen, zu vertreten.

Arbeitgebern diesen Frieden anbieten zu können), sah sich aber gleichzeitig in der Pflicht, aktiv die streikenden ArbeiterInnen, denen auf Grund ihres Engagements die Entlassung drohte, vertreten zu müssen. Gegen derartige Entlassungen protestierten Gewerkschaftsvertreter 1970 noch aktiv im Arbeitsgerichtshof. Während der Putzfrauenstreiks 1974/75 änderte sich die Strategie der Gewerkschaftsvertreter jedoch radikal: Sie traten aktiv dafür ein, die betroffenen Arbeiterinnen vom Arbeitsgerichtshof auf Grundlage des 1974 verabschiedeten *lag om anställningsskydd* mit hohen Strafen für die Teilnahme an einem wilden Streik zu belegen und schließlich zu entlassen. Die Urteile des Arbeitsgerichtshofes gegen die streikenden Arbeiterinnen markierten den Beginn eines verschärften, gesetzlichen Vorgehens gegen wilde Streiks. Diese Verschärfung bekamen weitere ArbeiterInnen im Verlauf der wilden Streiks der 1970er Jahre zu spüren.⁵⁵⁴

Ein Gesetz, sie zu knechten?

„Es ist möglich, dass diese Mitglieder hier das so auffassen. Fakt ist, dass die Organisation sich gegen Konflikte dieser Art schützen muss. [...] Alle Kollektivabkommen bauen darauf, dass die Arbeitgeber Arbeitsfrieden kaufen und dass die Organisation [die Gewerkschaft] Arbeitsfrieden verkauft. Das ist einfach die zugrundeliegende Philosophie. Wir müssen die Versprechen einhalten, die die Organisation gegeben hat.“⁵⁵⁵ [BB]

So begründet der damalige LO-Vorsitzende Gunnar Nilsson in einem Interview, warum die Gewerkschaftsführung sich aktiv gegen wilde Streiks eingesetzt hatte und die ArbeiterInnen dadurch den Eindruck bekamen, die Gewerkschaftsführung kümmere sich nicht um ihre Probleme bzw. wolle ihnen gar nicht helfen und sei zuvorderst darauf bedacht, sie zurück an die Arbeit zu schicken.

LO-Führung und Sozialdemokratie sahen wilde Streiks als unzulässige Störung des Arbeitsfriedens und Gefahr für ihre starke Verhandlungspositi-

554 Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 21ff; Järhult 1982, S. 132ff.

555 Järhult 1982 a. a. O. S 247. „Det är möjligt att dom här medlemmar uppfattar det så. Faktum är att organisationen måste skydda sig mot konflikter av den här typen. [...] Alla kollektivavtal bygger på att arbetsgivaren köper arbetsfred och att organisationen säljer arbetsfred. Det är den enkla grundläggande filosofin. Vi måste upprätthålla dom utfästelser som organisationen har gjort.“

on gegenüber den Arbeitgebern an. Sie waren zusätzlich der Überzeugung, die wilden Streiks seien von den radikalen politischen Gruppen, die sich als außerparlamentarische Opposition verstanden, angezettelt worden. Diese neu entstandene Opposition hatte sich im Laufe der 1970er Jahre immer intensiver mit den Problemen der Arbeitsverhältnisse und einer Kritik der zunehmenden Arbeitsbelastung beschäftigt. Die Gewerkschaftsführung war der Meinung, die wilden Streiks konnten nicht aus der Mitte ihrer eigenen Mitglieder heraus entstanden sein; die eigenen Mitglieder müssten – so ihre Ansicht – von den Unruhestiftern dieser außerparlamentarischen Opposition aufgewiegelt worden sein.⁵⁵⁶

Auf Grundlage dieser Analyse wollten Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie eine Situation wieder herstellen, in der Konflikte wieder in reglementierten und kontrollierten Bahnen ablaufen würden: die enge Zusammenarbeit der Tarifparteien, wie sie sich in den 1950er/60er Jahren bewährt hatte, sollte nun per Gesetz als allgemein verbindlich festgeschrieben werden. Die Gewerkschaftsführung war bereit, für eine gesetzliche Garantie ihrer bevorzugten Politik, in Kauf zu nehmen, dass der Arbeitgeberseite – quasi im Gegenzug – Sanktionsmöglichkeiten gegen einzelne streikende ArbeiterInnen an die Hand gegeben wurden. Der Gewerkschaftsführung ging es um eine gesetzliche Kodifizierung des Abkommens von Saltsjöbaden, eine gesetzliche Pflicht zu Verhandlungen, um Konflikte zu vermeiden. Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie waren der wirtschaftspolitischen Überzeugung, dass eine umfassende Strukturanpassung der schwedischen Wirtschaft unvermeidbar bevor stand und die daraus resultierenden Konflikte eingedämmt werden müssten. Dafür sollte unbedingt der Eindruck vermieden werden, durch wilde Streiks könnten – wie bei den Hafenarbeitern 1969 – Erfolge unter Umgehung der etablierten Verhandlungswege erkämpft werden. Teilnehmer eines wilden Streiks wurden dementsprechend als gesellschaftlich schädliche Störenfriede interpretiert, die es ruhig zu stellen gelte und die allein darauf bedacht seien, über die zentralen Tarifabschlüsse hinaus sich unter Umgehung des bewährten Systems einen irregulären Bonus zu erstreiken.⁵⁵⁷

⁵⁵⁶ Vgl. Olsson 1982 a. a. O. S. 24ff.

⁵⁵⁷ Vgl. ebd. S. 24ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 352f. Diese Sichtweise ließ sich auch nahtlos in die *folkhem*-Ideologie einpassen: die wild Streikenden wollten mehr als ihnen im *svenska folkhem* zustand und waren deshalb gesellschaftlich schädlich.

4.4 Das Mitbestimmungsgesetz (MBL)

1976 verabschiedete der Reichstag das *lag om medbestämmande i arbetslivet* (Gesetz zur Mitbestimmung im Arbeitsleben – MBL = Mitbestimmungsgesetz). Von Anfang an waren die Ansichten über dessen Intention und Bedeutung gespalten. Zwei Sichtweisen machen dies deutlich:

- (1) die erste Sichtweise zur Genese des Mitbestimmungsgesetzes⁵⁵⁸ berichtet von der Einsicht des Gesetzgebers und der herrschenden Schichten in die Notwendigkeit, die gesellschaftlichen Probleme, die sich in den wilden Streiks manifestiert hatten, durch mehr demokratische Teilhabe zu lösen:⁵⁵⁹

Das Mitbestimmungsgesetz sollte ein Meilenstein zur Demokratisierung des Arbeitslebens sein. Der sozialdemokratische *statsminister* (Regierungschef) Olof Palme erklärte dazu im Reichstag, dass der §32 der Satzung der SAF⁵⁶⁰ von nun an der Geschichte angehöre und damit das MBL „die größte Umverteilung von Macht und Einfluss [...] seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts“ sei.⁵⁶¹ Die verschärften Klassenauseinandersetzungen der 1970er Jahre, die sich u. a. an der großen Anzahl wilder Streiks ablesen lassen, hätten Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie, Arbeitgeber und Teile der Opposition von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Demokratisierung des Arbeitslebens überzeugt;

558 Zur Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes siehe: Rolf Jonsson, *De okända förhandlingarna, Statens förhandlingsråd och regeringens MBL-förhandlingar* (Die unbekanntenen Verhandlungen, Der staatliche Verhandlungsrat und die MBL-Verhandlungen der Regierung), Lund 1986; für eine Analyse des Verhältnisses von Staat und Gewerkschaften während der Verhandlungen siehe ders., *Fackligt inflytande och politisk demokrati, En analys av regeringens MBL-förhandlingar* (Gewerkschaftlicher Einfluss und politische Demokratie, Eine Analyse der MBL-Verhandlungen der Regierung), Lund 1989.

559 Siehe dazu Sigvard Rubenowitz / Flemming Norrgren, *MBL och den ensklide, En forskningsöversikt*, Stockholm 1983, S. 9ff.

560 Der §32 (vorher der §23) der Satzung der SAF besagte, dass es das alleinige Recht des Arbeitgebers sei, die Arbeit zu leiten und zu verteilen.

561 Im ganzen Wortlaut: „Idag behandlar vi den nya lagen om medbestämmande, den gamla §32 skall försvinna till historien. Arbetare och tjänstemän ska få vara med och bestämma i företagen, i den offentliga förvaltningen, i stat, kommun och landsting. Det är en historisk dag. Den strävan till förnyelse och demokratisering av arbetslivet som satt sin prägel på 1970-talets reformarbete innebär sammantaget den största spridning av makt och inflytande som ägt rum i vårt land sedan den allmänna rösträtten genomfördes.“ Olof Palme im Reichstag am 2.6.1976 (RD 75/76: 145). Vgl. auch FiB-juristerna, *Medbestämmandelagen – En antistrejklag*, Stockholm 1976, S. 9.

- (2) die zweite Sichtweise sieht das Mitbestimmungsgesetz vor allem als ein Anti-Streik-Gesetz an, das wilde Streiks gesetzlich verhindern und die Verhandlungsmacht von Gewerkschaftsführung und Arbeitgeberverbänden sichern sollte, ohne die dahinterstehenden gesellschaftlichen Probleme angehen zu müssen. Nach dieser Sichtweise bestand die Intention des Gesetzes vor allem darin, den Strukturwandel der schwedischen Wirtschaft „von oben“ – von Seiten der LO-, SAF- und SAP-Führungen – gegen alle Widerstände durchzusetzen.⁵⁶²

Die Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes

Das Mitbestimmungsgesetz (MBL) legt den Rahmen für das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern mittels einzelner Regelungen fest.⁵⁶³

Für die lokale Ebene (die Betriebsebene) beinhaltete das MBL nur Anhörungs- und Informationsrechte der einzelnen Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern. Arbeitgeber können demnach zu Strafen verurteilt werden, wenn sie diesen Zusammenarbeitspflichten nicht nachkommen. Die Informationspflicht besteht dabei darin, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist, **nach** einer Entscheidung die Arbeitnehmer zu informieren; ein Recht auf Einfluss der Arbeitnehmer auf den Entscheidungsprozess gibt es nicht. Für den Einzelnen beinhaltet das Gesetz keinerlei Mitbestimmungsrechte im eigentlichen Sinn.

Für die Gewerkschaftsorganisationen⁵⁶⁴ bietet das MBL einige wenige Mitbestimmungsrechte (sie gelten allein für Gewerkschaftsorganisationen, die bereits Kollektivabkommen für den entsprechenden Bereich geschlossen haben): Eine Gewerkschaftsorganisation hat das Recht, bei Verhandlungen zu einem *medbestämmandeavtal* (Mitbestimmungsabkommen) beteiligt zu werden; dieses Recht wurde durch gesetzliche Sanktionsmöglichkeiten abgesichert. In den *medbestämmandeavtal* sollten die allgemeinen Regeln des Gesetzes in lokalen oder allgemeinen Verhandlungen konkretisiert

⁵⁶² Diese Sichtweise findet sich u. a. bei: ebd.; Olsson 1982 a. a. O. S. 13ff.

⁵⁶³ Für eine graphische Aufbereitung der Normen des MBL mit praktischen Fallbeispielen siehe Bo Alvemo u. a., *Lag jobb, Medbestämmandelagen*, Stockholm 1979.

⁵⁶⁴ Je nach Norm und Regelungszweck ist als Gewerkschaftsorganisation im Sinne des MBL die Gewerkschaftsabteilung vor Ort (die lokale Gewerkschaftsorganisation), die Einzelgewerkschaft (als Industrie- oder Fachgewerkschaft) oder die LO (als Dachverband) zu verstehen.

4.4 Das Mitbestimmungsgesetz (MBL)

werden. Bis zum Beginn der 1980er Jahre wurden aber nur sehr wenige *medbestämmandeavtal* geschlossen. Es gab zwar viele Verhandlungen, in denen LO, Einzelgewerkschaft oder Gewerkschaftsabteilung vor Ort auch entsprechend des Gesetzes beteiligt wurden, die Verhandlungen führten aber meistens nicht zu Ergebnissen. Der Arbeitgeber hat daneben eine Informationspflicht gegenüber der lokalen Gewerkschaftsorganisation, wie sich der Betrieb und das Unternehmen in Bezug auf die Produktion und die Finanzen entwickelt, und wie die Personalplanung aussieht. Diese reinen Anhörungsrechte beinhalten keine darüber hinausgehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten.⁵⁶⁵

Des Weiteren beinhaltet das MBL ein Verhandlungsrecht der lokalen Gewerkschaftsorganisation (in der Regel die Gewerkschaftsabteilung) vor wichtigen Entscheidungen den Betrieb oder das Unternehmen betreffend sowie eine Verhandlungspflicht der Arbeitgeber, wenn dies von der Gewerkschaftsabteilung gewünscht wird. Diese Verhandlungen müssen **vor** der Entscheidungsfindung stattfinden, danach können jedoch die Arbeitgeber unabhängig von dem Ergebnis der Verhandlungen ihre Entscheidung treffen. Wird in den Verhandlungen keine Einigkeit erzielt, hat die Gewerkschaftsabteilung die Möglichkeit, auf höherer Ebene zentrale Verhandlungen zu verlangen. Am Ende dieser Verhandlungen obliegt wiederum den Arbeitgebern das Recht, eine Entscheidung zu treffen. Es handelt sich somit auch bei den Verhandlungspflichten und -rechten nicht um Mitbestimmungspflichten oder -rechte sondern nur um formale Zusammenarbeitspflichten und Zusammenarbeitsrechte.⁵⁶⁶

Mehr Demokratie durch Mitbestimmung

Einen positiven Effekt in Bezug auf die Gewerkschaftsarbeit vor Ort hatte das Informationsrecht der Gewerkschaftsorganisation und die korrespondierende Informationspflicht der Arbeitgeber.⁵⁶⁷ Die weiteren Zusammenar-

⁵⁶⁵ Vgl. Lennart Lennerlöf / Peter Hellberg, *Medbestämmandet enligt lag, Vad blev det? Sammanfattande slutrapport*, Stockholm 1979, S. 5ff; FiB-juristerna 1976 a. a. O. S. 15ff.

⁵⁶⁶ Vgl. Lennerlöf / Hellberg 1979 a. a. O. S. 5ff.; FiB-juristerna 1976 a. a. O. S. 14f. Die im MBL gewährten Mitbestimmungsrechte sind in etwa vergleichbar mit den Anhörungsrechten im deutschen Arbeitsrecht.

⁵⁶⁷ Die Frage zur Regelung der Arbeitsverteilung nach Inkrafttreten des MBL stand auch im Mittelpunkt der Forschung. Für Forschungsberichte zu den Auswirkungen des Mitbestim-

beitsrechte und -pflichten hingegen hatten für die Gewerkschaftsarbeit vor Ort nur einen sehr geringen Nutzen. Dazu beigetragen hat insbesondere die Weigerung der Arbeitgeber, das Mitbestimmungsgesetz wie vorgesehen durch *medbestämmandeaovtal* zu ergänzen. Auch die Hoffnung vieler Beschäftigter auf eine umfassende Mitbestimmung hat das Mitbestimmungsgesetz nicht erfüllt. Vor Ort blieb es meist bei informellen Verhandlungen. Die ausgeweiteten Informationsrechte der Vertrauensleute und Gewerkschaftsvertreter über wichtige Fragen und Probleme des Unternehmens hatten insofern eine positive Auswirkung, als dass man Einfluss auf den Problemlösungsprozess nehmen konnte, weil nun früher informiert werden musste. Die meisten Verhandlungen, die unter das MBL fielen, fanden aber nach wie vor nicht vor Ort, sondern auf den höheren Ebenen statt.⁵⁶⁸

Insgesamt hat das Mitbestimmungsgesetz zu einer weiteren Zentralisierung von Verhandlungen und Entscheidungsprozessen geführt, was insbesondere dadurch verstärkt wurde, dass das einzige gesetzlich vorgesehene Druckmittel der lokalen Gewerkschaftsorganisation darin bestand, zentrale Verhandlungen auf einer höheren Ebene zu verlangen.⁵⁶⁹

Mitbestimmungsrechte zur Verhinderung von Streiks

Als entscheidend erwies sich in Bezug auf die wilden Streiks das gesetzlich garantierte Verhandlungsrecht der Gewerkschaftsorganisationen. Vor der Verabschiedung des MBL hatte es zwei Alternativen gegeben, ohne Zustimmung der Gewerkschaftsorganisation gesetzmäßig zu streiken:

- (1) wenn ein Abkommen, das eine Verhandlung mit der Gewerkschaftsorganisation vorschrieb, ausgelaufen war oder
- (2) wenn ein Arbeitgeber ohne Abkommen war, d. h. weder ein eigenes Abkommen geschlossen hatte noch einer Arbeitgeberorganisation angehörte, die ein zentrales Abkommen mit einer Gewerkschaftsorganisation auf einer der höheren Ebenen besaß.

mungsgesetzes unter dem Blickwinkel von Arbeitsverteilung, Arbeitsorganisation und kollektiven Mitbestimmungsformen siehe Sandberg 1982 a. a. O.

⁵⁶⁸ Vgl. Lennerlöf / Hellberg 1979 a. a. O. S. 69ff.

⁵⁶⁹ Vgl. ebd. S. 69ff.

4.4 Das Mitbestimmungsgesetz (MBL)

Das MBL schrieb nun aber der Gewerkschaftsorganisation ein Verhandlungsrecht **unabhängig** von jeglichen Verhandlungen oder Abkommen zu. Damit benötigte eine Belegschaft immer die Unterstützung einer Gewerkschaftsorganisation, um Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu verlangen und jeder Streik, den die Gewerkschaftsorganisation nicht unterstützte, war somit automatisch ein wilder Streik. Indem dieses Vetorecht einer Gewerkschaftsorganisation daran gekoppelt wurde, dass die Gewerkschaftsorganisation bereits ein Kollektivabkommen für den entsprechenden Bereich abgeschlossen haben musste, wurde einerseits dem Missbrauch durch die Arbeitgeber vorgebeugt (für den Fall, dass Arbeitgeber Scheingewerkschaften gründeten, die sie selbst kontrollierten), andererseits blieben Einzelgewerkschaften, die kein Kollektivabkommen abgeschlossen hatten (dies betraf vor allem Einzelgewerkschaften, die nicht Teil der LO waren), somit von den Rechten des MBL ausgeschlossen (diese Bestimmung fand unmittelbare Anwendung auf die Hafendarbeitergewerkschaft, die – in Folge des wilden Hafendarbeiterstreiks 1969 – sich von der Transportarbeitergewerkschaft abgespalten hatte).

Eine weitere Regelung des MBL diente dazu, wilde Streiks zu unterbinden: mit dem MBL wurde das Einsammeln von Unterstützungsgeldern für wilde Streiks unter Strafe gestellt; auch eine Gewerkschaftsorganisation, die gar nicht am Konflikt beteiligt war, konnte nach dem MBL zu Strafzahlungen verurteilt werden, wenn ihre Mitglieder Unterstützungsgelder für einen wilden Streik sammelten.⁵⁷⁰

Mit diesem Verbot wurde den ArbeiterInnen ein zentrales Kampfmittel genommen, das in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vom *storstrejk* 1909 bis zum LKAB-Konflikt immer wieder erfolgreich angewendet worden war und vor allem Solidarität mit den Zielen der Streikenden ausdrückte. Die Unterstützungsgelder waren nie allein eine monetäre Unterstützung – sie waren vor allem eine moralische Unterstützung der Streikenden.

Das Mitbestimmungsgesetz zeigt, dass es sich bei den wilden Streiks nach Ansicht des Gesetzgebers um Konflikte handelt, die außerhalb der Kämpfe der organisierten Gewerkschaftsbewegung stehen und somit mit allen Mitteln unterbunden werden müssen. Noch 1981 ist die Hauptfragestellung einer gewerkschaftsnahen Studie von Johansson/Hellmark – „*Från LKAB*

⁵⁷⁰ Vgl. FiB-juristerna 1976 a. a. O. S. 25.

till ASAB, *Strejker och lockouter på den svenska arbetsmarknaden 1970-74*“,⁵⁷¹ wie wilde Streiks in Zukunft verhindert werden können. Die Ursachen für wilde Streiks werden dabei zwar auch – quasi nebenbei – analysiert, das Hauptaugenmerk der Vorschläge zur Lösung dieser Problematik liegt aber weiterhin darin, wilde Streiks von vornherein durch Abkommen und Verfahrensregelungen zu unterbinden.⁵⁷² Allein wegen der Strafzahlungen, die ansonsten drohen, sollte eine Gewerkschaftsorganisation bei einem wilden Streik nicht auf der Seite der Streikenden stehen; Johansson/Hellmark postulieren sogar, dass die Gewerkschaftsorganisation bei wilden Streiks selbstverständlich auf Seiten der Arbeitgeber stehen müsse.⁵⁷³

Die Analyse des MBL zeigt: dem Gesetzgeber ging es beim MBL darum, den Kollektivabkommen zwischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisation ihren ehemals hohen Stellenwert, den die wilden Streiks zwischenzeitlich geschmälert hatten, zurück zu geben. Außerdem ging es darum, den Arbeitgebern verschärfte Mittel an die Hand zu geben, um gegen wilde Streiks vorzugehen: alle Teilnehmer eines wilden Streiks konnten entlassen werden, unbegrenzte Strafzahlungen wurden zugelassen und es wurde vereinfacht, die Arbeitgeber von ihrer Friedenspflicht zu befreien. Die Kombination der beiden Gesetze (MBL und LAS)⁵⁷⁴ führte somit zur Verschärfung eines Sanktions- und Kontrollsystems, in dem Arbeitgeber und die etablierten Gewerkschaftsorganisationen uneingeschränkt über den Arbeitsfrieden wachten.⁵⁷⁵ Die Rolle als Friedenswächter des schwedischen Arbeitsmarktes, die sich die beiden Tarifparteien in der ersten Hälfte des 20.

571 Per Owe Johansson / Ann-Britt Hellmark, *Från LKAB till ASAB, Strejker och lockouter på den svenska arbetsmarknaden 1970-74*, Stockholm 1981. (Von der LKAB zur ASAB, Streiks und Aussperrungen auf dem schwedischen Arbeitsmarkt 1970-74)

572 Vgl. ebd. S. 68ff.

573 Vgl. ebd. S. 17ff.

574 Das Recht, TeilnehmerInnen eines wilden Streiks zu kündigen wurde schon im LAS verankert und von da an auch von den Gewerkschaftsorganisationen akzeptiert: vgl. *FiB-juristerna 1976 a. a. O.* S. 19ff.

575 Zum LAS sowie der Kombination aus MBL und LAS: Vgl. ebd. S. 19ff. In der Summe führten die gesetzlichen Reformen des schwedischen Arbeitsrechts ab 1970 zu einer Umgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, vgl. dazu Folke Schmidt, *Die Reform des kollektiven Arbeitsrechts in Schweden*, Frankfurt/Main 1978. Für eine Analyse der Reformen bis in die 1980er Jahre hinein siehe: Sten Edlund / Birgitta Nyström, *Part III Sweden, Main Features of the Settlement of Labour Disputes*, in: Tadashi Hanami (Hrsg.), *Industrial Conflict Resolution in Market Economies, A Study of Canada, Great Britain and Sweden*, Deventer 1987, S. 163ff.

Jahrhunderts erkämpft hatten, wurde nun von staatlicher Seite gesetzlich festgeschrieben und garantiert.⁵⁷⁶ Die rissig gewordene Konfliktordnung des Schwedischen Modells wurde – systemwidrig – mit gesetzlichen Mitteln restauriert.

Gesetzliche Bewahrung des gewerkschaftlichen Einflusses

Es wäre jedoch zu weit gegriffen, das MBL und seine Mitbestimmungsrhetorik allein als demokratische Fassade zu werten, die härtere Sanktionsmöglichkeiten für die Seite der Arbeitgeber verdecken sollte. Es ging gleichzeitig auch darum, den großen Einfluss der Gewerkschaftsbewegung im Verhältnis von Arbeit und Kapital zu bewahren und die Arbeitgeber auf diese Weise zur weiteren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen zu zwingen.⁵⁷⁷ Die Regierung ging nicht so weit, reelle Mitbestimmungsrechte für die Gewerkschaftsorganisationen im Gesetz zu verankern; man glaubte scheinbar, es reiche aus, die Arbeitgeber zurück an den Verhandlungstisch zu bringen und der Gewerkschaftsorganisation Möglichkeiten für eine Mitbestimmung zu schaffen; vor einer direkten gesetzlichen Begrenzung des Entscheidungsrechts der Arbeitgeber schreckte man zurück. Das MBL begrenzte somit auch nicht das Recht der Arbeitgeber die Arbeit zu leiten und zu verteilen; es schrieb allein gesetzlich fest, die Gewerkschaftsorganisation habe das Recht, über diese Frage mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Formell war damit der §32 der Satzung der SAF außer Kraft gesetzt, genau wie es die Gewerkschaftsbewegung gefordert und der Gesetzgeber versprochen hatte. Praktische Wirkung konnte dieser Umstand jedoch nur dann entfalten, wenn es der Gewerkschaftsbewegung gelang, die Arbeitgeber in einzelnen *medbestämmandeavtal* zu Zugeständnissen zu zwingen. – Da dies in der Folgezeit nur selten gelang, blieb alles wie es war.⁵⁷⁸

576 Vgl. dazu Rubenowitz / Norrgren 1983 a. a. O., eine „Forschungsübersicht“ im Sinne einer Zusammenfassung und systematischen Auswertung der Forschung zum MBL bis 1983 unter dem Blickwinkel der Bedeutung des MBL für den einzelnen Arbeitnehmer.

577 Für eine Darstellung der gewerkschaftlichen Intention sowie der Bedeutung des MBL für den Korporatismus vgl. Jonsson 1989 a. a. O. S. 86ff., 160ff.

578 Vgl. FiB-juristerna 1976 a. a. O. S. 10ff; Elvander 1983 a. a. O. S. 353ff.

4.5 Bedeutung der wilden Streiks sowie des Mitbestimmungsgesetzes

Bei der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes hatte die sozialdemokratische Regierung noch vielversprechend angekündigt, durch das MBL die Demokratisierung des Arbeitslebens und ein Ende des Entscheidungsmonopols der Arbeitgeber über die Arbeitsinhalte einzuläutern. Die Analyse des Gesetzes und seiner Wirkung hat demgegenüber gezeigt, dass von den angekündigten Mitbestimmungsrechten nur wenig geblieben ist, die Sanktionsmöglichkeiten gegen wilde Streiks hingegen ihre volle Wirkung entfalten konnten. Der Intention des Gesetzgebers nach war das MBL kein reines Anti-Streik-Gesetz, seiner Wirkung in Bezug auf die wilden Streiks nach war das jedoch ganz klar der Fall, vor allem, weil:

- (1) jeder Streik, der nicht von einer Gewerkschaftsorganisation unterstützt wurde, nun ein wilder Streik war;
- (2) ArbeiterInnen, die keine Unterstützung von ihrer eigenen oder der jeweils zuständigen Gewerkschaftsorganisation bekamen, nicht mehr auf die Solidarität anderer Gewerkschaftsmitglieder zurückgreifen konnten (Strafzahlungen für das Sammeln von Unterstützungsgeldern).⁵⁷⁹

Das harte Vorgehen der LO und ihrer Einzelgewerkschaften gegen wilde Streiks und aufrührerische Mitglieder (wie bspw. der Ausschluss ganzer Gewerkschaftsabteilungen von Hafenarbeitern aus der Transportarbeitergewerkschaft) war vorrangig darauf gerichtet, die eigene Bedeutung innerhalb des Schwedischen Modells abzusichern. Die Beschränkung der subjektiven Rechte des MBL auf Gewerkschaftsorganisationen mit bestehendem Kollektivabkommen zeigt, dass auch der Gesetzgeber darauf setzte, Arbeitskonflikte allein durch die Zusammenarbeit der Arbeitgeber mit den etablierten Gewerkschaftsorganisationen lösen zu lassen. Andere Konfliktformen wurden nicht berücksichtigt oder sollten – wie im Falle der wilden Streiks – sogar aktiv unterbunden werden.⁵⁸⁰

⁵⁷⁹ Vgl. FiB-juristerna 1976 a. a. O. S. 25.

⁵⁸⁰ Vgl. ebd. S. 17ff.

4.5 Bedeutung der wilden Streiks sowie des Mitbestimmungsgesetzes

Die LO, ihre Einzelgewerkschaften und die Sozialdemokratie waren nicht in der Lage, die neuen Konfliktformen als einen weiteren Ausdruck der Aktionsformen einer kämpfenden Arbeiterklasse zu begreifen. Die Konzentration auf den Arbeitsfrieden (Konsensmodell) führte dazu, wilde Streiks einseitig als unkontrollierbare Gefahr zu betrachten, die die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gefährdete. Im Verlauf der 1950er/60er Jahre war der Arbeitsfrieden von einer ökonomischen Notwendigkeit zur ideologischen Grundkonstante des Schwedischen Modells geworden; wilde Streiks erschienen der Gewerkschaftsführung und der Sozialdemokratie als äußerst gefährlich, weil sie diese Grundkonstante in Frage stellten. Deshalb war man sogar bereit, die staatliche Neutralitätspolitik, die seit der Tragödie von Ådalen 1931 die Entwicklung hin zum Schwedischen Modells bestimmt hatte, aufzugeben.

Das gleichzeitige Auftreten von wilden Streiks und Studentenprotesten verdeutlicht darüber hinaus, dass die wilden Streiks nicht allein Ausdruck der Verhältnisse innerhalb der Fabrik oder eine Opposition zu den etablierten Konfliktformen des Schwedischen Modells sind. Die wilden Streiks sind – genau wie die radikalen Proteste der Studenten – eine Folge der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die aus der patriarchalischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung resultieren.⁵⁸¹

Das Rehn-Meidner-Modell hatte die solidarische Lohnpolitik und den gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch zur Förderung der Strukturumwandlung und Modernisierung der schwedischen Wirtschaft zur Hauptaufgabe der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gemacht. Mit der vollständigen Integration der Gewerkschaftsbewegung in das Schwedische Modell in den 1950er/60er Jahren ging die Fähigkeit der Gewerkschaftsbewegung verloren, neue Impulse aus sich selbst heraus zu entwickeln sowie Kritik und Missstände, die aus den Reihen ihrer Mitglieder aufgezeigt wurden, aufzunehmen. Am deutlichsten trat diese Assimilation der Gewerkschaftsstruktur beim LKAB-Konflikt zu Tage, als die Streikenden jeden Versuch der Gewerkschaftsorganisation, sich in den Streik und die Verhandlungen einzumischen – den wilden Streik zurück in die etablierte Konfliktordnung zu überführen –, als Gefahr für ihre Anliegen ansahen. Im *verkstadsstrejk* 1945 kamen die für die Gewerkschaftsbewegung

⁵⁸¹ Vgl. dazu die Analyse der wilden Streiks in Dänemark und Deutschland in: Birke 2007 a. a. O. S. 14ff.

notwendigen Impulse, die sie dazu gebracht hatten, ihre Funktion als kritische Vertretung der Interessen der ArbeiterInnen wahrzunehmen, von den Kommunisten, die zwar in ständiger Opposition zur Gewerkschaftsführung standen, aber dennoch Teil der organisierten Gewerkschaftsbewegung waren. Die Fixierung der Gewerkschaftsbewegung auf einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch führte nun dazu, dass die LO und ihre Einzelgewerkschaften Impulse von „außerhalb der Organisation“ (wilde Streiks/außerparlamentarische Opposition) benötigten, um an diese Funktion erinnert zu werden.

Das MBL, das letztendlich als Folge der wilden Streiks durch das Parlament beschlossen wurde, nahm die materielle Kritik an den Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen, die die Grundlage der wilden Streiks bildeten, überhaupt nicht auf und war insofern eine rein prozessuale Antwort auf die wilden Streiks. Das Hauptaugenmerk bei der Verabschiedung des MBL lag auf der Restaurierung der als Arbeitsfriedensordnung verstandenen Konfliktordnung seit dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938.

Politik und Gewerkschaftsführung sahen das MBL in der Folge als adäquate Antwort auf die Frage nach Wirtschaftsdemokratie und machten sich damit eine restriktive Interpretation des Schwedischen Modells als Verhandlungsordnung zu eigen, welche die Funktion der Konfliktordnung des Schwedischen Modells auf die Sicherung des Arbeitsfriedens beschränkt. Dagegen bezogen Teile der Mitgliedschaft der Gewerkschaftsorganisationen einen völlig anderen Standpunkt: sie hatten in den Konflikten ein Bild des Schwedischen Modells und seiner Konfliktordnung entwickelt, welches sich nicht auf die Frage des Arbeitsfriedens verengen ließ. Ihnen konnte das MBL nicht als angemessene Antwort auf ihre Kritik an der Stagnation des Schwedischen Modells erscheinen, weil diese tiefer zielte und die Frage des Schwedischen Modells im Ergebnis mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie verknüpfte.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach der Wirtschaftsdemokratie wurde in den Reihen der Gewerkschaftsorganisationen die Idee der *löntagarfonderna* (Arbeitnehmerfonds) entwickelt.⁵⁸²

⁵⁸² Während die tatsächliche historische Entwicklung sich auf den Kampf um die *löntagarfonder* zubewegen sollte, zog die LO in einem von ihnen herausgegebenen Band noch 1989 ein positives Resümee der Wirkung des Mitbestimmungsgesetzes (siehe Erland Olausson, *70-talets arbetsrättsreformer i backspegl*, in: Casten von Otter u. a., *Efter MBL*, ohne Ort

4.5 Bedeutung der wilden Streiks sowie des Mitbestimmungsgesetzes

1989, S. 62ff.) und verknüpfte letzteres – gleichsam als Grundlage – mit einer positiven Vision der Herausbildung eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffes, der sowohl Arbeiter (*blue-collar*) als auch Angestellte (*white-collar*) einschließen sollte (vgl. Casten von Otter, *Mot en enhetlig löntagarkategori?* in: Casten von Otter u. a., Efter MBL, ohne Ort 1989, S. 11ff.).

Kapitel 5

LO stellt die Machtfrage: löntagarfonderna und storkonflikt 1980

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gelang es, durch das Mitbestimmungsgesetz die wilden Streiks zu beenden und den Arbeitsfrieden wieder herzustellen. Mit Olof Palme als charismatischem Regierungschef an der Spitze steuerte die schwedische Sozialdemokratie 1976 auf ihr 45. Regierungsjahr zu. Die Spitzen der Gewerkschaftsbewegung waren überzeugt, ihre Machtstellung in der Konfliktordnung des Schwedischen Modells nach der turbulenten ersten Hälfte der 1970er Jahre gefestigt zu haben. Der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung war ungebrochen und wurde durch die Radikalisierung des politischen Klimas in den 1970er Jahren noch verstärkt. Ein Möglichkeitsfenster schien sich geöffnet zu haben: die gewerkschaftliche Vision der Vollendung des Schwedischen Modells manifestierte sich in dem Modell der *löntagarfonder* (Arbeitnehmerfonds).⁵⁸³

⁵⁸³ Die Frage der *löntagarfonder* wird von den in dieser Fragestellung maßgebenden politikwissenschaftlichen Autoren, Meidner und Sjöberg, als entscheidende Weichenstellung angesehen. Während Sjöberg in seiner Dissertation den dazugehörigen Aushandlungsprozess samt Ergebnis als Wendepunkt bzgl. der Hegemonie identifiziert (vgl. Stefan Sjöberg, *Löntagarfondsfrågan, en hegemonisk vändpunkt, En marxistisk analys*, Uppsala 2003), resümiert Meidner, der Autor des ursprünglichen Entwurfs, das „Spiel“ um die *löntagarfonder* als verpasste Chance, vgl. Rudolf Meidner, *Spelet om löntagarfonder*, Stockholm 2005. Meidners rückblickende Betrachtung, verbunden mit seinen Erfahrungen aus dem Brennpunkt der Debatte heraus, bildet als Standardwerk die Grundlage der folgenden Darstellung. Meidner hatte im Auftrag der LO das Konzept der Arbeitnehmerfonds gemeinsam mit Anna

Mit der Kampagne zur Einführung der *löntagarfonder* und dem *storkonflikt 1980* (Großkonflikt 1980) ging die Gewerkschaftsbewegung nach den Jahren der Restauration des Schwedischen Modells in ihre vorerst letzte Kampfphase.

5.1 Löntagarfonder: Weiterentwicklung des Schwedischen Modells

Das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik

Im Verlauf der 1970er Jahre wurde ein Dilemma, das seit Einführung der solidarischen Lohnpolitik in den 1950er Jahren bestand, immer offensichtlicher. Von den wirtschaftlichen Erfolgen des Rehn-Meidner-Modells war es anfangs weitgehend überdeckt worden:

Die Lohnzurückhaltung der Hochlohngruppen (insbesondere in der exportorientierten Industrie) – das Kernstück der solidarischen Lohnpolitik, zur Schaffung einer egalitären Lohnstruktur und zur Erneuerung der Legitimität der Gewerkschaftsbewegung – bewirkte, dass durch Lohnerhöhungen weniger Gewinne, als es durch das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital in diesen Branchen möglich gewesen wäre, abgeschöpft wurden.⁵⁸⁴

Diese Verteilungsgerechtigkeit wurde schon 1951 auf dem LO-Kongress – also bereits parallel zur Vorstellung des Rehn-Meidner-Modells – thematisiert. Ein Antrag der Kommunalarbeiter aus Västervik forderte einen von der Gewerkschaftsbewegung verwalteten Fonds, um auch diese „Extragewinne“, die durch die solidarische Lohnpolitik entstanden, umverteilen zu können. Der Antrag wurde als unzureichend abgelehnt und nicht weiter diskutiert.⁵⁸⁵

Zehn Jahre später auf dem Gewerkschaftskongress 1961 war dieses Problem immer noch vorhanden, allerdings befasste sich nur ein einziger

Hedborg und Gunnar Fond erarbeitet. Seine spätere diesbezügliche Forschungsarbeit konnte Meidner aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zu Ende bringen und übergab das Manuskript Lars Ekdahl, der es dann zum Buch ausarbeitete. Im Dezember 2005 starb Rudolf Meidner im Alter von 91 Jahren.

⁵⁸⁴ Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 25ff.

⁵⁸⁵ Vgl. ebd. S. 27f.

5.1 Löntagarfonder: Weiterentwicklung des Schwedischen Modells

Redner mit dieser Thematik – ansonsten blieb die Fragestellung unbeachtet.⁵⁸⁶

Die wilden Streiks ab Ende der 1960er Jahre brachten konkrete Probleme der ArbeiterInnen in die öffentliche Debatte.⁵⁸⁷ Im LKAB-Konflikt wurde vor allem die Kritik an schlechten, fremdbestimmten Arbeitsverhältnissen, an der zunehmenden Zentralisierung der Entscheidungsgewalt in Händen der Gewerkschaftsführung sowie der kooperativ ausgerichtete, gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung thematisiert. Entscheidender Kritikpunkt der LKAB-ArbeiterInnen am Schwedischen Modell selbst war die Lohnzurückhaltung, die von ihnen erwartet worden war.

Die LO-Führung konnte sich dieser verteilungspolitischen Gerechtigkeitsdebatte nicht vollständig entziehen. Auf dem LO-Kongress 1971 befasste sich u. a. der lohnpolitische Bericht der LO-Führung mit der Frage, in welchem Ausmaß die solidarische Lohnpolitik zu einer unvoreilhaftesten Vermögensentwicklung führe. Diese Frage wurde von der LO-Führung nicht beantwortet. Auf dem Kongress forderten mehrere Anträge die LO-Führung auf, Benachteiligungen infolge der solidarischen Lohnpolitik anzugehen. Auf welchem Wege dies geschehen sollte (bspw. Fondsbildung, höhere Besteuerung) wurde dabei wiederholt debattiert, vom Kongress aber nicht abschließend beantwortet. Letztendlich beauftragte der Kongress die LO-Führung, das lohnpolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik und Fonds als möglichen Lösungsweg zum nächsten LO-Kongress zu untersuchen.⁵⁸⁸

Das Dilemma der solidarischen Lohnpolitik, wie es sich im Laufe der 1970er Jahre zeigen sollte, bestand nicht allein in der von den Betroffenen so empfundenen Lohnungerechtigkeit. Ein tieferliegendes Problem stellte „den solidariska lönepolitikens fördelningspolitiska dilemma“⁵⁸⁹ (das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik) dar: Lohnzurückhaltung der Hochlohngruppen führte zu einer immensen Kapitalbildung auf Seiten der Unternehmen.⁵⁹⁰ Die durch Lohnzurückhaltung in den Unternehmen

586 Vgl. ebd. S. 28f.

587 Siehe dazu Kap. 4.2/Kritik am Schwedischen Modell...

588 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 31f, S. 33ff.

589 Ebd. S. 37.

590 Vgl. ebd. S. 25ff.

verbliebenen Profite bilden einerseits das ökonomische Kapital (im Sinne des Rehn-Meidner-Modells, um den Strukturwandel der Wirtschaft anzuschieben), andererseits kann dieses „freie“ Kapital auch zu politischer Macht werden, wenn es stattdessen in politische Kampagnen und Lobbyarbeit der Arbeitgeberseite investiert wird. Das eigentliche Dilemma der Gewerkschaftsbewegung bestand somit darin, dass die solidarische Lohnpolitik einerseits die Grundlage für die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung war, andererseits das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital schleichend zugunsten der Kapitalseite verschob.

Das Meidner-Modell der löntagarfonder

Die LO-Führung beauftragte Rudolf Meidner⁵⁹¹ (zusammen mit Anna Hedborg und Gunnar Fond), entsprechend dem LO-Kongressbeschluss 1971, ein Modell für *löntagarfonder* zu entwickeln, um das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik zu lösen. Von 1973 bis 1975 bildeten diese drei Forscher eine Arbeitsgruppe und entwickelten, auf Grundlage von Diskussionen, die in anderen europäischen Ländern (u. a. Dänemark, Niederlande und Deutschland⁵⁹²) geführt wurden, eine schwedische Variante, die *löntagarfonder*. Die Arbeitsgruppe zielte darauf ab, ein Modell zu entwickeln, das in der Lage sein sollte

- (1) das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik abzumildern,
- (2) den Einfluss der ArbeiterInnen in den Unternehmen zu erhöhen und
- (3) in den Fonds genügend – durch die ArbeiterInnen kontrolliertes – Kapital zu akkumulieren, um die private Kapitalkonzentration (der

591 Rudolf Meidner hatte gerade eine Untersuchung zur solidarischen Lohnpolitik abgeschlossen und da er mit Gösta Rehn zusammen Namensgeber für das Rehn-Meidner Modell war, erschien er der LO-Führung als ideale Besetzung für diesen Auftrag. Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 39ff.

592 In Dänemark beschloss der LO Kongress 1973 einen Gesetzesvorschlag zur Einführung von Arbeitnehmerfonds; in Deutschland beschloss der DGB auf seinem 9. Kongress im Juni 1972 die Forderung nach Arbeitnehmerfonds; im gleichen Jahr schloss sich der SPD-Bundesparteitag in Hannover dieser Forderung an. In praktische Politik wurde sie jedoch nie umgesetzt. Trotz der Kongressbeschlüsse waren sowohl Gewerkschafts- als auch Parteiführung nicht für das Modell zu gewinnen. Vgl. ebd. S. 47ff.

5.1 *Löntagarfonder*: Weiterentwicklung des Schwedischen Modells

Arbeitgeber) zu brechen.⁵⁹³

Im Herbst 1975 skizzierte die Arbeitsgruppe ein erstes Modell der *löntagarfonder*:

- (1) Ziel der *löntagarfonder* ist, wachstumsneutral zu bleiben: Das in die Fonds überführte Kapital sollte im Unternehmen verbleiben und nicht daraus abgezogen werden (u. a. um Kapitalflucht zu vermeiden). Diese Prämisse sollte sicherstellen, dass die Marktstellung der jeweils betroffenen Unternehmen durch die *löntagarfonder* nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Das durch die Lohnzurückhaltung der oberen Lohngruppen zusätzlich im Unternehmen verbliebene Kapital (als Größenordnung wird etwa 20% des Gewinns genannt) sollte in Form von Unternehmensanteilen in die *löntagarfonder* fließen, wodurch das Kapital weiterhin im Unternehmen verblieb, die Fonds aber langfristig Einfluss (entsprechend ihres Aktienanteils) auf die Unternehmen gewinnen würden. Nach 35 Jahren hätte ein Fonds die Aktienmehrheit in einem Unternehmen, das durchschnittlich 10% Gewinn erwirtschaftet, erreicht.
- (3) Welche Unternehmen durch die *löntagarfonder* betroffen sein sollten, wurde nicht im Detail festgelegt. Als Orientierungshilfe wurde genannt: um 1% der schwedischen Wirtschaft und 80% der Gewinne der schwedischen Industrie zu erfassen, würde es ausreichen, Unternehmen mit wenigstens 100 Angestellten zu berücksichtigen; im Kongressbericht 1976 wurden dann Unternehmen mit mindestens 50-100 Angestellten genannt.
- (4) Die *löntagarfonder* sollten auf die Privatwirtschaft begrenzt bleiben und keine Staatsunternehmen umfassen; Ziel des Modells war eine Machteinschränkung des ausschließlich privaten Kapitals.
- (5) Jeder Fonds sollte mehrere Unternehmen (sowohl profitable als auch weniger profitable) aus verschiedenen Branchen umfassen. Das Ziel der Fonds lag nicht darin, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen oder die Einkommenssituation der Arbeiter zu verbessern, sondern

⁵⁹³ Vgl. ebd. S. 39ff.

den Unternehmern (als politischen Akteuren) das Kapital zu entziehen.

- (6) Die Modellskizze ließ offen, auf welchem Wege – per Abkommen oder per Gesetz – die Arbeitnehmerfonds eingeführt werden sollten.
- (7) Die Verwaltung der branchenübergreifenden Fonds, sowie die Repräsentation des Fonds in den Unternehmensvorständen, sollten Repräsentanten sowohl der lokalen Gewerkschaftsabteilungen als auch der betroffenen Einzelgewerkschaften übernehmen, um die Akzeptanz der *löntagarfonder* vor Ort zu sichern und Branchenegoismus zu verhindern.⁵⁹⁴

Für die LO-Führung hatte das Thema *löntagarfonder* keine besondere Priorität; vom hohen Grad an Zustimmung innerhalb der Einzelgewerkschaften zu dem skizzierten Modell (von ca. 18.000 Teilnehmern in gewerkschaftlichen Diskussionszirkeln diskutiert) wurde sie überrascht und erteilte widerwillig der Arbeitsgruppe um Rudolf Meidner den Auftrag, einen Kongressbericht über die *löntagarfonder* für den LO-Kongress 1976 zu erarbeiten.⁵⁹⁵

Der LO-Kongress 1976 nahm den Bericht über die *löntagarfonder* enthusiastisch auf. Gegen den Wunsch der LO-Führung wurde das Modell durch die Kongressmehrheit sogar noch dahingehend erweitert, nicht allein die großen, exportorientierten Unternehmen sondern alle Unternehmen einzu beziehen.⁵⁹⁶

Die Sozialdemokratie sah den Vorstoß der LO als problematisch an: mitten im Reichstagswahlkampf 1976 wurde die politische Agenda plötzlich von der Debatte um die *löntagarfonder* dominiert. Die bürgerlichen Parteien verlangten von der Sozialdemokratie, sich von dem LO-Kongressbeschluss zu distanzieren, weil die *löntagarfonder* in eine sozialistische Planwirtschaft führen würden. Die Führung der Sozialdemokratie missbilligte zwar ebenfalls die Fonds, wollte sich jedoch mitten im Wahlkampf nicht gegen die

594 Vgl. Sjöberg 2013 a. a. O. S. 110ff.

595 Der Bericht von Rudolf Meidner, Anna Hedborg und Gunnar Fond an den LO-Kongress 1976 ist in deutscher Übersetzung erschienen unter dem Titel „Vermögenspolitik in Schweden“, Köln 1978.

596 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 65f.

5.1 *Löntagarfonder*: Weiterentwicklung des Schwedischen Modells

LO, deren Mitglieder von den *löntagarfonder* begeistert waren, stellen. Der LO-Kongressbeschluss der *löntagarfonder* war der Beginn einer der umfangreichsten politischen Konflikte im modernen Schweden.

Nach der Wahlniederlage der Sozialdemokratie im Herbst 1976 wollten LO- und Parteiführung in der Frage der *löntagarfonder* eine gemeinsame Linie finden. Im Herbst 1977 wurde dafür eine gemischte Arbeitsgruppe aus Vertretern der LO-Führung und der Sozialdemokratie eingerichtet. Der Bericht, den die Arbeitsgruppe im Februar 1978 vorlegte, wich vom Beschluss des Gewerkschaftskongresses in zentralen Punkten ab:

- (1) von den *löntagarfonder* sollten nur noch börsennotierte Unternehmen mit mindestens 500 Angestellten betroffen sein;
- (2) die *löntagarfonder* sollten nun auch zur Kapitalbildung für produktive Investitionen beitragen.⁵⁹⁷

LO stellt die Machtfrage: Wirtschaftsdemokratie?

Die LO-Führung wollte mit den *löntagarfonder* das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik – das Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital auf Grund nicht abgeschöpften Gewinns – beheben, indem sie die Machtressourcen der Arbeitgeber beschnitt. Die Gewerkschaftsmitglieder hingegen begeisterte das Modell der *löntagarfonder*, weil es darauf zielte, die Machtressourcen der Gewerkschaftsbewegung auszubauen. Die Basis der Gewerkschaftsbewegung stellte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital, um endlich tatsächlichen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben zu können. Die Ziele des vom LO-Kongress beschlossenen *löntagarfonder*-Modells gingen somit über die Zielsetzung der LO-Führung, die nicht beabsichtigt hatte, diese Machtfrage zu stellen, hinaus; die Begeisterung für das *löntagarfonder*-Modell unter den Mitgliedern der LO konnte von der LO-Führung nicht mehr eingefangen werden.

Mit dem Kongressbeschluss der *löntagarfonder* 1976 hatte der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung seinen Höhepunkt erreicht. Die Gewerkschaftsbewegung hatte – so ihre eigene Sichtweise – gerade das Problem der wilden Streiks durch die Sozialdemokratie in ihrem Sinne lösen lassen; die *löntagarfonder* sollten nun eine

⁵⁹⁷ Vgl. ebd. S. 66f.

Erweiterung des Rehn-Meidner-Modells sein, das vom LO-Kongress beschlossen und von der Sozialdemokratie umgesetzt werden sollte.

Gleichzeitig war der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung in eine Krise geraten, da dieser im Verlauf der 1970er Jahre die Funktion einer Legitimitätserneuerung der Gewerkschaftsbewegung immer weniger erfüllen konnte. Die wilden Streiks hatten Risse im Schwedischen Modell offengelegt: immer häufiger sahen die ArbeiterInnen im Agieren der Gewerkschaftsorganisationen eine Gefahr für ihre eigenen Anliegen. Der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch benötigte nun selbst eine neue Legitimität – die *löntagarfonder* sollten diese Legitimitätserneuerung bewirken.

Anlass für die Debatte um die *löntagarfonder* war das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik gewesen. Daraus ergab sich für die Umsetzung der *löntagarfonder* ein grundsätzliches konzeptionelles Problem; denn traf die den *löntagarfonder* zu Grunde liegende Analyse der zunehmenden Machtkonzentration auf Arbeitgeberseite zu, so wurde damit gleichzeitig das Haupthindernis für deren Verwirklichung benannt: das Modell der *löntagarfonder* stellte die Machtfrage auf dem schwedischen Arbeitsmarkt und wurde dadurch mit genau dem Machtungleichgewicht konfrontiert, das behoben werden sollte.

5.2 Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten

Die gewerkschaftliche Debatte um *löntagarfonder* wurde 1980 von einem Konflikt, dessen Ausmaße sogar den *storstrejck 1909* in den Schatten stellen sollten, unterbrochen.⁵⁹⁸ Der *storkonflikt 1980*⁵⁹⁹ (Großkonflikt 1980)

⁵⁹⁸ Zur späteren Umsetzung der *löntagarfonderna* siehe Kap. 5.3.

⁵⁹⁹ **Zur Quellenlage:** Eine zeitnahe Einordnung und Beurteilung des *storkonflikt 1980* liefert Anders Broström (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981; darin enthalten sind 18 Aufsätze, wobei wissenschaftliche Fachartikel von Professoren und Forschern durch fachliche Einschätzungen von Verhandlungsführern der Gewerkschafts- und Arbeitgeberseite, sowie Journalisten und Politikern ergänzt werden. Der *storkonflikt 1980* „in Zahlen“ findet sich in Elisabet Höglund, *Storkonflikten i siffror, Preliminär sammanställning av storkonfliktens omfattning, vad den kostar LO-förbunden m. m.* (Der Großkonflikt in Zahlen, Vorläufige Zusammenstellung des Umfangs des Großkonfliktes, was er die LO-Einzelgewerkschaften gekostet hat usw.), Stockholm 1980; die Originaldokumente finden sich neben einer Darstellung des Großkonflikts bei Olle Bolang, *Utslagen! Den svenska modellen efter storkonflikten*

entstand in Folge der ökonomischen Gesamtsituation.

5.2.1 Ökonomische Unsicherheiten und zentrale Verhandlungen

Die schwedische Wirtschaft befand sich Ende der 1970er Jahre in einem Umwandlungsprozess, der insbesondere die exportorientierten Industrien betraf.⁶⁰⁰ Die erste Welle der Einbindung der Computertechnik in die Produktionsprozesse sorgte für Unsicherheit: welche Produktionszweige würden diese Umstellung überleben? Die Produktion stieg zwar noch an, aber nicht mehr in dem selben Umfang wie vorher (das Wachstum schwächte sich ab); zusätzlich nahmen die Investitionen in die Produktion ab.⁶⁰¹

Die Ölkrise der 1970er Jahre lassen den Ölpreis (vor allem 1973 und 1979) in die Höhe schießen; in der Folge nimmt die Inflation drastisch zu, während das Wirtschaftswachstum stagniert (Stagflation). Die meisten europäischen Länder richten ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik nun auf Inflationsbekämpfung aus (in England bspw. durch Lohnzurückhaltung, in

1980 (Ausgeschlagen! Das Schwedische Modell nach dem Großkonflikt 1980), Kristianstad 1980. Die darüber hinausgehende Forschung im Umfeld des *storkonflikt 1980* lässt sich grob in zwei Bereiche gliedern: 1) Die Betrachtung des *storkonflikt 1980* als politischer Konflikt, wie er sich in der zeitgenössischen politischen Presse darstellte (hier zu nennen sind Christer Berglund, *Den obegripliga konflikten, Drama i tre akter om storkonflikten 1980 som det regisserades av Dagens Nyheter, Svenska Dagbladet, Arbetet, Expressen och Aftonbladet* (Der unbegreifliche Konflikt, Drama in drei Akten über den Großkonflikt 1980, wie er unter der Regie von Dagens Nyheter, Svenska Dagbladet, Expressen und Aftonbladet ablief), Stockholm 1980; Björn Dickson / Bo Jönsson / Jan Karlsson, *Sanningen om både Aftonbladet och Expressen, En undersökning av intervjun som källa under storkonflikten 1980* (Die Wahrheit über Aftonbladet und Expressen, Eine Untersuchung von Interviews als Quelle während dem Großkonflikt 1980), Stockholm 1980; und Elisabet Höglund, *Storkonflikten i den politiska debatten* (Der Großkonflikt in der politischen Debatte), Falun 1981) und 2) Die Diskussion des Zustandes und der Zukunft des Schwedischen Modells (hier zu nennen sind Bolang 1980 a. a. O., Ingemar Elander, „*Den svenska modellen*“, *Recepten öven för 80-talet* („Das Schwedische Modell“, Das Rezept auch für die 80er Jahre), Stockholm o. J.; C. H. Hermansson u. a., *Återblick på den svenska modellen, om den fanns*, Stockholm o. J., Nils Elvander, *Dags att lära av grannländerna!* (Zeit von den Nachbarländern zu lernen!) in: *Dagens Nyheter* vom 31.5.1980 und wiederum Höglund 1981 a. a. O.).

600 Vgl. Harry Fjällström, *Bakgrunden till 1980 års konflikt*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 167ff.

601 Vgl. Anders Broström, *Storkonflikten 1980*, in: ders. 1981 a. a. O. S. 10f.

Deutschland mit Hilfe der Bundesbank), geben das Ziel der Vollbeschäftigung zugunsten der Inflationsbekämpfung auf und gehen schrittweise zu einer Austeritätspolitik über. Die schwedischen Regierungen (sowohl die sozialdemokratischen bis 1976 als auch die bürgerliche ab 1976) setzen dagegen auf eine keynesianistische Überbrückungspolitik. Die Priorität der Vollbeschäftigung – von Gewerkschaftsbewegung, Arbeitgebern und Regierung favorisiert – hatte zur Folge, dass die Kosten für den Faktor Arbeitskraft anstiegen. Um die Inflation auszugleichen stiegen die Löhne in den Jahren 1974-76 jeweils um 20%, in Kombination mit steigenden Arbeitgeberabgaben erhöhten sich die Kosten für den Faktor Arbeitskraft in diesen drei Jahren insgesamt um 60%. Die bürgerliche Regierung setzte diesen Kurs fort. Um die schwedische Konkurrenz auf dem internationalen Markt zu erhalten, wurde die schwedische Währung in den Jahren 1973-82 sechs mal abgewertet.⁶⁰²

Mit dem Ende sozialdemokratischer Regierungsverantwortung nach 44 Jahren⁶⁰³ bekam Schweden durch den Regierungswechsel 1976 wieder eine bürgerliche Regierung. Dadurch verschob sich das Machtverhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und Arbeitgebern: die Gewerkschaftsbewegung konnte weder auf die Unterstützung noch auf das Drohpotenzial einer sozialdemokratischen Regierung zurückgreifen; die Arbeitgeber hingegen konnten ihren Einfluss auf die Regierung ausbauen.⁶⁰⁴

Die bürgerliche Regierung Fälldin wollte die Vollbeschäftigung erhalten, indem sie politisch die Voraussetzungen für die Arbeitgeber verbesserte. Die Regierung hielt dies für notwendig, da sich die schwedische Außenhandelsbilanz Ende der 1970er Jahre zunehmend verschlechterte. Vergeblich versuchte die Regierung, die internationale Konkurrenzfähigkeit schwedischer Unternehmen zu verbessern, indem sie Arbeitgeberabgaben senkte und Verbrauchssteuern erhöhte. Die Lohnkosten nahmen im internationalen Vergleich dadurch zwar ab, doch die Unternehmen investierten einen Großteil ihrer Profite am Finanzmarkt; nur ein geringer Teil der zusätzlichen finanziellen Spielräume wurde in die Modernisierung der Produktion investiert. Auf diese Weise gelang es nicht, den internationalen Marktanteil der

602 Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 19f.; Broström 1981 a. a. O. S. 10f.

603 Nach der Regierungsübernahme 1932 hatte die Regierungsverantwortung mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer 1936 durchgehend bei der sozialdemokratischen Partei gelegen.

604 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13f.

5.2 Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten

schwedischen Industrie zu erhöhen bzw. die Außenhandelsbilanz Schwedens zu verbessern. Insgesamt verschlechterte sich die Wirtschaftslage zusätzlich durch die Stagnation der Weltwirtschaft und die hohe Inflation; vor allem der beständig weiter steigende Ölpreis sorgte dafür, dass die Wirtschaftskrise durch die nachfrageorientierte Politik nicht überbrückt werden konnte und der Keynesianismus dadurch an Glaubwürdigkeit verlor.⁶⁰⁵

Die LO war der Überzeugung, die Unternehmen hätten ihre finanziellen Spielräume – geschaffen durch Lohnzurückhaltung der LO-Mitglieder – nicht zur Modernisierung der Produktionsmittel genutzt und somit eine Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands verhindert. Hinzu kam, dass erhöhte Verbrauchssteuern sowie weitere steuerpolitische Entscheidungen der bürgerlichen Regierung die finanzielle Situation der Lohnempfänger weiter verschlechtert hatten. Die LO und ihre Einzelgewerkschaften mussten in der folgenden Abkommensrunde wieder Reallohnzuwächse erreichen. Der zu erwartende Widerstand der Arbeitgeber gegen hohe Lohnabschlüsse war für die selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung ein beherrschbares Problem; es bestand aber die Gefahr, die Regierung würde ausgehandelte Lohnzuwächse sofort durch verteilungspolitische Reformen wieder zu Nichte machen. Die Kombination von schlechten Konjunkturaussichten, einem schwindenden Einfluss auf die Verteilungspolitik sowie der Erwartungsdruck seitens der eigenen Mitglieder steigerte die Konfliktbereitschaft der LO-Führung und ihrer Einzelgewerkschaften.⁶⁰⁶

Eine weitere Verschiebung des Konfliktverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital wurde durch eine veränderte Zusammensetzung des Arbeitsmarktes hervorgerufen. Der Anteil staatlicher Angestellter (ein Drittel aller Beschäftigten war 1980 im öffentlichen Sektor angestellt) hat im Verlauf der 1970er Jahre massiv zugenommen. Diese Zunahme betraf dabei sowohl die Gesamtzahl der im öffentlichen Sektor Beschäftigten als auch den Anteil staatlicher Angestellter unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad blieb, trotz der veränderten Beschäftigungsstruktur, gleich hoch: weiterhin waren 80-90% der Beschäftigten organisiert. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bewirkte diese veränderte Beschäftigtenstruktur eine Machtverschiebung, deren Auswirkungen allen Beteiligten (Gewerkschaftsorganisationen wie Arbeitgebern) unbe-

605 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 10f.; Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 21f.

606 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 11f.

kannt waren. Allen Beteiligten war jedoch bewusst, dass die LO, die sechs von sieben ArbeiterInnen organisierte, weiterhin eine herausgehobene Stellung in der schwedischen Gesellschaft einnehmen würde. Welche Rolle hingegen die Angestellten und deren Gewerkschaftsorganisationen in der schwedischen Gesellschaft einnehmen würden, war noch ungewiss.⁶⁰⁷

Die *statstjänstemännen* (staatlichen Angestellten) hatten 1966 das volle Verhandlungs- und Streikrecht erkämpft. In der Folge wuchs die Bedeutung der *tjänstemännens centralorganisation* (Gewerkschaftsdachverband der Angestellten – TCO). Obwohl die TCO, im Gegensatz zur LO, parteipolitisch neutral blieb, war auch ein Großteil ihres Führungspersonals mindestens sozialdemokratisch geprägt.⁶⁰⁸

Eine Besonderheit der schwedischen Gewerkschaftsorganisation ist, dass die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaftsdachorganisationen LO und TCO nach der Art der Arbeit differenziert ist. Einzelgewerkschaften, die Arbeiter organisieren (unabhängig davon, ob diese in einem Industriebetrieb, einem Dienstleistungsbetrieb oder im öffentlichen Sektor angestellt sind), schließen sich in der LO zusammen. Die TCO hingegen organisiert die Büroangestellten.⁶⁰⁹ Die Organisationshierarchie der TCO ist weniger zentralisiert als die der LO; Tarifverhandlungen führen allein die Einzelgewerkschaften der TCO, wohingegen zentrale Abkommen auf der Seite der Arbeiter im privaten Sektor von der LO geschlossen werden. Als dritte Dachorganisation entwickelte sich *Sveriges akademikers centralorganisation* (Gewerkschaftsdachverband der Akademiker in Schweden – SACO). TCO und SACO wuchsen in den 1960er und 1970er Jahren beständig; Mitte der 1970er Jahre war der Organisationsgrad von TCO und SACO genauso hoch wie bei der LO – mittlerweile sind TCO und SACO zusammen sogar größer als die LO.⁶¹⁰

Die Tarifrunden dieser Jahre begannen jeweils mit zwei Verhandlungen zu zentralen Kollektivabkommen: eine zentrale Verhandlung für den privaten und eine für den öffentlichen Sektor.⁶¹¹ Die Ergebnisse der Kollektivabkommen konnten dann in Bereichen, in denen man sich lediglich auf einen

607 Vgl. ebd. S. 13f.; Östberg 2013 a. a. O. S. 229ff.

608 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13f.; Östberg 2013 a. a. O. S. 229ff.

609 Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Büroangestellten ist dabei vergleichbar mit der amerikanischen Unterscheidung zwischen *blue-collar* und *white-collar workers*.

610 Vgl. Östberg a. a. O. S. 229.

611 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13.

5.2 Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten

Rahmen verständigt hatte, noch mit Abkommen der Einzelgewerkschaften oder lokalen Abkommen ergänzt werden. In der Abkommensrunde 1980 verhandelten LO und *privattjänstemannakartell* (Privatangestelltenkartell – PTK) – ein Zusammenschluss von Einzelgewerkschaften aus TCO und SA-CO – im privaten Sektor mit den Arbeitgebern.⁶¹² Im öffentlichen Sektor hatte die LO als Dachorganisation kein Verhandlungsmandat; dort verhandelten die betroffenen Einzelgewerkschaften. Für den öffentlichen Sektor verhandelten:

- *statsanställdas förbund inom LO* (Gewerkschaft der Staatsangestellten in der LO – SF),
- *svenska kommunalarbetareförbundet inom LO* (schwedische Kommunalarbeitergewerkschaft in der LO – SKAF),
- *TCOs statstjänstemannasektion* (TCOs Staatsangestelltensektion – TCO-S, ein Verhandlungskartell von TCO-Einzelgewerkschaften die Staatsangestellte vertraten) sowie
- *kommunaltjänstemannakartell inom TCO* (Kommunalangestelltenkartell in der TCO – KTK, ein Verhandlungskartell von TCO-Einzelgewerkschaften, die Kommunalangestellte vertraten).

Die Arbeitgeberseite des öffentlichen Sektors wurde vertreten durch:

- *statens arbetsgivarverk* (Staatliche Arbeitgeberagentur, dem Sozialministerium unterstellt),
- *landstingsförbundet* (Landstingverband, zuständig für die Provinzverwaltungen) und
- *kommunförbundet* (Kommunalverband, zuständig für die Kommunalverwaltungen).⁶¹³

⁶¹² Für die privaten Arbeitgeber wird im Folgenden jeweils die Position der SAF angegeben, da sie maßgebend für die Seite der Arbeitgeber war.

⁶¹³ *Landstingsförbundet* und *kommunförbundet* haben sich 2007 zu *Sveriges kommuner och landsting* (SKL) zusammengeschlossen.

Im öffentlichen Sektor waren die Gewerkschaftsmitglieder mit der letzten Abkommensrunde 1978/79 sehr unzufrieden. Die von der bürgerlichen Regierung Ende 1979 beschlossenen Steuererhöhungen für das Jahr 1980, die insbesondere die unteren und mittleren Einkommensgruppen betrafen, steigerten noch zusätzlich die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder und erhöhten den Druck auf die Einzelgewerkschaftsführungen, in dieser Abkommensrunde signifikante Lohnerhöhungen auszuhandeln.⁶¹⁴

Die Gewerkschaftsbewegung ging selbstbewusst in die Abkommensrunde 1979/80; die Arbeitgeber waren ebenso selbstbewusst. Nachdem es 1976 gelungen war, eine bürgerliche Regierung „durchzusetzen“, wollten die Arbeitgeber langfristig die Hegemonie der Sozialdemokratie auch ideologisch durchbrechen. Ende der 1970er Jahre wurden einige Abgesandte aus konservativen Studentenverbänden (u. a. der spätere Regierungschef und Außenminister Carl Bildt) bei der SAF vorstellig. Die SAF willigte in eine gemeinsame politische Kampagne gegen den fortwährenden Linksschwenk in der politischen Landschaft ein. Die politische Radikalisierung auf Seiten der Linken in den 1960er/70er Jahren bekam hier ihre Entsprechung auf der ihr gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums.⁶¹⁵

5.2.2 Storkonflikt 1980

Die privaten Arbeitgeber (allen voran die SAF) versuchten, die neue politische Situation mit einer ihr wohlgesonnenen bürgerlichen Regierung, für einen Teilabbau des schwedischen Sozialstaates zu nutzen und arbeitsrechtliche Gesetze abzuschaffen, die – nach Meinung der SAF – die Produktionskosten unnötig belasten, um so die internationale Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Wirtschaft zu verbessern. Die SAF leitete im Herbst 1979 die Abkommensrunde 1979/80 mit der Feststellung ein, auf Grund der ökonomischen Situation Schwedens und der Lage der Weltökonomie gäbe es keine Spielräume für Lohnerhöhungen, stattdessen sollte der öffentliche Sektor stark verkleinert werden, um dem Staat finanzielle Spielräume für

614 Vgl. Hans Hellers, *Konflikten – en strid om de offentliganställdas förhandlingsrätt*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 95f.

615 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 297ff.

5.2 Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten

Investitionen in die Infrastruktur zu verschaffen.⁶¹⁶

Bezüglich des privaten Sektors war man sich zwischen SAF auf der einen und LO sowie PTK auf der anderen Seite relativ einig darüber, welche finanziellen Spielräume es in dieser Lohnrunde gäbe. Die SAF wollte diese finanziellen Spielräume allein dazu nutzen, die eigene Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, indem auf Lohnzuwächse vollständig verzichtet werden sollte.⁶¹⁷

LO und PTK waren ebenfalls der Überzeugung, die internationale Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie solle gesteigert werden. Beide bezweifelten hingegen die gute Absicht der Arbeitgeber. Insbesondere auf Seiten der LO war man der Überzeugung, die zusätzlichen Finanzmittel würden allein dazu genutzt, kurzfristig die Profitrate zu erhöhen, wie es schon in den beiden vorangegangenen Lohnrunden der Fall gewesen war. Die schwedische Industrie hatte ihre internationalen Marktanteile nicht steigern können, weil sie – anstatt die Preise zu senken – allein ihre Profitrate gesteigert hatte.⁶¹⁸

Da sich die SAF jeglichen Zugeständnissen verweigerte und das Angebot der SAF auf einen Lohnstopp („Nullrunde“) hinauslief, ging es für LO und PTK schon ab dem Herbst 1979 nicht mehr um konkrete Lohnforderungen: das Ziel bestand darin, überhaupt Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu erzwingen.

Für den privaten Sektor waren sich LO und PTK einig, den von der SAF geforderten Lohnstopp abzulehnen; über Forderungen, die darüber hinausgingen, konnten sich die beiden Organisationen, die in den letzten Jahren gemeinsam verhandelt hatten, nicht einigen. Insbesondere der mächtige *metallindustriarbetareförbund* in der LO beklagte, man habe aus Rücksicht auf die PTK schon in den letzten Jahren hinter den eigenen Möglichkeiten zurückbleiben müssen. Die Gewerkschaftsführung der Metallarbeiter hatte 1979 mehrere lokale Streiks (u. a. in Hallstahammar, in einem Stahlwerk in Oxelösund und auf einer Werft in Göteborg), die sich gegen das gemeinsame Kollektivabkommen von LO und PTK wandten, nicht verhindern

616 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13f.; Bertil Jacobson, *Vad hände under 1980 års konflikt?* In: Broström 1981 a. a. O. S. 31.

617 Für eine ausführliche Darstellung der Argumente der SAF vgl. Karl-Olof Faxén, *Läget inför avtalsrörelsen 1980*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 138ff.

618 Vgl. Carl Johan Åberg, *Som man bäddar får man ligga*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 153ff.

können.⁶¹⁹

Nach diesem Vorspiel im Herbst 1979 blieb es zunächst eine ganze Zeit ruhig, obwohl allen Beteiligten klar sein musste, dass keine Einigung für diese Tarifrunde in Sicht war.

Die Regierung schien die Gefahr eines größeren Konfliktes ebenfalls gering einzuschätzen; sie unterhielt nur lose Kontakte zu den Tarifparteien: der Regierungschef Fälldin hielt Kontakt zu LO und PTK, die *folkparti* (Volkspartei) zur TCO und den Kommunalangestellten und die *moderaterna* (Die Moderaten) zu den Arbeitgebern.⁶²⁰

Beginn der Verhandlungen

Bis Ende Februar 1980 hatte es keine weiteren Fortschritte bei den Verhandlungen im privaten bzw. öffentlichen Sektor gegeben. Die Arbeitgeber bestanden weiterhin auf einen Lohnstopp. Am 28. Februar 1980 gingen dann SF, SKAF, TCO-S und KTK (zusammen vertraten sie 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder) mit einer gemeinsamen Lohnforderung von 12% für den öffentlichen Sektor an die Öffentlichkeit. Dies war ein Novum; bisher war es üblich, dass zuerst LO und PTK mit ihrer Lohnforderung für den privaten Sektor den Rahmen für eine Abkommensrunde vorgaben, dem der öffentliche Sektor dann folgte.⁶²¹

LO und PTK gelang es nicht – auch nachdem der Gewerkschaftsvorschlag für den öffentlichen Sektor auf dem Tisch lag – sich zu einigen. Am 7. März 1980 beendeten LO und PTK ihre Zusammenarbeit und die LO ging mit einer Lohnforderung von 11,3% an die Öffentlichkeit. Die SAF forderte weiterhin einen Lohnstopp sowie den Abbau des öffentlichen Sektors, d. h. vor allem des Sozialversicherungssektors. Das ausgelaufene Kollektivabkommen zwischen SAF und LO sollte ohne Änderungen verlängert werden; an die Stelle von Lohnverhandlungen sollten politische Beschlüsse treten, um die ökonomische Situation der schwedischen Wirtschaft zu verbessern. Mit dieser Forderung wandte sich die SAF auch an die Regierung.⁶²²

Die SAF versuchte – mit Verweis auf die Uneinigkeit im Gewerkschafts-

619 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 31f.

620 Vgl. ebd. S. 33.

621 Vgl. ebd. S. 31.

622 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13f.; Jacobson 1981 a. a. O. S. 31ff.

lager – LO und PTK dafür verantwortlich zu machen, dass man sich im privaten Sektor nicht einigen konnte.⁶²³

Die LO machte ihrerseits die SAF für die Situation verantwortlich, weil diese sich allen Vorschlägen verweigerte. Eine Nullrunde war, zusammen mit den bereits beschlossenen Mehrbelastungen durch Steuererhöhungen im Jahre 1980, für die LO inakzeptabel.⁶²⁴

Die LO erklärte am 18. März die Gespräche mit der SAF für den privaten Sektor für gescheitert und drohte mit einer Überstundenblockade durch eine Million LO-Mitglieder. Die Friedenspflicht zwischen LO und SAF würde bereits am 21. März 1980 enden.⁶²⁵

Ein externer Faktor – die allseits mit Spannung erwartete Volksabstimmung über die zivile Nutzung der Atomkraft am 23. März – hatte dafür gesorgt, dass die Verhandlungsrunde für den privaten Sektor bis Ende März wenig voran kam. LO und SAF – ebenso wie Regierung und Parteien – waren in den jeweiligen Kampagnen im Vorlauf zur Volksabstimmung stark engagiert.⁶²⁶

Nach der Volksabstimmung über die Atomkraft⁶²⁷ kam Bewegung in die Verhandlungen. Die Regierung hatte gedroht, durch Zwangsgesetze in die Verhandlungen einzugreifen, verständigte sich mit den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen aber nun darauf, nicht per Gesetz einzugreifen, sondern stattdessen zwei Vermittlungskommissionen (eine für den privaten und eine für den öffentlichen Sektor) einzusetzen. Die von der Regierung bestellten Vermittler machten gleich zu Beginn klar, dass es ihrer Ansicht nach keinerlei Spielräume für Lohnerhöhungen und andere Belastungen der Wirtschaft gebe und wenn, dann nur ganz geringe.⁶²⁸ Die Arbeit beider Vermittlungskommissionen wurde im Laufe der Verhandlungen immer

623 Siehe dazu bspw. die Äußerungen von Lars Ahlvarsson, dem Verhandlungschef von *svenska kommunförbundet* (die kommunalen Arbeitgeber): vgl. Lars Ahlvarsson, *Regeringspaketet och medlingen blev avgörande*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 47.

624 Vgl. Broström 1981 a. a. O. S. 13f.; Jacobson 1981 a. a. O. S. 31.

625 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 33f.

626 Vgl. ebd. S. 35. – Nach der Wahl 1976 intensivierte sich die Kampagne der SAF, die aus taktischen Gründen vor der Wahl auf Sparflamme lief.

627 Eine Mehrheit sprach sich in der Volksabstimmung gegen die zivile Nutzung der Atomkraft aus; der Atomausstieg wurde damit aber nicht eingeläutet. Volksabstimmungen haben in Schweden allein eine beratende Funktion und sind für die Regierung nicht bindend.

628 Vgl. ebd. S. 35.

wieder scharf kritisiert. Die Regierung hatte schon Probleme gehabt, überhaupt jemanden zu finden, der die Rolle des Vermittlers einnahm. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Kommissionen war problematisch. Auf Seiten der privaten Vermittlungskommission war man der Überzeugung, eine Zusammenarbeit mit der Vermittlungskommission des öffentlichen Sektors sei überhaupt nicht nötig, weil der private Sektor in jedem Falle den Rahmen vorgeben würde.⁶²⁹

Am 27. März trat die Überstundenblockade der LO im privaten Sektor in Kraft. Gleichzeitig legte die Regierung ein 6-Punkte-Programm vor, um den Konflikt zu beenden.⁶³⁰ Die Regierung knüpfte ihren Vorschlag an die Bedingung, die Tarifparteien müssten Abkommen mit großteils unveränderten Bedingungen wie in den Jahren davor treffen. Die Gewerkschaftsorganisationen kritisierten in ihrer Ablehnung des Vorschlages sowohl dessen Inhalt als auch das Timing der Regierung: für sie war inakzeptabel, dass die Regierung zunächst eine Vermittlungskommission einsetzte, um schon am Tag darauf die Bedingungen für die Vermittlung durch das 6-Punkte-Programm zu diktieren. Die LO verwahrte sich gegen einen derartigen Eingriff in das Verhandlungsrecht der Tarifparteien; inhaltlich würde ein solcher Vorschlag allein den Arbeitgebern nützen.⁶³¹

Die SAF reagierte auf die Überstundenblockade der LO (sie traf insbesondere die Papierindustrie hart) sowie die gewerkschaftliche Ablehnung des Regierungsvorschlages, indem sie am 2. April einen *storlockout* (Großaussperrung) für die Zeit vom 10. bis zum 16. April ankündigte. Am 9. April verschob die SAF den Beginn der Aussperrungen, als die Vermittlungskommission für den privaten Sektor einen neuen Vermittlungsvorschlag vorlegte, noch einmal auf den 14. April. Dieser Vermittlungsvorschlag beinhaltete eine eher symbolisch zu nennende Lohnerhöhung um nur 15 Öre. Auf dieser Basis einigten sich LO und SAF am 13. April auf ein Ende der Überstundenblockade und verzichteten auf Aussperrungen. Die LO stimmte zu, weil die Arbeitgeber damit von ihrer bisherigen strikten Null-Linie abgerückt waren und die LO erwartete, endlich ergebnisoffen zu verhan-

629 Vgl. Ahlvarsson 1981 a. a. O. S. 49f.

630 Das Programm sah u. a. einen Preisstopp, Steuererleichterungen für Beschäftigte mit mittleren und geringen Einkommen sowie einen staatlichen Investitionsfonds für private Unternehmen vor.

631 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 35f.; für die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors: vgl. Hellers 1981 a. a. O. S. 97.

deln. Gleichzeitig kündigte die LO neue Kampfmaßnahmen im privaten Sektor an, falls die Verhandlungen nicht vorankamen. Die Arbeitgeber stimmten der Einigung zwecks Abwehr der Überstundenblockade zu.⁶³²

Während im privaten Sektor nun verhandelt wurde, weigerten sich die Arbeitgeber des öffentlichen Sektors weiterhin, Verhandlungen zu führen, bevor eine Einigung im privaten Sektor erreicht sei. Die Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors wollten diese Weigerung nicht länger hinnehmen und drohten mit Kampfmaßnahmen: erneut wurde eine Überstundenblockade angekündigt, die ab dem 21. April in Kraft treten sollte, und für den 25. April kündigte man einen Streik von 14.000 Angestellten an. Daraufhin reagierten die Arbeitgeber mit der Androhung einer Aussperrung von 12.000 Angestellte für den 25. April.⁶³³

Am 21. April setzte die Überstundenblockade im öffentlichen Sektor ein; insbesondere der Gesundheitssektor (Krankenhäuser etc.) wurde beeinträchtigt, aber auch in der Kinderbetreuung und im öffentlichen Verkehr (Bus und Bahn) wirkte sie sich merkbar aus.⁶³⁴

Im Wechselverfahren agierte nun wieder der private Sektor, dessen Vermittlungskommission am 23. April einen neuen Vorschlag vorlegte. Dieser wurde noch am selben Abend von der LO abgelehnt; die Arbeitgeber hingegen wollten diesen Vorschlag annehmen.

Die LO kritisierte sowohl den Inhalt des Vorschlages als auch die Vermittlungskommission selbst: letztere agiere unprofessionell und der Kommissionsvorsitzende lasse es an eigenständiger Handlungskraft mangeln, stehe auf Seiten der Arbeitgeber und sei zu sehr an Weisungen der Regierung gebunden, um seiner Rolle als Vermittler gerecht werden zu können. Die LO empfahl ihren Einzelgewerkschaften, ab der Nacht vom 1. auf den 2. Mai mit 100.000 Arbeitern in den Streik zu treten und die Überstundenblockade wieder aufzunehmen. Die SAF reagierte mit Aussperrungsankündigungen für den gleichen Zeitpunkt, woraufhin die LO ihre Streikdrohung dahingehend erweiterte, dass sich auch die von der Aussperrungsdrohung der SAF nicht Betroffenen dem Streik anschließen würden.⁶³⁵

Die Vermittlungskommission für den öffentlichen Sektor legte am 24.

632 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 36ff.

633 Vgl. ebd. S. 38f.; Hellers 1981 a. a. O. S. 95ff.

634 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 39.

635 Vgl. ebd. S. 39f.

April einen neuen Vorschlag, der ungefähr dem für den privaten Sektor entsprach, vor. Erwartungsgemäß lehnte die gewerkschaftliche Verhandlungsdelegation für den öffentlichen Sektor diesen ab.

Der Kampf um die Deutungshoheit über den drohenden Konflikt begann. Die SAF schaltete Annoncen in der Presse, in denen sie insbesondere den öffentlichen Sektor angriff: Schweden lebe – so war darin zu lesen – über seine Verhältnisse, weil der öffentliche Sektor schneller wachse als die Produktivität und deshalb die Schulden steigen würden. Die Gewerkschaftsseite schaltete ebenfalls Zeitungsannoncen mit dem Tenor: eine Reallohnsenkung sei nicht hinnehmbar und den Arbeitgebern gehe es allein darum, die Löhne zu drücken; Angriffe der SAF auf den öffentlichen Sektor seien ausschließlich gegen die Anstellungssicherheit gerichtet, die dieser Sektor biete.⁶³⁶

Streiks und Aussperrungen im öffentlichen wie privaten Sektor

Am 25. April ging der *storkonflikt 1980* in seine heiße Phase über, als die Streiks und Aussperrungen im öffentlichen Sektor in Kraft traten: 14.000 Angestellte streikten, etwa dieselbe Anzahl wurde ausgesperrt. Die Auswirkungen des Konfliktes waren in ganz Schweden zu spüren: Der *kollektivtrafiken* (öffentliche Verkehr) stand vielerorts still (in Stockholm stellte die U-Bahn ihren gesamten Betrieb ein), Zollstationen inklusive Grenzen wurden geschlossen, Flugplätze wurden lahmgelegt (Flugzeuge blieben am Boden), viele Krankenhäuser nahmen nur noch Notfälle auf, das Fernsehen gab lediglich Nachrichten wieder, die staatlichen Radioprogramme P1 und P2 sendeten nicht mehr (der verbliebene Sender P3 lief automatisch und sendete weiter). Viele staatliche Einrichtungen schlossen auf Grund der Aussperrungen.⁶³⁷

Während der Konflikt im öffentlichen Sektor im vollen Gange war, legte am 29. April die Vermittlungskommission für den privaten Sektor ihren Abschlussvorschlag vor. Die Vermittler blieben ihrem bisherigen Verhandlungskurs treu, verdoppelten allerdings die angebotene Lohnerhöhung auf

636 Vgl. ebd. S. 40f.

637 Vgl. ebd. S. 41; eine Übersicht über die Auswirkungen der Streiks für den Bereich der Gewerkschaft SF: vgl. Lars-Eric Nicklasson, *Arbetsgivarernas personalpolitik avslöjades*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 92ff.

30 Öre. Die LO lehnte diesen Vorschlag ab, die SAF stimmte dem Vorschlag zu. Am Tag darauf wurde dem öffentlichen Sektor derselbe Vorschlag unterbreitet; die Gewerkschaftsvertreter lehnten ihn ebenfalls ab.⁶³⁸

Der für den 1./2. Mai angedrohte Streik im privaten Sektor rückte damit immer näher und die Demonstrationen zum 1. Mai entwickelten sich im ganzen Land zu einer riesigen Mobilisierungsveranstaltung für den Streik. Am Morgen des 1. Mai (noch vor den Demonstrationszügen) debattierten im *verkställande utskott*⁶³⁹ (geschäftsführender Ausschuss – VU) die Spitzen der Sozialdemokratie mit den anwesenden Gewerkschaftsführern der LO-Einzelgewerkschaften darüber, ob man auf Grund des Agierens der Regierung nun einen Misstrauensantrag gegen die bürgerliche Regierung stellen solle. Der Vorsitzende des *metallindustriarbetareförbund* vertrat die Position der LO: die Partei solle sich aus dem Konflikt heraushalten, der Konflikt sei eine alleinige Gewerkschaftsangelegenheit. Die Sozialdemokratie folgte der Gewerkschaftslinie. Auf den Demonstrationen zum 1. Mai betonten die GewerkschaftsrednerInnen, der Streik sei kein politisches Ränkespiel, um die Regierung zu stürzen (bürgerliche Presse und Arbeitgeber hatten dies immer wieder behauptet), sondern diene dazu, die Interessen der ArbeiterInnen durchzusetzen. Der LO-Vorsitzende Gunnar Nilsson fasste die Strategie der LO in seiner Rede am Norra Bantorget in Stockholm in dem Satz zusammen: „*Vi slåss för en enda sak – din lön*“ (Wir kämpfen für eine einzige Sache – deinen Lohn).⁶⁴⁰

In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai ging der *storkonflikt 1980* in die zweite Phase über: 100.000 ArbeiterInnen im privaten Sektor (zusätzlich zu den bereits im öffentlichen Sektor Streikenden) nahmen ihren Streik auf, 750.000 ArbeiterInnen wurden ausgesperrt. Zusätzlich drohte die Transportarbeitergewerkschaft ab dem 9. Mai alle Benzin- und Öltransporte einzustellen.⁶⁴¹

Der erste wirkliche Streiktag (zuvor war Wochenende) im privaten Sektor war dann der 5. Mai. Die Auswirkungen des Konflikts waren deutlich zu spüren: auf dem Bau wurde nicht mehr gearbeitet, Hotels wurden geschlossen, das Bier ging aus. Aussperrungen in den Bäckereien hatten zur Folge, dass kein Brot mehr zu kaufen und die Versorgung der Lebensmittelge-

638 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 41.

639 Das Machtzentrum der schwedischen Sozialdemokratie.

640 Ebd. S. 41.

641 Vgl. ebd. S. 42.

schäfte nur noch eingeschränkt möglich war, ebenso die Versorgung der Tankstellen mit Benzin.⁶⁴²

2,3 Millionen organisierte ArbeiterInnen und Angestellte – also zwei von drei Beschäftigten Schwedens – wurden direkt (Streiks und Aussperrungen) oder indirekt (bspw. Produktionsausfälle durch Versorgungsengpässe) in den Konflikt hineingezogen.⁶⁴³

Die LO kritisierte erneut die Arbeit der Vermittlungskommission für den privaten Sektor: letztere sei allein ein Sprachrohr von Arbeitgebern und Regierung; daher sei es besser, von nun an direkte Verhandlungen mit der SAF – ohne Zwischenschaltung einer Vermittlungskommission – zu führen. Diese Forderung der LO wurde noch am selben Tag erfüllt, allerdings nicht im privaten Sektor.

Einige Streikführer und Arbeitgebervertreter des öffentlichen Sektors trafen sich und klärten ab, inwieweit man sich einigen könne. Die Regierung nahm daraufhin Kontakt zu den Streikführern auf und erklärte, der öffentliche Sektor müsse zur Rettung des Arbeitsfriedens vorangehen. Der Konflikt (und seine Ausmaße) hatte die Regierung derart beunruhigt, dass sie nun bereit war, höheren Lohnerhöhungen zuzustimmen. Hatte man sich im öffentlichen Sektor geeinigt – so der Plan der Regierung – sollte die SAF gezwungen werden, diese Forderungen ebenfalls für den privaten Sektor zu akzeptieren.⁶⁴⁴

Am 9. Mai wurde dieser Plan in die Tat umgesetzt. Die Verhandlungskommission für den öffentlichen Sektor legte einen Vorschlag mit einer Lohnerhöhung um 7,3% vor. Es war schnell klar, dass die Gewerkschaftsvertreter des öffentlichen Sektors diesen Vorschlag akzeptierten würden und die öffentlichen Arbeitgeber konnten nichts anderes tun, als diesem, von der Regierung getragenen, Vorschlag ebenfalls zuzustimmen.

Die Verhandlungsführer von LO und SAF für den privaten Sektor wurden von der Einigung im öffentlichen Sektor überrascht. Die Arbeitgeber fanden, der Vorschlag sei zu kostspielig, um ihn zu übernehmen. Die LO

642 Vgl. ebd.

643 Vgl. Sigvard Marjasin, *Avtalsrörelsen 1980: ett försök att splittra löntagarna*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 60. – Die Zahlen beziehen sich auf diejenigen ArbeiterInnen und Angestellten, die in LO- und TCO-Einzelgewerkschaften organisiert waren. Die Anzahl unorganisierter ArbeiterInnen und Angestellter, die durch den Konflikt betroffen waren, lässt sich nicht ermitteln.

644 Vgl. Jacobson 1981 a. a. O. S. 42.

hingegen war positiv überrascht; sie hatte nicht erwartet, dass die Regierung ihre bisherige Linie – ein Abschluss müsse die gleichen Bedingungen wie die vorigen Tarifabschlüsse erfüllen – verlassen würde. Auch bescheinigte die LO, es handele sich endlich auch formal um einen im positiven Sinne „traditionellen“ Vermittlungsvorschlag, der in der Mitte zwischen den Forderungen der Konfliktparteien liege.⁶⁴⁵

Am 11. Mai wurde die Einigung im öffentlichen Sektor publik. Das Streikende zeigte sich zuerst in den normalen Radio- und TV-Programmen. Alle Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors hatten dem Vorschlag der Regierung gemeinsam zugestimmt, und unmittelbar nahmen die Techniker von Radio und Fernsehen ihre Arbeit wieder auf.

Den Regierungsvorschlag des öffentlichen Sektors übernahm die Vermittlungskommission für den privaten Sektor weitgehend (u. a. 6,8% mehr Lohn) – die LO stimmte diesem Vorschlag zu: Es war mehr, als die LO erwartet hatte. Auch wenn nicht alle LO-Einzelgewerkschaften zufrieden waren, konnte man sich diesem Vorschlag einfach nicht entziehen.⁶⁴⁶

Allein die SAF lehnte den Vermittlungsvorschlag für den privaten Sektor ab, ohne dass jemand auf der Seite der Arbeitgeber bereit war, die Gründe für die Ablehnung öffentlich zu erläutern. Die LO erklärte daraufhin, der Streik werde bis zur Zustimmung der Arbeitgeber fortgesetzt. Die Arbeitgeber seien nun an der Reihe, eine Lösung des Konflikts herbeizuführen.

Die Führung der SAF wurde daraufhin in die Regierungskanzlei einbestellt. Der Regierungschef persönlich, *statsminister* Torbjörn Fälldin, machte den Spitzen der Arbeitgeber klar, die Regierung könne die Ablehnung der Arbeitgeber nicht akzeptieren. Noch am selben Abend konnte er verkünden, dass die SAF das Vermittlungsgebot nun akzeptiere. Die SAF teilte mit, sich dem Druck der Regierung zu beugen und das Angebot anzunehmen. Der *storkonflikt 1980* war beendet.⁶⁴⁷

5.2.3 Sieger und Verlierer im storkonflikt 1980

Der *storkonflikt 1980* hat das Verhältnis der beiden großen Gewerkschaftsdachverbände (LO und TCO) zueinander neu bestimmt. Vorher hatte die

645 Vgl. ebd. S. 42f.

646 Vgl. ebd. S. 43.

647 Vgl. ebd.

LO – vor allem bei den zentralen Verhandlungen zu Kollektivabkommen – die Führungsrolle inne gehabt; der Vorrang des privaten Sektors, dessen Verhandlungsergebnis dann maßgebend für den öffentlichen Sektor war, war eine ungeschriebene Regel der zentralen Verhandlungen. 1980 funktionierte dieses System nicht mehr. Die Lohnforderung der Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors gab den Rahmen für die Verhandlungen in beiden Sektoren vor und der öffentliche Sektor ging in allen Phasen des Konflikts voran.

Die Arbeitgeber (im öffentlichen wie privaten Sektor), die von der Regierung bestellten Vermittler und die Regierung selbst rechneten nicht mit der Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors.

Die Gewerkschaftsorganisationen im öffentlichen Sektor besaßen seit Mitte der 1960er Jahre das Verhandlungsrecht, wurden in den zentralen Verhandlungen jedoch immer zweitrangig behandelt. Im *storkonflikt 1980* gelang es ihnen erstmals, ihr theoretisches Verhandlungsrecht auch auf der Ebene zentraler Verhandlungen mit praktischem Inhalt zu füllen.⁶⁴⁸ – Der öffentliche Sektor hat sich in diesem Konflikt eine eigenständige, aktive Rolle innerhalb der Konfliktordnung auf dem schwedischen Arbeitsmarkt erkämpft.

Die LO hat einerseits an Einfluss eingebüßt – ihr gelang es weder den Rahmen, noch das Ergebnis des Abkommen vorzugeben – andererseits hat die Gewerkschaftsbewegung insgesamt an Einfluss gewonnen. Als die Verhandlungen im privaten Sektor (im April 1980) trotz der Überstundenblockade nicht mehr weitergingen, konnte der Konflikt im öffentlichen Sektor wirksam fortgeführt werden. Erst diese Konstellation hat zum Eingreifen der Regierung geführt und dazu, den Konflikt mit einem für die Gewerkschaftsbewegung positiven Ergebnis zu beenden. Die Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen wie privaten Sektors hatten erstmals gleichberechtigt und gemeinsam gekämpft.

Die bürgerliche Regierung hatte in diesem Konflikt lange Zeit versucht, die Konfliktordnung des Schwedischen Modells zu Gunsten der Arbeitgeber zu verschieben. Am deutlichsten zeigte sich dies in dem engen Rahmen, den die Regierung den von ihr eingesetzten Vermittlungskommissionen

648 Vgl. Hellers 1981 a. a. O. S. 98ff.

gesteckt hatte. Nach diesen Rahmenbedingungen war es den Vermittlern im Endeffekt nur möglich, eine Kapitulation der Gewerkschaftsseite entgegen zu nehmen. Das Zusammenwirken aller beteiligten Gewerkschaftsorganisationen (des privaten wie des öffentlichen Sektors) vereitelte schließlich diese Versuche und zwang die Regierung dazu, den Konflikt zu beenden und sich wieder auf die neutrale Position zurückzuziehen, die ihr in der Konfliktordnung des Schwedischen Modells zugeordnet war.

Die beständige Verhandlungsverweigerung der SAF im *storkonflikt 1980* ist als Versuch zu deuten, mit Unterstützung der bürgerlichen Regierung die Bedeutung zentraler Verhandlungen zu mindern, um in der Folge auch die solidarische Lohnpolitik angreifen zu können.⁶⁴⁹

Die ökonomische Situation Schwedens lässt die Strategie der Arbeitgeber als logische Konsequenz der Verhältnisse erscheinen: in einer Zeit expansiven Wirtschaftswachstums (wie in den 1960er Jahren) hatte die solidarische Lohnpolitik nur geringe negative Auswirkungen auf die Profite der Unternehmen gehabt.⁶⁵⁰ Zum Ende der 1970er Jahre jedoch stagnierte die schwedische Wirtschaft; auf Grund mangelnder Investitionen konnten Lohnerhöhungen nicht mehr durch Produktivitätszuwächse und Strukturanpassungen ausgeglichen werden. Deshalb wollten die Arbeitgeber künftig die Lohnentwicklung an der wirtschaftlichen Situation jedes einzelnen Betriebes ausrichten. Um dies zu erreichen, musste die Konfliktordnung des Schwedischen Modells, die Verhandlungen auf höchster Ebene – d. h. landesweite Verhandlungen – vorsah, angegriffen werden. Die SAF versuchte dies, indem sie einen „der Marktlage entsprechenden“ Abbau des öffentlichen Sektors forderte. Hätte die LO die Lohnkürzungen und den Stellenabbau bei der Gruppe der kommunalen ArbeiterInnen (und damit eine Anpassung entsprechend der Marktlage) akzeptiert, wäre der Angriff auf die solidarische Lohnpolitik und ein Übergang zu Löhnen nach Marktlage auch im privaten Sektor ein logischer zweiter Schritt gewesen.⁶⁵¹

Diese Strategie der SAF konnte jedoch abgewehrt werden. Weder im öffentlichen noch im privaten Sektor folgten die Gewerkschaftsorganisationen

649 Vgl. Fjällström 1981 a. a. O. S. 56f.; 167ff.

650 Nach der Blaupause der solidarischen Lohnpolitik konnten hohe Löhne durch Produktivitätsfortschritte ausgeglichen werden; die Zurückhaltung der hohen Lohngruppen zugunsten der unteren Lohngruppen hatte dabei die notwendige Strukturanpassung der schwedischen Wirtschaft in den 1950er/60er Jahren beschleunigt.

651 Vgl. Marjasin 1981 a. a. O. S. 56f.

den Argumenten der Arbeitgeber, und alle Versuche, einen Keil zwischen LO und die übrigen Gewerkschaftsorganisationen zu treiben, liefen ins Leere.⁶⁵²

Das Zusammenwirken der Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen wie privaten Sektors war für einen weiteren Punkt strategisch wichtig, wie Hans Hellers, der Vorsitzende der TCO-S darlegt: hätte sich der öffentliche Sektor – wie von Arbeitgebern und Regierung gewünscht – zurückgehalten, hätte der Konflikt zwischen LO und SAF dazu führen können, die LO ökonomisch nachhaltig zu schwächen. In der nächsten Verhandlungsrunde, ein Jahr später, hätten die Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors volle Streikkassen gehabt, die LO jedoch leere. Unweigerlich wären Konflikte zwischen den Gewerkschaftsorganisationen vorprogrammiert gewesen.⁶⁵³

Der große Verlierer dieser Tarifrunde war eindeutig die SAF, die keines ihrer Ziele (Nullrunde, Abbau des öffentlichen Sektors) erreicht hatte. Am Ende des Konfliktes war sie sogar dazu gezwungen worden, sich öffentlich durch die Regierung unter Druck setzen zu lassen, um überhaupt ihr Gesicht wahren zu können und nicht auch noch eingestehen zu müssen, durch die Gewerkschaftsbewegung bezwungen worden zu sein.

Erstmals hatte der *storkonflikt 1980* die Arbeitgeber in Folge eines Konfliktes in die Defensive geraten lassen: aus dem Arbeitgeberlager kamen Forderungen auf, die Friedenspflicht zwischen der Ankündigung von Kampfmaßnahmen und deren in Kraft treten zu verlängern; die Arbeitgeber sähen sich außer Stande, innerhalb einer Woche die Folgen eines so umfassenden Konfliktes (die Folgen der Streikankündigungen und der eigenen Aussperungen) abzuschätzen. Die bisherige Friedenspflicht habe lediglich knapp dazu ausgereicht, Schutzarbeiten (d. h. Arbeitsplätze, die vom Streik ausgenommen werden, um Schäden an Maschinen zu verhindern oder Schäden

652 Vgl. ebd. S. 62f.

653 Vgl. Hellers 1981 a. a. O. S. 100; Marjasin 1981 a. a. O. S. 58ff.

für die Allgemeinheit abzuwenden⁶⁵⁴) zu verhandeln.⁶⁵⁵

Für einige Branchen – vor allem im öffentlichen Sektor – war der *storkonflikt 1980* der erste offene Arbeitskonflikt. Teile der Arbeitgeber glaubten nicht daran, dass die Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors ihre Streikandrohungen umsetzen würden (u. a. für den SF war der *storkonflikt 1980* der erste offene Arbeitskonflikt, seit er das Verhandlungsrecht bekommen hatte). Aussperrungen anzudrohen wurde deshalb als hinreichendes Druckmittel angesehen. Als der Ernstfall eintrat, mussten die Arbeitgeber Teile ihrer Aussperrungsdrohungen wieder zurück nehmen. Als bspw. die Aussperrungen bei den Kfz-Zulassungsstellen in Kraft treten sollten, stellten die öffentlichen Arbeitgeber fest, zu weit gegangen zu sein; sie hätten durch die Aussperrungen faktisch den gesamten Automobilhandel lahmgelegt.⁶⁵⁶

Die Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber und ihr Umfang wurden kritisiert und die SAF war erstmals gezwungen, öffentlich ihre Kampfmittel zu verteidigen: der Verhandlungschef der SAF, Lars-Gunnar Albåge, erklärte daraufhin, warum eskalierende Konflikte – auch wenn sie die Ausnahme im Schwedischen Modell darstellen – notwendigerweise zu Tarifverhandlungen dazu gehören.⁶⁵⁷ Nach Albåge sind Aussperrungen notwendig, damit Gewerkschaftsorganisationen ihre eigene Streikkasse nicht durch partielle Kampfmaßnahmen (Überstundenblockade, Blockade von Dienstreisen etc.) schonen könnten.⁶⁵⁸ Auch Ahlvarsson, der Verhandlungschef der kommunalen Arbeitgeber, verteidigte die Aussperrungen und verwies darauf, dass

654 Die Regelungen zur Vermeidung von *samhällsfarliga konflikter* (Konflikten, die schädlich für die gesamte Gesellschaft sein können) waren für den öffentlichen Sektor in einem Hauptabkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geregelt worden. Die Regelungen dieses Abkommens waren zuletzt 1973 angepasst worden. Die Regelungen gegen Schäden für die Allgemeinheit sind somit nicht durch Gesetz, sondern allein durch Abkommen geregelt. Wie bei jedem umfassenden Konflikt gab es auch beim *storkonflikt 1980* eine Debatte darüber, ob die 1973 getroffenen Regelungen noch ausreichend sind, um derartige Konfliktauswirkungen zu vermeiden. Siehe dazu bspw. für die Arbeitgeber die Stellungnahme des Generaldirektors des staatlichen Arbeitgeberwerks Karl-Lennart Uggla: vgl. Karl-Lennart Uggla, *Om konflikträtten på statens område*, in: Boström 1981 a. a. O. S. 83ff.

655 Vgl. Ahlvarsson 1981 a. a. O. S. 52f.; Uggla 1981 a. a. O. S. 80ff.

656 Vgl. Nicklasson 1981 a. a. O. S. 90ff.

657 Vgl. Lars Gunnar Albåge, *Konflikt på arbetsmarknaden – några arbetsgivarsynpunkter*, in: Boström 1981 a. a. O. S. 175ff.

658 Vgl. ebd. S. 176f.

man von Seiten der kommunalen Arbeitgeber immer darauf geachtet habe, nicht unnötig Dritte (die Allgemeinheit) zu treffen.⁶⁵⁹

Große Streiks haben die Tendenz, die Gewerkschaftsorganisationen in die Lage zu versetzen, ihre Kampfmittel verteidigen zu müssen. Ungewöhnlich ist jedoch, auch die Arbeitgeber in dieser defensiven Position vorzufinden; sie verteidigten ihr Recht auf Aussperrungen, weil sie befürchteten, ansonsten ihres einzigen wirksamen Kampfmittels beraubt zu werden.⁶⁶⁰

Janerik Larsson, der Chefredakteur der Zeitung der SAF, fasste die unterschiedlichen Reaktionen schwedischer Arbeitgeber auf den *storkonflikt 1980* zusammen:⁶⁶¹

- (1) Konflikte gehören zum Schwedischen Modell dazu und der Zentralismus der Konfliktordnung des Schwedischen Modells verstärkt diese Tendenz;
- (2) die Durchführung eines Großkonfliktes ist möglich und gerade kurze Großkonflikte haben für die Arbeitgeber höhere negative Effekte als für die Arbeitnehmer, weil durch letztere die Streikkasse der Gewerkschaftsorganisationen nicht gefährdet wird;
- (3) Arbeitgeber waren im *storkonflikt 1980* durch Überstundenblockaden und andere gewerkschaftliche Kampfformen, die dem eigentlichen Streik vorausgingen, entscheidend angreifbar.⁶⁶²
- (4) „Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat sich im Großen und Ganzen in Folge des Arbeitskonfliktes nicht verschlechtert“, sondern sogar eher verbessert, „weil die Partner gezeigt haben, wie aus einem ‚Verhandlungsspiel‘ Ernst werden kann.“⁶⁶³

659 Vgl. Ahlvarsson 1981 a. a. O. S. 53ff.

660 Vgl. Albåge 1981 a. a. O. S. 177ff.

661 Vgl. Janerik Larsson, *Hur upplevde arbetsgivarna storkonflikten?* In: Broström 1981 a. a. O. S. 123ff.

662 Vgl. ebd.

663 Ebd. S. 123 Im Original: „Relationerna mellan arbetsgivare och arbetstagarare har på det hela taget inte försämrats till följd av konflikten. Snarare är det mitt intryck att relationerna förbättrats sedan parterna visade att ‚avtalspelet‘ kunde bli allvar“. Wörtlich übersetzt heißt *avtalspelet* = das Abkommensspiel. Larsson bezieht sich dabei aber auf den gesamten Verhandlungsprozess bis hin zum Abkommen. Darum wurde der Begriff hier mit: „Verhandlungsspiel“ übersetzt.

5.2 Großkonflikt der Arbeiter und Angestellten

Der *storkonflikt 1980* war somit nicht allein ein Kampf um das Verhandlungsrecht, er wurde auch für die Existenz des Schwedischen Modells in den Folgejahren als notwendig erachtet. Larsson belegt dies mit Aussagen von streikenden Arbeitern, die den Konflikt als notwendig erachteten, damit in Zukunft die Zusammenarbeit weiter funktionieren könne und das Konfliktpotential nicht einseitig wachse.⁶⁶⁴

Im privaten Sektor hatte auf Seiten der Arbeitgeber die SAF unwidersprochen die Führungsrolle in den zentralen Verhandlungen inne. Im öffentlichen Sektor gab es keine gemeinsame Organisation, die diese Rolle hätte übernehmen können; aber auch die öffentlichen Arbeitgeber hatten sich schon länger als *De offentliga arbetsgivarnas samarbetsorgan* (Organ für Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitgeber – OASEN) eine gemeinsame Diskussionsplattform geschaffen. Im *storkonflikt 1980* wurde diese Plattform durch eine intensive Zusammenarbeit mit der SAF ergänzt. Die Folge dieser Zusammenarbeit bestand in der einseitigen Weigerung der öffentlichen Arbeitgeber, mit den Gewerkschaftsorganisationen zu verhandeln, bevor nicht die Verhandlungen für den privaten Sektor beendet seien. Da sich die SAF im privaten Sektor aber nicht durchsetzen konnte, wurde die vereinbarte Linie im Verlauf der Verhandlungen immer weiter aufgeweicht.⁶⁶⁵

Auf Seiten der gewerkschaftlichen Dachorganisationen begann mit dem *storkonflikt 1980* ebenfalls eine Debatte um eine intensivere Zusammenarbeit. Eine klare Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten konnte auch in lokalen Abkommen immer seltener getroffen werden, und die Einzelgewerkschaften waren gezwungen, zusammenzuarbeiten, wollte man sich nicht durch die Arbeitgeber gegeneinander ausspielen lassen. Besonders im Bereich der Verhandlungen für die Arbeiter und Angestellten bei kommunalen Arbeitgebern wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Der öffentliche Sektor war allgemein ein Vorreiter dieser Entwicklung.⁶⁶⁶

Erstmals hatten alle großen Einzelgewerkschaften des öffentlichen Sektors gemeinsam verhandelt. Die Zusammenarbeit hielt – trotz zahlreicher Versuche der Arbeitgeber die Vermittlungskommission für den öffentlichen Sektor aufzuspalten – bis zur Unterzeichnung des Schlussabkommens an und war eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg der Ge-

664 Vgl. ebd. S. 123ff.; das Zitat des Arbeiters findet sich auf S. 125.

665 Vgl. Björn Rosengren, *En unik samverkan*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 68ff.

666 Vgl. Marjasin 1981 a. a. O. S. 57f.

werkschaften des öffentlichen Sektors. Der Erfolg im *storstrejk 1980* gab der Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen Sektors einen großen Schub.⁶⁶⁷

5.2.4 Bedeutung des storkonflikt 1980 für die Konfliktordnung

Der *storkonflikt 1980* und der *storstrejk 1909* sind die beiden großen Eckpunkte in der Geschichte der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Der *storkonflikt 1980* war ein regulärer Arbeitskampf, der in den Branchen, die von den Tarifverhandlungen betroffen waren, ausgekämpft wurde. Der *storstrejk 1909* hingegen war ein Konflikt gewesen, der zwischen allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unabhängig davon, ob Abkommen ausgelaufen waren oder nicht, ausgetragen worden war. 1909 wurde überall dort gestreikt, wo ArbeiterInnen bereit waren, den Kampf zu führen. Würde man allein nach der Anzahl streikender und ausgesperrter Arbeiter und Angestellter sowie den Auswirkungen auf die Gesellschaft gehen, so könnte man beide Konflikte als *storstrejk* bezeichnen. Die Bezeichnung *storkonflikt* weist jedoch auf einen bedeutenden Unterschied hin: der überwiegende Anteil der vom Konflikt direkt betroffenen ArbeiterInnen und Angestellten hatte gar nicht gestreikt, sondern ist ausgesperrt worden.⁶⁶⁸

Im *storkonflikt 1980* war die Gewerkschaftsbewegung erstmals von sich aus bereit, einen Konflikt zu führen, ohne durch eine interne Opposition (Syndikalisten im *storstrejk 1909*, Kommunisten im *verkstadsstrejk 1945*) von der Notwendigkeit zu kämpfen, überzeugt werden zu müssen. Indem sich die SAF geweigert hatte, überhaupt über Lohnerhöhungen zu verhandeln, ging es um das grundlegende Verhandlungsrecht der Gewerkschaftsorganisationen. Die öffentlichen Arbeitgeber folgten diesem Kurs: zuerst versuchten sie Verhandlungen im öffentlichen Sektor zu umgehen. Als dies misslang, setzten sie darauf, die Verhandlungen zu spalten, um in dezentralisierten Verhandlungen für einzelne Branchen nicht mehr mit der Kampfkraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung konfrontiert zu sein.⁶⁶⁹

667 Vgl. Rosengren 1981 a. a. O. S. 68f.; Hellers 1981 a. a. O. S. 97f.

668 Für eine detaillierte Gegenüberstellung der beiden Konflikte vgl. Bernt Schiller, *Storstrejken 1909 och storkonflikten 1980, En jämförelse*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 252ff.

669 Vgl. Marjasin 1981 a. a. O. S. 60ff.

Ein eigenständig agierender öffentlicher Sektor behagte der SAF überhaupt nicht. Im Nachklang des *storkonflikt 1980* votierte sie dafür, der private Sektor müsse wieder Vorrang vor dem öffentlichen haben und außerdem müsse der öffentliche Sektor umfassend abgebaut werden. Der SAF ging es dabei um ihren eigenen Machtanspruch. Nur im privaten Sektor vertrat sie die klare Mehrheit der Arbeitgeber. Im öffentlichen Sektor hingegen wurde die Mehrheit der Arbeitgeber durch staatliche Institutionen vertreten. Die SAF gab diesen Hintergrund nie zu; sie verschanzte sich hinter dem Argument, dies sei für den Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Wirtschaft nötig.⁶⁷⁰

In der Forschung zum Schwedischen Modell wird ein offener Konflikt wie der *storkonflikt 1980* meistens als Abweichung vom Normalfall, bei dem das Verhandlungssystem nicht so funktioniert habe, wie es die Konfliktordnung vorsieht,⁶⁷¹ oder als Ende des Schwedischen Modells,⁶⁷² interpretiert. Das Ausmaß des *storkonflikt 1980* war jedoch so groß und die Härte, mit der er ausgetragen wurde, derart unnachgiebig, dass sich für einige die Frage stellte, ob das Schwedische Modell überhaupt jemals existiert habe, da der Ablauf des *storkonflikt 1980* dieses quasi im Nachhinein als Ganzes in Frage gestellt hatte.⁶⁷³ In eine ähnliche Richtung argumentierend meint bspw. Ingemar Eliasson, die Lohnrunde 1979/80 werde als ein trauriges/düsteres Kapitel in die Geschichte des Schwedischen Modells eingehen.⁶⁷⁴ Gleichzei-

670 Vgl. ebd. S. 60ff.

671 Vgl. dazu bspw. Broström 1981 a. a. O. S. 16.; Olle Hammarström, *Förlikningen i avtalsrörelsen*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 211ff.; Lennart Bodström, *Förhandlingssystemet ifrågasatt*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 201ff. Anders argumentiert bspw. Fjällström, der die Notwendigkeit des Konfliktes mit der gewerkschaftsfeindlichen Strategie der Arbeitgeber sowie der bürgerlichen Regierung begründet, vgl. Fjällström 1981 a. a. O. S. 163ff.

672 Vgl. dazu bspw.: Broström 1981 a. a. O. S. 14.

673 Vgl. C. H. Hermansson u. a., *Återblick på den svenska modellen, om den fanns* (Rückblick auf das Schwedische Modell – falls es so etwas gab), in: Sverige i en ny ekonomisk världsordning (Diskussionspapierreihe), Stockholm o. J.; positiver: Elander o. J. a. a. O. Zur Bestandsaufnahme des „Schwedischen Modells nach 1980“ siehe: Bolang 1980 a. a. O.; sowie Höglund 1981 a. a. O.; vgl. auch Nils Elvander, *Dags att lära av grannländerna!* in: Dagens Nyheter vom 31.5.1980.

674 Vgl. Ingemar Eliasson, *Om den svenska modellen*, in: Broström 1981 a. a. O. S. 26ff. Für Eliasson ist das Schwedische Modell hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften Kollektivabkommen ohne Einmischung des Staates schließen. In Saltsjöbaden seien die Spielregeln demnach einmal festgelegt worden und damit sei der Staat fortwirkend ausgeschlossen. Die Mitbestimmungsgesetze etc. der 1970er Jahre hätten

tig betonen dieselben Forscher die Wichtigkeit der Streikbereitschaft. Walter Korpi⁶⁷⁵ fasst diese Position als die Gruppe der Pluralisten zusammen, die meinen, man könne in der pluralistischen Industriegesellschaft alle Konflikte durch Verhandlungen lösen. In Folge der technologischen Entwicklung der Industrie intensivieren sich zwar zunächst die Interessengegensätze, zusammen mit dem steigenden Lebensstandard nehmen gleichzeitig aber auch die Möglichkeiten aller Interessengruppen zu, ihre Interessen zu vertreten und friedliche Konfliktlösungen zu finden. Weil in der modernen Industriegesellschaft die Konfliktparteien relativ gleich stark seien und die Kosten der Konflikte für beide Seiten immer größer werden würden, würden offene Konflikte automatisch abnehmen. Durch das Zusammentreffen der Anerkennung des gewerkschaftlichen Verhandlungsrechtes mit der Existenz von Kollektivabkommen zwischen den höchsten Ebenen der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeitgeber habe der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit dann seine endgültige Lösung gefunden. Streiks und Aussperrungen, die dennoch stattfinden, sind nach dieser pluralistischen Lesart immer als Folge schlechter Verhandlungsführung anzusehen. Korpi weist zu recht auf zwei entscheidende Mängel dieser pluralistischen Lesart der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften hin:

- (1) die untergeordnete Stellung des Arbeiters im Produktionsprozess;
- (2) die Nichtbeachtung der Machtressourcen der Akteure auf dem Arbeitsmarkt, die ungleich verteilt bleiben. Konflikte bestehen auf Grund dieser Ungleichverteilung fort und in der Folge entstehen auch in der pluralistischen Industriegesellschaft offene Arbeitskonflikte.⁶⁷⁶

Analysiert man die Konfliktordnung des Schwedischen Modells entsprechend des Macht-Relations-Modells von Korpi, so ergibt sich ein anderes Bild: Der Arbeitsfrieden beruhte gerade darauf, starke Interessengegensätze zu organisieren. Erst auf dieser Grundlage war es – unter bestimmten historischen Umständen – möglich, den Verteilungskonflikt in andere Bahnen

das System Eliasson zufolge nicht grundlegend verändert. (Eliasson erklärt damit, warum es in der aktuellen Situation des *storkonflikt 1980* in Bezug auf Kollektivabkommen keinen Handlungsbedarf von Seiten des bürgerlich regierten Staates gebe.)

675 Vgl. Korpi, Sverige, 1981 a. a. O. S. 224ff.

676 Vgl. ebd. S. 225ff.

zu lenken: weg vom Arbeitsmarkt, hin zur politischen Ebene.⁶⁷⁷

Die Strategie der SAF im *storkonflikt 1980* war der Versuch der Arbeitgeber, den Verteilungskonflikt im privaten Sektor in die politische Sphäre (u. a. Abbau des öffentlichen Sektors) zu verlagern; sie war eine direkte Folge veränderter Machtressourcen (Einfluss auf die bürgerliche Regierung). Das Zusammenwirken der Gewerkschaftsorganisationen des öffentlichen und privaten Sektors in einem offenen Konflikt hatte die Strategie der SAF durchkreuzt.

Der hinter dem Agieren von Regierung und Arbeitgebern stehende Angriff auf das Schwedische Modell als Konfliktordnung, d. h. sowohl als Verhandlungsordnung nach dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 als auch als Arbeitsfriedensordnung, wurde im *storkonflikt 1980* von der Gewerkschaftsbewegung erfolgreich abgewehrt. Die zweiseitige Aufkündigung durch die Regierung, die mittels Interventionspolitik steuernd eingreifen wollte, und die SAF, die das gesamte System zentraler Verhandlungen aufbrechen wollte, also den Konsens von Saltsjöbaden in Frage stellte, wurde dabei von der Gewerkschaftsbewegung verhindert. Es gelang ihr darüber hinaus die Kernelemente „ihrer“ Konfliktordnung – die zentrale Verhandlungsführung mit dem damit einhergehenden Verhandlungsrecht der Gewerkschaftsbewegung und das faktische Eingriffsverbot gegenüber dem Staat – und damit das charakteristische Dreieck Arbeit-Kapital-Staat auch unter den veränderten Bedingungen der 1980er Jahre durch koordinierte Konfliktführung zu (re)etablieren.⁶⁷⁸

5.3 Die Umsetzung der löntagarfonder

Im *storkonflikt 1980* konnte die Gewerkschaftsbewegung die Versuche der Arbeitgeber abwehren, mit Hilfe der bürgerlichen Regierung die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu deren Gunsten zu verschieben. In der Folge rückten Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie enger

⁶⁷⁷ Vgl. ebd. S. 224f.

⁶⁷⁸ Siehe auch Tommy Öberg, *Storkonflikten i historiens backspegel*, in: *Arbetarhistoria* Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 41ff., der nach 1980 sogar eine neue Ordnung sieht, zugleich aber darauf hinweist, dass die Gewerkschaftsbewegung es verpasst habe, die Angriffsversuche der Arbeitgeber nach dem *storkonflikt 1980* entschiedener abzuwehren, was sie letztlich in die Defensive gedrängt habe.

zusammen, was sich im Mai 1981 bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Tragödie von Ådalen zeigte. Dies war die erste Gedenkveranstaltung an die Tragödie von Ådalen seit dem Begräbnis der Opfer, an der Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie und Kommunisten gemeinsam teilnahmen.⁶⁷⁹

Der Führung der Sozialdemokratie ging es 1981/82 vor allem darum, Einigkeit mit der Gewerkschaftsbewegung zu demonstrieren, um in der Reichstagswahl 1982 wieder die Regierung stellen zu können. In der LO-Führung war man ebenfalls der Überzeugung, ein Wahlsieg der Sozialdemokratie dürfe unter keinen Umständen gefährdet werden.

Entschärfung der löntagarfonderna

Das Modell der *löntagarfonder* war 1981 noch immer aktuell. Die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeber verwiesen auf dieses Modell, um die Radikalität und Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie zu veranschaulichen. Innerhalb der Sozialdemokratie war ein Teil der Überzeugung, die *löntagarfonder* – und damit die LO – seien für den Wahlverlust der Sozialdemokratie 1976 verantwortlich. Sozialdemokratie und LO konnten das Modell der *löntagarfonder* aber auch nicht einfach aufgeben, da es an der Basis der LO hohen Zuspruch fand. Partei- und LO-Führung kamen überein, in der Frage der *löntagarfonder* eine gemeinsame Linie finden zu müssen.

Der Parteiführung waren die Zugeständnisse, die von der LO in der ersten Kommission zu den *löntagarfonder* gemacht worden waren, nicht weitgehend genug; dieser Linie der Parteiführung folgte der sozialdemokratische Parteikongress 1978: ein weiteres Komitee wurde gegründet, um einen Vorschlag für die Gewerkschafts- und Parteikongresse 1981 auszuarbeiten. Die Komiteeleitung übernahm Kjell-Olof Feldt, der bis zur Wahlniederlage der Sozialdemokratie Staatsrat im Finanzministerium gewesen war und nach der Wahl 1982 nächster Finanzminister werden sollte; er war erklärter Gegner der *löntagarfonder*.⁶⁸⁰ Das Komitee entschärfte alle

679 Vgl. Johansson, Kampen, 2001 a. a. O. S. 434ff., Ådalen – 50 år efteråt, Vänsterpartiet kommunisterna maj 1981.

680 Der Bericht der Arbeitsgruppe von LO und SAP ist wiedergegeben in: Kjell-Olof Feldt (Hrsg.), *Arbetarrörelsen och löntagarfonderna, Rapport från en arbetsgrupp inom LO och socialde-*

gesellschaftsverändernden Ansätze aus dem Modell.⁶⁸¹

- (1) Neues Hauptziel für die *löntagarfonder* sollte es sein, zur Kapitalbildung beizutragen, um die sinkenden Industrieinvestitionen auszugleichen;
- (2) die Fonds sollten nun dadurch aufgebaut werden, dass die Unternehmen auf ihre Gewinne zusätzliche Abgaben zahlen, die zur Finanzierung von Aktienkäufen für die Fonds dienten;
- (3) die *löntagarfonder* wurden in das Rentensystem integriert und somit auf eine hohe Rendite ausgerichtet, die das Rentensystem stabilisieren sollte.

Dieses modifizierte Modell der *löntagarfonder* wurde 1981 von beiden Kongressen (LO und Sozialdemokratie) beschlossen. Die Einheit von LO und Sozialdemokratie in der Frage der *löntagarfonder* war damit wiederhergestellt. Die ursprünglichen Ziele der *löntagarfonder* – Lösung des verteilungspolitischen Dilemmas der solidarischen Lohnpolitik, Ausweitung der Demokratie auf die Ökonomie – konnten durch dieses Modell nicht mehr erreicht werden. Das neue Ziel der *löntagarfonder* war vielmehr, das industrielle Wachstum zu erhöhen und die Ökonomie zu stabilisieren. Die Fonds waren somit allein ein Beitrag zur Kapitalbildung, um die Kapitalakkumulation am Laufen zu halten.⁶⁸²

Als die Arbeitnehmerfonds dann 1983 (nach erneuter Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie 1982) umgesetzt wurden, war jeglicher Enthusiasmus innerhalb der LO für das Modell verflogen. Ohne eine Zukunftsperspektive auf Erneuerung der solidarischen Lohnpolitik und die

mokraterna, Stockholm 1981; die Entwicklung vom ursprünglichen Modell der *löntagarfonder* zur entschärften Endversion dokumentiert Stefan Johansson, *Löntagarfonder, Från Rudolf Meidner till Kjell-Olof Feldt*, Karlstad 1995.

681 Vgl. dazu auch die Informationsbroschüre des Finanzministeriums (zuständiger Minister war Kjell-Olof Feldt selbst) mit einer erklärenden Darstellung des Regierungsentwurfs der *löntagarfonder*: Sveriges Finansdepartementet, *Löntagarfonder är...*, Stockholm 1984.

682 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 66f. Eine wirtschaftsgeschichtliche Einordnung der Frage der *löntagarfonder* vor dem Hintergrund der Krise des Fordismus in den 1960er/70er Jahren nebst Dokumentation und Analyse der Vorschläge und Positionen von Gewerkschaftsorganisationen, SAP und SAF findet sich in der Dissertation von Ilja Viktorov, *Fordismens kris och löntagarfonder i Sverige*, Stockholm 2006.

Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie waren die Arbeitnehmerfonds zu einer Forderung verkommen, die man bloß umsetzte, weil man sie schon immer so intensiv gefordert hatte.⁶⁸³

Der Kompromiss zwischen LO und Sozialdemokratie hat die *löntagarfonder* ihrer gesellschaftsverändernden Perspektive beraubt; – die Basis der LO hatte dadurch jegliches Interesse an den *löntagarfonder* verloren.⁶⁸⁴ Zwischen der Sozialdemokratie (vor allem dem linken Flügel) und der LO-Führung auf der einen und den bürgerlichen Parteien sowie den Arbeitgebern auf der anderen Seite wurde die Debatte um die *löntagarfonder* dennoch erbitert geführt. Insbesondere die Kampagne der SAF gegen die *löntagarfonder* wurde zu einem Lehrstück für moderne Propaganda, Lobbyarbeit und politische Kampagnenführung in einer Mediendemokratie.⁶⁸⁵ Die Kampagne um die *löntagarfonder* mit ihren Teilwahrheiten und Diffamierungen war eine reine Symboldebatte, die hier nicht weiter verfolgt wird.⁶⁸⁶

683 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 67ff.; eine Darstellung der verschiedenen Modelle der Arbeitnehmerfonds und ihrer wirtschaftspolitischen Dimensionen findet sich in Bernhard Fritzenschafts Dissertation: Arbeitnehmerfonds in Schweden, Tübingen 1996, sowie aus volkswirtschaftlicher Perspektive in der Dissertation Hans-Michael Trautweins: Trautwein 1986 a. a. O.

684 Nach dieser ernüchternden Vorgeschichte verwundert es wenig, dass der Widerstand innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gering ausfiel, als die bürgerliche Regierung Anfang der 1990er Jahre die *löntagarfonder* wieder abschaffte. Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 67ff.

685 Siehe dazu Hans Haste (Hrsg.), *Några dokument om en SAF-KAMPANJ, Hans Hastes rapport från SAF-konferensen, skriftväxlingen mellan honom, Hans-Göran Myrdal och Ian Wachtmeister samt andra inlägg i diskussionen om Svenska Arbetsgivareföreningens metoder i dess kampanj mot löntagarfonder* (Einige Dokumente über eine SAF-Kampagne, Hans Hastes Bericht von der SAF-Konferenz, ein Schriftwechsel zwischen ihm, Hans-Göran Myrdal und Ian Wachtmeister, zusammen mit anderen Einlassungen zur Diskussion über die Methoden der SAF in deren Kampagne gegen die Arbeitnehmerfonds), Stockholm 1982, eine Schilderung bzw. Analyse der Arbeitgeberstrategie aus der Sicht der politischen Linken im Auftrag der SAP nebst Dokumentensammlung; vgl. auch Meidner 2005 S. 99ff.

686 Für eine Analyse der Diskursentwicklung und eine Aufzeichnung des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses bzgl. der *löntagarfonder* unter Berücksichtigung der Medien siehe die Dissertation von Mikael Gilljam, *Svenska folket och löntagarfonderna, En studie i politisk åsiktsbildning* (Das schwedische Volk und die Arbeitnehmerfonds, Eine Studie in politischer Meinungsbildung), Lund 1988; für eine Darstellung der Bandbreite der Positionen der Arbeiterbewegung zu den *löntagarfonder* zwischen demokratischem Sozialismus und Reformismus siehe Paula Weinehammar, *Olof Palme och löntagarfonderna, En studie om rörelsesocialism och statssocialism i den svenska arbetarrörelsen* (Olof Palme und die Arbeitnehmerfonds, Eine Studie über Bewegungssozialismus und Staatssozialismus in der schwedischen Arbeiterbewegung), Örebro 2007; eine rückblickende Auswertung durch

Ein verlorener Kampf

Die *löntagarfonder* markieren den Höhepunkt und zugleich den Schlusspunkt der auf gesamtgesellschaftliche Gestaltung ausgerichteten Offensive der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Es war der letzte Versuch, den Einfluss der ArbeiterInnen auf die Ökonomie zu erhöhen, bevor die dominierende nationalstaatlich ausgerichtete *folkhem*-Politik durch die Ideologie einer globalisierten Marktorientierung ersetzt wurde. Grundlage für diese letzte Offensive war die mit den Jahren gereifte Erkenntnis, die zunächst als Meilenstein gefeierten gesetzlichen Regelungen zur Mitbestimmung hätten im Ergebnis am Entscheidungsprozess innerhalb der Unternehmen wenig bis gar nichts geändert.⁶⁸⁷

Die *löntagarfonder* – in ihrer ursprünglichen, auf Veränderung der Machtverhältnisse gerichteten Form – waren allein ein Projekt der LO-Gewerkschaften. Weder die Führung der Sozialdemokratie noch die TCO-Führung oder die *folkparti* waren dafür zu begeistern gewesen.⁶⁸⁸

Trotz dieser schlechten politischen Ausgangslage – die Spitzen der Sozialdemokratie sparten von Anfang an nicht damit, gegen das Modell der *löntagarfonder* zu polemisieren – zog die LO-Führung nie in Erwägung, die *löntagarfonder* auf dem Abkommenswege einzuführen, obwohl dieser Vorschlag auf dem Tisch gelegen hatte. Schon im LO-Kongressbeschluss 1976 kam diese Möglichkeit gar nicht mehr vor. Die Strategie der LO war vollständig an dem Grundsatz ausgerichtet, ihren gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch politisch zu verfolgen.

Das Agieren der LO bei den *löntagarfonder* ist eine konsequente Fortsetzung ihrer Strategie aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre,⁶⁸⁹ als sie

zentrale Beteiligte in Form eines Tagungsprotokolls findet sich bei Lars Ekdahl (Hrsg.), *Löntagarfonderna, en missad möjlighet?* (Die Arbeitnehmerfonds, eine verpasste Möglichkeit?) Huddinge 2002, Debattenteilnehmer waren Lennart Bodström (bis 1982 Vorsitzender der TCO, danach Außenminister im Kabinett Palme II), Per-Olof Edin (Chefökonom der LO), Kjell-Olof Feldt (Finanzminister im Kabinett Palme II), Anna Hedborg und Rudolf Meidner (geistige Eltern des *löntagarfonder*-Modells), Carl Tham (ehemaliger Parteisekretär der *folkparti*, später SAP).

687 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 61ff.

688 Olof Palme, als einer der Befürworter eines überarbeiteten Modells, hatte wiederholt versucht, die *folkparti* für die *löntagarfonderna* zu gewinnen. Vgl. ebd. S. 86ff., 103ff.; sowie Kjell Östberg, *När vinden vände, Olof Palme 1969-1986*, Stockholm 2010, S. 247ff.

689 Vgl. Meidner 2005 a. a. O. S. 135ff.

zunehmend bereit war, für ihren gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch ihre Position als eigenständiger politischer Akteur aufzugeben: auch auf die wilden Streiks hatte die LO reagiert, indem sie das Problem durch die Sozialdemokratie (per Mitbestimmungsgesetz) lösen ließ, anstatt zu versuchen, es selbst innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu lösen.

In Bezug auf die *löntagarfonder* war das Agieren der LO zusätzlich ein inhaltlicher Bruch mit der Gesamtkonzeption der *löntagarfonder*: das Modell war von seiner Konzeption her im Grunde syndikalistisch ausgerichtet – der Vorschlag zur Umsetzung durch den Staat hingegen staatssozialistisch. Im Gegensatz zum Rehn-Meidner-Modell der 1950er Jahre, das allein darauf ausgerichtet war, die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus zu erhalten, enthielten die *löntagarfonder* aber ein darüber hinausweisendes Element: sie sollten die Wirtschaft demokratisieren und langfristig eine Übernahme der Industrie durch die gewerkschaftlich verwalteten *löntagarfonder* ermöglichen.⁶⁹⁰ Das Problem an der von der LO bevorzugten staatssozialistischen Umsetzung der *löntagarfonder* war: die schwedische Sozialdemokratie war keine staatssozialistisch ausgerichtete Partei. Das Ziel der schwedischen Sozialdemokratie war es immer gewesen, innerhalb des kapitalistischen Systems für Reformen zu kämpfen, ohne jemals die Machtfrage im Verhältnis von Arbeit und Kapital zu stellen.

Die Entscheidung der LO, die *löntagarfonder* unbedingt auf politischem Wege einführen zu wollen, wird verständlich, wenn man die politische Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung in den 1970er Jahren mit in Betracht zieht. Von den hochgesteckten Zielen des LO-Modells der *löntagarfonder* war in dem politisch umgesetzten Modell nichts mehr enthalten. Schon nach dem Kompromiss mit der Sozialdemokratie 1981 konnte die LO-Führung nicht mehr darlegen, welchen Nutzen das einzelne Mitglied davon haben sollte oder welche größere Bedeutung die *löntagarfonder* für das Schwedische Modell einnehmen sollten.

Der letzte Akt des Dramas bestand darin, dass die bedeutungslos gewordenen *löntagarfonder* Anfang der 1990er Jahre ohne den geringsten

690 Der LO-Kongress hatte sich explizit gegen eine Begrenzung auf große Unternehmen ausgesprochen; alle Unternehmen sollten von den *löntagarfonder* betroffen sein; der LO-Kongress begnügte sich somit nicht damit, das verteilungspolitische Dilemma der solidarischen Lohnpolitik zu lösen, er wollte die Machtfrage stellen. Vgl. ebd. S. 135ff.; S. 141.

Widerstand abgeschafft wurden.⁶⁹¹

5.4 Überleitung: Die neoliberalen Jahre

Die *löntagarfonder* markierten die letzte Entwicklung einer gesellschaftsverändernden Vision seitens der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Die nachfolgende Zeit des Neoliberalismus stellt sich bzgl. des Schwedischen Modells als Übergangsphase dar, die auf Seiten der Gewerkschaftsbewegung durch Resignation (bzgl. der Durchdringung der Sozialdemokratie mit neoliberalen Gedankengut) und Reorientierung (bzgl. der eigenen Rolle im neoliberal umgestalteten Schwedischen Modell) geprägt war. Der Gewerkschaftsbewegung gelang es in dieser Zeit nicht, entscheidende Impulse zu setzen.⁶⁹² Der folgende Abschnitt ist deshalb als Überleitung konzipiert, die eine Brücke von der Situation der 1980er Jahre bis in die heutige Zeit schlägt. Dabei werden sowohl die Bedeutung des europäischen Kontextes als auch die aktuellen Rahmenbedingungen des Schwedischen Modells analysiert.⁶⁹³

691 Vgl. ebd. S. 137ff.

692 Sichtbarstes Zeichen für die Passivität von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie war deren Abwesenheit auf den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Göteborg 2001, vgl. dazu das Debattenbuch gegen den Siegeszug des Neoliberalismus, herausgegeben zum 100-jährigen Jubiläum der sozialdemokratischen Studentenvereinigung Laboremus: Enn Kock / Klas Gustavsson / Stig-Björn Ljunggren, *Var blev ni av, ljuva drömmar?* Stockholm 2002.

693 Die Herausforderung hierbei besteht darin unter Beibehaltung des Blickwinkels der Arbeit, einer Analyse des Schwedischen Modells aus den Arbeitskonflikten heraus, einen Zeitabschnitt von 30 Jahren darzustellen, in dem die Gewerkschaftsbewegung größtenteils passiv, verstanden als Gegensatz zu gestaltend, war. Dies muss geschehen, ohne dabei der Versuchung zu erliegen, das Schwedische Modell gedanklich in zwei homogene Phasen des Aufbaus und des Abbaus zu unterteilen. Die Analyse der Arbeitskonflikte hat ergeben, dass der Aufbau nicht homogen und linear verlief; ebenso ist der Zustand des Schwedischen Modells in der Zeit des Neoliberalismus ambivalent zu betrachten. Die einzige mir bekannte schwedische Publikation, die mit diesen Anforderungen an die Betrachtungsweise kompatibel ist, ist: Claes-Mikael Jonsson / Ingemar Lindberg, *Modellen som klev ut genom ett fönster, om globaliseringen och den svenska modellens framtid* (Das Modell, was aus einem Fenster stieg, über die Globalisierung und die Zukunft des Schwedischen Modells), Stockholm 2014. (Der Titel lehnt sich an das Buch „Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“ von Jonas Jonasson an, ein Roman über einen Hundertjährigen, der in seiner Lebensgeschichte auf Grund einer Verkettung von Zufällen

Der Neoliberalismus trifft auf das Schwedische Modell

Ende der 1970er Jahre ebte die revolutionäre Stimmung, die die 1960er/70er Jahre geprägt hatte, auf Seiten der Linken immer weiter ab; die sozialen Befreiungsbewegungen verloren an Schwung. Die Auszeichnung Milton Friedmans mit dem Nobelpreis markierte schließlich den ideologischen Beginn des neoliberalen Siegeszuges, dessen Vorsprecher neben Milton Friedman vor allem Friedrich A. von Hayek wurde.⁶⁹⁴

Schienen nach dem Gewinn des *storkonflikt 1980* durch die Gewerkschaften und der gleichzeitig verlorenen Machtfrage bzgl. der *löntagarfonderna* die Zukunftsaussichten für die Gestaltungsmacht der Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell zunächst noch offen, zeigte sich bald, dass sich der Zeitgeist gegen beide wendete. War das Schwedische Modell zunächst noch in eine Hegemonie der Sozialdemokratie eingebettet, der sich auch die bürgerlichen Parteien beugen mussten, ging diese natürliche politische Umgebung mit dem Vordringen neoliberaler Ideen zunehmend verloren.

War bis in die 1970er Jahre hinein die soziale Frage bestimmend, die aufgrund der solidarischen Lohnpolitik mit der Frage von Arbeitskonflikt und Arbeitsfrieden verbunden war und in der die Gewerkschaftsorganisationen als Tarifpartei natürlicher politischer Akteur waren, verlagerte sich nun die politische Aufmerksamkeit auf Marktfragen, die sich im Dualismus von Wirtschaftskrise und politischer Reform abspielen.

Diese Veränderung der politischen Rahmenbedingungen blieb nicht ohne Folge für das Schwedische Modell. Letzteres verliert zunehmend seine Unterstützung durch die Sozialdemokratie; es ist nicht mehr selbstverständlicher Teil der Hegemonie sondern erscheint in Zeiten des Neoliberalismus

immer im Brennpunkt des politischen Geschehens landete; im schwedischen Original: Jonas Jonasson, *Hundraåringen, som blev ut genom fönstret och försvann*, Stockholm 2009). Für die historischen Fakten der Situation in den 1980er/1990er/2000er Jahren beziehe ich mich ergänzend auf das historische Standardwerk Östberg 2013 a. a. O., welches hier stellvertretend für die übliche Sichtweise Schwedens in der Zeit der Globalisierung herangezogen wird; Bezüge auf Jonsson /Lindberg 2014 a. a. O. dienen der Unterstützung meiner eigenen Darstellung.

694 Nach der Lesart von Östberg wurde der Keynesianismus als hegemoniale ökonomische Theorie schrittweise durch den Neoliberalismus ersetzt (Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 298ff.); diese Darstellungsweise übersieht die Abwendung vom Keynesianismus in den 1950er/60er Jahren, siehe Kap. 3.3 dieser Arbeit.

auf den ersten Blick als gegenhegemoniell und damit als prekär.

Sieht man jedoch genauer hin, ergeben sich auf den Neoliberalismus in Schweden zwei Reaktionen. Die eine Reaktion ist, den Neoliberalismus als etwas zu verarbeiten, was über Schweden hereingebrochen bzw. aus dem europäischen Umfeld bzw. aus den Nachbarländern herübergeschwappt ist und sich als widersprüchlich zum Schwedischen Modell darstellt. Die andere Reaktion, die sich aus der strikten Praxisbezogenheit und relativen Ideologiefeme des *social engineering* speist, behandelt den Neoliberalismus nicht „für sich“ als geistige Strömung, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt, sondern betrachtet allein die davon aufgeworfenen konkreten Herausforderungen, die es praktisch zu lösen gilt. Die einzelnen Probleme werden dabei jedoch typischerweise durch das Prisma des Schwedischen Modells betrachtet. Dies kann bei verschiedenen Fragestellungen unterschiedliche Ergebnisse haben: wurde bzgl. der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre das klassische neoliberale Reaktionsschema der strikten Haushaltsdisziplin als praktische Lösung erachtet, stellt sich die Lage bzgl. der Frage der Privatisierungen anders dar. Aufgrund der festen Verankerung sozialer Vorstellungen (*svenska folkhem*-Ideologie) kreiste schon die anfängliche Debatte nie um die klassisch neoliberale Alternative „Privat oder Staat“, sondern wurde – ausformuliert als Debatte um „Wahlfreiheit“ – immer als Nebeneinander zweier Strukturen, die sich beide der praktischen Bewährungsprobe unterziehen sollten, begriffen.

Es ergibt sich somit eine besondere Kombination von Neoliberalismus und Schwedischem Modell bzw. der Befund eines „Schwedischen Modells unter neoliberalen Bedingungen“, jedoch kein Neoliberalismus als eigenständiges, abgeschlossenes Denksystem, wie es in großen Teilen Resteuropas anzutreffen ist.

Abwehrkampf und Rosenkrieg

Soziale Bewegungen und die linken Teile der Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie führten von nun an einen Abwehrkampf gegen den neoliberalen Einschlag des Schwedischen Modells. Die historische Einschätzung der 1970er Jahre wandelte sich bis weit in die Sozialdemokratie hinein; immer größere Teile des politischen Establishments sahen die 1970er Jahre als einen linken Irrweg an, dessen ausufernde Regelungswut den

Wohlfahrtsstaat aufgebläht und den freien Markt zu sehr beschränkt hätten. Entbürokratisierung und Liberalisierung wurden zu den Schlagworten, mit denen es gelang, auf der bürgerlichen Seite des politischen Spektrums die sozialliberale *folkparti* (Volkspartei – FP) als stärkste liberale Partei durch die wertkonservativen *moderaterna* (Die Moderaten – M) abzulösen.⁶⁹⁵ Auch die Sozialdemokratie verabschiedete sich im Laufe der 1980er Jahre immer mehr vom Rehn-Meidner-Modell und wandte sich neoliberalen Überzeugungen zu.

Das damit einhergehende Ende des wirtschaftspolitischen Steuerungsanspruchs sowie der politische Rechtsschwenk, der auf die „linken 1970er Jahre“ folgte, war keine schwedische Besonderheit. In allen Industrieländern bestimmten zunehmend monetaristische und neoliberale Vorstellungen den politischen Zeitgeist, lösten damit den Keynesianismus ab und formulierten eine Ideologie:

„Man begann, die hohe Arbeitslosigkeit als Werkzeug zu instrumentalisieren, um die Inflation niedrig zu halten, die Gewerkschaften zurückzudrängen und den Profitanteil des Kapitals am Produktionsresultat zu erhöhen.“⁶⁹⁶ [BB]

Der Wandel innerhalb der Sozialdemokratie wurde nach der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie 1982 deutlich: sie kehrte nicht zur wirtschaftsgestaltenden Politik zurück, wie es die Gewerkschaftsbewegung und viele linke Unterstützer erwartet hatten. Die Regierung Olof Palmes führte die Wirtschaftspolitik ihrer bürgerlichen Vorgängerregierung fort; sie wertete die Krone ab, was zu einer Reallohnsenkung führte, und baute auch den Wohlfahrtsstaat weiter ab. Der neoliberale Zeitgeist war auch in der Sozialdemokratie angekommen. Personell wurde dies an Kjell-Olof Feldt, der unter Olof Palme Finanzminister wurde und zum Aushängeschild einer marktorientierten sozialdemokratischen Politik avancierte, deutlich.⁶⁹⁷

Die zweite Amtszeit Olof Palmes war davon geprägt, die Sozialdemokratie durch ein klares Bekenntnis zur Industrie und zum freien Markt zur Mitte hin zu öffnen und mit *folkparti* und *centerparti* (Zentrumspartei)

695 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 289ff.

696 „Hög arbetslöshet börjar nu användas som ett verktyg att hålla ner inflationen, pressa tillbaka jacket och höja kapitalvinsternas andel av produktionsresultatet.“ Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 22.

697 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 307ff.

zwei bürgerliche Parteien für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Trotz wirtschaftsfreundlicher Reformen nahm der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Sozialdemokratie weiter zu; auch die bürgerlichen Parteien ließen sich nicht zur Zusammenarbeit bewegen. Die ausgestreckte Hand Palmes hin zur bürgerlichen Seite und die marktorientierte Politik der Sozialdemokratie erschwerten zunehmend die für die parlamentarische Mehrheit notwendige Zusammenarbeit mit der Linkspartei. Der Mord an Olof Palme am 28. Februar 1986 strahlte in die schwedische Gesellschaft aus, hatte hingegen keine direkten Folgen für die Ausrichtung der Sozialdemokratie. Die neue ökonomische Politik war von Palme selbst mitgetragen und durchgesetzt worden. Die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Olof Palmes Tod und der Ausrichtung der Sozialdemokratie auf die Mitte hin ist Ausdruck der Hoffnung, Palme hätte diese Neuausrichtung wieder rückgängig machen können.⁶⁹⁸

Die wirtschaftsfreundliche Ausrichtung sozialdemokratischer Politik trug die LO zunächst mit, wurde nach der Vorstellung des Herbstbudgets 1983 jedoch zu deren schärfster Kritikerin, als klar wurde, dass der Großteil der Einsparungen zu Lasten ihrer eigenen Mitglieder gehen würde. Die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und LO verschärfte sich im Laufe der 1980er Jahre weiter und ging als „*rosornas krig*“ (Rosenkrieg) in die Geschichtsbücher ein.⁶⁹⁹

Die LO versuchte zwar, den Angriffen der Arbeitgeber auf den Wohlfahrtsstaat und die Konfliktordnung des Schwedischen Modells etwas entgegen zu setzen, kam aus dieser Verteidigungshaltung jedoch nicht mehr heraus. Die Arbeitgeber hatten den neoliberalen Zeitgeist im Rücken und waren – auch für schwedische Verhältnisse – außerordentlich gut organisiert. Ihren hohen Organisationsgrad konnten die Arbeitgeber bis heute beibehalten; alle maßgeblichen privaten Arbeitgeberorganisationen (u. a. SAF und *Sveriges Industriförbund* –Industrieverband Schwedens) haben sich 2001 zu *Svenskt Näringsliv* (Schwedische Wirtschaft) zusammengeschlossen.⁷⁰⁰

698 Vgl. ebd. S. 314ff.

699 Vgl. ebd. S. 307ff. Zum Rosenkrieg: Vgl. Sven Jochem, Wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in Verhandlungsdemokratien, Die Niederlande, Dänemark, Schweden und Deutschland im Vergleich, in: Susanne Lütz / Roland Czada (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat, Transformation und Perspektiven, Wiesbaden 2004, S. 246ff.

700 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 230f.

Die Auseinandersetzungen zwischen LO und SAF nahmen 1983 eine entscheidende Wende, als der *metallindustriarbetareförbund* einwilligte, aus den zentralen Tarifverhandlungen auszusteigen. Die SAF forderte immer energischer, die zentralen Verhandlungen durch lokale Verhandlungen zu ersetzen, um so einen Keil in die Verhandlungsreihen der LO zu treiben. Das Ausscheiden einer der größten LO-Einzelgewerkschaften aus den zentralen Verhandlungen sollte nach dem Willen der SAF der Anfang vom Ende der klassischen Konfliktordnung des Schwedischen Modells sein, welche seit dem Abkommen von Saltsjöbaden bestanden hatte.⁷⁰¹

Die 1990er-Jahre-Krise: Resignation und „einzig Weg“

Das Selbstbewusstsein, mit dem in Schweden noch in den 1980er Jahren der Wohlfahrtsstaat und das Schwedische Modell verteidigt wurden, gründete u. a. darin, dass man die großen ökonomischen Krisen der letzten Jahrzehnte international gesehen vergleichsweise gut überstanden hatte; die Depression der 1930er Jahre genau so wie die Ölkrise der 1970er Jahre. Anfang der 1990er Jahre befand sich Schweden aber auf einmal im Zentrum einer wirtschaftlichen Krise. Dementsprechend wurde der Wohlfahrtsstaat erstmals grundlegend in Frage gestellt. Als Grundübel der vergangenen Jahre wurde die Abwertungspolitik ausgemacht, mit der man traditionell auf derartige Situationen reagiert hatte. Der neue Grundsatz schwedischer Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde nun: internationales Vertrauen in die schwedische Währung herzustellen. Eine neue Generation von Ökonomen sah in der hohen Steuerlast, dem geschlossenen Arbeitsmarkt, starken Gewerkschaftsorganisationen und zentralen Lohnverhandlungen die Ursache der „schwedischen Krankheit“. Das Ziel der Vollbeschäftigung wurde – erstmals seit den 1950er Jahren – von wichtigen Teilen der politischen Elite aufgegeben. Die höchsten Ziele der bürgerlichen sowie sozialdemokratischen Regierungen der 1990er Jahre waren eine neoliberale Anpassung an die ökonomische Globalisierung sowie die Bekämpfung von Inflation und Staatsverschuldung.⁷⁰²

Die 1990er-Jahre-Krise, deren Konsequenzen und Lehren noch immer

701 Vgl. ebd. S. 235; Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 23; diese Absicht konnte jedoch bis heute nicht verwirklicht werden.

702 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 357ff.

nicht abzusehen und weiterhin höchst umstritten sind, wurde zu einem einschneidenden Erlebnis für die schwedische Gesellschaft. Entscheidend für die Entstehung der Immobilien- und Finanzblasen zu Beginn der 1990er Jahre waren Strukturreformen der 1980er Jahre, u. a. die sog. Novemberrevolution 1985, als der Kreditsektor liberalisiert wurde. Staatsverschuldung, eine beständig hohe Arbeitslosigkeit sowie zunehmende Privatverschuldung waren die Folge. Die schwedische Währung und die schwedische Wirtschaft waren plötzlich anfällig für internationale Spekulanten; und die Inflation verringerte die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie. Als die sozialdemokratische Regierung 1990 versuchte, durch das sog. „*stoppaket*“ (Stopp-Paket) einzugreifen, eskalierte die Situation. Das *stoppaket* beinhaltete neben einem Lohn- und Preisstopp auch ein Streikverbot. Die LO ging dagegen auf die Barrikaden und zum ersten Mal wurde am 1. Mai gegen eine sozialdemokratische Regierung demonstriert. Das Band zwischen LO und Sozialdemokratie war damit zerschnitten. Das *stoppaket* fiel im Reichstag durch und die Regierung musste zurücktreten.⁷⁰³

Der zunächst kalte Rosenkrieg zwischen LO und Sozialdemokratie aus der zweiten Hälfte der 1980er Jahre (zähneknirschend duldete die LO die Politik der Sozialdemokratie) war in eine heiße Auseinandersetzung (aktive Bekämpfung der sozialdemokratischen Regierung) übergegangen. Eine Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen über den „politischen Arm“ SAP war nicht mehr möglich; die Entwicklung eigener zukunftsweisender Konzepte der Wohlfahrtsstaatsentwicklung unterblieb.

Zeitgleich entwickelten die Bürgerlichen erstmals seit Anfang der 1930er Jahre eine eigenständige Vision für Schweden. Die *moderaterna* war seit Beginn der 1980er Jahre die größte bürgerliche Partei. Mit dem Aufstieg der *moderaterna* verschob sich die politische Landschaft Schwedens hin zum Neoliberalismus. Für Carl Bildt (späterer Regierungschef und Außenminister), der 1985 Vorsitzender der *moderaterna* wurde, ging es um „*den enda vägen*“⁷⁰⁴ (den einzigen Weg) – die schwedische Variante von „*there is no alternative*“. Die Hauptprogrammpunkte des bürgerlichen *enda vägen* bestanden in einer wirtschaftsfreundlichen Politik und der EU-Mitgliedschaft. Den Konservativen ging es darum, die alternativlose Politik der Marktanpassung fortzusetzen, um Schweden wieder zu einem modernen

703 Vgl. ebd. S. 357ff.; Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 22ff.

704 Vgl. dazu: Carl Bildt, *Den enda vägen*, Stockholm 1994.

Land zu machen. Die bürgerliche Regierung, die unter Carl Bildt 1991 die Regierungsgeschäfte übernahm, wird als die erste bürgerliche Regierung angesehen, die grundlegend mit sozialdemokratischer Politik brach (sowohl *folkparti* als auch *centerparti* waren bis dahin im Sozialliberalismus verankert). Die neuen politischen Eliten der *moderaterna* hatten sich in den Parteijugendorganisationen der 1980er Jahre, die den Neoliberalismus schon verinnerlicht hatten, sozialisiert, als die Mutterpartei noch an einem starken Staat und dem Wohlfahrtsstaat festhalten wollte. Carl Bildt, Anders Borg und Fredrik Reinfeldt – spätere Leitfiguren für die Zeit zwischen 1991 und 2014 – stammten aus den neoliberalen Jugend- und Studentenorganisationen, die die Wende der *moderaterna* zu einer neoliberalen Partei einleiteten. Der sozialdemokratischen Sicht – Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie haben gemeinsam Schweden und den schwedischen Wohlfahrtsstaat aufgebaut – stellten die neuen *moderaterna* ihre Sichtweise entgegen: Unternehmer haben das Land aufgebaut, wofür zwar zu Beginn (1950er Jahre) der Wohlfahrtsstaat notwendig gewesen war, doch dann hätten sich Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie in den 1960er bis 1980er Jahren radikalisiert und durch Mitbestimmungsgesetze und *löntagarfonder* die Wirtschaft erdrückt. Der „Systemwechsel“ in der dreijährigen Amtszeit Carl Bildts als Regierungschef schlug sich vor allem in einem Wechsel der Ideologien nieder, in dessen Folge auch weite Teile der Sozialdemokratie die individualistische, neoliberale Sichtweise auf die Gesellschaft endgültig übernehmen sollten.⁷⁰⁵

Nach der bürgerlichen Regierungsübernahme 1991 wurde ein Krisenpaket geschnürt, um die 1990er-Jahre-Krise zu beenden; auch die Sozialdemokratie stimmte diesem Paket zu. Die Krisenübereinkunft zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien legte die neuen Leitgedanken für die schwedische Politik fest, die von nun an sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die bürgerlichen Parteien maßgebend waren. Diese bestanden für die gesamten 1990er Jahre in:

- (1) Dezentralisierung und Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates;

⁷⁰⁵ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 374ff. Zur Kritik auf Seiten der Linken am Wohlfahrtsstaat der 1950/60er Jahre sowie seinem normalisierenden Charakter siehe: Hirdman 2000 a. a. O., Erstauflage von 1989.

- (2) Aufbau einer „Wissengesellschaft“⁷⁰⁶;
- (3) Das vorrangige Ziel der Verpflichtung der Finanzpolitik auf einen Haushaltsüberschuss über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg.⁷⁰⁷

Bis zum Jahr 2015 hielten sich alle Parteien an diese Übereinkunft; sie ist insofern mit dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 vergleichbar, als dass dieses für den Arbeitsmarkt eine vergleichbare Lösung darstellte, in der sich die Tarifparteien an eine Vereinbarung banden, der sie anschließend mehrere Jahrzehnte lang folgten. Als Antwort auf die 1990er-Jahre-Krise fand somit eine Übernahme von Elementen der Arbeitsmarkt-Konfliktordnung ins politische System statt. Diese Migration der Konfliktlösungspraxis fand parallel zur Verlagerung des politischen Fokusses auf den Markt mit seiner Fixierung auf Wirtschaftskrise und staatliche Reformen statt. Bemerkenswert daran ist, dass zeitgleich zum neoliberalen Totsagen des Schwedischen Modells als Wohlfahrtsstaat das Schwedische Modell als Konfliktordnung seine Renaissance im politischen Bereich erlebt. Die Übertragung der Konfliktordnung zwischen Arbeit und Kapital (Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgeber) auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft (Parteien und der Markt) erweist sich jedoch als dysfunktional. Die entscheidende Voraussetzung für das Abkommen von Saltsjöbaden war die gegenseitige Anerkennung beider Akteure, die sich auf Augenhöhe begegneten. Die Hoffnung hingegen durch einseitige Einschränkung staatlichen Handelns dem Markt ein Ende der Krise (Wirtschaftsfrieden) abzutrotzen, um so wieder handlungsfähig zu werden, erfüllte sich nicht.

Trotz der Krisenübereinkunft nahm die 1990er-Jahre-Krise im November 1992 zunehmend Fahrt auf, als die Bindung der schwedischen Währung

⁷⁰⁶ Entlehnt aus dem postindustriellen Gesellschaftsbild und der neoliberalen Legitimationsideologie der amerikanischen Demokraten unter Bill Clinton sowie *New Labour* unter Tony Blair sollte dabei das Wissen und die gute Ausbildung des Einzelnen Grundlage für weiteres Wirtschaftswachstum sein. Im Gegensatz zur tatsächlichen US-amerikanischen und britischen Politik wurde dieses Leitbild in Schweden bildungspolitisch umgesetzt. Sichtbarstes Zeichen ist die gezielte Neugründung einer Reihe von Universitäten in strukturschwachen und vom Strukturwandel betroffenen Regionen (bspw. die *Mittuniversitet* um den geographischen Mittelpunkt Schwedens herum, bzw. die Gründung eines Campus der Universität Linköping in der alten Industrielandschaft von Norrköping).

⁷⁰⁷ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 389ff.

an die europäische Rechnungswährung ECU aufgehoben wurde. Die Arbeitslosigkeit stieg von 4% auf 10%, die Immobilien- sowie die Baubranche gerieten in eine Dauerkrise und der öffentliche Sektor wurde über die Jahre hinweg immer weiter abgebaut. Die 1990er-Jahre-Krise erschütterte die schwedische Gesellschaft: im Land der Vollbeschäftigung⁷⁰⁸ wurde auf einmal eine ganze Generation von Arbeitslosigkeit betroffen.⁷⁰⁹

In der Sozialdemokratie, die die 1990er Jahre hindurch aktiv den Abbau des schwedischen Wohlfahrtsstaates, allen voran den Abbau des öffentlichen Sektors, vorangetrieben hatte, wurden Anfang der 2000er Jahre erste Stimmen wieder lauter, die eine neoliberale Politik in Frage stellten. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und LO verbesserte sich aber nur langsam.⁷¹⁰ Erst im Jahre 2015 wurden neoliberale Zielsetzungen von einer sozialdemokratischen Regierung wieder ernsthaft in Frage gestellt.

EU-Mitgliedschaft und Reorientierung: zurück zum dritten Weg

Der Mauerfall in Deutschland (1989), der Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) sowie die Unabhängigkeit der baltischen Staaten (1990/91) hatte drei grundlegende Metaphern des schwedischen Selbstverständnisses in Frage gestellt:

- (1) der Mittelweg zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft, der seit den 1930er Jahren die Formel zur Beschreibung des schwedischen Wohlfahrtsstaates war;
- (2) der dritte Weges als geostrategische Beschreibung des schwedischen Agierens zwischen den Großmächten als Grundlage für die schwedische Neutralitätspolitik;

⁷⁰⁸ Auch in den 1990er Jahren war dies noch immer das in Schweden vorherrschende Selbstverständnis.

⁷⁰⁹ Vgl. Östberg 2013 S. 357ff.; besonders die in Schweden überwunden geglaubte Arbeitslosigkeit führte in der schwedischen Linken zu Desillusionierung und zu einer Infragestellung des Schwedischen Modells überhaupt, vgl. dazu bspw. Gisela Pettersson, *Wohlfahrtsstaat ade? Das „Modell Schweden“ im Umbau*, Hamburg 1997. Die darin enthaltene Zusammenstellung von pessimistischen Selbstbetrachtungen ist als Ausdruck der 1990er-Jahre-Krise zu werten.

⁷¹⁰ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 357ff.

- (3) der dritte Weg der Sozialdemokratie als wirtschaftspolitische Mitte zwischen dem radikalen Keynesianismus Frankreichs unter Mitterrand und dem neoliberalen und gewerkschaftsfeindlichen Kurs Thatchers in Großbritannien.

Die ungehinderte, freie Marktwirtschaft schien gesiegt zu haben und die Geschichte somit – wie Fukuyama es ausdrückte – an ihr Ende gekommen zu sein.⁷¹¹ Der schwedische Wohlfahrtsstaat wurde nicht mehr als die Lösung des Konfliktes zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft, als ein Weg den Frieden aufrecht zu erhalten und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, angesehen. Das Schwedische Modell erschien nunmehr als anachronistisch, als ein Relikt aus einer untergegangenen Zeit. Die Lage Schwedens an der Peripherie Europas betrachtete man jetzt als ökonomischen und politischen Nachteil: Schweden erschien als klein, krisengeschüttelt und am Rande gelegen. Vor allem die schwedische Wirtschaft und die politischen Eliten versuchten in dieser Zeit das Bild Schwedens in der Welt neu zu definieren: weg vom alten Wohlfahrtsstaat hin zu einem modernen Exportland als Teil Europas. In diesem Kontext verlor auch der Skandinavismus an Attraktivität und wurde in Schweden, Dänemark und Finnland durch das Ziel der europäischen Integration ersetzt. Darüber hinaus änderte sich im Laufe der 1990er Jahre die Vorstellung dessen, was „der Norden“ sei: dieser umfasste zusätzlich die baltischen Staaten, die in die EU strebten.⁷¹²

Den Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellte die sozialdemokratische Regierung im Oktober 1990. Vor allem den *moderaterna* gelang es, durch ihre Kampagne zum EU-Beitritt die Sozialdemokratie vor sich herzutreiben.⁷¹³ Die Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft 1994 zeigte, wie gespalten Schweden in dieser Frage war:

- die bürgerlichen Parteien (vor allem die *moderaterna*), die Wirtschaft,

⁷¹¹ Vgl. Francis Fukuyama, *The end of History and the Last Man*, London 1992.

⁷¹² Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 353ff.

⁷¹³ Siehe Carl Bildts Politikentwurf: *Hallänning, svensk, europé*, Stockholm 1991. Die Skepsis der Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie gegen eine EU-Mitgliedschaft wurde von den *moderaterna* als Beweis für deren Rückwärtsgewandtheit herangezogen. 2003, bei der Abstimmung über den Euro-Beitritt verfiel diese Argumentation nicht mehr, siehe dazu das Plädoyer Bildts für den Euro-Beitritt: Carl Bildt, *Uppdrag Europa*, Stockholm 2003.

die gut ausgebildete städtische Bevölkerung sowie eine Mehrheit der Bewohner im Süden Schwedens waren für eine Mitgliedschaft;

- die Sozialdemokratie und die LO sprachen sich zwar für eine Mitgliedschaft aus, blieben aber intern gespalten;
- *vänsterpartiet* (die Linkspartei – V)⁷¹⁴, eine Mehrheit der Landbevölkerung, die unteren Gesellschaftsschichten sowie der schwedische Norden waren mehrheitlich gegen eine Mitgliedschaft.

Sowohl in der Volksabstimmung 1994 (bei der sich die Europabefürworter durchsetzen konnten) als auch bei der Volksabstimmung über den Beitritt zur europäischen Währungsunion 2003 (bei der sich die Gegner der Euroeinführung durchsetzen konnten) drehte sich die Debatte in Schweden hauptsächlich um zwei Fragen: um die finanziellen und wirtschaftspolitischen Folgen des Beitritts auf der einen, sowie um die Auswirkung der europäischen Integration auf den schwedischen Wohlfahrtsstaat auf der anderen Seite. Eine Debatte um Europa als „Friedensprojekt“ – wie sie vor allem in Kontinentaleuropa geführt wurde – gab es in Schweden nicht. Vergleicht man die beiden Volksabstimmungen, lässt sich eine Entwicklung erkennen: 1994 wurde die EU noch als Lösung für die gesamtwirtschaftlichen Probleme Schwedens angesehen; in der Debatte über die Euroeinführung 2003 wurde demgegenüber die europäische Integration mehrheitlich als Gefahr sowohl für den schwedischen Wohlfahrtsstaat mit seinem politisch motivierten, hohen Versorgungsniveau als auch für die Integrität der schwedischen Arbeitsmarkt- und Konfliktordnung mit ihrem hohen Lohnniveau und ihrer solidarischen Grundausrichtung gesehen.

Vor allem *vänsterpartiet* konnte von ihren Kampagnen gegen die europäische Integration und für die Verteidigung des schwedischen Wohlfahrtsstaates profitieren und in den 1990er Jahren vergleichsweise hohe Wahlergebnisse erzielen. Andere politische Themen, bei denen es *vänsterpartiet* gelang, sich als einzige linke Oppositionspartei darzustellen, waren der Widerstand gegen die Liberalisierung der Wohnungsbaupolitik und das neue Rentensystem. In einem breiten politischen Konsens wurde 1994 die solidarische Rente durch eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt,

⁷¹⁴ *Sveriges kommunistiska parti* (Schwedens kommunistische Partei – SKP) hatte sich zuerst 1967 in *vänsterparti kommunisterna* und 1990 in *vänsterpartiet* umbenannt.

wodurch der solidarische Grundgedanke des Rentensystems – vor allem ideologisch – durch den Grundgedanken der Selbstverantwortung des Einzelnen ersetzt wurde.⁷¹⁵

Mit den Wahlerfolgen von *vänsterpartiet* ging Ende der 1990er Jahre eine Rückbesinnung auf das Schwedische Modell – nun als „Nordisches Modell“ bezeichnet – einher. Diese Reorientierung hatte ihre Ursache – ebenso wie die Infragestellung des Schwedischen Modells Anfang der 1990er Jahre – in der europäischen Integration und dem sich aufdrängenden Vergleich der verschiedenen Wohlfahrtsmodelle. In diesem Vergleich erschienen die nordischen Wohlfahrtsstaaten Ende der 1990er Jahre auf einmal wieder modern und zukunftsweisend. Die tragenden Ideen des Schwedischen Modells waren wieder in der Mitte Europas angelangt: die schwedische aktive Arbeitsmarktpolitik, das erfolgreiche finnische Schulsystem und die dänische *flexicurity* wurden erneut beispielgebend für einen modernen Sozialstaat.⁷¹⁶

Die Rolle der schwedischen Gewerkschaftsbewegung und das „Schwedische Modell 2.0“

Bis Anfang der 1980er Jahre war der Einfluss der schwedischen Gewerkschaftsbewegung auf das Schwedische Modell anhand der Arbeitskonflikte zu analysieren; die Zeit danach war geprägt durch politische Einschnitte in das Schwedische Modell. Die politisch gestaltende Rolle der Gewerkschaftsbewegung trat dabei in den Hintergrund, jedoch blieb ihr Handeln nicht ohne Einfluss.

Die doppelte Rolle der Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit war:

- (1) das Schwedische Modell abzubauen, indem die entsprechende Politik der Sozialdemokratie mitgetragen wurde;
- (2) den vollständigen Rückbau des Schwedischen Modells zu verhindern, indem Widerstand gegen den Abbau des Schwedischen Modells organisiert und geleistet wurde.

⁷¹⁵ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 400ff.

⁷¹⁶ Vgl. ebd. S. 353ff.

Das „Schwedischen Modell 1.0“ – von seiner Begründung bis 1995, d. h. das Schwedische Modell flankiert von sozialdemokratischer Wohlfahrtspolitik und durchsetzungsfähigem gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch – unterscheidet sich also vom „Schwedischen Modell 2.0“⁷¹⁷, den erfolgreich verteidigten Resten des Schwedischen Modells unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie.⁷¹⁸

Konkret kann der Übergang in die Situation des „Schwedischen Modells 2.0“ auf die Zeit nach der Reichstagswahl 1994 datiert werden;⁷¹⁹ ab 1995 konzentrierte die sozialdemokratische Regierung ihre ökonomische Politik darauf, das „Vertrauen der Märkte“ in die schwedische Ökonomie zurückzugewinnen. Das Mittel zur Umsetzung dieser neuen Ausrichtung war eine unabhängige Reichsbank mit erweiterten Kompetenzen. Die Reichsbank wachte von nun an über die Einhaltung festgelegter Haushaltsnormen und das Erreichen eines Haushaltsüberschusses des Staates; außerdem erhielt sie die Kompetenz, wenn nötig, Lohnsteigerungen zu begrenzen, um die Inflation niedrig zu halten. Die schwedische Ökonomie sollte durch diese Maßnahmen an die Anforderungen des internationalen Finanzmarktes angepasst werden: die Sozialdemokratie war der Überzeugung, durch Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat (bspw. Verringerung der Arbeitslosenunterstützung) und eine Begrenzung der Staatsausgaben die schwedischen Staatsschulden abbauen zu können; durch einen Abbau der Staatsschulden wollte man zudem dem Diktat der internationalen Finanzmärkte entge-

⁷¹⁷ Der Begriff des „Schwedischen Modells 2.0“ wurde übernommen aus der Darstellung von Jonsson und Lindberg, weil er eine analytische Alternative bietet zu der üblichen Krisenheterik, nach der Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat stereotyp mit einer beliebigen Krise (der Sozialdemokratie, des Keynesianismus, des Schwedischen Modells etc.) assoziiert werden. Er bietet darüber hinaus die Möglichkeit, unter Anerkennung der – in diesem Fall für das Schwedische Modell – ungünstigen politischen Rahmenbedingungen, den Zustand des Schwedischen Modells differenziert zu betrachten. Zu Begriffserläuterung und Kontext, vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 38ff., 55ff.

⁷¹⁸ Vgl. hierzu auch Tuchtenhagen 2008 a. a. O. S. 136ff., der den ersten schwedischen Wohlfahrtsstaat (1945-1990) vom zweiten Wohlfahrtsstaat (ab 1990) unterscheidet.

⁷¹⁹ Aus konservativer Perspektive betrachtet Andreas Bergh die Zeit ab 1995 als Wiederbelebung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates. Seine Analyse beruht dabei auf der Sicht der Zeit von 1870-1970 als Goldene Zeit, während die Periode von 1970-1995 von ihm negativer bewertet wird. Vgl. Andreas Bergh, *Sweden and the Revival of the Capitalist Welfare State*, Cheltenham 2014. Im Kontrast dazu siehe aber auch die Darstellung von 100 Jahren Wohlfahrtspolitik bei: Klas Åmark, *Hundra år av välfärdspolitik, Välfärdstatens framväxt i Norge och Sverige*, Umeå 2005.

hen und die Freiheit zurückgewinnen, den Wohlfahrtsstaat im Sinne der Sozialdemokratie zu erneuern.⁷²⁰

Das „Schwedische Modell 2.0“ ist eine Begriffsbildung für eine Kombination von Elementen, die vom „Schwedischen Modell 1.0“ bewahrt wurden, unter Berücksichtigung des Anpassungsdrucks auf das Schwedische Modell an das, was allgemein als „Anforderungen der Globalisierung“ bezeichnet wird.

Bezogen auf die von Esping-Andersen analysierte Pfadabhängigkeit der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten formuliert, wurden im „Schwedischen Modell 2.0“ die neuen Prämissen (Anforderungen der Globalisierung) mit den nationalen Traditionen und Institutionen des Schwedischen Modells kombiniert. Dabei handelt es sich nicht um **objektive** Anforderungen der Globalisierung, sondern um die schwedische **Vorstellung** davon, was diese Anforderungen **seien** und wie sie die nationalen Handlungsspielräume einengten.⁷²¹

Diese nationalen Handlungsspielräume existieren, wie sich bis heute noch zeigt, weiterhin: über Löhne, Steuern, wohlfahrtsstaatliche Leistungen und die Regeln auf dem Arbeitsmarkt wird auch in Zeiten des entwickelten europäischen Binnenmarktes fortwährend national entschieden. Zwar gibt es eine Reihe von europäischen Einflüssen, doch im Endeffekt unterscheiden sich Arbeitsrecht und Abkommensstruktur auf den jeweiligen nationalen Arbeitsmärkten innerhalb Europas beträchtlich. Ein einheitlicher Trend hin zu mehr Liberalisierung lässt sich feststellen; er wird aber trotz allem durch nationale Normen und Institutionen gestaltet und umgesetzt: der Einfluss der Globalisierung auf das Schwedische Modell wird dabei nach wie vor durch die Institutionen und Gedankenmuster des Schwedischen Modells gefiltert.⁷²²

Ökonomische und politische Rahmenbedingungen des „Schwedischen Modells 2.0“

Das „Schwedische Modell 2.0“ hat, so deutet es die aus der Computersprache entlehnte Namensgebung bereits an, eine andere Entwicklungsumge-

720 Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 38ff.

721 Vgl. ebd. S. 41ff.

722 Vgl. ebd. S. 43ff.

bung als die „alte Version“, das „Schwedische Modell 1.0“ von 1931/38.

Der oben beschriebene Glaube der Sozialdemokratie Mitte der 1990er Jahre – durch eine Anpassung der nationalen Ökonomie an die Anforderungen der Finanzmärkte könne man Handlungsspielräume für wohlfahrtsstaatliche Politik zurückgewinnen – hat sich als historisch falsch erwiesen. Die Finanzkrise 2008 hat noch einmal deutlich gezeigt, dass Machtbegrenzung der Finanzmärkte notwendig wäre; dies ist bisher jedoch nicht erfolgt. Renditeerwartungen von über 15%, heute auf den Finanzmärkten üblich, kollidieren mit den Anforderungen der Realwirtschaft und sind nur auf Grundlage steigender gesamtgesellschaftlicher Verschuldung sowie beständiger Rationalisierungen zu erzielen, die ihrerseits immer wieder zu weiteren Krisen führen.⁷²³

Vor diesem Hintergrund stellen sich die ökonomischen Rahmenbedingungen für das „Schwedische Modell 2.0“ wie folgt dar: die Kapital-, Finanz- und Währungsmärkte sind weitgehend dereguliert; die Arbeitgeber haben Zugriff auf fast unbegrenzte Ressourcen an Arbeitskräften (u. a. durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa); die Ökonomie (vor allem die Realwirtschaft) ist von einer Deflationstendenz geprägt. Diese ökonomischen Voraussetzungen unterscheiden sich grundlegend von den in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Voraussetzungen des „Schwedischen Modells 1.0“ und sorgen dafür, dass eine Rückkehr zum Modell 1.0 nicht mehr möglich ist.⁷²⁴ Es gibt auch keine politische Bewegung, die in der Lage wäre, diese ökonomischen Voraussetzungen grundlegend zu verändern.⁷²⁵ Somit müssen diese Voraussetzungen als Grundbedingung angesehen werden, unter denen das „Schwedische Modell 2.0“ betrachtet werden muss.

Neben diesen ökonomischen Voraussetzungen lassen sich nach Jons-son/Lindberg politische Rahmenbedingungen identifizieren, von denen das derzeitige „Schwedische Modell 2.0“ geprägt wird: das Ziel der politischen Akteure bleibt es, Vollbeschäftigung herzustellen; die Währungs- und Finanzpolitik ist auf das Ziel der Inflationsbekämpfung hin ausgerichtet;

⁷²³ Vgl. ebd. S. 47f.

⁷²⁴ Vgl. ebd. S. 55ff.

⁷²⁵ Inwieweit die Folgen der europäischen Finanzkrise seit 2008 dazu führen, dass (bspw. in Südeuropa) eine politische Bewegung entsteht, die in der Lage ist, diese ökonomischen Voraussetzungen effektiv in Frage zu stellen, kann derzeit nicht abschließend beantwortet werden. Zumindest für Nordeuropa scheint jedoch keine derartige Bewegung in Sicht.

die Lohnbildung ist teilweise zentralisiert.⁷²⁶ Diese politischen Rahmenbedingungen sind – im Unterschied zu den ökonomischen – Ergebnisse der politischen Meinungsbildung und damit beständig umkämpft.

Bestandsaufnahme des Schwedischen Modells

Betrachtet man das Niveau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen des „Schwedischen Modells 2.0“ im quantitativen Vergleich zum Modell 1.0, so erscheint das Modell 2.0 hauptsächlich als Abbau des Wohlfahrtsstaates: die Arbeitslosigkeit ist beständig hoch, Vollbeschäftigung konnte nicht wieder erreicht werden, das Niveau der Arbeitslosenversicherung und die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden beständig reduziert, für die Arbeitnehmer haben Stress und unsichere Arbeitsverhältnisse beständig zugenommen, die Einkommensunterschiede haben sich massiv vergrößert. Der letzte Punkt, die immer weiter auseinanderklaffenden Einkommen, hat dazu geführt, dass Schweden im Bereich der Lohngerechtigkeit nicht länger führend ist.⁷²⁷ Betrachtet man das Schwedische Modell allein unter diesem Blickwinkel, so kann man – wie es Gunnar Hinck formuliert – zu dem Schluss kommen: „Der Traum ist aus“.⁷²⁸

Entgegen dieser Analyse, die sich ausschließlich an den Niveauveränderungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen orientiert, hat die vorliegende Arbeit das Schwedische Modell anhand der Konfliktordnung auf dem Arbeitsmarkt analysiert, was es ermöglicht, den Kontext des Schwedischen Modells mit zu berücksichtigen. Auch das „Schwedische Modell 2.0“ muss derart untersucht werden, um seine Funktionsweise einordnen und ein Urteil über das Weiterbestehen des Schwedischen Modells fällen zu können.

Betrachtet man also das „Schwedische Modell 2.0“ strukturell, als modernisierte Weiterentwicklung des ursprünglichen Modells, so kann man feststellen:

⁷²⁶ Vgl. ebd. S. 55ff.

⁷²⁷ Vgl. ebd. 2014, S. 55f.

⁷²⁸ Gunnar Hinck, *Schweden: Der Traum ist aus*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg, Nr. 2, Berlin 2015, S. 21. Gunnar Hinck konzentriert sich in seinem Beitrag ausschließlich auf den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und kommt dementsprechend zu dem Schluss, dass die europäische Linke ihr positives Bild endlich an die Realität anpassen und den verklärenden und bewundernden Blick nach Schweden aufgeben müsse, weil das Schwedische Modell nicht mehr existiere. Vgl. ebd. S. 21ff.

- (1) die Grundeigenschaft des Schwedischen Modells, Konflikte auf dem Arbeitsmarkt durch Abkommen zwischen den Tarifparteien zu lösen, ist weitgehend erhalten geblieben;
- (2) große Arbeitskonflikte konnten vermieden werden;
- (3) fast der gesamte Arbeitsmarkt ist weiterhin durch Kollektivabkommen auf der nationalen Ebene reguliert;⁷²⁹
- (4) die Konkurrenzkraft der schwedischen Ökonomie konnte aufrechterhalten werden;
- (5) die Reallöhne sind langfristig gesehen gestiegen;
- (6) im internationalen Vergleich (über den skandinavischen Raum hinaus) sind die Einkommensunterschiede noch immer gering, die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sowie der Beschäftigungsgrad sind hoch und in der Gleichstellungspolitik ist Schweden noch immer führend.

Somit kann man – auch nach über drei Jahrzehnten neoliberaler Hegemonie – weiterhin von einem Schwedischen Modell sprechen, das unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung (beim Aufbau und Erhalt genauso wie beim Abbau) geschaffen wurde.⁷³⁰

Während die den schwedischen Wohlfahrtsstaat prägende Herangehensweise des *social engineering* durch die gesamte neoliberale Phase hindurch wirksam war, indem sie als Prisma wirkte, welches die neoliberale Ideologie in ihre einzelnen Bestandteile zerlegte und zugleich deren Richtung teilweise umlenkte, kann eine solche Kontinuität für die das Schwedische Modell begleitende Ideologie des *svenska folkhem* nicht festgestellt werden. – Im Verlauf der 1990er Jahre gab es zunächst immer wieder Versuche, die Umweltpolitik zu einer neuen Ideologie, die an das *svenska folkhem* und das Schwedische Modell anschließen sollte, auszubauen. Göran Persson warb 1996 als sozialdemokratischer Regierungschef, Schweden müsse zu

⁷²⁹ Obwohl im Jahre 1983 *metallindustriarbetareförbundet* aus den kollektiven Verhandlungsmodus ausschiede, gilt das Abkommen von Saltsjöbaden, welches die Kodifizierung der Konfliktordnung des Schwedischen Modells beinhaltet, weiterhin. Eine 2007 von *Svenskt Näringsliv* initiierte Neuverhandlung eines Hauptabkommens mit der LO scheiterte 2009 ergebnislos.

⁷³⁰ Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 56f.

5.4 Überleitung: Die neoliberalen Jahre

einem Vorreiter in Sachen Klima- und Umweltschutz werden. Dafür prägte er den Ausdruck *ett grönt folkhem* (ein grünes Volksheim). Die politisch entscheidenden Fragen – die Themen Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung – blieben bei diesem Erneuerungsversuch jedoch unbeantwortet.⁷³¹

⁷³¹ Der Parteikongress der Sozialdemokratie 1996 kann insofern als Suche nach einer Erneuerung der sozialdemokratischen Sichtweise des *svenska folkhem* interpretiert werden. Die dortige Auseinandersetzung kreiste vor allem darum, wie das *svenska folkhem* historisch ausgesehen habe und welche Bedeutung die Vorstellung davon heute noch habe. Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 236ff. Zur Erneuerung des *svenska folkhem*: Vgl. Roger Johansson 2001 a. a. O. S. 40ff.

Kapitel 6

Schlussbetrachtung: Das Schwedische Modell heute

6.1 Das politische Umfeld der Reichstagswahl 2014

Die Analyse der aktuellen politischen Situation basiert auf den Erkenntnissen des Verfassers bei längerfristigen Studien- und Landesaufenthalten, dem gezielten Verfolgen des politischen Geschehens in Schweden und einer intensiven, zielgerichteten Lektüre sowohl der politischen Tagespresse als auch der entsprechenden Kommentierung dazu.⁷³² Beginnend 2008 wurde diese politikbegleitende Medienauswertung bis zum heutigen Tage fortgesetzt.

Neue Bewegungen

Die Formen politischen Engagements haben sich seit dem Beginn der 1990er Jahre drastisch verändert; eine ganze Reihe von Ein-Themen-Parteien (u.a. die rechtsextreme *ny demokrati* (Neue Demokratie – ND)) konnten in den

⁷³² Schwerpunktmäßig ausgewertet wurden dabei die Tageszeitungen *Dagens Nyheter* (liberal) und *Aftonbladet* (sozialdemokratisch) sowie ergänzend *Svenska Dagbladet* (konservativ). Zudem wurde die politische Entwicklung anhand der Themensetzungen der Thinktanks *DagensArena* (sozialdemokratisch/gewerkschaftlich) und *Arbetarrörelsens Tankesmedjan/Tiden* (sozialdemokratisch/wissenschaftlich) sowie ergänzend *Timbro* (bürgerlich) analysiert. Auch die offiziellen Verlautbarungen der Parteien, Reden von Schlüsselpersonen und Parteitage wurden über das Internet sowie mit Hilfe von Fernsehbeiträgen (hauptsächlich SVT) zum Wahlkampf und zur Wahlauswertung verfolgt.

Reichstag einziehen; vor allem *miljöpartiet de gröna* (die Umweltpartei die Grünen) konnte sich als politische Kraft etablieren. Insgesamt nahmen die Mitgliederzahlen der Parteien jedoch deutlich ab. Waren zu Beginn der 1990er Jahre noch 650.000 Personen Mitglied einer Partei, so waren es 2012 etwa 250.000.⁷³³ Auch die schwedischen Volksbewegungen haben in dieser Zeit an Attraktivität verloren, obwohl in Schweden immer noch 85% der Erwachsenen Mitglied in Vereinen bzw. Bewegungen sind – die Hälfte der Bevölkerung sind sogar aktive Mitglieder. Im Laufe der 1990er Jahre kamen eine ganze Reihe neuer sozialer Bewegungen hinzu: die globalisierungskritische Bewegung (vor allem im Umfeld der Organisation attac) deren Höhepunkt (gemessen an medialer Aufmerksamkeit) die Proteste gegen ein Treffen der EU-Spitzen in Göteborg 2001 war. Im Rahmen der Proteste in Göteborg wurde – erstmals seit Ådalen 1931 – durch staatliche Ordnungskräfte auf Demonstranten geschossen.⁷³⁴

In den 1990er Jahren erlebte auch der Feminismus, zunächst als neue Frauenbewegung, dann als hbtq-Bewegung⁷³⁵ und schließlich institutionalisiert in der *feministiska initiativ* (Feministische Initiative – FI) mit der ehemaligen Vorsitzenden von *vänsterpartiet* Gudrun Schyman als Aushängeschild, einen neuen Aufschwung.⁷³⁶

Rechtsradikalismus

Die Aufnahme von Flüchtlingen sowie die liberale Zuwanderungspolitik wurde in Schweden als Fortführung des außenpolitischen Engagement gegen Rassismus und Unterdrückung gesehen; dafür spielte es keine Rolle, ob die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen (in den 1960er/70er Jahren vor allem aus Finnland, Italien, Griechenland, Jugoslawien und

733 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 425ff.

734 Dieser Bezug auf Ådalen wird auch so erinnert, vgl. bspw. https://sv.wikipedia.org/wiki/Göteborgskravallerna#Skottet_mot_Hannes_Westberg (zuletzt abgerufen am 28.09.2015); zu einem Vergleich von Ådalen 1931 und Göteborg 2001 auf Basis einer Auswertung der politischen Presse siehe: Johan Kalin, *Ådalen 1931 – Göteborg 2001, En jämförelse av två händelser som skakade Sverige* (C-uppsats vid Luleå Tekniska Universitet, 2004:032), Luleå 2004.

735 Die hbtq-Bewegung ist eine Sammelbewegung, die als Bewegung gegen Heteronormativität und tradierte Geschlechterrollen die Interessen von homosexuellen, bisexuellen, transgender und queer people vertritt.

736 Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 433ff.

der Türkei) oder humanitären Gründen (u. a. aus Vietnam, Osteuropa, Lateinamerika) geschah. Internationale Solidarität und die Erinnerung an die Auswanderungswellen aus Schweden nach Amerika in den 1920er/30er Jahren ließen Zuwanderung als etwas Alltägliches, Selbstverständliches begreifen; ein politisch bedeutsames Thema war die Zuwanderung nie.⁷³⁷ Dies änderte sich erst mit der ökonomischen Krise der 1990er Jahre.⁷³⁸

Bei der Reichstagswahl 1991 erreichte *ny demokrati*, eine rechtspopulistische, zuwanderungsfeindliche und rassistische Partei 6,7% der Stimmen. Der Einzug einer rassistischen Partei alleine war schon beispiellos in der schwedischen Geschichte. Dass die *moderaterna*, die nach der Wahl die Regierung übernahmen, sich von der ND zur Mehrheit verhelfen ließen, kam einem Tabubruch gleich. Die Hoffnung vieler etablierter Politiker, der Rechtspopulismus würde sich von alleine totlaufen, erfüllte sich in der Folge nicht, auch wenn die Zustimmung für *ny demokrati* 1994 wieder sank: der Rechtsextremismus blieb eine dauerhafte Erscheinung. Später waren es dann die *sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten – SD), die sich rechts von den *moderaterna* etablierten. SD sind seit 2010 im Reichstag vertreten, sie sicherten der bürgerlichen Regierung Reinfeldt immer wieder die parlamentarische Mehrheit.⁷³⁹

Folgen der Regierungsjahre Reinfeldt

Im Vorlauf der Reichstagswahl 2006 schlossen sich die *moderaterna* (M), *centerparti* (C), *folkparti* (FP) und *kristdemokraterna* (KD) zur bürgerlichen Allianz zusammen, um die Regierungskoalition aus *socialdemokraterna* (S), *miljöpartiet de gröna* (MP) und *vänsterpartiet* (V) abzulösen. Mit Fredrik Reinfeldt

⁷³⁷ Zur Integration von Zuwanderern in den schwedischen Arbeitsmarkt siehe: Jan Ekberg, *Integration på arbetsmarknaden? Förändring i invandares sysselsättning i Sverige 1950-2003*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 1 Stockholm 2007, S. 18ff. Zum gestaltenden Einfluss der LO auf die Einwanderungspolitik in den 1970er Jahren siehe: Jesper Johansson, *Integreras till socialdemokrat? Formandet av en invandrarpolitisk struktur inom LO under 1970-talet*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 1 Stockholm 2007, S. 23ff. Dagegen siehe die konservative Darstellung: Andreas Johansson Heinö, *Farväl till folkhemmet, Frihet, jämlikhet och sammanhållning i invandrarlandet Sverige*, Stockholm 2015, der alle heutigen „Probleme“ der schwedischen Einwanderungspolitik als seit Ende der 1960er Jahre aufgelaufen und in der *svenska folkhem*-Politik begründet sieht.

⁷³⁸ Zum Ganzen vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 413ff.

⁷³⁹ Vgl. Östberg 2013 a. a. O. S. 381ff.

(M) an der Spitze wurde Schweden von 2006-2014 von einer bürgerlichen Allianz regiert. Die *moderaterna* verfolgten durch die enge Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien das Ziel, die Hegemonie der Sozialdemokratie zu beenden und deren Wähler an das bürgerliche Lager zu binden. Im Wahlkampf 2006 gelang es den *moderaterna* sich als „*nya arbetarpartiet*“ (die neue Arbeiterpartei) darzustellen. Im Wahlkampf 2010 gingen sie noch einen Schritt weiter und proklamierten sich zur „*enda arbetarpartiet*“ (die einzige Arbeiterpartei).⁷⁴⁰ Diese Kampagnen der *moderaterna* waren erfolgreich; bei der Reichstagswahl 2010 lagen die *moderaterna* mit 30% der Stimmen nur 0,6 Prozentpunkte hinter den Sozialdemokraten und waren so in der Lage, eine bürgerliche Minderheitsregierung zu bilden.

Die Reichstagswahl 2010 erschütterte das Selbstbewusstsein der schwedischen Sozialdemokratie, für die es bisher selbstverständlich war, die Regierung zu stellen, solange sie keine maßgeblichen eigenen Fehler beging. Die Sozialdemokratie hatte im Wahlkampf keine gravierenden Fehler begangen und die bürgerliche Allianzregierung war auf Grund ihrer Arbeits- und Sozialpolitik in die Kritik geraten.⁷⁴¹ Trotz dieser günstigen Voraussetzungen gelang der Regierungswechsel nicht. Das Versprechen, die Sozialdemokratie würde den schwedischen Wohlfahrtsstaat besser verwalten, als die Bürgerlichen es taten, reichte nicht. Ein Großteil der sozialdemokratischen Stammwähler hatte jegliches Vertrauen in die Sozialdemokratie verloren. Die Wiederwahl der bürgerlichen Allianzregierung 2010 markierte das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie in Schweden. Während der Verlust der Regierungsmacht der Sozialdemokratie 2006 noch als Ausnahme zur Regel betrachtet wurde, markierte die Wiederwahl der Allianzregierung das Ende des natürlichen Regierungsanspruchs der Sozialdemokratie.

⁷⁴⁰ Siehe dazu: Hanne Kjöllér, *Inte mycket att sätta tänderna i*, in: Dagens Nyheter vom 03.07.2012, S. 4. Im Vorlauf des Wahlkampfes 2014 war dieses Thema noch immer aktuell. Das Ziel, sich als Arbeiterpartei darzustellen, war ein Kernbestandteil der Kampagne. Vgl. dazu die gemeinsame Darlegung der Wahlstrategie der *moderaterna* für 2014 von Kent Persson (Parteisekretär M) und Per Schlingmann (Chefstrategie M): „*Satsning på den svaga när M rustar inför 2014*“, in: Dagens Nyheter vom 02.07.2012, S. 6.

⁷⁴¹ Zur Wahlanalyse siehe den Bericht Krisenkommission der SAP: *Valanalys 2010, Rapport från den socialdemokratiska Krisenkommissionen*, <https://www.socialdemokraterna.se/upload/Krisenkommissionen/Valanalys2010.pdf> (zuletzt abgerufen am: 12.10.2015). Vgl. auch die Forschungsbeiträge zum Wahlanalyse-Kongress von *Arbetarrörelsens Forskningsnätverk 2010: Nya värderingar, nytt samhälle? Om socialdemokratin, samhällsutvecklingen och medborgarnas värderingar i ljuset av valförlusten 2010*, Stockholm 2010.

Die Vorstellungen vom Schwedischen Modell und einem umfangreichen Wohlfahrtsstaat waren dennoch für weite Teile der schwedischen Bevölkerung – dies zeigt die Wahlkampagne der *moderaterna* – noch immer das Leitbild für eine gute Regierungsführung. Daraus ergibt sich:

- (1) die Sozialdemokratie ist nach den Jahren des aktiven Sozialabbaus in den 1990er Jahren in eine derartige Vertrauenskrise geraten, dass eine wertkonservative, neoliberale Partei ihr den Titel Arbeiterpartei streitig machen und sich als Vertretung der Interessen von ArbeiterInnen darstellen kann;
- (2) die Sozialdemokratie besitzt als Organisation kein Monopol mehr darauf, als Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates angesehen zu werden;
- (3) um in Schweden ein Drittel der Wähler anzusprechen, ist es auch zu Beginn des neuen Jahrtausends notwendig, enttäuschte Stammwähler der Sozialdemokratie zu gewinnen und sich selbst als **die** Arbeiterpartei – Verteidigerin des Schwedischen Modells – darzustellen.

Der Sozialabbau der 1990er Jahre (durch sozialdemokratische und bürgerliche Regierungen) hatte das Niveau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen reduziert, ohne den Wohlfahrtsstaat grundlegend aufzugeben. Die Allianzregierung von 2006-2014 ergänzte den Sozialabbau nun unter dem Slogan „Wahlfreiheit“⁷⁴² um eine tiefgreifende Liberalisierung (Öffnung für private Investoren) zentraler Bausteine des Wohlfahrtsstaates.⁷⁴³ Dies hatte folgende Auswirkungen:

⁷⁴² Zur Debatte um Wahlfreiheit im Wohlfahrtssektor vgl. bspw.: <http://www.moderat.se/debatt/valfrihet-i-valfarden> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015). Auch im Wahlkampf 2014, sowie nach der Wahl halten die *moderaterna* am Begriff der Wahlfreiheit fest, siehe statt vieler: zur Altenpflege <http://www.moderat.se/aldefragor/valfrihet-inom-aldreomsorgen> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015), zum Gesundheitssektor <http://www.moderat.se/nyhetsartikel/widegren-valfrihet-i-varden-viktigdel-av-svensk-valfard> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015). Auch die im Umfeld der Haushaltsdebatte angesetzte „aktuelle Reichstagsdebatte“ am 5.11.2014 wurde unter der Überschrift *valfrihet och vinst i välfärden* (Wahlfreiheit und Profit im Wohlfahrtbereich) geführt.

⁷⁴³ Zum Wandel der schwedischen Politik vom Grundsatz der Gleichheit zur politischen Leitlinie der Wahlfreiheit vgl. die Dissertation von Matilde Millares, *Att välja välfärd, politiska berättelser om valfrihet*, Stockholm 2015.

- (1) der öffentliche Wohnungsbau kam großteils zum Erliegen; insbesondere in Stockholm, Malmö und Göteborg ist dadurch bezahlbarer Wohnraum zu einer Mangelware geworden;⁷⁴⁴
- (2) der Bildungssektor Schwedens gehört nun zu den am weitesten liberalisierten Bildungsmärkten der Welt; viele Schulen, Vorschulen und Kindergärten werden von nationalen und internationalen Bildungskonzernen betrieben;
- (3) der Gesundheits- und Pflegesektor wurde umfassend privatisiert;
- (4) die Beiträge zu den Arbeitslosenkassen wurden kontinuierlich gesenkt (und somit auch die Leistungen, die durch die Arbeitslosenkassen erbracht werden).

Mit diesen Liberalisierungen verband die Allianz das Versprechen, Wirtschaftswachstum zu generieren und die Arbeitslosigkeit zu senken – beides wurde nicht erreicht. Die OECD bescheinigte Schweden 2013, dass die soziale Ungleichheit und die soziale Spaltung der Gesellschaft in Schweden mehr als in allen anderen OECD-Ländern zugenommen habe.⁷⁴⁵

Parallel zur Vorstellung des OECD-Berichtes 2013 kam es in Schweden zu massenhaften Jugendkrawallen. Der direkte Auslöser für die Krawalle war ein Polizeieinsatz in Husby, einem sozialen Brennpunkt in Stockholm, bei dem Polizisten einen unbewaffneten Verdächtigen erschossen.⁷⁴⁶ Die Jugendlichen waren der Überzeugung, dass ein derartiger Polizeieinsatz in einem der reicheren Stadtviertel Stockholms nicht mit einem Toten geendet

744 Eine vergleichende Analyse der großstädtischen Kommunalpolitik von Göteborg (traditionell sozialdemokratisch) und Stockholm (bis 2014 bürgerlich regiert) liefert: Anne-Marie Lindgren, *Två städer, Politiska skiljelinjer i styret av Stockholm och Göteborg*, Stockholm 2012.

745 Zum OECD-Bericht siehe: <http://www.oecd.org/newsroom/growing-risk-of-inequality-and-poverty-as-crisis-hits-the-poor-hardest-says-oecd.htm> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015) Vgl. dazu auch: Göran Eriksson, *Klyftor växer snabbast i Sverige*, in: Svenska Dagbladet vom 15.05.2015 <http://www.svd.se/klyftor-vaxer-snabbast-isverige> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015), *Inkomstklyftorna växer i Sverige*, <http://www.svt.se/nyheter/ekonomi/inkomstklyftorna-vaxer-i-sverige> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

746 Vgl. *Upplopp och bränder i Husby*, in: Dagens Nyheter vom 20.05.2013 <http://www.dn.se/sthlm/upplopp-och-brander-i-husby/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

hätte.⁷⁴⁷ Die ohnehin angespannte Lage in den sozialen Brennpunkten der Großstädte entlud sich dann in den Krawallen. Jugendliche aus den sozial abgehängten Stadtteilen steckten Autos in Brand und lieferten sich mit den herbeigerufenen Polizisten Schlägereien. Diese Krawalle fanden zuerst in Stockholm statt und setzten sich danach in allen größeren Städten Schwedens fort.⁷⁴⁸

Hintergrund der Jugendkrawalle war, dass die soziale Spaltung zwar weiterhin geringer war als in den meisten OECD-Ländern, der schnelle Anstieg sozialer Ungerechtigkeit hingegen war beispiellos: insbesondere unter Jugendlichen führte die hohe Arbeitslosigkeit in Kombination mit staatlichen Repressionsinstrumenten (bspw. *fas3*,⁷⁴⁹ eine Art Arbeitsdienst für Langzeitarbeitslose) zu Frustration, Desillusionierung und einer steigenden Gewaltbereitschaft. Die Lebenserfahrung der Jugendlichen – die Erfahrung

747 Vgl. die Pressemitteilung der Organisation *Megafonen*, einer selbstorganisierten Interessenvertretung von Jugendlichen aus Stockholms Vororten: *Megafonen, Pressmeddelande ang. upploppen i Husby 19 maj*, <http://megafonen.com/pressmeddelande-ang-upploppen-i-husby-19-maj/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015); siehe zudem den Artikel zur dazugehörigen Pressekonferenz: Märten Eidevall, *Megafonen om upploppet i Husby*, in *Svenska Dagbladet* vom 20.05.2013 http://www.svd.se/megafonen-om-upploppet-i-husby_8189540 (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

748 Zur deutschen Berichterstattung über die Krawalle in Schweden siehe: Frauke Lüpke-Narberhaus, *Krawalle in Stockholm: „Wir haben genug“*, auf *Spiegel-online* vom 23.05.2013, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/krawalle-in-stockholm-wie-es-zu-der-gewalt-in-schweden-kommt-a-901533.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

749 *Fas 3* („Phase 3“) wurde im Juli 2007 eingeführt und ist die dritte Phase eines Arbeitsvermittlungs-Automatismus. *Fas 1* beinhaltet das Anlegen der Akte und die übliche Arbeitssuche, *Fas 2* besteht aus (verstärktem) Arbeitstraining. Wer nach dem Durchlaufen dieser Phasen keine Arbeit gefunden hat, wird in *Fas 3* zur „Beschäftigung nach Anleitung“ herangezogen, bei der kein Anspruch auf Lohn entsteht, aber der Arbeitgeber für jeden Einsatztag eine Beschäftigungspauschale vom Staat erhält. Vgl. dazu: <http://web.archive.org/web/20110625192558/http://www.arbetsformedlingen.se/For-arbetsgivare/Stod-och-service/Insatser-och-program/Langtidsarbetslosa/Jobb--och-utvecklingsgarantin.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015). Für einen Bericht über Anspruch und Wirklichkeit siehe: Carina Bergfeldt, *„En chans att komma tillbaka till arbetslivet“*, in *Aftonbladet* vom 09.12.2010, <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698380.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015); sowie dies., *24.000 långtidsarbets- lösa jobbar utan lön*, in: ebd., <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698384.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015). Eine kritische Untersuchung durch die LO, die *Fas 3* in die Nähe von Zwangsarbeit rückt: Alica Selmanovic, *Den nya tidens AK-arbeten? En granskning av FAS 3*, Stockholm 2012.

struktureller Arbeitslosigkeit – stellte dabei die neoliberale Ideologie von Arbeitslosigkeit als individuellem Problem in Frage.

Die Folgen der neoliberalen Politik seit Beginn der 1990er Jahre wurden immer deutlicher. Im Sommer 2013 meldete einer der größten privaten Bildungskonzerne Schwedens Konkurs an; Schulen wurden von heute auf morgen geschlossen.⁷⁵⁰ Erstmals wurde in einer breiten gesellschaftlichen Debatte die fortwährende Privatisierung von Bildung in Frage gestellt. Im Gesundheits- und Pflegesektor gab es ähnliche Debatten über die Qualität privater Dienstleister in diesem Sektor. Die angebliche Optimierung des Wohlfahrtsstaates durch Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wurde erstmals seit Beginn der 1990er Jahre kritisch diskutiert.

Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie

Mit der Wahl Håkan Juholts zum neuen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden im März 2011 begann ein Erneuerungsprozess innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie. Die Wahl Juholts wurde an der Basis der Sozialdemokratie und im linken Parteiflügel begeistert aufgenommen. Die Fixierung der Sozialdemokratie auf einen ausgeglichenen Haushalt wurde nun durch eine Rückbesinnung auf Vollbeschäftigung, Verbesserung des Gesundheitssystem und Bekämpfung von Kinderarmut ersetzt. Über diese Neuausrichtung gab es intern heftige Konflikte und als Juholt wegen einer falsch abgerechneten Abgeordnetenwohnung in die Schlagzeilen geriet, wurde parteiintern die Kritik an seiner Person forciert.⁷⁵¹ Der rechte Parteiflügel nutzte den Fehltritt des Parteivorsitzenden, intervenierte und

⁷⁵⁰ Der Bildungskonzern JB Education, der seit 2008 der dänischen Rikokapitalgesellschaft Axcel gehörte, wies noch 2011 hohe Gewinne aus, teilte jedoch Mitte 2013 mit, dass alle seine schwedischen Gymnasien geschlossen würden. Vgl. dazu Kent Werne, 2011: 74 *miljoner i vinst – nu läggs JB ned*, in: DagensArena vom 20.05.2013, <http://www.dagensarena.se/innehall/2011-74-miljoner-i-vinst-nu-laggs-jb-ned/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015). Dies war kein Einzelfall, 2014 folgten weitere Konzerne, vgl. bspw. Kristina Lagerström / Johan Zachrisson Winberg, *Skolföretag går med mångmiljonförlust*, <http://www.svt.se/nyheter/ekonomi/skolforetag-gar-med-mangmiljonforlust> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

⁷⁵¹ Unter anderem der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister und Verteidiger des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts Kjell-Olof Feldt stellte die Eignung Juholts als Parteivorsitzender öffentlich in Frage.

erzwang nach gerade einmal 10 Monaten Juholts Rücktritt.⁷⁵² Viele erwarteten daraufhin langwierige Flügelkämpfe um die Nachfolge Juholts und die Ausrichtung der Partei.

Entgegen allen Erwartungen schlug der *verkställande utskott* – das Machtzentrum der schwedischen Sozialdemokratie – den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft Stefan Löfven zum neuen Parteivorsitzenden vor.⁷⁵³ Er war einer der wenigen Mitglieder des VU, der nicht in die Auseinandersetzungen um die Absetzung Juholts involviert war. Mit Stefan Löfven gelang es, den Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie fortzuführen und glaubhaft zu machen, dass die Sozialdemokratie das Schwedische Modell erneuern und nicht weiter abbauen wolle. Insbesondere innerhalb der Jugendorganisationen der Sozialdemokratie (allen voran der SSU) weckte Löfvens Orientierung auf eine Wiederbelebung des Schwedischen Modells große Sympathien.

Linksruck im Wahlkampf

Der Wahlkampf zur Reichstagswahl 2014 verlief anders, als die Strategen von Sozialdemokratie und *moderaterna* es vorausgesehen hatten. Die beiden größten Parteien richteten ihren Wahlkampf zunächst darauf aus, sich gegenseitig in der Mitte des politischen Spektrums Wähler abzugeben. Im Verlauf des Wahlkampfes verloren dann beide zunehmend Wähler an die Ränder des politischen Spektrums. Auf der bürgerlichen Seite setzten die *centerparti*, die unter Annie Lööf unerwartet hohe Zustimmungswerte bekam, sowie die *sverigedemokraterna*, die mit dem Thema Zuwanderung Wähler zum rechten Rand des politischen Spektrums zogen, die *moderaterna* unter Druck.

Die Sozialdemokratie (und ebenso die Grünen) gerieten ebenfalls in Bedrängnis und verloren in Umfragen zunehmend Stimmen an den linken Rand des politischen Spektrums. Ursächlich dafür war eine eklatante Ver-

⁷⁵² Zum Sturz von Håkan Juholt vgl. bspw. die Darstellung seines Vertrauten: Daniel Suhonen, *Partiledaren som klev in i kylan, Berättelsen om Juholts fall och den nya politiken*, Stockholm 2014; Suhonen zitiert darin aus internen Dokumenten des VU der SAP, die belegen, dass Juholt aus dem inneren Machtzirkel der SAP heraus gestürzt wurde.

⁷⁵³ Vgl. dazu die Pressemitteilung der SAP vom 26.01.2012, Viktigast att ena partiet, <http://www.socialdemokraterna.se/Webben-For-Alla/Partidistrikt/Bohuslan/Var-Politik/Nyheter1/Viktigast-Att-Ena-Partiet/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

schiebung der Debatte über die zentralen Wahlkampfthemen nach links. Der *vänsterpartiet* gelang es, mit dem Thema „*vinster i välfärden*“ (Profite im Wohlfahrtsbereich) die sozialpolitische Debatte zu bestimmen.⁷⁵⁴ Nachdem es bis 2010 unter dem Motto „Wahlfreiheit“ stets darum ging, den Wohlfahrtssektor zu liberalisieren, konnte die Linkspartei mit ihrer Kampagne, die im Umfeld der LO entstanden war,⁷⁵⁵ den Fokus der öffentlichen Debatte auf die negativen Folgen der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik legen. Die Debatte verschob sich somit von einer neoliberalen Freiheitsdebatte, die seit Beginn der 1990er Jahre bestimmend war, hin zu einer klassischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsdebatte um die Themen würdige Lebensbedingungen und – in Bezug auf die Profite – die Notwendigkeit und die Wege, in einem ganzen Wirtschaftssektor, dem Wohlfahrtssektor, das kapitalistische Profitstreben einzudämmen und die private Aneignung von Profiten in diesem Sektor zu beenden. Hier ist ein Widerschein der Debatte um die *löntagarfonderna* zu erkennen, mit dem Unterschied, dass sich die Kritik an der einseitigen Aneignung des Gewinns diesmal nicht auf den Industriesektor sondern auf den Dienstleistungssektor bezog. Darüber hinaus mobilisierte das Thema „Mangel an bezahlbarem Wohnraum“ in den Großstädten viele Wähler.

Die zweite Partei, der ein derartiges Agendasetting im Wahlkampf gelang, war die feministische Initiative (FI). Die FI schaffte es, insbesondere in den

⁷⁵⁴ Die Sozialdemokratie wurde durch diese Debatte überrascht und hatten fortwährend Probleme, sich dazu einheitlich zu positionieren, weil die Frage des Profitverbots im Wohlfahrtssektor und dessen Umsetzung die Partei zu spalten drohte. Vgl. dazu Anne-Marie Lindgren, *Hur ska S ha det med vinst i välfärd?* vom 13.01.2012, <http://tankesmedjantiden.se/hur-ska-s-ha-det-med-vinst-i-vlfrd/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

⁷⁵⁵ Der LO-Kongress 2012 beschloss, dass die Gewinne im Wohlfahrtsbereich zugunsten besserer Personalausstattung und -ausbildung begrenzt werden sollten. Vgl. dazu *LO-Kongressprotokoll 2012 del 2*, Stockholm 2013, S. 521ff.; im Januar 2013 formulierte die LO einen abgemilderten Vorschlag, der eine neue Rechtsform für Unternehmen im Wohlfahrtssektor beinhaltete und auch für die Sozialdemokratie tragbar sein sollte, vgl. Tobias Baudin u. a., „*LO vill ha ny bolagsform för företagen i välfärden*“, in: *Dagens Nyheter* vom 15.01.2013. Im Januar 2014 schwenkte die LO auf einen anderen Kurs, indem sie bekannt gab, nun eine Abkommenslösung mit den Arbeitgebern zusammen anzustreben und ein Eingreifen des Gesetzgebers nur im Falle eines Scheiterns dieser Verhandlungen vorzusehen. Vgl. dazu Jens Kärrman, *LO byter spår – vill söka samförstånd*, in: *Dagens Nyheter* vom 20.01.2014. Zum Ganzen siehe auch Ewa Stenberg, *En jobbig fråga för S*, in: *Dagens Nyheter* vom 20.01.2014.

Großstädten, das Thema Gleichstellung, Feminismus und Antirassismus wieder ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Die Konkurrenz auf Seiten der politischen Linken zwang die Sozialdemokratie dazu, ihr Wahlprogramm im laufenden Wahlkampf nach links anzupassen, um auf die unvermutete Konkurrenz zu reagieren. In Folge des Linksrucks gelang es ihrem Jugendverband SSU, sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag gegen die Parteiführung durchzusetzen und eine 90-Tage-Garantie (innerhalb dieser 90 Tage sollte jedem arbeitslosen Jugendlichen ein Job oder eine Ausbildung vermittelt werden) ins Wahlprogramm aufzunehmen. Dieses erfolgreiche Vorsichtertreiben der SAP durch den SSU kann als Parallele zum Handeln der *ungsocialisterna* gegenüber der LO im Umfeld des *storstrejk 1909*⁷⁵⁶ gesehen werden: der gesellschaftliche Linksruck war auch in der Sozialdemokratie angekommen.

Im Wahlkampfendspurt versuchten auch die *moderaterna* noch einmal, die nach links verlorenen Wähler zurück zu holen, indem sie ein Investitionsprogramm für Wohnungsbau und Infrastruktur vorstellten; auch die Bürgerlichen mussten sich dem Agendasetting von V, FI und SSU beugen. – Entgegen aller Voraussagen hatte sich der gesamte Wahlkampf weit nach links verschoben.

Schwedendemokraten

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums waren es die *sverigedemokraterna*, die allen Parteien mit dem Thema Begrenzung der Zuwanderung Wähler abjagten und so den Wahlkampf polarisierten. Die *sverigedemokraterna* waren, im Unterschied zu anderen rechtspopulistischen Parteineugründungen in Europa, noch in den 1990er Jahren eine offen faschistische Partei, die sich zu einer nationalsozialistischen Ideologie bekannt hat. In den letzten Jahren bemühten sie sich zunehmend, als „normale“ bürgerliche, wertkonservative Parteilternative anerkannt zu werden und versuchten, ihren Wandel durch den Ausschluss von Parteimitgliedern mit Verbindungen zu faschistischen Organisationen zu dokumentieren. Im Reichstagswahlkampf 2014 bestand die Strategie der *sverigedemokraterna* darin, sich als einzige reelle Oppositionspartei darzustellen, die „die schwedischen Werte“

⁷⁵⁶ Siehe dazu Kap. 1.1/Syndikalisten fordern... sowie Kap. 1.4.

verteidigt, indem sie die liberale Zuwanderungspolitik⁷⁵⁷ aller anderen Parteien angriff. Dabei verbanden sie die Ablehnung der Zuwanderung mit einem nationalistisch gewendeten Bezug auf das *svenska folkhem*.⁷⁵⁸ Durch diese Verbindung gelang es den SD Wähler des linken wie rechten Parteienspektrums zu erreichen.

Trotz dieser positiven Bezugnahme auf das *svenska folkhem* haben die *sverigedemokraterna* zwischen 2010 und 2014 alle Liberalisierungsprojekte der Regierung Reinfeldt mitgetragen. Die Allianzregierung hatte keine eigene Mehrheit, sondern bekam sie gewöhnlich – ohne, dass es eine formelle Zusammenarbeit gab – von den *sverigedemokraterna*. Obwohl die Allianzregierung eine Koalition mit den SD ausschloss, führte diese parlamentarische Praxis zu einer schleichenden Akzeptanz der extremen Rechten im parlamentarischen System.⁷⁵⁹

Bei der Reichstagswahl 2014 konnten die *sverigedemokraterna* ihre beiden Wahlziele erreichen:

- (1) sie wurden zur drittstärksten Partei im Reichstag (mit 12,86%);
- (2) keiner der beiden politischen Blöcke hat eine eigene Mehrheit.

Die *sverigedemokraterna* können somit entscheiden, welchem der beiden Blöcke sie jeweils zur Mehrheit verhelfen wollen.

Formell schließen alle Parteien im schwedischen Reichstag nach wie vor eine aktive Zusammenarbeit mit den *sverigedemokraterna* aus und erteilen jeglicher Beeinflussung ihrer Politik durch diese ausländerfeindliche Partei eine Absage. In der Praxis jedoch wird die Unterstützung durch Abgeordnete der *sverigedemokraterna* gerne angenommen; in allen bürgerlichen Parteien wird zudem das Thema Zuwanderung zunehmend kritischer diskutiert.

⁷⁵⁷ Schweden hat unter der bürgerlichen Regierung Reinfeldt – unterstützt durch die Grünen – eines der liberalsten Zuwanderungsgesetze der Welt bekommen.

⁷⁵⁸ Die *sverigedemokraterna* versuchten, Migration und Zuwanderung als Gefahr für das *svenska folkhem* darzustellen und sich selbst als die Retter des *svenska folkhem* zu inszenieren.

⁷⁵⁹ In dieser Praxis lag für beide Seiten der Gewinn darin, die Vorteile dieser Zusammenarbeit nutzen zu können, ohne sich dafür öffentlich rechtfertigen zu müssen. Für die Allianz-Regierung stellte die Zusammenarbeit mit den SD einen bequemen Weg zur parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung dar, für die SD lag der Vorteil darin, sich als erstzunehmende politische Partei präsentieren zu können, ohne das eigene rechtsradikale Klientel zu verschrecken.

Ein breiter gesellschaftlicher Konsens gegen den Faschismus wie in den 1930er Jahren wird zur Zeit nur propagiert.

In den 1930er Jahren war es in Schweden gelungen, durch das Abkommen von Saltsjöbaden und den Aufbau des schwedischen Wohlfahrtsstaates die sozialen Gegensätze zu verringern, sowie durch die Vision des *svenska folkhem* alle gesellschaftlichen Schichten in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu integrieren.

Diese Lösung sozialer Konflikte hatte es ermöglicht, die faschistischen Tendenzen jener Zeit einzufangen. Eine Erneuerung des Schwedischen Modells wäre heute nötig, um die faschistischen Tendenzen, die sich in den Wahlerfolgen der *sverigedemokraterna* zeigen, zu überwinden. Die Regierung (Sozialdemokratie und Grüne) scheint dies anzustreben; ob sie jedoch bereit und willens ist, den dafür notwendigen Bruch mit der neoliberalen Politik und deren Individualisierungstendenzen, die auf Grund der zunehmenden sozialen Spaltung unweigerlich Sündenböcke und Außenseiter produziert, zu vollziehen, muss sich noch zeigen. Einen ersten Hinweis hierzu lieferte die Regierungskrise im Dezember 2014.

Regierungskrise Dezember 2014

Bei der Reichstagswahl im September 2014 erreichten die Sozialdemokraten 31%; das Ergebnis lag nur minimal über dem historisch schlechtesten Ergebnis von 2010. Die Sozialdemokratie nahm dieses Ergebnis so begeistert auf wie früher Ergebnisse über 45%. In seiner ersten Stellungnahme dankte Stefan Löfven, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratie, ausdrücklich der Jugendorganisation SSU für ihre Unterstützung und nannte den Wahlkampf den Beginn einer neuen Volksbewegung.⁷⁶⁰ Angesichts der großen Bedeutung, die den Volksbewegungen in Schweden historisch zugeschrieben wird, ist dieser Vergleich sehr hochgegriffen, zeigt aber die Euphorie, die auf Seiten der Sozialdemokratie herrschte.

⁷⁶⁰ Im Wortlaut: „*Tack, alla partiarbetare, tack till mitt älskade SSU. Till alla ni som har röstat för socialdemokratin och framför allt för vårt land, för Sverige. Vi har börjat bygga en ny folkrörelse. Vårt parti är en ny modern folkrörelse. Vi har drivits av tron på demokratins kraft och vi har, mina vänner, uppnått över två miljoner samtal med svenska folket. Det här är inte slutet på folkrörelsearbetet, det är bara början på ett nytt folkrörelsearbete.*“ Rede Stefan Löfvens am Wahlabend nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses in der Nacht vom 14. auf den 15.09.2014.

Die Reaktion der Sozialdemokratie auf das Wahlergebnis zeigt eine Veränderung im Selbstverständnis der Sozialdemokratie an: die Sozialdemokratie hat verstanden, die natürliche Hegemonie in der schwedischen Politik verloren zu haben; sie nimmt einen Wahlsieg nicht mehr als selbstverständlich an.

Die rot-grüne Regierung⁷⁶¹ befindet sich nun in einer schwierigen parlamentarischen Situation:

- (1) die Regierung hat – auch mit der Unterstützung der *vänsterpartiet* – keine eigene Mehrheit;
- (2) die *sverigedemokraterna* können jederzeit den bürgerlichen Parteien zur Mehrheit verhelfen;
- (3) alle bürgerlichen Parteien lehnen eine formelle Zusammenarbeit mit der Regierung ab.

Den gesamten Wahlkampf hindurch und auch nach der Wahl bis in den Dezember 2014 hinein versuchte Stefan Löfven auf die bürgerlichen Parteien zuzugehen und hielt eine Zusammenarbeit mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien für möglich. Bis zur Selbstaufgabe betonte er, diese Zusammenarbeit zu wollen. Die Wahl der rot-grünen Regierung im Reichstag verlief dann auch wie geplant: Die bürgerliche Allianz hatte stets versprochen, einer sozialdemokratisch geführten Regierung die Regierungsübernahme zu ermöglichen – in Schweden ist es parlamentarische Tradition, eine Regierungsübernahme durch den größeren politischen Block (Rot-Rot-Grün auf der einen und die bürgerlichen Allianzparteien, ohne die *sverigedemokraterna*, auf der anderen Seite) zu tolerieren. Eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit lehnten sie vehement ab.

Im Dezember 2014 kam es jedoch zur Regierungskrise als der Haushaltsentwurf von Rot-Rot-Grün für das Jahr 2015 entgegen einer ungeschriebenen parlamentarischen Regel keine Mehrheit bekam. Die bürgerliche Allianz hatte weiterhin ihre Zusammenarbeit verweigert und gegen den Haushaltsentwurf der Regierung ihren eigenen eingebracht. Am Abend

⁷⁶¹ Es handelt sich um eine rot-grüne Minderheitsregierung, die von der Linkspartei toleriert wird. Zusammen haben diese drei Parteien mehr Stimmen als der bürgerliche Block, wenn – wie zur Zeit üblich – die Schwedendemokraten außen vor gelassen werden.

vor der Abstimmung hatten die *sverigedemokraterna* angekündigt, für den Haushaltsentwurf der Allianz zu stimmen, um die Regierung zu stürzen; sie hatten gedroht, darüber hinaus von nun an jede Regierung stürzen zu wollen, die nicht ihre Forderungen in der Zuwanderungspolitik erfülle. Trotzdem hielten die Allianzparteien an ihrem Entwurf fest, der dann am 3. Dezember 2014 beschlossen wurde; für das Jahr 2015 galt damit der bürgerliche Haushalt. Genau wie Mitte der 1980er Jahre die Versuche Olof Palmes gescheitert waren, eine bürgerliche Partei zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu bewegen, so waren es 2014 die Versuche Stefan Löfvens.

Entgegen den Erwartungen der Allianzparteien trat die rot-grüne Regierung nicht zurück; sie wollte so die bürgerlichen Parteien daran hindern, mit Hilfe der *sverigedemokraterna* die Regierung zu übernehmen. Am 22. März 2015 sollte es eine Extrawahl⁷⁶² geben.

Die Strategie der Regierung bestand somit darin, „politische Kampfmaßnahmen“ (Wahlkampf, Extrawahl) anzukündigen.⁷⁶³ Der politische Konflikt wurde dabei wie ein Konflikt auf dem Arbeitsmarkt behandelt; Stefan Löfven agierte so, wie er es als Gewerkschaftsvorsitzender gelernt hatte: geraten die Verhandlungen in eine Sackgasse, muss man notfalls Streikdrohungen aussprechen und bereit sein, diese auch in die Tat umzusetzen. Die Regierungsparteien (S, MP) kündigten an, noch am selben Tag mit dem Wahlkampf zu beginnen.

Die Drohung mit „Kampfmaßnahmen“ wirkte und am 27. Dezember konnten Sozialdemokratie und Grüne, zusammen mit den Spitzen der bürgerlichen Allianzparteien, verkünden, zu einer Übereinkunft gekommen zu sein, wodurch eine Extrawahl nicht länger notwendig sei. Diese *decemberöverenskommelse* (Dezemberübereinkunft)⁷⁶⁴ beendete die Regie-

⁷⁶² In Schweden heißen vorzeitige Neuwahlen des Reichstages „Extrawahlen“, weil sie die vierjährige Wahlperiode des Reichstag nicht beeinflussen sondern zusätzlich abgehalten werden.

⁷⁶³ Vgl. dazu die Äußerungen Stefan Löfvens und des Ausbildungsministers Gustav Fridolin in der gemeinsamen Pressekonferenz am 3.12.2014, kurz nach Scheitern des rot-grünen Haushaltsentwurfs. Siehe dazu auch die Berichterstattung von SVT: *Regeringen ska utlysa extra val*, <http://www.svt.se/nyheter/inrikes/regeringen-ska-utlysa-ett-extra-val> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

⁷⁶⁴ Die Übereinkunft im Wortlaut auf: <https://www.socialdemokraterna.se/upload/Decemberöverenskommelsen.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

rungskrise.

Es wurde vereinbart:

- (1) auch wenn keiner der beiden Blöcke (Rot-Rot-Grün auf der einen, die Allianzparteien auf der anderen Seite) eine eigene Mehrheit besitzt, soll es dem größeren Block – die *sverigedemokraterna* werden dabei weiterhin nicht mitgerechnet – ermöglicht werden, eine stabile Regierung führen zu können;
- (2) der kleinere Block ermöglicht es der Regierung, ihre Haushaltsentwürfe durchs Parlament zu bekommen;
- (3) die *decemberöverenskommelse* gilt bis zum Ende der nächsten Wahlperiode (September 2022), unabhängig davon, welcher Block nach der nächsten Reichstagswahl (September 2018) die Regierung stellt.⁷⁶⁵

Die *decemberöverenskommelse* ist eine **Übereinkunft** zwischen den Parteien (S, MP, M, C, FP, KD) und kein Gesetz; *vänsterpartiet* und *sverigedemokraterna* sind nicht an der Übereinkunft beteiligt.⁷⁶⁶

6.2 Resümee / Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit hat den Einfluss der schwedischen Gewerkschaftsbewegung auf die Entwicklung des Schwedischen Modells bisher strikt chronologisch betrachtet, um zu analysieren, wie sich das Schwedische Modell Schritt für Schritt weiterentwickelt hat und welche Rolle dabei die Gewerkschaftsbewegung spielte. Diese Vorgehensweise war notwendig, um die Entwicklung in ihrer historischen Genese zu verfolgen und zu vermeiden, das Ergebnis des historischen Prozesses deterministisch auf die Entwicklung des Schwedischen Modells rück zu projizieren. Was die historische Analyse vermeiden sollte, soll die abschließende Betrachtung des Schwedischen Modells jetzt liefern: die historische Entwicklung sowie den Einfluss der Gewerkschaftsbewegung vom Ergebnis her beleuchten. Die Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit wird hierbei mit einem Ausblick auf die Zukunft des Schwedischen Modells verbunden.

⁷⁶⁵ Vgl. ebd.

⁷⁶⁶ Langfristig bindende Übereinkünfte zwischen den Parteien haben in Schweden Tradition, siehe Kap. 5.4/Die 1990er-Jahre-Krise...

Der Aufbau des Schwedischen Modells als Konfliktordnung

Die Einbindung der schwedischen Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaftsbewegung in den Korporatismus war Anfang des 20. Jahrhunderts, das hat die Analyse des *storstrejk 1909* gezeigt, noch nicht erfolgt. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung entwickelten sich in dieser Zeit entsprechend dem Zeitgeist, wie er auch für andere europäische Bewegungen dieser Epoche festgestellt werden kann: ihre Strategie pendelte immer wieder zwischen den beiden Alternativen – Klassenkampf und Korporatismus – hin und her. Bis 1931 hatte sich daran nichts grundlegend geändert. Das Agieren von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung war davon geprägt, eine revolutionäre Klassenkampfrhetorik und umfangreiche Streikaktivitäten mit dem Bemühen um Integration in den bestehenden Staat sowie um Anerkennung durch die bürgerlichen Schichten einerseits und durch die Arbeitgeber andererseits zu kombinieren. Die Erinnerung an den verlorenen *storstrejk 1909* diente zwar dazu, LO und Sozialdemokratie aneinander zu binden; darüber hinaus lassen sich in dieser Zeit schwedische Besonderheiten, die auf das Schwedische Modell oder den sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus hindeuten, nicht erkennen. Als die Gewerkschaftsbewegung in den 1920er Jahren wieder selbstbewusst agieren konnte, wurde ihre Stärke durch ebenso gut organisierte Arbeitgeber egalisiert. Die Zeit bis 1931 war geprägt von Klassenkämpfen und der Festigung eines eigenen Klassenbewusstseins unter den Arbeitern. Der wirtschaftliche Aufschwung dieser Jahre führte zu einer Verschärfung der Klassengegensätze und der Radikalisierung von Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts brachte zwar die politische Gleichstellung aller Staatsbürger, setzte darüber hinaus jedoch keine Impulse für die Entwicklung eines Schwedischen Modells. – Ab 1928 warb die Sozialdemokratie dann für ihre Vision eines *svenska folkhem*. Diese Vision war die erste Blaupause für einen schwedischen Sonderweg: die Einbindung der Mittel- und Oberschichten in einen sozialdemokratisch geprägten Staat. Für die praktische Umsetzung dieser Vision fehlte der Sozialdemokratie zunächst die parlamentarische Mehrheit. Auch nach Erringung der Regierungsmacht konnte die sozialdemokratische Vision nicht umgesetzt werden; die sozialen Verwerfungen sowie umfangreiche Arbeitskämpfe verhinderten dies. – Der Sozialdemokratie fehlte eine

Legitimationsbasis, auf der sie und das *svenska folkhem* hegemonial werden konnten.

Die Tragödie von Ådalen 1931 lieferte diese Legitimationsbasis für die Hegemonie der Sozialdemokratie und kann insofern als Grundsteinlegung des Schwedischen Modells gelten. Darüber hinaus kann sie als Gründungsmythos für einen schwedischen Sonderweg in der Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates gelesen werden. In Folge von Ådalen 1931 wurden die bürgerlichen Parteien delegitimiert und die Sozialdemokratie konnte sich als staatsmännisch-integrativer Akteur – der für Ruhe und Ordnung sorgt – präsentieren. Erst diese auf Ådalen 1931 basierende gesellschaftliche Anerkennung der Sozialdemokratie als staatsmännisch-integrativer Akteur schaffte die Grundlage für die nachfolgende politische Hegemonie der Sozialdemokratie. Diese politische Hegemonie allein reichte jedoch nicht aus, um die sozialen Verwerfungen, die sich in den umfangreichen Arbeitskämpfen der 1930er Jahre zeigten, zu überwinden. Die Sozialdemokratie konnte keine (politische) Integration der Mittel- und Oberschichten in einen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat betreiben, solange auf dem Arbeitsmarkt der Klassenkampf noch offen ausgetragen wurde.

Neben der staatsmännisch-integrativen Sichtweise der sozialdemokratischen Parteiführung existierte gleichzeitig die linkssozialdemokratische Sichtweise, die – als kritische Abgrenzung zur ersteren – für weite Teile der Partei und der Gewerkschaftsbewegung prägend wurde. Die Kritik am Militarismus sowie am aggressiven Vorgehen des bürgerlichen Staates, der einseitig für die Seite der Arbeitgeber eintrat, delegitimierte Gewalt als Mittel der Politik. Diese Delegitimierung des Obrigkeitsstaates war die Voraussetzung für die Legitimierung eines neuen Staatsverständnisses: des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates. Das selbstbewusste Agieren von Gewerkschaftern, Kommunisten und linken Sozialdemokraten, die sich als Reaktion auf die Tragödie von Ådalen dem bürgerlichen Staat entgegenstellten, war somit zugleich eine Selbstermächtigung bisher marginalisierter Gruppen, die sich der Obrigkeit nicht länger beugen wollten.

Getragen von den Streiks und Protesten, die auf die Tragödie von Ådalen folgten, verstand sich die Gewerkschaftsbewegung zunehmend als selbstbewusster, eigenständiger politischer Akteur, der gestaltend auf Politik und Gesellschaft wirken und sich dafür nicht auf eine Partei verlassen wollte. Aus den Erfahrungen von Ådalen 1931 entstand ein neues gewerkschaft-

liches Selbstverständnis: die Gewerkschaftsbewegung als eigenständiger Akteur im Verhältnis von Arbeit-Kapital-Staat. Dies war die ideologische Grundlage, die einige Jahre später dann das Abkommen von Saltsjöbaden und die Herstellung des Arbeitsfriedens ermöglichte.

Das Erfolgsgeheimnis bei der Begründung des Schwedischen Modells lag somit einerseits darin, dass die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie als Gesamtheit (Partei- und LO-Führung) staatsmännisch-integrativ wirkten und somit die Integration der Mittel- und Oberschichten ermöglichten. Andererseits war diese Integration jedoch nur durchsetzbar, weil die Gewerkschaftsbewegung zugleich – darin der linkssozialdemokratischen Sichtweise folgend – ihre Radikalität und Eigenständigkeit behielt. Erst diese Radikalität und Eigenständigkeit führten dazu, den Widerstand der Arbeitgeber sowie der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten gegen ihre Integration in einen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu überwinden.

Mit dem Abkommen von Saltsjöbaden 1938 gelang die Etablierung und Kodifizierung der für das Schwedische Modell von da an charakteristischen Konfliktordnung, die auf Grundlage von Abkommen zwischen LO und Arbeitgeberverband, also zwischen den Vertretern von Arbeit und Kapital, ohne Eingreifen des Staates Arbeitsfrieden herstellen wollte. Die sozialdemokratische Regierung hatte zunächst gedroht, den Arbeitsfrieden gesetzlich zu erzwingen und dadurch die Tarifparteien zur gegenseitigen Anerkennung der Eigenständigkeit des jeweils anderen Verhandlungspartners gezwungen. Entgegen dem Wunsch der sozialdemokratischen Regierung führte dies jedoch im Ergebnis dazu, dass der Staat gänzlich aus der Konfliktordnung des Arbeitsmarktes ausgeschlossen wurde.

Der Preis für die Anerkennung der Eigenständigkeit der Gewerkschaftsbewegung durch die Arbeitgeber war dabei die Einbindung der Gewerkschaftsbewegung in den Korporatismus. Diese führte zur Neuausrichtung der Gewerkschaftsstrategie auf einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch: die Gewerkschaftsbewegung wollte von nun an die Modernisierung der Gesellschaft und eine effektivere Wirtschaftsweise aktiv gestalten und akzeptierte in diesem Zuge auch die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Rationalisierungen.

Das Abkommen von Saltsjöbaden markierte somit die Anerkennung des neuen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses durch Arbeitgeber und Staat

und bildete zugleich die Grundlage für eine konsensorientierte Zusammenarbeit aller Akteure im Verhältnis Arbeit-Kapital-Staat.

Der *verkstadsstrejk 1945* verdeutlicht die Ausgestaltung dieser neu entstandenen Konfliktordnung – den vielbeschworenen *saltsjöbadsandan* (Geist von Saltsjöbaden) – modellhaft: keine der Konfliktparteien versucht ernsthaft, die andere Seite zu dominieren und den Konflikt bis zur Kapitulation der anderen Seite zu verschärfen. Arbeitgeber und LO-Führung lassen vielmehr nichts unversucht, um den Arbeitsfrieden durch Verhandlungen herzustellen; beide Seiten gehen davon aus, dass die Stärke und Eigenständigkeit der anderen Seite auch am Ende des Konfliktes bestehen bleiben soll. Der Staat hingegen hält sich aus diesem Konflikten heraus, solange die Tarifparteien eine Eskalation verhindern können.

An diesem Punkt der schwedischen Geschichte sind – geistig basierend auf den Erfahrungen der Tragödie von Ådalen 1931 und vertraglich kodifiziert im Abkommen von Saltsjöbaden 1938 – alle Voraussetzungen gegeben, auf denen dann in den 1950er/60er Jahren das Schwedische Modell entstehen konnte:

- (1) das gewerkschaftliche Selbstverständnis als eigenständiger politischer Akteur;
- (2) die Ausrichtung der Gewerkschaftsstrategie auf einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch;
- (3) eine korporatistische Konfliktordnung, die Verteilungskonflikte ohne Einmischung des Staates durch Abkommen zwischen den Tarifparteien löst;
- (4) eine hegemonial wirkende Sozialdemokratie mit einer klaren Vision für den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates (*svenska folkhem* sowie *social engineering*).

Das Schwedische Modell als Konfliktordnung bildete dabei die Grundlage für die Ausweitung des (Arbeits-)Friedens auf die gesamte Gesellschaft, verkörpert im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat als konfliktfreier Vollbeschäftigungsökonomie. Die 1950er/60er Jahre sind insofern sowohl aus

der Sicht des Schwedischen Modells als Konfliktordnung als auch bezüglich des Schwedischen Modells als Wohlfahrtsstaat als *golden age* (goldene Zeit)⁷⁶⁷ zu bezeichnen.

Die weitere Entwicklung des Schwedischen Modells

Der Aufbau und Ausbau des Schwedischen Modells war möglich, weil es sich seit den 1950er Jahren – bis zum Beginn der 1990er-Jahre-Krise – in einer arbeitnehmerfreundlichen Zeit entwickelte.⁷⁶⁸ Die Anpassungen der Konfliktordnung des Schwedischen Modells in den 1970er Jahren wurden der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie nicht von außen aufgezwungen, sie waren eine Reaktion auf die wilden Streiks dieser Jahre, deren Kritik darauf gerichtet war, das Schwedische Modell weiterzuentwickeln und auszubauen. Der organisatorische Rückhalt der Gewerkschaftsbewegung und die Hegemonie der Sozialdemokratie (die sich gegenseitig bedingten und stabilisierten) führten dazu, dass es keine andere Gruppe (Arbeitgeber, bürgerliche Parteien) wagte, ernsthaft die gestaltende Rolle der Gewerkschaftsbewegung anzugreifen oder den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat in Frage zu stellen. Im Ergebnis verfolgten auch die bürgerlichen Parteien eine sozialdemokratische Politik; Hoffnung auf eine Mehrheit konnte sich nur machen, wer eine arbeitnehmerfreundliche, also eine stark sozialdemokratisch gefärbte Politik anbot. Das Schwedische Modell und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zweifelte in dieser Zeit niemand ernsthaft an.

Die Wahrung des Arbeitsfriedens war für die Gewerkschaftsbewegung die zentrale Frage in dieser Zeit, er war das spezifische Kapital in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und begründete deren gleichberechtigte Rolle neben Arbeitgeberorganisationen und Staat. Die wilden Streiks erschienen aus dieser Sichtweise heraus als Gefährdung sowohl der etablierten Konfliktordnung als auch des Status der LO. Die wild Streikenden mahnten die Verwirklichung des Versprechens eines besseren Lebens an und lehnten sich insofern an die zwischenzeitlich wiederbelebte Erzählung der Tragödie von Ådalen an. – Von der Vision des *svenska folkhem* als guter

⁷⁶⁷ Die schwedische Geschichtsschreibung benutzt auch *skördetiden* (Erntezeit), vgl. dazu Ekdahl 2002 a. a. O. S. 104.

⁷⁶⁸ Vgl. Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O. S. 11f.

Ordnung ausgehend wurden Fragen nach guter Arbeit und Wirtschaftsdemokratie, die innerhalb des Schwedischen Modells durch Reform gelöst werden sollten, aufgeworfen. Vor die Wahl gestellt, in einzelnen Konflikten (wilde Streiks) auf Seiten ihrer Mitglieder zu stehen oder den gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch und den Arbeitsfrieden durchsetzen zu können, entschied sich die LO in den 1970er Jahren dafür, ein hartes Vorgehen gegen die wilden Streiks zu unterstützen. Unter Aufgabe der einer Interessensvertretung der Arbeitnehmer eigenen Radikalität und Eigenständigkeit ging die LO völlig im Korporatismus auf; sie erhob den Arbeitsfrieden zur ideologischen Grundkonstante ihrer Politik. Um diesen zu festigen, befürwortete sie auch den nach langer Zeit ersten staatlichen Gesetzgebungsvorstoß (LAS, MBL) und trug so zur Restauration des bröckelnden Schwedischen Modells bei, ohne zunächst die aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

In den 1980er Jahren wendete sich der politische Zeitgeist: der Neoliberalismus wurde zur tonangebenden Ideologie. Das Schwedische Modell wurde in Schweden selbst in dieser Zeit nicht ernsthaft in Frage gestellt. Die Abwendung der LO von der Interessenpolitik tat dem gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der Gewerkschaftsbewegung zunächst keinen Abbruch; dieser Gestaltungsanspruch hatte Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre seinen Höhepunkt erreicht: die Gewerkschaftsbewegung wollte mit dem Modell der *löntagarfonder* die Machtfrage im Verhältnis von Kapital und Arbeit stellen. Wie sich im parallel stattfindenden *storstrejk 1980* zeigte, war die Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes noch immer ungebrochen. Die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsbewegung – vor allem der öffentlichen Angestellten – führte dazu, den Arbeitgebern in diesem Konflikt eine schmerzhaft Niederlage beizubringen. Der ideologische Siegeszug des Neoliberalismus verhinderte dann jedoch sowohl einen weiteren Ausbau als auch eine zukunftsweisende Reform des Schwedischen Modells. Trotz des Erfolges der Gewerkschaftsbewegung im *storstrejk 1980* und der Regierungsübernahme der Sozialdemokratie 1982 gerieten die Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell in die Defensive. Das Schwedische Modell konnte im Verlauf der 1980er Jahre seine hegemoniale Stellung behalten, Entwicklungsfortschritte waren jedoch nicht länger möglich.

Das Schwedische Modell in Zeiten des Neoliberalismus

Mit der 1990er-Jahre-Krise veränderte sich die Machtordnung sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch politisch: eine kapitalfreundliche Machtordnung entstand.⁷⁶⁹

Dies bedeutete ungünstige Bedingungen für das Schwedische Modell als Wohlfahrtsstaat, da es in seiner entwickelten Form auf einem ergänzenden Zusammenspiel der solidarischen Lohnpolitik (ausgehandelt zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgebern) mit einem Sozialstaat, dessen Leistungen den Lohnverzicht der oberen Lohngruppen legitimieren, basierte.

Das gewerkschaftliche Vertrauen auf die Lösung von Verteilungsproblemen durch den Staat, mittels Wohlfahrtsstaat und *social engineering* führte dabei historisch zu einem Verzicht auf die Stellung bzw. Politisierung bestimmter Fragen (z. B. der Arbeitslosigkeit) durch die Gewerkschaftsorganisationen im Innenverhältnis von Arbeit und Kapital. Im Ergebnis bedeutete dies eine Verschiebung von Verteilungskonflikten aus dem Bereich des Ökonomischen hin auf die politische Ebene (1950-1980): der sozialdemokratisch geprägte Staat flankierte die Lohnpolitik der Gewerkschaften unterstützend. Diese modellhafte Auslagerung verschiedener Fragen in den staatlichen Raum hinein wird nun unter den veränderten Bedingungen des Neoliberalismus zum Nachteil.

Unter den Bedingungen des Neoliberalismus fällt der unterstützende Rahmen für die Konfliktordnung, die flankierende zweite Säule des Schwedischen Modells ersatzlos weg.

Der Neoliberalismus geht einher mit einer Neudefinition der Aufgabe des Staates. Fiel dem Staat unter sozialdemokratischer Hegemonie die Aufgabe zu, den politischen Rahmen für die Überwindung des offenen Klassenkampfes zu schaffen und die solidarische Lohnpolitik sozial zu legitimieren, ist es unter neoliberalen Bedingungen Aufgabe des Staates, durch Deregulierung und Privatisierung politisch die Rahmenbedingungen für ein reibungsloses Funktionieren der Marktmechanismen zu schaffen.

In der Folge verschiebt sich auch der Fokus der gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen. Die vom Abkommen von Saltsjöbaden 1938 geprägte Konfliktordnung des Schwedischen Modells erhob die Frage der „Arbeit“

⁷⁶⁹ Vgl. ebd. S. 11f.

zur entscheidenden Kategorie: Arbeit und Kapital werden zu **den** entscheidenden politischen Akteuren, politisches Handeln wurde entlang der Konfliktlinien von Arbeit und Kapital ausgerichtet. Zentrale politische Frage war somit die des Arbeitsfriedens. Politischer Erfolg oder Misserfolg wurde anhand der Fähigkeit zur Wahrung des Arbeitsfriedens gemessen; der beiderseitige Fokus lag auf der Vermeidung von Arbeitskonflikten.

Im Mittelpunkt der neoliberalen Ordnung hingegen steht der Zustand der Wirtschaft. Politisches Handeln bewegt sich zwischen (Wirtschafts-)Krise und dadurch notwendiger (politischer) Reform. Die Frage der Arbeit und die soziale Frage werden im Zuge der Überbetonung der Liberalisierung der Ökonomie an den Rand gedrängt. Die innerhalb des Schwedischen Modells zuvor auf die politische Ebene verlagerten Verteilungsfragen erscheinen plötzlich als sekundär und werden von den politischen Akteuren ignoriert. In diesem neustrukturierten Umfeld wird so das Schwedische Modell als Konfliktordnung mit seinen tradierten Lösungsmechanismen prekär.

Für die Gewerkschaftsbewegung tritt erschwerend der Verlust des „politischen Arms“ hinzu: Keiner der drei Aspekte des Schwedischen Modells – Konfliktordnung, Wohlfahrtsstaat, politische Ordnung – funktioniert mehr entsprechend der Blaupause des Schwedischen Modells, wie es in den 1950er/60er Jahren entwickelt wurde. Je nach Sichtweise wird dies als Krise des Schwedischen Modells oder als „Schwedisches Modell 2.0“, als Schwedisches Modell in neuer Entwicklungsumgebung gewertet.⁷⁷⁰ – Ausgehend von der Betrachtung der aktuellen Situation als „Schwedisches Modell 2.0“ wird das Dilemma der Gewerkschaftsorganisationen deutlich: Unter Verlust der gesellschaftlichen Hegemonie sozialdemokratischer Wohlfahrtspolitik und des engen politischen Kontakts mit der Sozialdemokratie bleibt als einzige Möglichkeit die „ausgelagerten“ Verteilungsfragen durch eigenes Handeln wieder zurückzuholen. Gewerkschaftsorganisationen in anderen Ländern bedienen sich in einer solchen Lage zwanglos des Ansatzes des Organizing.⁷⁷¹ Das Ausmaß des Bruchs zwischen alter sozialdemokratischer und neuer neoliberaler Hegemonie wird sichtbar beim Fremdeln der schwedischen Gewerkschaftsorganisationen mit diesem konfliktfördernden Ansatz, der für sie in krassem Gegensatz zur bewährten Förderung

⁷⁷⁰ Dazu siehe Kap. 5.4/Bestandsaufnahme...

⁷⁷¹ Zum Organizing vgl. Peter Birke, *Die große Wut und die kleinen Schritte, Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt*, Berlin/Hamburg 2010.

des Arbeitsfriedens steht.⁷⁷² Eine Wiederaneignung verteilungspolitischer Auseinandersetzung durch dezentrale Konflikte (Organizing) verlangt den schwedischen Gewerkschaftsorganisationen eine 180°-Wendung ab: eine Umkehrung der gewohnten Rolle vom Wahrer des Arbeitsfriedens zum Konfliktentfacher verbunden mit dem „Verrat“ am eigenen Ideal des gesamtgesellschaftlich integrierenden Akteurs.

Gedankliche Voraussetzungen der Erneuerung des Schwedischen Modells

Für eine über den Ist-Zustand hinausgehende Debatte um die Zukunftsfähigkeit des Schwedischen Modells (etwa in einer „Version 3.0“) ist ein gedanklicher Neustart der Debatte notwendig, bei dem man:

- (1) sich auf Grundlage der historischen Entwicklung des Schwedischen Modells 1.0 kritisch den Ist-Zustand des Schwedischen Modells 2.0 anschaut;
- (2) die Voraussetzungen (politische wie ökonomische) des Schwedischen Modells 2.0 als vorgegebene Ausgangslage akzeptiert.

Auf einer solchen Grundlage kann dann über eine Modernisierung des Schwedischen Modells diskutiert und eine Debatte geführt werden, die weder rückwärtsgewandt die „gute alte Zeit“ zurücksehnt noch die Fehler der Vergangenheit beweint, sondern stattdessen eine neue Zukunft schaffen kann.

Die derzeitige rot-grüne Regierung ist die erste sozialdemokratische Regierung, die grundlegend mit den Überzeugungen brechen will, die zum Abbau des Schwedischen Modells in den 1990er Jahren geführt haben, und sie ist die erste, die glaubhaft macht, den Wohlfahrtsstaat aus- und nicht weiter abbauen zu wollen. Damit eröffnet sich auch für die Gewerkschaftsbewegung erstmals wieder die Möglichkeit, ihre Verteidigungskämpfe zu beenden und aktiv in die Weiterentwicklung des Schwedischen Modells einzugreifen, wie es bspw. Jonsson und Lindberg in ihrer Studie⁷⁷³ skizzieren.

⁷⁷² Vgl. dazu die Äußerungen der damaligen LO-Vorsitzenden Wanja Lundby-Wedin in: Bohlin 2012 a. a. O. S. 115ff.

⁷⁷³ Jonsson / Lindberg 2014 a. a. O.

Als ideologische Richtschnur für die Debatte um die Zukunft des Schwedischen Modells empfiehlt sich ein letzter Blick auf dessen historischen Entstehungskontext.

6.3 Back to the roots: Ådalen als Schlüssel

Vom Schwedischen Modell als Konfliktordnung aus betrachtet, kann man Ådalen 1931 als Beginn des Pfades zum sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus einordnen. Konstatiert man diesen Punkt als Pfadbeginn – und damit weder die Regierungsübernahme der Sozialdemokraten 1932 (den Kuhhandel), der allgemein als Anfang des Weges zum *svenska folkhem* angesehen wird, noch das Abkommen von Saltsjöbaden 1938, welches die Konfliktordnung des Schwedischen Modells kodifizierte – wird Ådalen 1931 zum ideologischen Schlüssel, der den Beginn des Schwedischen Modells markiert.

Solange Ådalen erinnert wird, nimmt

- (1) die Frage der „Arbeit“ potenziell die zentrale Stellung ein und ergibt sich
- (2) die Notwendigkeit einer Konfliktordnung zwischen Arbeit und Kapital mit dem Ziel des Arbeitsfriedens;

beides zunächst ideologisch unabhängig von einer sozialdemokratischen Hegemonie bzgl. Staat und Wohlfahrtspolitik.

Die Wirkungsweise der Erinnerungsmuster von Ådalen 1931 zeigt sich heute unter den derzeitigen neoliberalen Bedingungen noch immer. Ein Beispiel für die Aktualität von Ådalen 1931 in der heutigen politischen Wahrnehmung und zugleich für die Aktualisierungsmöglichkeit im europäischen Kontext ist die schwedische Reaktion auf das EuGH-Urteil *Laval*,⁷⁷⁴ bei dem der EuGH im Ergebnis Sympathiestreiks untersagte, die

⁷⁷⁴ EuGH Rs. C-341/05 – *Laval*, Slg. 2007, I-11845, Urt. v. 18.12.2007; Schlussanträge des Generalanwalts Mengozzi: Slg. 2007, I-11772. Der EuGH entschied den Fall auf Grund eines Vorabentscheidungsersuchens des schwedischen *arbetsdomstolen* (Arbeitsgerichtshof). Im schwedischen Sprachraum ist das Urteil *Laval* auch als *Vaxholm*-Fall bekannt. Fast zeitgleich entschied der EuGH – nach einem Ersuchen um Vorabentscheidung der *civil*

den Zweck hatten, den betreffenden Unternehmer zum Abschluss eines Abkommens zu bewegen. Das faktische Verbot durch ein europäisches Gericht, mit den üblichen Mechanismen (Sympathiestreik) die bewährte Konfliktordnung auch im Kontext des Gemeinsamen Marktes durchzusetzen, traf zunächst auf Unverständnis und prägt noch heute die Arbeitsrechtsdebatte in Schweden.⁷⁷⁵

Die kollektive Erinnerung an Ådalen 1931 gründet nicht so sehr in den Fakten („was damals tatsächlich passiert ist“) sondern wird vielmehr von zwei Aspekten beherrscht, die Ådalen 1931 in die Nähe eines Legitimationsmythos, einer großen Erzählung, rücken. Der erste Aspekt ist die Identifikation mit den Opfern, den Streikenden, d. h. der Seite der Arbeiter, das Ideal des armen Bauern ersetzend und den Übergang zur *svenska folkhem*-Ideologie bereitend. Der zweite Aspekt ist die Verbindung der Geschehnisse von Ådalen 1931 mit dem Übergang von Chaos und himmel-schreiender Ungerechtigkeit eines offenen Klassenkampfes der bürgerlichen Regierungsjahre vor 1931 hin zur „richtigen Ordnung“ des Schwedischen Modells mit seinem fürsorgenden Wohlfahrtsstaat.

In der politischen Bedeutung steht Ådalen 1931 als sozialer Mythos des modernen Schweden im Gegensatz zum nationalen Mythos des vormodernen, alten Schweden. Bestimmte vor Ådalen 1931 die nationale Frage

division des *Courts of Appeal for England and Wales* – in der Sache *Viking*: EuGH Rs. C-438/05 – *Viking*, Slg. 2007, I-10806, Urt. v. 11.12.2007; Schlussanträge des Generalanwalts Maduro: Slg. 2007, I-10784. Beide Urteile sind im Zusammenhang zu sehen, vgl. dazu Thomas Blanke, *Die Entscheidungen des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Rueffert – Domestizierung des Streikrechts und europaweite Nivellierung der industriellen Beziehungen*, Oldenburg 2008, mit weiteren Literaturnachweisen ebd. S. 3. Zur deutschen Perspektive auf das *Laval/Vaxholm-Urteil* vgl. Philip Ismar, *Arbeitnehmerentsendung nach Schweden – eine europarechtliche Einschätzung aus deutscher Perspektive: Von der lex Britannia zum Vaxholmkonflikt*, Hamburg 2007.

⁷⁷⁵ Vgl. Bohlin 2012 a. a. O. S. 88ff., sowie die Frage nach den Veränderungen im schwedischen Arbeitsrecht aufwerfend: Jeanette Bäck, *Svensk arbetsrätt efter Laval-målet*, Växjö 2008. Zur Auseinandersetzung des in Folge des EuGH-Urteils vom schwedischen Reichstag beschlossene „*Lex Laval*“ im Nachgang der Kritik einer ILO-Expertenkommission siehe: Eric Rosén, *FN-organ säger svensk Lavallag: „Strider mot föreningsrätten“*, in *DagensArena* vom 27.2.2013, <http://www.dagensarena.se/innehall/fn-organ-sagar-svensk-lavallag-strider-mot-foreningsratten/> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015); die dazugehörige Pressemitteilung von LO und TCO: <http://www.lo.se/start/pressmeddelanden/fn-organ-svensk-lavallag-strider-mot-foreningsratten> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).

in verschiedenen historischen Ausprägungen die politische Landschaft, ergab sich nach Ådalen 1931 eine Hegemonie der sozialen Frage als politischer Leitfrage in Schweden. Primäre politische Kategorie war nun die Klasse (und deren Überwindung), verbunden mit dem Ansatz des Internationalismus, und nicht mehr die Nation, die rassistisch in Schwede und Nicht-Schwede unterteilte. Der Bezugspunkt der schwedischen Identität verschob sich mit der Umschaltung der Legitimationsordnung von der nationalen auf die soziale Frage vom Selbstbild der expansiven Großmacht zu dem einer „proletarischen Nation“.

Schon 1931 wurde somit indirekt die Vorentscheidung getroffen, die Lösung der sozialen Frage anzugehen; mit dem Beginn des Pfades zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, dessen erste Stationen 1932 (Kuhhandel) und 1938 (Saltsjöbaden) durchlaufen wurden, hatte sich Schweden ideologisch soweit von den Wurzeln des europaweit grassierenden Faschismus entfernt, dass er in Schweden nicht Fuß fassen konnte. Die Entscheidung, ob der sozialen oder der nationalen Frage mehr Bedeutung zukommt, also das jeweilige Ausmaß der Prägung der politischen Debatte durch Fragen des *social engineering* auf der einen und des Rechtsradikalismus (der Zuwanderungsfrage) auf der anderen Seite, dient bis heute als Anzeiger der sozialen Ordnung sowie des Schwedischen Modells als Ganzem. Kommt der sozialen Frage mehr Bedeutung zu, so funktioniert die soziale Ordnung wie sie in Ådalen 1931 etabliert worden war; kommt der nationalen Frage mehr Bedeutung zu, so ist das Schwedische Modell in der Krise.

6.4 Ausblick: Erneuerung des Schwedischen Modells?

Das oben beschriebene Dilemma der Gewerkschaften in Zeiten des Neoliberalismus erscheint in neuem Lichte, wenn Ådalen 1931 als entscheidender Bezugspunkt interpretiert wird. Ein Bezug auf das Primat der sozialen Frage, in bewusster Anknüpfung an den Mythos von Ådalen 1931, trägt die Möglichkeit in sich, den gesellschaftsgestaltenden Anspruch hinter dem Schwedischen Modell nicht aufzugeben, sondern in eine neue Form zu gießen. Ein solcher Bezug auf den Geist von Ådalen im Gegensatz zum Geist von Saltsjöbaden erlaubt es, sowohl das Zurücksehnen der goldenen

6.4 Ausblick: Erneuerung des Schwedischen Modells?

Zeit des Schwedischen Modells 1.0 als auch die neoliberale Erstarrung des Schwedischen Modells 2.0 zu überwinden.

Für die gewerkschaftspolitische Positionierung im politischen Feld bedeutet die Zuspitzung der Debatte auf die soziale Frage eine dreifache Abgrenzung gegenüber den anderen politischen Strömungen:

- (1) Das auf die kollektive Erinnerung an Ådalen 1931 gestützte Festlegen der Konfliktlinie auf die sozialen Verwerfungen zwischen Arbeit und Kapital steht der im Neoliberalismus angelegten Spaltung in „Menschen mit Arbeit“ und „Arbeitslose“ diametral gegenüber.
- (2) Im selben Zuge delegitimiert sie auch die konservative Beschreibung gesellschaftlicher Konflikte als Generationenkonflikte, in denen „jung“ gegen „alt“ antritt. Jene drückt sich auf der einen Seite illustrierend im romantisierenden Bild der „verlorenen Jugend Europas“ ebenso aus, wie in der feindseligen Vorstellung privilegierter „alter Leute in abgesicherter Beschäftigung“, legitimiert auf der anderen Seite aber auch entwürdigende Arbeiterziehungsmaßnahmen für Jugendliche mit Elementen privatwirtschaftlicher Zwangsarbeit wie *fas3*.⁷⁷⁶
- (3) Das gewerkschaftliche Insistieren auf den Vorrang der sozialen Frage gegenüber der nationalen Frage stellt sich zudem auch entschieden einer neuen Rechten entgegen, deren Hauptargumentationsstrang auf das Bild des „arbeitslosen und faulen Ausländers“ sowie der Unterstellung missbräuchlicher Zuwanderung in Arbeitsmarkt und Sozialsysteme abhebt und somit mit nationaler Rhetorik den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital überdeckt.

Diese für die Gewerkschaftsbewegung skizzierte Rückbesinnung auf Ådalen 1931 stünde auch der Sozialdemokratie offen. Stand 1931 der Kampf der Sozialdemokratie mit den Kommunisten um die Deutungshoheit über Ådalen 1931 im Vordergrund, ist das kollektive Erinnern an die Tragödie von Ådalen spätestens seit dem Auftritt Olof Palmes auf der Gedenkfeier

⁷⁷⁶ *Fas3* hat in Schweden einen halbstaatlichen Arbeitsmarkt generiert, in dem die Jugendlichen künstlich festgehalten werden, da ihre dortigen Arbeitserfahrungen nicht als normale Berufserfahrung gelten. Vom Staat bezahlt und bei Schlechtleistung von diesem sanktioniert, sind die Jugendlichen als für die Unternehmer kostenlose Arbeitskräfte, deren Willkür schutz- und perspektivlos ausgesetzt.

zum 50. Jahrestag der Tragödie auch fester Bestandteil der sozialdemokratischen Erinnerungskultur. Indem sich der heutige *statsminister* Stefan Löfven – der als Jugendlicher Zeuge von Palmes Rede in Ådalen wurde und zum 80. Jahrestag als Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft ebenfalls in Ådalen sprach⁷⁷⁷ – bei seiner Amtseinführung zum Parteivorsitzenden an prominenter Stelle als „*arbetargrabb från Ådalen*“ (Arbeiterjunge aus Ådalen)⁷⁷⁸ bezeichnete, knüpfte er bewusst an diese Tradition an. Auch sein radikaler Antifaschismus speist sich aus dieser Quelle. Das konsequente Begründen seiner politischen Position aus dem Geist von Ådalen heraus, ermöglichte es ihm in der Regierungskrise 2014, bei der die bürgerlichen Parteien offen mit einer Koalition mit den *sverigedemokraterna* liebäugelten, die Spaltung der politischen Landschaft Schwedens als 88%⁷⁷⁹ gegen 12% *sverigedemokraterna*⁷⁸⁰ darzustellen.⁷⁸¹ Seine Darstellung war aufgrund der unausgesprochenen, aber offensichtlichen Parallele zur Situation nach der Tragödie von Ådalen 1931 – wo die Ignoranz des bürgerlichen Lagers in

777 Vgl. dazu Lena Hennel / Lova Olsson, *Humlan som flyger, Berättelsen om Stefan Löfven*, Stockholm 2013, S. 50ff. Auszug aus der Rede Löfvens, der an die Helden von Ådalen erinnert und ihnen versichert, dass der Kampf fortgesetzt wird, im Wortlaut: „*Viktor Eriksson, Erik Bergström, Eoert Nygren, Sture Larsson och Eira Söderberg. Ni miste ert liv den 14 maj 1931 i kampen för människovärde och respekt. Vi är er evigt tacksamma. Vi glömmer er aldrig! Era röster tystnade av kulor men budskapet bärs vidare och fackföreningsrörelsen tystnar aldrig, arbetarrörelsen tystnar aldrig. Vi som samlats här idag och hela arbetarrörelsen hedrar minnet av hjältarna från Ådalen i ord och tanke och allra bäst hedrar vi dom med budskapet: vi är fortfarande på väg, vi fortsätter framåt!*“

778 Im Wortlaut: „*Det här känns lite speciellt för en arbetargrabb från Ådalen! [...] Kära vänner, mitt liv har varit långt ifrån utstakat. När jag kom till Sunnersta som fosterbarn, Ådalen i Ångermanland, var jag knappt ett år gammal. Inget var säkert. Men mina blivande föräldrar Ture och Iris tog ett ansvar för mig. Jag blev del av en familj och fick en bra uppväxt. Och ju äldre jag blev, ju fler var det som hjälpte till.*“ Rede von Stefan Löfven auf dem SAP-Kongress am 4.4.2013, <http://www.socialdemokraterna.se/Stefan-Lofven/Tal-och-artiklar/2013/Installationstal-av-Stefan-Lofven/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015). Eine Beschreibung von Löfvens Kindheit in „Ådalen“: Hennel / Olsson 2013 a. a. O., S. 27ff.

779 Alle demokratischen Parteien, d. h. alle Parteien, die auf der Grundlage der sozialdemokratischen Ordnung mit ihrer Priorität der sozialen Frage stehen.

780 D. h. diejenigen, die die soziale Frage mit nationalistischen oder ökonomischen Argumentationsmustern überdecken.

781 Vgl. dazu die Äußerungen Stefan Löfvens bei der Ankündigung einer Extrawahl am 3.12.2014. Siehe dazu auch die Berichterstattung von SVT: *Regeringen ska utlysa extra val*, <http://www.svt.se/nyheter/inrikes/regeringen-ska-utlysa-ett-extra-val> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

6.4 Ausblick: Erneuerung des Schwedischen Modells?

Bezug auf die Integrationskraft der sozialen Frage bei gleichzeitiger Annahme einer staatsmännisch-integrativen Haltung durch die Sozialdemokraten angesichts dieses offensichtlich sozialen Konfliktes dazu führte, dass die Bürgerlichen über Jahrzehnte hinweg politisch an den Rand gedrängt wurden – so wirkmächtig, dass sich selbst die konservativsten der bürgerlichen Parteien dem Dezemberkompromiss nicht entziehen konnten.

Löfvens Rede vor dem Dezemberkompromiss beinhaltete somit das Aufwerfen der für das Schwedische Modell entscheidenden Frage, ob es sich beim heutigen Schweden um eine soziale oder eine nationale Ordnung handeln soll. Was in dieser Rede unausgesprochen blieb, hatte Stefan Löfven an anderer Stelle schon ausdrücklich formuliert:

„Aber die Lösung, meine Freunde, ist nicht mehr Feindseligkeit, es ist mehr Solidarität. Darum müssen wir Arbeitslosigkeit in Arbeit, Machtlosigkeit in Macht, Feindschaft in Zukunftsglaube verwandeln. Und gibt es etwas Patriotischeres als eine Gesellschaft zu schaffen, in der sich alle zu Hause fühlen? Wir sind eine Familie tausenderlei Ursprungs. In Schweden gibt es kein „wir und die“ – in Schweden gibt es wir! Freunde, Schweden soll wie eine Familie sein, deren Solidarität grenzenlos ist, und die niemals verantwortungslos gegenüber kommenden Generationen ist. Ich habe das Privileg gehabt, und dies ist ein Privileg, das nicht allen aus Ådalen gegeben wurde, im Dienste der internationalen Arbeiterbewegung die Arbeit für Demokratie und Menschenrechte auf der ganzen Welt voranzutreiben. Der Freiheitsdurst ist derselbe – unabhängig davon ob er in Belarus’ beschrieben, in Kurdistan zum Schweigen gebracht oder auf Aleppos Straßen herausgeschrien wird.“⁷⁸² [BB]

⁷⁸² Im Original: „Men lösningen, mina vänner, är inte mer fiendlighet, det är mer solidaritet. Därför ska vi vända arbetslöshet till arbete, maktlöshet till makt, fiendskap till framtidstro. Och finns det något mer patriotiskt än att skapa ett samhälle där alla känner sig hemma? Vi är en familj av tusen ursprung. I Sverige finns inte „vi och dom“ – i Sverige finns vi! Vänner, Sverige ska vara som en familj vars solidaritet är gränslös, och som aldrig är ansvarslös för kommande generationer. Jag har haft ynnesten, och det är en ynnest som inte ges alla från Ådalen, att i den internationella arbetarrörelsens tjänst driva på arbetet för demokrati och mänskliga rättigheter över hela världen. Frihetstörsten är densamma – oavsett om den beskrivs i Belarus, tystas i Kurdistan eller skriks ut på Aleppos gator.“ Rede von Stefan Löf-

Das erneute Aufwerfen dieser Frage nach der politischen Ordnung Schwedens – diesmal als schwedischer Regierungschef und in Bezug auf die zukünftige politische Rolle der *sverigedemokraterna* – erzeugte Bewegung in der politischen Landschaft. In den Umfragen verzeichneten die *sverigedemokraterna* rasche Zuwächse auf zurzeit 21,5%,⁷⁸³ eine Steigerung von rund 10% im Vergleich zur letzten Wahl 2014. Angesichts dieser Entwicklung steht die Sozialdemokratie bzw. die rot-grüne Regierung vor der Herausforderung, nicht nur die Frage aufzuwerfen, sondern die richtige Antwort darauf gleich mitzuliefern.

Angesichts des Linksrucks im Wahlkampf 2014 sind Anzeichen für eine gesellschaftliche Wiederbelebung der linkssozialdemokratischen Sichtweise vorhanden. Die rot-grüne Strategie vor dem Dezemberkompromiss war ein erfolgreiches Beispiel für staatsmännisch-integrative Politik. Regierung und Sozialdemokratie stehen nun vor der Aufgabe, beide Sichtweisen zusammenzuführen.

Der Weg dazu wäre, sich auf die Tugenden des *social engineering* zurückzubedenken und das Schwedische Modell, gerade angesichts der neoliberalen Krise in Europa, wieder zu einer ausstrahlungsfähigen Alternative zu machen. Wenn sich Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie unabhängig voneinander und aus ihren jeweils eigenen Motiven heraus auf den Pfadbeginn des Schwedischen Modells beziehen, ergäbe dies die erneute Möglichkeit sowohl einer Entwicklung des Schwedischen Modells als auch der Eingrenzung des Rechtsextremismus, die weder an einzelnen Instrumenten (wie der Konfliktordnung) haftet noch eine natürliche Hegemonie der Sozialdemokratie voraussetzt.

Inwieweit Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschaftsorganisationen und die schwedische Sozialdemokratie dazu bereit und in der Lage sind, wird sich zeigen:

eine Renaissance des Schwedischen Modells ist möglich.

ven auf dem SAP-Kongress am 4.4.2013, <http://www.socialdemokraterna.se/Stefan-Lofven/Tal-och-artiklar/2013/Installationstal-av-Stefan-Lofven/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015). Dieser Kontext seiner Äußerung zum Umgang mit den *sverigedemokraterna* und die beiden damit verbundenen Alternativen (sozial und demokratisch oder national und rassistisch) sind insofern als bekannt vorzusetzen.

⁷⁸³ Stand 9.9.2015, vgl. <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article21390075.ab> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

Abkürzungsverzeichnis

ASAB	Allmänna Svenska Städtings AB
C	centerparti
ECU	European Currency Unit, Europäische Rechnungswährung
FI	feministiska initiativ
FP	folkparti
IB	informationsbyrå
KD	kristdemokraterna
KTK	kommunaltjänstemannakartell inom TCO
LAS	lagen om anställningsskydd
LKAB	Luossavaara-Kiirunavaara Aktiebolag
LO	landsorganisation
LS	lokala samorganisation
M	moderaterna
MBL	lag om medbestämmande i arbetslivet
MP	miljöpartiet de gröna
ND	ny demokrati
OASEN	De offentliga arbetsgivarnas samarbetsorgan
PTK	privattjänstemannakartell
S	socialdemokraterna
SAC	Sveriges arbetares centralorganisation
SACO	Sveriges akademikers centralorganisation
SAF	Svenska arbetsgivareförening
SAP	Sveriges socialdemokratiska arbetareparti

Abkürzungsverzeichnis

SCB	statistiska centralbyrå
SD	sverigedemokraterna
SEB	Stockholms Enskilda Bank
SF	statsanställdas förbund inom LO
SJ	svenska järnvägsmannaförbund
SKAF	svenska kommunalarbetareförbundet inom LO
SKL	Sveriges kommuner och landsting
SKP	Sveriges kommunistiska parti
SSU	Sveriges socialdemokratiska ungdomsförbund
SSV	Sveriges socialdemokratiska vänsterparti
SUF	socialdemokratiska ungdomsförbund
TCO	tjänstemännens centralorganisation
TCO-S	TCOs statstjänstemannasektion
UMS	Universal Maintenance Standards
V	vänsterparti
VU	verkställande utskott

Glossar schwedischer Begriffe

aftonbladet	Abendblatt (Zeitung)
allmänna valmansförbund	allgemeiner Wahlmännerverband
ämbetsmän	hohe Verwaltungsbeamte
Arbetarhistoria	Arbeitergeschichte (Zeitschrift)
arbetarrörelse	Arbeiterbewegung
arbetarrörelsens arkiv och bibliotek	Arbeiterbewegungsarchiv und -bibliothek
arbetet	Die Arbeit (Zeitung)
arbetets museum	Museum der Arbeit
arbetsdomstol	Arbeitsgerichtshof
arbetsfredskonferens	Arbeitsfriedenskonferenz
arbetslivsmuseernas samarbetsråd	Dachverband der Arbeitslebensmuseen
arbetslivsmuseum	Arbeitslebensmuseum
arbetsmarknadskommitté	Arbeitsmarktkomitee
arbetsmarknadsnämnd	Arbeitsmarktkommission
arbetsstudienämnd	Arbeitsstudienausschuss
centerparti	Zentrumspartei (ehem. Bauerpartei)
dagens nyheter	Neuheiten vom Tage (Zeitung)
De offentliga arbetsgivarnas samarbetsorgan	Organ für Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitgeber
decemberöverenskommelse	Dezemberübereinkunft

Glossar schwedischer Begriffe

ekonomiska storstrejk	ökonomischer Großstreik
ett grönt folkhem	ein grünes Volksheim
fackföreningsrörelsen	Die Gewerkschaftsbewegung (Zeitschrift)
fas3	Phase 3
fastighetsanställdas förbund	Gewerkschaft der Immobilienangestellten
feministiska initiativ	Feministische Initiative
folkhem	Volksheim
folkparti	Volkspartei (liberale Partei)
förbundsordförande	Wortführer
förening	Vereinigung, Gewerkschaft
förfogandelag	Verfügungsgesetz
Frånö folkets hus	Haus des Volkes Frånö
Frånö folkets park	Volkspark Frånö
frifackliga	Freigewerkschafter
frikyrkorörelse	Freikirchenbewegung
frisinnad	freisinnig
generaliserade storstrejk	politischer Generalstreik
generalstrejk	Generalstreik
Gruva	Grube (Buch)
gruvindustriarbetareförbund	Grubenindustriarbeitergewerkschaft
gulaschbaronerna	Gulaschbarone
hamnarbetareförbund	Hafenarbeitergewerkschaft
hembygdsförening	Heimatvereinigung
hembygdsgård	Heimatgärten (Freilichtmuseen)
Hugget	Der Hieb (Streikzeitung)
industria	Industrie (Zeitung)
informationsbyrå	Informationsbüro

jämlikhet	Gleichheit, Gerechtigkeit
järnbruksarbetarna	Eisenhüttenarbeiter
järnbruksförbund	Eisenhüttenverband (Arbeitgeberverband)
kilbomskommunisterna	Kilbom-Kommunisten
kohandel	der Kuhhandel
kollektivtrafiken	öffentlicher Verkehr
kommerskollegium	staatliche Handelskammer
kommunaltjänstemannakartell inom TCO	Kommunalangestelltenkartell in der TCO
kommunförbundet	Kommunalverband (Verband der Kommunalverwaltungen, Arbeitgeberseite)
kristdemokraterna	Kristdemokraten
kungl. civildepartement	königliche Zivilverwaltung
lag om medbestämmande i arbetslivet	Gesetz zur Mitbestimmung im Arbeitsleben, Mitbestimmungsgesetz
lagen om anställningsskydd	Gesetz zum Anstellungsschutz
lagom	gerade richtig
län	Provinz / Verwaltungsbezirk
landsfogde	wörtl. Landvogt; Chef der Polizei und Staatsanwalt eines <i>län</i>
landshövding	Repräsentant eines <i>län</i>
landskap	Landschaft
landsorganisation	Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter
landssekretariat	Landessekretariat (der LO)
landsting	Parlament eines <i>län</i>

Glossar schwedischer Begriffe

landstingsförbundet	Landstingverband (Verband der Provinzverwaltungen, Arbeitgeberseite)
legitim krigföring	legitime Kriegsführung
liberala samlingsparti	liberale Sammlungspartei
livsmedelsarbetareförbund	Lebensmittelarbeitergewerkschaft
lokala samorganisation	lokale Gemeinschaftsorganisation
löntagarfonder	Arbeitnehmerfonds
medbestämmandeavtal	Mitbestimmungsabkommen
metallindustriarbetareförbund	Metallindustriarbeitergewerkschaft
metallstrejk	Metallstreik (1945), entspricht <i>verkstadsstrejk 1945</i>
miljöpartiet de gröna	Umweltpartei die Grünen
moderaterna	Die Moderaten
Norrskensflaman	Flamme des Nordlichts (Zeitung)
ny dag	Neuer Tag (Zeitung)
ny demokrati	Neue Demokratie (Rechtspartei)
Ny Tid	Neue Zeit (Zeitung)
nya norrland	Neues Norrland (Zeitung)
nykterhetsrörelse	Abstinenzlerbewegung
pappers- och sågverksindustriarbetareförbund	Papier- und Sägewerksindustriarbeitergewerkschaft
pappersindustriarbetareförbund	Papierindustriarbeitergewerkschaft
privattjänstemannakartell	Privatangestelltenkartell
renhållningsarbetare	Müllabfuhr
riksdagstalman	Sprecher des Reichstages
röda fackopposition	rote Gewerkschaftsopposition
rosornas krig	Rosenkrieg (zwischen LO und SAP)
saltsjöbadsandan	Der Geist von Saltsjöbaden

saltsjöbadsepoken	Epoche von Saltsjöbaden
samförståndsandan	Der Geist des Einvernehmens
samhällsfarliga konflikter	gesellschaftsschädliche Konflikte
samlingsregering	Allparteienregierung (wörtl. Sammlungspartei)
samrådsgrupper	Zusammenarbeitsgruppen
sillénkommunisterna	Sillén-Kommunisten
skandinaviska sällskapet	Skandinavische Gesellschaft
skördetid	Erntezeit
skyddstädning	Schutzreinigung
Social-demokraten	Der Sozialdemokrat (Zeitung)
sociala generalstrejk	sozialer Generalstreik (Generalstreik i. e. S.)
socialdemokraterna	Sozialdemokraten (SAP)
socialdemokratiska arbetareparti	sozialdemokratische Arbeiterpartei
socialdemokratiska ungdomsklubben	sozialdemokratischer Jugendklub
socialistiska ungdomsförbundet	sozialistischer Jugendverband
socialminister	Sozialminister
Söderhamns stuveriaktiebolag	Söderhamns Verladefirma AG
spårvägsmannnen	Straßenbahnarbeiter
städerska	Raumpflegerin
städerskestrejkerna	Putzfrauenstreiks
statens arbetsgivarverk	staatliche Arbeitgeberagentur (Verband der Staatsverwaltung, Arbeitgeberseite)
statistiska centralbyrå	statistisches Zentralbüro

Glossar schwedischer Begriffe

statsanställdas förbund inom LO	Gewerkschaft der Staatsangestellten in der LO
statsminister	Titel des Regierungschefs, (wörtl. Staatsminister)
statstjänstemännen	staatliche Angestellte
stockholms arbetareförening	Stockholmer Arbeitervereinigung
stoppaket	Stop-Paket
storlockout	Großaussperrung
storstrejk	Großstreik
Strejken	Der Streik (Streikzeitung)
Sûrtaxkommittén	Sûrtax-Komitee
Svaret	Die Antwort (Zeitung Typographenverband, Streikzeitung)
Svenska akademikers centralorganisation	Gewerkschaftsdachverband der Akademiker in Schweden
Svenska arbetsgivareförening	Dachverband der Arbeitgeber Schwedens
svenska dagbladet	Schwedisches Tageblatt (Zeitung)
svenska folkhem	schwedisches Volksheim
svenska järnvägsmannaförbund	Schwedische Eisenbahnergewerkschaft
svenska kommunalarbetareförbundet inom LO	Schwedische Kommunalarbeiter- gewerkschaft in der LO
svenska modell	Schwedisches Modell
svenska murareförbund	schwedische Maurergewerkschaft
Svenskt Näringsliv	Schwedische Wirtschaft (Arbeitgeberverband)
sverigedemokraterna	Schwedendemokraten

Sveriges arbetareparti	Schwedische Arbeiterpartei, Sozialdemokratie
Sveriges arbetares centralorganisation	Zentralorganisation der schwedischen Arbeiter
Sveriges hembygdsförbund	Dachverband der <i>hembygdsföreningar</i>
Sveriges Industriförbund	Industrieverband Schwedens (Arbeitgeberverband)
Sveriges kommuner och landsting	Dachverband der staatlichen kommunalen und regionalen Arbeitgeber
Sveriges kommunistiska parti	Schwedens Kommunistische Partei
sveriges riksdag	schwedischer Reichstag
Sveriges socialdemokratiska arbetareparti	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens
Sveriges socialdemokratiska ungdomsförbund	Sozialdemokratischer Jugendverband Schwedens
Sveriges socialdemokratiska vänsterparti	Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens
systembolaget	staatliche Läden für Alkohol
TCOs statstjänstemannasektion	Sektion der Staatsangestellten in der TCO
tjänstemännens centralorganisation	Gewerkschaftsdachverband der Angestellten
ungsocialisterna	Jungsozialisten
verkstadsförening	Werkstattvereinigung (Arbeitgeberverband)
verkstadsindustrin	Werkstattindustrie
verkstadskonflikt	Werkstattkonflikt (1905), (zu unterscheiden vom <i>verkstadsstrejk</i> 1945)

Glossar schwedischer Begriffe

verkstadsstrejk	Streik der Werkstattarbeiter (1945), (zu unterscheiden vom <i>verkstadskonflikt</i> 1905)
verkställande utskott	Geschäftsführender Ausschuss (der SAP)
vårflod	Frühlingsflut (Buch)
väckelserörelse	Erweckungsbewegung
vänsternorrlands Allahanda	Västernorrlands Allerlei (Zeitung)
vänsterparti	Linkspartei
vänsterpartiet kommunisterna	Linkspartei die Kommunisten
ådalskommission	Ådalenkommission
åkarpslag	Åkarp-Gesetz

Literaturverzeichnis

Der Buchstabe Å/å wird, wie im Schwedischen üblich, nach Z/z einsortiert.

- Abendroth, Wolfgang, *Die deutschen Gewerkschaften, Weg demokratischer Integration*, in: Buckmiller, Michael u. a. (Hrsg.), Wolfgang Abendroth: *Gesammelte Schriften Band 2*, Hannover 2008.
- Ahlvarsson, Lars, *Regeringspaketet och medlingen blev avgörande*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 46-55.
- Albåge, Lars Gunnar, *Konflikt på arbetsmarknaden – några arbetsgivarsynpunkter*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 175-181.
- Alvemo, Bo u. a., *Lag jobb, Medbestämmandelagen*, Stockholm 1979.
- Arvidsson, Evert, *Der Freiheitliche Syndikalismus im Wohlfahrtsstaat*, Darmstadt 1960.
- , *SAC under de hårda åren 1923-1953*, in: Uisk, Ahto (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 48-49.
- Axelsson, Jan, *Huvudavtalet räddade LO från anti-fackliga lager*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 22 1976, S. 10-11.
- Bäck, Jeanette, *Svensk arbetsrätt efter Laval-målet*, Växjö 2008.
- Baudin, Tobias u. a., *„LO vill ha ny bolagsform för företagen i välfärden“*, in: *Dagens Nyheter* vom 15.01.2013.
- Bengtsson, Jenny, *Siktet, är fortfarande inställt på våra rättigheter*, in: *Dagens Arena*, publiziert am 14.05.2015, <http://www.dagensarena.se/opinion/siktet-ar-fortfarande-installt-pa-vara-rattigheter/> (zuletzt abgerufen am 10.09.2015).
- Bergfeldt, Carina, *„En chans att komma tillbaka till arbetslivet“*, in: *Aftonbladet* vom 09.12.2010,

- <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698380.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- , *24.000 långtidsarbetslösa jobbar utan lön*, in: Aftonbladet vom 09.12.2010, <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698384.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Berggren, Henrik, *Underbara dagar framför oss, En biografi över Olof Palme*, Stockholm 2010.
- Bergh, Andreas, *Sweden and the Revival of the Capitalist Welfare State*, Cheltenham 2014.
- Berglund, Christer, *Den obegripliga konflikten, Drama i tre akter om storkonflikten 1980 som det regisserades av Dagens Nyheter, Svenska Dagbladet, Arbetet, Expressen och Aftonbladet*, Stockholm 1980.
- Bergström, Villy, *Prisstabilitet i fullsysställningssamhället – Rehns och Meidners modell för lönebildning*, in: Lennart Erixon, *Den svenska modellens ekonomiska politik, Rehn-Meidnermodellens bakgrund, tillämpning och relevans i det 21:a århundradet*, Stockholm 2003, S. 33-54.
- Bernitz, Ulf, *Schweden*, in: Jürgen Schwarze (Hrsg.), *Die Entstehung einer europäischen Verfassungsordnung, Das Ineinandergreifen von deutschem und europäischem Verfassungsrecht*, Baden-Baden 2000, S. 389-459.
- Bildt, Carl, *Hallänning, svensk, europé*, Stockholm 1991.
- , *Den enda vägen*, Stockholm 1994.
- , *Uppdrag Europa*, Stockholm 2003.
- Birke, Peter, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt/Main 2007.
- , *Die große Wut und die kleinen Schritte, Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt*, Berlin/Hamburg 2010.
- Björilin, Lars, *Vänstersocialistiska riksdagsgruppen*, in: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 24-25, 1982/83, S. 6-13.
- , *Röd skandinavism i Komintern, SKPs kris och splittring 1924*, in: Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 69, Stockholm 1994, S. 1830.

- Blanke, Thomas, *Die Entscheidungen des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Rueffert – Domestizierung des Streikrechts und europaweite Nivellierung der industriellen Beziehungen*, Oldenburg 2008.
- Blomberg, Eva, *Samhällets fiender*, Stockholm 1993.
- Blomqvist, Håkan, *Socialdemokrati och svenskhet: Om den andra fosterländskhetens dubbla sidor*, in: *Arbetshistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 30 Nr. 2-3 Stockholm 2006, S.10-17.
- Bodström, Lennart, *Förhandlingssystemet ifrågasatt*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 201-210.
- Bohlin, Rebecka, *De osynliga, Om Europas fattiga arbetarklass*, Stockholm 2012.
- Bolang, Olle, *Utslagen! Den svenska modellen efter storkonflikten 1980*, Kristianstad 1980.
- Braverman, Harry, *Labor and monopoly capital: The degradation of work in the 20th century*, New York 1998 (Erstausgabe von 1974), deutsche Übersetzung:
 –, *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/Main 1977
- Brödner, Peter / Carl, Friedrich u. a. (Hrsg.), *Das nordische Modell – eine Alternative?*, Hamburg 2009.
- Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981.
- Broström, Anders, *Storkonflikten 1980*, in: ders. (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 7-25.
- Burén, Göran, *Vårflod*, Stockholm 1981.
- Casparsson, Ragnar, *LO under fem årtionden, andra delen*, Stockholm 1948.
 –, *Saltsjöbadsavtalet i historisk belysning*, Stockholm 1966.
 –, *Vägen till Saltsjöbaden*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 14-15 1973, S. 22-23.
- Cederqvist, Jane, *Arbetare i strejk. Studier rörande arbetarnas politiska mobilisering under industrialismens genombrott*, Stockholm 1850-1909, Stockholm 1980.

- Cleff, Thomas, *Industrielle Beziehungen im kulturellen Zusammenhang: Eine theoretische und empirische Untersuchung kultureller Einflüsse auf die Einstellungen zu Regelungen industrieller Beziehungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Spanien, Türkei und den USA*, München 1997.
- Collberg, Dan, *Hur SAC bildades I, Ungsocialisterna söker alternativ*, in: Uisk, Ahto (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 32-33.
- , *Hur SAC bildades II, Ett initiativ från Skåne*, in: Uisk, Ahto (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 34-35.
- , *Hur SAC bildades III, En ny organisation*, in: Uisk, Ahto (Hrsg.) u. a., *Syndikalism, förr och nu*, Stockholm 1981, S. 36-37.
- Dahlström, Edmund / Eriksson, Kjell / Gardell, Bertil / Hammarström, Olle / Hammarström, Rut, *LKAB och demokratin, Rapport om en strejk och ett forskningsprojekt*, Stockholm 1971.
- Dickson, Björn / Jönsson, Bo / Karlsson, Jan, *Sanningen om både Aftonbladet och Expressen, En undersökning av interojun som källa under storkonflikten 1980*, Stockholm 1980.
- Edgren, Lars, *Schenk och skymfning, Från gesällskap till fackförening, Malmögesällers yrkesorganisationer efter 1847*, in: *Arbetshistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 8 Nr. 3-4, Stockholm 1984, S. 2-7.
- Edlund, Sten / Nyström, Birgitta, *Part III Sweden, Main Features of the Settlement of Labour Disputes*, in: Hanami, Tadashi (Hrsg.), *Industrial Conflict Resolution in Market Economies, A Study of Canada, Great Britain and Sweden*, Deventer 1987, S. 163-194.
- Edlund, Sten, *Saltsjöbadsavtalet i närbild*, in: ders. u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 53-69.
- Edqvist, Tomas / Forsberg, Björn, *En studie i kommunistisk startegi och taktik, Sverges Kommunistiska Partis utveckling åren fram till Verkstadsstrejken 1945 och partiets agerande i denna*, Uppsala 1975.
- Ehnmark, Anders / Hagström, Annika / Isaksson, Harry, *„Jag är jävligt*

optimistisk“, Harry Isaksson, *gruvarbetare i Malmberget, samtalar med Anders Ehnmark och Annika Hagström, Samtal 2*, Finland 1973.

- Eidevall, Mårten, *Megafonen om upploppet i Husby*, in: Svenska Dagbladet vom 20.05.2013,
http://www.svd.se/megafonen-om-upploppet-i-husby_8189540
 (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Ekberg, Jan, *Integration på arbetsmarknaden? Förändring i invandares sysselsättning i Sverige 1950-2003*, in: Arbetarhistoria, Nr. 1 Stockholm 2007, S. 18-22.
- Ekdahl, Lars, *Mot en ny värld? Rörelse mellan kriser*, in: Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Jg. 26 Nr. 1-2, Stockholm 2002, S. 74-173, 179-182. [Zitiert als: Ekdahl 2002 a. a. O.]
- Ekdahl, Lars (Hrsg.), *Löntagarfonderna, en missad möjlighet?* Huddinge 2002. [Zitiert als: Ekdahl, Löntagarfonderna, 2002 a. a. O.]
- Ekdahl, Lars, *Mellan fackligt och politisk dilemma. En bakgrund till Rehn-Meidnermodellen*, in: Erixon, Lennart, Den svenska modellens ekonomiska politik, Rehn-Meidnermodellens bakgrund, tillämpning och relevans i det 21:a århundradet, Stockholm 2003 S. 13-32.
- , *Makten och människovärdet. Gruvstrejken 1969 som samhällskritik*, in: Arbetarhistoria, Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 12-17.
- Elander, Ingemar, *„Den svenska modellen“*, *Recepten även för 80-talet*, in: Sverige i en ny ekonomisk världsordning (Diskussionspapperreihe), Stockholm o. J.
- Eliasson, Ingemar, *Om den svenska modellen*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 26-29.
- Elvander, Nils, *Dags att lära av grannländerna!* in: Dagens Nyheter vom 31.5.1980.
- , *Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden: Geschichte, Programm, politische Beziehungen*, in: Hans Rühle, Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Gewerkschaften in den Demokratien Westeuropas*, Band 2: Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark, Paderborn u. a. 1983, S. 325-402.

- Eriksson, Göran, *Klyftor växer snabbast i Sverige*, in: Svenska Dagbladet vom 15.05.2015 <http://www.svd.se/klyftor-vaxer-snabbast-isverige> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Erixon, Lennart, *Den svenska modellens ekonomiska politik, Rehn-Meidnermodellens bakgrund, tillämpning och relevans i det 21:a århundradet*, Stockholm 2003.
- , *Den svenska modellens ekonomiska politik, En analys av Rehn-Meidnermodellens tillämpning i Sverige under efterkrigstiden*, in: ders., *Den svenska modellens ekonomiska politik, Rehn-Meidnermodellens bakgrund, tillämpning och relevans i det 21:a århundradet*, Stockholm 2003, S. 103-143.
- Esping-Andersen, Gøsta, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990.
- Etzemüller, Thomas, *1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden*, Konstanz 2005.
- , *Die Romantik der Rationalität, Alva & Gunnar Myrdal, Social Engineering in Schweden*, Bielefeld 2010.
- Faxén, Karl-Olof, *Läget inför avtalsrörelsen 1980*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 138-152.
- Feldt, Kjell-Olof (Hrsg.), *Arbetarrörelsen och löntagarfonderna, Rapport från en arbetsgrupp inom LO och socialdemokraterna*, Stockholm 1981.
- Fenner, Christian, *Parteiensystem und Politische Kultur, Schweden in vergleichender Perspektive*, Berlin 1998.
- Findeisen, Jörg-Peter, *Schweden, Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Regensburg 2003².
- Fjällström, Harry, *Bakgrunden till 1980 års konflikt*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 163-174.
- Flink, Ingvar, *Strejkbryteriet och arbetets frihet, En studie av svensk arbetsmarknad fram till 1938*, Uppsala 1978.
- Förster, Christian / Schmid, Josef / Trick, Nicolas, *Die Nordischen Länder, Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*, Wiesbaden 2014.

- Forsebäck, Lennart, *Sozialpartner und Arbeitsmarkt in Schweden*, Stockholm 1977.
- Francke, Per, *Då kommunisterna gjordes fredlös, Den politiska interneringens tid, Kommunismen och antikommunismen 1929-1945*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 24-25 Stockholm 1982/83, S. 52-59.
- Fredelius, Claes, *Om den svenska arbetarklassens politiska organisering för kontroll över produktionen, Del II: 1930-1972*, Stockholm 1974.
- Frykholm, Jan (Hrsg.), *Skogsstrejken, Några erfarenheter från skogsarbetarnas strejkkamp 1975*, Stockholm 1975.
- Fukuyama, Francis, *The end of History and the Last Man*, London 1992.
- Geertz, Clifford, *Thick description, Toward an interpretive theory of culture*, in: *The Interpretation of Culture. Selected Essays*, New York 1973, S. 3-30.
- Geijerstam, Jan af u. a. (Hrsg.), *Från bondeuppror till storstrejk, Dokument om folkets kamp 1720-1920*, Stockholm 1987.
- Gilljam, Mikael, *Svenska folket och löntagarfonderna, En studie i politisk åsiktsbildning*, Lund 1988.
- Götz, Norbert, *Ungleiche Geschwister: Die Konstruktion von nationalistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim*, Baden-Baden 2001,
- Granstrand, Rolf / Henriksson, Bodil, *Arbetsdomstolen och de olagliga strejkarna 1969-1973*, in: *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia*, Nr. 6 Lund 1974, S. 3-25.
- Graubard, Stephan R. (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988.
- Greider, Göran, *Ingen kommer undan Olof Palme*, Stockholm 2012.
- Gröning, Lotta, *Vägen till makten: SAPs organisation och dess betydelse för den politiska verksamheten 1900-1933*, Stockholm 1988.
- Großjohann, Wilfried, *Klassenkämpfe in Schweden heute*, Frankfurt/Main 1975.
- Guldimann, Tim, *Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates, Am Beispiel Schwedens und der Bundesrepublik*, München 1976.

- Gunnarsson, Olle, *Trettiotalets krav på lagstiftning på arbetmarknadsparternas frihet drev fram Saltsjöbadsavtalet*, in: Fackföreningsrörelsen Nr. 3 1967 (Sammelband 1967), S. 100-104.
- Gustafsson, Bo, *Mellan socialistiskt ideal och kapitalistisk verklighet*, in: Arbetarhistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Jg. 10 Nr. 1-2, Stockholm 1986, S. 16-27.
- Hägglund, Henrik, „...jobba som en galning och du kan leva som andra“, in: Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning, Umeå 5/1975, S. 17.
- Hammarström, Olle, *Förlikningen i avtalsrörelsen*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 211-221.
- Haste, Hans / Strand, Axel (Hrsg.), *Dokument från storstrejken 1909*, Stockholm 1979
- Haste, Hans (Hrsg.), *Några dokument om en SAF-KAMPANJ, Hans Hastes rapport från SAF-konferensen, skriftoväxlingen mellan honom, Hans-Göran Myrdal och Ian Wachtmeister samt andra inlägg i diskussionen om Svenska Arbetsgivareföreningens metoder i dess kampanj mot löntagarfonder*, Stockholm 1982.
- Haupt, Heinz-Gerhard / Kocka, Jürgen, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme, Eine Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich: Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/Main u. a. 1996, S. 9-45.
- Heberle, Rudolf, *Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schweden*, Jena 1925.
- Hecló, Hugh, *Modern Social Politics in Britain and Sweden: From Relief to Income Maintenance*, New Haven u. a. 1974
- Hellers, Hans, *Konflikten – en strid om de offentliganställdas förhandlingsrätt*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 95-100.
- Hennel, Lena / Olsson, Lova, *Humlan som flyger, Berättelsen om Stefan Löfven*, Stockholm 2013.
- Henningsen, Bernd, *Die Linke in Schweden: Geschichte, Programme, Politik*, in: Hans Rühle / Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa: Band II: Nordländer*, Opladen 1979, 123-200.

- , *Der Wohlfahrtsstaat Schweden*, Baden-Baden, 1986.
- Henningsen, Bernd / Stråth, Bo, *Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates, Ende des „Modells“?* In: Jahrbuch für Politik, Jg. 5 Bd. 2 Baden-Baden 1995, S. 221-246.
- Hermansson, C. H. u. a., *Återblick på den svenska modellen, om den fanns*, in: Sverige i en ny ekonomisk världsordning (Diskussionspapperreihe), Stockholm o. J.
- Higgins, Winton / Dow, Geoff, *Politics against pessimism, social democratic possibilities since Ernst Wigforss*, Bern 2013.
- Hilson, Mary, *The Nordic Model, Scandinavia Since 1945*, London 2008.
- Hinck, Gunnar, *Schweden: Der Traum ist aus*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg, Nr. 2, Berlin 2015, S. 21-24.
- Hinrichs, Karl / Merkel, Wolfgang, *Der Wohlfahrtsstaat Schweden: Was bleibt vom Modell?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51, 1987, S. 23-38.
- Hirdman, Yvonne, *„Sovjetunionen fortsätter sin fasta fredspolitik“, SKP under andra världskriget första fas 1939/40, Kommunismen och antikommunism 1929-1945*, in: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 24-25, Stockholm 1982/83, S. 59-65.
- , *Att lägga livet till rätta, studier i svensk folkhemspolitik*, Stockholm 2000².
- Hirdman, Yvonne u. a., *Sveriges Historia 1920-1965*, Stockholm 2012.
- Hoefl, Christoph, *Narration in der Krise, Zum Wandel des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdiskurses in Schweden*, Stuttgart 2014.
- Höglund, Elisabet, *Storkonflikten i siffror, Preliminär sammanställning av storkonfliktens omfattning, vad den kostar LO-förbunden m. m.*, Stockholm 1980.
- , *Storkonflikten i den politiska debatten*, Falun 1981.
- Holmgren, Gunnar, *Skogsarbetares undesökning avslöjar: Idag tjänar vi mindre än för 15 år sedan!* In: Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning, Umeå 5/1975, S. 4-5.
- Huntford, Roland, *Wohlfahrtsdiktatur, Das schwedische Modell*, Frankfurt/Main u. a. 1973.

- Isacson, Maths, *Från strid till samarbete, Samförståndets framväxt under mellankrigstiden*, in: *Arbetshistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 11 Nr. 3, Stockholm 1987, S. 4-8.
- Ismar, Philip, *Arbeitnehmerentsendung nach Schweden - eine europarechtliche Einschätzung aus deutscher Perspektive: Von der lex Britannia zum Vaxholmkonflikt*, Hamburg 2007.
- Jacobson, Bertil, *Vad hände under 1980 års konflikt?* In: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 30-43.
- Jahn, Detlef, *Das politische System Schwedens*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Wiesbaden 2006³, S. 93-130.
- Janoski, Thomas / Hicks, Alexander M., *The Comparative Political Economy of the Welfare State*, Cambridge 1994
- Järhult, Ragnar, *Nu eller aldrig, En bok om „den nya strejkrörelsen“*, Stockholm 1982.
- Jochem, Sven, *Wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in Verhandlungsdemokratien, Die Niederlande, Dänemark, Schweden und Deutschland im Vergleich*, in: Lütz, Susanne / Czada, Roland (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat, Transformation und Perspektiven*, Wiesbaden 2004, S. 231-265.
- Johanson, Edvard / Hansson, Per Albin / Möller, Gustav, *Opartisk undersökning kräves av arbetarpartiet och landsorganisationen, Mot militärt oförstånd och kommunistisk provokation, för lugn avveckling, Blodsskulden bör klarläggas och omutlig bestraffning ske*, in: *Social-Demokraten* 16. Mai 1931, S. 4; entspricht: *Händelserna i Ådalen, Till arbetarorganisationerna och deras medlemmar*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 21, 1931.
- Johanson, Edvard, *Till landsorganisationens medlemmar (An die Mitglieder der LO)*, in: *Fackföreningsrörelsen* Nr. 21, 1931.
- Johansson, Alf, *Arbetarklassen och Saltsjöbaden 1938: perspektiv ovan- och underifrån*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 71-94.
- Johansson, Anders L., *Saltsjöbadpolitikens förhistoria*, in: Edlund, Sten u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 19-35.

- , *Das Modell Schweden: Analyse einer umfassenden Konzeption*, in: Riegler, Claudius H. / Schneider, Olaf (Hrsg.), *Schweden im Wandel – Entwicklungen, Probleme Perspektiven*, Berlin 1999, S. 23-49.
- Johansson, Jesper, *Integreras till socialdemokrat? Formandet av en invandrarpolitisk struktur inom LO under 1970-talet*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 1 Stockholm 2007, S. 23-31.
- Johansson, Per Owe / Hellmark, Ann-Britt, *Från LKAB till ASAB, Strejker och lockouter på den svenska arbetsmarknaden 1970-74*, Stockholm 1981.
- Johansson, Roger, *Dokumentärfilmen som politiskt vapen, Tre filmer – tre bilder av Ådalen 1931*, in: *Arbetshistoria*, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 93-94, Stockholm 2000, S. 10-21.
- , *Kampen om historien. Ådalen 1931. Sociala konflikter, historiemedvetande och historiebruk 1931-2000*, Stockholm 2001. [Zitiert als: Roger Johansson 2001 a. a. O.]
- , *Ådalen 31, Folkhemsromantik eller revolutionär film?* in: *Arbetshistoria*, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Nr. 98-99, Stockholm 2001, S. 44-51. [Zitiert als: Johansson in *Arbetshistoria* 2001 a. a. O.]
- Johansson, Stefan, *Löntagarfonder, Från Rudolf Meidner till Kjell-Olof Feldt*, Karlstad 1995.
- Johansson Heinö, Andreas, *Farväl till folkhemmet, Frihet, jämlikhet och sammanhållning i invandrarlandet Sverige*, Stockholm 2015.
- Johnsson, Philip, *„Svart 50-årsminne i röd bygd: Ådalen 31“*, in: *Aktuellt i politiken*, Nr. 9, Stockholm 1981.
- Jonasson, Jonas, *Hundraåringen, som klev ut genom fönstret och försvann*, Stockholm 2009.
- Jonsson, Claes-Mikael / Lindberg, Ingemar, *Modellen som klev ut genom ett fönster, om globaliseringen och den svenska modellens framtid*, Stockholm 2014.
- Jonsson, Mats, *„Ådalen reser sig igen“*, in: *Aftonbladet* vom 15.10.2015, S. 5.
- Jonsson, Rolf, *De okända förhandlingarna, Statens förhandlingsråd och regeringens MBL-förhandlingar*, Lund 1986.

- , *Fackligt inflytande och politisk demokrati, En analys av regeringens MBL-förhandlingar*, Lund 1989.
- Josefsson, Sven-Olof, *Året var 1968, Universitetskris och studentrevolt i Stockholm och Lund*, Göteborg 1996.
- Kärrman, Jens, *LO byter spår – vill söka samförstånd*, in: Dagens Nyheter vom 20.01.2014.
- Kalin, Johan, *Ådalen 1931 – Göteborg 2001, En jämförelse av två händelser som skakade Sverige (C-uppsats vid Luleå Tekniska Universitetet, 2004:032)*, Luleå 2004.
- Kallenberg, Lena, *Apelsinflickan, En berättelse från åren 1882-1883*, Stockholm 1997.
- Kaufmann, Franz-Xaver, *Varianten des Wohlfahrtsstaats, Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*, Frankfurt/Main 2003.
- Kempe, Gösta, *Saltsjöbadsavtalet med kommentarer*, Stockholm 1939.
- Kennerström, Bernt, *SKP 1924: Hur man förbereder en partisprängning*, in: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, Nr 9-10, Lund 1976, S. 68-78.
- Kieris, Gunnar, *Så skyddades strejkbrytare för 40 år sedan*, in: Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning, Umeå 5/1975, S. 12-13.
- Kjellberg, Anders, *Storkonflikten 1980 och andra stora arbetskonflikter i Sverige*, in: Arbetarhistoria, Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 33-40.
- Kjöller, Hanne, *Inte mycket att sätta tänderna i*, in: Dagens Nyheter vom 03.07.2012, S. 4.
- Klinge, Matti, *Aspekte nordischer Individualität*, in: Stephan R. Graubard (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988, S. 41-62.
- Koch, Max, *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa: Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland*, Wiesbaden 2003.
- Kokk, Enn, *1920 års pratiprogramm*, in: Arbetarrörelsens Arkiv och bibliotek (Hrsg.), *Socialdemokratins program, 1897 till 1990*, Stockholm 2001, S. 31.

- Kokk, Enn/ Gustavsson, Klas / Ljunggren, Stig-Björn, *Var blev ni av, ljuva drömmar?* Stockholm 2002.
- Korpi, Walter, *Varför strejkar arbetarna? En sociologisk betraktelse över konflikter, makt och rätt på arbetsmarknaden*, Stockholm 1970.
- , *The working class in welfare capitalism: Work, unions and politics in Sweden*, London u. a. 1978.
- , *Sverige – arbetsfredens land?* in: Anders Broström (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S.224-251. [Zitiert als: Korpi, Sverige, 1981 a. a. O.]
- , *Vilda strejker inom Metall- och verkstadsindustrin*, Stockholm 1981.
- , *Den svenska arbetarrörelsens förutsättningar och strategier*, in: *Arbetarhistoria*, Jg. 10 Nr. 1-2 Stockholm 1986, S. 36-43.
- , *The Power Resources Model*, in: Christopher Pierson/Francis G. Castles (Hrsg.), *The Welfare State, A Reader*, Cambridge 2000, S. 77-88.
- Kronlund, Jan / Carlsson, Jan / Jensen, Inga-Lill / Sundström-Frisk, Carin, *Demokrati utan makt, LKAB efter strejken*, Stockholm 1973.
- Kuhnle, Stein, *The Nordic Model: Ambiguous, but useful concept*, in: Herbert Ovinger / Elmar Rieger (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien, Herausforderungen, Reformen und Perspektiven*, Frankfurt u. a. 2009, S. 275-294.
- Kulig, Gerhard, *Gewerkschaften in Skandinavien – das Beispiel Schweden*, in: Werner Olle (Hrsg.), *Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik*, Band 2: Nationale Besonderheiten gewerkschaftlicher Politik in Frankreich, Italien, England, Schweden, USA, Lateinamerika, Berlin 1978 S. 116-138.
- Lager, Fritjof, *Ådalen 1931*, Stockholm 1969².
- Lagerström, Kristina / Zachrisson Winberg, Johan, *Skolföretag går med mångmiljonförlust*, <http://www.svt.se/nyheter/ekonomi/skolforetagar-med-mangmiljonforlust> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Larsson, Janerik, *Hur upplevde arbetsgivarna storkonflikten?* In: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 123-137.
- Larsson, Knut, *Fackföreningsrörelsens uppgifter*, in: *Strejken*, Tidning för de strejkande metallarbetarna i Göteborg, Nr. 14 Göteborg 1945, S. 3.

Literaturverzeichnis

- Launer, Ralf (Hrsg.), *Das Schwedische Modell – Zukunfts- oder Auslaufmodell?* Marburg 1994.
- Lehnert, Detlef (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa, Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938*, Köln 2013.
- Lennerlöf, Lennart / Hellberg, Peter, *Medbestämmandet enligt lag, Vad blev det? Sammanfattande slutrapport*, Stockholm 1979.
- Lidman, Sara, *Gruva*, Stockholm 1968.
- Lindblom, Paul, *Ernst Wigforss, Socialistisk idépolitiker*, Kristianstad 1977.
- Lindblom, Per-Åke, „Vänstern“ och skogsarbetarstrejken, in: Frykholm, Jan (Hrsg.), *Skogsstrejken, Några erfarenheter från skogsarbetarnas strejkkamp 1975*, Stockholm 1975, S. 23-29.
- Lindbom, Tage, *Den svenska fackföreningsrörelsens uppkomst, Och tidigare historia 1872-1900*, Stockholm 1938.
- Lindgren, Anne-Marie, *Hur ska S ha det med vinst i välfärd? 13.01.2012*, <http://tankesmedjantiden.se/hur-ska-s-ha-det-med-vinst-i-vlfrd/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).
- , *Två städer, Politiska skiljelinjer i styret av Stockholm och Göteborg*, Stockholm 2012.
- Lindgren, John, *Per Albin Hansson i svensk demokrati, första delen 1892-1920*, Stockholm 1950.
- Lindkvist, Kent, *Spjutspets mot framtiden? Socialdemokratins principprogram*, in: *Arbetshistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 14 Nr. 1-2, Stockholm 1990, S. 10-14.
- Lüpke-Narberhaus, Frauke, *Krawalle in Stockholm: „Wir haben genug“*, auf Spiegel-online vom 23.05.2013, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/krawalle-in-stockholm-wie-es-zu-der-gewalt-in-schweden-kommt-a-901533.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Magnusson, Lars, *En svensk modell? Bakgrund och framtidsutsikter för den solidariska lönepolitiken*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 4-1 Stockholm 1990/91, S. 31-34.

- Malmgren, Britta, *Kampen om kollektivavtal*, in: *Arbetarhistoria*, Jg. 8 Nr. 3-4 Stockholm 1984, S. 90-94.
- Marjasin, Sigvard, *Avtalsrörelsen 1980: ett försök att splittra löntagarna*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 56-67.
- Mattsson, Helena / Wallenstein, Sven-Olov (Hrsg.), *Swedish Modernism, Architecture, Consumption and the Welfare State*, London 2010.
- Meidner, Rudolf / Hedborg, Anna / Fond, Gunnar, *Vermögenspolitik in Schweden*, Köln 1978.
- Meidner, Rudolf / Hedborg, Anna, *Modell Schweden, Erfahrungen einer Wohlfahrts-gesellschaft*, Frankfurt/Main u. a. 1984.
- Meidner, Rudolf, *The Rise and Fall of the Swedish Model*, in: Clement, Wallace (Hrsg.) u. a., *Swedish Social Democracy, A Model in Transition*, Toronto 1994, S. 337-346.
- , *Spelet om löntagafonder*, Stockholm 2005.
- Menningen, Walter (Hrsg.), *Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten*, Hamburg 1971.
- Mensing, Hans Peter, *Erscheinungsformen schwedischer Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert, Adolf Hedin, das Arbeiterversicherungskomitee und die Gewerbeaufsicht nach 1890*, Kiel 1979.
- Millares, Matilde, *Att välja välfärd, politiska berättelser om valfrihet*, Stockholm 2015.
- Molin, Karl, *Den svenska antikommunismen, Attityder och motiv 1929-1941, Kommunismus och antikommunismus 1929-1945*, in: *Arbetarhistoria*, Nr. 24-25 1982/83, S. 44-51.
- Nicklasson, Lars-Eric, *Arbetsgivarnas personalpolitik avslöjades*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 90-94.
- Nohrstedt, Stig Arne, *Bakgrunden till skogsarbetarestrejken 1975*, in: *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia*, Nr 11-12 Lund 1977, S. 3-39.
- Norman, Birger, *Ådalen 31*, En berättelse, Stockholm 1968.
- Nyman, Olle, *Some Basic features of Swedish constitutional law*, in: Stig Strömholm (Hrsg.), *An Introduction to Swedish Law*, Stockholm 1988², S. 47-77.

Literaturverzeichnis

- Öberg, Tommy, *Storkonflikten i historiens backspegel*, in: *Arbetshistoria* Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 41-44.
- Östberg, Kjell, *Radikaliseringssvågor i Sverige: Rytmer och allianser i den sociala kampen*, in: *Arbetshistoria*, Jg. 29 Nr. 1-2 Stockholm 2005, S. 14-21.
- , *När vinden vände, Olof Palme 1969-1986*, Stockholm 2010.
- Östberg, Kjell / Andersson, Jenny, *Sveriges historia 1965-2012*, Stockholm 2013.
- Ohlsson, Ingvar, *Lönepolitisk solidaritet: Debatten inom fackförbunden under 80 år*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 4-1 Stockholm 1990/91, S. 35-37.
- Olausson, Erland, *70-talets arbetsrättsreformer i backspeglarna*, in: Otter, Casten von / Broström, Anders / Olausson, Erland, *Efter MBL, ohne Ort* 1989, S. 62-81.
- Olsson, Åke, *Den fördömda strejken*, in: Ragnar Järhult, *Nu eller aldrig, En bok om „den nya strejkrörelsen“*, Stockholm 1982, S. 13-34.
- Olsson, Lars, *„Det är ingen skam att vara socialist.“ Arbetsrörelsen före det politiska makttillträdet*, in: *Arbetshistoria: Meddelande från arbetsrörelsens arkiv och bibliotek*, Jg. 26 Nr. 1-2 Stockholm 2002, S. 8-67.
- Oppacher, Andreas, *Deutschland und das Skandinavische Modell, Der Sozialstaat als Wohlfahrtsmotor*, Bonn 2010.
- Otter, Casten von, *Mot en enhetlig löntagarkategori?* in: Otter, Casten von / Broström, Anders / Olausson, Erland, *Efter MBL, ohne Ort* 1989, S. 11-36.
- Otto, Ulrich / Otto, Roland, *„... daß alle Schranken niedrigerissen werden, die zu einer Aufteilung unseres Volkes führen.“ „Modell Schweden“: ein Lehrstück in Sachen Sozialstaat*, Konstanz 1988.
- Palme, Sven Ulric, *Karl Staaff och storstrejken 1909*, Stockholm 1959.
- Palmér, Georg, *Strejken i skogen seger för enheten*, Västermalm 1975.
- Persson, Lennart K., *Syndikalismen i Sverige 1903-1922*, Stockholm 1975.
- Persson, Kent / Schlingmann, Per, *„Satsning på den svaga när M rustar inför 2014“*, in: *Dagens Nyheter* vom 02.07.2012, S. 6.

- Peters, Jan, *Branting und die schwedische Sozialdemokratie*, Berlin 1975.
- Pettersson, Gisela, *Wohlfahrtsstaat ade? Das „Modell Schweden“ im Umbau*, Hamburg 1997.
- Phillips, Jim, *Collieries, communities and the miners' strike in Scotland, 1984-85*, Manchester 2012.
- Pierson, Christopher, *Beyond the Welfare State, The New Political Economy of Welfare*, Cambridge 2006³.
- Pirker, Theo / Weinert, Rainer (Hrsg.), *Soziologie als Politik: Schriften von 1949 bis 1990*, Berlin 1991.
- Radowitz, Sven, *Schweden und das „Dritte Reich“ 1939-1945, Die deutsch-schwedischen Beziehungen im Schatten des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg 2005.
- Rosén, Eric, *FN-organ säger svensk Lavallag: „Strider mot föreningsrätten“*, in DagensArena vom 27.2.2013, <http://www.dagensarena.se/innehall/fn-organ-sagar-svensk-lavallag-strider-mot-foreningsratten/> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).
- Rosén, Lennart, *1927-1977 VOLVO verkstadsklubb, Jubileumsskrift*, Göteborg 1977.
- Rosengren, Björn, *En unik samverkan*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 68-78.
- Rubenowitz, Sigvard / Norrgren, Flemming, *MBL och den ensklide, En forskningsöversikt*, Stockholm 1983.
- Rüdiger, Helmut, *Sozialismus in Freiheit, Beiträge zum freiheitlichen Sozialismus*, Münster u. a. 1978.
- Ruth, Arne, *Die zweite „Neue Nation“: Der Mythos vom modernen Schweden*, in: Stephan R. Graubard (Hrsg.), *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit: Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden 1988, S. 247-290.
- Sanandaji, Nima, *Scandinavian Unexceptionalism, Culture, Markets and the Failure of Third-Way Socialism*, London 2015.

Literaturverzeichnis

- Sandberg, Thomas (Hrsg.), *Arbetsorganisation och medbestämmande, En forskningsöversikt*, Stockholm 1982.
- Schiller, Bernt, *Storstrejken 1909, Förhistoria och orsaker*, Göteborg 1967.
- , *Storstrejken 1909 och storkonflikten 1980, En jämförelse*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 252-257.
- , *En skandinavisk demokratimodell inför framtiden*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år: Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 217-233.
- Schmid, Josef, *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*, Wiesbaden 2010
- Schmiederer, Ursula, *Schweden – „Sozialkapitalismus“ und Neue Linke*, in: *Neue Kritik*, Nr. 36/37 Frankfurt/Main 1966, S. 17-24.
- , *Spontaneität und Massenaktion im „Wohlfahrtsstaat“*, *Die schwedischen Streiks im Winter 1969/70*, Frankfurt/Main 1970.
- Schmidt, Folke, *Die Reform des kollektiven Arbeitsrechts in Schweden*, Frankfurt/Main 1978.
- Schmitz, Eva, *„Kan de strejka i Norge kann vi väl också.“ ASAB-städerskornas strejker under 1974 och 1975*, in: *Arbetarhistoria*, Nr. 2-3 Stockholm 2011, S. 18-26.
- Schüllerqvist, Bengt, *Från kosackval till kohandel, SAP:s väg till makten (1928-33)*, Kristianstad 1992.
- Selmanovic, Alica, *Den nya tidens AK-arbeten? En granskning av FAS 3*, Stockholm 2012.
- Silver, Beverly J., *Forces of Labour. Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge 2003.
- Simonson, Birger, *Den långa vägen till Saltsjöbaden*, in: Sten Edlund u. a., *Saltsjöbadsavtalet 50 år, Forskare och parter begrundar en epok 1938-1988*, Stockholm 1989, S. 37-52.
- Sjöberg, Stefan, *Löntagarfondsfrågan, en hegemonisk vändpunkt, En marxistisk analys*, Uppsala 2003.
- Sjöö, Ingemar, *Syndikalismus in Schweden*, Hamburg 1999.

- Sölvén, Arnold, *Huvudavtalet*, in: Fackföreningsrörelsen Nr. 51-52, 1938, S. 597-603.
- , *Huvudavtalet mellan Svenska Arbetsgivarförbundet och Landsorganisationen i Sverige*, Stockholm 1939.
- , „*Saltsjöbaden*“ 20 år, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) 1956, S. 388-392 sowie S. 412-419.
- Stenberg, Ewa, *En jobbig fråga för S*, in: Dagens Nyheter vom 20.01.2014.
- Stolpe, Herman, *Ungdomsarbetslösheten*, in: Fackföreningsrörelsen, Organ för Landsorganisationen i Sverige, (in Sammelband Bd. 1) Stockholm 1935, S. 711ff.
- Strand, Sven G., *Ungdomsarbetslösheten*, in: Fackföreningsrörelsen, Organ för Landsorganisationen i Sverige, (in Sammelband Bd. 2) Stockholm 1933, S. 395-404.
- Stråth, Bo, *Sveriges Historia 1830-1920*, Stockholm 2012.
- Suhonen, Daniel, *Partiledaren som klev in i kylan, Berättelsen om Juholts fall och den nya politiken*, Stockholm 2014.
- Sveriges socialdemokratiska arbetarparti, *Verksamhetsberättelse för 1931*, Stockholm 1932.
- Tänzler, Fritz, *Der Generalstreik in Schweden 1909*, Heft 4, Berlin 1909.
- Take, Michael, *Die Arbeitnehmer-Fonds in Schweden*, Frankfurt/Main u. a. 1988.
- Taylor, Frederick Winslow, *The Principles of Scientific Management*, New York 1911.
- , *Rationell arbetsledning, Taylor-systemet*, Stockholm 1913.
- , *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*, München 1913.
- Thörnqvist, Christer, *LKAB-konflikten i politisk press, C-uppsats vid Göteborgs Universitet*, Göteborg 1986.
- Thunberg, Anders u. a., *Strejken*, Stockholm 1970.
- Thylin, Henning, *Lärdomar för framtiden, Några reflexioner med anledning av ådalskommissionens rapport*, in: Fackföreningsrörelsen Nr. 34, 1931.

- Torstendahl, Rolf, *Socialdemokratins roll i industrikapitalismens utveckling*, in: Arbetarhistoria: Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Jg. 10 Nr. 1-2 Stockholm 1986, S. 6-15.
- Trautwein, Hans-Michael, *Arbeidnehmerfonds in Schweden – der dritte Weg? Entwicklung und Kritik eines aktuellen Modells zur Demokratisierung der Wirtschaft*, Frankfurt/Main 1986.
- Treslow, Kjell, *Verkstadsstrejken 1945, En Studie av arbetsmarknadens förhandlingssystem vid konflikt*, Stockholm 1972.
- Tuchtenhagen, Ralph, *Kleine Geschichte Schwedens*, München 2008.
- Uggla, Karl-Lennart, *Om konflikträtten på statens område*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 80-89.
- Uhlén, Axel, *Kommunisterna och verkstadskonflikten*, Stockholm 1945.
- Uisk, Ahto, *Syndikalismus: Eine Ideenskizze*. Schriften des libertären Forums Berlin Nr. 2, Berlin 1985.
- Vanner, Al, *En ny giv: Roosevelts krisprogram*, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) Stockholm 1934, S. 8-12.
- , *Mera om Roosevelts aktion mot arbetslösheten*, in: Fackföreningsrörelsen, (Sammelband Bd. 2) Stockholm 1934, S. 213-217.
- Viktorov, Ilja, *Fordismens kris och löntagarfonder i Sverige*, Stockholm 2006.
- Weinehammar, Paula, *Olof Palme och löntagarfonderna, En studie om rörelsesocialism och statsocialism i den svenska arbetarrörelsen*, Örebro 2007.
- Werne, Kent, *2011: 74 miljoner i vinst – nu läggs JB ned*, in: DagensArena vom 20.05.2013, <http://www.dagensarena.se/innehall/2011-74-miljoner-i-vinst-nu-laggs-jb-ned/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- Werner, Henry, *Geld und Gemeinschaft: Deutscher Mark-Nationalismus und schwedischer Geldpragmatismus*, Baden-Baden 2003.
- Westerståhl, Jörgen, *LKAB-konflikten i radio/TV och dagspress, Studier av nyhetsförmedlingen utförda på uppdrag av Sveriges Radios Styrelse och Arbetarrörelsens Arkiv*, Göteborg 1971.
- Wigforss, Ernst, *Minnen II, 1914-1932*, Stockholm 1951.

- , *Minnen III (1932-49)*, Stockholm 1954⁵.
- Wik, Bertil, *Månadslön – det enda rimliga*, in: *Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning*, Umeå 5/1975, S. 8.
- Wilensky, Harold L., *The Welfare State and Equality: Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*, Berkeley u. a. 1975
- Wolf, Lars, *Tigande Diktare? En studie kring literära reaktioner på 1909 års storstrejk*, Uppsala 1975.
- Wrigley, Chris, *A Companion to early Twentieth Century Britain*, Oxford 2003.
- Zippelius, Reinhold, *Allgemeine Staatslehre*, München 2007¹⁵.
- Åberg, Carl Johan, *Som man bäddar får man ligga*, in: Broström, Anders (Hrsg.), *Storkonflikten 1980*, Värnamo 1981, S. 153-161.
- Åman, Valter, *Svensk syndikalism*, Stockholm 1938.
- Åmark, Klas, *Från kaos till ordning, Forskning på 80-talet*, in: *Arbetshistoria*, Nr. 31-32 1984, S. 47-57.
- , *Das Schwedische Modell*, in: *Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Schweden. Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA)*, Heft 10, Bochum 1990, S. 58-73.
- , *Hundra år av välfärdsolitik, Välfärdsstatens framväxt i Norge och Sverige*, Umeå 2005.
- , *Att bo granne med ondskan, Sveriges förhållande till nazismen, Nazityskland och Förintelsen*, Stockholm 2011.

Zeitschriften

Aftonbladet, Stockholm.

Arbetshistoria, Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Stockholm.

Arbetet, Malmö.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 1909, 1910.

Dagens Nyheter, Stockholm.

Literaturverzeichnis

- Fackföreningsrörelsen, Organ för Landsorganisationen i Sverige, Stockholm.
- Folket i Bild / Kulturfront, Stockholm.
- Hugget, Skogsarbetarnas strejktidning, Umeå.
- Meddelande från arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Stockholm; spåter: Arbetarhistoria
- Ny Dag, Huvudorgan för Sveriges Kommunistiska Parti, Stockholm.
- Skandinavian Political Studies.
- Social-Demokraten, Stockholm.
- Strejken, Tidning för de strejkande metallarbetarna i Göteborg, Göteborg 1945.
- Svenska Dagbladet, Stockholm.

Sonstige Publikationen

- Arbetarrörelsens Forskarnätverk 2010: Nya värderingar, nytt samhälle? Om socialdemokratin, samhällsutvecklingen och medborgarnas värderingar i ljuset av valförlusten 2010, Stockholm 2010.
- Berättelse avgiven av den av Kungl. Maj:t tillsatta kommissionen för undersökning rörande oroligheterna i Gudmundrå m.fl. kommuner av Västernorrlands län, maj 1931, Ådalskommissionens berättelse, Stockholm 1931.
- FiB-juristerna, Medbestämmandelagen – En antistrejklag, Stockholm 1976.
- Förbundet Arbetarmakt, Skogsarbetarstrejken – våren 1975, Göteborg 1976.
- Kommerskollegii afdelning för arbetsstatistik, Redogörelse för lockouterna och storstrejken i Sverige år 1909, Stockholm 1910.
- Landsorganisationen i Sverige, Organisationskommittén, Fackföreningsrörelsen och den fulla sysselsättningen, Stockholm 1951.
- LO-Kongressprotokoll 2012 del 2, Stockholm 2013.
- Organisationskommittén för arbetarsolidaritet, Fallet Harry Isaksson, eller Presskampanjen mot Stridsfonden och Arbetarsolidaritet, Uppsala 1973.

- Population and Population Changes 1749–2014,
http://www.scb.se/en_/Finding-statistics/Statistics-by-subject-area/Population/Population-composition/Population-statistics/Aktuell-Pong/25795/Yearly-statistics--The-whole-country/26046/ (zuletzt abgerufen am 18.09.2015).
- Program för Sveriges socialdemokratiska Arbetareparti, Antaget på elfte partikongressen i Stockholm 1920, in: Arbetarrörelsens Arkiv och bibliotek (Hrsg.), Socialdemokratins program, 1897 till 1990, Stockholm 2001, S. 32-38.
- Rikets säkerhet och den personliga integriteten, De svenska säkerhetstjänsternas författningsskyddade verksamhet sedan år 1945 (ID-Nr. SOU 2002:87).
- Strejkkommitten i Malmfälten, Pappren på bordet, del I och II, Protokoll och dokument från den stora gruvstrejken i Malmfälten 1969/70, Eneryda 1972.
- Sveriges Finansdepartementet, Löntagarfonder är..., Stockholm 1984.
- Valanalys 2010, Rapport från den socialdemokratiska Kriskommissionen,
<https://www.socialdemokraterna.se/upload/Kriskommissionen/Valanalys2010.pdf> (zuletzt abgerufen am: 12.10.2015).
- „Ådalen – 31, Bilderna som berättar hur fem arbetare skjöts ihjäl“, Nya Norrland, Minnesnummer, maj 1981.
- Ådalen – 50 år efteråt, Vänsterpartiet kommunisterna maj 1981.

Internetseiten

- http://fib.se/fib_1/IB/index2.html (zuletzt abgerufen am 9.10.2015).
- <http://kata.arbark.se> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).
- <http://library.fes.de/gewerkschaftszeitschrift/correspondenzblatt%20der%20generalkommission%20der%20gewerkschaften%20deutschlands.php> (zuletzt abgerufen am 22.09.2015).
- <http://megafonen.com/pressmeddelande-ang-upploppen-i-husby-19-maj/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

Literaturverzeichnis

- https://sv.wikipedia.org/wiki/Göteborgskravallerna#Skottet_mot_Hannes_Westberg (zuletzt abgerufen am 28.09.2015).
- <http://tankesmedjantiden.se/hur-ska-s-ha-det-med-vinst-i-vlfrd/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).
- <http://web.archive.org/web/20110625192558/http://www.arbetsformedlingen.se/For-arbetsgivare/Stod-och-service/Insatser-och-program/Langtidsarbetslosa/Jobb--och-utvecklingsgarantin.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698380.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article12698384.ab> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article21390075.ab> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).
- <http://www.arbark.se/2009/07/storstrejken-1909/> (zuletzt abgerufen am 23.09.2015).
- <http://www.dagensarena.se/innehall/2011-74-miljoner-i-vinst-nu-laggs-jb-ned/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.dagensarena.se/innehall/fn-organ-sagar-svensk-lavallag-strider-mot-foreningsratten/> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).
- <http://www.dagensarena.se/opinion/siktet-ar-fortfarande-installt-pa-vara-rattigheter/> (zuletzt abgerufen am 10.09.2015).
- <http://www.dn.se/sthlm/upplopp-och-brander-i-husby/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.lkab.com/sv/Press/Bildarkiv/Film/Filmer-om-LKAB/>
- [http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_1393851241172_medlemssiffror_1898_2013_pdf/\\$File/Medlemssiffror_1898_2013.pdf](http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_1393851241172_medlemssiffror_1898_2013_pdf/$File/Medlemssiffror_1898_2013.pdf) (zuletzt abgerufen am 23.09.2015).
- http://www.lo.se/start/pressmeddelanden/fn_organ_svensk_lavallag_strider_mot_foreningsratten (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).

- http://www.lo.se/start/lo_fakta/facklig_anslutning_efter_klass_ar_1990_2015 (zuletzt abgerufen am 01.10.2015).
- <http://www.moderat.se/aldrefragor/valfrihet-inom-aldreomsorgen> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.moderat.se/debatt/valfrihet-i-valfarden> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.moderat.se/nyhetsartikel/widegren-valfrihet-i-varden-viktig-del-av-svensk-valfard> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.oecd.org/newsroom/growing-risk-of-inequality-and-poverty-as-crisis-hits-the-poor-hardest-says-oecd.htm> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.regeringen.se/rattsdokument/statens-offentliga-utredningar/2002/01/sou-200287/> (zuletzt abgerufen am 9.10.2015).
- <http://www.scb.se> (zuletzt abgerufen am 15.10.2015).
- http://www.scb.se/en_/Finding-statistics/Statistics-by-subject-area/Population/Population-composition/Population-statistics/Aktuell-Pong/25795/Yearly-statistics--The-whole-country/26046/ (zuletzt abgerufen am 18.09.2015).
- <http://www.socialdemokraterna.se/Stefan-Lofven/Tal-och-artiklar/2013/Installationstal-av-Stefan-Lofven/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).
- <https://www.socialdemokraterna.se/upload/Decemberöverenskommelsen.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).
- <https://www.socialdemokraterna.se/upload/Kriskommissionen/Valanalys2010.pdf> (zuletzt abgerufen am: 12.10.2015).
- <http://www.socialdemokraterna.se/Webben-For-Alla/Partidistrikt/Bohuslan/Var-Politik/Nyheter1/Viktigast-Att-Ena-Partiet/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).
- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/krawalle-in-stockholm-wies-zu-der-gewalt-in-schweden-kommt-a-901533.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

Literaturverzeichnis

<http://www.svd.se/klyftor-vaxer-snabbast-isverige> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

http://www.svd.se/megafonen-om-upploppet-i-husby_8189540 (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

<http://www.svt.se/nyheter/ekonomi/inkomstklyftorna-vaxer-i-sverige> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

<http://www.svt.se/nyheter/ekonomi/skolforetag-gar-med-mangmiljonforlust> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

<http://www.svt.se/nyheter/inrikes/regeringen-ska-utlysa-ett-extra-val> (zuletzt abgerufen am 13.10.2015).

Abstract

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell

In der Wohlfahrtsstaatsforschung wird eine starke schwedische Gewerkschaftsbewegung vorausgesetzt, ihre Bedeutung für das Schwedische Modell jedoch nicht erklärt. Mittels einer Betrachtung des Schwedischen Modells als Konfliktordnung, konkret einer historischen Betrachtung der Entwicklung des Schwedischen Modells anhand zentraler Arbeitskonflikte, wird diese Lücke geschlossen. Im Großstreik 1909 ist noch kein schwedischer Sonderweg zu erkennen; es herrscht offener Klassenkampf. Pfadbeginn für den Typus eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates ist die Tragödie von Ådalen 1931; sie legt die Grundlage für die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie 1932. Ådalen ist damit zugleich der Schlüssel für das Verständnis der schwedischen politischen Ordnung, die die soziale über die nationale Frage stellt und den Staat aus Konflikten zwischen Arbeit und Kapital ausschließt. Der Werkstattstreik 1945 ist der erste, erfolgreiche Belastungstest der im Abkommen von Saltsjöbaden 1938 kodifizierten Konfliktordnung mit ihrem charakteristischen, bis heute bestehenden, Dreieck eigenständiger Akteure (Gewerkschaft, Arbeitgeberverband, Regierung). Konfrontiert mit den wilden Streiks der 1970er Jahre entscheidet sich die Gewerkschaftsbewegung für die Sicherung des Arbeitsfriedens, der zu ihrer ideologischen Grundkonstante geworden war. Angesichts von Rissen im Schwedischen Modell zieht sie eine Restaurierung der Konfliktordnung einer Erneuerung des Schwedischen Modells vor. Im Kampf um Arbeitnehmerfonds stellt die Gewerkschaftsbewegung erstmals die Machtfrage gegenüber dem Kapital, letztlich erfolglos. Im parallel stattfindenden Großkonflikt 1980 hingegen gelingt ihr die (Re)etablierung der bis heute bestehenden Konfliktordnung. Die neoliberale Zeit schafft einen neuen Rahmen für das Schwedische Modell und sieht die Gewerkschaftsbe-

wegung zwischen Resignation und Reorientierung. Eine Wiederbelebung der Legitimationsordnung von Ådalen 1931 und damit eine Renaissance des Schwedischen Modells ist möglich.

The Swedish Trade Union Movement and the Swedish Model

In Welfare state research a strong Swedish trade union movement is assumed, its significance for the Swedish Model, however, remains unexplained. By way of reconsidering the Swedish Model as a regime of conflict settlement, precisely by examining the development of the Swedish Model on the basis of labour conflicts, this gap is closed. In the Great Strike 1909, a special Swedish path is not yet visible; open class struggle prevails. The beginning of the path to the social democratic welfare state is the tragedy of Ådalen 1931; it lays the foundations for the takeover of government by social democracy in 1932. Thereby, Ådalen is also the key for understanding the Swedish political order, which prioritises the social over the national question and excludes the state from taking part in conflicts between labour and capital. The Industrial Workshop Strike 1945 is the first, successful stress test of the regime of conflict settlement codified in the Saltsjöbaden Agreement 1938 with its characteristic triangle of independent protagonists (trade union, employers' association, government). Confronted with the wild strikes of the 70s, the trade union movement opts for ensuring labour peace, which had become its basic ideological principle. Facing cracks in the Swedish Model, it prefers a restoration of the regime of conflict settlement to a renovation of the Swedish Model. In the struggle for employee funds, the trade union movement, for the first time ever, challenges the power of capital, finally without success. In contrast, in the Great Conflict 1980, taking place at the same time, the trade union movement succeeds in (re)establishing the regime of conflict settlement still in existence today. The neoliberal period creates a new frame for the Swedish Model and sees the trade union movement between resignation and reorientation. Nevertheless, a revitalisation of the legitimacy order of Ådalen and thereby a renaissance of the Swedish Model is possible.

Svenska fackföreningsrörelsen och den svenska modellen

Inom välfärdsstatsforskningen förutsätts en stark svensk fackföreningsrörelse, men dess betydelse för den svenska modellen förklaras inte. Denna lucka ska fyllas med fokus på den svenska modellens konfliktordning, konkret en historisk betraktelse av den svenska modellens utveckling genom centrala arbetskonflikter. I storstrejken 1909 finns ingen svensk särväg; det råder öppen klasskamp. Början av spåret till en socialdemokratisk välfärdstyp är ådalstragedin 1931; den lade grunden för socialdemokratin att ta över regeringen 1932. Ådalen är därmed samtidigt nyckeln till en uppfattning av denna svenska politiska ordning, vilken ställer den sociala över den nationella frågan och utestänger staten från konflikter mellan arbete och kapital. Verkstadsstrejken 1945 är det första, framgångsrika belastningsprovet av den 1938 i saltsjöbadsavtalet kodifierade konfliktordningen, som består än idag med sin karakteristiska triangel av självständiga aktörer (fackförening, arbetsgivarförbund, regering). Konfronterad med de vilda strejkerna på 1970-talet bestämmer sig fackföreningsrörelsen för att säkerställa arbetsfreden, vilken har blivit dess ideologiska grundprincip. Med tanke på sprickor i den svenska modellen föredrar fackföreningsrörelsen en återställning av konfliktordningen framom en förnyelse av den svenska modellen. I kampen om löntagarfonder ställer fackföreningsrörelsen för första gången maktfrågan gentemot kapitalet, men misslyckas slutligen. I den parallellt pågående storkonflikten 1980 däremot lyckas en (re)etablering av den tills idag bestående konfliktordningen. Den neoliberala tiden skapar en ny ram för den svenska modellen där fackföreningsrörelsen hamnar mellan resignation och reorientering. En återställning av legitimationsordningen från Ådalen 1931 och därmed en renässans av den svenska modellen är möjlig.

Wissenschaftlicher Werdegang

- 2002–2010 Studium der Politischen Wissenschaft und Philosophie,
Leibniz Universität Hannover
- 2012–2015 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung
- 2016 Prüfung zum Doktor der Philosophie,
Leibniz Universität Hannover